Bundesministerium des Innern

UNABHÄNGIGER EXPERTENKREIS **ANTISEMITISMUS**

Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen

Bundesministerium
des Innern

UNABHÄNGIGER
EXPERTENKREIS
ANTISEMITISMUS

Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 12

Zentrale Forderungen des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus 14

1 Einleitung 16

1.1 Inhaltlicher Kontext 16

1.2 Der Auftrag: »Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern« 16

1.3 Zusammensetzung des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus 17

1.4 Ziele des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus 18

1.5 Praktische Umsetzung 18

1.5.1 Reguläre Arbeitstreffen 18

1.5.2 Einholung externer Expertisen 19

1.5.3 Gastvorträge 20

1.5.4 Gesprächsrunden 21

1.6 Internationale Bezüge 22

2 Antisemitismus – Begriffsbestimmung und Typologisierung 23

2.1 Anmerkungen zur »Arbeitsdefinition« Antisemitismus 23

2.2 Definition und Erscheinungsformen 24

2.2.1 Ideologieformen des Antisemitismus in idealtypischer Sicht 25

2.2.1.1 Klassische Ideologieformen des Antisemitismus 25

2.2.1.2 Neuere Ideologieformen des Antisemitismus 26

Exkurs: »Grauzonen« 27

2.2.2 Besonderheiten antisemitischer Einstellungen und Handlungen 28

3 Antisemitisch motivierte Straftaten 29

3.1 Probleme bei der Erfassung und justiziellen Bearbeitung der Straftaten 30

3.2 Antisemitismus-Monitoring durch NGOs 35

3.3 Entwicklung und Typen antisemitischer Straftaten 38

3.4 Demografische Unterschiede: Alter und Geschlecht antisemitischer Straftäter und Straftäterinnen 43

3.5 Straftaten im Bereich Hasskriminalität 44

3.6 Schutz jüdischer Einrichtungen 46

3.7 Einschätzung der antijüdischen Hate Crimes vonseiten der Betroffenen 46

3.8 Antisemitische Hasspropaganda und Straftaten im Internet 47

3.9 Antisemitische Straftaten im internationalen Vergleich 48

4 Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung 53

4.1 Einleitung – Antisemitismus in Bevölkerungsumfragen 53

Exkurs: Zur Messung von Antisemitismus in Bevölkerungsumfragen 54

4.1.1 Operationalisierung antisemitischer Einstellungen 55
4.1.2 Messen alle Fragen/Items tatsächlich Antisemitismus? 56
4.2 Aktuelle Bevölkerungsumfragen zu antisemitischen Einstellungen 57
4.3 Befunde zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung 59
4.3.1 Ausmaß und Entwicklung antisemitischer Einstellungen 59
4.3.2 Zustimmung zu einzelnen Facetten antisemitischer Einstellungen 60
4.3.2.1 Zustimmung zu klassischem Antisemitismus 62
4.3.2.2 Zustimmung zu sekundärem Antisemitismus 63
4.3.2.3 Zustimmung zu israelbezogenem Antisemitismus 63
4.3.3 Israelbezogener Antisemitismus und »Israelkritik« 63
4.3.4 Antisemitische Einstellungen vor und nach dem Gaza-Konflikt im Sommer 2014 64
4.4 Zusammenhänge von Antisemitismus mit verwandten Konstrukten 65
4.4.1 Zusammenhang mit Elementen »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« 65
4.4.2 Soziale Distanz 65
4.4.3 Zusammenhang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus 67
4.4.4 Zusammenhang mit Antiamerikanismus, Kapitalismus- und Globalisierungskritik 67
4.5 Zur Rolle sozio-demografischer Faktoren 68
4.5.1 Antisemitismus nach Alter 68
4.5.2 Antisemitismus bei Ost-/Westdeutschen 69
4.5.3 Antisemitismus und Geschlecht 69
4.5.4 Antisemitismus und Schulbildung 69
4.5.5 Zusammenfassende Analyse sozio-demografischer Faktoren 70
4.6 Antisemitismus der Mitte? 71
4.6.1 Antisemitismus in der sozialen Mitte 72
4.6.2 Antisemitismus in der politischen Mitte 72
4.7 Religionszugehörigkeit und Antisemitismus 74
4.7.1 Einfluss der christlichen Religion auf antisemitische Einstellungen 74
4.7.2 Antisemitismus unter muslimischen Befragten 75
4.7.2.1 Was ist auf die »muslimische Religionszugehörigkeit«, was auf andere Variablen zurückzuführen? 75
4.7.2.2 Befunde zu muslimischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland 76
4.7.2.3 Befunde zu muslimischen Erwachsenen in Deutschland 77
4.7.2.4 Diskriminierung als mögliche Ursache antisemitischer Einstellungen bei muslimischen Einwanderern 78
4.8 Einfluss des Migrationshintergrunds auf antisemitische Einstellungen 80
4.9 Theoretische Erklärungen für die Übernahme antisemitischer Einstellungen 80
4.10 Antisemitismus im internationalen Vergleich 83
4.11 Antisemitische Einstellungen unter nach Europa zugewanderten muslimischen Migranten 88
4.12 Fazit 90

5 Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus 91

5.1 Perspektive von Jüdinnen und Juden in Deutschland auf Antisemitismus 91
5.2 Jüdische Gemeinschaften in Deutschland: Historische Ausgangssituation und Selbstverortung 91
5.3 Perspektivendivergenz 93
5.4 Bisherige Erkenntnisse zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus 93
5.4.1 Subjektive Antisemitismuserfahrungen 95

5.4.2 Ebenen, Formen und Ausdrucksweisen von Antisemitismus unter dem Blickwinkel der Diskriminierung 96

5.5 Beschreibung der in Auftrag gegebenen Expertise zum Thema »Perspektiven von Jüdinnen und Juden in Deutschland auf Antisemitismus« 97
5.5.1 Ziel der Expertise 97
5.5.2 Umsetzung der Expertise 97
5.5.3 Anlage und Umsetzung der Studie in drei Teilstudien 98
5.5.3.1 Qualitative Befragung (Teilstudien I und II) 98
5.5.3.2 Quantitative Befragung von Jüdinnen und Juden (Teilstudie III) 99

5.6 Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Studie 100
5.6.1 Die große Resonanz zeugt vom Bedarf, angehört und gehört zu werden 100
5.6.2 Jüdische Identität 100
5.6.3 Erfahrungen der Großeltern und Beständigkeit antisemitischer Stereotype 101
5.6.4 Einschätzung von Antisemitismus als aktuelles Problem 102
5.6.5 Einschätzung der Entwicklung von Antisemitismus 103
5.6.6 Wie drückt sich Antisemitismus aus Sicht der Betroffenen aus? 104
5.6.7 Erfahrung mit Diskriminierung – Befunde der qualitativen Befragungen 105
5.6.7.1 Verkrampftes Verhältnis/»Othering« als subtile Form von Antisemitismus 106
5.6.7.2 Diskriminierung aufgrund verschiedener zugewiesener Merkmale 106
5.6.7.3 Direkte, offene und diffuse Formen von Antisemitismus 107
5.6.7.4 Antisemitismus in verschiedenen Lebenskontexten 107
5.6.8 Erleben von und Sorge vor unmittelbaren Beleidigungen und Übergriffen 108
5.6.9 Wie die Betroffenen mit Antisemitismus umgehen 110
5.6.10 Einstellungen zur aktuellen Flüchtlingsdebatte 112
5.6.11 Vorschläge für Prävention 113

6 Medialer Diskurs 116

6.1 Einleitung 116

6.2 Antisemitische Verschwörungstheorien/-mythen, sekundärer Antisemitismus, antizionistischer/israelbezogener Antisemitismus und antisemitische »Hate Speech« 116

6.3 Antisemitismus in Print- und Online-Zeitungen sowie im Fernsehen 117

6.4 Kommentare von Leserinnen und Lesern 120

6.5 Internet und Soziale Medien 122
6.5.1 »Hate Speech« 123
6.5.2 Soziale Medien 123
6.5.2.1 Twitter 123
6.5.2.2 Facebook 124
6.5.2.3 YouTube 125
6.5.2.4 Blogs 126
6.5.2.5 Instagram 127
6.5.2.6 Google+ und andere Netzwerke 127
6.5.3 Themen 127
6.5.4 Akteurinnen und Akteure 128
6.5.5 Verbreitungsgrad in sozialen Netzwerken 128
6.5.6 Gegenstrategien 129

6.6 Fazit 130

Exkurs: »Mastermind« – Üstakil 132

7 Antisemitismus und Parteien 137

7.1 Das Verhältnis der Parteien zum Antisemitismus 137
7.1.1 Christlich Demokratische Union (CDU)/Christlich Soziale Union (CSU) 137
7.1.2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 137
7.1.3 Bündnis 90/Die Grünen 138
7.1.4 Alternative für Deutschland (AfD) 138
7.1.4.1 Der Fall Peter Ziemann 139
7.1.4.2 Der Fall Jan-Ulrich Weiß 139
7.1.4.3 Der Fall Gunnar Baumgart 140
7.1.4.4 Der Fall Wolfgang Gedeon 141
7.1.4.5 Bedeutung der Antisemitismus-Fälle in der Partei 143
7.1.4.6 Antisemitismus im innerparteilichen Machtkampf 144
7.1.4.7 Zwischenfazit 144
7.1.5 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)/Partei Die Linke 145

Exkurs: Anmerkungen zu Antisemitismus-Vorwürfen gegenüber der Partei Die Linke 146

7.1.5.1 Zwischenfazit 148
7.1.6 Freie Demokratische Partei (FDP) 148

7.2 Stellungnahmen der Parteien zum Antisemitismus 149
7.2.1 Christlich Demokratische Union (CDU) 150
7.2.2 Christlich Soziale Union (CSU) 150
7.2.3 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 151
7.2.4 Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) 151
7.2.5 Alternative für Deutschland (AfD) 151
7.2.6 Die Linke 151
7.2.7 Freie Demokratische Partei (FDP) 152
7.2.8 Antworten im Gesamtvergleich 152
7.2.9 Fazit 153

8 Antisemitismus in politischen Bewegungen und Organisationen 155

8.1 Antisemitismus in der rechtsextremistischen Bewegung 155
8.1.1 Rechtsextremismus als soziale Bewegung 155
8.1.2 Antisemitismus in der Ideologie des Rechtsextremismus 156
8.1.3 Antisemitismus in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) 156
8.1.4 Antisemitismus in der Neonazi-Szene 157
8.1.5 Antisemitismus in der rechtsextremistischen Musik 157

Exkurs: Antisemitismus in rechtsextremistischer Rap-Musik 158

8.1.6 Bedeutung der Holocaust-Leugnung für den Rechtsextremismus 159
8.1.7 Bedeutung des Antisemitismus im Rechtsterrorismus 159
8.1.8 Antisemitische Deutungen beim Diskurs über die Flüchtlingsentwicklung 160
8.1.9 Interne Bedeutung des Antisemitismus im Rechtsextremismus 160
8.1.10 Externe Bedeutung des Antisemitismus im Rechtsextremismus 161
8.1.11 Fazit 161

Exkurs: Reichsbürger 162

8.2 Montagsmahnwachen für den Frieden 163
8.2.1 Die Entstehung der Montagsmahnwachen 163
8.2.2 Kritik und Skandalisierung rechter Tendenzen bei den Mahnwachen 165
8.2.3 Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Mahnwachen – Ergebnisse einer Befragung 167

8.2.4 Zum Antisemitismus in der Friedenbewegung 170
8.2.5 Fazit 171

8.3 Zur Rolle von Antisemitismus bei Pegida 171
8.3.1 Einleitung 171
8.3.2 Vorüberlegungen zur Rolle von Antisemitismus bei Pegida 172
8.3.3 Wer demonstrierte mit bei Pegida? 174
8.3.4 Die offizielle Homepage von Pegida 174
8.3.5 Antisemitismus in Statements vonseiten der Organisatoren und eingeladener Redner 175
8.3.6 Antisemitische Plakate und skandierte Parolen 176
8.3.7 Hinweise auf die Verbreitung antisemitischer Einstellungen der Demonstranten 177
8.3.8 Einfluss auf die politische Kultur und die politische Stimmungslage 178
8.3.9 Fazit 178

8.4 Salafismus 179
8.4.1 Grundlagen des Salafismus 179
8.4.2 Antisemitismus und Salafismus 180
8.4.3 Verbreitung des Salafismus in Deutschland 180
8.4.4 Salafismus und Antisemitismus in Deutschland 181
8.4.5 Fazit 183

9 Antisemitismus und Religion 184

9.1 Einleitung 184

9.2 Antisemitismus in den christlichen Kirchen 184
9.2.1 Antisemitismus und Evangelische Kirche 185
9.2.1.1 Die »Slenczka-Debatte«: Zur Relevanz des Alten Testaments für das christliche Selbstverständnis 185
9.2.1.2 Antisemitismus und »Israelkritik« im Kontext der Evangelischen Kirche 186
9.2.2 Antisemitismus und Katholische Kirche 186
9.2.3 Fazit 187

9.3 Antisemitismus und muslimische Moscheegemeinden 187
9.3.1 Methodische Vorgehensweise und Durchführung der Studie 187
9.3.2 Die Ergebnisse 188
9.3.2.1 Rolle der Imame 188
9.3.2.2 Themen 189
9.3.2.3 Prävention von Antisemitismus in muslimischen Gemeinden 192
9.3.3 Fazit 192

10 Antisemitismus bei Geflüchteten 194

10.1 Erkenntnisbedarf 194

Exkurs: Stichprobe, Methodik und Vorgehensweise der qualitativen Studie »Expertise II« 195

10.2 Konfliktlinien in Zusammenhang mit Flucht und Antisemitismus 195

10.3 Hinweise auf die Verbreitung und Ausformung von Antisemitismus unter Geflüchteten 196
10.3.1 Erfahrungen in Zusammenhang mit der Flucht und als Geflüchtete 196
10.3.2 Diskriminierungserfahrungen 196
10.3.3 Einstellungen und Werthaltungen mit Blick auf Demokratie und Menschenrechte 197
10.3.4 Religion, Religiosität, religiöse Praxis 198
10.3.5 Der Import antisemitischer Prägungen aus den Herkunftsländern 198
10.3.5.1 Ergebnisse aus Einstellungsbefragungen mit Personen aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens 199

10.3.5.2 Religiöse, nationale und ethnische Identitäten 200
10.3.5.3 Wissen über Juden und das Judentum 201
10.3.5.4 Wissen und Wissensquellen zum Holocaust 201
10.3.5.5 Bilder von Juden und Jüdinnen 202
10.3.5.6 Einstellungen zu Israel und israelbezogener Antisemitismus 202
10.3.5.7 Einstellungen zum Nahostkonflikt 202
10.3.5.8 Wissensquellen zum Nahostkonflikt und Israel 202
10.3.5.9 Wandel im Israelbild 203
10.3.6 Zusammenfassung der bisherigen Befunde zu Antisemitismus bei Geflüchteten 203
Exkurs: Präventionsarbeit mit Geflüchteten 204

11 Prävention und Intervention 206

11.1 Zentrale pädagogische Herausforderungen 206
11.1.1 Ausgangsüberlegungen 206
11.1.2 Erscheinungsformen von Antisemitismus in pädagogischen Kontexten 207
11.1.3 Verschiedene Motive von Antisemitismus 208
11.1.4 Emotionen und Abwehrhaltungen als (pädagogische) Herausforderung 208
11.1.5 Heterogener Lernraum 209
11.2 Zielgruppen und Präventionsformen 209
11.2.1 Zielgruppen 209
11.2.2 Präventionsformen 209
11.2.3 Intervention 210
11.3 Systematische Einordnung von Bildungs- und Präventionsansätzen 211
11.3.1 Historische Bildung 211
11.3.2 Politische Bildung 211
11.3.3 Begegnungspädagogik 212
11.3.4 Anerkennungspädagogik 212
11.4 Aktuelle Diskurse und neuere Ansätze in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus 213
11.4.1 Antisemitismuskritische Bildung 213
11.4.2 Subjektorientierung 214
11.4.3 Lebensweltlicher Ansatz 214
11.4.4 Konfliktpädagogik und (kollegiale) Fallberatung 214
11.4.5 Dialogischer Reflexionsansatz 215
11.5 Ausgewählte Handlungsfelder 215
11.5.1 Schule 215
11.5.2 Hochschule 217
11.5.3 Fort- und Weiterbildung für Lehr- und Fachkräfte 218
11.5.4 Offene Jugend- und Sozialarbeit 219
11.6 Rahmenbedingungen der Antisemitismusprävention 219
11.6.1 Präventionsmaßnahmen auf Bundesebene 220
11.6.1.1 Fehlende systematische und dauerhafte Förderung 222
11.6.1.2 Jugendliche als (alleinige) Zielgruppe 222
11.6.1.3 Ausbau ressortübergreifender Zusammenarbeit 223
11.6.1.4 Problem Kofinanzierung 223
11.6.2 Präventionsmaßnahmen auf Länderebene 223
11.6.2.1 Landesprogramme und Landesinitiativen 224
11.6.2.2 Bedeutung des Phänomenbereichs Antisemitismus in den Landesprogrammen 224
11.6.2.3 Einordnung 225

11.6.2.4 Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern 225
11.6.3 Weitere Fördermaßnahmen der Arbeit gegen Antisemitismus 226
11.6.4 Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis 227
11.6.5 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Organen 228
11.6.6 Opferberatung in Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen 229

11.7 Qualitätsmerkmale pädagogischer Maßnahmen gegen Antisemitismus – Zentrale Befunde der Projektevaluation von Socius 230
11.7.1 Erschließung/Gewinnung von Zielgruppen 230
11.7.2 Selbstreflexion als Ziel pädagogischer Maßnahmen 231
11.7.3 Theoretische Auseinandersetzung mit Antisemitismus 231
11.7.4 Vielfalt an pädagogischen Ansätzen/Methoden 232
11.7.5 Stellenwert von Austausch, Perspektivwechsel, Diskriminierungserfahrungen von Teilnehmenden und Umgang mit Emotionen 233
11.7.6 Freiwilligkeit der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen zum Antisemitismus 234
11.7.7 Zusammensetzung der durchführenden Teams 234
11.7.8 Berücksichtigung heterogener Lernräume 234

12 Beispiele 238

12.1 Die Augstein-Debatte 238
12.1.1 Der Konfliktanlass und erste journalistische Stellungnahmen 239
12.1.2 Pro- und contra Stellungnahmen von Politikern, Wissenschaftlern und jüdischen sowie nichtjüdischen Organisationen 241
12.1.3 Kritik an Augstein und seinen Unterstützern 243
12.1.4 Die Mediendebatte aus wissenschaftlicher Sicht 244
12.1.5 Fazit 244

12.2 Die Beschneidungsdebatte 245
12.2.1 Medialer Diskurs 246
12.2.2 Die Politik am Pranger 248
12.2.3 Die Debatte und ihre Folgen 249
12.2.4 Reaktionen der Politik 249
12.2.5 Reaktionen des Zentralrats der Juden in Deutschland 250
12.2.6 Empirische Studien 251
12.2.7 Fazit 251

12.3 Antisemitismus im Fußball 252
12.3.1 Zur Situation in Deutschland 252
12.3.2 Ausdrucksformen des Antisemitismus 253
12.3.3 Die jüdischen Makkabi-Vereine als Zielscheibe von Antisemitismus 254
12.3.4 Die Reaktionen auf antisemitische Vorfälle im Fußball 256
12.3.5 Fazit 257

13 Fazit 258

Handlungsempfehlungen 267

Conclusion, Key Demands and Recommendations 274

Literatur 290

Abkürzungen 301

Vorwort

Mit dem Ausbruch der Zweiten Intifada im Oktober 2000 und den folgenden Militäraktionen Israels, v. a. im Frühjahr 2002 in Dschenin und Bethlehem, kam es in einer ganzen Reihe westeuropäischer Länder zu einer Welle antijüdischer und antiisraelischer Übergriffe und Demonstrationen. Dies war für das *European Monitoring Center for Racism and Xenophobia* (EUMC) der Anlass, erstmals einen Bericht zum Antisemitismus in den damaligen 15 EU-Mitgliedsstaaten verfassen zu lassen. Damit kehrte der Antisemitismus als wichtiges Thema auf die öffentliche, politische und auch wissenschaftliche Agenda in Deutschland und Europa zurück. In rascher Folge fanden nun Antisemitismus-Konferenzen der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) in Wien (2003), Berlin (2004) und Cordoba (2005) statt. Seitdem erfährt das Thema Antisemitismus eine hohe politische Aufmerksamkeit, und die Nachfolgeorganisation des EUMC, die *Federal Agency for the Protection of Human Rights* (FRA), gibt jährliche Berichte dazu heraus (Monitoring).

Mit der Entwicklung des Nahostkonflikts haben sich aber auch eine Reihe wichtiger Veränderungen in diesem Themenfeld ergeben. Standen bis Ende der 1990er-Jahre v. a. in Deutschland Auseinandersetzungen um Antisemitismus ganz überwiegend im Zusammenhang mit der NS-Vergangenheit und mit Fragen des adäquaten Erinnerns an die Verfolgung und Ermordung der Juden, so rückte nun, in Deutschland erstmals wieder mit dem sogenannten Möllemann-Friedman-Streit vom Mai 2002, ein israelbezogener Antisemitismus in den Mittelpunkt, der seitdem v. a. in Phasen der Eskalation des Nahostkonflikts öffentlich hervortritt. Es kam damals die Rede von einem »neuen Antisemitismus« in Europa auf, der sich auf Israel als »kollektiven Juden« bezog. Die Unsicherheit darüber, wo genau die Grenze zwischen berechtigter und einseitiger Kritik an Israels Politik gegenüber den Palästinensern und als antisemitisch zu wertenden Stellungnahmen verläuft, hält bis heute an und hat zu verstärkten Bemühungen um eine verbindliche Antisemitismus-Definition geführt. Anfang 2005 hatte das *EUMC* zusammen mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Experten deshalb eine Arbeitsdefinition vorgeschlagen, in der festgelegt wird, wann israelbezogene Aussagen als antisemitisch gelten. Die Definition hat in einigen Ländern Europas zu einer höheren Sensibilität in der Erfassung antisemitischer Straftaten geführt, dennoch sind gerade die auf Israel bezogenen Elemente der Definition trotz anhaltender Bemühungen bisher strittig geblieben (→ Definition). Ob die jüngste Übernahme der Definition durch die *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) daran etwas ändern wird, muss hier offenbleiben.

Mit der juden- und israelfeindlichen Welle von 2002, in der erstmals junge Muslime als Tätergruppe in einigen europäischen Ländern hervortraten, ist neben der Fokussierung auf den Nahostkonflikt eine weitere Entwicklung in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, nämlich der Antisemitismus unter Migrantinnen und Migranten aus muslimisch geprägten Ländern. Über dessen Ausmaß und Charakter wird seitdem kontrovers diskutiert, wobei nach wie vor nur wenige verlässliche Erkenntnisse dazu vorliegen. Obwohl man den Blick inzwischen auf weitere migrantische Gruppen ausgeweitet hat und Antisemitismus heute als ein Phänomen im Kontext der »Einwanderungsgesellschaft« gilt, fehlen auch hier noch entsprechende Untersuchungen. Die Debatte über Antisemitismus unter Muslimen ist spätestens seit dem Sommer 2015 mit der massenhaften Flucht von Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten im Mittleren Osten und aus Nordafrika in den Mittelpunkt eines öffentlichen Diskurses zu der Frage geraten, ob mit den Geflüchteten auch Antisemitismus »importiert« werde. In den Diskussionen um die Aufnahme der Geflüchteten spielten dabei v. a. deren Religionszugehörigkeit und ihre Herkunft aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens eine wachsende Rolle. Die Fokussierung auf den Nahostkonflikt hat auch noch eine andere Schwerpunktverschiebung in der öffentlichen Diskussion zur Folge gehabt, da sich nun v. a. die politische Linke aufgrund ihrer Stellungnahmen zu diesem Konflikt mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert sieht. Die nach wie vor zentrale Trägergruppe, nämlich die extreme Rechte, gerät dabei manchmal etwas zu sehr aus dem Blick.

Neben dieser stärkeren Fokussierung auf den Nahostkonflikt haben aber eine ganze Reihe neuerer Entwicklungen dazu beigetragen, Antisemitismus als dringliches Problem wahrzunehmen und entsprechende Präventions- und Bekämpfungsmöglichkeiten zu diskutieren. Als ein zentrales neues und bedrohliches Phänomen ist dabei die zunehmende Hasskommunikation im Internet zu nennen, die in jüngster Zeit immer stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit rückt. Über das Internet, insbesondere über die sozialen Netzwerke eröffnen sich für die einzelnen Nutzerinnen und Nutzer völlig neue Kommunikationsmöglichkeiten, denn nun erreichen sie in dieser »Semi-Öffentlichkeit« einen enorm großen Leserkreis für ihre antisemitischen Auslassungen, für die sie vorher schwerlich Publikationsmöglichkeiten gefunden hätten. Das Internet begünstigt zudem die Verbreitung von Verschwörungstheorien, die in vielen Fällen mit antisemitischen Vorstellungen über eine jüdische oder zionistische Weltverschwörung und Beherrschung der Finanzwelt verbunden sind. Damit entsteht ein großer

Resonanzraum für Hassbotschaften mit einer Tendenz zur Resonanzverstärkung, der strafrechtlichen Eingriffen nur schwer zugänglich ist. Von staatlicher Seite ist dieses Problem erst spät erkannt worden und überdies nicht leicht zu lösen, da die international agierenden Anbieter durch einzelstaatliche Regelungen nur schwer zur Selbstkontrolle der von ihnen verbreiteten Inhalte zu zwingen sind, wie die gegenwärtige Diskussion darüber zeigt.

Diese Verbreitung antisemitischer Botschaften in den neuen Medien hat zudem die Aufmerksamkeit von Wissenschaft und Öffentlichkeit von den politischen Extremen stärker auf die sogenannte Mitte umgelenkt, die nun als ein neues Problemfeld erscheint. Ein Blick zurück auf die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, dass dies allerdings keineswegs ein neues Phänomen ist und dass antisemitische Einstellungen gerade in den ersten Nachkriegsjahrzehnten noch stärker als heute bis weit in die Mitte der Gesellschaft anzutreffen waren. Unabhängig von dieser an sich positiven Entwicklung sind antisemitische Einstellungen nach wie vor in der Bevölkerung in nennenswertem Ausmaß verbreitet, sodass hier latent vorhandene, kulturell tief verwurzelte Ressentiments unter Umständen auch wieder aktiviert werden können. Die Fokussierung auf die »Mitte« soll unterstreichen, dass es sich beim Antisemitismus eben nicht nur um ein Phänomen in kleinen Randgruppen handelt, sondern dass er durchaus auch unter jenen vorkommt, die sich selbst sozial und politisch als »Mitte« betrachten und auch anhand sozioökonomischer Kriterien dazu gezählt werden können. Die »Mitte« – ganz gleich wie definiert – ist, allein weil sie die große Mehrheit repräsentiert, von der Politik adressiert wird und ihr viele relevante gesellschaftliche Akteure zugerechnet werden können, ganz wesentlich für die Wahrnehmung und Bewertung, aber eben auch für die Verbreitung und Entwicklung von Antisemitismus. Die »Mitte« ist und bleibt also ein zentrales Feld für die Intervention und Prävention von Antisemitismus.

Neben der Eröffnung des Kommunikationsraums Internet wird Antisemitismus durch die seit Jahren aufgeheizte Debatte über Islam, Terrorismus und Zuwanderung/Flucht begünstigt. Diese Debatte, aber auch die Finanzkrise haben rechtspopulistischen Bewegungen (wie *Pegida*), Parteien (wie die *Alternative für Deutschland*/AfD) und verschwörungstheoretischen Bewegungen nicht nur in Deutschland Auftrieb gegeben, die nun ihrerseits diese Debatten weiter forcieren. Auch wenn Antisemitismus hier kein dominantes Phänomen war und ist, so haben diese Akteure mit hetzerischen Parolen, einer nationalistisch-völkischen Ideologie sowie implizit oder explizit formulierten Verschwörungstheorien ein politisches Klima der Polarisierung geschaffen.Verfechter einer offenen, pluralistischen Gesellschaft und deren Gegner stehen sich ebenso gegenüber, wie rechtspopulistische Parteien bzw. Bürgerbewegungen auf der einen und politische Eliten sowie etablierte Medien auf der anderen Seite; der Ton gegenüber Minderheiten und »Fremden« ist insgesamt rauer geworden und verunsichert so auch die jüdische Minderheit, auch wenn rechtspopulistische Parteien und Bewegungen sich derzeit auf »die Muslime« konzentrieren und den Anschein von Antisemitismus insgesamt weitgehend zu vermeiden suchen.

Im Zuge dieser gesellschaftlichen Veränderungen hat sich auch die Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus in der Politik, der Wissenschaft und in zivilgesellschaftlichen Organisationen intensiviert, was wiederum einen Effekt auf die wahrgenommene Bedeutung und Dringlichkeit des Problems hat. Es ist ein ganzes Netzwerk von in- und ausländischen Organisationen, NGOs und Wissenschaftlern entstanden, das sich mit Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen befasst, Berichte erstellt, Konferenzen abhält, sich eindeutig gegen Antisemitismus positioniert und über Präventionsmöglichkeiten diskutiert. Es wird versucht, dem Thema öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen, doch gleichzeitig zeigen Umfragen, dass die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung (77 Prozent) die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland als gering einschätzt. Hier besteht eine Wahrnehmungsdiskrepanz, denn während Juden Antisemitismus aufgrund ihrer Alltagserfahrung überwiegend als zentrales Problem empfinden, ist in der Bevölkerung insgesamt die Sensibilität gegenüber diesem Phänomen gering. Auch hieraus leiten sich wichtige Ansatzpunkte für die Prävention ab.

Der vorliegende zweite Bericht des *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* (UEA) ist Ausdruck der deutlich angestiegenen politischen Aufmerksamkeit für dieses Problem. Er verweist auf die Vielfältigkeit der Erscheinungsformen von Antisemitismus in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, fragt nach der Wahrnehmung von Antisemitismus aus jüdischer Perspektive und zeigt staatliche sowie zivilgesellschaftliche Bemühungen zur Bekämpfung und Prävention, aber auch deren Grenzen und Defizite.

Zentrale Forderungen des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

1. Berufung einer/s Antisemitismusbeauftragten und Verstetigung eines unabhängigen Expertenkreises

Der vorliegende Bericht des zweiten *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* zeigt, dass die Bekämpfung des Antisemitismus eine dauerhafte Aufgabe für Politik und Gesellschaft ist und bleibt. Deshalb fordert der Expertenkreis die Berufung einer/s Antisemitismusbeauftragten. Diese/r soll im Bundeskanzleramt angesiedelt werden und als Teil der Verwaltung die Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung und -prävention ressortübergreifend koordinieren. Der Expertenkreis empfiehlt eine Berufung auf vier Jahre aus wechselnden Ressorts, querliegend zur Legislaturperiode.

Die/Der Antisemitismusbeauftragte wird von einem unabhängigen Kreis beraten, der im Benehmen mit der/dem Beauftragten von der Bundesregierung berufen wird und sich aus jüdischen und nichtjüdischen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Bildungspraxis und Zivilgesellschaft zusammensetzt. Dieser legt in regelmäßigen Abständen (Fortschritts-)Berichte vor, die neben einer Zustandsbeschreibung auch den Stand der Umsetzung der Forderungen und Handlungsempfehlungen des Expertenkreises beinhalten. Zu den Berichten finden regelmäßig parlamentarische Anhörungen statt.

2. Konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer Straftaten

Der Expertenkreis fordert, die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, jüdischen Organisationen und Sicherheitsbehörden bei der Erfassung antisemitischer Straftaten zu verbessern. Die Schaffung entsprechender Strukturen soll den Betroffenen das Anzeigen antisemitischer Straftaten erleichtern und damit Dunkelziffern reduzieren. Basis für die Beurteilung antisemitischer Taten soll ein einheitlicher Kriterienkatalog sein, in Anlehnung und kritischer Weiterentwicklung der sogenannten *Working Definition* zum Antisemitismus. Antisemitische Straftaten sollen im Verfassungsschutzbericht wieder explizit ausgewiesen werden. Die erhobenen Daten sollen in einer einheitlichen, bundesweiten Datenbank regelmäßig veröffentlicht werden. Bei der Strafverfolgung fordert der Expertenkreis eine entschiedenere Berücksichtigung antisemitisch motivierter Straftatbestände durch die Justiz. Darüber hinaus fordert der Expertenkreis die dauerhafte und strukturelle Schaffung von Beratungs- und Empowerment-Strukturen für von Antisemitismus Betroffene.

3. Dauerhafte Förderung von Trägern der Antisemitismusprävention

Der zweite *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* wiederholt die Forderung aus dem ersten Bericht, die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Trägern in der Antisemitismusprävention zu verstetigen. Damit greift der Expertenkreis eine Forderung des NSU-Untersuchungsausschusses des *Deutschen Bundestages* vom August 2013 auf, der sich »mit Nachdruck« für eine »Neuordnung der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus« ausspricht. Der Expertenkreis fordert die Politik auf, Verlässlichkeit und Planungssicherheit für bürgerschaftliche Akteure zu garantieren. Damit verbunden ist die Schaffung von Strukturen, um Wissen und Erfahrungen, die in Modellvorhaben gesammelt werden, in die Regelstrukturen zu überführen (v. a. Schule).

4. Schaffung einer ständigen Bund-Länder-Kommission

Zahlreiche der in diesem Bericht beschriebenen Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung und -prävention fallen in die Zuständigkeit der Länder. Der Bund hat in diesem Zusammenhang meist nur eine »Anregungsfunktion« (siehe Kinder- und Jugendhilfegesetz SGB VIII). Um die Abstimmung länderspezifischer Maßnahmen, v. a. im Bereich Schule, Jugendhilfe, Justiz und Polizei, zu verbessern, fordert der Expertenkreis die Schaffung einer ständigen Bund-Länder-Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der für die o. g. Bereiche zuständigen Stellen. Außerdem fordert der Expertenkreis die Bundesländer auf, eigenständige Maßnahmen zur Antisemitismusbekämpfung in den Landesprogrammen zur Extremismusprävention zu verankern und über diese in Austausch zu treten.

5. Langfristig angelegte Forschungsförderung zum Antisemitismus

Der Expertenkreis fordert mehr Forschungsvorhaben, die sich gezielt sowohl mit den historischen Entwicklungen als auch den gegenwartsbezogenen Formen des Antisemitismus befassen und die sowohl die Perspektive der nichtjüdischen wie auch der jüdischen Bevölkerung berücksichtigen. Diese sollten interdisziplinär und sowohl quantitativ als auch qualitativ angelegt werden. Außerdem sollen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden für eine stärkere praxisbezogene Antisemitismusforschung, jenseits der Evaluation von Bundesprogrammen. Damit

einher geht die Forderung der Schaffung eines institutionalisierten Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis.

Im Übrigen empfiehlt der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus,* Berichte durch weitere Expertenkreise erstellen zu lassen, die antimuslimische und andere Vorurteile und Ausgrenzungen beschreiben und analysieren, da es sich hierbei nicht nur um ähnliche Phänomene handelt, sondern auch Schnittmengen zu antisemitischen Haltungen sichtbar werden, die für die im Bericht vorgeschlagenen präventiven Strategien von grundlegender Bedeutung sind.

1 Einleitung

1.1 Inhaltlicher Kontext

Im Januar 2012 überreichte der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* dem *Deutschen Bundestag* seinen Bericht zu Antisemitismus in Deutschland. Der Expertenkreis, bestehend aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, war 2009 mit der Erstellung dieses Berichts beauftragt worden, mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft zu präsentieren,[1] die dann von den politischen Akteurinnen und Akteuren aufgenommen und umgesetzt werden sollten. Der erste Expertenbericht machte deutlich, wie breit Antisemitismus nach wie vor gesellschaftlich verankert ist. Auch ein Maßnahmenkatalog wurde formuliert. Dieser fand jedoch kaum Eingang in den politischen und öffentlichen Diskurs.[2]

Im Dezember 2014, rund vier Jahre nach dem Einsetzen des ersten Expertenkreises, wurde erneut auf Antrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und *Bündnis 90/Die Grünen* sowie in Übereinstimmung mit der Partei *Die Linke* ein *Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus* bestellt.[3] Die nach wie vor große Verbreitung von Antisemitismus, die kaum erfolgte Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Berichts bis zu diesem Zeitpunkt[4] ebenso wie die schon dem ersten Antrag der Bundestagsfraktionen zugrunde liegende Motivation, »regelmäßig und umfassend zu diesem Thema«[5] zu forschen und zu berichten, wurde als Ausgangspunkt für einen neuen Antrag genommen. Hinzu kamen Ereignisse, wie etwa der Gaza-Konflikt 2014 und die damit in Verbindung stehenden Demonstrationen auch auf deutschen Straßen, die begleitet waren von massiven antisemitischen Parolen und Straftaten, die die Forderungen nach einem zweiten Expertenkreis und einem neuen Expertenbericht untermauerten.

1.2 Der Auftrag: »Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern«[6]

Der *Deutsche Bundestag* verweist in seinem Antrag auf Einsetzung eines zweiten *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* (UEA) auf den anhaltenden Antisemitismus und die besondere Verantwortung Deutschlands, sich diesem entschlossen entgegenzustellen und jüdisches Leben in Deutschland zu schützen und zu fördern. Der Auftrag lautete, einen neuen Expertenbericht zu erstellen, der drei zentrale Anforderungen erfüllen soll: (1) »Antisemitismus in Deutschland als eine besondere Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unter Setzung spezifischer Schwerpunkte« betrachten, (2) »vor dem Hintergrund der Erfahrungen des vorangegangenen Berichtszeitraumes konkrete Vorschläge für Maßnahmen der Bekämpfung des Antisemitismus machen« und (3) einen besonderen »Schwerpunkt [...] auf Maßnahmen [legen], die auf Bundesebene umgesetzt werden könne[n]«.[7]

Da viele notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus in der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht allein auf Bundesebene umgesetzt werden können, sondern auch und v. a. die Bundesländer betreffen (Bildung, Polizei, Justiz etc.), hat sich der Expertenkreis in einigen Bereichen über diese Begrenzung des Auftrags hinweggesetzt bzw. explizit auf die Erschwernisse verwiesen, die eine klare Abgrenzung von Maßnahmen der Bundesebene von der der Länder und Kommunen mit sich bringen.

---

1 »Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das jüdische Leben in Deutschland in all seinen Ausprägungen weiterhin intensiv politisch zu unterstützen und zu schützen, indem 1. ein Expertengremium aus Wissenschaftlern und Praktikern beauftragt wird, in regelmäßigen Abständen einen Bericht zum Antisemitismus in Deutschland zu erstellen und dabei Empfehlungen zu geben, wie Programme zur Bekämpfung von Antisemitismus entwickelt und weiterentwickelt werden können« (Deutscher Bundestag Drucksache 16/10776 (neu) und 16/10776 vom 4.11.2008), S. 3, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/107/1610776.pdf (eingesehen 13.10.2016).

2 Vgl. hierzu z. B. Neues Deutschland, Uneinheitlich und unkoordiniert, 18.10.2012 (eingesehen 2.11.2016), oder auch taz, Die verschenkte Chance. Desinteresse an Antisemitismus-Studie, 17.10.2012 (eingesehen 2.11.2016).

3 Deutscher Bundestag Drucksache C vom 11.6.2013, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/138/1713885.pdf (eingesehen 14.10.2016).

4 Hervorzuheben ist hier jedoch die große Bereitschaft des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Vorschläge des Expertenberichts insbesondere im Bereich Prävention mit dem Bundesprogramm »Demokratie leben!« aufzunehmen und umzusetzen.

5 Deutscher Bundestag Drucksache C vom 11.6.2013, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/138/1713885.pdf (eingesehen 14.10.2016)., S. 2. Siehe aber auch Deutscher Bundestag Drucksache 16/10776 (neu) und 16/10776 vom 4.11.2008, S. 3.

6 Deutscher Bundestag Drucksache C vom 11.6.2013, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/138/1713885.pdf (eingesehen 14.10.2016), S. 1 f.

7 Ebenda, S. 3.

1.3 Zusammensetzung des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Der zweite UEA wurde nach dem Bundestagsbeschluss im Dezember 2014 vom Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière berufen und hatte seine konstituierende Sitzung am 19. Januar 2015. Wie schon sein Vorgängergremium, wurde der Expertenkreis mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie mit Akteurinnen und Akteuren zivilgesellschaftlicher Organisationen besetzt, die sich mit der Erforschung und Prävention von Antisemitismus befassen. Unmittelbar nach der Einsetzung des neuen UEA wurde in der Öffentlichkeit von vielen Seiten Kritik an der Besetzung geäußert: Kein Mitglied war jüdisch.[8] Die jüdische Wahrnehmung von und Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Deutschland und die damit einhergehenden Erfahrungen wären in dieser Besetzung randständig geblieben und hätten lediglich über externe Expertisen eingeholt und in den Bericht integriert werden können. Eine unmittelbare Mitbestimmung der Themensetzung und eine direkte Beteiligung an der Erarbeitung des Berichts hätte nicht stattfinden können und eine zentrale Perspektive wäre damit ausgeklammert worden.[9] BMI und Bundestag reagierten auf die öffentliche Kritik: Thomas de Maizière berief in Abstimmung mit allen im Bundestag vertretenen Fraktionen nachträglich zwei jüdische Mitglieder in den UEA.[10] Der UEA, der den vorliegenden Bericht gemeinsam erarbeitet hat, setzt sich demnach wie folgt zusammen:

Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus:
(in alphabetischer Reihenfolge)

Prof. Dr. Werner Bergmann.
Soziologe; Professor a.D. für Antisemitismusforschung
Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin

Marina Chernivsky
Verhaltenswissenschaftlerin und Psychologin; Leiterin des »Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment«
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)

Aycan Demirel
Mitbegründer und Leiter der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.)

Dr. Elke Gryglewski
Politikwissenschaftlerin; stellvertretende Direktorin und Leiterin der Bildungsabteilung
Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (GHWK)

Prof. Dr. Beate Küpper
Sozialpsychologin; Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen- und Konfliktsituationen
Hochschule Niederrhein, Fachbereich Sozialwesen

Prof. Dr. Andreas Nachama
Historiker; Rabbiner und Geschäftsführender Direktor Stiftung Topographie des Terrors

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber
Politikwissenschaftler und Soziologe; Professor im Fachbereich Öffentliche Sicherheit
Hochschule des Bundes, Brühl

Patrick Siegele
Philologe und Musikwissenschaftler; Direktor *Anne Frank Zentrum* (AFZ), Berlin

Dr. Juliane Wetzel
Historikerin
Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin

---

8 Vgl. z. B.: taz, Grüne fordern jüdische Experten, 12.2.2015, http://www.taz.de/!5020516/ (eingesehen 3.11.2015); Der Tagesspiegel, Jüdische Verbände rügen Zusammensetzung einer Expertenrunde, 10.2.2015, http://www.tagesspiegel.de/politik/kampf-gegen-antisemitismus-juedische-verbaende-ruegen-zusammensetzung-einer-expertenrunde/11354814.html (eingesehen 3.11.2015); Spiegel Online, Innenministerium will Antisemitismus erforschen – aber ohne Juden, 10.2.2015, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/antisemitismus-juedische-wissenschaftler-kritisieren-innenministerium-a-1017791.html (eingesehen 3.11.2016);

9 Eine Zusammenfassung der Debatte: http://mediendienst-integration.de/artikel/kritik-an-zusammensetzung-antisemitismus-expertenkreis.html (eingesehen 15.6.2016). Insbesondere wird hier auf die Problematik verwiesen, dass häufig über Minderheiten gesprochen werde, nicht aber mit ihnen, und ihre Erfahrungen nicht in die Betrachtungen einbezogen werden.

10 Vgl. hierzu auch http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/05/erweiterung-expertenkreis-antisemitismus.html (eingesehen 17.11.2016).

Mitglied des Expertenkreises war zunächst auch Dr. habil. Klaus Holz, Soziologe und Generalsekretär der *Evangelischen Akademien in Deutschland e.V.* (EAD) Er schied jedoch aus privaten Gründen im Juli 2015 aus dem Expertenkreis aus.

Die Koordination der Arbeit des Expertenkreises wurde Patrick Siegele und Dr. Juliane Wetzel per Abstimmung der Mitglieder des Expertenkreises einvernehmlich übertragen. Die Koordinierungsstelle des Expertenkreises wurde am *Anne Frank Zentrum* (AFZ) angesiedelt und durch Dr. Christina Herkommer als wissenschaftliche Mitarbeiterin organisatorisch und inhaltlich unterstützt.

1.4 Ziele des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Der zweite UEA hat sich mit dem neuen Bericht drei zentrale Ziele gesetzt:

1. Aktualität und Ergänzungen

Veränderungen seit dem ersten Bericht vom Januar 2012 stehen im Vordergrund und finden Eingang in alle Bereiche und Themen. Hergestellt wird diese Aktualität durch die Rezeption neuer empirischer Daten und Forschungsergebnisse sowie durch Verweise auf aktuelle Themen, wie z. B. Flucht und Migration und neue politische Bewegungen. Außerdem werden in dem aktuellen Bericht weitere Themen beleuchtet, die im ersten Bericht nicht oder nur am Rande behandelt wurden.

2. Zusammenhänge

Aktuelle Ereignisse und deren Diskussion auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen werden vorgestellt. Dies geschieht v. a. in Form von Beispielen, die deutlich machen, dass antisemitische Vorfälle und Diskurse nicht isoliert betrachtet werden können und, insbesondere im Hinblick auf eine umfassende Prävention von Antisemitismus, nicht alleine auf einzelne Zielgruppen und Kontexte (z. B. Schülerinnen und Schüler) beschränkt bleiben dürfen.

3. Forderungen

Anders als im ersten Expertenbericht werden nicht viele kleine Handlungsempfehlungen formuliert, sondern auch umfassendere Forderungen gestellt. Diese benennen gezielt Entscheidungsträger, die für ihre Umsetzung notwendig bzw. zuständig und verantwortlich sind (Ministerien, Einrichtungen des Bundes oder der Länder, zivilgesellschaftliche Organisationen etc.).

Der Bericht versteht sich als Beitrag zur (Politik-)Beratung und soll auf politischer und auf Verwaltungsebene als Vorlage bei der Entscheidungsfindung helfen: Antisemitismus soll als gesamtgesellschaftliches Problem dargestellt, Forschungsbedarf konkretisiert, und es sollen Modelle bzw. Maßnahmen zu Prävention und Intervention vorgeschlagen werden.

1.5 Praktische Umsetzung

Der zweite UEA hat verschiedene Arbeitsweisen genutzt, um den neuen Expertenbericht zu erstellen.

1.5.1 Reguläre Arbeitstreffen

Der UEA hat sich in regelmäßigen Abständen zu ein- bis zweitägigen Sitzungen getroffen, die im *Bundesministerium des Innern* (BMI) stattfanden und in Zusammenarbeit zwischen Koordinierungsstelle und BMI organisiert und vorbereitet wurden. Insgesamt fanden über einen Zeitraum von zwei Jahren 16 Treffen statt, von denen drei Treffen als Klausurtagungen über zwei Tage angelegt waren. Im Rahmen dieser Treffen wurden die Struktur des Berichts und seine zentralen Themenschwerpunkte festgelegt, Vorgehensweise und Selbstverständnis diskutiert, Aufgaben verteilt und inhaltlich gearbeitet.

Während der Arbeit des Expertenkreises wurde deutlich, dass die Expertinnen und Experten aus den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen unterschiedliche Begrifflichkeiten für gleiche oder ähnliche Phänomene verwenden bzw. eine gleiche Terminologie nutzen, ihr aber z. T. eine andere Bedeutung zuschreiben. Es wurde konstruktiv diskutiert und versucht, eine möglichst einheitliche Sprache des Expertenkreises zu finden. Sofern dies nicht möglich war, haben sich die Expertinnen und Experten darauf geeinigt, Fußnoten mit entsprechenden Erläuterungen zum Verständnis und zur Begriffsverwendung zu ergänzen und gegebenenfalls einen möglichen Dissens zu erwähnen. Einig war sich der Expertenkreis, dass es an einigen Stellen der Auseinandersetzung mit Antisemitismus Grauzonen gibt, die sich einer eindeutigen Definition entziehen und je nach Beobachtungsperspektive auch innerhalb des Expertenkreises unterschiedlich beurteilt werden.

1.5.2 Einholung externer Expertisen

In Ergänzung zu den Treffen und der Arbeit der Expertinnen und Experten an den verschiedenen Berichtsteilen wurden zu einigen Themenbereichen auch externe Expertisen in Auftrag gegeben:

Externe Expertisen

1. Verbreitung von Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung. Bericht über die Ergebnisse aus aktuellen, repräsentativen Bevölkerungsumfragen
   Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld

2. Antisemitismus aus jüdischer Perspektive. Studie über die Wahrnehmungen, Erfahrungen und Einschätzungen von Jüdinnen und Juden in Deutschland
   Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld

3. Antisemitismus und Hate Speech im Internet
   Amadeu Antonio Stiftung und no-nazi.net/Julia Schramm

4. Antisemitische Verschwörungstheorien: Das Beispiel des Films »Mastermind«

5. Befragung von Imamen zu Antisemitismus in muslimischen Gemeinden
   Empati gGmbH/Dr. Chaban Salih

6. Antisemitismus in protestantischen Kirchengemeinden am Beispiel der Kirchentage und der »Slenczka-Debatte«
   Goethe-Universität Frankfurt a. M./Prof. Dr. Christian Wiese

7. Antisemitismus in katholischen Kirchengemeinden am Beispiel des Karfreitagsgebets
   Universität Augsburg/Prof. i. R. Dr. Hanspeter Heinz

8. Evaluation bestehender Maßnahmen zur Prävention von Antisemitismus
   Socius e. G./Kerstin Engelhardt und Christian Baier

9. Evaluation von Maßnahmen zur Prävention von Antisemitismus in muslimischen Jugendmilieus
   Empati gGmbH/Dr. Rosa Fava

10. Bearbeitung des Themas Antisemitismus in Schulbüchern
    Georg-Eckert-Institut – Leibniz Institut für vergleichende Schulbuchforschung/Dr. Falk Pingel

11. Antisemitismus und Flucht
    Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung/Dr. Sina Arnold

12. Die Beschneidungsdebatte
    Elke Wittich, Berlin

13. Antisemitismus und Sport. Das Beispiel »Fußball«
    Florian Schubert, Hamburg

1.5.3 Gastvorträge

Zusätzlich zu schriftlichen externen Expertisen wurden zu einzelnen Themen auch Expertinnen und Experten zu Gastvorträgen in die Sitzungen des Expertenkreises eingeladen:

Gastvorträge

1. 2. Juni 2015: Definitionssystem »Politisch Motivierte Kriminalität (PMK)«
   Richard Reinfeld (MinR, Projektgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)« am BMI)

2. 25. September 2015: Maßnahmen des BMFSFJ gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit
   Thomas Heppener/Anne Molls (Referat »Demokratie und Vielfalt« des BMFSFJ)

3. 22. Januar 2016: Antisemitismus im Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)
   Dr. Patrick Spitzer (Referat »Terrorismus/Extremismus«)

4. 24. Februar 2016: Antisemitismus und »Hate Speech« im Internet
   Julia Schramm (Amadeu Antonio Stiftung/no-nazi.net)

5. 24. Februar 2016: Umgang des Justizministeriums mit »Hate Speech« im Internet/Bericht zur Task Force
   Dr. Eberhard Schollmeyer (Task Force des BMJV)

6. 15. April 2016: Antisemitismus und Flucht – Sondierung des Forschungsfeldes
   Dr. Sina Arnold (Berliner Institut für vergleichende Integrations- und Migrationsforschung)

7. 1. Juli 2016: Evaluation bestehender Maßnahmen zur Prävention von Antisemitismus
   Kerstin Engelhardt und Christian Baier (Socius e. G.)

8. 25. August 2016: Antisemitismus in der katholischen Kirche am Beispiel des Karfreitagsgebets
   Prof. i. R. Dr. Hanspeter Heinz (Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Augsburg)

9. 28. September 2016: Antisemitismus in der evangelischen Kirche am Beispiel Kirchentage und »Slenczka-Debatte«
   Prof. Dr. Christian Wiese (Theologische Fakultät der Goethe-Universität Frankfurt a. M.)

10. 28. September 2016: Befragung von Imamen zu Antisemitismus in muslimischen Gemeinden
    Dr. Chaban Salih (Empati gGmbH)

1.5.4 Gesprächsrunden

Als weitere Möglichkeit, zusätzliches Fachwissen in den Expertenkreis einzubeziehen und möglichst vielfältige Positionen aufnehmen zu können, wurden externe Gäste zum Gespräch in die Sitzungen des Expertenkreises eingeladen. Ziel dieser Gesprächsrunden war die Vorstellung der inhaltlichen Schwerpunktsetzung und Arbeitsweise des Expertenkreises sowie der Austausch über Forderungen und Empfehlungen. Als Gäste nahmen an Sitzungen teil:

Gastgespräche im Rahmen von Sitzungen des Expertenkreises
(in alphabetischer Reihenfolge)

Deidre Berger
Direktorin des AJC Ramer Institute for German-Jewish Relations, Berlin

Anetta Kahane
Gründerin und Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin

Dr. Felix Klein
Sonderbeauftragter für die Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Auswärtigen Amt

Katharina von Schnurbein
Koordinatorin zur Bekämpfung von Antisemitismus der Europäischen Kommission

Prof. Dr. Julius H. Schoeps
Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums, Potsdam

Dr. Josef Schuster
Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland

Neben den Gesprächsrunden in den Sitzungen des Expertenkreises fanden auch Konsultationsgespräche außerhalb der regulären Sitzungstermine statt. Gespräche geführt wurden mit:

Konsultationsgespräche
(in alphabetischer Reihenfolge)

Susan Corke
Director Antisemitism and Extremism, Human Rights First, New York (USA)

Natascha Engel
Member of Parliament, Labour Party, London (UK)

Paul Giannasi
Manager des Cross Government Hate Crime Programme, Ministry of Justice, London (UK)

John Mann
Member of Parliament, Labour Party, Vorsitzender der All-Party Parliamentary Group Against Antisemitism, London (UK)

Dr. Klaus Müller
Repräsentant in Europa für das United States Holocaust Memorial Museum, Washington (USA)

Sally Sealey
Senior Policy Adviser, Department for Communities and Local Government, London (UK)

Tad Stahnke
Director, Initiative on Holocaust denial and Antisemitism, United States Holocaust Memorial Museum, Washington (USA)

1.6 Internationale Bezüge

Großbritannien spielt für die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Europa eine besondere Rolle. Hier engagieren sich seit vielen Jahren eine Reihe von Personen und Institutionen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen gegen Antisemitismus und versuchen, dieses Engagement – etwa mithilfe der Konferenzen der *Inter-parliamentary Coalition for Combating Antisemitism* (ICCA) – auch international zu verankern.

Im Rahmen einer Informationsreise von zwei Mitgliedern des Expertenkreises nach London wurden verschiedene Einrichtungen, die sich auf verschiedenste Art mit Antisemitismus befassen, besucht.

Der Besuch der Einrichtungen sollte vor Ort einen Einblick in den Aufbau und die Arbeit dieser Institutionen ermöglichen, um darüber einschätzen zu können, ob ähnliche Modelle auch in Deutschland implementiert werden können. Auch aktuelle Fragen, etwa nach dem Vorhandensein von bzw. dem Umgang mit Ängsten der jüdischen Community in Großbritannien in Bezug auf Geflüchtete und die Frage eines »importierten Antisemitismus« wurden in diesem Zusammenhang angesprochen und zur Situation in Deutschland in Bezug gesetzt.

Besuchte Einrichtungen in London

All-Party Parliamentary Group Against Antisemitism (APPGAA)
Überparteiliche parlamentarische Einrichtung unter der Leitung von John Mann (MP – Member of Parliament). Legt regelmäßig Berichte zum Antisemitismus in Großbritannien vor und versucht, auf nationaler und internationaler Ebene überparteiliche Bündnisse im Kampf gegen Antisemitismus zu schaffen.

Gesprächspartner:
Danny Stone, Sekretär der APPGAA und Direktor der PCAA Foundation

Community Security Trust (CST)
Gemeinnützige jüdische Organisation, die sich für die Sicherheit von Juden in Großbritannien einsetzt. Der CST bietet Sicherheitskonzepte für jüdische Einrichtungen, arbeitet eng mit den Strafverfolgungsbehörden zusammen und spielt eine wichtige Rolle beim »reporting« von antisemitischen Vorfällen

Gesprächspartner:
Michael Whine, MBE (Director of Government and International Affairs)
Jonny Newton (Public Affairs and External Relations)

Institute for Jewish Policy Research
Forschungsinstitut, das sich nicht nur mit Antisemitismus, sondern v. a. auch mit der Erforschung jüdischen Lebens und jüdischer Identität in Großbritannien befasst. Hat u. a. wichtige Studien zur jüdischen Wahrnehmung von Hasskriminalität koordiniert und durchgeführt.

Gesprächspartner:
Dr. Jonathan Boyd (Executive Director)
Richard Goldstein (Director of Operations)

Tell Mama
Richtet sich gegen antimuslimische Diskriminierung. Wurde 2012 nach dem Vorbild und mit Unterstützung des CST errichtet. Will ebenfalls eng mit staatlichen Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten, um den rasant ansteigenden Zahlen antimuslimischer Diskriminierung und Gewalt in Großbritannien entgegenzuwirken.

Gesprächspartner:
Fiyaz Mughal, OBE (Gründer und Director)

2 Antisemitismus – Begriffsbestimmung und Typologisierung

Eine allgemein gültige Definition von »Antisemitismus« existiert nicht. Meist wird der Begriff mit »Judenfeindschaft« gleichgesetzt, womit auch der inhaltliche Kern des Phänomens terminologisch treffend erfasst ist.[11] Indessen lassen sich sowohl im öffentlichen als auch im wissenschaftlichen Diskurs unterschiedliche Deutungen finden, was unter Antisemitismus zu verstehen ist. Zunächst wird im Folgenden auf die sogenannte Arbeitsdefinition verwiesen, die v. a. für die politische sowie die praktische Auseinandersetzung mit diesem Themenbereich von Bedeutung ist, bevor dann eine grundlegende wissenschaftliche Begriffsbestimmung vorgenommen wird, die den Ausführungen in den jeweiligen Kapiteln des Berichts zugrunde liegt. Der Anspruch einer »alleinigen Richtigkeit« oder »allgemeinen Gültigkeit« verbindet sich damit nicht.

2.1 Anmerkungen zur »Arbeitsdefinition« Antisemitismus

Das *European Monitoring Center on Racism and Xenophobia* (EUMC) – heute die *Fundamental Rights Agency* (FRA) – mit Sitz in Wien nahm am 25. Juni 1997 ihre Arbeit auf. Ihr Auftrag lautete, Ausmaß und Entwicklung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu analysieren und bewährte Praktiken im Kampf gegen diese Phänomene zu untersuchen. Ferner sollte sie Daten über entsprechende Vorkommnisse in den Mitgliedsstaaten sammeln und auswerten. Zu diesem Zweck richtete das EUMC ein *Europäisches Informationsnetz über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* (RAXEN) ein, das in den jeweiligen Mitgliedsstaaten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu »Focal Points« ernannte, die für die Datensammlung vor Ort bis heute zuständig sind.

Im April 2004 fand in Berlin eine wegweisende und politisch hochrangig besetzte Konferenz der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) zum Thema Antisemitismus statt. Ein Ergebnis dieser Zusammenkunft der damals 55 Mitgliedsstaaten war die Benennung eines Sonderbeauftragten im Kampf gegen Antisemitismus sowie die Einrichtung der Stelle einer Beraterin/eines Beraters im Kampf gegen Antisemitismus beim *Office for Democratic Institutions and Human Rights* (ODIHR) der OSZE. Für die praktische Arbeit musste eine Grundlage geschaffen werden, die es u. a. Behörden, Polizeikräften und politischen Akteuren ermöglicht, zu erkennen, was unter Antisemitismus zu verstehen ist. Dies galt auch für das RAXEN-Netzwerk des EUMC. Deshalb kamen Vertreter von ODIHR, des EUMC und einige Expertinnen und Experten im Jahr 2005 zusammen, um eine »Arbeitsdefinition« von Antisemitismus (»Working Definition of Antisemitism«) zu formulieren.[12] In einigen EU-Mitgliedsstaaten wird diese Arbeitsdefinition bereits genutzt. Im Frühjahr 2016 wurde sie auch von der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA), der 31 Staaten angehören, als »Working Definition« angenommen und als Arbeitsdokument implementiert. Der in der Formulierung hervorgehobene »Arbeitscharakter« der Definition, die bisher in keiner autorisierten deutschen Übersetzung vorliegt, war und ist bis heute der Tatsache geschuldet, dass sowohl das EUMC als auch die OSZE/ODIHR Konsensgremien sind und die berechtigte Sorge bestand, dass eine als »Definition« titulierte Vorlage von einigen Staaten nicht ratifiziert worden wäre. Dies gilt insbesondere für die Nennung der aktuellen Formen eines israelbezogenen Antisemitismus, die nicht nur bei einigen Staaten, sondern auch bei manchen NGOs auf Kritik stößt, weil sie die Grenzüberschreitungen hin zu Antisemitismus nicht als solche erkennen und legitime Kritik an einem Staat oder an dessen politischen Aktivitäten viel weiter gefasst sehen wollen. Zudem sind weder OSZE/ODIHR noch das EUMC/FRA befugt, den Staaten rechtlich bindende Vorgaben zu machen. Dies ist auch der Grund dafür, dass die FRA die »Working Definition« im November 2013 von ihrer Webseite genommen hat.

Die eigentliche Definition ist in der Vorlage äußerst kurz gehalten: »Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.«[13] Es folgt die Passage zum israelbezogenen Antisemitismus, an der sich die Kritik insbesondere entzündete: »Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches

11 Daher werden hier auch die Begriffe »Antisemitismus« und »Judenfeindschaft« – meist um der Vermeidung einer Wiederholung im Ausdruck willen – synonym genutzt.

12 Vgl. hierzu http://www.antisem.eu/projects/eumc-working-definition-of-antisemitism/ (eingesehen 25.10.2016).

13 Ebenda.

Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.« Im Weiteren werden Beispiele genannt, die klar antisemitisch sind oder antisemitische Konnotationen haben können, wie etwa der »Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung«, »dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden« oder das »Verantwortlichmachen der Juden als Volk für das [...] Fehlverhalten einzelner Juden«. Andere Beispiele beziehen sich auf negative Wertungen gegenüber Israel, wie etwa »die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen«, die »Anwendung doppelter Standards« oder das »Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen«.[14]

Die praxisorientierte »Arbeitsdefinition« wurde im Laufe der Zeit von einer Reihe internationaler, aber auch deutscher NGOs als Arbeitsgrundlage übernommen und ist in erster Linie für die Erfassung judenfeindlicher Vorfälle und Straftaten, die in den europäischen Ländern jeweils unterschiedlich erfolgt, eine Hilfestellung.[15] Nach Auffassung der *European Parliament Working Group on Antisemitism* soll die »Arbeitsdefinition« »als praktischer Leitfaden für die Erkennung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle sowie für die Erarbeitung und Umsetzung gesetzgeberischer Maßnahmen gegen den Antisemitismus dienen«.[16]

Der erste *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* (UEA) hatte in seinem Arbeitsbericht des Jahres 2012 die »Working Definition« als ein wichtiges Dokument gewürdigt, sie aber für die wissenschaftliche Analyse des Antisemitismus erweitert. Dieses Vorgehen wird auch vom zweiten UEA gewählt. Der UEA unterstützt die »Arbeitsdefinition Antisemitismus« als wegweisendes Dokument für die praktische Arbeit insbesondere der Polizei, aber auch bei der Erfassung von antisemitischen Vorfällen durch NGOs, möchte sie aber zugleich um eine wissenschaftliche Perspektive erweitern, da nur so die vielfältigen Facetten des Antisemitismus herausgearbeitet und analysiert werden können.

2.2 Definition und Erscheinungsformen

Antisemitismus wird hier in Übereinstimmung mit den Ausführungen im Bericht des ersten UEA definiert als »Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden wahrgenommenen Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen«.[17] Demnach geht es um die Feindschaft gegen Juden als Juden.[18] Ist etwa die Abneigung gegen einen einzelnen Juden ausschließlich durch dessen individuelles Agieren motiviert, so kann man nicht von einer antisemitischen Einstellung sprechen. Ergibt sich die Abneigung gegen eine jüdische Person aus deren Zuordnung zur jüdischen Religionsgruppe, ist hingegen von einer antisemitischen Haltung auszugehen.[19]

Bezogen auf die Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Gesellschaft lässt sich die Ebene der Einstellungen von jener der Handlungen unterscheiden. Auf der Ebene der Einstellungen finden sich stereotype Auffassungen und Bilder von Juden, die von diffusen Aversionen bis hin zu Ressentiments und Vorbehalten reichen, die dem oder der Einzelnen nicht zwangsläufig bewusst sein müssen und sich z. T. nur anlassbezogen artikulieren. Diese latenten Formen des Antisemitismus unterscheiden sich von manifesten Einstellungen, die eine bewusste Auffassung widerspiegeln und in entsprechenden Äußerungen privat

14 Ebenda. Debatten über die »Arbeitsdefinition« werden auch in anderen Ländern, wie z. B. Großbritannien, geführt. Im neuesten Bericht über »Antisemitism in the UK« des House of Commons wird darauf verwiesen, wie schwierig es ist zu bestimmen, welche Ereignisse unter dem Begriff Antisemitismus subsumiert werden können. Die Verfasserinnen und Verfasser des Berichts unterstützen grundsätzlich die EUMC »Working Definition«, nehmen aber die Einschränkung vor, dass es sich nicht um Antisemitismus handelt, wenn »die israelische Regierung kritisiert wird ohne einen Hinweis darauf, dass die Aussage antisemitisch intendiert war«. Ebensowenig sei es »antisemitisch, von Israel dieselben Standards zu verlangen, wie sie von anderen liberalen Demokratien erwartet werden«. http://www.publications.parliament.uk/pa/cm201617/cmselect/cmhaff/136/136.pdf (eingesehen 25.10.2016)

15 Im Dezember 2016 wurde die »Working Definition« von der britischen Regierung formell als Definition angenommen. Der Guardian berichtete: »Downing Street statement said the intention of such a definition was to ›ensure that culprits will not be able to get away with being antisemitic because the term is ill-defined, or because different organisations or bodies have different interpretations of it‹.« The Guardian, 12.12.2016, https://www.theguardian.com/society/2016/dec/12/antisemitism-definition-government-combat-hate-crime-jews-israel (eingesehen 3.1.2017). Allerdings konnte, trotz intensiver Versuche der deutschen OSZE-Präsidentschaft die 57 Mitgliedsstaaten zu überzeugen, im Dezember 2016 auf dem Ministerratstreffen der OSZE in Hamburg keine Verständigung über die Einführung der Arbeitsdefinition OSZE-weit erzielt werden.

16 http://www.antisem.eu/projects/eumc-working-definition-of-antisemitism/ (eingesehen 25.10.2016).

17 Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin 2012, S. 10.

18 Brian Klug, The Collective Jew: Israel and the new Antisemitism, in: Christina von Braun/Eva Maria Ziege (Hrsg.), Das »Bewegliche Vorurteil«. Aspekte des internationalen Antisemitismus, Würzburg 2004, S. 221–239, hier S. 224.

19 Im Übrigen können auch Angehörige der semitischen Sprachfamilie sehr wohl Antisemiten sein. Die Bezeichnung »Antisemitismus« kam erstmals im Kontext einer judenfeindlichen Bewegung in den 1870er-Jahren auf und sollte Wissenschaftlichkeit suggerieren (vgl. Thomas Nipperdey/Reinhard Rürup, Antisemitismus – Entstehung, Funktion und Geschichte eines Begriffs, in: Reinhard Rürup, Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975, S. 95–114). Die Bezeichnung »Semiten« steht für eine Sprachfamilie (Akkadisch, Arabisch, Aramäisch, Kanaanäisch, Südarabisch-Abbessinisch etc.). Insofern passt »Antisemitismus« eigentlich gar nicht zu »Judenfeindschaft«. Gleichwohl hat sich der Begriff weltweit zur Erfassung von Einstellungen gegenüber und Handlungen gegen Juden eingebürgert.

oder im öffentlichen Raum geäußert werden. Derartige Einstellungen können, müssen aber keine Folgen in Form von konkreten Handlungen haben. Indessen führt bereits die Artikulation von antisemitischen Einstellungen, etwa in Gestalt von Anspielungen oder Witzen, zur Absicherung und Stärkung eines entsprechenden sozialen Klimas. Weitergehende Äußerungen antisemitischer Einstellungen können darüber hinaus Einfluss auf die Ebene der Handlungen nehmen und etwa in der direkten Forderung nach einer Benachteiligung von Juden und letztlich im Absprechen der Bürger- und Menschenrechte münden. Gehen solche Auffassungen in konkrete Handlungen über, handelt es sich um Formen eines gewalttätigen Antisemitismus, der sich in Angriffen auf Einrichtungen und Personen zeigt und in seiner letzten Konsequenz zur systematischen Verfolgung und Ermordung führen kann.

2.2.1 Ideologieformen des Antisemitismus in idealtypischer Sicht

Antisemitismus artikuliert sich in unterschiedlichen Formen, angepasst an sich wandelnde gesellschaftliche Verhältnisse. Im Laufe der ideengeschichtlichen Entwicklung der Judenfeindschaft entstanden Behauptungen, Stereotype und Vorurteile, die Juden aufgrund ihrer sozialen Situation in der Gesellschaft (eingeschränkte Berufswahl, Selbstverständnis der Religion, Status als Minderheit, durch historische Ereignisse erzwungene Diaspora) zugeschrieben wurden und in Negativwertungen oder Pauschalisierungen mündeten und schließlich die Form von Hassbildern annahmen. Insofern steht der Antisemitismus für eine ideologische Verzerrung sozialer Realität. Nur so lässt sich erklären, warum die Judenfeindschaft in unterschiedlichen Gesellschaften zu verschiedenen Zeiten eine Breitenwirkung entfalten konnte.

Im Folgenden sollen die jahrhundertelang kursierenden Behauptungen über Jüdinnen und Juden fünf verschiedenen und doch zueinander in Verbindung stehenden Ideologieformen zugeordnet werden.[20] Es handelt sich dabei um eine abstrakte und theoretische Kategorisierung, die nach Gemeinsamkeiten in der Ausrichtung der Feindbilder fragt und daraus verschiedene Typen zu deren Unterscheidung entwickelt. Damit soll ein Instrument zum Verständnis der jeweiligen Besonderheiten antisemitischer Aussagen zur Verfügung gestellt werden. Nicht intendiert ist mit dieser Kategorisierung jedoch die Annahme, dass sich Judenfeindschaft nur in Gestalt einer der jeweils genannten Typen artikuliert. Denn meist handelt es sich um eine Mischung verschiedener antisemitischer Stereotype und Vorurteile, die gegen Jüdinnen und Juden geäußert werden.

2.2.1.1 Klassische Ideologieformen des Antisemitismus

Die älteste Form der Judenfeindschaft ist der *religiöse Antisemitismus.* Religiöser Antisemitismus entwickelte sich aus der Absolutsetzung der christlichen Auffassung von Religion, die mit der Ablehnung und Diffamierung aller anderen Glaubensformen einhergeht (→ Religion und Antisemitismus).[21] Ansätze zum religiösen Antisemitismus finden sich bereits im Neuen Testament, wenn Juden als »Söhne des Teufels« bezeichnet und als Verfolger Jesu dargestellt werden. Insbesondere die Behauptung, Juden trügen die Schuld am Tod Jesu, hat sich in Gestalt des Vorwurfs vom »Gottesmord« tief in die Glaubensauffassung der meisten Christen eingeprägt. Im Mittelalter kamen noch weitere Unterstellungen, wie etwa die vom »Hostienfrevel« oder vom »Ritualmord«, hinzu und finden sich auch in modernen Varianten antisemitischer Stereotype und Vorurteile wieder.

Eine zweite Ideologieform kann als *sozialer Antisemitismus* bezeichnet werden.[22] Er geht über übliche Konflikte im Aufeinandertreffen verschiedener Gruppen hinaus, seien diese kulturell, politisch oder sozial bedingt. Die Annahme eines besonderen sozialen Status von Juden in der Gesellschaft bildet hier das Grundmotiv. Ansätze zum sozialen Antisemitismus entstanden bereits im Mittelalter. Da nach dem kanonischen Zinsverbot Christen die Zinsnahme untersagt war und Juden viele berufliche Tätigkeiten aufgrund bereits erfolgter Ausschlüsse verwehrt wurden, wichen sie auf Geldverleih und Handel aus. In der gesellschaftlichen Wahrnehmung galten Juden daher als ausbeuterische und unproduktive »Händler« und »Wucherer«. Unreflektiert blieb dabei, dass der berufliche und soziale Status bereits durch Ausgrenzung entstanden war. Bis heute ist das stereotype Bild von Juden als besonders mächtigen Akteuren in der Finanzwelt gängiger Bestandteil antisemitischer Vorurteilsstrukturen.

Der *politische Antisemitismus* stellt eine dritte Ideologieform der Judenfeindschaft dar und speist sich aus der Vorstellung, Juden seien ein homogenes Kollektiv mit einflussreicher sozialer Macht, das sich in politischer

20 Der Ansatz und die Typologie folgt: Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden. Ideologieformen, Definitionen und Fallbeispiele, in: Der Bürger im Staat, 63 (2013) 4, S. 252–261.

21 Gerhard Czermak, Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung. Von der Antike bis zum Holocaust, von 1945 bis heute, Frankfurt a. M. 1991, František Graus, Pest – Geißler – Judenmorde. Das 14. Jh. als Krisenzeit, Göttingen 1987.

22 Vgl. z. B. Wolfgang Benz, Das Bild vom mächtigen und reichen Juden, in: Ders., Bilder von Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus, München 2001, S. 13–26; Raphael Freddy, Sechstes Bild: »Der Wucherer«, in: Julius H. Schoeps/Joachim Schlör (Hrsg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, München 1999, S. 103–118.

Absicht zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen hat.[23] Unterstellt wird, durch geheime Planung in Gestalt einer Verschwörung die Herrschaft in dem jeweiligen Land oder in der ganzen Welt erlangen zu wollen. Jüdische Kräfte werden auch hinter politischen Umbrüchen wie Kriegen, Revolutionen oder Wirtschaftskrisen vermutet. Erste Ansätze zu einer solchen Form des politischen Antisemitismus bildeten bereits die Behauptungen von der »Brunnenvergiftung« als Ergebnis konspirativen Agierens im Mittelalter. Später entwickelte sich diese Auffassung in systematischer Form weiter.[24] Bis heute und mit Aufkommen der Sozialen Medien noch einmal verstärkt (→ Medien und Antisemitismus), ist die Behauptung einer »jüdischen Weltverschwörung«, die »hinter den Kulissen« wirke, virulent und konstitutiver Bestandteil antisemitischer Ideologien.

Eine vierte Ideologieform ist der *nationalistische Antisemitismus.*[25] Juden werden hier als eine ethnisch, kulturell oder sozial nicht zur jeweiligen Nation gehörende Minderheit betrachtet. Sie erscheinen nicht unbedingt als fremd, aber als »anders«: »Er ist weder das eine noch das andere, weder Inländer, noch Ausländer.«[26] Juden durchbrechen durch das Leben in der Diaspora die Zuordnung in Nationen, werden zu »Dritten« und stellen als Nichtzugehörige die bestehende Ordnung infrage. Der nationalistische Antisemitismus hebt auf angebliche ethnische Unterschiede ab und behauptet kulturelle Gegensätze. Juden werden entsprechend als Fremdkörper wahrgenommen und aufgrund ihres Status als »Dritte« der Illoyalität gegenüber der jeweiligen Nation beschuldigt.

Dem nationalistischen Antisemitismus verwandt und dennoch von ihm zu unterscheiden ist die fünfte Kategorie antisemitischer Ideologieformen, der *rassistische Antisemitismus.* Seine Besonderheit besteht darin, dass er alle Juden von Natur aus negativ bewertet und sie weder durch die Abkehr von ihrer Religion noch durch ein anderes Verhalten dieser Bewertung entgehen können.[27] Derartige Auffassungen propagierte seit Anfang der 1870er-Jahre die völkische Bewegung. Hier wurden biologistische Argumentationsmuster mit einer sozialdarwinistischen Ideologie verknüpft. Nach deren Vorstellungen bestand das Gesetz der Geschichte in einem Kampf unterschiedlicher »Rassen« – hier zwischen »Germanen« und »Juden« – um die Vorherrschaft. An solche Einstellungen konnten die Nationalsozialisten seit Beginn der 1920er-Jahre anknüpfen. So propagierte Hitler bereits damals, dass die Juden sich als »parasitäre Elemente« in den Völkern eingenistet hätten und aus ihnen ausgeschieden werden müssten. Die spätere Massenvernichtung war somit bereits ideologisch in dieser Form der Judenfeindschaft als mögliche Konsequenz angelegt.

2.2.1.2 Neuere Ideologieformen des Antisemitismus

Die beschriebenen fünf Ideologieformen des Antisemitismus existieren – bis auf die vergleichsweise neue rassistische Variante – seit Jahrhunderten und sind z. T. eng miteinander verknüpft. Damit einhergehende inhaltliche und strukturelle Prägungen fanden in der politischen Kultur sowohl im alltäglichen Bewusstsein als auch in der politischen Programmatik weite Verbreitung. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Wissen um den Holocaust kam es zu einer Ächtung antisemitischer Auffassungen, was zu einem Anti-Antisemitismus als Grundkonsens in der politischen Kultur der alten Bundesrepublik führte. Diese Entwicklung, die sowohl Ausdruck eines inhaltlichen Lernprozesses als auch strategischer Überlegungen war, bedingte indessen keine Erosion oder Überwindung der Judenfeindschaft. Antisemitismus blieb als bedeutendes Einstellungspotenzial präsent, ohne sich öffentlich stärker zu artikulieren. Diese »Kommunikationslatenz«[28] des Antisemitismus führte dazu, dass die verschiedenen Ausprägungen der Judenfeindschaft nicht mehr in der Deutlichkeit wie vor 1945 öffentlich verbreitet werden konnten. Dennoch zeigten und zeigen sich nach wie vor antisemitische Einstellungen, Mentalitäten und Orientierungen, wenn auch in Verknüpfung mit anderen thematischen Bezügen.

Zentral ist hierfür die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit sowie der Umgang mit dem Staat Israel. Beide Themenbereiche beziehen sich auf die Zeit nach 1945 und werden hier als Teil der neueren Ideologieformen des Antisemitismus betrachtet, die zum einen als *sekundärer/post-Holocaust-Antisemitismus* und zum anderen als *antizionistischer/israelbezogener Antisemitismus*[29]

23 Vgl. z. B. Normen Cohn, »Die Protokolle der Weisen von Zion«. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln/Berlin 1969; Armin Pfahl-Traughber, Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat, Wien 1993.

24 Vgl. Johannes Heil, »Gottesfeind« – »Menschenfeinde«. Die Vorstellung von der jüdischen Weltverschwörung, Essen 2006.

25 Vgl. z. B. Rainer Erb/Werner Bergmann, Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780-1860, Berlin 1989; Klaus Holz, Nationaler Antisemitismus, Hamburg 2001.

26 Klaus Holz, Die Figur des Dritten in der nationalen Ordnung der Welt, in: Soziale Systeme, (2000) 2, S. 270.

27 Vgl. z. B. Christian Geulen, Wahlverwandte. Rassendiskurs und Nationalismus im späten 19. Jahrhundert, Hamburg 2004.

28 Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, »Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm«. Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43 (1991) 3, S. 502–519.

29 Antisemiten bezeichnen sich heute meist als Antizionisten, daher findet hier, wie schon im ersten Bericht des UEA, v. a. der Begriff des antizionistischen Antisemitismus Verwendung. Wenn in den folgenden Kapiteln dann doch vom »israelbezogenen Antisemitismus« die Rede ist (→ Einstellungen), erklärt sich dies dadurch, dass die dort erwähnten Forschungsinstitute mit dieser Formulierung arbeiten.

bezeichnet werden. Dabei zeigt sich jedoch, dass sich bei der Unterscheidung zwischen klassischen und neueren Ausprägungen des Antisemitismus nicht von zwei genuin verschiedenen Ideologieformen sprechen lässt, gehen doch in der konkreten Agitation und Feindbildbestimmung einzelne Bestandteile des klassischen Antisemitismus mit den neueren Formen der Judenfeindschaft einher. So werden auch im sekundären Antisemitismus traditionelle Argumentationsmuster des Antisemitismus bemüht, wie etwa die Auffassung von der angeblich jüdischen Fixierung auf finanziellen Besitz oder politische Macht.

Zentrale Grundlage des sekundären Antisemitismus ist die Unterstellung, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit der massenhaften Ermordung der Juden im Nationalsozialismus nur der Diffamierung der nationalen Identität der Deutschen, der Gewährung von Wiedergutmachungszahlungen an Israel und der Legitimation der israelischen Politik im Nahen Osten diene.[30] Es geht also um eine Form der Judenfeindschaft »nach Auschwitz«, die auch als »Schuldabwehr-Antisemitismus« bezeichnet wird und häufig mit einer Täter-Opfer-Umkehr einhergeht. Als besondere Variante des sekundären Antisemitismus kann die Holocaust-Leugnung gelten. Sie unterstellt, dass der Massenmord an den Juden nicht stattgefunden habe, sondern um der moralischen Demütigung der Deutschen willen von den Juden erfunden wurde.

Ähnliche Argumentationsmuster, aber auch darüber hinausgehende Begründungsansätze lassen sich ebenfalls für den antizionistischen Antisemitismus feststellen.[31] Der Begriff »Zionismus« steht seit dem 19. Jahrhundert als Sammelbezeichnung für Bestrebungen von Juden, einen eigenen Nationalstaat zu etablieren. Mit der Gründung des Staates Israel wurde dieses Ziel erreicht. Der Begriff des »Antizionismus« bezieht sich daher auf die Delegitimierung des Staates Israel. Antizionistischer Antisemitismus zeigt sich in einer rigiden Ablehnung der Außen- und Innenpolitik Israels, wobei das konstitutive Motiv dafür in der jüdischen Prägung des Staates gesehen wird.

Exkurs: »Grauzonen«[32]

Die Besonderheit der neueren Ideologieformen des Antisemitismus zeigt sich darin, dass in einigen Fällen nur schwer zwischen kritischen und antisemitischen Äußerungen unterschieden werden kann. Dies gilt v. a. in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der Politik Israels. Auch im Expertenkreis wurde über die Schwierigkeiten der eindeutigen Zuordnung diskutiert, fließende Übergänge konstatiert und auf »Grauzonen« verwiesen.

Die Übergänge zwischen »Israelkritik« und Antisemitismus lassen sich auf einer theoretischen Ebene zwar durchaus definieren. Ein Vorschlag hierfür ist z. B. der »3D-Test« des ehemaligen israelischen Ministers Natan Sharansky.[33] Sharansky geht davon aus, dass Antisemitismus unter dem Deckmantel der Kritik an Israel immer dann vorliegt, wenn eine **D**ämonisierung des Staates Israel angestrebt, ein **D**oppelstandard angelegt und/oder eine **D**elegitimierung Israels betrieben wird.[34] Im Einzelfall ist die Einschätzung, ob Äußerungen zu Israel lediglich kritisch oder antisemitisch zu verstehen sind, jedoch deutlich problematischer. Der Fokus sollte in diesem Zusammenhang daher weniger auf der Frage liegen, ob eine Äußerung antisemitisch gemeint war oder nicht – dies

30 Vgl. Werner Bergmann, »Nicht immer als Tätervolk dastehen«. Zum Phänomen des Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Dirk Ansorge (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Paderborn/Frankfurt a. M. 2006, S. 81–106; Frank Stern, Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen 1991.

31 Vgl. Lothar Mertens, Antizionismus. Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1997, S. 89–100; Armin Pfahl-Traughber, Antisemitische und nichtantisemitische Israel-Kritik. Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung, in: Aufklärung und Kritik, 14 (2007) 1, S. 49–58.

32 Der Begriff der »Grauzonen« wurde u. a. von Peter Ullrich verwendet und ist Teil eines Diskurses zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Partei Die Linke, der zwischen Peter Ullrich und Samuel Salzborn 2011 geführt wurde (vgl. Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik, 58 (2011) 3, S. 290–309; Peter Ullrich/Alban Werner, Ist »Die Linke« antisemitisch? Über Grauzonen der »Israelkritk« und ihre Kritiker, in: Zeitschrift für Politik, 58 (2011) 4, S. 424–441; Samuel Salzborn, Unter falscher Flagge. Politische Ablehnung oder wissenschaftliche Kritik? Drei Klarstellungen zu den Einwänden von Peter Ullrich und Alban Werner, in: Zeitschrift für Politik, 59 (2012) 1, S. 103–111).

33 Sharansky war zuletzt in der Knesset als Minister ohne Geschäftsbereich für Jerusalem und soziale sowie Diaspora-Fragen zuständig. Er trat 2005 aus Protest gegen den geplanten Abzug des israelischen Militärs aus dem Gazastreifen zurück. 2009 wurde er zum Leiter der Jewish Agency gewählt.

34 »I believe that we can apply a simple test – I call it the ›3D‹ test – to help us distinguish legitimate criticism of Israel from anti-Semitism. The first ›D‹ is the test of demonization. When the Jewish state is being demonized; when Israel's actions are blown out of all sensible proportion; when comparisons are made between Israelis and Nazis and between Palestinian refugee camps and Auschwitz – this is anti-Semitism, not legitimate criticism of Israel. The second ›D‹ is the test of double standards. When criticism of Israel is applied selectively; when Israel is singled out by the United Nations for human rights abuses while the behavior of known and major abusers, such as China, Iran, Cuba, and Syria, is ignored; when Israel's Magen David Adom, alone among the world's ambulance services, is denied admission to the International Red Cross – this is anti-Semitism. The third ›D‹ is the test of delegitimization: when Israel's fundamental right to exist is denied – alone among all peoples in the world – this too is anti-Semitism«. (Natan Sharansky, 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. Foreword of JPSR Issue, in: Jewish Political Studies Review, 16 (2004) 3–4. Zur Kritik an dieser Kategorisierung siehe z. B. Armin Pfahl-Traughber, Antizionistischer Antisemitismus, antiimperialistische Israelfeindlichkeit und menschenrechtliche Israelkritik, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 24 (2015), S. 293–318.

lässt sich in vielen Fällen nicht eindeutig klären.[35] Stattdessen sollte das Bewusstsein im Zentrum stehen, dass kritische Äußerungen zu Israel unter Umständen sowohl als kritische Positionierung als auch als Antisemitismus verstanden werden können. Es kommt daher darauf an, wer, was, wann sagt und ob die Kritik ohne Zuschreibungen an ein unterstelltes jüdisches Kollektiv erfolgt oder ob im Sinne einer »Umwegkommunikation« Israel nur an die Stelle »der Juden« quasi als Legitimierung antisemitischer Einstellungen tritt.

Es lässt sich festhalten, dass der Eintritt in den Diskursverlauf zur Kritik an der Politik Israels immer mit der Problematik verbunden ist, dass Äußerungen zumindest ambivalent verstanden werden können, in jedem Fall aber israelbezogene Äußerungen dann als antisemitisch zu bezeichnen sind, wenn bekannte Stereotype benutzt oder aber Morde an Juden gerechtfertigt werden.

2.2.2 Besonderheiten antisemitischer Einstellungen und Handlungen

Antisemitismus kann als eine Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gelten. Es bestehen Gemeinsamkeiten mit, aber auch Unterschiede zu anderen Vorurteilen, wie etwa Fremden-, Homosexuellen-, Islam- bzw. Muslimenfeindlichkeit,[36] Antiziganismus oder Rassismus. Die Annahme, dass es bei diesen Formen der Diskriminierung Übereinstimmungen mit Judenfeindschaft gibt, hat gelegentlich den Vorwurf ausgelöst, es gehe damit eine Relativierung oder Verharmlosung des Antisemitismus einher. Insbesondere bei der Debatte über Juden- und Muslimenfeindschaft[37] wurden derartige Unterstellungen formuliert. Dabei kam es meist zu einer Fehldeutung von Forschungsfragen und Grundpositionen, aber auch zu einer Verwechselung von »Gleichsetzung« und »Vergleich«.

Ein Anlass für eine vergleichende Perspektive ergibt sich dadurch, dass der Antisemitismus formale Gemeinsamkeiten mit anderen Formen der Diskriminierung aufweist: Er bezieht sich auf eine Aversion gegen eine Gruppe. Der Einzelne wird nicht als Individuum, sondern als Angehöriger eines konstruierten oder realen Kollektivs mit verbindender Zielsetzung gesehen. Hier bestehen demnach Gemeinsamkeiten in der Struktur. Dies schließt aber nicht aus, dass für andere Bereiche erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Formen der Diskriminierung bestehen.[38] So weist Antisemitismus einige Spezifika auf, die den anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht eigen sind.

Judenfeindschaft ist in mehrfacher Hinsicht kein homogenes Phänomen. Sie kann ein Bestandteil anderer Diskriminierungsformen sein, aber auch in Form einer umfassenden Weltanschauung auftreten. Dies ist dann der Fall, wenn – wie etwa im Nationalsozialismus – für nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens antisemitische Ressentiments eine zentrale Rolle spielen. Einen derart herausragenden Stellenwert nehmen andere Vorurteile selten bis gar nicht ein. Ähnliches gilt für die den Juden gegenüber postulierte Universalität: Juden gelten als »arm« und »reich«, als »elitär« und »minderwertig«, als »kapitalistisch« und »kommunistisch«. Auch das Bild vom »Dritten«[39] kann als weiteres Spezifikum gelten. Schließlich besteht beim Antisemitismus eine Besonderheit gegenüber anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hinsichtlich der Folgewirkungen, die ihren Höhepunkt in den Massenmorden im Zweiten Weltkrieg fanden. Die, bezogen auf die Ermordung der europäischen Juden postulierte, historische Singularität ergibt sich nicht nur aus den hohen Opferzahlen oder der industrialisierten Art der Ermordung, sondern auch aus dem erklärten politischen Willen, alle Angehörigen einer sozialen Gruppe, unabhängig von ihren individuellen Einstellungen und Handlungen, allein und ausschließlich aufgrund dieser Zugehörigkeit zu töten.

---

35 Beispiel hierfür ist etwa die → Augstein-Debatte, in deren Rahmen Jakob Augsteins Äußerungen zu Israel vom Simon-Wiesenthal-Center als antisemitisch eingestuft wurden, während er selbst davon überzeugt war, lediglich »Israelkritik« geäußert zu haben. Beide Verständnisse sind möglich und zeigen die Ambivalenz, die auch genutzt werden kann, um Aussagen, die im Kern antisemitisch sind, zu relativieren und damit dem nach wie vor bestehenden Tabu eines offenen Antisemitismus aus dem Weg zu gehen.

36 Über den Ausdruck Muslimenfeindlichkeit bestand im Expertenkreis keine Einigkeit, deshalb finden sich in diesem Bericht für das Phänomen auch die Begriffe antimulsimischer Rassismus oder Islanfeindlichkeit.

37 Vgl. Gideon Botsch u.a. (Hrsg.), Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich, Berlin 2012; Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Antisemitismus und »Islamophobie«. Eine Erörterung zum Vergleich und ein Plädoyer für das »Antimuslimismus«-Konzept, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 604–628.

38 Vgl. Helen Fein, Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations, and Actions, in: Dies. (Hrsg.), The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism, Berlin/New York 1987, S. 67–85; Helen Fein (Hrsg.), Anti-Jewish and Anti-Minority Discrimination, Ideology and Violence in Comparative Contexts, in: Dies. (Hrsg.), The Persisting Question, S. 211–223.

39 Vgl. Klaus Holz, Die antisemitische Konstruktion des »Dritten« und die nationale Ordnung der Welt, in: von Braun/Ziege (Hrsg.), Das »Bewegliche Vorurteil«, S. 43–62; Klaus Holz, Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg 2005, S. 30–37.

3 Antisemitisch motivierte Straftaten

Antisemitische Straftaten zählen in Deutschland zur politisch motivierten Kriminalität (PMK). Ein Teil dieser Straftaten wird unter bestimmten Bedingungen auch als extremistisch klassifiziert und zwar dann, wenn sie darauf abzielen, »bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind«.[40] Dazu zählen die klassischen Staatsschutzdelikte, aber auch Allgemeinkriminalität wie Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, Brandstiftungen, Widerstandsdelikte, Sachbeschädigungen, Beleidigungen, sofern sich diese auf eine politische Motivation des Täters bzw. der Täterin zurückführen lassen. Eine politische Motivation wird dann angenommen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sich die Tat gegen eine Person oder Personengruppe aufgrund deren Nationalität, Volkszugehörigkeit, »Rasse«, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung, ihres gesellschaftlichen Status oder ihres äußeren Erscheinungsbildes richtete.[41] Enthalten sind darin auch Straftaten gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt.[42]

Fremdenfeindliche Straftaten werden heute überwiegend als extremistisch eingestuft. Antisemitische Straftaten gelten generell als extremistisch. Beides wird unter dem Begriff der »Hasskriminalität« zusammengefasst, der anzeigt, dass »es sich beim jeweiligen Tathintergrund weniger um persönliche, situationsbedingte Beweggründe handelt, sondern vielmehr um das übergreifende Ziel der Erniedrigung einer ganzen Gemeinschaft als Resultat von Abneigung, Vorurteilen oder ›Hass‹«.[43] Das Besondere der Hasskriminalität, die auch als vorurteilsmotivierte Kriminalität bezeichnet wird, besteht darin, »dass Opfer zufällig ausgewählt werden und darüber hinaus mit der Tat eine symbolische Botschaft der Einschüchterung und Verunsicherung an eine ganze Bevölkerungsgruppe übermittelt wird«.[44] Innerhalb der PMK wird einerseits nach sogenannten Phänomenbereichen, nämlich »PMK-Rechts«, »PMK-Links«, »PM-Ausländerkriminalität« (PMAK, oder auch PMK-Ausländer) und »PMK-Sonstige«,[45] andererseits zwischen Straftaten generell und der Teilmenge der Gewalttaten[46] unterschieden, denen auch im Fall antijüdischer Straftaten eine besondere Bedeutung zukommt. Der jeweils ermittelte Sachverhalt kann nur einem der drei Phänomenbereiche »PMK-Rechts«, »PMK-Links« oder »PMAK« zugeordnet werden. Ist eine Zuordnung zu diesen nicht möglich, wird der Phänomenbereich »PMK-Sonstige« gewählt.

1) Als PMK-Rechts werden Straftaten kategorisiert, »wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer ›rechten‹ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren«.

2) »Der PMK-Links werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer ›linken‹ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten zuzurechnen, wenn Bezüge zum Anarchismus oder Kommunismus

40 Verfassungsschutzbericht 2014, S. 26, vgl. ebenda zu den darunter fallenden Straftatbeständen des Strafgesetzbuches (StGB), S. 23.

41 BMI, Fachgespräch des UEA mit dem Referat ÖS II 3 am 2.6.2015. Straftaten, die sich gegen eine Person oder Gruppe aufgrund ihrer politischen Einstellung richten, werden ebenfalls erfasst.

42 Alke Glet, Sozialkonstruktion und strafrechtliche Verfolgung von Hasskriminalität in Deutschland. Eine empirische Untersuchung polizeilicher und justizieller Definitions- und Selektionsprozesse bei der Bearbeitung vorurteilsmotivierter Straftaten, Berlin 2001, S. 3.

43 Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg/Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (Hrsg.), Expertenhearing »Hasskriminalität«. Kurzdokumentation der Fachtagung am 19.2.2007, Potsdam 2007, S. 7 f. Hasskriminalität ist eine neue kriminologische Deliktkategorie, die sich aus der angloamerikanischen Kriminologie kommend zunehmend auch in Deutschland durchsetzt. Vgl. z. B. Hans-Joachim Schneider, Haß auf Fremde. Haßverbrechen – eine neue kriminologische Deliktkategorie, in: Universitas, 12 (1995), S. 1167–1181; Hans-Joachim Schneider, Kriminologie der Hassdelikte – Konzeptionen, Ursachen, Vorbeugungen und Kontrolle, in: Bewährungshilfe, 50 (2003) 2, S. 115–133; Michael Kohlstruck, »Hate Crimes« – Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion, in: Berliner Forum Gewaltprävention, 5 (2004) 16, S. 67–73; Britta Bannenberg/Dieter Rössner/Marc Coester, Hasskriminalität, extremistische Kriminalität, politisch motivierte Kriminalität und ihre Prävention, in: Rudolf Egg (Hrsg.), Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention, Wiesbaden 2006, S. 17–59.

44 Glet, Sozialkonstruktion und strafrechtliche Verfolgung, S. 2. Zur Definition des politischen Täters siehe Markus Pfau, Staatsschutzkriminalität, in: Kriminologie-Lexikon Online, http://www.krimlex.de/artikel_druck.php?KL_ID=1777 (eingesehen 17.11.2016).

45 BMI, Referat ÖS II 4, Antisemitische Straftaten. Hintergrundinformation zu Erhebungsmethoden, Berlin 2014 (Manuskript).

46 Zu den politisch motivierten Gewaltdelikten zählen: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brandstiftungen, Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub/Erpressung, Widerstandsdelikte und Sexualdelikte.

(einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.«

3) Der PMAK/PMK-Ausländer werden Straftaten zugeordnet, »wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass v. a. die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet sind Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Straftaten der PMAK können auch durch deutsche Staatsangehörige verübt werden«.[47]

4) »Der Bereich politisch motivierte Kriminalität – sonstige (PMK-Sonstige) umfasst Straftaten, wenn sie sich keinem der vorgenannten drei anderen Phänomenbereiche zuordnen lassen.«[48]

Politisch motivierte Straftaten werden einerseits von der Polizei erfasst und beim Bundeskriminalamt (BKA) gesammelt, doch sind mit der Erfassung und Zählung zumindest im Fall rechtsmotivierter Vorfälle und Straftaten auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen (*Amadeu Antonio Stiftung; Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*/RIAS im *Verein für Demokratische Kultur e. V.*/VDK) sowie Fachjournalisten befasst. Die dabei auftretenden Diskrepanzen sind seit Längerem Gegenstand öffentlicher Kontroversen und haben mittlerweile in mehreren Bundesländern zur wissenschaftlichen Nachprüfung umstrittener, möglicherweise rechtsmotivierter Tötungsdelikte geführt (s. u.). Anders als im Rahmen der staatlichen Erfassung von Straftaten, die – bei allen Mängeln – einer Systematik folgt, liegen dem Vorgehen der NGOs und Fachjournalisten keine systematischen, einheitlichen Kriterien zugrunde. Daher erscheinen die PMK-Zahlen bisher »als einzige ›belastbare‹ Statistik zum Ausmaß derjenigen antisemitischen Phänomene, die justiziabel sind«.[49] Deshalb soll im Folgenden auf einige Probleme beim Zustandekommen dieser Statistik eingegangen werden.

3.1 Probleme bei der Erfassung und justiziellen Bearbeitung der Straftaten

Kriterien der Erfassungspraxis politisch motivierter Straftaten und damit auch der Teilmenge antisemitisch motivierter Fälle sind seit Längerem Gegenstand der Kritik und haben bei den Polizeibehörden und im *Bundesministerium des Innern* (BMI) Anlass zur Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten gegeben.[50] Die Einführung des neuen Definitionssystems »Politisch motivierte Kriminalität« (PMK) ab 2001 stellt bereits eine Weiterentwicklung der vorherigen Praxis dar, in der es primär um die Erfassung von Staatsschutzdelikten ging, die das Ziel einer Überwindung des demokratischen Systems verfolgten und deshalb als extremistisch eingestuft wurden. Fremdenfeindliche oder antisemitische Übergriffe wurden in diesem Zusammenhang häufig nicht als Staatsschutzdelikte gezählt. Diese Systematik hatte auch aufgrund der unterschiedlichen Erfassungspraxis in den einzelnen Bundesländern, v. a. aber wegen des seit den 1990er-Jahren zu beobachtenden Anstiegs fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten die Entwicklung eines neuen Erfassungssystems erfordert, das eine adäquatere Erfassung sogenannter Hassverbrechen (»Hate Crimes«) oder auch »Vorurteilskriminalität« (»Bias Crimes«) ermöglichen sollte.[51] Das zentrale Erfassungskriterium ist nun die »politisch motivierte Tat«, d. h. die Erfassung orientiert sich nicht am Extremismus-Begriff, sondern an der tatauslösenden Motivation.[52] Dabei darf die polizeiliche Bezeichnung »politisch motivierte Kriminalität« »nicht als Aussage über einen psychologischen Sachverhalt bei den Tatverdächtigen« verstanden werden, »sondern als eine tatbezogene Klassifizierung«, der eine »politische Relevanz zugewiesen« wird.[53] Politisch motivierte Straftaten werden nach den zugrundeliegenden Motiven einem oder mehreren Themenfeldern zugeordnet, die wiederum polizeistatistische Kategorien und keine wissenschaftlich-analytischen Unterscheidungen darstellen. »Diese Themenfelder sind in einem bundeseinheitlichen Katalog festgelegt und bilden somit die Grundlage für die

47 Hierunter fallen Straftaten, die aufgrund von Konfliktlagen außerhalb Deutschlands in Deutschland begangen werden, wobei die Nationalität bzw. ethnische Herkunft des Täters irrelevant ist.

48 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Wolfgang Neskovic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/1928, vom 7. 6. 2010, S. 4 f.

49 Michael Kohlstruck/Peter Ullrich, Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin, Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 52, Berlin 2014, S. 31.

50 Ein Mitarbeiter des BKA hält eine regelmäßige Kontrolle und Evaluation des neuen Definitionssystems und der Bewertungspraxis für unabdingbar, um die Glaubwürdigkeit der Statistik zu erhöhen. Vgl. Jens Peter Singer, Erfassung der politisch motivierten Kriminalität in einem neuen Definitionssystem mit mehrdimensionalen Analysemöglichkeiten, in: Kriminalistik, 1 (2004), S. 35.

51 Ebenda, S. 33 f.

52 Innerhalb dieser Phänomenbereiche wird zusätzlich unterschieden zwischen Straftaten mit und ohne extremistischem Hintergrund, d. h. es differieren die Zahlen etwa für den Phänomenbereich PMK-Rechts (2015: 22.960 Fälle) und für die ebenfalls darunter fallenden, aber enger gefassten rechtsextremistischen Straftaten (2015: 21.933 Fälle). Die abschließende Entscheidung über die Einstufung als extremistisch liegt bei den Landeskriminalämtern.

53 Michael Kohlstruck, Zur aktuellen Debatte um politische Gewalt in der Metropole Berlin, in: Friedrich Ebert Stiftung, Expertisen für Demokratie, 2 (2010), S. 4.

einheitliche Erfassung und Auswertung.«[54] Dieser sehr detaillierte Themenfeldkatalog (Themenfeldkatalog zur KTA-PMK) unterliegt einer ständigen Revision, um so auch aktuelle Entwicklungen erfassen zu können.[55] Der Gliederung dieses Themenfeldkatalogs folgt auch die Ausfüllanleitung des Bundeskriminalamts, die die Polizei für ihre »kriminaltaktische Anfrage« (KTA) in den PMK-Fällen nutzt.

Das neue System der »Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität« (KPMD-PMK) erfasst nun neben den klassischen Staatsschutzdelikten und extremistischen Straftaten auch Hass- oder Vorurteilskriminalität.[56] Die neue Erfassungssystematik bietet nach Einschätzung des BKA-Beamten Jens Peter Singer nun mehrdimensionale Analysemöglichkeiten nach der Qualität des Delikts, nach objektiven thematischen Zuordnungen, nach subjektivem Tathintergrund u. a.[57] Es sind nun auch Mehrfachnennungen bei Straftaten möglich. Bei der Themenfeldauswertung ist deshalb zu beachten, dass durch eine Addition von Mehrfachnennungen deren Zahl in der Regel höher ausfällt als die der tatsächlich begangenen Taten. Wegen des neuen Erfassungssystems sind die neueren Zahlen mit den vor 2001 ermittelten nicht mehr vergleichbar. Wird mit den Mehrfachnennungen eine verbesserte Erfassung antisemitischer Straftaten möglich, so ist dennoch nach wie vor von einem, in seinem Ausmaß nur schwer einzuschätzenden Dunkelfeld auszugehen. Man darf also die Zahlen der PMK-Statistik nicht als Abbild der Realität missverstehen, vielmehr ist aufgrund des Aufbaus des PMK-Erfassungssystems und der Routinen der polizeilichen Erhebungspraxis mit einer systematischen Unterschätzung antisemitischer Vorfälle zu rechnen.[58] Zum genaueren Verständnis der polizeilichen Statistik ist eine Reihe von Punkten zu beachten:

› Die Polizei kann nur solche Straftaten erfassen, die sie entweder selbst ermittelt hat oder die ihr von dritter Seite bekannt gemacht werden. D. h. wir haben es auch hier, wie bei allen Formen von Kriminalität, mit dem Hellfeld-Dunkelfeld-Problem zu tun. Eine Ursache ist das sogenannte Underreporting, d. h. viele antisemitische Straftaten werden von den Betroffenen oder Zeugen nicht angezeigt. Dies kann unterschiedliche Gründe haben, etwa »Angst vor Repressalien durch die Täter, Verdrängungs- und Selbstaufarbeitungsaspekte oder andere Hintergründe«.[59] Eine Studie der FRA aus dem Jahr 2013, in deren Rahmen Juden aus acht europäischen Ländern befragt wurden, zeigte, dass in Deutschland nur 28 Prozent derjenigen, die in den letzten fünf Jahren Opfer eines schweren antisemitischen Übergriffs geworden sind, angaben, dies bei der Polizei oder einer anderen Organisation angezeigt zu haben.[60] Damit liegt Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern leicht über dem Durchschnitt (23 Prozent). Nur zwei Prozent der Befragten in diesen acht Ländern gaben an, dass die Tat von der Polizei selbst ermittelt oder von jemand Drittem angezeigt worden sei. Als Grund für dieses »Underreporting« gaben 47 Prozent an, dass nach einer Anzeige nichts passieren würde oder sich doch nichts ändere; 27 Prozent gaben an, dass sie den Vorfall nicht berichtet hätten, da so etwas andauernd passiere, und für 18 Prozent war eine Anzeige zu bürokratisch und zeitaufwändig (dazu s. u.).[61] Eine 2016 für den zweiten UEA durchgeführte Befragung von Juden in Deutschland ergibt ein ähnliches Bild. Nur 23 Prozent gaben hier an, Vorfälle bei der Polizei, einer Beschwerdestelle oder der Gemeinde gemeldet zu haben.[62] Anzeigen können aber auch deshalb ausbleiben, weil bestimmte Arten antisemitischer Straftaten, etwa Schmierereien und andere Propagandadelikte, kein direktes Opfer haben, das eine Anzeige erstatten könnte. Eine seriöse Schätzung über das Dunkelfeld antisemitischer Straftaten ist nicht möglich, da – wie die obige Befragung tatsächlicher wie potenzieller Opfer zeigt – ganz unterschiedliche Faktoren das Anzeigeverhalten wie auch die Intensität der polizeilichen Ermittlungen (etwa die Schwere einer Tat) beeinflussen.[63]

› Die Zahl der tatsächlichen antisemitischen Vorfälle wird auch dadurch systematisch unterschätzt, dass bei jedem Vorfall, bei dem es zu mehreren Delikten gekommen ist (z. B. Beleidigung, Raub, Körperverletzung), nur das

54 Landtag Nordrhein-Westfalen, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/7997 vom 26. 2. 2015, S. 2.

55 Vgl. ebenda: Eine Bund-Länder Arbeitsgruppe unter Leitung des BKA überprüft derzeit unter Mitwirkung von Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft das Definitionssystem PMK und den Themenfeldkatalog zur KAT-PMK.

56 Kati Lang, Vorurteilskriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte1, Baden-Baden 2014, S. 54. Dort findet sich auch eine Übersicht über die Geschichte der Registrierung politischer Kriminalität in der Bundesrepublik seit 1949 (S. 53 ff.).

57 Singer, Erfassung der politisch motivierten Kriminalität, S. 34.

58 Vgl. Kohlstruck/Ullrich, Antisemitismus als Problem und Symbol, S. 31.

59 Lang, Vorurteilskriminalität, S. 464 f.

60 Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights (FRA), Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedsstaaten: Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus, 2013. In der Studie von Kohlstruck/Ullrich (Antisemitismus als Problem und Symbol, S. 32) gaben Interviewte an, dass sich Opfer antisemitischer Vorfälle nicht an die Polizei oder Opferberatungsstellen wandten, sondern eher an die Jüdischen Gemeinden.

61 FRA-Studie, 2013, Abb. 24, S. 50 und Abb. 25, S. 51.

62 Andreas Zick/Andreas Hövermann/Silke Jensen/Julia Bernstein, Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus, Aussagen zum Coping, S. 29 ff.

63 Vgl. Uwe Dörmann, Zahlen sprechen nicht für sich. Aufsätze zu Kriminalstatistik, Dunkelfeld und Sicherheitsgefühl aus drei Jahrzehnten, München 2004.

Delikt mit der höchsten Strafandrohung gezählt wird. Damit gehen alle anderen Delikte nicht in die polizeiliche Statistik ein. Insbesondere bei kollektiven Handlungen, wie Demonstrationen, ist die genaue Anzahl der begangenen Straftaten daher kaum angemessen zu ermitteln.

› Die Einordnung einer Straftat als antisemitisch hängt von der Wahrnehmung und von den Kriterien ab, nach denen eine Tat eingestuft wird. Es handelt sich also um das »Problem der Motivklärung«[64], das die Entwicklung eines Problembewusstseins voraussetzt. Hier hat sich in den letzten Jahren durchaus eine Weiterentwicklung gezeigt. Dennoch ist eine fortdauernde Verbesserung der Erhebungsmethoden und eine Anpassung der Erfassungskriterien an neue Problemlagen nötig. Im Fall antiisraelischer Straftaten werden etwa seit Kurzem »Straftaten im Zusammenhang mit dem Israel-Palästinenser-Konflikt« teils im Themenfeld »Hasskriminalität – Unterthema: antisemitisch«, teils im Themenfeld »Bürgerkriege/Krisenherde – Unterthema Israel-Palästinenser-Konflikt« noch einmal gesondert erfasst, dabei gibt es in den Erläuterungen zu den Themenfeldern keinerlei Hinweis, wann Straftaten in diesem Kontext als antisemitisch eingestuft werden müssen. Es hängt letztlich von den Erfahrungen, der Sensibilität und dem thematischen Kenntnisstand der ermittelnden Beamten ab, ob eine antisemitische Straftat als solche erkannt und korrekt klassifiziert wird.[65] Dies kann besonders schwierig sein, wenn es darum geht, bestimmte wenig bekannte rechtsextremistische oder von ausländischen Organisationen verwendete Symbole sowie nicht-deutschsprachige Äußerungen in ihrem antisemitischen Sinngehalt zu erfassen.[66] Da für die Einstufung einer Tat als antisemitisch allein die Einstellung des Täters bzw. der Täterin entscheidend ist, können auch gegen nichtjüdische Personen oder Einrichtungen gerichtete Taten bei entsprechend nachgewiesener Motivation als antisemitisch bewertet werden.[67] Die Einstufung der Tätermotivation steht jedoch vor dem Problem, dass in vielen Fällen, etwa bei Schmierereien, keine Täter ermittelt werden können, sodass die Tatmotivation indirekt durch eine hypothetische Motivationsunterstellung erschlossen werden muss.[68] In der kriminologischen wissenschaftlichen Literatur wird das neue Erfassungssystem in mehrerlei Hinsicht als unzureichend kritisiert:

- Das Klassifikationssystem sowie die ihm folgende Zuordnungspraxis sind »von kategorialen Disparitäten geprägt«.[69] In der Polizei wirke weiterhin das alte Extremismuskonzept handlungsleitend, wodurch das Erkennen vorurteilsmotivierter Straftaten, die sich jenseits »des klassischen Musters rechtsextremer Tatbegehung bewegen«, erschwert werde.[70] Dies betrifft v. a. die Zuordnung zum Phänomenbereich »rechts«, die vorgenommen wird, sobald Bezüge zum Nationalsozialismus zu erkennen sind. Dies stellt nicht in Rechnung, dass NS-Symbole ein allgemeines, Judenfeindlichkeit zwar indizierendes, aber auch generell diffamierendes Mittel sind, dessen sich auch politisch nicht weit rechts stehende Täterinnen und Täter bedienen. Fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten werden grundsätzlich immer dann dem Phänomenbereich PMK-Rechts zugeordnet, wenn keine weiteren Spezifika erkennbar sind (z. B. nur der Schriftzug »Juden raus«) und zu denen keine Tatverdächtigen bekannt geworden sind.[71] Damit entsteht möglicherweise ein nach rechts verzerrtes Bild über die Tatmotivation und den Täterkreis.

- Die Polizei neigt zu Vermeidungsstrategien und verweist selbst bei der Offensichtlichkeit des Tatmotivs häufig auf alternative, nicht politische Tathintergründe. Als Beispiel wird hier auf die große Diskrepanz zwischen der von den Behörden genannten Zahl von Todesopfern rechter Gewalt und den von Journalisten und NGOs gezählten Fällen hingewiesen.[72] In einigen Bundesländern sind Forschungsaufträge an

64 Kohlstruck/Ullrich, Antisemitismus als Problem und Symbol, S. 31.

65 BMI, Fachgespräch des UEA mit dem Referat ÖS II 3 am 2.6.2015. Dass gerade hinsichtlich der Kritik an der Politik Israels die Unterscheidung zwischen scharfer Kritik und als antisemitisch zu wertenden Aussagen in der Öffentlichkeit umstritten ist, zeigt u. a. das Beispiel der → Augstein-Debatte in diesem Bericht. Ob die Polizei in der Lage ist, hier immer eine klare Zuordnung zu treffen, muss bezweifelt werden.

66 Kohlstruck/Ullrich, Antisemitismus als Problem und Symbol, S. 32.

67 Vgl. dazu RIAS, Antisemitische Vorfälle in Berlin. Bericht 2015, S. 6: Im Fall der 183 registrierten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien waren 96 Personen davon betroffen, wobei 48 (50 Prozent) als Juden, Jüdinnen, Israelis oder Vertreter jüdischer Institutionen adressiert wurden. Ziel der Übergriffe waren aber auch Personen, die für ihr erinnerungspolitisches Engagement angegriffen wurden (6), Polizeibeamte (2), Journalisten (2) und Politiker (1). Acht Personen wurden bedroht oder beleidigt, weil sie sich gegen zuvor geäußerten Antisemitismus gewandt oder Englisch gesprochen hatten. Bei 18 Personen war nicht bekannt, ob sie einen jüdischen Hintergrund hatten.

68 Selbst im Fall von physischen Übergriffen und Drohungen ist die Ermittlung der Täter und Tatmotive schwierig, da sich die Mehrzahl der Taten auf der Straße oder im öffentlichen Nahverkehr ereignet. Täter und Opfer kennen sich nicht, die Tat findet unvermittelt statt und ist von kurzer Dauer. Zeugen reagieren zumeist nicht auf den Vorfall (RIAS, Antisemitische Vorfälle in Berlin. Bericht 2015, S. 5).

69 Ebenda.

70 Lang, Vorurteilskriminalität, S. 464.

71 Liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass die Tat z. B. im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt verübt wurde (z. B. wenn eine antijüdische Beleidigung in Verbindung mit dem Schriftzug »Free Palestine« vorliegt), wird die Tat dem Phänomenbereich »Politisch motivierte Ausländerkriminalität« zugeordnet. Eine Zuordnung zum Bereich »Sonstige/nicht zuzuordnen« ist ebenfalls denkbar, wenn sich aufgrund der Umstände der Tat gar keine Rückschlüsse auf die Motivation ziehen lassen. Diese Fälle sind jedoch eher die Ausnahme.

72 So wird der Polizei von NGOs mangelnde Bereitschaft vorgeworfen, antisemitische Hintergründe von Taten ernst zu nehmen und die Sicht der Betroffenen einzubeziehen (Ben Mendelsohn, »Über ›Normalrassisten‹ reden. Initiativen gegen Rechts halten die Statistik zu politisch motivierten Straftaten für ungenügend«, in: Neues Deutschland, 21.10.2013).

unabhängige Experten ergangen, die diese umstrittenen Fälle von 1990 bis 2007 noch einmal hinsichtlich ihrer Tatmotivation überprüfen sollten. Für das Land Brandenburg wurden 24 strittige Altfälle untersucht. In acht Fällen wurden hier Tötungsdelikte nachträglich noch als politisch rechts-motiviert eingestuft, in weiteren sechs Fällen war bei der Tat kein politisches Motiv erkennbar, die Täter waren aber z. T. rechtsextrem/rassistisch eingestellt.[73] In vier Fällen waren kein politisches Motiv und keine rechtsextreme Einstellung der Täter erkennbar. In fünf Fällen war die politische Motivation nicht mehr aufzuklären. Ein weiterer Fall konnte nicht kategorisiert werden.[74] Die Studie kommt aber auch zu dem Schluss, dass das seit 2001 bestehende neue Erfassungssystem PMK-Rechts leistungsfähiger ist als das vorherige System.[75]

- Als noch ausgeprägter werden die Anwendungsdefizite in der bestehenden Strafzumessungsregelung durch die Justiz angesehen, da es keine eigenen Normierungen zu vorurteilsmotivierter Kriminalität (Hassverbrechen) gibt und die bisher vorgelegten Gesetzentwürfe als unzureichend bezeichnet werden.[76] Nach den empirischen Ergebnissen von Kati Lang kann zumindest für die sächsische Justiz »weder im Verantwortungsbereich der Staatsanwaltschaft noch im Rahmen der gerichtlichen Entscheidungen von einer stringenten Anwendung der Strafzumessungsregelung« im Fall vorurteilsmotivierter Straftaten ausgegangen werden.[77] Sie stellt fest, dass Hasskriminalität von Gerichten nur selten als erschwerender Umstand beurteilt wurde und es bei als rechtsmotiviert beurteilten Gewalttaten im Verlauf des Strafverfolgungsprozesses zu einer sukzessiven Abnahme der Bewertung als »vorurteilsmotiviert« kam.[78] Sie kommt zu dem Schluss, dass die Spezifik vorurteilsmotivierter Straftaten nicht erkannt wird, da keinerlei Bewertungsunterschiede im Vergleich zu anderen Formen der Gewaltkriminalität erkennbar sind.

- Die BKA-Statistik ist eine Eingangsstatistik, d. h. es werden alle angezeigten Fälle mit entsprechend ermittelter oder unterstellter Tatmotivation gezählt. Es fehlte jedoch bis vor Kurzem eine Übersicht über die Zahlen der Ermittlungsverfahren und der erfolgten Verurteilungen. Diese Lücke wurde erst 2016 durch die Veröffentlichung einer seit Langem vom *Bundesamt für Justiz* (BfJ) geführten Statistik über Verfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten (darunter fallen auch antisemitische) geschlossen, in denen auch Zahl und Alter der Beschuldigten, die ergangenen Haftbefehle, Verurteilungen oder andere Entscheidungen zur Beendigung des Verfahrens aufgelistet werden.[79] Für antisemitische Straftaten liegt allerdings nur eine Auflistung der eingeleiteten Ermittlungsverfahren nach Bundesländern geordnet vor, die weiteren Spezifizierungen lassen sich für diese Straftaten somit nicht nachvollziehen. Zu beachten ist auch, dass ein Ermittlungsverfahren nicht in dem Jahr eingeleitet worden sein muss, in dem sich die Straftat ereignet hat, wie auch die abschließende Entscheidung wiederum nicht im selben Jahr wie die Eröffnung des Verfahrens liegen muss. So wichtig diese Statistik des Bundesamts für Justiz ist, so bildet sie nicht den Verlauf eines konkreten Verfahrens ab. D. h. zwischen dem Zeitpunkt des von der Polizei dokumentierten Geschehens und einem rechtskräftigen Urteil können lange Zeiträume liegen, in denen weitere Erkenntnisse über die Tatmotivation gewonnen werden können.[80] Wenn solche Korrekturen der Polizei bekannt werden, kann sie den Fall neu bewerten und statistische Korrekturen vornehmen, sie ist aber nicht dazu verpflichtet, dem justiziellen Verlauf der ermittelten Fälle nachzugehen. Insofern gibt es also keine systematische Rückkopplung von abgeschlossenen Verfahren der Justiz

73 Vgl. zum Land Brandenburg: Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam, Forschungsprojekt »Überprüfung umstrittener Altfälle rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990«. Abschlussbericht, vorgelegt von Christoph Kopke und Gebhard Schulz, Potsdam 2015. Eine vergleichbare Untersuchung für das Land Berlin läuft derzeit als Forschungsprojekt im Auftrag des LKA Berlin am Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin: Analyse und Bewertung von aufgeklärten Tötungsdelikten in Berlin hinsichtlich ihres politischen Charakters (1990–2013).

74 Die Verfasser der Studie betonen, dass »nur in wenigen Fällen [..] ein rechtsextremes oder rassistisches Motiv mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden« konnte. Vgl. Christoph Kopke/Gebhard Schulz, Überprüfung umstrittener Altfälle rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990, Abschlussbericht, Potsdam 2015, S. 4.

75 Ebenda, S. 5. So konnten alle untersuchten Tötungsdelikte, die nach 2001 begangen wurden, als nicht nachweisbar politisch motiviert eingeordnet werden. Eine weitere Ursache wird auch in einer gestiegenen Sensibilität der Polizei gesehen.

76 Lang, Vorurteilskriminalität, S. 465. Die Gegner einer spezifischen gesetzlichen Regelung von »Bias Crime« sind der Auffassung, dass diese Verbrechen nicht mehr Botschaften enthalten als andere Straftaten auch. Weiterhin wird auf die mangelnde generalpräventive Wirksamkeit und die Gefahr eines Gesinnungsstrafrechts verwiesen. Die Befürworter weisen auf die besondere Gefährlichkeit vorurteilsmotivierter Straftaten hin, da diese sich nicht nur gegen eine einzelne Person sondern die gesamte Gruppe richteten und zudem die Grundsätze des demokratischen Gemeinwesens infrage stellten. Hinzu kommen die Argumente des Opferschutzes und der Signalfunktion der Strafe (ebenda). Die Gegner einer spezifischen gesetzlichen Regelung verweisen darauf, dass mit dem § 46 Abs. 2 StGB eine Bestimmung vorliegt, die es erlaubt, die Beweggründe, Ziele und die Gesinnung, die aus der Tat spricht, bei der Strafzumessung zu berücksichtigen (ebenda, S. 466).

77 Ebenda, S. 466 f.

78 Ebenda, S. 467. Die Autorin macht in ihrer Studie Vorschläge zu einer Änderung einer ganzen Reihe von Strafnormen im Strafrecht, Strafprozessrecht usw. (S. 470 ff.).

79 Bundesamt für Justiz, Erhebung der Landesjustizverwaltungen über Verfahren wegen rechtextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland.

80 Singer, Erfassung der politisch motivierten Kriminalität, S. 35.

zur Polizei.[81] Der Informationsaustausch zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei verläuft eher schleppend. Es wäre für die Information der Öffentlichkeit wünschenswert, wenn neben der Eingangsstatistik und der Zahl der eröffneten Ermittlungsverfahren sowie der der ermittelten Tatverdächtigen auch die Zahl der schließlich abgeurteilten Täterinnen und Täter, der Freisprüche bzw. der aus sonstigen Gründen eingestellten Verfahren bekannt gemacht würden.[82]

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die PMK-Statistik eine Reihe teils behebbarer, teils reduzierbarer, teils aber auch nicht zu ändernder Schwächen aufweist, sodass sie nur begrenzt zur Beurteilung der Verbreitung von Antisemitismus und entsprechenden Tätergruppen geeignet ist. Sie erfasst nur das polizeilich zu ermittelnde Hellfeld der Straftaten, sie verwendet ein nicht völlig trennscharfes Klassifikationssystem der Tätermotivation, und sie ist zudem auch nur bedingt aussagekräftig, was die diachrone Vergleichbarkeit der Zahlen betrifft, da externe Faktoren wie aktuelle Ereignisse, öffentliche Debatten oder Schulung der Polizisten den Grad der polizeilichen Aufmerksamkeit für antisemitische Straftaten beeinflussen können. Dennoch ist die PMK-Statistik die einzige einheitlich erfolgende Datenerhebung auf einer breiten Informationsgrundlage. Es handelt sich deshalb um ein wichtiges Mittel der Beobachtung von Hasskriminalität und schafft die Voraussetzung ihrer Bestrafung.

Die bereits seit 1992 erfassten Daten zu rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten (eingeleitete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften, Beschuldigte, Haftbefehle, Strafverfahren und Verurteilungen), die bisher unveröffentlicht geblieben waren, wurden nach einem Beschluss der Justizminister aus Bund und Ländern im Frühjahr 2016 erstmals veröffentlicht.[83] Die dort über die eingeleiteten Ermittlungsverfahren vom BfJ genannten Zahlen liegen sowohl für die rechtsextremen/fremdenfeindlichen wie auch für die Teilmenge der antisemitischen Straftaten für das Jahr 2015 deutlich höher als die PMK-Zahlen für die entsprechenden Straftaten und auch deutlich höher als die Zahlen für die Vorjahre 2013 und 2014.[84] Besonders irritierend ist dabei, dass die Zahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren im Fall des Antisemitismus für das Jahr 2014 mit 773 deutlich niedriger ausfällt als die PMK-Zahlen (1596 Straftaten), die gerade für dieses Jahr eine Zunahme antisemitischer Straftaten belegen, während 2015, als die Zahlen der PMK zurückgingen (1366 Straftaten), die Zahl der Ermittlungsverfahren um 201 Prozent auf 2083 anstieg.[85] Auch die für das Jahr 2013 ermittelten Zahlen des BfJ liegen mit 691 eingeleiteten Ermittlungsverfahren weit unter den PMK-Zahlen von 1275 antisemitischen Straftaten.

Wie ist diese auffällige Diskrepanz zu erklären? Ein direkter Vergleich der PMK-Statistik und der des BfJ, das seit 2007 diese Statistik führt, ist aus mehreren Gründen nicht möglich, auch wenn mit dem vom BfJ verfolgten Ansatz eine gewisse Parallelität zum Definitionssystem der PMK angestrebt wurde.[86] Während es sich bei der PMK-Statistik um eine Eingangsstatistik handelt, bei der die Straftaten grundsätzlich bereits zu Beginn des Verfahrens einer Deliktkategorie zugeordnet werden, besteht bei der vom BfJ herausgegebenen Statistik die Möglichkeit, die Zuordnung eines Ermittlungsverfahrens noch während des laufenden Verfahrens zu ändern, sofern dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft hinreichende Gründe dafür vorliegen. Weiterhin unterscheiden sich die Bewertungszeitpunkte: Während bei der PMK-Statistik der Tatzeitpunkt bzw. die erste Erfassung der Tat für die Zuordnung entscheidend ist, werden bei der BfJ-Statistik die im Berichtsjahr neu eingeleiteten Ermittlungsverfahren gezählt, wobei die Bewertung gilt, die zum Zeitpunkt der Meldung an die Statistik vorgenommen wurde. Dieser kann unter Umständen deutlich später als der Tatzeitpunkt liegen, wenn eine Bewertung erst im längeren Verlauf eines Ermittlungsverfahrens vorgenommen wurde. D. h., es besteht die Möglichkeit, dass die außergewöhnlich hohen Zahlen des BfJ darauf beruhen, dass ein Teil der in diesem Jahr eröffneten Ermittlungsverfahren auf Straftaten des Jahres 2014 zurückgeht. Hinzu kommt, dass die abschließende Entscheidung eines Verfahrens nicht im selben Jahr

81 Heike Kleffner/Mark Holzberger, Reform der polizeilichen Erfassung rechter Straftaten, 1.1.2004, http://opferperspektive.de/aktuelles/reform-der-polizeilichen-erfassung-rechter-gewalt (eingesehen 20.4.2015).

82 Die Bundesregierung gab in der Drucksache 18/4009, S. 3, an, dass ihr weder über die Zahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren noch über die Zahl eingestellter Ermittlungsverfahren oder über die Zahl der wegen antisemitischer Straftaten im 4. Quartal 2014 verurteilten Personen Angaben vorlägen. Es liegen jeweils nur Angaben zur Zahl der Tatverdächtigungen vor.

83 Ausländerfeindliche Hetze im Internet nimmt dramatisch zu, in: Süddeutsche Zeitung, 28.11.2016, http://www.sueddeutsche.de/politik/bundesamt-fuer-justiz-auslaenderfeindliche-hetze-im-internet-nimmt-dramatisch-zu-1.3268733 (eingesehen 13.12.2016). Nach Auskunft des BfJ wurde die Statistik für das Berichtsjahr 2013 vollständig überarbeitet, sodass nun von einer verlässlichen und einheitlichen Datengrundlage für alle Bundesländer ausgegangen werden kann. Eine Vergleichbarkeit mit den Daten aus den Jahren vor 2013 ist aufgrund dieser Überarbeitung damit aber nicht mehr gegeben.

84 Da antisemitische Straftaten hier als Teilmenge der rechtsextremen/fremdenfeindlichen Straftaten behandelt werden, ist unklar, ob antisemitische Straftaten aus den anderen Phänomenbereichen der PMK, also PMK-Links, PMAK und PMK-Sonstige, in der Zahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren enthalten sind oder noch hinzugerechnet werden müssten, was dann die Zahl der Verfahren weiter erhöhen würde.

85 Wie in der PMK-Statistik entfielen von den 2083 Ermittlungsverfahren die meisten auf Propagandadelikte (1145) und Volksverhetzung bzw. Gewaltdarstellung (841), weitere 27 auf Körperverletzungen und sonstige Delikte (127). Siehe: Bundesamt für Justiz, Erhebung der Landesjustizverwaltungen über Verfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland, Frage 1, 2015, Stand 22.8.2016, siehe etwa auch Stand 9.12.2016, https://www.bundesjustizamt.de/DE/SharedDocs/Publikationen/Justizstatistik/Straftaten_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=8.

86 Für die hilfreichen Erläuterungen zu der BfJ-Statistik danken wir dem zuständigen Referatsleiter im BfJ Dr. Bert Götting.

wie dessen Eröffnung liegen muss, so dass es nochmals zu einer anderen Einstufung hinsichtlich der Zuordnung einer Tat als antisemitisch motiviert kommen kann. Die Differenzen zwischen der PMK- und der BFJ-Statistik können zudem auch auf politische Entscheidungen zurückgehen, wenn etwa aufgrund aktueller Fälle von Antisemitismus eine Weisung an Polizei und Staatsanwaltschaften ausgegeben wird, insbesondere auf rechtsextremistische und antisemitische Straftaten zu achten. Dies wird dann vermutlich zu einer verstärkten Registrierung solcher Vorfälle in der PMK- bzw. der Justizstatistik führen, da die gemeldeten Fälle von den zuständigen Stellen eher in dieser Richtung rubriziert werden. Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Statistiken besteht auch in der Datengrundlage der Straftatbestände, die ihnen jeweils zugrundeliegen.[87]

Betrachtet man die Aufschlüsselung der Ermittlungsverfahren, die wegen antisemitischer Bestrebungen eingeleitet wurden, so fällt zunächst auf, dass im Jahr 2015 in den alten Bundesländern mit 1771 von 2083 Verfahren das 5,7-fache der in den neuen Bundesländern eingeleiteten betrug, während es bei den rechtextremistischen/ fremdenfeindliche Straftaten insgesamt nur das 2,5-fache war.[88] Im Vergleich zu den letztgenannten Phänomenen spielen antisemitische Straftaten in den neuen Bundesländern also eine geringere Rolle als in den alten. Von den 2083 antisemitischen Straftaten von 2015 wurden 573 zusätzlich als fremdenfeindlich eingestuft, d. h. richteten sich entweder gegen Ausländer (174) oder als Ausländer eingestufte Personen (z. B. Eingebürgerte oder Deutsche mit fremdländischem Aussehen).[89] Auch hier fällt eine extrem große Diskrepanz zwischen den alten und den neuen Bundesländern auf: während in den alten Bundesländern der ganz überwiegende Teil der antisemitischen Straftaten zugleich einen fremdenfeindlichen Charakter aufwies, war dies in den neuen Bundesländern nur in einem sehr geringen Umfang der Fall.[90] Möglicherweise ist dies z. T. auf den deutlich niedrigeren Anteil an aus dem Ausland zugewanderten Personen in den neuen Bundesländern zurückzuführen.

Die weiteren Auswertungen des BfJ zu den Beschuldigten, den erlassenen Haftbefehlen sowie zu den Verfahrenseinstellungen bzw. Verurteilungen, die aufschlussreiche Informationen zum Verlauf der Ermittlungs- und Strafverfahren enthalten,[91] beziehen sich jedoch auf alle rechtsextremistischen/ fremdenfeindlichen Straftaten insgesamt und geben so keine Auskunft über den Verlauf von Verfahren speziell zu antisemitischen Straftaten. Interessant ist jedoch der generelle Befund, dass die größten Zuwachsraten bei den Delikten »Volksverhetzung« bzw. »Gewaltdarstellung« und »Verbreiten von Propagandamittel« bzw. die »Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen« im Bereich der im Internet begangenen Straftaten lagen: von 2014 auf 2015 nahmen sie im Fall von »Volksverhetzung« bzw. »Gewaltdarstellung« um 353,5 Prozent (gegenüber 130 Prozent außerhalb des Internets) und im Fall der »Verbreitung von Propagandamitteln« bzw. der »Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen« um 64,7 Prozent (gegenüber 19,8 Prozent außerhalb des Internets) zu.[92] Insgesamt ist die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten mittels Internet von 1564 im Jahre 2013 und 1292 im Jahre 2014 auf 4275 im Jahre 2015 deutlich angestiegen.

3.2 Antisemitismus-Monitoring durch NGOs

Neben der Erfassung antisemitischer (und anderer vorurteilsbasierter) Straftaten seitens der staatlichen Organe sind auch eine Reihe von NGOs mit dem Sammeln und Dokumentieren von Daten über antisemitische Vorfälle befasst, wobei sich diese nicht auf strafrechtlich relevante Vorkommnisse beschränken, sondern auch sogenannte

87 Da die BfJ-Statistiken von 2014 auf 2015 einen besonders dramatischen Anstieg von Straftaten im Internet, gerade für die im Bereich antisemitische Straften häufigsten Delikte wie Volksverhetzung bzw. Gewaltdarstellung (§§ 130 und 131), Verbreitung von Propagandamitteln (§§ 86 und 86a), zwischen 64,7 Prozent und 353,5 Prozent aufweisen, könnte die Zunahme von Ermittlungsverfahren im Jahr 2015 auch z. T. auf die seit kurzem verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber Hasskriminalität im Netz zurückzuführen sein. Vgl. zu diesem Aspekt: Ausländerfeindliche Hetze im Internet nimmt dramatisch zu, in: Süddeutsche Zeitung, 28.11.2016, http://www.sueddeutsche.de/politik/bundesamt-fuer-justiz-auslaenderfeindliche-hetze-im-internet-nimmt-dramatisch-zu-1.3268733 (eingesehen 22.12.2016).

88 Dies gilt entsprechend auch für die Vorjahre: 2014: alte Bundesländer 661 antisemitische Straftaten, neue Bundesländer 112 – Verhältnis 6:1; alte Bundesländer 11.706 rechtsextremistische/fremdenfeindliche Straftaten insgesamt, in den neuen Bundesländern 6118 – Verhältnis: 1,9:1; 2013 betrugen die Größenverhältnisse für antisemitische Straftaten 5,2:1; für die Gesamtzahl rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straften: 2:1. Bundesamt für Justiz, Bundesamt für Justiz, Erhebung der Landesjustizverwaltungen über Verfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland, Daten zu 2013 und 2014, jeweils Fragen 1 und 2.

89 Bundesamt für Justiz, Erhebung der Landesjustizverwaltungen, Frage 1, 2015; Bundesamt für Justiz, Erläuterungen zum Erhebungsbogen »Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten«, BfJ III, 3,- 4021/6, Stand: September 2014.

90 So waren in den alten Bundesländern 2015 von 1771 Ermittlungsverfahren zu Antisemitismus 521 auch fremdenfeindlich, in den neuen Bundesländern nur 52 von 312; in den Vorjahren war die Diskrepanz noch auffälliger: 2014: 380 zu 9; 2013 386 zu 12. Bundesamt für Justiz, Erhebung der Landesjustizverwaltungen, 2013, 2014, 2015. Auch für die Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten insgesamt gilt Ähnliches.

91 Von 24.629 im Jahr 2015 eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten wurden 9.825 eingestellt, überwiegend, weil keine Täter ermittelt werden konnten, es gab 2476 Verurteilungen (Verurteilte), 132 Freisprüche und 954 Verfahren wurden auf »sonstige Weise« beendet (Bundesamt für Justiz, Erhebung der Landesjustizverwaltungen, Frage 4, 2015).

92 Vgl. Ausländerfeindliche Hetze im Internet nimmt dramatisch zu, in: Süddeutsche Zeitung, 28.11.2016.

niederschwellige Vorfälle einbeziehen. Zudem muss der Hauptzweck der Organisation auch nicht immer in der Sammlung von Daten liegen, auch Opferberatung und Vermittlung von Unterstützungsangeboten können wichtige Arbeitsfelder sein. Deshalb treten gewöhnlich Diskrepanzen zwischen den jeweils ermittelten Zahlen auf, da die Vorgehensweisen sich deutlich voneinander unterscheiden. Anders als etwa in Großbritannien, wo der *Community Security Trust* (CST) eng mit der Polizei kooperiert, findet in Deutschland bisher keine systematische Abgleichung der jeweils erhobenen Fälle mit den zuständigen Behörden statt. Allerdings wird derzeit in Berlin eine engere Zusammenarbeit der Polizei mit der RIAS ins Auge gefasst. Eine weitere Beschränkung der NGOs, Registerstellen und Chroniken liegt in ihrer zumeist lokalen/regionalen Orientierung, auch wenn es wie im Fall der Opferberatungsstellen einen bundesweiten *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* (VBRG e.V.) gibt.

Opferberatungsstellen, wie *ReachOut – Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin,* die eine Chronik der gegen Personen und Sachen gerichteten Gewalttaten, darunter auch antisemitische, publiziert, konzentrieren sich auf Straftaten, die auf Polizeimeldungen, auf die durch die Berliner Register gesammelten Fälle, auf Medienberichte sowie auf direkt der Organisation genannte Angriffe zurückgehen.[93] In dieser Chronik von *ReachOut* steht nicht die statistische Dokumentation der Angriffe im Mittelpunkt. Stattdessen sollen Fallbeschreibungen und Hintergrundberichte veranschaulichen, was sich hinter den statistischen Angaben konkret verbirgt. Die Chronik »erlaubt keine verlässlichen Rückschlüsse auf das tatsächliche Ausmaß oder die quantitative Entwicklung von antisemitisch motivierter Gewalt«.[94]

Eine lokal etablierte Einrichtung, die seit Juli 2015 eine »erste bundesweite Onlineplattform zur Meldung antisemitischer Vorfälle« (www.report-antisemitism.de)[95] eingerichtet hat, ist die 2015 durch den *Verein für Demokratische Kultur in Berlin* (VDK) gegründete RIAS, die sich im Anschluss an die »Berliner Register« als »thematische Registerstelle« zur Erfassung antisemitischer Vorfälle versteht. Obwohl bereits 2014 damit begonnen wurde, Vorfälle zu beobachten und zu registrieren, liegen bisher nur belastbare Zahlen für das Jahr 2015 vor.[96] Die Erfassung antisemitischer Vorfälle (also nicht nur der Straftaten) setzt sich zusammen aus den Meldungen an RIAS und an die Berliner Registerstellen, eigenen Recherchen, Medienberichten und polizeilichen Erhebungen.[97] Register sind seit 2005 nach und nach in Berliner Bezirken eingerichtete »Dokumentationen von rassistisch, antisemitisch, LBGTIQ-feindlich (Lesbian-Bi-Gay-Trans-Inter-Queer), antiziganistisch, rechtsextrem, rechtspopulistisch und anderen diskriminierend motivierten Vorfällen, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Bürger_innen bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Bezirke verteilt sind, gemeldet und an die Koordinierungsstellen der Register weitergeleitet«. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und auf der Internetseite der Berliner Register (www.berliner-register.de) in der Chronik veröffentlicht.[98] Im Unterschied zu den polizeilichen Statistiken beziehen Register nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle ein, »sondern es werden auch niedrigschwellige Vorfälle aufgenommen, wie Aufkleber, Beleidigungen und Bedrohungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden«.[99] Ähnlich wie im Fall der Opferberatungsstellen geht es nicht allein um die Dokumentation und Analyse von rechtsextremen Vorfällen, »sondern auch [um] das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht allein dastehen. Durch die Veröffentlichung der Vorfälle in Form einer Chronik und die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Register wächst das Interesse für die Problematik der

93 Vgl. die Website von »ReachOut – Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin«: www.reachoutberlin.de (eingesehen 17.11.2016).

94 Kohlstruck/Ullrich, Antisemitismus als Problem und Symbol, S. 36.

95 Wie sehr die Zahl der gemeldeten Vorfälle von der Existenz einer relativ »barrierefreien« Meldemöglichkeit abhängt, zeigt die Tatsache, dass die Meldungen nach Einführung des Online-Meldeportals von RIAS im zweiten Halbjahr 2015 um das neunfache gegenüber den im gesamten Jahr 2014 gemeldeten Vorfällen gestiegen sind. Vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, Auswertung antisemitischer Vorfälle in Berlin 2015, http://www.mbr-berlin.de/aktuelles/auswertung-antisemitischer-vorfaelle-in-berlin-2015/ (eingesehen 12.12.2016).

96 RIAS c/o Verein für Demokratische Kultur e.V. (VDK) Berlin, Antisemitische Vorfälle in Berlin. Bericht 2015, S. 3. Die Stelle wird gefördert durch das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

97 RIAS, Antisemitische Vorfälle in Berlin, S. 4.

98 Register Berlin. Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin. Website: www.berliner-register.de/projektvorstellung-register. Ab 2014 sollen nach und nach in allen Berliner Bezirken Register eingerichtet werden. Die Finanzierung der Registerstellen wird aus Mitteln der Bezirke und des Berliner »Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« ermöglicht. Vorläufer war die Antisemitismus-AG des VDK. Vgl. dazu auch Kohlstruck/Ullrich, Antisemitismus als Problem und Symbol, S. 28 f.

99 Die Register sind sich durchaus der methodischen Grenzen und der Fehleranfälligkeit bewusst. »Wenn aus einer Region mehr Meldungen eingehen, kann das an einer sensibilisierten Nachbarschaft liegen und muss nicht zwangsläufig auf ein erhöhtes Aufkommen von Diskriminierung zurückgeführt werden. Die Fallzahlen sind von verschiedenen Faktoren abhängig: 1. von der Einbindung des Registers in lokale Netzwerke, 2. vom Grad der Sensibilisierung dieser Netzwerke für Ausgrenzung und Diskriminierung, 3. von der personellen Ausstattung, Ansprechbarkeit und Glaubwürdigkeit der Koordinierungsstelle eines Registers und 4. von tatsächlich stattfindenden Vorfällen, die zufällig beobachtet werden müssen. Insofern können Register nie ein vollständiges Bild zeichnen«, http://www.berliner-register.de/projektvorstellung-register (eingesehen 22.12.2016).

Abb. 3.1: Vergleich der RIAS und PMK-Statistiken nach Vorfallskategorien für 2015

	Nur PMK	PMK-RIAS – Schnittmenge	RIAS	Gesamt
Bedrohung, Beleidigung, Pöbelei	72	7	131	210
Sachbeschädigung	38	12	22	72
Propaganda	39	3	26	68
Veranstaltung	0	2	24	26
Angriffe	2	7	10	19
Massive Bedrohung	0	1	6	7
Gesamt	**151**	**32**	**219**	**401**

Quelle: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, Auswertung antisemitischer Vorfälle in Berlin 2015.

Diskriminierung, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft.«[100] Dies wird dadurch ermöglicht, dass jährlich alle Vorfälle pro Bezirk ausgewertet werden, sodass eine Übersicht über die Orte entsteht, an denen bestimmte Formen der Diskriminierung besonders häufig auftreten oder wo Aktionsschwerpunkte der rechten Szene liegen. »Diese Ergebnisse der Register vermitteln den unterschiedlichen demokratischen Akteuren in den Berliner Bezirken ein detailliertes und aktuelles Bild, auf das sie mit Maßnahmen reagieren können.«[101] Durch die detaillierte Aufschlüsselung der Daten ergibt sich sowohl ein Bild über die Tatorte als auch über die Art und die Häufigkeitsverteilung der Vorfälle.[102] Die Funktion der Daten ist eher in der Verdeutlichung der Tatsache »einer nicht unerheblichen Anzahl antisemitischer Vorfälle und zugleich insbesondere die Breite antisemitischer Phänomene«.[103] RIAS orientiert sich zwar an den von den Registerstellen erfassten antisemitischen Vorfällen, doch setzt sie die im Bericht 2015 erklärte Absicht, ihre Kriterien an die vom britischen CST verwendeten »Definitions of Antisemitic Incidents« zu orientieren und »stärker der unmittelbaren Betroffenheit jüdischer oder als jüdisch wahrgenommener Menschen Rechnung« zu tragen, verstärkt um.[104] D. h. nicht alle auf der Ebene der Berliner Register erfassten Vorfälle werden von RIAS statistisch berücksichtigt. Die damit erhöhte Verlässlichkeit der Daten hat dazu geführt, dass die Berliner Polizei rückwirkend für 2015 Ermittlungen zu 42 ihr bisher unbekannten, aber strafrechtlich relevanten antisemitischen Vorfällen aus dem Jahr 2015 aufgenommen hat.[105] Dennoch erfasst RIAS auch weiterhin nicht angezeigte Vorfälle, die unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen, sodass die Zahlen von denen der Berliner Polizeistatistik weiterhin systematisch abweichen und bei der Erhebung nur eine geringe Schnittmenge von 32 Fällen mit dieser aufweisen (Abb. 3.1).[106]

Die *Amadeu Antonio Stiftung* (AAS) publiziert in einem Lagebild die Zahlen antisemitischer Straftaten, stützt sich dabei jedoch allein auf die (vorläufigen) Quartalszahlen des BKA.[107] Die Stiftung ist, neben dem *Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus* (JFDA), die einzige NGO, die deutschlandweit antisemitische Vorfälle erfasst. Aufgrund der unzureichenden Personalausstattung können nur unsystematisch Daten gesammelt werden (90 Prozent aus öffentlich verfügbaren Quellen, meist Zeitungsberichte, Chroniken von Opferberatungsstellen oder Polizeimeldungen, vereinzelt auch Meldungen von Betroffenen).[108] Insofern machen die Zahlen, die der FRA bzw. dem ODIHR übermittelt werden, nur einen Bruchteil dessen aus, was von staatlicher Seite an Straf- und Gewalttaten erhoben wird.

100 Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin. Projektvorstellung, www.berliner-register.de/projektvorstellung-register (eingesehen 22.12.2016).

101 Ebenda.

102 RIAS, Antisemitische Vorfälle in Berlin. Bericht 2015, S. 4–9. RIAS orientiert sich an den vom Berliner Register verwendeten Kategorien, nutzt aber auch weitere an die Kategorien des CST (UK) angelehnte. RIAS strebt an, am CST orientierte Kategorien für eine zivilgesellschaftliche Erfassung antisemitischer Vorfälle in Deutschland zu entwickeln (S. 3).

103 Kohlstruck/Ullrich, Antisemitismus als Problem und Symbol, S. 39.

104 RIAS, Antisemitische Vorfälle in Berlin, Bericht 2015, Berlin 2016, S. 3.

105 Andreas Kopietz, Antisemitische Vorfälle: Viele Berliner Juden zeigen Attacken nicht an, in: Berliner Zeitung, 1.8.2016, http://www.berliner-zeitung.de/berlin/antisemitische-vorfaelle-viele-berliner-juden-zeigen-attacken-nicht-an-24482592 (eingesehen 12.12.2016).

106 RIAS zählte 2015 in Berlin 401 antisemitische Vorfälle, die Polizei 175 (davon 151 rechtsmotivierte und 24 durch eine ausländische Ideologie motivierte Straftaten – PMAK) vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, Auswertung antisemitischer Vorfälle in Berlin 2015, http://www.mbr-berlin.de/aktuelles/auswertung-antisemitischer-vorfaelle-in-berlin-2015/ (eingesehen 12.12.2016).

107 Vgl. »Antisemitismus in Deutschland – ein Lagebild 2015«; hier veröffentlichte die AAS die offiziell ermittelte Zahl antisemitischer Straftaten für das Jahr 2015.

108 Antwort auf Anfrage bei der Amadeu Antonio Stiftung per E-Mail am 11.3.2016 von Jan Riebe.

Die Stärke des Monitoring durch NGOs besteht darin, dass eine erhebliche Anzahl antisemitischer Vorfälle auch unterhalb der Ebene von Straftaten erfasst werden und damit die Breite antisemitischer Phänomene in der Gesellschaft dokumentiert wird. Hinzu kommt eine Fokussierung auf die Arbeit zur Prävention von Antisemitismus. Nachteilig ist im Vergleich zur PMK, dass die Erfassungssysteme uneinheitlich sind und keine genauen Definitionen über die kategorisierten Gegenstände vorliegen. Eine präzise Bestimmung des tatsächlichen antisemitischen Gehalts der erfassten Vorfälle bleibt daher in manchen Fällen offen.[109]

3.3 Entwicklung und Typen antisemitischer Straftaten

Als antisemitisch wird nach dem Definitionssystem der PMK der Teil der Hasskriminalität gewertet, »der aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wird«. Antisemitische Straftaten können im Themenfeldkatalog KTA-PMK unter mehreren Themenfeldern rubriziert werden: Einmal unter »antisemitisch« im Themenfeld »Hasskriminalität«, wobei nicht automatisch antiisraelische Straftaten mit erfasst werden, zum anderen im Themenfeld »Krisenherde/Bürgerkriege« unter dem Unterthema »Israel-Palästinenser Konflikt«, der auch den Bereich »antiisraelisch« einschließt.[110] Wenn die im Themenfeld »Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus« rubrizierte »Leugnung des Holocaust« ausgewählt wird, wird in der Regel auch das Unterthema »antisemitisch« vergeben. Zudem muss auch bei der Erfassung von Straftaten gegen religiöse Gemeinschaften sowie gegen deren Einrichtungen oder Repräsentanten, die dem Themenfeld »Konfrontation/Politische Einstellung« zugeordnet sind, von der Polizei jeweils geprüft werden, ob sie nicht zugleich Unterthemen wie »antisemitisch« oder »fremdenfeindlich« usw. zuzuordnen sind. Da alle jeweils zutreffenden Oberbegriffe und Unterthemen der Themenfelder anzugeben sind, kommt es zu erwünschten Mehrfachnennungen, die es ermöglichen, bestimmte Zusammenhänge zu erfassen.

Im Zeitraum zwischen 2001 und 2015 sind pro Jahr im Durchschnitt 1522 antisemitische Straftaten verübt worden, darunter durchschnittlich 44 Gewalttaten. Nach einer Hochphase antisemitischer Straftaten zu Beginn des neuen Jahrhunderts (2001–2002) und einer zweiten in den Jahren 2005-2009 ist für die folgenden Jahre 2010–2013 ein gewisser Rückgang zu verzeichnen. Der Wiederanstieg im Jahre 2014 bedeutete keine Trendwende, sondern stellt einen Periodeneffekt aufgrund äußerer Einflüsse dar, da die Zahl der antisemitischen Straftaten 2015 wieder auf 1366 zurückgegangen ist und damit den Trend der Jahre 2010–2013 fortsetzt. Für diesen Periodeneffekt spricht auch, dass für die Jahre, in denen der israelisch-palästinensische Konflikt eskalierte (2002, 2006, 2009, 2014), ein deutlicher Anstieg von Straftaten im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr festgestellt werden kann, der im Folgejahr wieder zurückging. Für die ersten beiden Quartale des Jahres 2016 hat das Bundesinnenministerium 317 antisemitische Straftaten, davon sieben Gewalttaten, ermittelt, wobei diese Zahlen als vorläufig gelten müssen und wegen zu erwartender Nachmeldungen jeweils unter den endgültigen Werten liegen.[111]

Hinsichtlich der politischen Motivation antisemitischer Straftaten lässt sich sowohl bei den Straftaten generell wie auch bei den Gewalttaten ein klares Übergewicht »rechtsmotivierter politischer Kriminalität« erkennen. Straftaten aus anderen Motiven machen dagegen nur einen sehr kleinen, von Jahr zu Jahr allerdings variierenden Anteil von ca. zehn Prozent aus (siehe aber auch die oben formulierten Probleme in der Zuordnungspraxis). Betrug das Verhältnis der PMK-Rechts zu den drei anderen Motivationsformen in den Jahren ohne eine Eskalation im Nahostkonflikt (2010–2013) 20:1, so änderte sich die Relation 2009 auf ca. 9:1 und 2014 sogar auf nur ca. 5:1. Linksmotivierte Straftaten und Straftaten der Kategorien »PMK-Ausländer« und »PMK-Sonstige« treten gehäuft im Zusammenhang mit dem »Israel-Palästinenser-Konflikt« im Themenfeld »Bürgerkriege/Konfliktherde« auf. Bei den Gewalttaten findet sich ein ähnliches Bild, wobei der Abstand zwischen den unterschiedlich motivierten Tätergruppen hier geringer ausfällt. In den Jahren 2010–2013 wurden 139 rechtsmotivierte antisemitische Gewalttaten registriert, die übrigen Kategorien kommen zusammen auf nur 18 Taten, d.h. wir haben hier ein Verhältnis von 7,7:1. In den Jahren eines eskalierten Nahostkonflikts änderte sich auch hier die Relation auf 3,1:1 (2009) und 2,4:1 (2014). Insgesamt kann der Befund des ersten UEA bestätigt werden, dass im Hellfeld der registrierten Straftaten judenfeindliche Übergriffe überwiegend auf das Konto rechtsmotivierter Täter und Täterinnen gehen, während sie – anders als in anderen europäischen Ländern – kaum eine Angelegenheit von links- bzw. durch Konfliktlagen im Ausland motivierten Tätern sind. Die für den zweiten UEA 2016 unter Juden in

109 Vgl. zu dieser Kritik: Kohlstruck/Ullrich, Antisemitismus als Problem und Symbol, S. 38.

110 Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Volker Beck, hat den Behörden aufgrund der Trennung von antisemitischen und antiisraelischen Straftaten eine Unschärfe in der Erfassung vorgeworfen (Der Tagesspiegel, 14.5.2016).

111 Petra Pau, Antisemitische Straftaten 2016 (quartalsweise), www.petrapau.de/18_bundestag/dok/down/2016_zf_antisemitische_straftaten.pdf (eingesehen 17.11.2016). Für das dritte Quartal 2016 liegt eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 26.10.2016 vor, doch ist noch keine Antwort des Bundesinnenministeriums erfolgt.

Abb. 3.2: Antisemitische Straf- und Gewalttaten 2001–2015

Antisem. Straft.	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15
PMK-Rechts	1629	1594	1226	1346	1682	1662	1561	1496	1520	1192	1188	1314	1218	1342	1246
PMK-Links	2	6	6	4	7	4	1	5	4	1	6	3	0	7	5
PMK-Ausländer	31	89	53	46	33	89	59	41	101	53	24	38	31	176	78
PMK-Sonstige	29	82	59	53	26	54	36	17	65	22	21	19	26	71	37
PMK-Gesamt	1691	1771	1344	1449	1748	1809	1657	1559	1690	1268	1239	1374	1275	1596	1366

Antisem. Gewaltt.	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15
PMK-Rechts	27	30	38	40	50	44	61	44	31	31	26	37	45	31	30
PMK-Links	0	1	0	1	1	0	0	2	0	0	1	0	0	1	1
PMK-Ausländer	1	7	7	3	3	7	3	1	9	6	2	4	4	12	4
PMK-Sonstige	0	1	1	1	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1
PMK-Gesamt	28	39	46	45	56	51	64	47	41	37	29	41	50	44	36

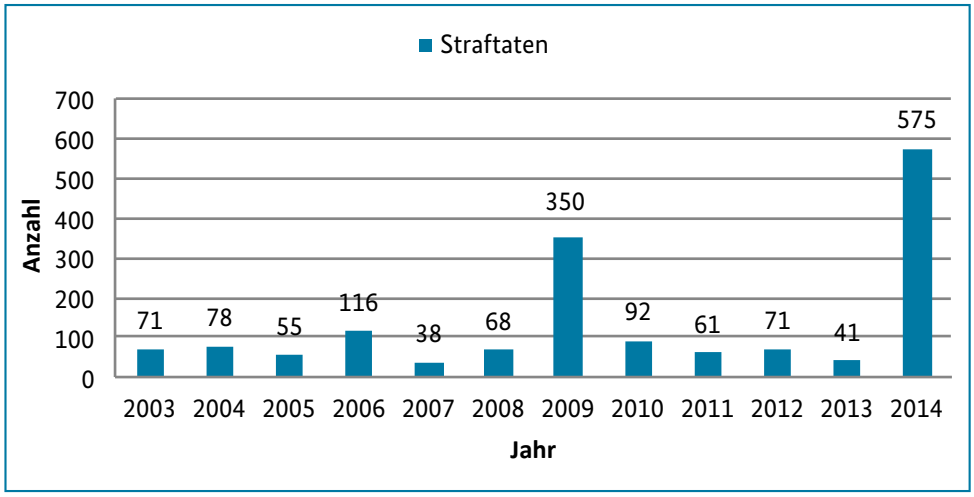
Quelle: Verfassungsschutzberichte 2001–2015

Deutschland durchgeführte Befragung zeigt jedoch ein anderes Bild. Gefragt »Was war das für eine Person oder Gruppe, von der die jeweilige Tat ausging?«, wird die Kategorie »eine muslimische Person/Gruppe« hinsichtlich aller drei angefragten Tatformen (versteckte Äußerungen, verbale Beleidigung/Belästigung, körperlicher Angriff) weitaus am häufigsten genannt, gefolgt von »mir unbekannte Person«, erst dann folgen in gleicher Quantität linksextreme und rechtsextreme Personen/Gruppen.[112] Für diese Differenz zwischen der in der PMK vorgenommenen Zuordnung der erfassten Straftaten und der Wahrnehmung seitens der Betroffenen gibt es derzeit keine plausible Erklärung.

Die tabellarische Übersicht zur Entwicklung der Straftaten mit antisemitischem Hintergrund (Abb. 3.2) zeigt, dass der Anstieg der Zahlen in den genannten Konfliktjahren v. a. auf dem Anstieg der Fallzahlen beruht, die der PMK-Ausländer bzw. PMK-Sonstige zugeschrieben werden. War die Zahl der rechtsmotivierten antisemitischen Taten von 2005 auf 2006 konstant (jeweils 1682 bzw. 1662), so stieg die Zahl der PMK-Ausländer bzw. PMK-Sonstige von 59 auf 143 Fälle an. 2009 war die Zahl der rechtsmotivierten Fälle nur leicht angestiegen (1496 auf 1520), während die Zahl der PMK-Ausländer bzw. PMK-Sonstige von 58 auf 166 zunahm. Waren 2013 57 Fälle diesen Kategorien zuzuordnen, so stieg die Zahl 2014 auf 247 an, wobei in diesem Jahr zudem auch die PMK-Rechts um 124 Fälle zunahm. Bestätigt wird dieser Kontexteffekt auch durch die Zahl der Straftaten im Zusammenhang mit dem Unterthema »Israel-Palästinenser-Konflikt« im Themenfeld »Bürgerkriege/Krisenherde« (Abb. 3.3), die jeweils deutlich höhere Ausschläge in den Jahren 2006, 2009 und 2014 erkennen lassen, mit deutlich steigender Tendenz. 2014 wurde mehr als ein Drittel aller antisemitischen Straftaten diesem Themenfeld zugeordnet.

112 Zick u.a., Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland, S. 21.

Abb. 3.3: Straftaten im Zusammenhang mit dem »Israel-Palästinenser-Konflikt« im Themenfeld »Bürgerkriege/Krisenherde«



Quelle: Bundesministerium des Innern

Abb. 3.4: Straftaten im Unterthemenfeld »Israel-Palästinenser-Konflikt«

	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14
Gesamt	36	293	71	78	55	116	38	68	350	92	61	71	41	575
Antisemitisch	15	159	57	56	18	54	16	30	159	52	12	24	23	214

Den Straftaten im Unterthemenfeld »Israel-Palästinenser-Konflikt« (Abb. 3.4)[113] wird nur jeweils zu einem Teil eine antisemitische Motivation zugeschrieben:[114]

Auch die Aufschlüsselung der Fallzahlen für die Quartale des Jahres 2014 belegt, dass das dritte Quartal, in das die Demonstrationen zum Gaza-Konflikt fielen, sowohl eine deutlich höhere Zahl antisemitischer Straftaten aufweist als auch einen deutlich höheren Anteil von Tätern der Gruppen PMK-Ausländer und PMK-Sonstige. Diese Zusammenhänge gelten nicht nur für Straftaten insgesamt, sondern auch für die Gewalttaten. Hier zeigen sich für die Konfliktjahre 2002–2003, 2006, 2009 und 2014 deutliche Anstiege. So wurden 2014 von den 45 ermittelten antisemitischen Gewalttaten 32 der PMK-Rechts zugeordnet, zwölf der »PMK-Ausländer«, ein Fall war linksextrem motiviert. In anderen Jahren zeigt sich eine wesentlich größere Differenz zwischen der Zahl »PMK-Rechts« und »PMK-Ausländer« (Abb. 3.2).[115]

Von Interesse ist auch, welche Art von Straftaten typisch für antisemitisch motivierte Taten sind und inwiefern sie sich von Hassverbrechen gegen andere Gruppen unterscheiden (Abb. 3.5).

113 Quelle: Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/5758, S. 34.

114 Da die bisherigen Themenfelder »antisemitisch« bzw. »Israel-Palästinenser-Konflikt« antiisraelische Vorfälle nicht erfassen können, die ohne direkten Bezug zum Konflikt geäußert werden, hat das Land Berlin empfohlen, ein Themenfeld bzw. Unterthemenfeld »antiisraelisch« einzuführen. Dies wurde von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe abgelehnt, da man mit den bisherigen Themenfeldern eine trennscharfe Erfassung der Fälle erreiche. Der Empfehlung Berlins soll aber bei der Überarbeitung des Definitionssystems PMK gefolgt werden, indem das Unterthema »Israel-Palästinenser-Konflikt« in »Israel« umbenannt werden soll, sodass alle auf Israel bezogenen politisch motivierten Straftaten erfasst werden können.

115 Die Auswertungen der monatlich ermittelten antisemitischen Straftaten in Großbritannien und Frankreich zeigen dasselbe Muster (vgl. Jonathan Boyd/L. Daniel Staetsky, Could it happen here? What existing data tell us about contemporary antisemitism in the UK, in: jpr Policy Debate, 5 (2015), S. 8–11.)

Abb. 3.5: PMK-Zahlen nach Art der Straftaten für das Jahr 2015[116] (aufgeschlüsselt nach antisemitischen Straftaten)

Art der Straftat	PMK-Rechts gesamt	PMK-Rechts antisem.	PMK-Links gesamt	PMK-Links antisem.	PMK-Ausl. gesamt	PMK-Ausl. Antisem.
Tötungsdelikte	8	0	8	0	3	0
Tötungsdelikte vollendet	0	0	0	0	0	0
Tötungsdelikte Versuch	8	0	8	0	3	0
Körperverletzungen	1.177	28	1.354	1	269	4
Brandstiftungen	102	2	106	0	12	0
Sprengstoffdelikte	18	0	5	0	1	0
Landfriedensbruch	44	0	340	0	30	0
Gefährlicher Eingriff	10	0	54	0	2	0
Freiheitsberaubung	0	0	0	0	2	0
Raub	23	0	32	0	7	0
Erpressung	8	0	2	0	2	0
Widerstandsdelikte	94	0	345	0	17	0
Sexualdelikte	1	0	0	0	0	0
Summe Gewaltdelikte	**1.485**	**30**	**2.246**	**1**	**345**	**4**
Sachbeschädigungen	1.451	102	3.454	2	273	4
Nötigung/Bedrohung	515	16	212	0	134	3
Propagandadelikte	12.175	244	118	1	46	4
Verbreitung von Propaganda	32	1	1	0	3	0
Verwendung von Kennzeichen	12.143	243	117	1	43	4
Störung der Totenruhe	10	3	7	0	0	0
Volksverhetzung	4.159	758	20	1	159	50
Verstoß gegen Versammlungsgesetz	711	1	2.163	0	186	0
Verstoß gegen Waffengesetz	30	1	11	0	33	0
Andere Straftaten	2.424	91	1.374	0	1.421	13
Gesamtsumme	**22.960**	**1.246**	**9.605**	**4**	**2.025**	**78**

116 In der Aufstellung fehlen 37 antisemitisch motivierte Straftaten, darunter eine Gewalttat, die unter der Rubrik PMK-Sonstige gezählt wurden.

Abb. 3.6: Schändungen jüdischer Friedhöfe 2001–2004

	Gesamt	PMK-Links	PMK-Rechts	PMK-Ausl.	PMK-Sonstige	unbekannt
2001	52	0	49	2	0	1
2002	59	0	54	1	0	4
2003	61	0	57	0	1	3
2004	38	0	38	0	0	0
2005	58	0	58	0	0	0
2006	37	0	37	0	0	0
2007	42	0	42	0	0	0
2008	63	0	63	0	0	0
2009	38	0	35	1	2	0
2010	41	0	41	0	0	0
2011	33	0	32	0	1	0
2012	29	0	27	0	2	0
2013	36	0	32	0	4	0
2014	27	0	26	0	1	0
Gesamt	**614**	**0**	**591**	**4**	**11**	**8**

Quelle: Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/4173, vom 3.3.2015, S. 7.

Wird die Art der antisemitischen Gewalttaten betrachtet, so handelt es sich dabei fast ausschließlich um rechtsmotivierte Körperverletzungen, d.h. tätliche Angriffe auf Juden bzw. auf Personen, die für Juden gehalten werden. Außerdem wurden 2015 als weitere Deliktart zwei Brandstiftungen gezählt. Unter den übrigen Straftaten dominieren zahlenmäßig die Propagandadelikte und die Volksverhetzung von rechts. Hier gibt es unter der PMK-Links lediglich drei Fälle. Im Phänomenbereich PMK-Ausländer sind ebenfalls nur wenige Propagandadelikte zu verzeichnen (acht Fälle), aber immerhin 50 Fälle von antisemitisch motivierter Volksverhetzung vermutlich im Kontext des Nahostkonflikts.

Friedhofsschändungen stellten lange Zeit ein fast ausschließlich gegen jüdische Friedhöfe gerichtetes Delikt dar, das die Geschichte der Bundesrepublik seit ihren Anfängen begleitet.[117] Seit einigen Jahren finden aber auch Schändungen der derzeit noch wenigen muslimischen Friedhöfe bzw. der Friedhofsteile für Muslime auf allgemeinen Friedhöfen statt. Offizielle Zahlen liegen hierzu jedoch nicht vor. Die Zahlen der Schändung jüdischer Friedhöfe schwanken zwischen 63 im Jahr 2008 und 27 im Jahr 2014 und weisen in den letzten Jahren einen leichten Rückgang auf (Abb. 3.6). Im Durchschnitt gab es im gesamten Zeitraum jährlich 44 Vorfälle. Friedhofsschändungen werden fast ausschließlich als rechtsmotivierte Delikte klassifiziert: 591 von 614 in den Jahren 2001–2014. Nur wenige wurden den Kategorien Ausländer (4), Sonstige (11) und Unbekannt (8) zugeordnet. Keine Tat wurde als PMK-Links eingestuft.

Nicht selten kommt es im Laufe der Jahre zu Mehrfach-Schändungen eines bestimmten jüdischen Friedhofs. Am 14. Februar 2015 wurden Hakenkreuzschmierereien am Eingang des Jüdischen Friedhofs in Oldenburg-Osternburg entdeckt. Bereits im November 2013 hatten unbekannte Täter dort Grabsteine mit Hakenkreuzen geschändet und das Wort »Jude« an die Friedhofshalle geschmiert.[118] Der Jüdische Friedhof in Kröpelin (Landkreis Rostock) war seit 2011 bereits fünf Mal Ziel von Angriffen. Zuletzt wurden am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, am 27. Januar 2016, 13 Grabsteine

117 Vgl. dazu den historischen Abriss zur Geschichte der Bundesrepublik und der DDR im ersten Expertenbericht (Berlin 2011), S. 38 ff.

118 taz, 26.11.2013, http://www.taz.de/!5054124/ (eingesehen 23.3.2016); Oldenburger Onlinezeitung, 17.11.2014, http://oldenburger-onlinezeitung.de/oldenburg/osternburg/hakenkreuz-schmierereien-4814.html (eingesehen 23.3.2016); Oldenburger Onlinezeitung, 14.2.2015; http://oldenburger-onlinezeitung.de/oldenburg/osternburg/juedischer-friedhof-hakenkreuz-farbschmierereien-5461.html (eingesehen 23.3.2016). Im April 2016 verurteilte das Oldenburger Amtsgericht den 35-jährigen Haupttäter zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung; ein 37 Jahre alter Mitangeklagter erhielt fünf Monate und ein 26-Jähriger wurde zu einer Geldstrafe von 3000 Euro verurteilt. NWZ-Online, 13.4.2016; http://www.nwzonline.de/oldenburg/blaulicht/haupttaeter-muss-fuer-sechs-monate-ins-gefaengnis_a_6,1,2216031271.html (eingesehen 10.5.2016).

umgeworfen und z. T. zerstört. Außerdem rissen die Täter eine Gedenkstele aus der Verankerung.[119]

Neben Friedhöfen werden auch Mahnmale, die an die Verfolgung und Ermordung der Juden erinnern, geschändet, indem sie, wie auch die »Stolpersteine«, übermalt, mit NS-Parolen, Hakenkreuzen u. ä. beschmiert oder sogar mit Schweineköpfen behängt werden, wie es in der Vergangenheit mehrfach beim Mahnmal an der Putlitzbrücke in Berlin geschehen ist.[120] Diese Schändungen werden gewöhnlich nicht eigens ausgewiesen, sondern müssen aus den Deliktkategorien Sachbeschädigung, Volksverhetzung, Propagandadelikte oder Diebstahl/Unterschlagung heraussortiert werden.[121]

Gesondert ausgewiesen werden auf Anfrage der Partei *Die Linke* gegen Synagogen gerichtete Angriffe, wobei es hier zumeist um Sachbeschädigung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (Schmierereien von Hakenkreuzen, SS-Runen u. ä.), Volksverhetzung, Diebstahl und in seltenen Fällen um Brandstiftung geht.

Die Polizei registrierte in den vergangenen Jahren einen generellen Anstieg von Anschlägen auf Gotteshäuser.[123] Die Zahl der Übergriffe auf Synagogen ist hingegen nicht angestiegen (Abb. 3.7).

3.4 Demografische Unterschiede: Alter und Geschlecht antisemitischer Straftäter und Straftäterinnen

Die Angaben der polizeilichen Statistik zur PMK beschränken sich auf Alter, Geschlecht und politische Motivation der Täter (Abb. 3.8). Weiterführende Informationen über Bildung, soziale Herkunft oder Zugehörigkeit zu Organisationen finden sich nicht. Solche Befunde ließen sich nur aus der wissenschaftlichen Analyse von Polizei- und Gerichtsakten gewinnen. Seit einer frühen Studie von Rainer Erb für die Jahre 1993–1995 hat es derartige Untersuchungen nicht mehr gegeben.[124] Hier besteht eine deutliche Wissenslücke.

Abb. 3.7: Angriffe auf Synagogen 2008-2014[122]

Jahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	gesamt
Anzahl	21	19	9	20	13	36	20	**138**

119 Die Welt, 28.1.2016; http://www.welt.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/article151563382/Erneut-juedischer-Friedhof-in-Kleinstadt-Kroepelin-geschaendet.html (eingesehen 23.3.2016).

120 In Berlin werden Sachverhalte, die Mahnmale und Gedenkstätten betreffen, nicht unter die Angriffe auf jüdische Einrichtungen (Synagogen, Schulen, Gemeindeeinrichtungen) gerechnet. Begründung: Es muss sich um ein jüdisches Angriffsziel handeln (Abgeordnetenhaus Berlin, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/14300, S. 2).

121 Vgl. die Zusammenstellung für das Land Berlin vom 5.3.2013 bis zum 1.12.2015: Berliner Abgeordnetenhaus,17 Wahlperiode, Schriftliche Anfrage 17/17495, Anlage 2: Fallaufkommen der PMK mit antisemitischer Motivation und dem Angriffsziel »Denkmäler« oder »Gedenkstätten«, S. 1ff. In diesem Zeitraum wurden 29 Fälle gezählt, die sämtlich der PMK-Rechts zugeordnet wurden. Die Zuordnung ist noch unklar.

122 Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/14812, Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 30. September 2013 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, S. 1ff.; Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/4908, Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 11.5.2015 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, S. 2; Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/1378 vom 9.5.2014, Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 5.5.2014 eingegangenen Antworten der Bundesregierung.

123 In Berlin wurden 2015 25 Anschläge gezählt, davon 17 auf Kirchen (davon 16 der PMK-Rechts zugeordnet – zumeist Hakenkreuzschmierereien), fünf auf Synagogen und drei auf Moscheen. Abgeordnetenhaus Berlin, 17. Wahlperiode, Drucksachen 17/17733, 17/734, 17735, Schriftliche Anfragen der Abgeordneten Clara Herrmann (Grüne) vom 14.1.2016. Von den fünf Vorfällen unter der Rubrik »Synagogen« betrifft allerdings nur ein Fall tatsächlich eine Synagoge (Joachimsthaler Str./Charlottenburg), die übigen Vorfälle betreffen andere jüdische Einrichtungen (Drucksache 17/1735, S. 1). 2014 waren es 21 Anschläge (Kirchen: 13; Synagogen: 5; Moscheen: 3) und 2013 13 (Kirchen: 3; Synagogen: 2; Moscheen: 8).

124 Rainer Erb, Antisemitische Straftäter der Jahre 1993–1995, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 6 (1997), S. 160–180.

Abb. 3.8: Alter und Geschlecht antisemitischer Straftäter/innen

Alter / Jahr	bis 13		14–17		18–20		21–24		25–30		über 30	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
2001	22	3	262	33	210	20	134	9	82	3	146	19
2002	19	5	247	42	230	14	178	12	212	6	304	15
2003	9	0	216	20	191	13	176	1	112	8	331	31
2004	8	1	238	33	211	18	176	10	133	9	352	40
2005	10	3	227	23	231	12	191	9	149	4	394	21
2006	9	3	297	23	259	18	241	10	182	15	324	27
2007	11	4	197	29	181	28	150	6	145	2	332	24
2008	19	3	213	15	218	19	185	9	126	2	262	23
2009	14	2	204	20	233	19	174	9	137	8	276	39
2010	20	0	146	16	152	10	130	8	104	2	180	22
2011	11	5	126	10	121	5	108	6	103	5	275	33
2012	8	0	121	8	100	6	120	11	123	7	295	23
2013	6	1	129	18	104	6	133	10	137	3	301	25
Gesamt	**166**	**30**	**2423**	**290**	**2433**	**188**	**2096**	**110**	**1651**	**74**	**3772**	**342**

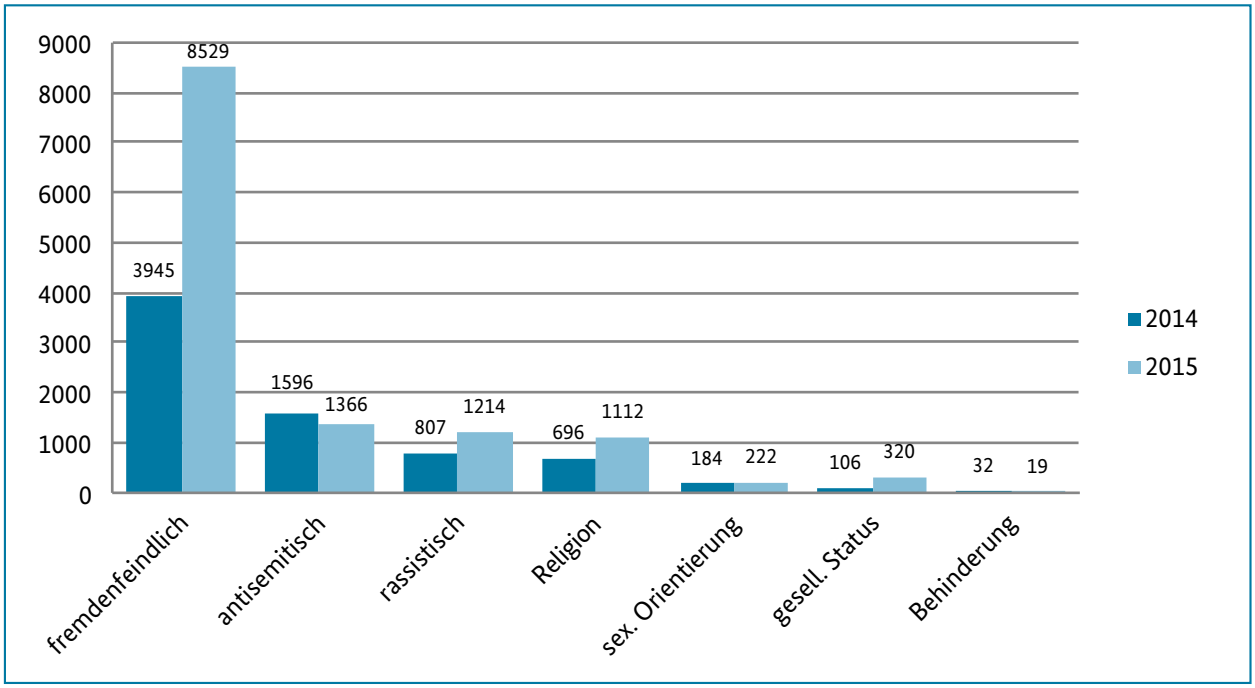
Quelle: Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/4173, S. 6

Die Auswertungen der antisemitischen Straftaten nach dem Alter und der Geschlechtszugehörigkeit ergeben ein klares Bild. Die meisten der ermittelten antisemitischen Straftaten werden aus dem nach wie vor männlich dominierten rechtsextremen Spektrum heraus begangen. Entsprechend ist daher mit einem höheren Anteil männlicher Täter zu rechnen. Es sind denn auch die Altersgruppen der 14–24-Jährigen, die mit über 2000 männlichen Tätern in der Zeit von 2001–2013 den höchsten Anteil stellen. Die bis 13-Jährigen stellen mit 166 männlichen und 30 weiblichen Tätern noch einen geringen Anteil, während die 25–30-Jährigen mit 1664 männlichen und 72 weiblichen Tätern/Täterinnen zwar ebenfalls einen großen Anteil stellen, doch geht deren Zahl der Tatbeteiligten gegenüber den Jahrgängen der 14–24-Jährigen erkennbar zurück. Unter den über 30-Jährigen finden sich 3772 Täter und 342 Täterinnen, doch umfasst diese Gruppe einen erheblich größeren Anteil der Bevölkerung. Die Zahlen zeigen auch, dass der Anteil der Täterinnen wesentlich unter dem der Täter liegt. Für alle Altersgruppen zusammen genommen liegt das Verhältnis bei ca. 1 : 12 (1032 zu 12.743).

3.5 Straftaten im Bereich Hasskriminalität

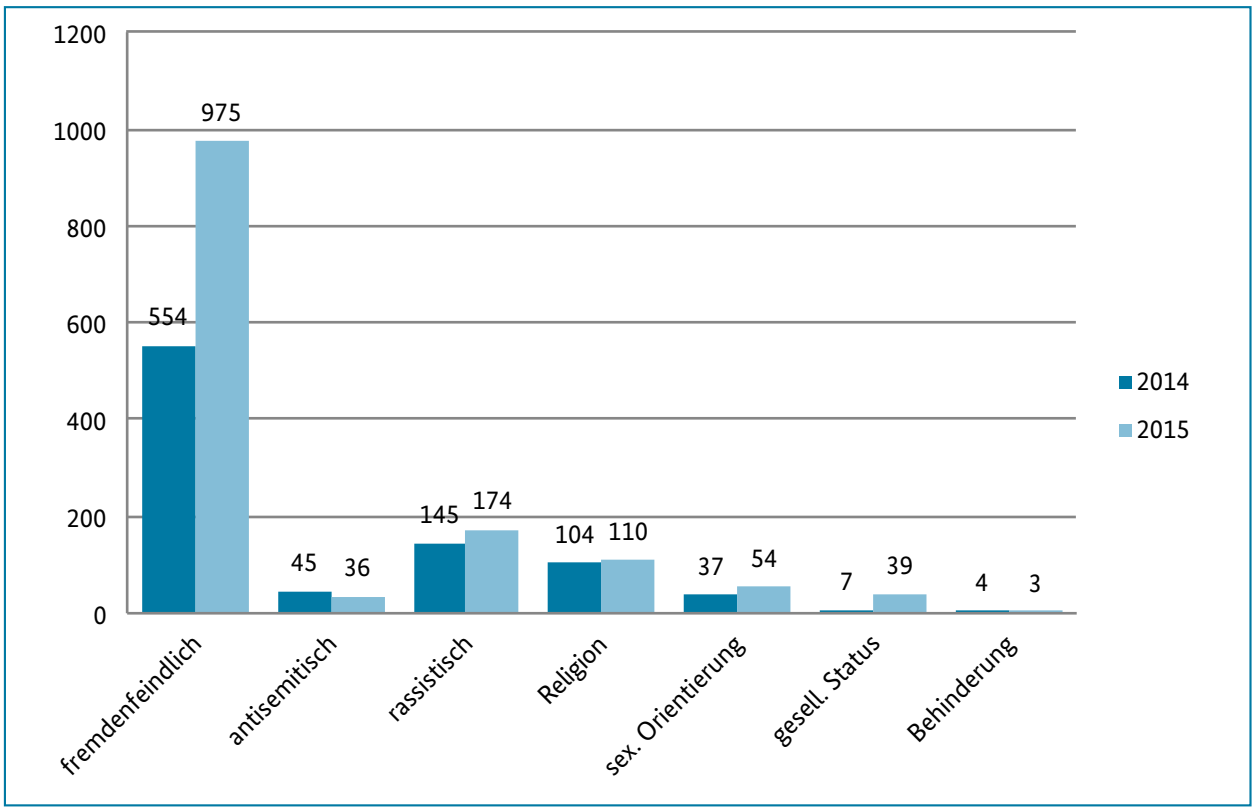
Hasskriminalität richtet sich nicht nur gegen Juden, auch andere gesellschaftliche Gruppen sind ihr ausgesetzt. Das BKA ordnet diese Straftaten bestimmten Unterthemen zu, von denen Antisemitismus eines unter mehreren darstellt. Eine trennscharfe Einstufung einer Tat als fremdenfeindlich, antisemitisch, rassistisch oder religiös dürfte im konkreten Fall jedoch nicht leicht vorzunehmen sein.

Abb. 3.9: Straftaten im Bereich Hasskriminalität 2014–2015



Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbericht 2015

Abb. 3.10: Gewalttaten im Bereich Hasskriminalität 2014–2015



Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbericht 2015

Betrachtet man die Anzahl der Straftaten im Bereich Hasskriminalität generell (Abb. 3.9), so nehmen antisemitische Straftaten, nach fremdenfeindlichen Straftaten, den zweiten Rang ein. Ein anderes Bild ergibt sich bei Gewalttaten. Hier dominieren fremdenfeindlich sowie rassistisch motivierte Übergriffe. Juden oder jüdische Einrichtungen sind von direkter Gewalt hingegen – auch aufgrund ihrer Bewachung – seltener betroffen. Dies spiegelt sich in den Zahlen des Jahres 2015 wieder, das durch einen starken Zustrom von Geflüchteten und einer verstärkten antimuslimischen Propaganda begleitet war. Straf- und Gewalttaten haben hier in fast allen Dimensionen der Hasskriminalität sehr deutlich zugenommen.

Im Bereich der antisemitischen Straf- und Gewalttaten zeigt sich jedoch eine entgegengesetzte Entwicklung (Abb. 3.10). Waren die Zahlen der gegen Juden und jüdische Einrichtungen begangenen Straf- und Gewalttaten im Jahr 2014 sehr hoch – 27 Prozent aller Hassverbrechen (1596 von 5858)[125] – sank dieser Anteil im Jahr 2015 auf 13 Prozent (1366 von 10.373). Diese Entwicklung lässt sich zum einen auf den, im Vergleich zu 2014, fehlenden Mobilisierungseffekt für antisemitische Straftaten durch Eskalationen im Nahostkonflikt zurückführen und zum anderen auf die Konzentration rechtsorientierter Täter auf Menschen, die im Rahmen der Fluchtbewegungen aus Kriegs- und Krisengebieten im Mittleren Osten und Nordafrika nach Deutschland gekommen sind.

Den Hauptanteil der antisemitischen Straftaten bilden ideologisch motivierte Propagandadelikte. Antisemitische Gewalttaten nahmen 2014 einen Anteil von 2,7 Prozent aller antisemitischen Straftaten ein, 2015 einen Anteil von 2,6 Prozent. Dominante Tätergruppe sind im Bereich der antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten nach wie vor rechtsmotivierte Täter. Der Anteil der Gewalttaten aus dem Bereich der rechtsmotivierten antisemitischen Straftaten betrug 2,4 Prozent (32 von 1342), aus dem Bereich der PMAK 6,7 Prozent (12 von 176). 2015 lag der Anteil von Gewalttaten an allen antisemitischen Straftaten aus dem Bereich PMK-Rechts bei 2,5 Prozent (30 von 1246) und im Bereich PMAK bei 5,1 Prozent (4 von 78).[126] Prozentual finden sich also mehr antisemitische Gewalttaten im Bereich PMAK. Werden jedoch die Gesamtzahlen zugrundegelegt dominieren auch weiterhin rechtsmotivierte Täterinnen und Täter sowohl im Bereich der antisemistichen Straften als auch im Bereich der antisemitischen Gewalttaten.

125 In Frankreich erreichten 2014 die 851 antisemitischen Straftaten sogar einen Anteil von 51 Prozent an allen Hassverbrechen, wobei dort die Zahl der Juden mit 1 Prozent der Gesamtbevölkerung auch mehr als doppelt so hoch ist wie in Deutschland. Dennoch zeigt sich hier ein etwas anderes Muster. Siehe: Human Rights First, Breaking the Cycle of Violence. Countering Antisemitism and Extremism in France, January 2016, S. 5.

126 Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbericht 2014.

3.6 Schutz jüdischer Einrichtungen

Der Schutz der Jüdischen Gemeinden obliegt den Bundesländern und wird von den jeweiligen Polizeikräften wahrgenommen. Eine bundesweite Übersicht über den Schutz einzelner Gemeinden bzw. über die an die Gemeinden gezahlte Förderung zur Durchführung eigener Sicherheitsmaßnahmen liegt u.W. nicht vor. Die Intensität der Bewachung (Bestreifung) seitens der Polizei hängt auch von der Einschätzung der aktuellen Gefährdungslage ab.

Für das Land Berlin liegt aufgrund der Schriftlichen Anfrage »Ist der Schutz jüdischer Einrichtungen in Berlin gesichert?« vom 11. Februar 2016 eine entsprechende Antwort der *Senatsverwaltung für Inneres und Sport* vor.[127] Demnach schützen Sicherheitskräfte der Berliner Polizei 65 jüdische Einrichtungen mobil und/oder stationär rund um die Uhr. Zudem erhält die Jüdische Gemeinde zu Berlin »zusätzlich und freiwillig seit dem Jahr 2000 nach Absprache mit dem *Landeskriminalamt* (LKA) Berlin und der *Senatsverwaltung für Inneres und Sport* Leistungen für eigenes Sicherheitspersonal«.[128] Die Beträge sind von 2008 bis 2012 von jährlich 1.770.160 Euro auf 2.549.280 Euro gestiegen. Das Land Berlin hat diese Sicherheitszuwendungen bis 2015 weitergezahlt, obwohl es sich seit September 2013 in einem Rechtsstreit mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin über diese Zuwendungen befindet.[129] In Nordrhein-Westfalen liegt der Umfang des Landesanteils an Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Einrichtungen 2015 bei 3.780.000 Euro. Für die von den jüdischen Gemeinden vorgehaltenen eigenen Wachdienste werden Sachkosten in Höhe von bis zu zwei Millionen Euro pro Jahr erstattet.[130]

3.7 Einschätzung der antijüdischen Hate Crimes vonseiten der Betroffenen

In der Umfrage der FRA von 2013 gab jeder sechste Befragte in Deutschland an, in den vorangegangenen zwölf Monaten aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Judentum Opfer einer Beleidigung, Belästigung und/oder eines

127 Abgeordnetenhaus Berlin, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/17976, Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Klaus Lederer und Hakan Taş (Die Linke).

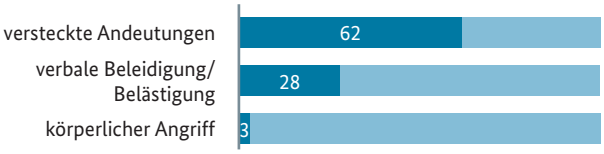
128 Ebenda, S. 1. Die Sach- und Gemeinkosten für den Schutz der jüdischen Einrichtungen betrugen 2015 3.553.000 Euro. Für den Personalbedarf (300 Personen) sind für 2015 Personalkosten von 13.542.000 Euro entstanden (ebenda, S. 2).

129 Ebenda, S. 1

130 Landtag Nordrhein-Westfalen, 16. Wahlperiode, Antwort des Landesregierung auf die Kleine Anfrage 4301 vom 18. 1. 2016; Drucksache 16/11241 vom 24. 2. 2016, S. 2 f.

körperlichen Angriffs geworden zu sein (Abb. 3.11). Mit 16 Prozent liegt Deutschland damit im Vergleich der acht abgefragten europäischen Länder unter dem Durchschnitt von 21 Prozent.[131] Nimmt man nur die 100.437 als Mitglieder jüdischer Gemeinden registrierten Juden in Deutschland,[132] so dürfte die Zahl der genannten Übergriffe um ein Vielfaches höher liegen als die offiziell registrierten Straftaten. In der Studie »Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland« (→ Jüdische Perspektive) wurde die Frage nach dem persönlichen Erleben von Übergriffen nach Art der Vorfälle differenziert. So werden von den Befragten versteckte Andeutungen häufig erlebt, etwas seltener verbale Beleidigungen und körperliche Angriffe. Dabei berichten nicht in Deutschland geborene Personen häufiger von allen drei Vorfallsarten, möglicherweise weil sie eher als Juden identifiziert werden können. Dies gilt mit Ausnahme der körperlichen Gewalt auch für Frauen, während Männer häufiger von Letzterer berichten.

Abb. 3.11: »Ist Ihnen in den letzten zwölf Monaten einer der folgenden Vorfälle zugestoßen, weil Sie jüdisch sind?« (Zustimmung in Prozent)[133]



Die Antworten auf die Frage nach dem Vorkommen derartiger Vorfälle bei Familienmitgliedern oder nahestehenden Personen ergeben ein ähnliches Bild: Von versteckten Andeutungen wird mit 53 Prozent etwas weniger berichtet, während verbale Beleidigungen mit 36 Prozent und körperliche Angriffe mit acht Prozent häufiger berichtet werden.[134] Gefragt, wie groß eine Reihe von Problemen in Deutschland einzuschätzen sind, nannten die Befragten als großes bzw. sehr großes Problem zu 74 Prozent antisemitische Kommentare am Arbeitsplatz, der Schule usw., 68 Prozent verbale Beleidigungen oder Belästigung, 50 Prozent körperliche Angriffe.[135]

3.8 Antisemitische Hasspropaganda und Straftaten im Internet

Seit dem Bericht des ersten UEA hat der Anteil antisemitischer Hassbotschaften in erschreckendem Maße zugenommen. Antisemitismus im Internet ist die von Betroffenen in Deutschland, aber auch in anderen EU-Staaten am häufigsten genannte Erscheinungsform des Antisemitismus (→ Medien). Grenzen des Sagbaren, die auch im öffentlichen Diskurs aufzuweichen drohen, sind im Netz längst gefallen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen. Julia Schramm von der *Amadeu Antonio Stiftung* (AAS)[136] verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass weniger der holocaustbezogene Antisemitismus dabei im Vordergrund stehe, sondern Verschwörungstheorien und ein israelbezogener Antisemitismus, der insbesondere auf *Facebook* im Sommer 2014 stark zugenommen habe. Bisher wird diese Form der Hasskriminalität jedoch selten angezeigt und auch von Social-Media-Anbietern nur zögernd bekämpft. Die Bundesregierung hat die zur Anzeige gebrachten Fälle seit 2001 aufgelistet (Abb. 3.12):[137]

Abb. 3.12: Angezeigte Fälle antisemitischer Hasskriminalität im Netz

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Anzahl	132	112	163	148	285	228	193	158	228	212	202	239	268

131 FRA, Diskriminierung und Hasskriminalität, Abb. 8.

132 Zahlen der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland für 2014.

133 Zick u.a., Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland, S. 20, Abb. 14.

134 Ebenda, S. 23: Vorfälle/nahestehende Personen.

135 Ebenda, S. 12: Auflistung verschiedener Probleme in Deutschland im Zusammenhang mit Antisemitismus; wesentlich häufiger wurde aber Antisemitismus in der Öffentlichkeit als Problem gesehen (Internet 87 Prozent; Antisemitismus in Demonstrationen 79 Prozent, in politischen Debatten 53 Prozent und in den Medien 48 Prozent).

136 Siehe auch externe Expertise von Julia Schramm für den UEA (→ Medien).

137 Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/4173 vom 3.3.2015, S. 19.

Auf Initiative des Bundesministers der Justiz, Heiko Maas, sollte eine Task Force im September 2015 unter Leitung des *Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz* »gemeinsame Vorschläge für den nachhaltigen und effektiven Umgang mit Hassbotschaften im Internet und den Ausbau bestehender Kooperationen« erarbeiten.[138] Der Einladung des BMJV zur Gründung dieser Task Force sind Vertreter der Sozialen Medien *(Facebook*, *Google*, *YouTube* und *Twitter)* sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen (*eco – Verband der Internetwirtschaft e.V.; Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter, Jugendschutz.net; klicksafe.de,* die AAS und der Verein *Gesicht zeigen)* gefolgt. Maßnahmen wurden vereinbart, wobei die zivilgesellschaftlichen Organisationen den Unternehmen ihre Hilfe bei der Umsetzung angeboten haben.[139] Zudem wurde die Pflege der Kommunikationskultur sowie die Stärkung der Gegenrede (»Counter Speech«) als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen, bei der den Social-Media-Plattformen eine Vorreiterrolle zukommt.[140] Im Oktober 2016 kam die Task Force jedoch zu dem Ergebnis, dass die verschiedenen Social-Media-Plattformen Hassbotschaften noch nicht effektiv genug bekämpften, v. a. wenn die Meldungen von normalen Nutzerinnen und Nutzern stammten.[141] Justizminister Maas drohte härtere Auflagen für die Unternehmen an, wenn sich deren Praxis nicht verbessere. In Bezug auf die Strafverfolgung ergibt sich jedoch die Schwierigkeit, dass das Internet ein internationales Medium ist, problematische Inhalte über ausländische Provider gehostet werden und sich so deutschen Strafverfolgungsbehörden entziehen. Die Verfolgung antisemitischer Hasskriminalität in den sozialen Medien und im Web 2.0 lässt sich daher nicht auf Deutschland beschränken, gehört aber zu den vordringlichsten Aufgaben bei der Bekämpfung des Antisemitismus.

3.9 Antisemitische Straftaten im internationalen Vergleich

Die FRA stellt in ihren jährlichen Berichten die Daten zu antisemitischen Straftaten zusammen, die ihnen aus Mitgliedsländern der EU übermittelt werden. Von den Mitgliedsstaaten der OSZE berichten nur zehn Länder von staatlicher Seite an die FRA oder die OSZE/ODIHR, aus 29 Ländern werden Daten von NGOs übermittelt.[142] Da sich sowohl die datenerfassenden Institutionen wie auch die Erhebungsmethoden und erfassten Phänomene stark voneinander unterscheiden, sind die Daten nicht miteinander vergleichbar. Sie geben allenfalls einen Eindruck von der Verbreitung antisemitischer Straftaten in den einzelnen Ländern. Die angestrebte Vereinheitlichung im Rahmen der OSZE ist bisher nicht gelungen.

Der von der *Service de Protection de la Communauté Juive* herausgegebene Bericht zum Stand des Antisemitismus in Frankreich 2015 konstatierte 808 in Frankreich begangene antisemitische Taten (2014: 851; 2013: 318); vier Personen starben bei dem Terrorangriff auf den jüdischen Supermarkt »Hyper Cacher« in Paris im Januar 2015. Erstmals bildete nicht der Nahostkonflikt die Plattform für antisemitische Übergriffe, sondern landesspezifische Ereignisse. Der *Service de Protection de la Communauté Juive* unterteilt in seinem Bericht »Actions« (Handlungen) und »Menaces« (Drohungen). Unter die erste Kategorie wurden für 2015: 207 (2014: 241; 2013: 105) Fälle eingeordnet und in den Bereich »Drohungen« fielen 601 (2014: 610; 2013: 318) Vorkommnisse.[143] Dem Dachverband der französischen Juden *Conseil Représentatif des Institutions Juives de France* (CRIF) zufolge hat die Gewalt gegen Juden seit 2014 neue Formen angenommen, darunter Angriffe organisierter Banden und Terroranschläge.[144]

138 Gemeinsam gegen Hassbotschaften. Von der Task Force »Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet« vorgeschlagener Weg zur Bekämpfung von Hassbotschaften im Netz, Ergebnispapier vom 15.12.2015, S. 1.

139 Die Löschung von Hassbotschaften durch die Unternehmen sowie die Mitarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen hat auch Kritik hervorgerufen. Vgl. z. B. Martin Niewendieck, Einseitig und intransparent? Beim Löschen von Hassbotschaften schießt Facebook offenbar über das Ziel hinaus, in: Der Tagesspiegel, 6.9.2016; und: Vollmacht für Googles Juristen. Löschanträge: Von der Schwierigkeit, Netzkonzerne rechtlich an die Kandare zu nehmen, in: FAZ, 17.10.2016.

140 Gemeinsam gegen Hassbotschaften, S. 2 ff.

141 Vgl. Maas setzt Ultimatum. Twitter und Facebook bekämpfen Hass im Netz noch nicht effektiv genug. Nutznießer ist die AfD, in: Der Tagesspiegel, 6.10.2016; bereits im August forderte Innenminister de Maizière mehr Einsatz gegen Hetze im Internet: Kampf dem Hass, in: Der Tagesspiegel, 30.8.2016.

142 http://hatecrime.osce.org/what-hate-crime/anti-semitism (eingesehen 30.3.2016).

143 Rapport sur l'antisémitisme en France. Source éléments statistiques, Ministère de l'Intérieur et SPCJ, http://www.antisemitisme.fr/dl/2015-FR.pdf (eingesehen 30.3.2016).

144 Die Zeit, 27.1.2015, http://www.zeit.de/gesellschaft/2015-01/antisemitismus-frankreich-juden-angriffe (eingesehen 30.3.2016).

Abb. 3.13: Antisemitic Hate Crimes in Eight European Countries[145]

Land	2011 (inoffiziell; NGOs)	2012	2013	2014	2015
Österreich Straftaten Rechtsextremismus	16 (33)	27 (22)	37 (29)	58 (31)	–
Belgien eingegangene Anzeigen	62 (65)	88 (80)	85 (64)	130 (109)	–
Tschechien	18 (43)	9 (98)	15 (175)	45 (253)	–
Frankreich Offizielle und inoffizielle Institutionen arbeiten zusammen	389	614	423	851	808
Deutschland	1239 (42)	1374 (33)	1275 (65)	1596 (45)	1366 (36)
Ungarn	–	–	(95)	(73)	–
Niederlande	294 (113) Internet: 252	859 (114) Internet: 285 *	717 (147) Internet: 250	(216) Internet: 328	–
Großbritannien	440 (CST 608)	307 (CST 649)	385 (CST 535) **	318 (CST 1.179) ***	924 ****

* nicht vergleichbar mit Daten im Jahr davor – neue Polizeistatistik

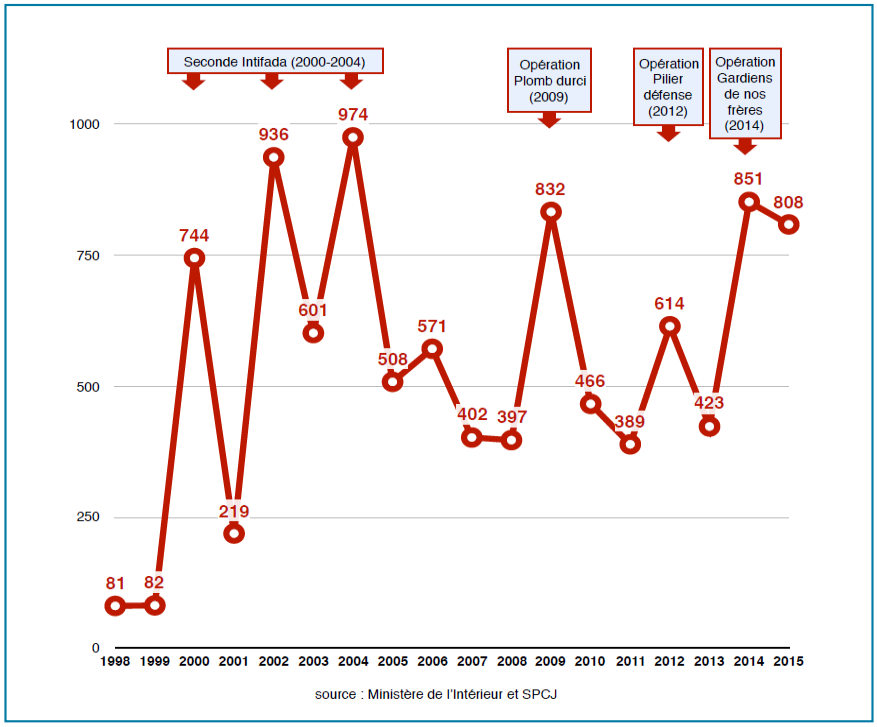
** 1.4.2012–31.3.2013 nicht mit dem Vorjahr vergleichbar

*** 1.4.2013–31.3.2014

**** 17 Prozent der Manifestationen auf sozialen Medien

145 Zusammengestellt aus http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2015-antisemitism-update_en.pdf< (eingesehen 23. 11. 2016). Zahlen von 2015 aus den jeweiligen Landesberichten.

Abb. 3.14: Actes antisémites recensées en France de 1998 à 2015

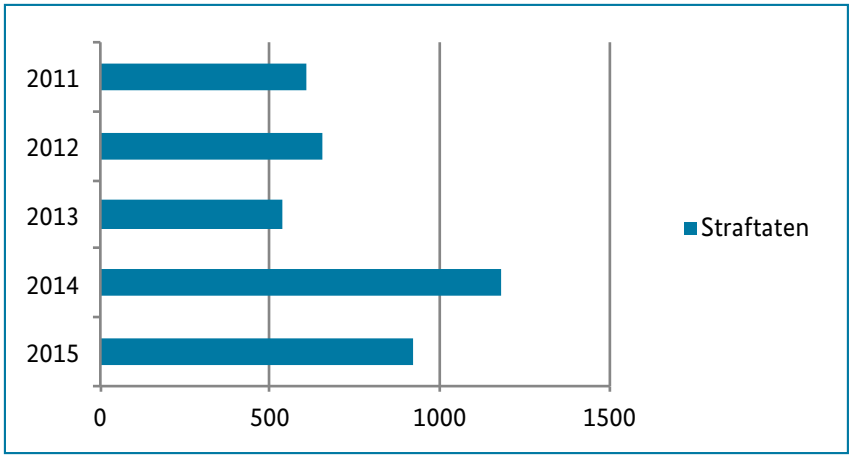


In Großbritannien registrierte der Londoner CST 2015 insgesamt 924 antisemitische Vorkommnisse, die dritthöchste Zahl, die je vom CST erhoben wurde, wobei gegenüber 2014 (1179 antisemitische Vorfälle) allerdings – ganz ähnlich wie in Deutschland – ein Rückgang festzustellen ist. Wie in Frankreich so ist auch in Großbritannien 2009 mit 931 Vorfällen der zweithöchste Wert gemessen worden – auch hier war die Eskalation des Nahostkonflikts der entscheidende Faktor. Für 2015 hat der CST 86 Gewalttaten registriert, 2014 waren es 81. Damit übersteigt der Wert 2015 – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – die Zahl des Jahres 2014. Hier könnten Ereignisse wie der Überfall auf einen koscheren Supermarkt im Januar in Frankreich und die Anschläge auf ein Kulturzentreum und eine Synagoge im Februar in Kopenhagen durchaus als Trigger-Ereignisse gedient haben.[147]

146 Rapport sur l'antisémitisme en France. Source éléments statistiques, Ministère de l'Intérieur et SPCJ, S. 28, http://www.antisemitisme.fr/dl/2015-FR.pdf (eingesehen 30.3.2016).

147 CST, Antisemitic Incidents Report 2015, S. 4 f., https://cst.org.uk/data/file/1/9/Incidents_Report_2015.1454417905.pdf (eingesehen 30.3.2016).

Abb. 3.15: Antisemitic Incident Totals 2011–2015[148]



In den Niederlanden zeigt sich ein ähnliches Bild wie in Frankreich und Großbritannien, allerdings auf einem zahlenmäßig niedrigeren Niveau. Das 1974 gegründete *Centrum Informatie en Documentatie Israel* (CIDI) in Den Haag, das über Israel informiert, aber seit einigen Jahren auch eine Chronik über antisemitische Übergriffe führt und gleichzeitig Meldeeinrichtung für solche Taten ist, verwies in seinem Bericht für das Jahr 2009 (167) auf einen 55-prozentigen Anstieg antisemitischer Taten gegenüber 2008 (108).[149] 2014 zählte CIDI 171 antisemitische Vorfälle gegenüber 100 im Jahr 2013. Zählt man noch die entsprechenden Einträge auf *Twitter* hinzu, ergeben sich 216 Manifestationen für 2014 (sechs Fälle physischer Gewalt) gegenüber 147 im Jahr 2013.Allerdings erreichten die Zahlen bei Weitem nicht die Werte der Jahre 2002 und 2006, als CIDI 337 bzw. 261 Vorfälle registrierte.[150]

In der oben bereits zitierten Umfrage der FRA von 2013 gaben in den acht untersuchten EU-Staaten durchschnittlich 21 Prozent der Befragten an, in den vergangenen zwölf Monaten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum Opfer von Beleidigung, Belästigung und/oder eines körperlichen Angriffs geworden zu sein. Deutschland lag dabei mit 16 Prozent unterhalb des Durchschnitts. Am häufigsten wurden Vorfälle aus Ungarn (30 Prozent) und Belgien (28 Prozent) gemeldet, gefolgt von einer Mittelgruppe aus Schweden (22 Prozent), Frankreich (21 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (19 Prozent). Italien mit ebenfalls 16 Prozent und Lettland mit 14 Prozent bilden die Länder mit den am seltensten genannten Vorfällen.[151] Als großes Problem erscheint jüdischen Befragten in allen aufgeführten Ländern »Hate Speech« im Internet zu sein (durchschnittlich 75 Prozent Zustimmung), gefolgt von Antisemtismus in den Medien (59 Prozent), feindseligen Äußerungen an öffentlichen Orten (50 Prozent) sowie Friedhofsschändungen (50 Prozent). Allerdings variieren die Problemfelder von Land zu Land.[152]

Eine Umfrage unter »European Jewish Leaders and Opinion Formers«, die bisher dreimal (2008, 2011 und 2015) in 32 europäischen Ländern durchgeführt wurde, zeigte ebenfalls, dass diese Befragten 2015 zu 75 Prozent einen starken Anstieg antisemitischer Äußerungen im Internet wahrnahmen (nur ein Prozent sah einen starken Rückgang), gefolgt von 24 Prozent, die einen starken Anstieg in den Medien beobachteten (einen starken Rückgang: vier Prozent). Etwas niedriger ist der Anteil derjenigen, die einen starken Anstieg im politischen Leben (17 Prozent), beim Vandalismus (zwölf Prozent) und bei Schändungen jüdischer Friedhöfe (zehn Prozent) konstatierten.[153] In allen sechs abgefragten Bereichen sahen deutlich mehr Befragte aus Westeuropa einen starken bzw. leichten Anstieg von Vorfällen als osteuropäische Befragte.[154]

Auf die Frage »Which of the following are the most serious threats to the future of Jewish life in your country?« rangierte der Antisemitismus auf Platz sieben von elf Antwortvorgaben, steht also als Problem nicht im

148 Ebenda.

149 CIDI, 2009: Antisemitische incidenten in Nederland scherp gestegen, http://www.cidi.nl/Monitor-incidenten/2009-Antisemitische-incidenten-in-Nederland-scherp-gestegen.html (eingesehen 11.11.2016).

150 Monitor antisemitische incidenten in Nederland 2014, S. 4 f., http://www.cidi.nl/wp-content/uploads/ 2015/04/MonitorAntisemitisme2014.pdf (eingesehen 30.3.2016).

151 FRA, Diskriminierung und Hasskriminalität, Abb. 8.

152 Ebenda, Tab. 2.

153 American Joint Distribution Committee, Third Survey of European Jewish Leaders and Opinion Formers, 2015, March 2016, S. 21. 314 Personen wurden befragt, davon 27 in Deutschland. Eine Auswertung nach Ländern erfolgte nicht.

154 Ebenda, S. 22, Table 5.

Vordergrund.[155] Jedoch hat sich der Anteil derjenigen, die hier zustimmen, von 26 Prozent im Jahr 2011 auf 40 Prozent im Jahr 2015 erhöht, wobei auch hier die westeuropäischen Befragten häufiger zustimmten.[156] Die befragten jüdischen Gemeindefunktionäre und Entscheidungsträger erwarten zudem in den kommenden fünf bis zehn Jahren einen deutlichen (23 Prozent) bzw. mäßigen (44 Prozent) Anstieg des Antisemitismus, 27 Prozent erwarten ein Gleichbleiben und nur drei Prozent einen gewissen/starken Rückgang. Auch hier sind die westeuropäischen Befragten mit 67 Prozent Zustimmung pessimistischer als die osteuropäischen mit 53 Prozent.[157] Entsprechend stieg auch die Zustimmung zu der Forderung, in den nächsten fünf bis zehn Jahren Antisemitismus vorrangig zu bekämpfen, auf einer Zehn-Punkt-Skala von 7,5 im Jahre 2011 auf acht im Jahr 2015 an.[158] Trotz dieses wahrgenommenen Ansteigens einer antisemitischen Bedrohung fühlte sich 2015 die große Mehrheit der Befragten in allen europäischen Ländern gleichermaßen sehr bzw. ziemlich sicher (22 Prozent und 63 Prozent), nur neun Prozent gaben an, sich ziemlich unsicher zu fühlen, während sich fünf Prozent überhaupt nicht sicher fühlten.[159] Die westeuropäischen Befragten haben häufiger als die osteuropäischen direkt Akteure benannt, von denen ihrer Meinung nach eine ständige bzw. gelegentliche Bedrohung für Juden ausginge: von rechten Nationalisten 67 Prozent vs. 47 Prozent; von marxistischen linken Parteien 60 Prozent vs. 37 Prozent; von »non-mainstream media« 68 Prozent vs. 48 Prozent; von muslimischen religiösen Führern 48 Prozent vs. 14 Prozent.[160]

Handlungsempfehlungen – Straftaten

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt …

› **… in dem vom *Bundesministerium des Innern* herausgegebenen Verfassungsschutzbericht regelmäßig ein gesondertes Kapitel über Antisemitismus in die Berichtsteile zu allen Extremismus-Bereichen aufzunehmen und dort zudem die statistischen Angaben zu antisemitischen Straftaten wieder gesondert auszuweisen.**
Hierfür ist auch eine Trennung der Konzepte Vorurteilskriminalität und (Rechts-)Extremismus nötig, da die gemeinsame Kategorisierung zu stark auf das herkömmliche Bild des Rechtsextremismus fixiert bleibt, was zu Lasten der Erfassung von Vorurteilskriminalität führt.

› **… die Erfassung des gesamten Verfahrensablaufs von vorurteilsbasierten Delikten im Prozess der Strafverfolgung in einer Datenbank.**
Neben der Item-bezogenen Aufschlüsselung der Taten sollen hier auch Daten zu den Opfern und Täterinnen und Tätern solcher Straftaten sowie zum Ausgang von Strafverfahren (Einstellungen, Anklage- und Verurteilungsquoten, Verfahrensdauer, Strafmaß usw.) erfasst werden.

› **… Fortbildungen für Polizeibeamte und Verfassungsschutzmitarbeiterinnen und -mitarbeiter speziell zur Erfassung des antisemitischen Gehalts von Aussagen bzw. Aktionen zum Israel-Palästinenser-Konflikt im Themenfeld Bürgerkriege/Krisenherde anzubieten.**

› **… die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Exekutivorganen (Polizeibehörden, Justiz) und NGOs sowie anderen Initiativen bei der Erfassung antisemitischer Straftaten.**
In diesem Rahmen soll auch geprüft werden, ob das in Großbritannien praktizierte Modell des »third party reporting« in Deutschland übernommen werden kann.

› **… die Durchführung einer Fallstudie zum Dunkelfeld antisemitisch motivierter Kriminalität.**

› **… die unabhängige Evaluierung des PMK-Erfassungssystems mit einer Überprüfung der theoretischen Grundlagen.**
Vor allem die verwendeten Definitionen und die vier Dimensionen (1) Deliktqualität, (2) Phänomenbereiche, (3) Themenfelder und (4) extremistische Qualität sowie deren Anwendung in der Ermittlungspraxis sollen überprüft werden.

155 Die hauptsächlichen Bedrohungen sahen die Befragten in internen Problemen der jüdischen Gemeinschaft, so in der Entfremdung vom jüdischen Gemeindeleben (61 Prozent), in der Schwäche jüdischer Organisationen (55 Prozent), in der Abnahme der jüdischen Bevölkerung (54 Prozent) und in gemischten Ehen (44 Prozent). Ebenda, S. 7.

156 Insofern ist die Überschrift (»Antisemitismus ist größte Bedrohung«) eines kurzen Berichts über diese Studie in der Jüdischen Allgemeinen, 2.3.2016 irreführend, zumal der Bericht selbst dann auf die als noch wichtiger erachteten internen Probleme jüdischen Lebens in Europa hinweist (www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/24838).

157 American Joint Distribution Committee, Third Survey, S. 22 f.

158 Ebenda, S. 15 und 13.

159 Ebenda, S. 7 und 21.

160 Ebenda, S. 23. Leider erfolgt hier keine Auswertung nach einzelnen westeuropäischen Ländern, doch dürfte die Zahl der in jedem einzelnen Land Befragten zu niedrig sein, um hier statistisch verlässliche Aussagen treffen zu können.

4 Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung

4.1 Einleitung – Antisemitismus in Bevölkerungsumfragen

Offener Antisemitismus ist in Deutschland offiziell geächtet, und die deutsche Mehrheitsbevölkerung hält die Gesellschaft im Großen und Ganzen für nicht sehr antisemitisch. In einer repräsentativen Umfrage der *Bertelsmann Stiftung* aus dem Jahr 2013 waren 77 Prozent der Deutschen der Auffassung, nur eine geringe Zahl der Bundesbürger bzw. kaum jemand in Deutschland sei negativ gegenüber Juden eingestellt. Während nur 19 Prozent den Antisemitismus als weitverbreitet einschätzen, zeigt die Befragung von Juden in Deutschland 2016 (→ Jüdische Perspektive) eine völlig andere Einschätzung: hier halten 76 Prozent den Antisemitismus in Deutschland für ein eher bzw. sehr großes Problem, von dem zudem 78 Prozent meinen, er habe in den letzten fünf Jahren etwas bzw. stark zugenommen.[161] Während Antisemitismus also von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung in der Regel weit von sich gewiesen wird, beklagen gleichzeitig 77 Prozent: »In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer und Juden sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.«[162] Studien belegen weiterhin ein Fortbestehen von zumindest latentem Antisemitismus, der, so auch das Zwischenfazit der zitierten Studie der *Bertelsmann Stiftung*, von Zeit zu Zeit offen hervorbricht. Der inzwischen auch in Deutschland offenkundig werdende Rechtspopulismus und die Entstehung neurechter Gruppierungen ist – auch wenn hier aktuell Juden (noch) nicht im Fokus der Abwertung stehen – ebenfalls eng mit Antisemitismus verknüpft, sei es über die Verbreitung von Verschwörungstheorien, vermittelt über Antiamerikanismus und Antikapitalismus, oder über die gesunkene Hemmschwelle, soziale Gruppen offen abzuwerten.[163]

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und dieser vereinzelt publizierten Befunde ist es umso bemerkenswerter, wie selten antisemitische Einstellungen in der breiten Bevölkerung thematisiert werden und wie wenig Forschung es dazu gibt. So liegt keine neuere große empirische Studie vor, die antisemitische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung umfassend untersucht.[164] Wenn, dann wird Antisemitismus lediglich als ein Element in einer Bandbreite menschenfeindlicher bzw. rechtsextremer Einstellungen erhoben. Dadurch ist die Erfassung zwangsläufig begrenzt. Es werden nur jeweils einige ausgewählte Facetten von Antisemitismus mit einer sehr begrenzten Anzahl von Items erhoben, und nicht in jedem Erhebungsjahr wird die gleiche Bandbreite von Facetten berücksichtigt, was Vergleiche und das Nachzeichnen von Entwicklungen erschwert.

Mit Ausnahme der ALLBUS-Studie[165] werden die bislang vorliegenden Umfragen durch private Stiftungen gefördert. Forschung zum Antisemitismus wird zumeist, wenn überhaupt, nicht als Grundlagenforschung, sondern stets mit dem Fokus auf Prävention gefördert, wobei dabei die Generierung neuer Erkenntnisse zunächst in den Hintergrund tritt. Es fehlt ein regelmäßiges, umfassenderes, vom Bund finanziertes Monitoring antisemitischer Einstellungen, es fehlt an Forschungsförderung zum Thema Antisemitismus und an der breiteren Repräsentation und Verankerung der (auch empirischen) Antisemitismusforschung an deutschen Universitäten und Hochschulen. Kritisch formuliert: Deutschland leistet es sich, nicht genauer wissen zu wollen, wie antisemitisch die Gesellschaft eigentlich ist.

Im folgenden Kapitel berichten wir über das, was an aktuellen Befunden repräsentativer Umfragen zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung vorliegt. Wir geben Hinweise auf Entwicklungen sowie auf die Verbreitung von Antisemitismus in verschiedenen Bevölkerungsgruppen und verweisen auf mögliche Bedingungs- und Erklärungsfaktoren. Insbesondere werden neuere Ergebnisse aus den letzten vier Jahren ab dem Zeitpunkt des Erscheinens des Berichts des ersten UEA vorgestellt. Die Befunde können letztlich auch für die Ausrichtung von Interventionsmaßnahmen von Bedeutung sein. Unsere Empfehlung eines regelmäßigen, vom

161 Steffen Hagedorn/Roby Natanson, Deutsche und Israelis heute. Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart, Gütersloh 2015, S. 38, und Andreas Zick u. a., Expertise »Jüdische Perspektiven« für den UEA 2016.

162 Beate Küpper/Andreas Zick/Daniela Krause, Pegida in den Köpfen – wie rechtspopulistisch ist Deutschland?, in: Andreas Zick/Beate Küpper, Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Hrsg. von Ralf Melzer/Dietmar Molthagen für die Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2015.

163 Zum Zusammenhang von aktuellem Rechtspopulismus und Antisemitismus siehe z. B. Zick/Küpper, Wut.

164 Ausnahme sind die regelmäßig von der Anti-Defamation League durchgeführten Studien, die wichtige Hinweise auf die Verbreitung von antisemitischen Einstellungen geben. Die Studien sind mit einer Stichprobengröße von üblicherweise n = 500 streng genommen nicht repräsentativ und erfassen kaum weitere Bedingungs- und Erklärungsfaktoren.

165 Bei der ALLBUS-Studie handelt es sich um eine allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, die als repräsentative Querschnittsbefragung seit 1980 regelmäßig im Abstand von zwei Jahren erhoben wird. Bestandteil der Befragung sind konstante und variable Fragen zu sozialen Lagen, Einstellungen, Werten und Verhaltensweisen in Deutschland, http://www.ratswd.de/forschungsdaten/fdz-allbus (eingesehen 23. 12. 2016).

Bund finanzierten Monitorings in Form einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung unter Berücksichtigung besonderer Bevölkerungsgruppen schließt sich hieran an.[166] Das Kapitel schreibt die Befunde, die im Bericht des ersten *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* vorgestellt wurden, fort und ergänzt sie. Zuvor wird in einem kurzen Exkurs die Methodik von Bevölkerungsumfragen skizziert, um diese noch einmal transparent zu machen und die Einordnung und Interpretation der nachfolgend berichteten Befunde zu erleichtern.

Exkurs: Zur Messung von Antisemitismus in Bevölkerungsumfragen

Ergebnisse aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen sind ein Baustein neben anderen, die Hinweise auf die Verbreitung, Erscheinungsformen und Zusammenhänge von Antisemitismus geben. Während Statistiken über Straftaten sowie die Beobachtungen, Erlebnisse und Wahrnehmungen von Betroffenen Hinweise auf einzelne Vorkommnisse und Taten geben, die von einer vergleichsweise kleinen Anzahl von Personen verübt werden, vermitteln Bevölkerungsumfragen einen Eindruck des Ausmaßes von Antisemitismus in der breiten Bevölkerung. Befunde aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen sind, wie alle Studien, durch ihr je spezifisches methodisches Vorgehen mitbestimmt.

Zur Reichweite repräsentativer Bevölkerungsumfragen

Die Reichweite von Bevölkerungsumfragen, die antisemitische Einstellungen erfassen, ist auf das begrenzt, was quantitative Einstellungserhebungen generell leisten können. Sie ist zudem durch ihren jeweiligen inhaltlichen Fokus eingegrenzt. Die Interviewdauer und damit nicht zuletzt auch die Detailliertheit der Erfassung sind durch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und die Auskunftsbereitschaft der Befragten eingeschränkt. In den vorliegenden Studien zu weiter gefassten Themen werden immer nur ausgewählte Facetten mit einer sehr begrenzten Anzahl von Fragen erhoben.

Bei der Durchführung von Bevölkerungsumfragen wird ganz überwiegend mit standardisierten Fragebögen gearbeitet. Die Vorteile liegen in der Vergleichbarkeit über einen längeren Zeitraum bzw. über unterschiedliche sozialdemografische Milieus hinweg und der Möglichkeit, wichtige, empirisch abgesicherte Hinweise auf Trends, Bedingungsfaktoren usw. liefern zu können.

Repräsentative Befragungen bilden zudem die Bevölkerung in ihrer Sozialstruktur ab. Einstellungen in besonderen sozialen Milieus, die gemessen an der Gesamtbevölkerung nur eine vergleichsweise kleine Zahl von Personen umfassen, können in einer Repräsentativerhebung mit der üblichen Stichprobengröße von 1000 bis 2000 Befragten daher in der Regel nicht abgebildet werden. Dies betrifft z. B. antisemitische Einstellungen in radikalen Milieus (z. B. rechtsextremen, linksextremen oder islamistischen Milieus), in kleinen religiösen Subgruppen (z. B. evangelikalen) oder in Subgruppen, die durch mehrere sozialdemografische Merkmale definiert sind (z. B. junge ostdeutsche Männer). Hierüber können nur gezielte Befragungen dieser Milieus Auskunft geben bzw. sind andere methodische Herangehensweisen notwendig. Die standardisierte Vorgehensweise hat zugleich den Nachteil, keine tieferen Assoziationen oder neuen Aspekte, die nicht zuvor schon im Fragebogen enthalten waren, erfassen zu können. Studien, die qualitative methodische Zugänge nutzen (üblicherweise werden hier einige wenige, aber ausführliche Einzelinterviews geführt), können darauf besser reagieren, haben jedoch ihrerseits den Nachteil, keine Auskunft über Verbreitungen, Verläufe usw. geben zu können. Für eine abschließende Bewertung von Antisemitismus in der Bevölkerung ist eine Gesamtbetrachtung von Befunden, die mit unterschiedlichen methodischen Zugängen gewonnen wurden, sinnvoll und angemessen.

Warum kommen unterschiedliche Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen?

Die Ergebnisse, die auf Bevölkerungsumfragen basieren, sind – dies gilt auch für Aussagen über die Verbreitung von Antisemitismus in der Bevölkerung – nicht zuletzt von der jeweils gewählten Erhebungsmethode beeinflusst. Dazu zählen im Wesentlichen die Befragungsmethode (face-to-face oder telefonisch), die Methode zur Ziehung der Stichprobe, die berücksichtigten Einstellungsfacetten, die Operationalisierung (d. h. welche Items zur Erfassung verwendet werden und wie diese formuliert sind), die Skalierung (v. a., ob eine Antwortskala mit oder ohne mittlerem Wert vorgegeben wird) und gegebenenfalls auch die Thematik und Dynamik des Gesamtfragebogens bzw. die Position, die die interessierenden Aussagen im Verlauf der Befragung haben (in welchem größeren Themenkomplex und nach welchen anderen Fragen werden die interessierenden Aussagen platziert).

Zur Erfassung antisemitischer Einstellungen in Bevölkerungsumfragen werden den Befragten üblicherweise Aussagen (Items) vorgelegt bzw. vorgelesen, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen können. Zur Abstufung der Antworten stehen zumeist entweder eine vier- oder eine fünf- bzw. siebenstufige Skala zur Verfügung. Wird eine Antwortskala ohne mittleren Wert verwendet – dies ist bei einer vierstufigen Skala der Fall – sind die Befragten

166 Das Kapitel basiert im Wesentlichen auf der Expertise »Verbreitung von Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung«, mit der Prof. Dr. Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und seine Mitarbeiterinnen Silke Jensen, Julia Marth, Daniela Krause und Geraldine Döring durch den UEA beauftragt wurde, und für die aktuelle Befunde aus großen Bevölkerungsumfragen zusammengetragen bzw. empirische Analysen vorliegender Datensätze durchgeführt wurden.

gezwungen, sich zu positionieren. Entsprechend höher fallen hier die Zustimmungswerte aus. Steht eine Antwortskala mit mittlerem Wert (oft als »teils-teils« oder »stimme teilweise zu« benannt) zur Verfügung, wird diese von vielen Befragten genutzt. Entsprechend variiert der jeweils in Publikationen berichtete Anteil der Zustimmung zu Antisemitismus in der Bevölkerung. Genauere Analysen legen allerdings nahe, dass die Wahl der mittleren Antwortmöglichkeit »teils-teils« eher für die Tendenz »Zustimmung« steht.[167] Die Zustimmung bzw. Ablehnung wird also auf einem Kontinuum gemessen, das von klarer Ablehnung bis hin zu deutlicher Zustimmung reicht. Es ist keine wissenschaftliche Frage, sondern eine Frage der Entscheidung des Forschers bzw. des jeweiligen Rezipienten, welcher Grad an Zustimmung zu antisemitischen Aussagen als Hinweis auf eine alarmierende Einstellungstendenz gewertet wird.

Das Phänomen der sozialen Erwünschtheit

Die Erfassung von Einstellungen in Bevölkerungsumfragen erfolgt in der Regel reaktiv, d. h. es wird den Befragten zu Beginn offengelegt, dass ihre Einstellungen erfasst werden. Daher sind die Ergebnisse auch davon beeinflusst, was die Befragten bereit sind preiszugeben. Da es sich beim Antisemitismus um ein als heikel empfundenes Thema handelt, wird gegen die Ergebnisse von Umfragestudien häufig eingewandt, die Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung würde aufgrund des Phänomens der sozialen Erwünschtheit systematisch unterschätzt.[168] Soziale Erwünschtheit bezeichnet die Tendenz, nach der Menschen bei Befragungen ihre Antworten an sozialen Normen ausrichten, d. h. an dem, was sie als übereinstimmend mit sozialen Normen erachten. Im Fall der Abwertung sozialer Gruppen wird angenommen, die vorherrschende soziale Norm forderte Akzeptanz. Entsprechend würden Befragte ihre Vorurteile eher zurückhaltend äußern. Dies gelte insbesondere für Personen, die motiviert sind, vorurteilsfrei zu erscheinen.[169] Auch im Fall von Antisemitismus wird vermutet, Befragte unterdrückten ihre negativen Einstellungen zu Juden, weil sie annehmen, diese widersprächen den geltenden gesellschaftlichen Normen, nach denen Antisemitismus geächtet sei.[170] In Studien zum Phänomen des ethnischen Rassismus bzw. des Antisemitismus konnte der Einfluss von Bedingungen, die die soziale Erwünschtheit beförderten oder aber hemmten, auf die Äußerung von Rassismus nachgewiesen werden.[171] Auch in der Mitte-Studie 2014 der *Friedrich Ebert Stiftung* (FES) wird deutlich: Befragte, die motiviert sind, sich vorurteilsfrei zu verhalten, äußern in der Befragung weniger klassischen und sekundären Antisemitismus. Hingegen scheint der israelbezogene Antisemitismus weniger tabuisiert zu sein und wird weitgehend unbeeinflusst von der sozialen Norm der Vorurteilsfreiheit als Mittel der Umwegkommunikation geäußert.[172]

4.1.1 Operationalisierung antisemitischer Einstellungen

In den vorliegenden Befragungen werden üblicherweise die folgenden Facetten des Antisemitismus (→ Definition) erhoben:[173]

Klassischer Antisemitismus

Diese Facette summiert in der Regel Aussagen zu antisemitischen Verschwörungstheorien über den »zu großen Einfluss von Juden in der Welt«. Einige Studien erfassen hier auch die in Deutschland inzwischen kaum noch vorkommende, altmodische Form des christlich-religiös argumentierenden Antisemitismus, wonach Juden an der Ermordung von Jesus Christus schuld seien oder christliche Kinder ermordeten. Außerdem werden hierunter z. T. Aussagen gefasst, die Juden eine Mitschuld an der eigenen Verfolgung zuschreiben. Das rhetorische Mittel der Umkehr von Täter und Opfer wird hier besonders deutlich, findet sich aber auch in anderen Facetten wieder.[174]

---

167 Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Leipzig 2014, S. 60.

168 Diese Annahme geht von der Existenz eines »wahren Wertes« aus, der lediglich von vielfältigen Einflussfaktoren, u. a. auch der sozialen Erwünschtheit, überschattet wird. Diese Annahme eines »wahren Wertes« wird allerdings nicht von allen Methodikern geteilt, sondern es wird argumentiert, Einstellungen seien immer auch von den jeweiligen Bedingungen abhängig und könnten nicht losgelöst davon betrachtet und erfasst werden. Kritisch dazu u. a. Hartmut Esser, Können Befragte lügen? Zum Konzept des »wahren Wertes« im Rahmen der handlungstheoretischen Erklärung von Situationseinflüssen bei der Befragung, Mannheim 1986, http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-66357 (eingesehen 23. 12. 2016).

169 Rainer Banse/Bertram Gawronski, Die Skala Motivation zu vorurteilsfreiem Verhalten: Skaleneigenschaften und Validierung, in: Diagnostica, 49 (2003), S. 7–13.

170 Werner Bergmann/Rainer Erb, Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der BRD, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38 (1986) 2, S. 223–246; dies., »Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm«. Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43 (1991) 3, S. 502.

171 Ulrich Wagner/Andreas Zick, The Relation of Formal Education to Ethnic Prejudice: Its Reliability, Validity, and Explanation, in: European Journal of Social Psychology, 25 (1995), S. 41–56.

172 Vgl. zum Konzept der Umwegkommunikation Bergmann/Erb, Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung.

173 Die Wortlaute der verwendeten Items finden sich in Tabelle 2 und der Expertise von Zick. Die Begrifflichkeit folgt hier den Vorgaben der Studien zur »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« (GMF), die sich von den im Gesamtbericht verwendeten Begrifflichkeiten und Typologien (→ Definition) unterscheidet.

174 Diese Klassifizierung umfasst also die Aspekte des religiösen, politischen, sozialen und nationalen Antisemitismus, die von uns in diesem Bericht unter die »klassischen Ideologieformen des Antisemitismus« (→ Definition) gezählt werden.

Sekundärer Antisemitismus

Hier werden Aussagen in Bezug auf den Holocaust verwendet, die Juden ein Ausnutzen der Position als Verfolgte unterstellen. Es wird in diesem Zusammenhang häufig eine Täter-Opfer-Umkehr deutlich. Außerdem wird in einigen Studien hierunter auch die Forderung nach einem Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bzw. mit dem Holocaust summiert.

Israelbezogener Antisemitismus[175]

Dieser wird üblicherweise mit Aussagen erfasst, die eine Kritik an der Politik Israels unter Verwendung antisemitischer Bezüge äußern. Dazu gehört u. a. die Verwendung antisemitischer Assoziationen, die Kennzeichnung einer als negativ bewerteten Politik Israels als »typisch jüdisch« und die daraus abgeleitete Rechtfertigung der Abneigung gegenüber Juden, der Vergleich Israels mit dem Nationalsozialismus und das Infragestellen der Existenzberechtigung Israels. Die Studien des *Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* (IKG) versuchen, von dieser antisemitischen Israelfeindlichkeit eine nicht-antisemitische Kritik an der Politik Israels abzugrenzen. Empirisch lässt sich eine solche Abgrenzung weitgehend nachvollziehen und bestätigen.[176] Die Nacherhebung der Mitte-Studie 2014 der FES legt zudem nahe, dass die hohe Emotionalität, die in den für die Kritik an Israel verwendeten Items zum Ausdruck kommt, durchaus als ein Zeichen von Antisemitismus gewertet werden kann. Insbesondere das Item »Ich werde wütend, wenn ich daran denke, wie Israel die Palästinenser behandelt« zeigt eine Doppelladung auch auf dem Faktor Antisemitismus.[177]

4.1.2 Messen alle Fragen/Items tatsächlich Antisemitismus?

Die Fragen/Items, die zur Erfassung von antisemitischen Einstellungen verwendet werden, sind in der Regel auf ihre Zuverlässigkeit und Gültigkeit hin geprüft, d. h. sie messen recht gut das, was sie vorgeben zu messen. Dennoch können einzelne Fragen/Items von einigen der Befragten anders als intendiert verstanden werden und eine Zustimmung dann nicht zwingend antisemitische Einstellungen widerspiegeln. Aus diesem Grund werden bei der Operationalisierung üblicherweise immer mehrere Items, die das gleiche Konstrukt messen sollen, zu einer Skala zusammengefasst und diese statistisch auf ihre Qualität hin geprüft (z. B. werden die Antworten auf drei Items, die sekundären Antisemitismus erfassen, zu einer reliablen Mittelwert-Skala »sekundärer Antisemitismus« zusammengefasst).

Zweifel, ob eine Zustimmung immer berechtigterweise als ein Indiz für antisemitische Einstellungen gewertet werden kann, zeigen sich v. a. bei Aussagen im Bereich des sekundären Antisemitismus. Dies gilt z. B. für das Item: »Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.« Hier wird argumentiert, dass Befragte schlicht überdrüssig sind, mit dem schrecklichen Thema der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden konfrontiert zu werden. Es könnte aber auch eine Verschiebung der Bedeutung dieses Items über die Generationen stattgefunden haben: Während bei Älteren eine Verärgerung über die Konfrontation mit der Verfolgung und Ermordung gegebenenfalls noch aus Antisemitismus gespeist war, mag dies bei der jüngeren Generation heute nicht mehr der Fall sein.[178] In der Tat findet sich hierfür auch empirische Bestätigung.[179] Dennoch schwingen durch die Zustimmung zu Items, die Begriffe wie »Ärger« und »ich bin es leid« verwenden und damit aggressive Emotionen, die Generierung als »Opfer«[180] sowie die Relativierung von Schuld beinhalten, antisemitische Einstellungen mit. Hinterfragt wird auch, inwieweit sich in einer Kritik an der Politik Israels Antisemitismus spiegelt bzw. inwieweit eine nicht-antisemitische von einer antisemitischen »Israelkritik« durch die verwendeten Operationalisierungen trennscharf erfasst werden kann. Ein Beispiel hierfür ist

175 Dies ist der in den GMF-Studien benutzte Begriff. Im 1. Kapitel dieses Berichts wird für diese Form des Antisemitismus der Begriff »antizionistischer Antisemitismus« benutzt.

176 Die 5-faktorielle Faktorenstruktur wurde mithilfe einer simultanen konfirmatorischen Faktorenanalysen anhand der Daten der Nacherhebung zur FES-Mitte-Studie 2014 geprüft. Der Modellfit ist befriedigend (CFI=.966; RMSEA=.060; Pclose =.174; SRMR=.044). Die Faktorladungen liegen zwischen .61 und .82; siehe dazu auch Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt, Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, S. 144–165. Zu diesem Ergebnis kommt auch das Forschungsprojekt von Wilhelm Kempf, Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche, Berlin 2015.

177 Siehe Expertise Zick u. a. 2016, S. 37.

178 In der Studie der Bertelsmann Stiftung von 2015 stimmten hier 79 Prozent der 18–29-Jährigen und 71 Prozent der 30–39-jährigen, hingegen nur 58 Prozent der über 60-Jährigen zu. Antisemitischen Aussagen stimmten aber die jüngeren Altersgruppen deutlich seltener zu als die ältesten Kohorten (Steffen Hagemann/Roby Nathanson, Deutschland und Israel Heute. Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart, Güthersloh 2015, S. 26 und 41).

179 Eigene Auswertungen der FES-Nacherhebung 2014 für den vorliegenden Bericht zeigen bei jungen Befragten unter 30 Jahren eine deutlich schwächere Ladung der beiden Items, die zur Erfassung der Forderung nach einem Schlussstrich verwendet wurden, auf dem Faktor »Antisemitismus«, als dies bei Befragten ab 30 Jahren der Fall ist. Anders gesagt: Die Forderung nach einem Schlussstrich hängt bei Jüngeren deutlich weniger mit anderen Aussagen zum Antisemitismus zusammen als bei Älteren (verwendete Items zur Erfassung der Forderung nach einem Schlussstrich: »Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden« und »Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören«).

180 Hier ließe sich allerdings auch einwenden, dass bereits die Antwortvorgaben die aggressiven Emotionen enthalten, also nicht direkt von den Befragten ins Spiel gebracht werden.

etwa das zur Erfassung von Antisemitismus im Gewand der NS-vergleichenden »Israelkritik« verwendete Item: »Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.« Hier könnte schlicht nicht eine antisemitische Einstellung für die Zustimmung zu diesem Item ausschlaggebend sein, sondern die durchaus verbreitete Neigung, etwas, das man besonders schlimm findet, mit NS-Vergleichen zu überziehen.

Die statistische Prüfung bestätigt allerdings für die Daten der FES-Mitte-Studie 2016 eine eindimensionale Struktur aller erhobenen antisemitischen Aussagen (klassischer Antisemitismus, sekundärer Antisemitismus und israelbezogener Antisemitismus) und erlaubt damit eine Interpretation aller dieser Aussagen als Antisemitismus.[181] Einzig die Aussage »Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser« (nicht erfasst in 2016, aber in der Nacherhebung zur FES-Mitte-Studie 2014) zeigt neben dem Zusammenhang mit den anderen Aussagen zur Erfassung des Antisemitismus zugleich auch einen engen Zusammenhang mit den Items zur Erfassung einer nicht-antisemitischen Kritik an Israel. Dies spricht dafür, dass diese Aussage von einigen Befragten eher als eine harsche Kritik an Israel verstanden wird, ohne aber zugleich auch zwangsläufig ein Ausdruck von Antisemitismus zu sein. Für die anderen Aussagen zur Erfassung des israelbezogenen Antisemitismus gilt dies allerdings nicht.

- Alle Aussagen, die zur Erfassung von Antisemitismus in derzeit vorliegenden repräsentativen Studien verwendet werden, hängen so eng zusammen, dass sie eine einzige Dimension bilden, die als Antisemitismus interpretiert werden kann – das gilt für Aussagen zum klassischen ebenso wie für sekundären und israelbezogenen Antisemitismus. In Einzelfällen kann die Zustimmung als Kritik an Israel verstanden werden, ohne zwingend antisemitische Konnotation. Die empirischen Befunde bestätigen jedoch einen engen Bezug v. a. des NS-Vergleichs der Politik Israels zu Antisemitismus.

- Repräsentative Bevölkerungsumfragen geben Hinweise auf die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung, müssen aber immer auch vor dem Hintergrund der Reichweite und den Möglichkeiten von Bevölkerungsumfragen interpretiert werden. Sie sind ein wichtiger, aber nicht der einzige Baustein zur Gewinnung von Erkenntnissen über Antisemitismus in der Bevölkerung.

- Abweichungen in der methodischen Umsetzung von Befragungen erschweren einen Vergleich von Ergebnissen aus verschiedenen Studien. Zustimmungen zu einzelnen Aussagen und gegebenenfalls Abweichungen sollten nicht überinterpretiert werden.

- Das Phänomen der sozialen Erwünschtheit führt in der Regel zu einer geringeren Zustimmung zu klassischem Antisemitismus und einer höheren Zustimmung zu subtileren Formen, was sich auch als Kommunikationslatenz beschreiben lässt. Modernere Facetten, wie der sekundäre Antisemitismus, der über den Holocaust kommuniziert wird, und der israelbezogene Antisemitismus, der im Gewand einer Kritik an Israel, die jedoch antisemitisch aufgeladen ist, daherkommt, unterliegen weniger der sozialen Ächtung und werden daher offener kommuniziert.

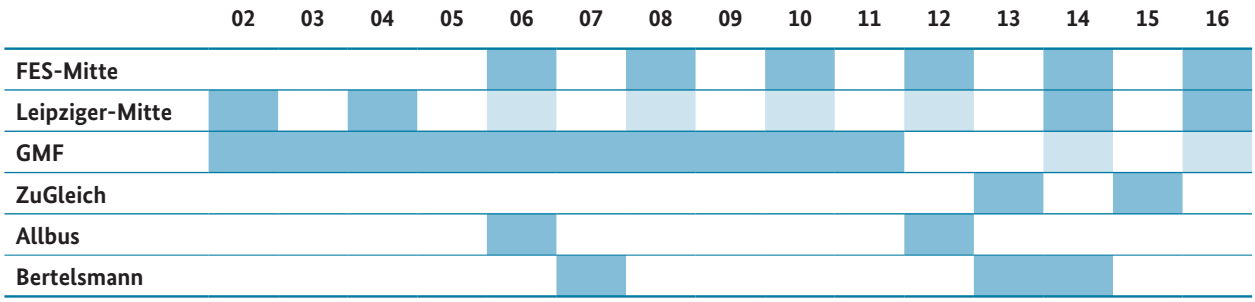
4.2 Aktuelle Bevölkerungsumfragen zu antisemitischen Einstellungen

Bislang gibt es in Deutschland kein regelmäßiges, umfassendes Monitoring von antisemitischen Einstellungen. Es liegen derzeit jedoch zwei große repräsentative Bevölkerungsumfragen vor, die seit 2002 regelmäßig Facetten antisemitischer Einstellungen erfassen und Entwicklungen nachzeichnen. Darüber hinaus gibt es einige weitere repräsentative Befragungen, die zusätzlich Auskunft über spezifische Facetten bzw. die Situation in einzelnen Erhebungsjahren geben können.

Es werden im Folgenden Ergebnisse aus den unten aufgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfragen, die das Thema Antisemitismus berücksichtigen, berichtet, in denen jeweils rund 2000 Personen befragt wurden. Methodische Details finden sich in den Publikationen der Studien bzw. in der Expertise, die diesem Bericht zugrunde liegt. Abb. 4.1 gibt eine Übersicht über die verschiedenen Erhebungszeitpunkte.

181 Alle fünf in der FES-Mitte-Studie 2016 verwendeten antisemitischen Aussagen einschließlich zweier Aussagen zur Erfassung des israelbezogenen Antisemitismus aus dem ehemaligen Survey zur GMF sowie die drei Items der traditionell in den Mitte-Studien verwendeten Aussagen laden deutlich auf einem Faktor der durchgeführten explorativen Faktorenanalyse (ein extrahierter Faktor mit Eigenwert > 1, erklärte Varianz 59 Prozent, alle Ladungen a > .6), die interne Konsistenz ist hoch (Cronbachs Alpha = .89).

Abb. 4.1: Repräsentativerhebungen, die Antisemitismus miterheben 2002–2016[182]



Die FES-Mitte-Studie, die 2014 und 2016 von Andreas Zick vom IKG der Universität Bielefeld durchgeführt wurde, setzt zum einen die vorherigen Studien fort und bietet zum anderen inhaltlich eine Fortsetzung der Langzeitstudie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«.[183] Letztere wurde über einen Zeitraum von zehn Jahren von 2002 bis 2011 mit jährlichem Erhebungsrhythmus unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer ebenfalls am IKG durchgeführt.[184] Bedingt durch die inhaltliche Zusammenführung werden antisemitische Einstellungen aus jeweils beiden Studientraditionen erhoben, mit Unterschieden in der genauen Formulierung der Items und Skalierung. Die Befragung erfolgt telefonisch jeweils im Frühsommer, zusätzlich wurde nach dem Gaza-Konflikt im September 2014 eine Zusatzbefragung nur zum Antisemitismus mit einer streng genommen nicht-repräsentativen, aber dennoch gemessen an den sozialdemografischen Merkmalen vergleichbaren Stichprobe von n=500 Befragten durchgeführt. Bei der Stichprobenziehung werden auch Handynummern berücksichtigt, sodass hier auch jüngere Milieus abgebildet werden.

Die Leipziger-Mitte-Studie von Elmar Brähler und Oliver Decker, unter Beteiligung weiterer Autoren, erfasst seit 2002 in zweijährigem Rhythmus rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung. Beide Autoren haben 2006 und 2012 die Mitte-Studie im Auftrag der FES durchgeführt. Im Erhebungsjahr 2014 wurden die Daten unter dem neuen Label Leipziger-Mitte-Studie publiziert.[185] Im Erhebungsjahr 2016 wurde die Studie von der *Heinrich Böll Stiftung,* der *Rosa Luxemburg Stiftung* und der *Otto Brenner Stiftung* gefördert.[186] Die Befragung erfolgte face-to-face jeweils im Frühjahr. 2013 und 2015 wurden zudem im Rahmen der »ZuGleich-Studie«, die vom IKG der Universität Bielefeld durchgeführt wurde und die von der *Mercator Stiftung* gefördert wird, einige Fragen zur Erfassung von Antisemitismus berücksichtigt.[187] Es handelt sich ebenfalls um eine Telefonbefragung. Ferner liegt eine Studie der *Bertelsmann Stiftung* in Deutschland und Israel mit bislang drei Erhebungszeitpunkten (2007, 2013 und 2014)[188] sowie drei Befragungen von ALLBUS aus den Jahren 1996, 2006 und 2012[189] vor, in denen ebenfalls einige Facetten antisemitischer Einstellungen erfasst wurden.

Darüber hinaus wurden einige große Befragungen von jungen Menschen bzw. Schülerinnen und Schülern durchgeführt, die neben anderen Inhalten auch Antisemitismus bzw. die Einstellung zu Juden erfassen. Dies ist zum einen die Studie des *Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen,* in der rund 40.000 Jugendliche u. a. zu rechtsextremen und antisemitischen Einstellungen befragt wurden und deren Ergebnisse bereits im Bericht des ersten UEA angesprochen wurden. Darüber hinaus haben Frindte u. a. eine große Studie zur Lebenswelt junger Muslime in Deutschland vorgelegt, in der ebenfalls

182 Für die Jahre 2006–2012 gab es nur eine »Mitte-Studie«, gefördert durch die FES und durchgeführt von dem Autorenteam um Elmar Brähler und Oliver Decker, die ab 2014 unter dem Label Leipziger-Mitte-Studie publiziert haben. 2014 und 2016 wurde die FES-Mitte-Studie dann unter Leitung von Andreas Zick vom IKG an der Universität Bielefeld durchgeführt. Hier wurden zusätzlich Items erfasst, die zuvor in der GMF-Studie unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer erhoben wurden, sodass hier ebenfalls vergleichbare Daten ab 2002 vorliegen. In der Leipziger-Mitte-Studie wird lediglich der klassische Antisemitismus erfasst. In den übrigen Studien werden in allen bzw. einigen Erhebungsjahren auch sekundärer und israelbezogener Antisemitismus berücksichtigt. Details in der Expertise von Zick u. a., (2016), Tabelle 3.

183 Andreas Zick/Anna Klein, Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, hrsg. von Ralf Melzer für die Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2014. Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, hrsg. von Ralf Melzer für die FES, Bonn 2016.

184 Die Langzeitstudie wurde durch ein Stiftungskonsortium unter Federführung der Volkswagenstiftung und unter Beteiligung der Freudenberg Stiftung und der Marga und Kurt Möllgaard Stiftung finanziell gefördert.

185 Decker/Kiess/Brähler, Die stabilisierte Mitte.

186 Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen 2016.

187 Andreas Zick/Madlen Preuß unter Mitarbeit von Wilhelm Berghan/Niklaas Bause, Zugehörigkeit und (Un)Gleichwertigkeit. Ein Zwischenbericht. Studie im Auftrag der Mercator Stiftung, IKG, Bielefeld 2014.

188 Hagemann/Nathanson, Deutschland und Israel heute.

189 Martina Wasmer/Michael Blohm/Jessica Walte/Evi Scholz/Regina Jutz, Konzeption und Durchführung der »Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften« (ALLBUS) 2012. GESIS Technical Report 2014/22.

einige Einstellungen zu Juden erfasst wurden.[190] Das von Wilhelm Kempf geleitete und von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) geförderte Forschungsprojekt »Israelkritik, Umgang mit der deutschen Geschichte und Ausdifferenzierung des modernen Antisemitismus« (2009–2012) hat sich v. a. auf den Zusammenhang von Antizionismus und »Israelkritik« mit den verschiedenen Facetten des Antisemitismus wie auch mit palästinenserfeindlichen und islamophoben Ressentiments konzentriert (s. u.).[191]

In der FES-Mitte-Studie und der Leipziger-Mitte-Studie wird der klassische, auf antijüdischem Verschwörungsdenken und Stereotypen beruhende Antisemitismus mit den identischen drei Aussagen erfasst, für die eine fünfstufige Antwortskala zur Verfügung steht. In der FES-Mitte-Studie wird, die Tradition der Langzeitstudie GMF fortführend, der klassische Antisemitismus noch einmal mit etwas anderen Items und einer vierstufigen Antwortskala erhoben. Ergänzend wurde im Erhebungsjahr 2016 auch der sekundäre und der israelbezogene Antisemitismus berücksichtigt, für die ebenfalls eine vierstufige Antwortskala vorgegeben wurde. Diese werden ebenfalls in der ZuGleich-Studie erfasst, hier jedoch mit einer fünfstufigen Antwortskala. Alle für ein jeweiliges Konstrukt verwendeten Items wurden zu (Mittelwert-)Skalen mit zufriedenstellender bis guter Reliabilität zusammengefasst, was die Zuverlässigkeit der Messung bestätigt.[192]

› Die Beobachtung von Antisemitismus anhand repräsentativer Bevölkerungsumfragen ist dadurch erschwert, dass antisemitische Einstellungen nur begrenzt und sporadisch als eines unter vielen anderen Themen erfasst werden.

4.3 Befunde zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung

Die FES-Mitte-Studie und die Leipziger-Mitte-Studie sind aus der Tradition der Forschung zum Rechtsextremismus heraus entwickelt worden. Sie haben zum Ziel, rechtsextreme Einstellungen zu messen, darunter als eine Dimension auch den klassischen Antisemitismus. Für die Ergebnisdarstellung in den Publikationen zu diesen Studien wird, der Zielsetzung folgend, ein strenges Kriterium gewählt, um den Anteil von Befragten mit eindeutig rechtsextremen bzw. antisemitischen Einstellungen zu ermitteln. Nur Befragte, die auf der fünfstufigen Antwortskala zu allen drei Aussagen ihre deutliche Zustimmung abgeben (also mindestens »überwiegend« oder »voll und ganz« zustimmen), werden auf der Dimension »Antisemitismus« ausgewiesen. Entsprechend gering ist der Prozentsatz der Befragten, die dort als antisemitisch erscheinen. Allerdings geben viele andere Befragte ebenfalls ihre Zustimmung zu mindestens einer oder sogar zwei der Aussagen oder lehnen mit der Wahl der Antwortalternative »teils-teils« eine antisemitische Aussage nicht deutlich ab. Im vorliegenden Bericht sind aber nicht nur die extremen Ausprägungen von Antisemitismus von Interesse, sondern auch die Tendenzen, da sie wichtige Hinweise für die Einschätzung zur Verbreitung von Antisemitismus in der Bevölkerung und für den Interventionsbedarf geben. Die FES-Mitte-Studien 2014 und 2016 erheben zudem Antisemitismus in der Tradition der GMF-Studie mit zusätzlichen Items mit vierfach gestuften Antwortkategorien. Die ZuGleich-Studie gibt eine fünffache Antwortmöglichkeit vor, bei der jeweils nur die Enden bezeichnet sind.

Das Ausmaß der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen ist in den verschiedenen Studien aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden (u. a. einer unterschiedlichen Skalierung der Antwortkategorien) nur begrenzt vergleichbar. Auch das Ausmaß der Zustimmung zu verschiedenen Facetten von Antisemitismus ist nur mit Vorsicht zu vergleichen, weil die verwendeten Aussagen ggf. unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind, sodass eine Zustimmung zu einzelnen Aussagen schwerer oder leichter fällt. Es lassen sich aber dennoch Hinweise auf die Verbreitung und die Ausdrucksform von Antisemitismus ableiten.

4.3.1 Ausmaß und Entwicklung antisemitischer Einstellungen

Die repräsentativen Umfragen zeigen in den vergangenen 15 Jahren für die deutsche Gesamtbevölkerung einen kontinuierlichen Rückgang bei den klassisch-antisemitischen

190 Wolfgang Frindte/Klaus Boehnke/Henry Kreikenbom/Wolfgang Wagner (Hrsg.), Abschlussbericht »Lebenswelten junger Muslime in Deutschland«: Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland, Berlin 2011.

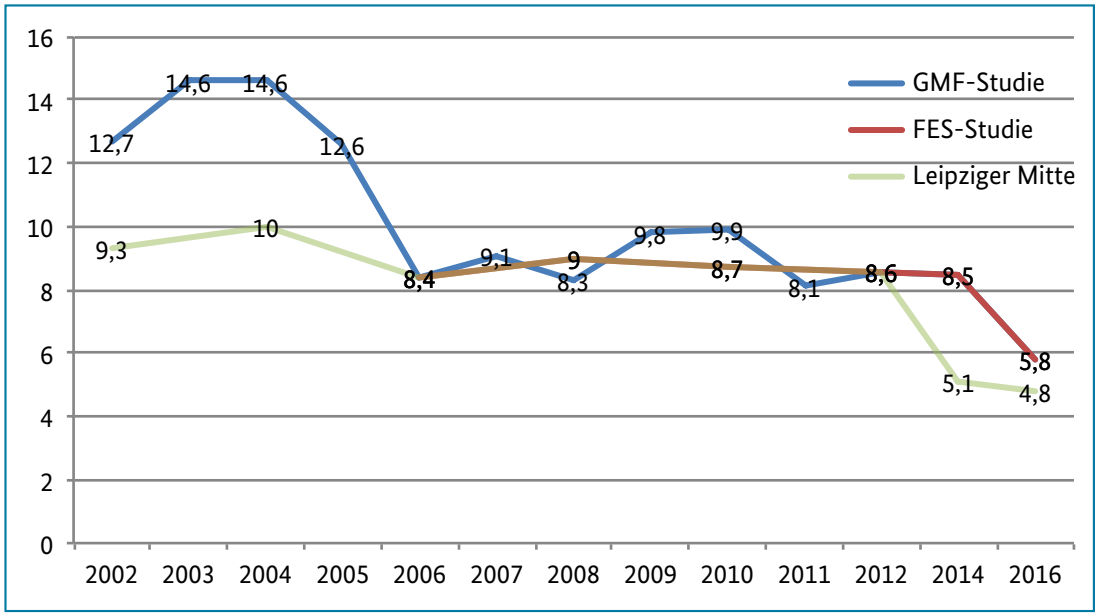
191 Kempf, Israelkritik.

192 Für Details siehe Expertise von Zick u. a., Tabelle 4.

Einstellungen, der sich auch 2016 fortsetzt. So liegt die Zustimmungsrate zu klassischem Antisemitismus, der Juden »zu viel Einfluss« unterstellt und mit antisemitischen Stereotypen arbeitet, 2016 nur noch bei rund fünf Prozent, 2002 lag diese noch bei rund neun Prozent (Leipziger-Mitte-Studie und FES-Mitte-Studie 2016).

Auch die Zustimmung zu sekundärem Antisemitismus ist rückläufig. Hier stimmen noch 26 Prozent eindeutig zu (FES-Mitte-Studie 2016). Beim israelbezogenen Antisemitismus ist das Bild weniger deutlich (FES-Mitte-Studie 2016). Die Entwicklung antisemitischer Einstellungen seit 2002 ist in Abb. 4.2 nachgezeichnet.

Abb. 4.2: Entwicklung antisemitischer Einstellungen im Zeitverlauf 2002–2016



4.3.2 Zustimmung zu einzelnen Facetten antisemitischer Einstellungen

Die auf den ersten Blick heute vergleichsweise niedrigeren Zustimmungswerte zum klassischen Antisemitismus verdecken, dass nach wie vor viele Deutsche durchaus zu antisemitischen Einstellungen tendieren, wenn moderne Facetten und die häufig gewählten »teils-teils« Antworten mitberücksichtigt werden, die im Zweifelsfall eher eine Zustimmung signalisieren. Die aktuellen Zustimmungswerte zu einzelnen Items finden sich in Abb. 4.3.

Abb. 4.3: Zustimmung zu Antisemitismus 2016/2014[193]

	Zustimmung in Prozent				
	Stimme überhaupt nicht zu/ lehne völlig ab 1	**Stimme eher nicht zu/lehne überwiegend ab 2**	**Stimme eher zu/stimme teils zu, teils nicht zu 3**	**Stimme voll und ganz zu/stimme überwiegend zu 4**	**Stimme voll und ganz zu 5**
Klassischer Antisemitismus					
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.					
FES-Mitte-Studie 2016	74	12	7	4	4
Leipziger-Mitte-Studie 2016	43	24	21	8	3
ZuGleich-Studie 2015/16					
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.					
FES-Mitte-Studie 2016	76	11	8	3	3
Leipziger-Mitte 2016	51	21	19	8	1
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.					
FES-Mitte-Studie 2016	78	10	7	3	2
Leipziger-Mitte 2016	51	22	18	8	2
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.					
FES-Mitte-Studie 2016	78	13	5	4	
ZuGleich-Studie 2015/16					
Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.					
FES-Mitte-Studie 2016	82	11	5	2	
ZuGleich-Studie 2015/16					
Sekundärer Antisemitismus					
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.					
FES-Mitte-Studie 2016	57	17	15	11	
Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.					
FES-Mitte-2014 Nacherhebung	29	17	25	30	

193 Für Items, zu denen keine Ergebnisse aus 2016 vorliegen, wurden die Ergebnisse der Nacherhebung zur FES-Mitte-Studie 2014 ergänzt. Die Skalierung ist in den drei Studien unterschiedlich; hier ist die Skalierung in der Reihenfolge der aufgeführten Studien angegeben. Von 100 Prozent abweichende Angaben durch Auf- und Abrundungen.

	Zustimmung in Prozent				
	Stimme überhaupt nicht zu/ lehne völlig ab 1	**Stimme eher nicht zu/lehne überwiegend ab 2**	**Stimme eher zu/stimme teils zu, teils nicht zu 3**	**Stimme voll und ganz zu/stimme überwiegend zu 4**	**Stimme voll und ganz zu 5**
Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.					
FES-Mitte-2014 Nacherhebung	30	21	21	27	
Israelbezogener Antisemitismus					
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.					
FES-Mitte-Studie 2016	39	21	23	17	
ZuGleich-Studie 2015/16					
Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.					
FES-Mitte-2014 Nacherhebung	52	28	14	6	
Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.					
FES-Mitte-2016	53	22	15	9	
Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.					
FES-Mitte-2014 Nacherhebung	26	34	26	14	

4.3.2.1 Zustimmung zu klassischem Antisemitismus

Zum Erhebungszeitpunkt im Frühjahr 2016 (Leipziger-Mitte) bzw. im Frühsommer 2016 (FES-Mitte) meinten rund zehn Prozent der Befragten »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß« (weitere 21 Prozent stimmten hier zumindest teils-teils zu). Neun Prozent stimmten dem klassisch antisemitischen Stereotyp eher oder voll zu (weitere 19 Prozent teils-teils): »Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.« Zehn Prozent waren der Ansicht (weitere 18 Prozent teils-teils): »Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.« Im Durchschnitt geben rund zehn Prozent der Deutschen ihre Zustimmung zu mindestens einem Item, das als Indikator für klassisch antisemitische Verschwörungstheorien und Stereotypen gilt, rund jeder fünfte Befragte ist antisemitischen Aussagen gegenüber zumindest nicht ganz abgeneigt, wie die Zustimmung zu der »teils-teils« Antwortkategorie zeigt. Zusammengenommen zeigt also ein Drittel der deutschen Bevölkerung zumindest antisemitische Tendenzen. Umgekehrt vertritt rund die Hälfte der Befragten (52 Prozent) ganz deutlich keinen klassischen Antisemitismus und stimmt keiner der vorgelegten Aussagen in der Tendenz zu.

In der FES-Mitte-Studie 2016 wurden einige Items zusätzlich noch einmal mit einer vierstufigen Antwortskala erhoben, um in Fortführung der Studie zur GMF direkte Vergleiche über die Zeit zu ermöglichen. Zum Erhebungszeitpunkt im Frühsommer 2014 meinten 14 Prozent der Befragten »Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss«, zehn Prozent waren der Ansicht »durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig«. Diese Werte sanken 2016 auf neun Prozent (»zu viel Einfluss«) bzw. sieben Prozent (»mitschuldig«).

4.3.2.2 Zustimmung zu sekundärem Antisemitismus

Deutlich höher sind die Zustimmungen zu sekundärem Antisemitismus. In der Nacherhebung zur FES-Mitte-Studie im September 2014 äußerten 55 Prozent der Befragten ihren Ärger darüber, »dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden«. 49 Prozent der Befragten gaben an: »Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.« Rund die Hälfte der Deutschen vertritt damit auf die eine oder andere Weise, mehr oder weniger explizit die Forderung nach einem Schlussstrich.

4.3.2.3 Zustimmung zu israelbezogenem Antisemitismus

Eine weitere moderne Facette ist der israelbezogene Antisemitismus. In der Nacherhebung der FES-Mitte-Studie 2014 vertraten 28 Prozent der Befragten die Auffassung, »bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat«. Dieser Wert stieg in der FES-Mitte-Studie 2016 auf 40 Prozent an. 27 Prozent meinten: »Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.« Im Jahr 2016 stimmten hier 24 Prozent zu.

- In der breiten Bevölkerung ist die offene Zustimmung zu Antisemitismus weiter rückläufig. Aber nach wie vor finden sich dort antisemitische Tendenzen.

- 2016 gaben zusammengefasst sechs Prozent der deutschen Bevölkerung ihre Zustimmung zu klassischem Antisemitismus, 26 Prozent zu sekundärem Antisemitismus und 40 Prozent zu israelbezogenem Antisemitismus (FES-Mitte-Studie 2016).

4.3.3 Israelbezogener Antisemitismus und »Israelkritik«

Der Vorwurf hält sich hartnäckig, jegliche Kritik an Israel wäre sanktioniert, ausgedrückt in dem so oder ähnlich geäußerten Satz: »Wenn man Israel kritisiert, wird man gleich als Antisemit beschimpft.« Der *Zentralrat der Juden* und viele andere weisen immer wieder darauf hin, dass eine Kritik an Israel nicht per se antisemitisch sei. Sie ist jedoch dann antisemitisch, wenn sie mit antisemitischen Stereotypen aufgeladen ist, Vergleiche zum Nationalsozialismus herstellt, in denen sich die für den Antisemitismus so typische Umkehr von Tätern und Opfern spiegelt und das Existenzrecht Israels infrage gestellt wird.[194] Die hohe Emotionalität, die die vorgebrachte Kritik an Israel häufig begleitet, ist auffällig, und ebenso der offenbar weitverbreite Drang, besonders Israel harsch und oft zu kritisieren, was sich nicht zuletzt schon in der Selbstverständlichkeit des Begriffs »Israelkritik« offenbart, der in dieser Form einzig mit Bezug auf das Land Israel überhaupt vorhanden ist.[195] In Deutschland von nichtjüdischen Deutschen geäußert, liegt der Verdacht des Versuchs der eigenen Entlastung aus psychologischer Sicht sehr nahe. Diese Entlastungsstrategie wird im sekundären wie im israelbezogenen Antisemitismus deutlich. Der dem israelischen Psychoanalytiker Zvi Rix zugeschriebene Satz: »Die Deutschen werden den Juden Auschwitz niemals verzeihen« bringt dies auf den Punkt.

Im Rahmen des GMF-Surveys wurden im Erhebungsjahr 2004 Items entwickelt, die eine Kritik an der Politik Israels erfassen sollen, die ohne antisemitische Untertöne auskommt.[196] Diese Items waren auch Bestandteil der Nacherhebung zur FES-Mitte-Studie 2014, d. h. es wurde jeweils sowohl der israelbezogene Antisemitismus als auch eine zunächst »neutrale« Kritik an Israel erfasst. Im nächsten Schritt wurde dann die Überschneidung empirisch geprüft. Dies lässt sich als Indiz deuten, wie häufig Kritik an Israel doch zumindest auch aus antisemitischen Motiven gespeist ist bzw. wie Antisemitismus mitschwingt. Nicht prüfen lässt sich in diesem Zusammenhang die begleitende hohe Emotionalität. Es wurde jedoch ebenfalls eine Kritik am politischen Handeln der Palästinenser erfasst, um einen Anhaltspunkt zu haben, inwieweit Befragte, die Kritik an Israel äußern, ggf. kriegerische Auseinandersetzungen generell ablehnen.

Zum Erhebungszeitpunkt 2004 stimmte eine überwältigende Mehrheit einer z. T. sehr emotionalen Kritik an Israel zu.[197] Im Jahr 2014 waren dies nicht mehr ganz so viele Befragte, aber es stimmten immer noch 60 Prozent (2004: 82 Prozent) der Befragten der Aussage zu: »Ich werde wütend, wenn ich daran denke, wie Israel die Palästinenser behandelt«, und 69 Prozent (2004: 86 Prozent) sagten: »Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt.« Zusammengefasst lassen sich

---

194 U.a. Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz, Aktueller Antisemitismus als ein Phänomen der Mitte – Zur Brisanz des Themas und der Marginalisierung des Problems, in: Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz (Hrsg.), Aktueller Antisemitismus. Ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010, S. 1–14.

195 Hier wird das Gegenargument vorgebracht, Israel müsse sich als Demokratie nun einmal besonders strenge Maßstäbe gefallen lassen. Ausgeklammert wird dabei erstens, dass so gut wie keine Staatengründung auch der heute demokratischen Staaten ohne Verdrängungen, Ungerechtigkeiten oder gar Krieg auskam, und zweitens, und dies besonders augenfällig, die explizite Bedrohungslage Israels dabei schlicht unerwähnt bleibt.

196 Heyder/Iser/Schmidt, Israelkritik oder Antisemitismus?, S. 144–165.

197 Expertise von Zick/Küpper für den ersten UEA: Andreas Zick/Beate Küpper, Antisemitismus in Deutschland. Im Auftrag des UEA und des BMI, 2011.

über diese beiden Aussagen im September 2014 nach dem letzten Gaza-Konflikt 55 Prozent der Befragten als »israelkritisch« identifizieren, 2004 waren dies noch über 80 Prozent.[198] Nicht ganz so viele Befragte, aber auch eine große Mehrheit (76 Prozent), äußerte sich 2004 kritisch gegenüber den Palästinensern; 67 Prozent der Befragten äußerten damals Kritik an beiden Seiten.

Deutlich wurde im Jahr 2004 und noch einmal etwas weniger ausgeprägt im Jahr 2014: Eine harsche Kritik an Israel muss nicht immer mit Antisemitismus einhergehen, tut dies aber häufig doch. Dazu wurde geprüft, wieviele der Befragten, die eine harsche Kritik an Israel üben, zugleich auch einer antisemitischen Aussage zustimmen: 80 bis 90 Prozent der Befragten von 2004, die einer zunächst nicht antisemitisch konnotierten Kritik an Israel zustimmen, äußerten damals zugleich ihre Zustimmung zu mindestens einer Facette von Antisemitismus. In der Nacherhebung zur FES-Mitte-Studie 2014 gaben noch 55 Prozent der Befragten, die Kritik an Israel zustimmen, ihre Zustimmung auch zu mindestens einer weiteren Facette von Antisemitismus einschließlich des israelbezogenen Antisemitismus bzw. 53 Prozent dieser Befragten stimmten mindestens einer weiteren Dimension von Antisemitismus ohne direkten Bezug zu Israel zu.

Wilhelm Kempf kann in seinen aufwändigen Skalenanalysen zeigen, dass zwar die Facetten des traditionellen und sekundären Antisemitismus gleichwertige Indikatoren für die antisemitische Einstellungsdimension bilden, dies gilt jedoch nicht für die generalisierende »Israelkritik« und den politischen Antizionismus, die sich nicht vollständig unter das Konzept des Antisemitismus subsumieren lassen.[199] Seine empirischen Analysen zeigen, dass »Israelkritik« und Antizionismus einerseits aus antisemitischen Überzeugungen heraus vertreten werden können, zum anderen aber auch, weil man die israelische Politik und den politischen Zionismus etwa aus einer Menschenrechtsorientierung heraus ebenso ablehnt wie antisemitische Einstellungen. Antisemitismus und Antizionismus sind deshalb für Kempf zwar miteinander korrelierende, jedoch verschiedene Einstellungsdimensionen, die nur in den Extrembereichen übereinstimmen, sodass stark antisemitisch eingestellte Personen auch stark antizionistisch eingestellt sind und umgekehrt diejenigen, die Antisemitismus besonders deutlich ablehnen, dies auch hinsichtlich des Antizionismus tun.[200] Für den mittleren Bereich gilt z. T. aber die umgekehrte Korrelation: Die antizionistische Einstellung ist umso stärker, je »mehr sich die Probanden gegen antisemitische Vorurteile wenden«.[201] Dies bildet sich sehr genau in den politischen Parteipräferenzen ab: Während die Wähler der extremen rechten Parteien sowohl am stärksten antisemitisch als auch antizionistisch/israelfeindlich sind, so zeigen die Wählerinnen und Wähler der *Grünen* in beiden Dimensionen sehr niedrige Zustimmungswerte. Die Wählerinnen und Wähler der Partei *Die Linke* wiederum liegen bezüglich der antisemitischen Einstellungen im Mittelfeld bzw. lehnen die sekundär-antisemitische Schlussstrichforderung sogar am häufigsten ab, zeigen aber hinsichtlich des Antizionismus/israelbezogenen Antisemitismus und der generalisierenden »Israelkritik« die zweithöchsten Werte.[202]

› Kritik an Israel ist nicht immer, aber häufig ein Indiz für Antisemitismus.

4.3.4 Antisemitische Einstellungen vor und nach dem Gaza-Konflikt im Sommer 2014

Der Sommer 2014 war von den Auseinandersetzungen des Gaza-Konflikts bestimmt. Parallel dazu gab es in ganz Deutschland Demonstrationen, auf denen überwiegend Israel für den Ausbruch des Konflikts verantwortlich gemacht wurde. Während der Demonstrationen zeigte sich offener Antisemitismus, sowohl unter den Demonstranten als auch seitens der Personen, die am Rande die Demonstrationen beobachteten, sich aber nicht aktiv daran beteiligten.

In der FES-Mitte-Studie 2014 wurde die Haupterhebung im Frühsommer kurz vor dem Ausbruch des Gaza-Konflikts durchgeführt. Nach Ende der kriegerischen, heißen Phase des Konflikts sollte eine Nacherhebung im September bei über 500 Befragten Hinweise auf mögliche Veränderungen im Ausmaß von Antisemitismus ermitteln. Die

198 Hierzu wurden beide Items zu einer Mittelwertskala zusammengefasst. Befragte mit einem Wert von >2.5 wurden als »israelkritisch« eingestuft. In der Expertise von Zick/Küpper (2011) wurde ein etwas weniger konservatives Kriterium von >=2.5 gewählt. Aus diesem Grund sind hier die Angaben für 2004 leicht abweichend.

199 Kempf, Israelkritik, S. 119 ff. In seiner Pressemitteilung zu seinem Buch »Antisemitismus und Israelkritik« vom 26. 4. 2016 weist Kempf die Annahme zurück, »wonach Antizionismus eine Spielart von Antisemitismus ist«. […] Zwar gehen antisemitische und antizionistische Einstellungen häufig Hand in Hand, doch gibt es auch eine nicht unerhebliche Anzahl von Leuten, die zwar antizionistisch eingestellt sind, jegliche Art von antisemitischen Vorurteilen aber strikt zurückweisen« (S. 2). Die Ergebnisse einer nichtrepräsentativen Studie, die links eingestellte Personen fokussiert (218 Teilnehmer, darunter 187 als linksradikal eingestuft), widersprechen diesem Befund, (Maximilian Elias Imhoff, Antisemitismus in der Linken. Ergebnisse einer quantitativen Befragung, Frankfurt a. M. 2011, S. 139).

200 Kempf, Israelkritik, S. 153. In einer Pressemitteilung vom 26. 4. 2016, unterscheidet Kempf vier Formen der Einstellung zu Israel: Unterstützung der israelischen Politik (26 Prozent); latent antisemitische Vermeidung von »Israelkritik« (11 Prozent); antisemitische »Israelkritik« (26 Prozent) und menschenrechtsorientierte »Israelkritik« (38 Prozent).

201 Ebenda, S. 153.

202 Ebenda, S. 150 und 171. Kempf hat in seiner Studie ein komplexes Modell des israelisch-palästinensischen Konflikts entwickelt, in dem sowohl kognitive Elemente (israel- bzw. palästinenserfeindliche Ressentiments, Wissen über den Konflikt und Erklärungsmodelle – War and Peace Frames – für den Konflikt) wie auch emotionale Komponenten (emotionale Nähe zum Konflikt, Beziehungen zu einer der beiden Konfliktparteien usw.) berücksichtigt werden (Ebenda, S. 191 ff.).

Datenlage ermöglicht leider nur einen begrenzten direkten Vergleich, da in der Haupterhebung im Frühsommer lediglich der klassische Antisemitismus erfasst wurde. Der Vergleich ist insofern konservativ, als dass auch im Verlauf der Haupterhebung, die z. T. vor Ausbruch, z. T. noch während des Konflikts lief, leicht erhöhte Werte feststellbar waren. Deutlich wird: Der klassische Antisemitismus nahm in der kurzen Zeit vom Frühsommer auf Spätsommer 2014 signifikant zu. Vor bzw. während des Konflikts stimmten ca. 14 Prozent der klassisch antisemitischen Aussage zu: »Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.« Im September 2014 stieg die Zustimmung leicht an auf 15 Prozent. Auffallend ist der Anstieg bei der Schuldzuweisung, in der sich die typische Täter-Opfer-Umkehr wiederfindet. Rund zehn Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu: »Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.« Der Anteil der Zustimmung stieg im September 2014 auf 18 Prozent. Im Vergleich zur letzten Erhebung der GMF-Langzeitstudie 2011 sank hingegen der Anteil von Befragten, die israelbezogenem Antisemitismus zustimmten, von 43 Prozent (2011) auf 23 Prozent (2014).

Die Studie der *Bertelsmann Stiftung* ermöglicht einen Vergleich der Einstellungen vor und nach dem Gaza-Konflikt zwischen 2013 und Oktober 2014. Hier nahm der Anteil an Personen, die eine ziemlich oder sehr schlechte Meinung über Israel äußern, von 48 Prozent auf 56 Prozent zu. Ein leichter Anstieg von 56 Prozent auf 60 Prozent zeichnet sich auch bei der Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit ab. Hier nimmt umgekehrt aber die Zustimmung zur klassisch antisemitischen Unterstellung, der »Einfluss der Juden auf der Welt sei zu groß«, von 30 Prozent auf 23 Prozent ab, und auch die Zustimmung zur NS-vergleichenden Kritik an Israel fällt von 45 Prozent auf 38 Prozent.

Es zeigt sich kein klares Bild, inwieweit Antisemitismus nach dem Gaza-Konflikt 2014 zugenommen hat. Es gibt sowohl Indizien für einen Anstieg als auch für ein Absinken.

4.4 Zusammenhänge von Antisemitismus mit verwandten Konstrukten

Antisemitismus ist in vielerlei Hinsicht ein besonderes Phänomen. Dennoch lassen sich Zusammenhänge empirisch nachzeichnen, die Hinweise auf Unterschiede und Ähnlichkeiten von Mustern der Abwertung, Ausgrenzung und Verfolgung verschiedener sozialer Gruppen geben und Implikationen für die Prävention, von Antisemitismus beinhalten. Dazu gehört insbesondere der ethnische Rassismus, der ein besonders gut untersuchtes Phänomen ist und in dessen Kontext viele Präventionsansätze entwickelt wurden, die auch für die Bekämpfung von Antisemitismus hilfreich sein könnten. Aus dieser Perspektive heraus wurde Antisemitismus im Rahmen der GMF-Studie als ein Element der GMF verstanden und empirisch geprüft.

4.4.1 Zusammenhang mit Elementen »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit«

Empirisch wird ein signifikanter Zusammenhang von antisemitischen und abwertenden Einstellungen gegenüber anderen sozialen Gruppen auf mittlerem Niveau deutlich.[203] Besonders eng ist der empirische Zusammenhang von Antisemitismus mit Fremdenfeindlichkeit, ethnischem Rassismus, der Abwertung von Muslimen und Homophobie.[204] Das bedeutet, viele Befragte, die antisemitischen Einstellungen zustimmen, neigen auch zu Rassismus und Sexismus, zur Abwertung von Eingewanderten, Asylsuchenden, Roma, Muslimen, aber auch von homosexuellen Menschen usw. In Prozent ausgedrückt, stimmen z. B. 44 Prozent der Befragten, die zu Antisemitismus neigen, auch fremdenfeindlichen Einstellungen zu, 40 Prozent einer Abwertung von Muslimen, 40 Prozent Homophobie und 36 Prozent dem klassischen Sexismus sowie 26 Prozent einem ethnischen Rassismus; 62 Prozent der Befragten fordern »Etabliertenvorrechte«. Signifikante Zusammenhänge auf mittlerem Niveau lassen sich nicht nur für klassischen, sondern ähnlich hoch auch für sekundären und israelbezogenen Antisemitismus feststellen.[205]

4.4.2 Soziale Distanz

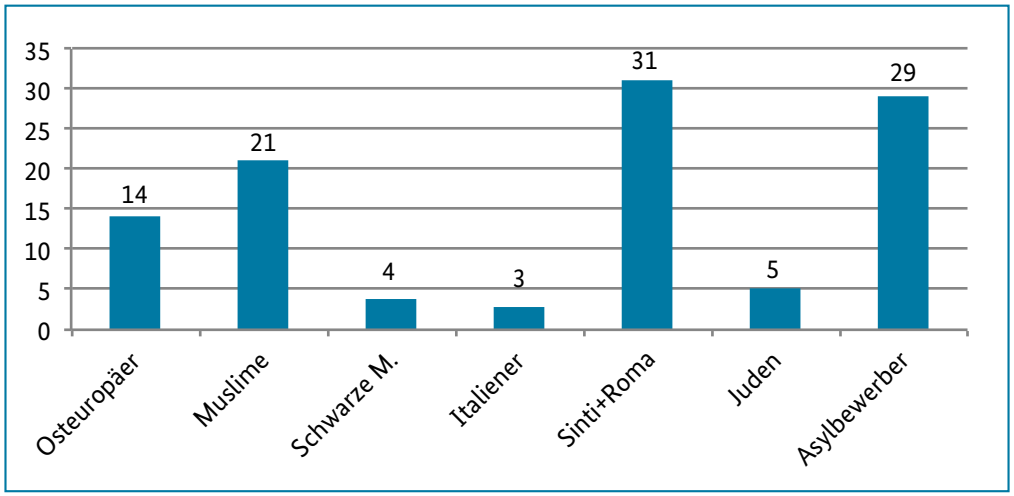
Eine weitere Dimension, in der sich die Akzeptanz einer gesellschaftlichen Gruppe ausdrückt, ist die soziale Distanz, d. h. die subjektiv empfundene Entfernung zu einer Person oder Gruppe. Es wird angenommen, dass die soziale Distanz, die man zwischen sich und den Mitgliedern einer bestimmten Gruppe gewahrt sehen will, ein Ausdruck von Vorurteilen gegenüber dieser Gruppe ist. Soziale Distanz wird in den Sozialwissenschaften mit Fragen zur Akzeptanz von Gruppenmitgliedern ermittelt, die die Zustimmung/Ablehnung unterschiedlich enger

203 Vgl. Expertise Zick u. a., Tabelle 8.

204 Vgl. auch hohe Korrelationen zwischen negativen Einstellungen zu Sinti und Roma, Juden, Schwarzen, Muslimen, Osteuropäern und Asylbewerbern in der Studie: Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung. Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma, Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, vom ZfA und vom IVKF e.V., Berlin 2014 (2. Auflage), S. 72 ff.

205 Eigene Analysen der Daten der FES-Mitte-Studie 2014 für diesen Bericht.

Abb. 4.4: »Wie angenehm oder unangenehm wäre Ihnen eine Person der folgenden Gruppen als Nachbar?« (eher–sehr unangenehm – Skalenwerte 5–7) (in Prozent)



sozialer Beziehungen messen.[206] Zahlreiche Studien zeigen, dass es eine Hierarchie in der Bewertung ethnischer Minoritäten gibt, die sowohl die Majorität als auch die Minoritäten kennen, über die also ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens besteht.[207] Die erste Studie, die sich der Untersuchung ethnischer Hierarchien in Deutschland widmete, ergab unter den vorgegebenen Gruppen die folgende Rangfolge: Deutsche, deutsche Juden, Italiener, Türken, Asylbewerber, wobei zwischen deutschen Juden und Italienern nur eine geringe Distanz lag.[208] Eine neue repräsentative Studie, die die soziale Distanz mit Fragen nach der Nachbarschaft bzw. der Differenzwahrnehmung bezüglich des Lebensstils erhoben hat, bestätigt die Ergebnisse der früheren Studien (Abb. 4.4).

Während gegenüber Italienern, Juden und Schwarzen die Ablehnung als Nachbarn sehr gering ausfällt, steigt die soziale Distanz gegenüber Osteuropäern, Muslimen, Asylbewerbern bis hin zu Sinti und Roma immer stärker an.[209]

Die Wahrnehmung von Differenzen zum Lebensstil der abgefragten Gruppen zeigt eine fast identische Hierarchisierung, wobei der Unterschied von Schwarzen und Italienern zu Juden hier etwas stärker ausfällt, was vermutlich der Annahme von Unterschieden in der religiösen Praxis geschuldet ist (Abb. 4.5). Dies dürfte auch für die hohe Zustimmung hinsichtlich der Lebensstildifferenzen zu Muslimen verantwortlich sein, während dies im Fall der Asylbewerber bzw. Sinti und Roma primär auf eine Differenzwahrnehmung des sozialen Status zurückzuführen ist. Insgesamt gesehen ist die soziale Distanz gegenüber Juden gering ausgeprägt.

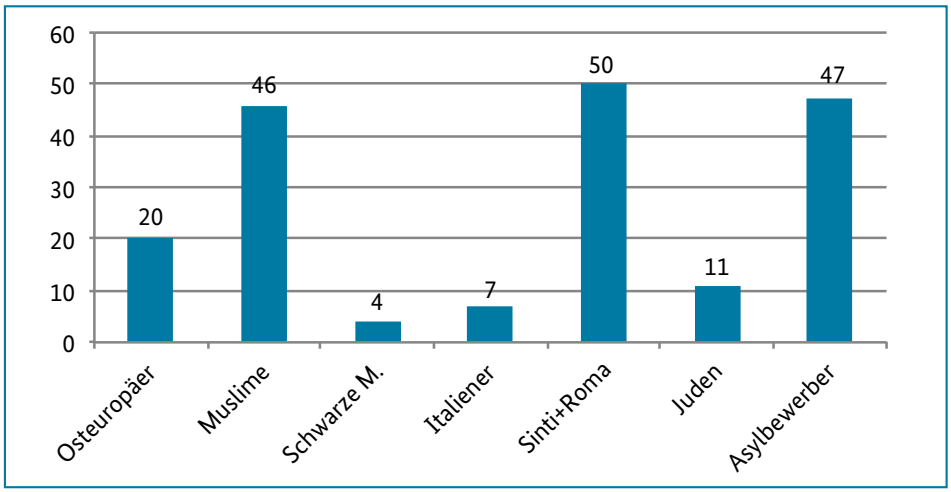
206 Die ursprüngliche Bogardus-Skala umfasste sieben Stufen sozialer Distanz von der Einheirat in die Familie bis zum Ausschluss einer Gruppe aus dem eigenen Land. Siehe: Emory S. Bogardus, Measuring Social Distances, in: Journal of Applied Sociology, 9 (1925), S. 299–308. Zumeist werden heute aber Fragen zur Akzeptanz im Freundeskreis, als Nachbarn und als Partner in einer Liebesbeziehung bzw. die Akzeptanz der Einheirat in die eigene Familie gewählt. Siehe: Nicole Jäckle, Die ethnische Hierarchie in Deutschland und die Legitimierung der Ablehnung und Diskriminierung ethnischer Minoritäten. Über den Konsens in den individuellen Vorurteilen von Mitgliedern einer Gesellschaft, Diss. Universität Marburg 2008, S. 231, http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2008/0475/pdf/dnj.pdf (eingesehen 27.11.2016).

207 Louk Hagendoorn, Intergroup Biases in Multiple Group Systems: The Perception of Ethnic Hierarchies, in: Wolfgang Stroebe/Miles Hewstone (Hrsg.), European Review of Social Psychology, 6 (1995), S. 199-228. Louk Hagendoorn/Jose Pepels, Why the Dutch Maintain More Social Distance from Some Ethnic Minorities than Others: A Model Explaining the Ethnic Hierarchy, in: Louk Hagendoorn/Justus Veenemann/Wilma Vollebergh (Hrsg.), Integrating Immigrants in the Netherlands. Cultural versus Socio-Economic Integration, Ashgate 2003, S. 41–61.

208 Jäckle, Ethnische Hierarchie, S. 232. In früheren Studien wurde eine ähnliche Hierarchisierung ermittelt: Italiener, Juden, Türken, Afrikaner/oder Asylbewerber (vgl. Alphons Silbermann/F.Hüsers, Der »normale« Hass auf die Fremden: Eine sozialwissenschaftliche Studie zu Ausmaß und Hintergründen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, München 1995; auf der Basis der Daten der ALLBUS-Bevölkerungsumfragen von 1996 und 2006: Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996, in: Richard Alba/Peter Schmidt/Martina Wasmer (Hrsg.), Deutsche und Ausländer – Freunde, Fremde oder Feinde?, Opladen 2000, S. 402–437; Werner Bergmann/Verena Münch Antisemitismus im Vergleich 1996–2006, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 21 (2012), S. 325–369.

209 Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung, S. 75 f. Abweichend von den abgebildeten Werten, die auf der verwendeten 7er-Skala nur die Extremwerte der Ablehnung bzw. Unterscheidung 6 + 7 einbezogen haben, wird hier auch die leichtere Form der Ablehnung/Unterscheidung (Skalenwert 5) einbezogen. Daher liegen die Werte hier etwas höher als in der Studie.

Abb. 4.5: »Was meinen Sie, wie stark unterscheiden sich die in Deutschland lebenden Gruppen in ihrem Lebensstil von der Mehrheit?« (eher–sehr stark – Skalenwerte 5–7) (in Prozent)



Wie auch im Fall dergruppenbezogenen Einstellungen (Kapitel 4.4.1) korrelieren die Antworten zur sozialen Distanz gegenüber den genannten Gruppen sehr hoch miteinander.[210]

4.4.3 Zusammenhang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Im derzeit zu beobachtendem Rechtspopulismus steht die Abwertung von Juden zwar aktuell nicht im Mittelpunkt, ist aber dennoch eng damit verknüpft: Wer ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster vertritt, das sich durch Demokratieverachtung, aggressiven Autoritarismus und die Abwertung von Eingewanderten, Muslimen, Roma und Asylsuchenden skizzieren lässt, vertritt häufiger auch antisemitische Einstellungen.[211] Zudem korreliert die Zustimmung zu Antisemitismus mit der Zustimmung zu anderen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen und lässt sich mit Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, der Verharmlosung der NS-Diktatur, nationalem Chauvinismus und der Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur auf einem gemeinsamen, übergeordneten Faktor abbilden (FES-Mitte-Studie 2016).[212] Die Zustimmung zu Positionen der *Alternative für Deutschland* (AfD) und neurechte Positionen, die Identität und Widerstand betonen und darüber völkische Denkmuster in die Debatte zurückbringen, ist empirisch ebenfalls eindeutig mit Antisemitismus verknüpft (Auswertungen aus der FES-Mitte-Studie 2016: Korrelation mit neurechten Einstellungen r=.42, mit AfD-Sympathie r=.22).

4.4.4 Zusammenhang mit Antiamerikanismus, Kapitalismus- und Globalisierungskritik

Eine weitere Frage betrifft die Breite des Phänomens des Antisemitismus. Die oben skizzierte Perspektive untersucht Antisemitismus v. a. als ein Vorurteil. Die sozialpsychologische Vorurteilsforschung versteht unter dem Begriff der »Vorurteile« eine große Bandbreite von Abwertungs- und Ausgrenzungsformen. Bereits Gordon Allport hat hier die Eskalationsspirale von kleinen beleidigenden Randbemerkungen über Verleumdung und Vermeidung bis hin zu Diskriminierung, Verfolgung und sogar Vernichtung beschrieben.[213] Insbesondere die deutsche Antisemitismusforschung versteht Antisemitismus z. T. noch deutlich breiter als ein viel komplexeres ideologisches Phänomen, das sich aus weiteren Verschwörungstheorien speist. Hier werden v. a. der Antiamerikanismus, Antikapitalismus, Antiimperialismus und die Globalisierungskritik ins Spiel gebracht. Aus empirischer Sicht ist die Frage interessant, wie eng antisemitische Einstellungen mit diesen Ideologien tatsächlich verknüpft sind.

In den Bevölkerungsumfragen bestätigt sich empirisch eine gewisse Schnittmenge, die aber nicht sehr groß ist:[214] Klassischer wie auch israelbezogener Antisemitismus korrelieren zwar signifikant, aber nicht sehr hoch mit traditionellem Antiamerikanismus, der z. B. Amerikanern Oberflächlichkeit und Egoismus unterstellt, ebenso mit

210 Ebenda, S. 77.

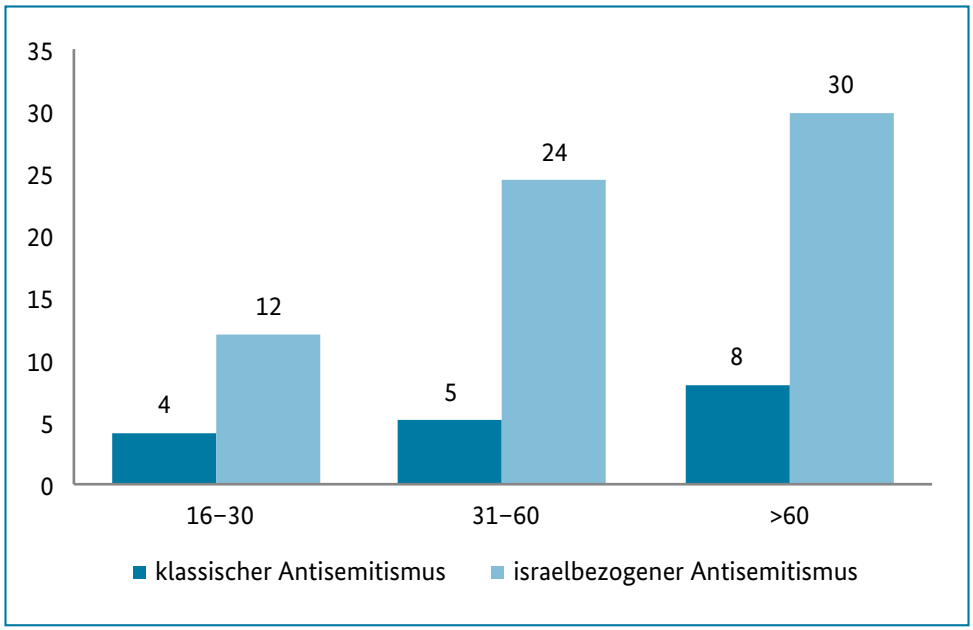
211 Küpper/Zick/Krause, Pegida in den Köpfen.

212 Eine für diesen Bericht durchgeführte explorative Faktorenanalyse zeigt eindeutige und hohe Ladungen von a ≥ .8 aller sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungen, wie sie von der sogenannten Konsens-Definition vorgeschlagen und oben aufgeführt werden.

213 Gordon W. Allport, The Nature of Prejudice, Cambridge, MA 1954/1971.

214 Details vgl. Expertise von Zick u. a.

Abb. 4.6: Antisemitismus nach Altersgruppen in Prozent (FES-Mitte-Studie 2016)



einem krisenbezogenen Antiamerikanismus, der Amerika eine Gefährdung der Weltwirtschaft und sozialen Marktwirtschaft vorwirft (GMF-Survey 2009). Noch schwächer ist der Zusammenhang mit Kapitalismus- und Globalisierungskritik und den drei oben genannten Facetten von Antisemitismus (Leipziger-Mitte-Studie 2014; FES-Mitte-Studie 2016). Insgesamt erweisen sich Kapitalismuskritik und Antiamerikanismus als keine besonders starken Indikatoren für Antisemitismus.

- Antisemitismus im Sinne eines Vorurteils gegenüber Juden korreliert mit der Abwertung anderer sozialer Gruppen: Wer z. B. fremdenfeindliche Einstellungen vertritt, teilt mit höherer Wahrscheinlichkeit auch antisemitische Einstellungen.

- Antisemitismus ist mit Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und neurechten Positionen verknüpft.

- Die empirischen Befunde empfehlen, zwischen Antisemitismus einerseits, Antiamerikanismus, Kapitalismus- und Globalisierungskritik andererseits zu unterscheiden und Letztere nicht als Facetten oder subtile Ausdrucksformen von Antisemitismus zu verstehen.

4.5 Zur Rolle sozio-demografischer Faktoren

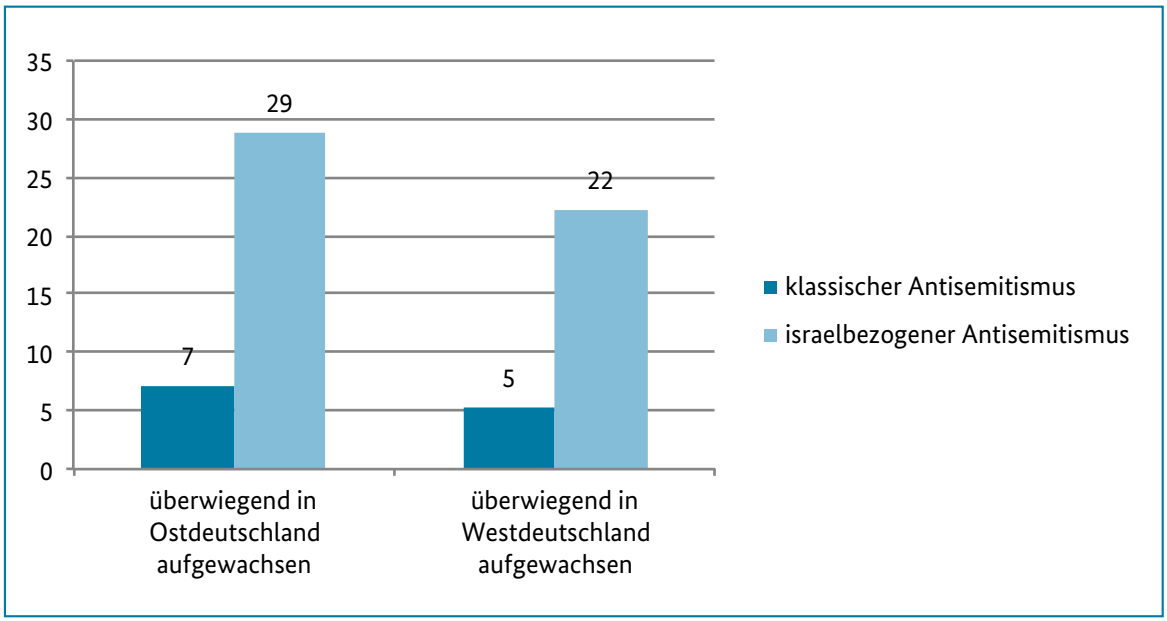
Eine ganze Reihe von sozio-demografischen Faktoren wie Wohnortgröße, Einkommen, Beruf und Region, die früher durchaus Einfluss auf die Verbreitung antisemitischer Einstellungen besaßen, haben diesen heute weitgehend verloren. Wenn, dann hat v. a. die Schulbildung einen reduzierenden Einfluss. Zudem schwächt sich in den letzten Jahren der Einfluss des Alters und des Ost/West-Unterschieds ab, während Männer nach wie häufiger antisemitische Einstellungen aufweisen als Frauen. Bei der Frage nach der Rolle sozio-demografischer Faktoren stellt sich auch die Frage nach dem Antisemitismus in der migrantischen Bevölkerung sowie in der »Mitte« der Gesellschaft.

4.5.1 Antisemitismus nach Alter

Zeigten sich bis vor Kurzem v. a. bei älteren Jahrgängen antisemische Einstellungen, so verweisen die aktuellen Studien nur noch auf geringe Unterschiede zwischen alt und jung im Ausmaß der Zustimmung zu klassischem Antisemitismus. Aber auch sekundär antisemitische Einstellungen (→ Definition), wie etwa die Forderung nach einem Schlussstrich, verzeichnen in den letzten Jahren einen Anstieg bei den unter 30-Jährigen.[215] Beim israelbezogenen Antisemitismus gibt es kein eindeutiges Entwicklungsmuster. Hier wird aber ein klarer Alterseffekt deutlich: Mit zunehmendem Alter stimmen Befragte häufiger zu (Abb. 4.6).

215 Es scheint inzwischen fraglich, ob die Schlussstrichfragen bei den Jüngeren heute noch als ein geeigneter Indikator für Antisemitismus angesehen werden können. Auch Kempf bezweifelt in seiner Studie, dass die Schlussstrichfrage ein geeigneter Indikator für Antisemitismus sei, da sie sich nicht unter die anderen antisemitischen Dimensionen subsummieren lasse (Kempf, Israelkritik, S. 152 f.).

Abb. 4.7: Antisemitismus bei Befragten aus Ost- bzw. Westdeutschland in Prozent (FES-Mitte-Studie 2016)



4.5.2 Antisemitismus bei Ost-/Westdeutschen

Während nach der Wende von 1989 Ostdeutsche zunächst noch deutlich weniger zu offenem Antisemitismus neigten als Westdeutsche, hat sich dieser Unterschied inzwischen nahezu eingeebnet, in einigen Jahren sogar umgedreht. So stimmen 2016 dem klassischen und israelbezogenen Antisemitismus in Ostdeutschland sieben respektive 29 Prozent der Befragten, in Westdeutschland fünf respektive 22 Prozent zu (Abb. 4.7). Andere Studien finden allerdings nach wie vor deutliche Unterschiede mit höheren Werten in Westdeutschland[216].

Detailliertere Auswertungen des Erhebungsjahrs 2016 nach Unterschieden zwischen einzelnen Bundesländern sind aufgrund der geringen Fallzahl in den kleinen Bundesländern nur für die größeren Bundesländer aussagekräftig. Im Vergleich sind antisemitische Einstellungen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen etwas geringer als in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Dies setzt den Trend der vorherigen Jahr im Wesentlichen fort (Auswertung für diesen Bericht der FES-Mitte-Studie 2014 und der GMF-Studie 2002–2012).

4.5.3 Antisemitismus und Geschlecht

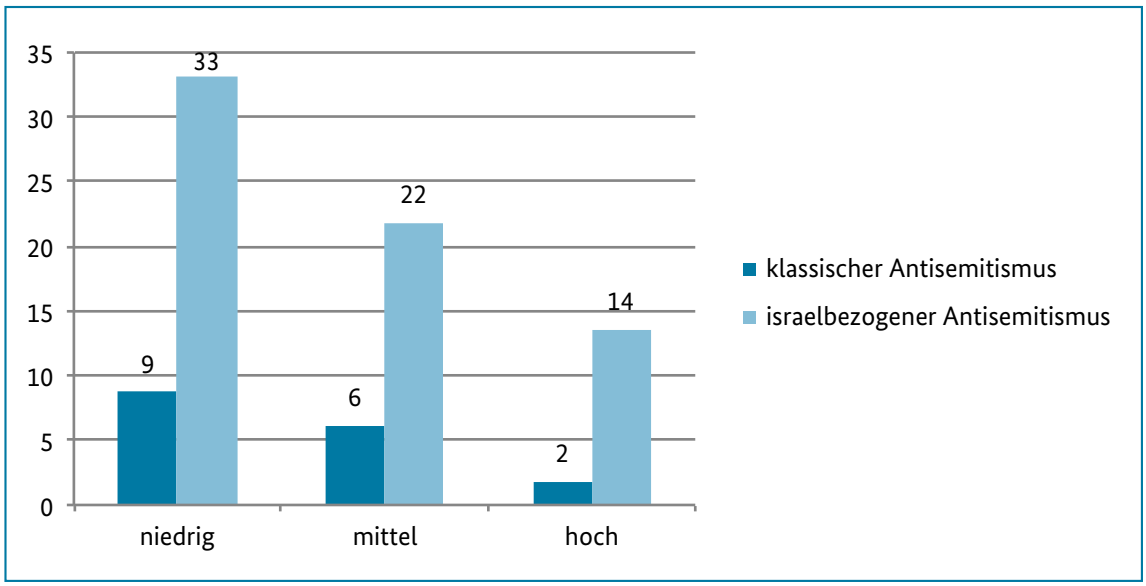
Männer neigen beständig etwas stärker zum traditionellen, z. T. auch zu sekundärem Antisemitismus als Frauen, insgesamt aber finden sich in den verschiedenen neueren Studien nur geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern. In der FES-Mitte-Studie 2016 stimmen acht Prozent der Männer und vier Prozent der Frauen klassischem Antisemitismus bzw. jeweils 24 Prozent israelbezogenem Antisemitismus zu, d. h. Männer und Frauen unterscheiden sich hier nicht.

4.5.4 Antisemitismus und Schulbildung

Allein der Faktor Bildung hat nach wie vor einen deutlichen Einfluss auf die Übernahme antisemitischer Einstellungen. Die Zustimmung zu den drei Dimensionen des Antisemitismus fällt umso höher aus, je niedriger die formale Schuldbildung ist. Dabei macht offenbar ein hohes Bildungsniveau den entscheidenden Unterschied, da die Differenzen sowohl zwischen den »hohen« und »niedrigen« als auch zwischen den »hohen« und »mittleren« Bildungsgruppen hochsignifikant sind, während die Unterschiede zwischen den »niedrigen« und »mittleren« Gruppen entweder nicht (beim sekundären und israelbezogenen Antisemitismus) oder aber wie im Fall des traditionellen Antisemitismus nur schwach signifikant ausfallen. In der FES-Mitte-Studie liegt die Zustimmung zu klassischem Antisemitismus bei Befragten mit niedriger Bildung bei neun Prozent, bei Personen mit mittlerem Bildungsstand bei sechs Prozent und bei besser gebildeten bei zwei Prozent (Abb. 4.8). Auch beim israelbezogenen Antisemitismus tritt der Einfluss der Schulbildung inzwischen klar zutage. In der GMF-Erhebung 2010 zeichnete sich der Einfluss der Bildung v. a. beim klassischen, deutlich weniger beim israelbezogenen Antisemitismus ab.

216 ALLBUS, 2006; Kempf, Israelkritik, S. 151.

Abb. 4.8: Antisemitismus nach Schulbildung in Prozent (FES-Mitte-Studie 2016)



Die Schulbildung scheint heute in mehrfacher Weise zu einer Reduktion von Vorurteilen im Allgemeinen und judenfeindlicher Einstellungen im Besonderen beizutragen. Häufig werden erst in der Oberstufe Themen wie Demokratie, Toleranz, Antisemitismus und die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung der Juden in Deutschland und Europa vertieft behandelt. Längere und bessere Ausbildung führt zudem zu einer stärkeren normativen Sozialisierung, d. h. zur Übernahme der zentralen Werte der demokratischen politischen Kultur,[217] zu denen auch die Toleranz gegenüber anderen ethnischen Gruppen gehört. Mit längerer Schulbildung steigt auch die Möglichkeit, demokratische Spielregeln wie Debatten, Kompromisse aushandeln und Vertreter und Vertreterinnen wählen, einzuüben. Außerdem ist die Schulbildung auch ein Hinweis auf das Vorhandensein bzw. den Ausbau kognitiver Fähigkeiten, die wiederum das Denken in komplexen Zusammenhängen befördert und gleichzeitig die Bereitschaft, inflexible Wahrnehmungsschemata, Verschwörungstheorien und externe Kontrollüberzeugungen zu übernehmen, vermindert.[218] Inwieweit der Bildungseinfluss tatsächlich positiv in Richtung einer Reduzierung von Vorurteilen wirkt oder aber zumindest z. T. auf Kommunikationslatenz, d. h. das normkonforme Zurückhalten der wahren Einstellung zurückgeht, ist bisher kaum erforscht. Es fällt aber auf, dass der Effekt der Bildung in etlichen Erhebungen besonders deutlich beim klassischen und sekundären Antisemitismus, schwächer aber beim israelbezogenen Antisemitismus zu beobachten ist.

4.5.5 Zusammenfassende Analyse sozio-demografischer Faktoren

In der Regressionsanalyse wird allerdings deutlich, dass diese vier genannten demografischen Faktoren insgesamt nur über eine sehr geringe Erklärungskraft verfügen. Am ehesten spielen diese Faktoren eine Rolle für die Erklärung des traditionellen, noch etwas weniger für den sekundären und so gut wie keine für den israelbezogenen Antisemitismus.[219] Während die Bildung bei den beiden ersten Facetten noch eine gewisse Bedeutung hat, ist dies für letztere kaum der Fall.

- In der Tendenz zeigen Männer, Ältere und weniger gut Gebildete häufiger antisemitische Einstellungen. Die Unterschiede sind jedoch gering
- Unter den Älteren ist die Verbreitung antisemitischer Einstellungen zurückgegangen, bei den Jüngeren

217 Wie Frederick Weil (The Variable Effect of Education on Liberal Attitudes: A Comparative-Historical Analysis of Antisemitism Using Public Opion Data, in: American Sociological Review, 50 [1985], S. 458) einer komparativen Analyse des Bildungseinflusses auf liberale Einstellungen gezeigt hat, ist dieser Bildungseffekt in den nach 1945 sozialisierten Altersgruppen international verbreitet und nicht auf den Antisemitismus begrenzt. Er führt diesen Effekt auf zwei Einflüsse zurück: »The length of time a country has had a liberal-democratic regime form, and the degree of religious heterogeneity«.

218 Norbert Götz, Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin, in: Zeitschrift für Soziologie, 26 (1997), S. 407. Zur Prüfung unterschiedlicher Erklärungsansätze für den Bildungseffekt auf Vorurteile u. a. Evelyn Hello/Peer Scheepers/Peter Sleegers, Why the More Educated are Less Inclined to Keep Ethnic Distance: An Empirical Test of Four Explanations, in: Ethnic and Racial Studies, 29 (2002), S. 959–985.

219 Gesamtvarianzaufklärung: klassischer Antisemitismus 5–15 Prozent; sekundärer Antisemitismus 5–10 Prozent; israelbezogener Antisemitismus 1–3 Prozent (vgl. dazu Expertise von Zick u. a., Tab. 12). In der ALLBUS-Studie von 2012, in der die vier demografischen Faktoren 15 Prozent der Varianz aufklären können, ist der traditionelle Antisemitismus eher bei weniger Gebildeten, bei Älteren und bei Männern anzutreffen.

stagniert der Antisemitismus. Hier zeigt sich ein positiver Generationeneffekt, der sich aber nicht einfach fortzusetzen scheint.

- Ost- und Westdeutsche gleichen sich im Ausmaß von Antisemitismus zunehmend an.

- Demografische Faktoren spielen für die Erklärung von Antisemitismus insgesamt nur eine geringe Rolle. Wenn, dann trägt v. a. eine bessere Schulbildung zu einem geringeren Ausmaß an traditionellem und sekundärem Antisemitismus bei, während sie israelbezogenen Antisemitismus kaum positiv beeinflusst.

4.6 Antisemitismus der Mitte?

In den letzten Jahren ist das Schlagwort vom »Antisemitismus der Mitte« aufgekommen, wonach sich antisemitische Einstellungen zunehmend in der »Mitte der Gesellschaft« ausbreiteten und diese mithin kein Phänomen des politisch oder sozial randständiger Gruppierungen seien.[220] Stephan Kramer, der ehemalige Generalsekretär des *Zentralrats der Juden in Deutschland,* beschrieb die judenfeindlichen Reaktionen während des Gaza-Konflikts 2014 so: »Es gibt eine fortschreitend um sich greifende Feindschaft gegen Juden, mehr und mehr auch in der Mitte der Gesellschaft.«[221] Umgekehrt wird der Verweis auf »die Mitte« auch genutzt, um das Vorhandensein rechtsextremer und antisemitischer Einstellungen von sich zu weisen, da diese dort nicht anzutreffen sein können. Offen bleibt, was unter »Mitte« verstanden wird, und genau dies ist die rhetorische Stärke des Begriffs. Mit »Mitte« wird nicht nur die Mehrheit, sondern auch Normalität, keine Abweichung ins Extreme suggeriert, was den Begriff zugleich gefährlich macht, unterstellt er doch, dass Personen, die sich einer vagen Mitte zuordnen lassen oder sich dort selbst verorten, keine politisch extremen Ansichten vertreten können. Diese Annahme findet sich dann auch implizit für den Antisemitismus. Heinz Fromm, der ehemalige Präsident des Verfassungsschutzes, wollte in der Öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des *Deutschen Bundestags* im Jahre 2008 in der Formel von der Mitte der Gesellschaft eher »einen Begriff in der politischen Auseinandersetzung« sehen, »mit dem man irgendetwas erreichen oder irgendjemanden unter Druck setzen will, er ist aber nicht sehr präzise«.[222] Dass die »Mitte« aber durchaus zu menschenfeindlichen und rechtsextremen Ansichten neigen kann, bestätigen Umfragen immer wieder.

Zunächst muss allerdings geklärt werden, was genau »die Mitte« ist und welche Annahmen mit der Vermutung, »der Antisemitismus fände sich zunehmend auch in der Mitte« verbunden sind. Sind dies alle nicht politisch extremistischen Bürger, hat man Angehörige der bürgerlichen Mittelschicht im Blick oder meint man eine quantitative Zunahme, sodass nun nicht mehr nur Angehörige der politischen Ränder, sondern zunehmend auch solche der politischen Mitte antisemitische Einstellungen hegen?[223] Oder möchte man damit sagen, dass es eine Zunahme an antisemitischen Äußerungen aus diesem Spektrum gibt?

Letzteres trifft historisch so nicht zu. Die Umfragen in der Bundesrepublik weisen von jeher und v. a. in früheren Jahren, in denen die Bevölkerung noch stärker durch den Einfluss des Nationalsozialismus geprägt war, auf die Verbreitung antisemitischer Einstellungen gerade in den konservativ bürgerlichen Kreisen und unter Akademikern nach, während etwa in den frühen 1950er-Jahren gerade in der Arbeiterschaft antisemitische Vorurteile weit weniger verbreitet waren.[224] Dies ist heute mit Blick auf Bildung und Berufsstatus so nicht mehr der Fall. Antisemitische Einstellungen waren nach 1945 zudem niemals nur am extremen rechten Rand anzutreffen, sondern immer ein über die gesamte Gesellschaft, wenn auch ungleich gestreutes Phänomen. Dass sich antisemitische Einstellungen nicht alleine an den politischen Rändern finden, sondern auch in der politischen Mitte unter den Wählern von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP, ist eine seit Jahrzehnten in empirischen Studien ermittelte Tatsache.[225]

Im Folgenden berichten wir über aktuelle Befunde zur sozialen, politischen und subjektiven Mitte, die hier zum einen sozial anhand von Schichtmerkmalen wie Einkommen, Bildung, Beruf, zum anderen politisch über die politische Selbstverortung der Befragten bzw. die Parteienpräferenz und schlicht über die subjektive Selbstzuweisung zu einer »Mitte« definiert wird.

220 Mitte-Studien 2002–2014; Schwarz-Friesel/Friesel/Reinharz (Hrsg.), Aktueller Antisemitismus.

221 Zitiert in: »Feindschaft gegen Juden nimmt zu. Zentralrat sieht Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft«, in: Der Tagesspiegel vom 27. 1. 2009.

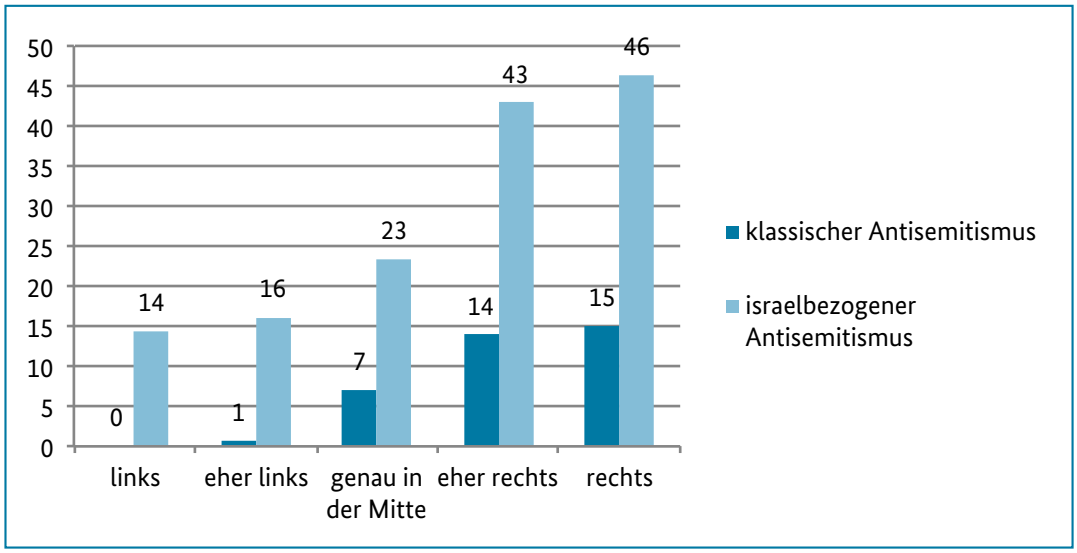
222 Heinz Fromm, in: Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, 2008, Protokoll 16/70, Innenausschuss, Wortprotokoll, 70. Sitzung, Öffentliche Anhörung, 16. 6. 2008, Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB, Ausschussdrucksache, S. 40.

223 Kritisch zur Interpretationsfigur des »Extremismus der Mitte«, insbesondere zur Verwendung der Formel vom »Rechtsextremismus der Mitte«, die heute ihren festen Platz in der Anti-Rechts-Bewegung und der politischen Publizistik hat, vgl. Michael Kohlstruck, Der Rechtsextremismus und die Mitte, in: Henrique Richardo Otten/Manfred Sicking (Hrsg.), Kritik und Leidenschaft. Vom Umgang mit politischen Ideen, Bielefeld 2011, S. 85–93.

224 Werner Bergmann/Rainer Erb, Der Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1945–1989. Ergebnisse der empirischen Forschung, Opladen 1991.

225 Vgl. ebenda.

Abb. 4.9: Antisemitismus nach politischer Selbstpositionierung in Prozent (FES-Mitte-Studie 2016)



4.6.1 Antisemitismus in der sozialen Mitte

Sowohl bei der subjektiven (definiert über die Selbsteinstufung) als auch der objektiven Schichtzugehörigkeit (definiert über Bildung, Einkommen und Beruf) zeichnet sich ab: Befragte der sozialen Mitte sind auch auf mittlerem Niveau antisemitisch. Diejenigen, die sich selbst einer unteren Position in der Gesellschaft zuordnen, über wenig Bildung, Einkommen oder einen Beruf mit niedrigem Status verfügen, tendieren am stärksten zum traditionellen Antisemitismus, während die Befragten, die sich selbst »oben« verorten, die schwächste Zustimmung zeigen. Nach den Befunden der Mitte-Studie von 2014 (nicht erfasst 2016) scheint es gerade der einkommensstarke Anteil der Mittelgruppe zu sein, der vergleichsweise am wenigsten traditionell antisemitischen Aussagen zustimmt.[226] Ähnliches findet sich auch für den sekundären – und schwächer ausgeprägt – auch für den israelbezogenen Antisemitismus; hier weist ebenfalls die mittlere Einkommensgruppe eine mittlere Zustimmung auf, allerdings ist beim sekundären Antisemitismus der Unterschied zur unteren Einkommensgruppe nicht signifikant, beim israelbezogenen Antisemitismus weist sie weder zur unteren noch zur oberen Einkommensgruppe signifikante Unterschiede auf.[227] Bemerkenswert ist ferner: Arbeitslose Personen fallen in der letzten Leipziger-Mitte-Studie 2016 nicht durch besonderen Antisemitismus auf, vielmehr haben Hausfrauen und Ruheständler die höchsten Zustimmungswerte (wobei hier eine Konfundierung mit dem Lebensalter wahrscheinlich ist und dies eher ein Alters- denn ein Effekt des Berufsstatus sein könnte).

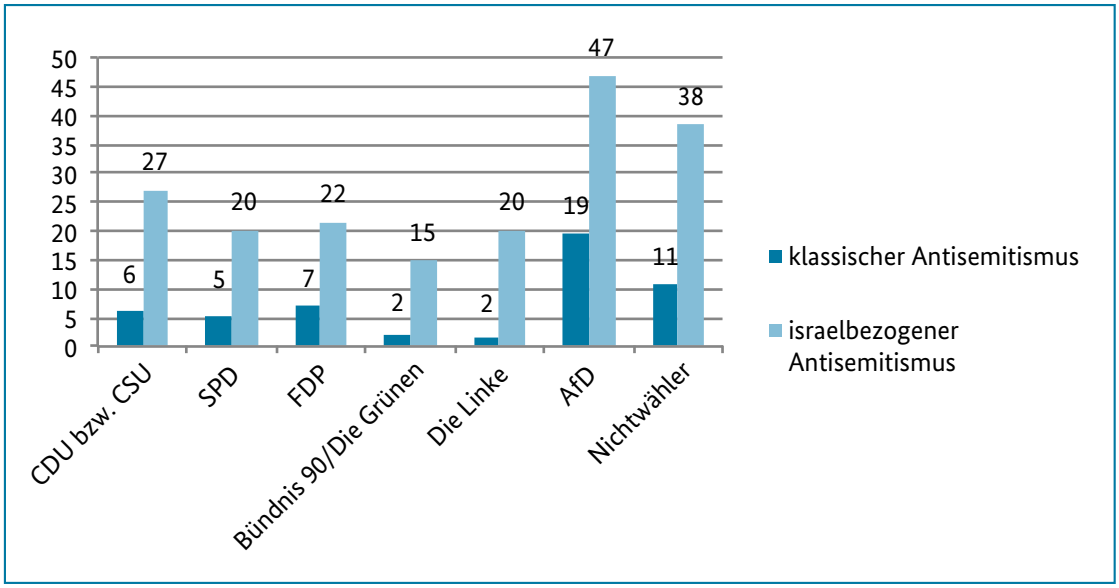
4.6.2 Antisemitismus in der politischen Mitte

Was den Zusammenhang von politischer Selbstverortung auf einer zehn-Punkte-Skala von ganz links bis ganz rechts mit dem traditionellen Antisemitismus angeht, so findet sich in den aktuellen Studien ein Muster, das bereits in den Untersuchungen der 1980er- und 1990er-Jahre anzutreffen war: Von links nach rechts nimmt der Antisemitismus nahezu kontinuierlich zu. Allerdings vertreten Personen, die sich ganz links einordnen, etwas häufiger antisemitische Einstellungen als die »eher linken« oder »Linksliberalen«. Die Zustimmungswerte derer, die sich selbst in der politischen Mitte verorten (und dies sind rund 60 Prozent der Befragten) liegen zwischen der niedrigeren Zustimmung im linken Spektrum und dem höheren im rechten Spektrum und ähneln jenen »ganz links«. Die aktuell vorliegenden Studien zeigen im Großen und Ganzen ein ähnliches Bild mit kleinen Abweichungen. In der letzten GMF-Studie von 2011 sowie den FES-Mitte-Studien 2014 und 2016 zeichnet sich ein nahezu linearer Trend von zunehmendem Antisemitismus von »links« über die »Mitte« nach »rechts« ab, der nicht nur für den klassischen, sondern auch für den sekundären und den israelbezogenen Antisemitismus deutlich wird. Das Ausmaß der Zustimmung zum klassischen Antisemitismus geht in der FES-Mitte-Studie 2016 im Vergleich zu 2014 in allen drei Gruppen, also denen, die sich als links oder eher links, als in der Mitte, oder als rechts oder eher rechts einstufen, leicht zurück (Abb. 4.9).

226 GMF-Studie, S. 52.

227 Ein abweichendes Ergebnis ergibt sich für die Erweiterung der Einkommensmitte auf 80 Prozent der Befragten. Dann sind die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen beim traditionellen und beim israelbezogenen Antisemitismus nicht mehr signifikant, nur beim sekundären Antisemitismus sind signifikante Unterschiede festzustellen (GMF-Studie 2011 – Expertise, S. 53).

Abb. 4.10: Antisemitismus nach Parteienpräferenz (Sonntagsfrage) (FES-Mitte-Studie 2016)



In der Leipziger-Mitte-Studie von 2014 findet sich kein Unterschied zwischen der »Mitte« und der »extremen Linken«. Allerdings zeigt sich eine deutlich geringere Verbreitung im Vergleich mit »eher rechten« und »rechten« Selbsteinstufungen. Beim sekundären Antisemitismus finden wir ein ähnliches Muster, nur dass hier zwischen den »ganz linken« und »eher linken« kein signifikanter Unterschied besteht, wohl aber zu denen, die sich in der »Mitte« und rechts davon einordnen. Was den israelbezogenen Antisemitismus angeht, so steigt die Kurve der Mittelwerte von links nach rechts nur mäßig an und es zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den linken Positionen und der »Mitte«. Deutlich höher ist die Zustimmung zu israelbezogenem Antisemitismus aber im politischen Spektrum rechts der Mitte. Der vielfach behauptete »linke Antisemitismus«, der sich in spezifischen politischen Milieus finden lässt, kann in den politischen Einstellungen von Befragten aus der breiten Bevölkerung, die sich selbst klar »links« positionieren, nicht nachgewiesen werden – Antisemitismus in der breiten Bevölkerung ist deutlich am höchsten im rechten Spektrum ausgeprägt.[228]

Auch mit Blick auf die Parteienpräferenz bestätigt sich sowohl in der Leipziger- als auch der FES-Mitte-Studie 2016 (Abb. 4.10): Antisemitismus findet sich auch bei Wählerinnen und Wählern demokratischer Parteien, die sich der »Mitte« zuordnen. Allerdings fällt auf: Potenzielle Wählerinnen und Wähler der AfD neigen mit Abstand deutlich mehr zu Antisemitismus als die Wählerinnen und Wähler der im Bundestag vertretenen Parteien. Dies bestätigen auch detailliertere Analysen in der FES-Mitte-Studie 2016 zu Sympathisanten der AfD (d. h. Personen, die bei der Sonntagsfrage angeben, die AfD wählen zu wollen bzw. die sagen, sie finden die inhaltlichen Positionen der

228 Die empirische Studie von Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder, Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen, Frankfurt a. M. 2016, die eine sehr weite Verbreitung von Antisemitismus unter Linksradikalen und Linksextremen in Deutschland feststellt, ist aufgrund methodischer Schwächen, v.a. wegen der Kriterien der Einstufung von Personen als linksradikal bzw. linksextrem, in Rezensionen mehrfach scharf angegriffen worden. Christoph David Piorkowski, Studie schürt Angst vor Gefahr von links. Eine neue Studie des SED-Forschungsverbundes der Freien Universität ist gefährlich unpräzise. Das Ergebnis ist eine einseitige Analyse der linken Szene in Deutschland, in: Der Tagesspiegel vom 28. 10. 2016; Armin Pfahl-Traughber, Eine nicht überzeugende Studie zu linksextremen Einstellungen, in: Humanistischer Pressedienst vom 15. 8. 2016, http://hpd.de/artikel/nicht-ueberzeugende-studie-linksextremen-einstellungen-13420 (eingesehen 14. 11. 2016). Pfahl-Traughber schreibt dort: »Ihre Linksextremismus-Skala basiert nicht auf demokratietheoretischen Erwägungen, sondern auf jeweiligen Lektüreeindrücken, was nur ein Grund für besonders hohe Ergebnisse ist, wobei sich die statistischen Einzelerkenntnisse auch noch inhaltlich widersprechen.« Die Ergebnisse der Studie widersprechen zudem allen Befunden der bisherigen Forschung zum Zusammenhang von politischer Einstellung und Antisemitismus. Laut Schroeder/Schroeder sollen 34 Prozent der als Linksextremisten eingestuften Personen der Behauptung zustimmen, »Juden hätten in Deutschland zu viel Einfluss«. Unter Personen, die als Linksradikale eingestuft wurden, waren es noch 16 Prozent. Linksradikale/Linksextremisten würden antisemitischen Aussagen demnach deutlich häufiger zustimmen als der Durchschnitt der Bevölkerung.

AfD richtig): Nicht nur teilen diese deutlich stärker antisemitische Einstellungen als Befragte, die nicht mit der AfD sympathisieren, zuletzt sind die antisemitischen Einstellungen unter AfD-Sympathisanten auch im Vergleich zu 2014 angestiegen.[229] Über Wähler anderer Parteien, so auch der NPD, kann auf Basis der vorliegenden Daten keine Aussage getroffen werden, hier ist die Stichprobe der bekennenden NPD-Wähler schlicht zu klein. Dennoch finden sich hier Hinweise auf ebenfalls sehr hohe Zustimmungswerte.

Bei Ost- wie Westdeutschen nimmt Antisemitismus in Abhängigkeit von der politischen Selbstverortung von links über die Mitte nach rechts zu (keine Interaktion der Variablen). Es fällt lediglich auf, dass Personen, die sich selbst ganz rechts positionieren, im Osten in der Tendenz weniger zu Antisemitismus neigen als jene, die sich »eher rechts« verorten und deutlich weniger als im Westen. Eine politische Positionierung rechts ist im Westen also ganz klar auch mit Antisemitismus verbunden, im Osten nicht (wobei Personen, die sich im Osten dazu bekennen, die NPD zu wählen, und die im Westen die Republikaner wählen, sehr stark zu einem israelbezogenen Antisemitismus neigen, aber die Stichprobe ist zu klein für eine zuverlässige Aussage; GMF-Survey 2002-2011). Umgekehrt verhält es sich mit der nicht eindeutig antisemitischen Kritik an Israel. Diese nimmt von rechts über die Mitte nach links zu, mit besonders hohen Werten bei Befragten im Osten, die sich »ganz links« positionieren.

Auch beim Ausmaß von Antisemitismus und Kritik an Israel in Abhängigkeit der Wahlpräferenz unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche nicht oder kaum. Auch Befragte, die im Osten und Westen die Linkspartei präferieren, unterscheiden sich hier nicht.

- Heutzutage ist Antisemitismus v. a. in unteren Schichten verbreitet, während die Zustimmung in der Mittelschicht, definiert über Einkommen, Bildung und Beruf, im Mittelfeld liegt. Ein Anstieg findet sich hier nicht.
- Antisemitismus findet sich hingegen auch bei Befragten, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen bzw. Parteien der politischen Mitte präferieren.
- Personen, die sich selbst »ganz links« einordnen oder die Linkspartei präferieren, neigen nicht mehr zu Antisemitismus als Wähler und Wählerinnen der anderen demokratischen Parteien. Dies gilt auch für israelbezogenen Antisemitismus.
- Personen, die die AfD präferieren, zeigen eine auffällig hohe Zustimmung zu allen drei Facetten von Antisemitismus.

4.7 Religionszugehörigkeit und Antisemitismus

Im nächsten Abschnitt werden empirische Befunde zum Zusammenhang zwischen der Religionszugehörigkeit und antisemitischen Einstellungen berichtet. Für die Situation in Deutschland ist diese Frage zum einen mit Blick auf das Christentum von Interesse. Hierzu gibt es v. a. Erkenntnisse zum Ausmaß von Antisemitismus unter Katholiken, Protestanten und nichtkonfessionell gebundenen Personen; zu Mitgliedern anderer christlicher Kirchen, wie z. B. Freikirchen oder orthodoxen Christen, liegen bislang nur wenige Informationen vor. Zum anderen stehen insbesondere Muslime im Verdacht, besonders antisemitisch zu sein. Auch hierzu werden Befunde vorgestellt, und es wird die Überschneidung von muslimischer Religionszugehörigkeit und Migrationshintergrund bzw. Herkunftsland/-kultur angesprochen, die es erschwert, Antisemitismus von muslimischen Migranten, die zudem überproportional über eine geringe Schulbildung verfügen, eindeutig auf einen Erklärungsfaktor zurückzuführen.

4.7.1 Einfluss der christlichen Religion auf antisemitische Einstellungen

Christlicher Antisemitismus bzw. Antisemitismus, der aus christlichen Überzeugungen rührt, war in der europäischen Kulturgeschichte lange Zeit präsent (→ Definition). Zugleich wurde Antisemitismus aber immer auch weltlich begründet, sodass er sich aus unterschiedlichen Quellen speiste und speist. Christlich-religiös geprägter Antisemitismus manifestiert sich in Deutschland dennoch immer noch u. a. in einer Zustimmung von 14 Prozent zu der Aussage »Juden sind für den Tod Christi verantwortlich«.[230]

Hingegen spielt die bloße christliche Religionszugehörigkeit und das Ausmaß an Religiosität für das Ausmaß an Antisemitismus in der breiten Bevölkerung in Deutschland keine besondere Rolle.[231] Vereinzelt ergeben sich einige höhere Zustimmungswerte, aber kein klares Muster.

229 Andreas Hövermann/Eva Groß, Menschenfeindlicher und rechtsextremer – Die Veränderungen der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016, in: Zick/Küpper/Krause (Hrsg.), Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Bonn 2016, S. 174.

230 ADL, Attitudes Toward Jews, 2012.

231 In der GMF-Studie aus dem Jahr 2011 gaben 38 Prozent der Befragten an evangelisch und 28 Prozent katholisch zu sein; andere christliche Glaubensgemeinschaften stellten ca. 1 Prozent. Das Ausmaß selbst eingeschätzter Religiosität differiert zwischen Ost- und Westdeutschland: 18,5 Prozent der Westdeutschen gaben an, »überhaupt nicht religiös« zu sein, der Anteil lag bei den Ostdeutschen bei 53 Prozent (GMF-Studie 2011 – Expertise, S. 54).

Die absoluten Unterschiede sind gering, sollten also nicht überbewertet werden. In den GMF- und FES-Mitte-Studien unterscheiden sich Protestanten, Katholiken und Konfessionslose in der Zustimmung zu allen drei Antisemitismus-Facetten nicht voneinander. In der aktuellen Leipziger-Mitte-Studie 2016 neigen Konfessionslose etwas weniger zum traditionellen Antisemitismus. Ob in bestimmten religiösen Subgruppen, etwa Evangelikalen das Ausmaß an Antisemitismus höher liegt, lasst sich anhand repräsentativer Bevölkerungsumfragen nicht prüfen, dafür ist die Stichprobe schlicht zu klein. Eine Prüfung bedürfte einer speziellen Untersuchung.

Ein weiterer Indikator in diesem Zusammenhang ist die Religiosität. In der religionspsychologischen Forschung wird eine ganze Reihe von Dimensionen von Religiosität beschrieben und unterschieden. Letztlich lassen sich diese jedoch durch die einfache Frage nach der religiösen Selbsteinschätzung als proximales Maß recht gut abbilden.[232] Auch hier zeigt sich kaum ein Einfluss auf das Ausmaß von Antisemitismus, d. h. Personen neigen nahezu gleichermaßen zu Antisemitismus, ganz gleich wie religiös sie sich einschätzen. In der Tendenz neigen Personen, die sich als überhaupt nicht oder eher nicht religiös einschätzen, lediglich zu etwas weniger traditionellem Antisemitismus.[233]

Anders sieht dies bei religiös-fundamentalistischer Orientierung aus. Je stärker sich Befragte zu der fundamentalistischen Aussage »Meine Religion ist die einzig wahre« bekennen, desto stärker neigen sie auch zu traditionellem und sekundärem (nicht aber israelbezogenem) Antisemitismus. Dies gilt europaweit auch für die Abwertung anderer Gruppen.[234]

- Die Zugehörigkeit zu einer der beiden großen christlichen Kirchen und das Ausmaß selbsteingeschätzter Religiosität spielt für die Zustimmung zu antisemitischen Einstellungen kaum eine Rolle. Christen sind nicht per se antisemitischer, aber auch nicht weniger antisemitisch als Konfessionslose.

- Hingegen steigt Antisemitismus mit zunehmend christlich-fundamentalistischer Überzeugung an.

4.7.2 Antisemitismus unter muslimischen Befragten

Spätestens seit der antisemitischen Welle des Jahres 2002, in der erstmals Muslime in einigen europäischen Ländern als Tätergruppe antisemitischer Übergriffe ins Blickfeld gerieten, wird in der deutschen wie europäischen Öffentlichkeit und Wissenschaft über die Frage der Verbreitung des Antisemitismus unter Muslimen kontrovers diskutiert. Die Zuwanderung von muslimischen Flüchtlingen aus dem Nahen Osten im Jahre 2015 hat zu besorgten Warnungen vor einer Zunahme des Antisemitismus vonseiten jüdischer Organisationen geführt.[235] Trotz des von vielen Seiten als dringlich erachteten Problems fehlt es bisher in Deutschland an einer repräsentativen Befragung unter der muslimischen Bevölkerung. Es gibt jedoch eine Reihe von Studien, die zumindest gewisse Anhaltspunkte zur Beantwortung der Frage der Verbreitung und zu den Ursachen antisemitischer Einstellungen in dieser Bevölkerungsgruppe bieten.

4.7.2.1 Was ist auf die »muslimische Religionszugehörigkeit«, was auf andere Variablen zurückzuführen?

Der Faktor »muslimische Religionszugehörigkeit« ist mit einer Reihe von anderen Variablen konfundiert, die nicht immer auseinandergehalten werden, was aber gerade mit Blick auf Schlussfolgerungen für Prävention und Intervention von Bedeutung sein kann – weniger in Bezug auf die Zielgruppe, an die sich die Intervention richtet, sondern vielmehr über welche Wege sie geht und welche Themen sie aufgreift.

In der Kategorisierung »Muslime« ist sowohl im Alltagsverständnis als auch in der Wissenschaft die Religionszugehörigkeit mit der ethnischen Herkunft bzw. mit der Nationalität vermischt, und es ist nicht immer klar, inwieweit sich die Einstellungen tatsächlich auf die Religionszugehörigkeit oder aber auf die politische Sozialisation in der Herkunftsregion zurückführen lassen. In der Wissenschaft wird die Frage nach wie vor kontrovers diskutiert, ob wir es primär mit einem religiös motivierten Antisemitismus zu tun haben, der sich auf Aussagen des Korans stützt, oder mit einem antizionistisch begründeten arabischen Nationalismus, der sich der Versatzstücke des

232 Stefan Huber/Constantin Klein (Hrsg.), Kurzbericht zu einzelnen Ergebnissen der internationalen Durchführung des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2007.

233 Beate Küpper/Andreas Zick, Schützt Religiosität vor Menschenfeindlichkeit oder befördert sie sie?, in: Andrea Bieler/Henning Wrogemann (Hrsg.), Was heißt hier Toleranz?, Neukirchen-Vluyn 2014, S. 146–163.

234 Beate Küpper/Andreas Zick, Religion and Prejudice in Europe. New Empirical Findings. Dossier for the Network of European Foundations – Initiative for Religion and Democracy in Europe, London 2010.

235 Zentralrat der Juden fürchtet neuen Antisemitismus, in: Die Welt vom 28.6.2016, http://www.welt.de/politik/article156658717/Zentralrat-der-Juden-fuerchtet-neuen-Antisemitismus.html (eingesehen 23.8.2016); Abraham Cooper, Viele muslimische Migranten sind antisemitisch, in: Der Tagesspiegel vom 6.6.2015 (Abraham Cooper ist Ko-Vorsitzender des Simon Wiesenthal Zentrums in Los Angeles).

modernen europäischen Antisemitismus bedient.[236] Regionale Narrative und Propaganda, die Migranten über die familiäre Sozialisation, aber auch über die Nutzung von Medien der Herkunftsländer erreichen, dürften hier eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Für Letzteres spricht die unterschiedliche Ausprägung antisemitischer Einstellungen unter Muslimen weltweit.[237] Wir dürften es gegenwärtig aber mit einer Mischform zu tun haben, da der Koran zunehmend antijüdisch ausgelegt wird, um den Kampf gegen Israel ideologisch zu unterfüttern.[238] Die internationalen Studien der *Anti-Defamation League* (ADL) zeigen außerdem, dass antisemitische Einstellungen etwa unter bosnischen Muslimen zwar auch weiter verbreitet sind als unter bosnischen Christen, allerdings weniger weit als etwa unter Muslimen in arabischen Staaten und dort, wie z. B. im Libanon, auch christliche Personen auffällig stark zum Antisemitismus neigen.[239] Hier spielt offenbar weniger die Religion als vielmehr die Sozialisation in den Herkunftsländern eine Rolle. Die Rede von Muslimen verdeckt die Unterschiede, die etwa zwischen bosnischen, türkischen und arabischen Zuwanderern bestehen.

Eine weitere Komplikation kommt dadurch hinzu, dass Muslime in Deutschland zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten ins Land gekommen sind und wir es mit Personen der ersten, zweiten oder gar dritten Generation zu tun haben, von denen sehr viele bereits in Deutschland aufgewachsen und sozialisiert worden sind – Personen also, die nicht selbst Migranten sind, sondern nur einen sogenannten familiären Migrationshintergrund haben. Ferner könnten andere sozio-demografische Faktoren wie Alter, Geschlecht oder Bildung eine Rolle spielen. Personen, die aus muslimischen Ländern nach Deutschland eingewandert sind, sind überproportional jung und weniger gut gebildet. Diese Faktoren werden aber selten statistisch erfasst, sodass auch hier dann nicht klar ist, welcher Anteil tatsächlich auf die Religion, welcher auf andere Faktoren zurückzuführen ist. Diese Einschränkungen sind nicht zuletzt für die Intervention wichtig.

4.7.2.2 Befunde zu muslimischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland

Zum Antisemitismus von Muslimen in Deutschland liegen bisher eine Reihe qualitativer bzw. quantitativ-qualitativer Studien vor, die sich ausnahmslos auf Jugendliche, in einigen Fällen auch nur auf männliche Jugendliche, konzentrieren.[240] Zusammenfassend konstatieren diese Studien, dass antiisraelische Äußerungen, die dann auf alle Juden generalisiert werden, unter den Jugendlichen gebräuchlich sind. Der Nahostkonflikt wird als die Hauptquelle für antisemitische Äußerungen angesehen, wobei die Jugendlichen dabei auf eine imaginierte muslimische oder ethnische Kollektividentität zurückgreifen, um sich selbst zu versichern, dass es eine von allen Muslimen geteilte Ablehnung von Juden gebe und dass dies demnach eine »normale Haltung« sei.[241] Diese Ablehnung wird von den Jugendlichen aber selten religiös begründet. Je stärker sich die Jugendlichen im Nahostkonflikt mit den Palästinensern identifizieren, desto deutlicher fällt auch die Ablehnung von Juden aus, v. a., wenn sie nicht zwischen der Politik Israels und Juden unterscheiden. Diese Identifikation fällt bei Jugendlichen mit arabischem oder palästinensischem Hintergrund stärker aus als etwa bei jenen mit türkischem Hintergrund.[242] Neben dem Nahostkonflikt spielen als Kontexte für antisemitische Einstellungen auch die globalen politischen Verhältnisse, v. a. Antiamerikanismus (wohl wegen der Parteinahme der USA für Israel) und Verschwörungstheorien über eine angebliche jüdische Macht eine wesentliche Rolle, da Juden als Beherrscher von Regierungen, Massenmedien und Wirtschaftsunternehmen imaginiert werden.[243] Wie sehr diese von vielen muslimischen Jugendlichen als »normal« betrachteten

236 Götz Nordbruch, Antisemitismus als Gegenstand islamwissenschaftlicher und Nahost-bezogener Sozialforschung, in: Werner Bergmann/Mona Körte (Hrsg.), Antisemitismusforschung in den Wissenschaften, Berlin 2004, S. 241–269.

237 ADL Global 100: A Survey of Attitudes Toward Jews in over 100 Countries around the World. Executive Summary. Online unter: http://global100.adl.org/public/ADL-Global-100-Executive-Summary.pdf (eingesehen 10. 4. 2016); ADL Global 100: 2015 Update in 19 Countries. Online unter: http://global100.adl.org /#map/2015update (eingesehen 10. 4. 2016); Günther Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Ergebnisse einer Studie unter jungen muslimischen Männern, Essen 2012, S. 270.

238 Juliane Wetzel, Moderner Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland, Wiesbaden 2014, S. 4.

239 ADL Global 100: A Survey of Attitudes Toward Jews in over 100 Countries.

240 Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen; Gabriel Fréville/Susanna Harms/Serhat Karakayali, Antisemitismus – ein Problem unter vielen, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus, Wiesbaden 2010, S. 185–198; Jürgen Mansel/Viktoria Spaiser, Abschlussbericht Forschungsprojekt: Soziale Beziehungen, Konfliktpotentiale und Vorurteile im Kontext von Erfahrungen verweigerter Teilhabe und Anerkennung bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, Universität Bielefeld 2010; Susanna Harms, Antisemitismus – ein Problem unter vielen. Eine Befragung in Jugendclubs und Migranten- und Migrantinnen-Organisationen, Berlin 2009. Online unter http://www.amira-berlin.de/Material/Publikationen/64.html (eingesehen 7. 4. 2016). Im Fokus stehen zumeist die Einstellungen männlicher muslimischer Jugendlicher, doch vermutet die Amira-Studie, dass antisemitische Einstellungen unter den weiblichen Jugendlichen nicht weniger verbreitet seien, diese würde aber aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Erziehung weniger offen geäußert (Fréville u. a., Antisemitismus – ein Problem unter vielen, S. 190 f.).

241 Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen, S. 312 f.; Werner Bergmann, Zur Entwicklung antisemitischer Einstellungen der Bevölkerung. Vortrag zu Ergebnissen zur Einstellungsforschung zum »Antisemitismus in Deutschland«. Expertenkreis Antisemitismus beim BMI, 15. 2. 2010.

242 Ob dies tatsächlich einer geringeren Verbreitung entspricht oder ob, wie befragte Akteure in der Amira-Studie vermuten, türkischstämmige Jugendliche ihre Meinung nur weniger offen kommunizierten, muss offen bleiben. GMF-Expertise, S. 58.

243 Wie die Studie von Jikeli »Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime« zeigt, gilt dies ebenso für muslimische Jugendliche in England und Frankreich.

judenfeindlichen Anschauungen Teil eines konsistenten Weltbilds oder nur eine oberflächliche Übernahme von judenfeindlichem Gedankengut aus ihrem Milieu sind, mit dem man sich nicht wirklich identifiziert, bedarf weiterer Untersuchungen. Dennoch ist die Warnung einiger Autoren, man könne bei Personen muslimischen Glaubens keinesfalls per se antisemitische Einstellungen und Weltbilder unterstellen, zu berücksichtigen.[244]

Die früheste, wenn auch nicht repräsentative Umfrage zum Thema »Muslime in Deutschland« von Brettfeld/Wetzels aus dem Jahre 2007, bei der 2683 Jugendliche, darunter 500 Muslime, befragt wurden, hat die Einstellung zu Juden nur mit einem Item erhoben. Der Aussage »Menschen jüdischen Glaubens sind überheblich und geldgierig« stimmten 16 Prozent der muslimischen Befragten zu. Die Zustimmung lag bei den nichtmuslimischen Jugendlichen bei sieben Prozent, bei denen ohne Migrationshintergrund bei fünf Prozent. Je religiöser sich die muslimischen Jugendlichen selbst einschätzten, desto häufiger stimmten sie der Aussage zu.[245] Zwar unterschieden sich muslimische Jugendliche nicht von anderen Jugendlichen in der Zustimmung zur generellen Aussage »Auch andere Religionen haben ihre Berechtigung und sind zu achten«, doch scheint dies gegenüber Juden nur eingeschränkt zu gelten. Möglicherweise werden Juden weniger als eine religiöse, denn als eine ethnisch bzw. national definierte Gruppe gesehen.

Auch in der schon etwas älteren Schüler- und Schülerinnenbefragung des *Kriminologischen Instituts Niedersachsen* fielen Jugendliche aus islamisch geprägten Herkunftskulturen durch ein besonders hohes Ausmaß an Antisemitismus auf, wobei sich allerdings auch für Jugendliche aus anderen migrantischen Kontexten hier leicht höhere Werte zeigten. Der Besuch des Gymnasiums trug bei türkischstämmigen Jugendlichen dazu bei, das Ausmaß an Antisemitismus zu reduzieren (bei anderen Gruppen war dies aufgrund der zu kleinen Stichprobe nicht überprüfbar). Ebenso waren muslimische (und insbesondere die türkischstämmigen) Mädchen weniger antisemitisch eingestellt als muslimische Jungen.[246] Die Befunde verweisen auf die Bedeutung weiterer Faktoren, die neben der Religion eine Rolle spielen.

Auch in der groß angelegten Studie über junge Muslime in Deutschland von Frindte u. a., in der 200 junge deutsche Muslime, 517 nichtdeutsche Muslime und 200 junge deutsche »Nichtmuslime« (14 bis 32 Jahre alt) befragt wurden, stimmten Muslime deutlich häufiger als »Nichtmuslime« verschiedenen Facetten von Antisemitismus zu, darunter auch einem israelbezogenen Antisemitismus.[247] Zugleich wurden Unterschiede zwischen Muslimen unterschiedlicher Herkunftsländer und -regionen sichtbar. Türkischstämmige Muslime neigten weniger zum Antisemitismus als jene aus nordafrikanischen bzw. arabischen Ländern. Und Muslime, die als Herkunftsland Afghanistan, den Irak, Iran oder Pakistan angeben bzw. die aus der Balkanregion stammen, stimmten im Durchschnitt nicht nur seltener Antisemitismus zu als jene aus arabischen Ländern und der Türkei, sondern auch als in Deutschland geborene Muslime. Zugleich lassen sich keine Unterschiede zwischen Muslimen unterschiedlicher Glaubensrichtungen feststellen. Ausnahme sind hier die Aleviten, die weniger dazu neigen, Israel die alleinige Schuld am Nahostkonflikt zuzuweisen, die ansonsten aber ähnlich antisemitisch sind wie Muslime anderer Glaubensrichtungen. Während sich antisemitische Einstellungen bei deutschen Muslimen als recht stabil erwiesen, sind die der nichtdeutschen Muslime, die gegebenenfalls noch enger an die Herkunftsländer gebunden sind, weniger stabil und könnten eher von politischen Ereignissen in der Herkunftsregion beeinflusst sein, so die Vermutung der Autoren.

4.7.2.3 Befunde zu muslimischen Erwachsenen in Deutschland

Eine aktuelle repräsentative Umfrage zu »Integration und Religion aus der Sicht der Türkischstämmigen in Deutschland« bestätigt, dass die persönliche Haltung von erwachsenen türkischstämmigen Muslimen gegenüber Juden deutlich negativer ausfällt als die gegenüber Christen. Gaben 80 Prozent an, gegenüber Christen eine sehr bzw. eher positive Haltung zu haben, waren dies bezüglich der Juden nur 59 Prozent. Christen wurden nur von fünf Prozent sehr oder eher negativ gesehen, Juden von 21 Prozent. Auffällig ist dabei, dass 30 Prozent bei der Frage nach der persönlichen Einstellung zu Juden die Antwortvorgabe »weiß nicht/keine Angabe« wählten, im Fall der Christen waren es nur halb so viele. Noch negativer als gegenüber

244 GMF-Expertise, S. 58; Fréville u.a., Antisemitismus – ein Problem unter vielen; Mansel/Spaiser, Abschlussbericht Forschungsprojekt, S. 225; Harms, Antisemitismus, S. 85.

245 Die Stärke der Religiosität wurde unterschieden nach: fundamental (23 Prozent), traditionell konservativ (22 Prozent), orthodox religiös (sieben Prozent), gering religiös (drei Prozent) (Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, Muslime in Deutschland: Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch motivierter Gewalt, Berlin: Bundesministerium des Innern, 2007, S. 280).

246 Dirk Baier/Christian Pfeiffer/Julia Simonson/Susann Rabold, Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt: Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Hannover 2009, Tab. 6.14. und Abb. 6.16.

247 Frindte/Boehnke/Kreikenbom/Wagner, Lebenswelten junger Muslime in Deutschland, S. 227–247. Die Erhebung der Daten fand in den Jahren 2009–2010 statt. 25 Prozent der Muslime stimmten zwei israelfeindlichen Statements (»Israel ist allein für die Entstehung und Fortsetzung der Nahostkonflikte verantwortlich« und »Es wäre besser, wenn die Juden den Nahen Osten verlassen würden«) zu, während junge Nichtmuslime hier nur zu fünf Prozent zustimmten. Mansel/Spaiser kamen in ihrer Studie unter Schülern 2010 zu einem ähnlichen Ergebnis, wonach muslimische Schüler, besonders jene aus den arabischen Ländern, häufiger antisemitische Einstellungen (sowohl israelbezogene als auch religiöse und traditionelle) vertraten als Schüler ohne Migrationshintergrund (Abschlussbericht Forschungsprojekt 2010).

Juden war die Haltung zu Atheisten: 27 Prozent wählten hier die Kategorien sehr oder eher negativ (49 Prozent sehr oder eher positiv, wiederum hohe 24 Prozent die Vorgaben »weiß nicht/keine Antwort«).[248] Die hohe Zahl der »weiß nicht-Antworten« bzw. Antwortverweigerungen interpretieren die Autoren als »eine zumindest latente Abwehrhaltung« gegenüber Juden und Atheisten.[249]

In den repräsentativen Umfragen des GMF-Surveys zeichnen sich darüber hinaus zwei bemerkenswerte Befunde ab: Während bei Katholiken und Protestanten das Ausmaß an Religiosität keine Rolle für den Antisemitismus spielt, steigt bei Muslimen das Ausmaß antisemitischer Einstellungen mit dem selbstberichteten Grad der Religiosität an (wobei sich nur geringfügig mehr Muslime als Katholiken und Protestanten als religiös einstufen).[250] Und: Während sich bei jungen Befragten unter 30 Jahren ein deutlicher Unterschied zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zeigt (junge Muslime sind antisemitischer als die gleichaltrigen Nichtmuslime), findet sich bei den über 60-Jährigen kaum ein Unterschied. Außerdem sind junge Muslime nicht antisemitischer als ältere Nichtmuslime. Offenbar haben junge Muslime die positive Entwicklung der letzten Jahrzehnte hin zu weniger Antisemitismus nicht oder noch nicht – und das ist eine ganz wesentliche Frage – nachvollzogen. Dies wirft Fragen an die Prävention auf, z. B. inwieweit junge Muslime, die häufig nicht als dazugehöriger Teil der deutschen Gesellschaft verstanden und adressiert werden, sich von bestehenden Präventionsanstrengungen angesprochen fühlen bzw. von diesen angesprochen werden (→ Prävention).

4.7.2.4 Diskriminierung als mögliche Ursache antisemitischer Einstellungen bei muslimischen Einwanderern

Neben der Frage der Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der muslimischen Bevölkerung stellt sich die Frage nach deren Ursachen. Neben dem Nahostkonflikt und der Ablehnung Israels werden von Jürgen Mansel und Viktoria Spaiser auch Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung von Muslimen in der deutschen Gesellschaft als Ursache genannt (Abb. 4.11).[251] Die Abwertungserfahrung variiert hier je nach Herkunftsland. So fühlten sich Jugendliche aus arabischen Ländern deutlich häufiger diskriminiert als türkischstämmige Muslime. Warum sich aber eigene Diskriminierungserfahrungen in eine Ablehnung von Juden transformieren sollen, erscheint zunächst nicht plausibel. Mansel/Spaiser weisen zu Recht darauf hin, dass der Weg von einer erlebten Diskriminierung der türkisch-arabischen Eigengruppe keineswegs kausal zu antisemitischen Einstellungen führt.[252] Ein Erklärungsversuch verweist auf den internationalen Kontext, wonach die eigenen Diskriminierungserfahrungen mit dem Bild von Muslimen als »weltweit gedemütigtem Opfer« fusioniert und »die Juden« als weltweit mächtige Gruppe und Israel als Aggressor im Nahostkonflikt zu Feindbildern werden können. Man solidarisiert oder identifiziert sich mit den Palästinensern, die als »Opfer israelischer Aggression« gesehen werden. Die Studie von Brettfeld/Wetzels weist zudem auf einen Zusammenhang von Ausgrenzungserfahrung mit religiöser Intoleranz und Demokratiedistanz hin, die ebenfalls antijüdisch ausgerichtet werden kann.[253] Anstatt die Ausgrenzungserfahrung in Deutschland primär mit dem Nahostkonflikt in Verbindung zu bringen, wäre zu untersuchen, wieweit nicht im Inland selbst von muslimischer Seite eine »Opferkonkurrenz« zu Juden wahrgenommen wird, da Letztere in ihren Augen erinnerungs- und tagespolitisch eine privilegierte Stellung einnehmen und zudem noch eine besondere Beziehung der Bundesrepublik zum Staat Israel existiert. Berichte über antisemitische Einstellungen und Übergriffe erfahren vergleichsweise breite öffentliche und politische Resonanz. So ist dies bereits der zweite Antisemitismusbericht des Bundestages, es gibt aber keinen Bericht über Muslimen- und Islamfeindlichkeit. Der Verdacht könnte aufkommen, dass eine allein auf die Vergangenheit ausgerichtete Erinnerungskultur der Mehrheitsgesellschaft leichter fällt und auch bequemer ist. Mit der Erinnerung an die jüdischen Opfer des Holocaust und den daraus abgeleiteten Mahnungen entledigt man sich zugleich der kritischen Reflexion aktueller Diskriminierungen, sodass sich aktuelle Opfer (auch jüdische) vernachlässigt fühlen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Erinnerungskultur findet sich ausführlicher im Kapitel → Prävention. Hier sei nur der Gedanke angeführt, dass die Ausrichtung der deutschen Erinnerungspolitik einen nichtintendierten negativen Nebeneffekt haben könnte und Muslime sich als »Opfer zweiter Klasse« fühlen, deren in Studien nachgewiesene und im Alltag gefühlte Diskriminierung ignoriert wird. Dies könnte zum psychologischen Effekt der Reaktanz und damit zur Abwertung von Juden beitragen.

248 Integration und Religion aus der Sicht von Türkischstämmigen in Deutschland. Repräsentative Erhebung von TNS-Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters Religion und Politik an der Universität Münster von Detlef Pollack/Olaf Müller/Gergeley Rosta/Anna Dieler, Münster 2016, Abb. 4, S. 5.

249 Ebenda, S. 5.

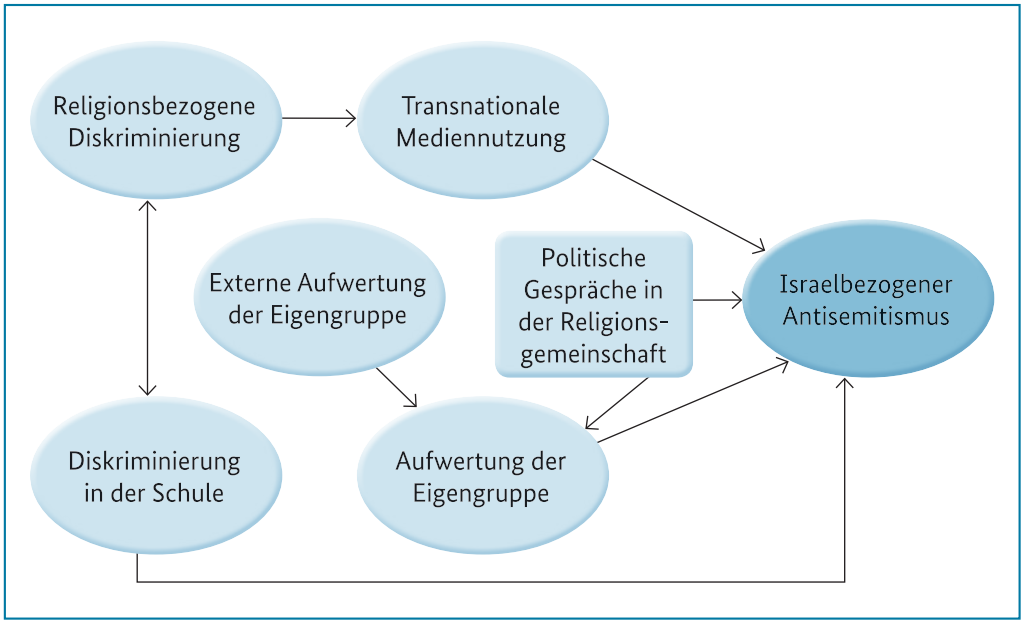
250 Eigene Analysen des GMF-Surveys 2002–2011; hier ist die Stichprobe der Muslime, die für diese Auswertung zur Verfügung steht, recht klein, sodass die Befunde lediglich als Hinweis gedeutet werden sollten.

251 Mansel/Spaiser, Abschlussbericht Forschungsprojekt. Diskriminierungserfahrungen reichen vom »schief anschauen« wegen eines Kopftuchs über Beschimpfung als Terrorist und Beleidigung des Islams bis hin zur Ablehnung bei Bewerbungen für Ausbildungsplätze.

252 Ebenda, S. 235.

253 Brettfeld/Wetzels, Muslime in Deutschland 2007 – GMF-Expertise, S. 59.

Abb. 4.11: Empirisches Modell zur Entstehung von israelbezogenem Antisemitismus bei muslimischen Jugendlichen mit Einwanderungsgeschichte



Darstellung in Anlehnung an Mansel und Spaiser 2012, S. 234[254]

Neben der Marginalisierungs- und Diskriminierungserfahrung nennen die Studien weitere mögliche Einflussfaktoren für die Entwicklung antisemitischer Einstellungen. So werden muslimische Jugendliche in ihrer politischen Sozialisation stärker von der religiösen Gemeinschaft geprägt als andere Jugendliche in Deutschland. Sie rezipieren zudem häufiger als andere Jugendliche mit Migrationshintergrund Nachrichten und Internetseiten aus ihren Herkunftsländern, in denen antisemitische Propaganda und Vorurteile in vielfältigen Sendeformaten verbreitet werden (→ Medien). Die dort gezeigten Bilder des Nahostkonflikts haben eine stark emotionalisierende Wirkung.[255] Eine Studie der ADL zeigt den negativen Einfluss des Internet auf die Einstellung zu Juden.[256] Mansel und Spaiser sehen einen Zusammenhang von Diskriminierungserfahrungen in der Schule hinsichtlich der eigenen Religion und der Nutzung der Medien aus den Herkunftsländern zur Aufwertung der eigenen, beschädigten sozialen Identität. Wie bei anderen Abwertungsprozessen auch, werden als schwächer oder als Konkurrenz wahrgenommene soziale Gruppen zur Aufwertung der Eigengruppe abgewertet.[257]

- Das Ausmaß antisemitischer Einstellungen ist unter muslimisch sozialisierten Jugendlichen und Erwachsenen mit Einwanderungshintergrund höher als unter nichtmuslimischen. Zugleich zeichnen sich deutliche Unterschiede zwischen Muslimen aus unterschiedlichen Herkunftskulturen bzw. -regionen ab. Insbesondere Migranten aus arabischen bzw. nordafrikanischen Ländern neigen zum Antisemitismus. Neben der Religion scheint also offenbar v. a. die Herkunftsregion von Bedeutung zu sein. Hier gilt es zu differenzieren.

- Während junge Muslime deutlich antisemitischer sind als gleichaltrige Nichtmuslime, unterscheiden sich ältere Muslime und Nichtmuslime über 60 Jahre kaum voneinander; junge Muslime sind ähnlich antisemitisch wie ältere Nichtmuslime.

- Schulbildung trägt auch bei jungen Muslimen zu einer Reduktion von Antisemitismus bei.

- Eigene Ausgrenzungserfahrungen können eine Motivation und Legitimation für die Abwertung anderer bieten, so auch für Antisemitismus, sind aber keine Entschuldigung.

254 GMF-Expertise, S. 60.

255 Ebenda, S. 59; Mansel/Spaiser, Abschlussbericht Forschungsprojekt, S. 233.

256 ADL, Global 100: A Survey of Attitudes Toward Jews 2014, S. 48.

257 Der Prozess der Fremdgruppenabwertung zur Eigengruppenaufwertung ist ausführlich im Rahmen der Theorie der sozialen Identität geprüft, die eine der einflussreichsten Grundlagen der sozialpsychologischen Vorurteilsforschung darstellt.

4.8 Einfluss des Migrationshintergrunds auf antisemitische Einstellungen

Die Forschung und die öffentliche Diskussion haben sich in der Frage antisemitischer Einstellungen bisher v. a. auf die zugewanderten Muslime konzentriert, während andere Migranten, etwa sogenannte Russlanddeutsche oder andere osteuropäische Zuwanderer, außer Acht blieben. Um den Einfluss des Migrationshintergrunds auf antisemitische Einstellungen zumindest ansatzweise zu messen, sind aus dem Datensatz der GMF-Umfragen von 2002 bis 2011, der 22.354 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit umfasst, diejenigen mit einem Migrationshintergrund (1963 Fälle, rund neun Prozent aller Befragten) gesondert analysiert worden. Die Zusammensetzung entspricht aufgrund der üblichen Verzerrungseffekte telefonischer Befragungen nicht ganz der Zusammensetzung der sehr heterogenen migrantischen Bevölkerung. Fünf Prozent der Befragten waren muslimisch, 34 Prozent katholisch, 23 Prozent protestantisch und 31 Prozent konfessionslos.[258] Bei keiner der drei untersuchten Antisemitismus-Dimensionen konnten signifikante Unterschiede zwischen Personen mit oder ohne Migrationshintergrund festgestellt werden – ein Ergebnis, das angesichts der Heterogenität der Länder, aus denen die Migranten stammen, nicht überrascht. Die differenziertere Analyse verweist allerdings auf vergleichsweise hohe Zustimmungswerte zu sekundärem wie israelbezogenem Antisemitismus bei Personen, die aus osteuropäischen bzw. postsowjetischen Gesellschaften zugewandert sind.[259] Zu diesem Themenkomplex fehlen bisher jedoch einschlägige Studien.

4.9 Theoretische Erklärungen für die Übernahme antisemitischer Einstellungen

Eine Vielzahl, z. T. komplexer theoretischer Ansätze versucht, Antisemitismus zu erklären. Nicht alle davon sind empirisch überprüfbar. Im Rahmen der vorliegenden Bevölkerungsumfragen wurden zudem bislang nur allgemeine theoretische Erklärungen dafür, warum Menschen Intergruppenvorurteile haben, berücksichtigt. Diese beziehen sich nicht speziell auf antisemitische Einstellungen, sondern gelten ebenso für abwertende Einstellungen gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen. Für diesen Bericht lassen sich Befunde zu den folgenden theoretischen Erklärungsansätzen festhalten:

1. Individuelle und fraternale relative Deprivation: [260]

Das Gefühl der individuellen relativen Deprivation bezeichnet die gefühlte Benachteiligung einer Person im Vergleich zu anderen Personen der eigenen sozialen Gruppe. Fraternale (kollektive) relative Deprivation bezeichnet das Gefühl der Benachteiligung der eigenen sozialen Gruppe gegenüber einer anderen sozialen Gruppe.

2. Gefühl politischer Machtlosigkeit:[261]

Unter politischer Machtlosigkeit wird das individuelle Gefühl verstanden, keinen Einfluss auf politische Entscheidungen/Handlungen der Regierung nehmen zu können.

3. Anomia (Orientierungslosigkeit):[262]

Unter Anomie wird ein Zustand sozialer Desintegration verstanden. Als Folge tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels finden allgemeine soziale Regeln keine Beachtung mehr; die kollektive Ordnung löst sich auf und es kommt zu einem psychischen Zustand (Anomia), der durch Gefühle von Orientierungslosigkeit, Isoliertheit, Fremdheit sowie durch Macht- und Hilflosigkeit gekennzeichnet ist.[263]

4. Ökonomisierung des Sozialen:[264]

Hier geht es um individuelle Ausprägungen einer primär nutzenorientierten Bewertung des sozialen Zusammenlebens. Menschen werden nach ihrer Nützlichkeit für die Gesellschaft beurteilt.

---

258 Vgl. dazu GMF-Expertise, S. 61 f. Die Migranten unterscheiden sich von Befragten ohne Migrationshintergrund durch ein etwas höheres Bildungsniveau, etwas geringeres Alter sowie einen etwas höheren Männeranteil.

259 Bei den GMF-Daten handelt es sich um Migration aus Polen, Rumänien und Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

260 Thomas F. Pettigrew/Oliver Christ/Ulrich Wagner/Roel W. Meertens/Rolf van Dick/Andreas Zick, Relative Deprivation and Intergroup Prejudice, in: Journal of Social Issues, 64 (2008) 2, S. 385–401.

261 Anna Klein/Sandra Hüpping, Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände – Folge 6, Frankfurt a. M. 2008, S. 73–94; Ada W. Finifter, Dimensions of Political Alienation, in: American Political Science Review, 64 (1970) 2, S. 390.

262 Émile Durkheim, Le suicide. Etude de sociologie, Paris 1897; Robert. K. Merton, Sozialstruktur und Anomie, in: Fritz Sack/René König (Hrsg.), Kriminalsoziologie, Frankfurt a. M. 1968, S. 283–313.

263 Stefan Kühnel/Peter Schmidt, Orientierungslosigkeit. Ungünstige Effekte für Schwache Gruppen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände – Folge 1, Frankfurt a. M. 2002, S. 83–94, hier S. 83 f.; Sandra Hüpping, Anomia. Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände – Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, S. 86–100, hier S. 86.

264 Richard Sennett, Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998.

5. Theorie der autoritären Persönlichkeit (Autoritarismus):[265]

Autoritarismus bezeichnet eine Einstellung, die soziale Abweichung ablehnt und zugleich eine hohe Bereitschaft Normen und Autoritäten zu folgen aufweist. »Nicht der Normalität entsprechende« Abweichungen können sich auf den religiösen oder kulturellen Hintergrund, die Lebensweise oder die sexuelle Orientierung einer Person oder Gruppe beziehen. »In einer autoritären Einstellung drückt sich sowohl die eigene Bereitschaft als auch die Forderung zur Unterordnung unter Autoritäten aus, wie sie sich in einer strengen law-and-order-Mentalität zeigt.«[266]

6. Theorie der sozialen Dominanz:[267]

Mit individueller sozialer Dominanzorientierung, die durch legitimierende Mythen und institutionelle Diskriminierung gestützt wird, ist eine Einstellung gemeint, die soziale Hierarchien zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen befürwortet und dementsprechend soziale Gleichheit ablehnt. Die Theorie nimmt an, dass v. a. statushöhere Gruppen gruppenbasierte Hierarchien in der Gesellschaft unterstützen, um ihre Stellung und ihren Einfluss zu sichern, indem sie schwächere gesellschaftliche Gruppen in ihren machtlosen Positionen halten wollen. »Zur Aufrechterhaltung und Verfestigung der Hierarchien werden Vorurteile als ›legitimierende Mythen‹ herangezogen, da sie mutmaßlich gesichertes Wissen über Gruppenangehörige in die Hand geben und somit Ungleichbehandlung und Diskriminierung rechtfertigen können«.[268]

Diese theoretischen Erklärungsansätze sind zusammen mit einigen demografischen Merkmalen mittels kumulierter GMF-Daten bereits hinsichtlich ihres Einflusses auf den traditionellen Antisemitismus einer Analyse unterzogen worden.[269] Bei gleichzeitiger Berücksichtigung sozio-demografischer Faktoren (Alter, Geschlecht und Bildung) haben sich autoritäre und dominanzorientierte Einstellungen als die relevantesten Faktoren erwiesen. Für die GMF-Expertise (2016) wurden in Anlehnung an dieses Vorgehen anhand der GMF-Studie 2011 wesentliche Erklärungsfaktoren auch für den sekundären und israelbezogenen Antisemitismus untersucht. Neben sozio-demografischen Faktoren und der politischen Orientierung sind die oben dargestellten Erklärungsansätze einbezogen worden. Ergänzend zu diesen Faktoren wird im unteren Teil der Tabelle 2 die Motivation zu vorurteilsfreier Selbstdarstellung aufgenommen. Wichtig ist zu berücksichtigten, dass in die Regressionsanalyse viele Faktoren einfließen, die miteinander korrelieren. Daher können Faktoren, die in den z. T. oben berichteten Einzelanalysen durchaus Ergebnisse zeigten, im Zusammenspiel nicht mehr erklärungskräftig sein. Für ihre Bewertung gilt es, sowohl die Einzelanalysen als auch die gemeinsame Analyse zu würdigen.

Wie schon im Kapitel über die demografischen Faktoren dargestellt (Kap. 4.5), spielen sozio-demografische Faktoren im Zusammenspiel mit den weiteren Faktoren so gut wie keine Rolle für die Erklärung von Antisemitismus. Während Bildung und Einkommen auf keine der Dimensionen des Antisemitismus Einfluss ausüben,[270] steigt mit zunehmendem Alter und unter der westdeutschen Bevölkerung in der Tendenz der sekundäre Antisemitismus an, und Männer tendieren etwas stärker zu traditionellem Antisemitismus als Frauen.

265 Theodor W. Adorno/Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sanford, The Authoritarian Personality, New York 1950.

266 GMF-Expertise, S. 66.

267 Felicia Pratto/Jim Sidanius/Lisa M. Stallworth/Bertram F. Malle, Social dominance orientation: A personality variable predicting social and political attitudes, in: Journal of Personality and Social Psychology, 67 (1994), S. 741–763.

268 GMF-Expertise, S. 66; Julia Iser, Vorurteile. Zur Rolle von Persönlichkeit, Werten, generellen Einstellungen und Bedrohung. Die Theorie grundlegender menschlicher Werte, Autoritarismus und die Theorie der Sozialen Dominanzorientierung als Erklärungsansätze für Vorurteile: Ein integrativer Theorienvergleich. Dissertation, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Gießen 2006.

269 Andreas Zick/Andreas Hövermann/Daniela Krause, Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände – Folge 10, Berlin 2012. Vgl. dazu auch den Bericht des ersten UEA von Zick/Küpper 2011.

270 Da im Kapitel 4.5.1 der Effekt von Bildung auf Antisemitismus nachgewiesen wurde, wenn man sie isoliert betrachtet, so überrascht es, dass dieser Effekt bei gleichzeitiger Berücksichtigung anderer Faktoren wie bspw. Autoritarismus oder Dominanzorientierung verschwindet. Die GMF-Expertise (S. 67) erklärt diese nicht vorhandene Wirkung der Bildung damit, dass diese offenbar eher als ein indirekter Faktor wirkt, der über weitere ideologische Anschauungen vermittelt wirksam wird. D. h. in diesem Fall je niedriger gebildet, desto eher tendieren Befragte zu Autoritarismus und sozialer Dominanz und desto eher dann auch zum Antisemitismus.

Abb. 4.12: Überprüfung allgemeiner Erklärungsfaktoren für Antisemitismus (simultane Regressionsanalysen/GMF 2011; ß-Koeffizienten)

	Klassischer AS	Sekundärer AS	Israelbezogener AS
Alter	n.s.	-.07*	n.s.
Geschlecht (1=m, 2=w)	-.08**	n.s.	n.s.
Bildung	n.s.	n.s.	n.s.
West-Ost (1=W, 2=O)	n.s.	-.07*	n.s.
Einkommen	n.s.	n.s.	n.s.
Polit. Orientierung: Links-Rechts	.12***	.15***	n.s.
Individ. relative Deprivation	n.s.	n.s.	n.s.
Anomia	n.s.	.08*	.09*
Autoritarismus	n.s.	.18***	n.s.
Soziale Dominanz	.17***	n.s.	n.s.
Politische Machtlosigkeit	.12***	.19***	.14***
Ökonomistische Einstellung	.14***	.13***	.11**
Motiv. vorurteilsfreie Selbstdarstellung	-.11***	-.12***	-.11**
Adj. R^2	.24	.29	.12

* p < .05 ** p < .01 *** p < .001

Während die hier im Weiteren berücksichtigten Erklärungsansätze in der Regel das Ausmaß von Fremdenfeindlichkeit recht gut vorhersagen können, haben sie auf die Erklärung von Antisemitismus insgesamt nur einen recht geringen Einfluss bzw. es sind nur wenige der Faktoren für alle drei Facetten von Antisemitismus erklärungskräftig. Wenn, dann bieten sie eher noch Erkenntnisse für den traditionellen und sekundären Antisemitismus, kaum aber für den israelbezogenen; die erklärte Gesamtvarianz ist, wie in Abb. 4.12 erkennbar, bei allen drei Facetten nicht sehr hoch und fällt für den israelbezogenen Antisemitismus besonders niedrig aus. D. h., bei diesem haben wir es offenbar mit einer Einstellung zu tun, die durch andere als die hier berücksichtigten Faktoren bestimmt wird. Am ehesten steht hier ein Gefühl der politischen Machtlosigkeit und Anomia im Vordergrund, gefolgt von den ökonomistischen Einstellungen. Ideologische Grundhaltungen der sozialen Dominanz und des Autoritarismus, die sich z. B. bei der Fremdenfeindlichkeit als sehr erklärungskräftig erweisen, spielen hier keine Rolle.

Der traditionelle Antisemitismus, bei dem es um die unterstellte (Macht-)Position der Juden und um ihr angeblich ihre Verfolgung selbst auslösendes (Fehl-)Verhalten geht, wird besonders durch dominanzorientierte und ökonomistische Einstellungen sowie das Gefühl politischer Machtlosigkeit beeinflusst. Hier spielt auch die politische Selbstverortung nach rechts eine Rolle. Der Einfluss fällt allerdings nicht besonders hoch aus. D. h. dominanzorientierte Personen sowie solche mit einem Gefühl politischer Machtlosigkeit sehen sich durch den angeblich zu großen Einfluss der Juden herausgefordert. Ähnliche Analysen[271] zum traditionellen Antisemitismus mittels Daten der FES-Mitte-Studie 2014 kommen nur teilweise zu vergleichbaren Ergebnissen. Wiederum übt die soziale Dominanzorientierung (.22***) den größten Einfluss aus, während die politische Machtlosigkeit (.09***) sowie ökonomistische Einstellungen (.07*) sich hier als schwächer wirksam erweisen. In der Mitte-Studie 2014 sind allerdings Faktoren wie Alter (beta=.11*** – Antisemitismus nimmt mit höherem Alter zu), Einkommen (-.10*** – Antisemitismus nimmt mit höherem Einkommen ab) sowie Autoritarismus (.12**) festzustellen,[272] die in der GMF-Studie von 2011 keinen signifikanten Einfluss zeigten. Umgekehrt ist wiederum die politische links-rechts-Ausrichtung in der FES-Mitte-Studie 2014 nicht signifikant.

271 Anomie und Deprivation konnten nicht in die Analysen einbezogen werden, da diese in der Studie nicht erhoben wurden.

272 Die GMF-Expertise verweist darauf, dass die Messung des Autoritarismus nicht vergleichbar ist mit der in der GMF-Studie. Während im GMF-Survey zwei Aspekte von Autoritarismus (autoritäre Aggression und Unterwürfigkeit) berücksichtigt werden, ist es in der Mitte-Studie 2014 lediglich eine (autoritäre Aggression).

Hatte sich beim traditionellen Antisemitismus die Dominanzorientierung als stärkster Einflussfaktor erwiesen, so ist sie beim sekundären Antisemitismus irrelevant, da es hier nicht um hierarchische Gruppenbeziehungen geht, sondern um das Gefühl, von Juden ungerechtfertigt beschuldigt und ökonomisch ausgenutzt zu werden, ohne dass die deutsche Politik etwas dagegen unternimmt. Folgerichtig haben hier die politische Machtlosigkeit und eine rechte politische Orientierung im Vergleich den stärksten Einfluss. Auch Anomie hat hier neben Autoritarismus und einer ökonomistischen Grundhaltung einen, wenn auch nur geringen Einfluss. Keinen signifikanten Einfluss hat das individuelle Gefühl der relativen Deprivation. Auch in anderen Studien hat sich wenn, dann eher die fraternale relative Deprivation als erklärungskräftig erwiesen. Antisemitismus entsteht also nicht aus einem Gefühl der individuellen, sondern eher aus dem einer kollektiven Schlechterstellung der Eigengruppe mit einer Vergleichsgruppe. Obwohl eine Vielzahl möglicher Einflussfaktoren in die Analyse einbezogen wurde, bleibt ein großer Teil der Ursachen für die Einstellungsunterschiede zwischen den befragten Personen unaufgeklärt. Noch am größten ist die Erklärungskraft der verwendeten Faktoren in der GMF-Studie von 2011 beim sekundären Antisemitismus mit immerhin 29 Prozent, gefolgt vom traditionellen Antisemitismus mit 24 Prozent.[273] Waren bei den beiden Erstgenannten die gängigen ideologischen Motive erklärungskräftig, war dies beim israelbezogenen Antisemitismus kaum der Fall.

- Antisemitismus wird durch Faktoren, die sich aus allgemeinen Deutungsansätzen ableiten, nur sehr begrenzt erklärt. Am ehesten noch bieten das Gefühl politischer Machtlosigkeit, Orientierungslosigkeit in der modernen Welt und eine ökonomische Werthaltung eine Erklärung.

- Insbesondere der israelbezogene Antisemitismus wird durch die verwendeten Faktoren kaum aufgeklärt. Während ideologische Grundhaltungen in Bezug auf Hierarchien und Unterordnung für traditionellen und sekundären Antisemitismus noch eine gewisse Rolle spielen, sind sie für das Ausmaß des israelbezogenen Antisemitismus unerheblich. Hier müssen andere Faktoren untersucht werden.

4.10 Antisemitismus im internationalen Vergleich

Zur Einschätzung der Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung ist es sinnvoll, sich vergleichend deren Ausprägung in anderen Ländern anzusehen. Nun gibt es dazu zwar eine große Zahl von nationalen Studien v. a. in europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien Ungarn), doch kaum »international vergleichende Studien, die Antisemitismus umfassender auf der Grundlage der Messung diverser Facetten erheben und/oder mit strengen Maßstäben an die Vergleichbarkeit von Messungen operieren«.[274] In einigen international vergleichenden Studien wird etwa nur jeweils eine Frage gestellt, die die Sympathie gegenüber Juden und Jüdinnen misst (*Pew Research Center* 2006 und 2015, *International Social Survey Programme* (ISSP) 2008 und *European Social Survey* 7-2014),[275] die damit nur einen gewissen Anhaltspunkt für die emotionale Einstellung bieten. Einen etwas umfassenderen Fragekatalog bietet die Erhebung *Group-Focused Enmity in Europe* (GFE Europe) aus dem Jahr 2008, über die bereits ausführlich in der Expertise von Zick und Küpper für den ersten UEA (2011) berichtet wurde, und die seit 1994 regelmäßig von der ADL durchgeführten Befragungen. In den ADL-Studien ist die Stichprobe mit häufig nur 500 Befragten recht klein, sodass sie streng genommen den Anforderungen der Repräsentativität nicht genügt. Außerdem ist wenig über die Methode der Erhebung und die Übersetzung der Items bekannt. Die Ergebnisse der ADL-Studie sollten daher mit einer gewissen Zurückhaltung betrachtet werden.[276] Da deren Befunde jedoch für die einzelnen Länder über die Jahre eine gewisse Stabilität zeigen und auch in der Tendenz mit den vorhandenen Studien in den jeweiligen Ländern übereinstimmen, können die ADL-Studien wertvolle Hinweise auf die Verbreitung von Antisemitismus in verschiedenen Ländern geben.

273 Bei der Mitte-Studie 2014 können mit den berücksichtigten Faktoren dagegen lediglich 17 Prozent des traditionellen Antisemitismus aufgeklärt werden (GMF-Expertise, S. 68).

274 GMF-Expertise, S. 71.

275 Z. B.: Pew Research Center, Pew Global Attitudes Project: Spring 2006 Survey 15 Nation Survey, S. 42 f. Auf die Frage: »Please tell me if you have a very favorable/somewhat favorable/somewhat unfavorable or very unfavorable opinion of Jews« antworteten im Jahre 2005 in Deutschland 22 Prozent »very/somewhat unfavorable«, unter Muslimen in Deutschland waren es 44 Prozent. Für einige andere westeuropäische Länder betrug das Verhältnis: sieben Prozent zu 47 Prozent in Großbritannien; 13 Prozent zu 28 Prozent in Frankreich und 39 Prozent zu 60 Prozent in Spanien. 2015 antworteten in Deutschland nur noch neun mit »unfavorable«, in Frankreich und Großbritannien waren es sieben Prozent, in Spanien 17 Prozent, in Italien 21 Prozent und in Polen 28Prozent,http://www.pewglobal.org/2015/06/02/faith-in-european-project-reviving/eu-report-05-2 (eingesehen 29.11.2016).

276 GMF-Expertise, S. 71. »Die Erhebungen der ADL enthalten keine detaillierten Angaben zur Repräsentativität/Kennwerten der Stichprobe und zur Methodik der Durchführung in den einzelnen Ländern. Die Qualität international vergleichender Studien hängt ganz wesentlich von der verwendeten und vergleichbaren Methodik ab (die betrifft v. a. die Ziehung der Stichprobe, die Konstruktion und Übersetzung der verwendeten Fragen und die Methode der Befragung).«

Zur Erfassung antisemitischer Einstellungen verwenden die ADL-Studien einen elf antisemitische Aussagen umfassenden Index (Abb. 4.13), der nahezu ausschließlich Aspekte des traditionellen Antisemitismus erfasst (Einfluss auf die Wirtschaft, Politik und Medien, mangelnde Loyalität, In-group-Orientierung), während die Dimension des sekundären Antisemitismus nur mit einer Frage abgedeckt wird (»Jews still talk too much about what happened to them in the Holocaust«). Fragen zum israelbezogenen Antisemitismus fehlen.[277] Als antisemitisch wird hier eine Person klassifiziert, die mindestens sechs der elf Items für »vermutlich wahr« (probably true) hält.

Abb. 4.13: Items in den Studien der Anti-Defamation League (2014 und 2015)

»Jews are more loyal to Israel than to [this country/the countries they live in]« [278].
»Jews have too much power in international financial markets.«
»Jews have too much control over global affairs.«
»Jews think they are better than other people.«
»Jews have too much control over the global media.«
»Jews are responsible for most of the world's wars.«
»Jews have too much power in the business world.«
»Jews don't care what happens to anyone but their own kind.«
»People hate Jews because of the way Jews behave.«
»Jews have too much control over the United States government.«
»Jews still talk too much about what happened to them in the Holocaust.«

Der Prozentwert eines einzelnen Landes bezieht sich also auf den Anteil der befragten Personen, der mehr als der Hälfte der antisemitischen Aussagen zustimmt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der ADL-Studien von 2014 und 2015 für solche Länder und Regionen detaillierter vorgestellt, die von besonderem Interesse sind.[279] Dies sind, neben den europäischen Nachbarländern, die USA und, als Herkunftsländer vieler Geflüchteter und Migranten, die Länder des Nahen beziehungsweise des Mittleren Ostens. Abgebildet werden im Folgenden die Werte für 2014 und, sofern verfügbar, für 2015.[280]

Die jüngsten ADL-Studien von 2014 und 2015 bestätigen tendenziell die Ergebnisse der früheren ADL-Studien von 2002–2012 und der GMF-Europe-Studie von 2008.[281] Über die Jahre gesehen rangieren die deutschen Befragten hinsichtlich ihrer antisemitischen Einstellungen im europäischen Vergleich im oberen Mittelfeld. In Europa lassen sich drei Ländergruppen mit jeweils unterschiedlich weit verbreiteten antisemitischen Einstellungen erkennen (Abb. 4.14):

277 Der Grund dafür ist vermutlich, dass sich die ADL an einen bereits 1964 von Gertrude Selznick/Stephen Steinberg für die USA entwickelten »Index of Anti-Semitic Belief« orientiert haben (The Tenacity of Prejudice. Anti-Semitism in Contemporary America, New York 1969). Kritisch ist anzumerken, dass der Index mit fünf Fragen die Dimension des internationalen Einflusses misst, sodass die fünf Items fast alle letztlich dasselbe messen.

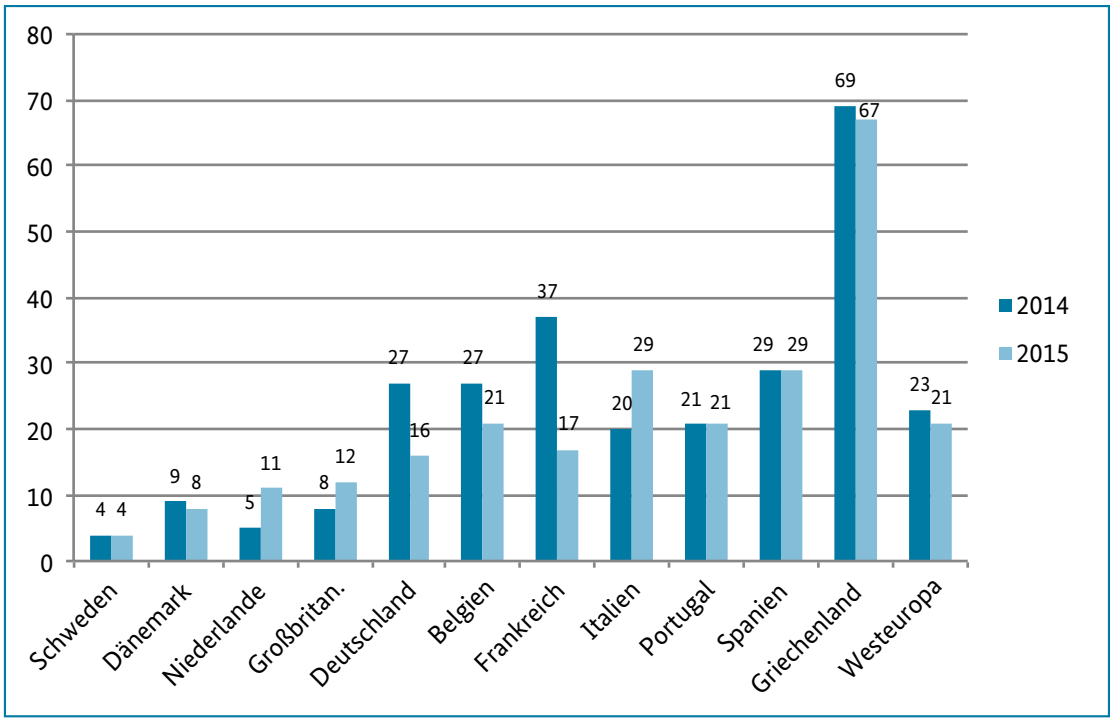
278 In Ländern mit einer jüdischen Population von mehr als 0,1 Prozent »this country«; bei kleineren Populationen »the countries they live in«.

279 Die ADL hat in der Studie »ADL Global 100« zwischen Juli 2013 und Februar 2014 (also vor dem letzten Gaza-Konflikt) in 100 Ländern Befragungen zum Thema Antisemitismus durchgeführt. Dabei konnten insgesamt 53.100 Personen befragt werden, wobei die Samplegröße in den meisten Ländern n = 500 betrug. Im Frühjahr 2015 gab es ein Update der Studie, bei dem in insgesamt 19 Ländern etwa 10.000 weitere Personen befragt werden konnten.

280 Die Beschränkung auf nur zwei Antwortmöglichkeiten, nämlich »wahrscheinlich wahr« oder »wahrscheinlich falsch« ist problematisch, da sie keinerlei Abstufung zulässt. Sie zwingt die Befragten zu einer eindeutigen Positionierung, womit die ja nur eingeschränkt gegebene Zustimmung »wahrscheinlich wahr« umstandslos als eindeutig gewertet wird. Ebenso problematisch ist es, die Wertung »wahrscheinlich falsch« als eindeutige Ablehnung einer Aussage zu verstehen.

281 ADL, European Attitudes Toward Jews, New York 2002; ADL, Attitudes Toward Jews, Israel and the Palestinian-Israeli Conflict in Ten European Countries, New York 2004; ADL, Attitudes Toward Jews in Twelve European Countries, New York 2005; ADL, Attitudes Toward Jews and the Middle East in Five European Countries, New York 2007; ADL, Attitudes Toward Jews in Seven European Countries, New York 2009; ADL, Attitudes Toward Jews in Ten European Countries, New York 2012; Andreas Zick/Beate Küpper, Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, hrsg. von Nora Langenbacher für die Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2001.

Abb. 4.14: Verbreitung von Antisemitismus in West- und Südeuropa (ADL 2014 und 2015 – in Prozent)



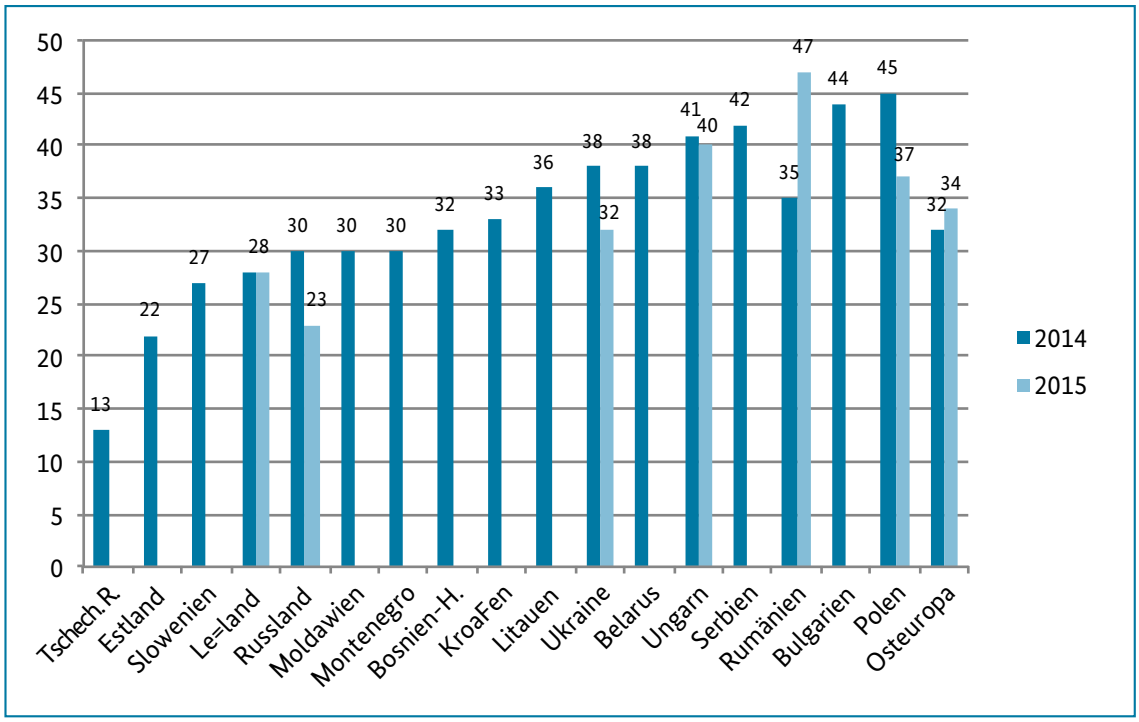
Die skandinavischen Länder, Großbritannien[282] und die Niederlande zeigen die geringste Verbreitung antisemitischer Einstellungen (gilt auch für die USA mit neun bzw. zehn Prozent). Zu dieser Gruppe gehört auch die Tschechische Republik, die in der Umfrage von 2014 bei 13 Prozent lag. Alle diese Länder gehören auch historisch zu den Staaten, in denen Antisemitismus vergleichsweise marginal geblieben ist.[283]

Eine Mittelgruppe bildet eine Reihe von west-, süd- und osteuropäischen Ländern. Dazu gehören, neben Deutschland, auch Belgien, Frankreich, Italien, Portugal, Spanien sowie aus Ost-bzw. Ostmitteleuropa Estland (2014: 22 Prozent), Lettland, die Nachfolgestaaten Jugoslawiens (2014: Montenegro 30 Prozent, Slowenien 27 Prozent, Bosnien-Herzegowina 32 Prozent, Kroatien 33 Prozent) sowie Russland mit 30 bzw. 23 Prozent (Abb. 4.15).

282 Hierunter fallen Großbritannien, Schottland, Wales und Nordirland.

283 In einigen westeuropäischen Ländern hat die ADL die Umfrage nur 2014 durchgeführt: Dabei gehören Norwegen und Finnland zu den Ländern mit der geringsten Verbreitung, während Österreich (28 Prozent), die Schweiz (26 Prozent) und Irland (20 Prozent) im westeuropäischen Durchschnitt liegen (ADL, Global 100, 2014).

Abb. 4.15: Verbreitung von Antisemitismus in Ost- und Ostmitteleuropa (ADL 2014/2015 – in Prozent)



Die Werte für die ausgewählten Länder Osteuropas bewegen sich mit einem Durchschnitt von 32 bzw. 34 Prozent auf einem deutlich höheren Niveau als in den westeuropäischen Ländern. Während eine Reihe von ihnen das west- bzw. südeuropäische Niveau kaum überschreiten (siehe unter b) lässt sich in einigen dieser osteuropäischen Länder die weiteste Verbreitung antisemitischer Einstellungen konstatieren, so in Rumänien (35 Prozent/47 Prozent), Ungarn (41 Prozent/40 Prozent) und Polen (45 Prozent/37 Prozent). Alle drei Länder haben eine ausgeprägte antisemitische Tradition.[284] In der ADL-Umfrage von 2014 erreichen aber auch Bulgarien (44 Prozent), Serbien (42 Prozent), die Ukraine (38 Prozent) und Litauen (36 Prozent) ähnlich hohe Werte.[285] Den Ausreißer bildet hier Griechenland (Index Score 2014: 69 Prozent und 2015 von 67 Prozent), mit dem höchsten Wert in allen untersuchten europäischen Ländern.[286]

Diese Ergebnisse verweisen darauf, dass historische Prägungen, aber auch die mehr oder weniger kritische Auseinandersetzung mit dem historischen Erbe des Antisemitismus offenbar neben aktuellen Entwicklungen einen Einfluss auf die heutige Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung dieser Länder ausüben. Die relativ hohen Differenzen (teils Zunahmen, teils Abnahmen) zwischen den Ergebnissen der Jahre 2014 und 2015 in einigen Ländern weisen aber auf Messprobleme hin.[287] Da solche starken Abweichungen innerhalb eines Jahres für Einstellungen ungewöhnlich sind, könnte dies auch auf die geringen Stichprobengröße zurückzuführen sein, die möglicherweise nicht vergleichbar sind.

Gegenüber den Durchschnittswerten von 23 Prozent/21 Prozent bzw. 32 Prozent/34 Prozent für die west- bzw. osteuropäischen Länder fällt der Wert mit 74 Prozent für die ausgewählten Länder des Mittleren und Nahen Ostens sowie in Nordafrika im Jahr 2014 zwei- bis dreimal so hoch aus (Abb. 4.16).

284 In einigen osteuropäischen Ländern hat die ADL die Umfrage nur 2014 durchgeführt.

285 Für Bulgarien und Serbien ist das Ergebnis insofern überraschend, als in beiden Ländern antisemitische Einstellungen historisch wenig verbreitet waren.

286 In Studien zur Xenophobie sind für Griechenland ebenfalls sehr hohe Werte gemessen worden. Vgl. Attitudes towards Minority Groups in the European Union. A Special analysis of the Eurobarometer 2000 Survey on Behalf of the European Monitoring Center on Racism and Xenophobia by SORA, Wien 2001. Als Bewertung wird dort festgehalten: »Greece stands out. It has the lowest percentage of people classified as tolerant (7 Prozent) and a high percentage of intolerant (23 Prozent) and ambivalent (43 Prozent) people.« Im Durchschnitt der EU waren es nur 14 Prozent bzw. 25 Prozent (Tab. 6, S. 5).

287 Die ADL erklärt dies mit der Wirkung der Anschläge in Frankreich Anfang 2015. Dafür spricht, dass gleichzeitig in Deutschland, Frankreich und Belgien die Sorge größer wurde, Gewalt gegen Juden bzw. jüdische Einrichtungen könnte zunehmen (ADL, Global 100, 2015, S. 20). Dies erklärt aber nicht den Anstieg in Italien und den Niederlanden.

Abb. 4.16: Verbreitung von Antisemitismus im Mittleren und Nahen Osten und in Nordafrika (ADL 2014/2015 – in Prozent)

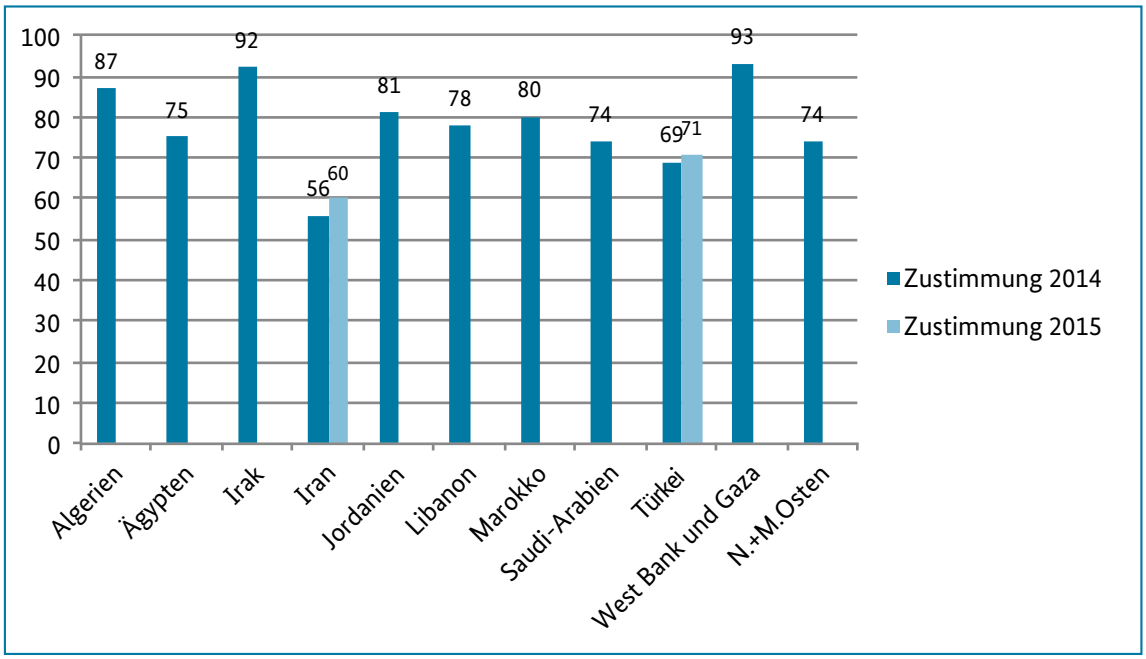
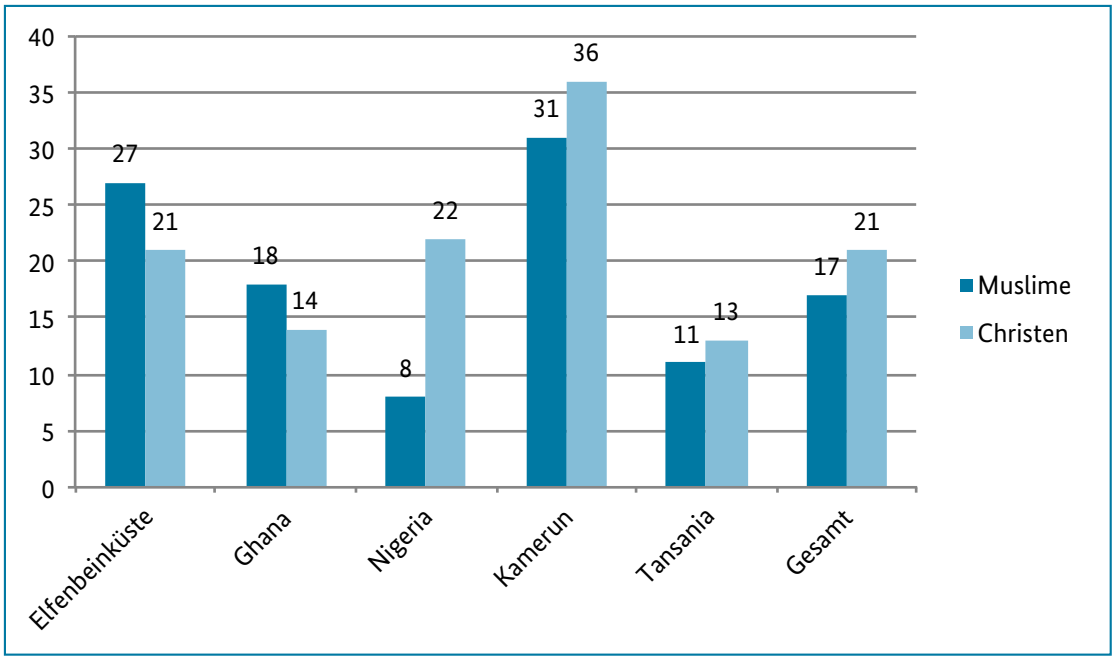


Abb. 4.17: Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der muslimischen und der christlichen Bevölkerung in den untersuchten Ländern des subsaharischen Afrika (ADL 2014 – in Prozent)



Im Irak (92 Prozent), in der West Bank und in Gaza (93 Prozent) sind die Werte am höchsten, während die Verbreitung von antisemitischen Einstellungen im Iran (dem einzigen Staat in Nahost mit einer anerkannten jüdischen Minderheit) trotz der antisemitischen Propaganda des Regimes vergleichsweise noch am niedrigsten ausfällt (60 Prozent in 2015). Erstaunlich sind die hohen Werte im Fall der Türkei, die ja lange Zeit gute politische Verbindungen zu Israel unterhalten hat und wo antisemitische Einstellungen als nicht sehr weit verbreitet galten. Allerdings weisen auch Migranten mit türkischem Hintergrund in Deutschland durchaus recht hohe Zustimmungswerte aus. Hier könnte die aktuell in und aus der Türkei heraus verbreitete anti-jüdische Propaganda ihre Wirkung zeigen (→ Medien)

Es wäre jedoch ein Trugschluss, wenn man diese hohen Zustimmungswerte in den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens sowie Nordafrikas primär religiös verstehen würde und als Ausdruck des Islams deutete (Abb. 4.17).

Antisemitische Haltungen sind im Mittleren und Nahen Osten mit 64 Prozent auch unter Christen weiter verbreitet als unter Christen in Ost- (35 Prozent) und Westeuropa (25 Prozent). Gleichzeitig liegt die Zustimmung zum Antisemitismus bei der muslimischen Bevölkerung in Asien bei nur 37 Prozent (allerdings mit von Land zu Land extremen Unterschieden)[288] und in Afrika südlich der Sahara bei durchschnittlich nur 17 Prozent.[289] Die muslimische Bevölkerung stimmt beispielsweise in Nigeria antisemitischen Aussagen nur zu acht Prozent zu, gegenüber 22 Prozent der christlichen Bevölkerung. In Ghana beträgt das Verhältnis 18 Prozent vs. 14 Prozent.[290]

Somit scheint eher die Region und nicht die Religion ausschlaggebend für die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen zu sein. Die Ergebnisse zeigen, dass es v. a. die in den Nahostkonflikt direkt oder indirekt involvierten arabischen Staaten sind, die die höchsten Werte auf dem Antisemitismus-Index erzielen.

4.11 Antisemitische Einstellungen unter nach Europa zugewanderten muslimischen Migranten

Angesichts dieser weiten Verbreitung antisemitischer Einstellungen in vielen der Herkunftsländer der nach Europa zugewanderten Migranten und Flüchtlinge stellt sich die Frage, wie weit diese auch in der muslimischen Bevölkerung in Europa anzutreffen sind. Zur Messung der Verbreitung antisemitischer Einstellungen unter der erwachsenen muslimischen Bevölkerung in Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien und in Großbritannien hat die ADL 2015 mehr Muslime und Musliminnen befragt, als dies dem Bevölkerungsanteil in den genannten Ländern entspricht (Oversampling), um so ein genügend großes Sample zu bekommen, das gesicherte Aussagen über diese Bevölkerungsgruppe ermöglicht.[291] Deutlich wird, dass Antisemitismus – gemessen mit dem verwendeten Index – unter der muslimischen Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich höher ausgeprägt ist (Abb. 4.18). Der durchschnittliche Index Score unter den Muslimen betrug in den sechs Ländern für dieses Sample 55 Prozent. Die ADL führt dieses Ergebnis primär auf die Religion zurück, doch zeigt die ADL-Studie selbst, dass die Herkunftsregion wahrscheinlich entscheidender ist. Nun stammt allerdings die muslimische Bevölkerung in den untersuchten Ländern – mit Ausnahme Großbritanniens, wohin v. a. Muslime aus Asien zugewandert sind[292] – ganz überwiegend aus den belasteten Ländern des Nahen Ostens und den sogenannten Maghrebstaaten. Die ADL-Studie von 2015 vergleicht die Ergebnisse für die Muslime in Europa mit denen für die Herkunftsländer und kommt zu dem Ergebnis, dass erstere den antisemitischen Items des Index durchgängig weniger häufig zustimmen, teils mit nur geringem, teils aber auch sehr deutlichem Abstand.

288 So stimmen in Indien mit 24 Prozent und in Bangladesh mit 32 Prozent deutlich weniger Befragte zu als in Malaysia mit 62 Prozent (unter Christen 41 Prozent) und Indonesien mit 83 Prozent.

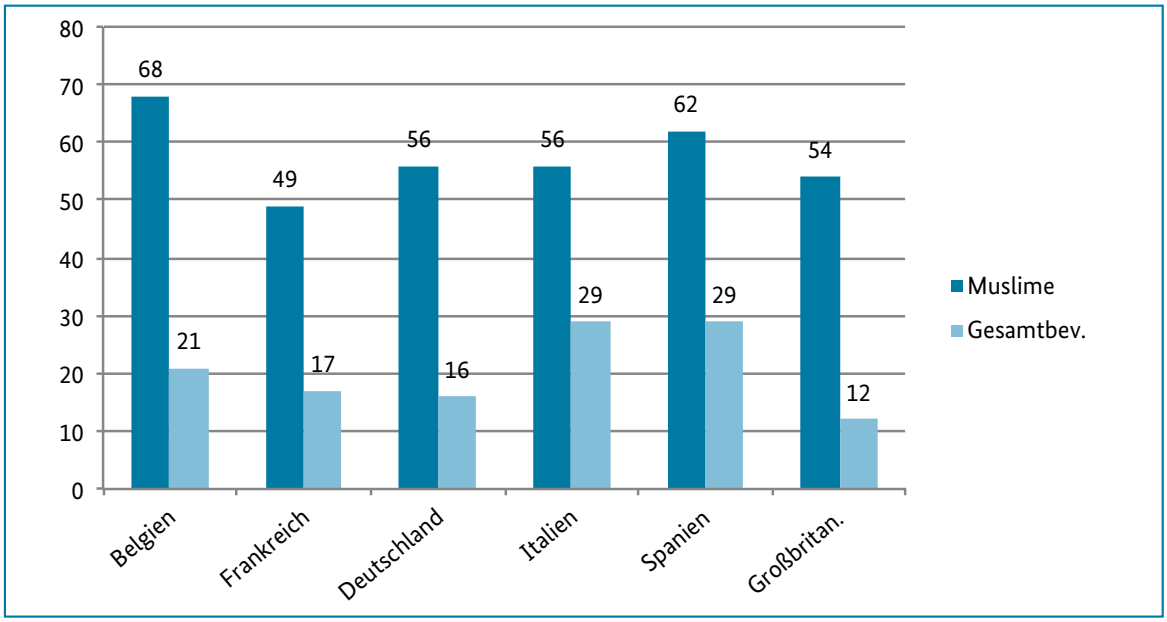
289 Zählt man die Insel Mauritius mit 62 Prozent für die muslimische und 41 Prozent für die christliche Bevölkerung der Insel dazu, so liegt für die Befragten im subsaharischen Afrika der Durchschnitt bei Christen wie Muslimen bei 24 Prozent.

290 ADL, Global 100, 2014, S. 9.

291 ADL, Global 100, 2014/15.

292 Allerdings weisen auch die in Großbritannien befragten Muslime mit 54 Prozent einen hohen Wert auf ebenso wie in Deutschland, wo türkische Zuwanderer den größten Anteil der Muslime stellen.

Abb. 4.18: Antisemitismus unter Muslimen in Westeuropa im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung (ADL 2014/2015 – in Prozent)



Der von Günther Jikeli 2015 zusammengestellte Überblick über die Umfragen, in denen sowohl Muslime wie Nichtmuslime in einer Reihe von europäischen Staaten befragt wurden, zeigt ebenfalls durchgängig eine höhere Zustimmung zu antisemitischen Items unter der muslimischen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung.[293] Eine Studie von Ruud Koopmans und Kollegen zu religiösem Fundamentalismus und Gruppenfeindschaft bestätigt 2013 diesen Befund.[294]

Auffällig ist dabei, dass in Deutschland die Differenz zwischen Muslimen und Christen deutlich geringer ausfällt als in den anderen europäischen Ländern, was vermutlich auf die unterschiedlichen Herkunftsregionen der muslimischen Migranten zurückzuführen ist, wobei türkische Zuwanderer weniger antisemitisch geprägt sind als Migranten aus den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas.

Abb. 4.19: »Jews cannot be trusted« (Zustimmung in Prozent; Six Country Immigrant Integration Comparative Survey)

	Austria	Belgium	France	Germany	Netherlands	Sweden
Self-identified Christians (70 Prozent of the native sample)	10,7	7,6	7,1	10,5	8,4	8,6
Self-identified Muslims (97 Prozent of the interviewees of Turkish or Moroccan origin)	64,1	56,7	43,4	28,0	40,4	36,8

293 Günther Jikeli, Antisemitic Attitudes among Muslims in Europe: A Survey Review, in: ISGAP Occasional Paper Series 1 (2015), http://isgap.org/wp-content/uploads/2015/05/Jikeli_Antisemitic_Attitudes_among_Muslims_in_Europe.pdf (eingesehen 2.1.2016).

294 Ruud Koopmans, Religious Fundamentalism and Out-Group Hostility among Muslims and Christians in Western Europe, in: http://wzb.eu/sites/default/files/u8/ruud_koopmans_religious_fundamentalism_and_out-group_hostility_among_musslims_and_christians.pdf (eingesehen 28.11.2016).

295 Evelyn Ersanilli/Ruud Koopmans, The Six Country Immigrant Integration Comparative Survey (SCIICS) – Technical report, Berlin 2013.

4.12 Fazit

Im historischen Vergleich mit der Zeit vor 1945, aber auch mit den letzten 60 Jahren in Deutschland oder den meisten anderen europäischen Ländern war der offene Antisemitismus gesamtgesellschaftlich wohl selten so sehr an den Rand gedrängt wie heute.[296] Gleichzeitig sind modernere Facetten des Antisemitismus auch in der breiten Bevölkerung nach wie vor weit verbreitet; dazu gehört zum einen die Forderung nach einem »Schlussstrich«, in dem auch immer eine gewisse, für den Antisemitismus so typische Täter-Opfer-Umkehr mitschwingt, zum anderen aber auch der israelbezogene Antisemitismus. Darüber hinaus erleben wir derzeit in gewissen altbekannten Spektren, nämlich im Bereich des Rechts- und Linksextremismus, aber auch im islamistischen Fundamentalismus eine antisemitische Mobilisierung, die durch mehrere parallele Entwicklungen der politischen Weltlage seit 1989 begünstigt wird. Eine weitgehend stabile Situation, was die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung betrifft, geht einher mit einer erhöhten Aktivität auf der Ebene von Meinungsäußerungen, Propaganda und Übergriffen auf der Handlungsebene. Ein ähnliches Bild ergeben die empirischen Daten auch für andere europäische Länder wie Großbritannien, Schweden oder die Niederlande – im Übrigen drei Länder, in denen antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung wenig verbreitet sind, die aber seit einigen Jahren erhöhte Zahlen antisemitischer Übergriffe und eine entsprechend hohe öffentliche und politische Aufmerksamkeit für den Antisemitismus aufweisen.

Handlungsempfehlungen – Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… ein regelmäßiges, vom Bund finanziertes Monitoring antisemitischer Einstellungen in Form einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung sowie qualitativer Studien unter Berücksichtigung besonderer Bevölkerungsgruppen.**
Bislang gibt es kein regelmäßiges Monitoring. Durch private Stiftungen in Auftrag gegebene Studien fokussieren momentan nicht spezifisch auf das Thema Antisemitismus. Reine repräsentative Bevölkerungsumfragen ermöglichen zudem keine Auskunft über Antisemitismus bei einzelnen Bevölkerungsgruppen (z. B. eingewanderte oder junge Personen). Diese Bevölkerungsgruppen könnten z. B. durch ein gezieltes »Oversampling« bzw. durch ergänzende Studien auch in etwas größeren, aber regelmäßigen Abständen erreicht werden.
Ziel ist es zudem, mittels qualitativer Untersuchungen mehr über das sich wandelnde Verständnis von antisemitischen Facetten und Zugängen zum Thema sowie die sich ändernden individuellen Wissensbestände und (auch generativ unterschiedlichen) Verarbeitungen zu erfahren. Von besonderem Interesse sind hier einerseits Studien zu den sich ändernden Einstellungen junger Personen und andererseits zu den Sichtweisen von Personen mit »Migrationshintergrund«. Insbesondere ist hier auch die Frage zu stellen, inwieweit politische Prozesse in den Herkunftsländern Einfluss auf die hier lebende migrantische Bevölkerung haben und wie sich dies auf ihre Einstellungen auswirkt (z. B. Russland oder Türkei).

296 Vgl. Lars Rensmann/Julius H. Schoeps, Politics and Resentment: Examining Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond, in: dies. (Hrsg.), Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond, Leiden/Boston 2010, S. 3–79, hier S. 4.

5 Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus

5.1 Perspektive von Jüdinnen und Juden in Deutschland auf Antisemitismus

Während auf der einen Seite die Aufmerksamkeit für die Täterseite in Fachkreisen präsent ist und Studien zur Verbreitung von Antisemitismus auf der Einstellungsebene (→ Einstellungen) und bei antisemitisch motivierten Taten (→ Straftaten) vorliegen, gibt es überraschend wenig Kenntnis darüber, wie die unmittelbar betroffenen Jüdinnen und Juden in Deutschland Antisemitismus erleben. Wie sehen Jüdinnen und Juden das Problem des aktuellen Antisemitismus? Was sind ihre Wahrnehmungen, Einschätzungen und Bewältigungsstrategien in der alltäglichen Konfrontation mit Antisemitismus? Wo finden diese Konfrontationen statt und was bedeuten sie für das jüdische Leben in Deutschland vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verfolgung und der damit verbundenen Folgewirkungen?

Die Perspektive derjenigen, die von Fremdmachung, Abwertung und Ausgrenzung unmittelbar betroffen sind, unterscheidet sich in der Regel von der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft, die mit solchen Erfahrungen nicht konfrontiert wird. Denjenigen, die antisemitische Bedrohungen befürchten und ihre Sorge vor einem erneuten Anstieg von Antisemitismus bis hin zu körperlichen Angriffen artikulieren, schlägt nicht selten Unverständnis entgegen. Mehr oder weniger offen im Raum steht der Vorwurf, die Situation übertrieben darzustellen, überempfindlich oder alarmistisch zu sein. Bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus sind die Schicksale, Erinnerungen und Erfahrungen von Juden in Deutschland über den Holocaust eng mit den Perspektiven von nichtjüdischen, alteingesessenen deutschen Mehrheitsangehörigen verknüpft, deren Vorfahren auf die eine oder andere Weise an der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden indirekt oder direkt beteiligt waren und ihre Erlebnisse an die Nachkommen weitergegeben haben. Die Frage, wie Jüdinnen und Juden heute in Deutschland Antisemitismus erleben, berührt also immer auch Fragen der familialen und kollektiven Identität und fordert zur Selbstreflexion der eigenen Familiengeschichte heraus. Die Thematisierung von Antisemitismus ist daher von Abwehrmechanismen geprägt und die Sicht der Betroffenen wird tendenziell ausgeblendet. Ein Perspektivwechsel, hin zu der Frage nach der Wirkung von Antisemitismus auf diejenigen, die ihn tagtäglich erleben, stellt sich nicht von selbst ein, sondern bedarf politischer und pädagogischer Unterstützung.[297]

Erklärtes Anliegen des zweiten UEA ist es, der »jüdischen Perspektive« explizit Raum zu geben, im Expertenkreis selbst und – im Rahmen einer in Auftrag gegebenen Studie – durch Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern jüdischer Einrichtungen sowie mit Jüdinnen und Juden.

5.2 Jüdische Gemeinschaften in Deutschland: Historische Ausgangssituation und Selbstverortung

Seit vielen Jahren steht – zumindest in der breiten öffentlichen Wahrnehmung – die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung der Juden Europas im Mittelpunkt der deutsch-jüdischen Beziehungen. Vor diesem Hintergrund verengt sich die Wahrnehmung des jüdischen Lebens in Deutschland auf Verfolgung und Massenmord als Kulminationspunkt. »So sehr für die historische Darstellung gefordert wird, dass die Opferperspektive angemessen berücksichtigt werden soll, so sehr ist die Einengung [...] auf die Opfergeschichte fatal, dies kommt nicht zuletzt in dem unter Jugendlichen bereits banalisierten Schimpfwort ›Du Opfer!‹ auf perverse Weise zum Ausdruck.«[298] (→ Prävention)

Das Außergewöhnliche an der Situation der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland ergibt sich zwar in der Tat aus der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden und den daraus resultierenden Spätwirkungen. Dennoch lässt sich auf eine deutlich längere deutsch-jüdische Geschichte verweisen, die zudem im Holocaust keinen Endpunkt gefunden hat, sondern weiter fortgeführt wird und mittlerweile durch einen umfassenden demografischen und kulturellen Wandel der

297 Astrid Messerschmidt, Vortrag bei der Tagung »Das Gerücht über die Juden« der Evangelischen Akademie Berlin am 5.9.2015.

298 Wolfgang Geiger, Zwischen Urteil und Vorurteil. Jüdische und deutsche Geschichte in der kollektiven Erinnerung, Frankfurt a. M. 2012, S. 8.

jüdischen Gemeinschaft geprägt ist, ausgelöst u. a. durch die Wiedervereinigung und den Zuzug von Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach 1989. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist daher sehr divers. Juden, die hier leben, haben unterschiedliche Zugänge zum Jüdisch-Sein, verfügen oftmals über mehrere Staatsangehörigkeiten und eine ganz individuelle Mischung verschiedener Herkünfte und Identifikationen. Sie leben hier, gestalten das Leben in dieser Gesellschaft aktiv mit und sehen Deutschland als ihren Lebensmittelpunkt.

Dass es so etwas wie jüdisches Leben in Deutschland gibt, ist dabei keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Für die erste Generation war der Nationalsozialismus kein »abgeschlossenes Kapitel der Geschichte«, sondern ein Teil ihrer Gegenwart, die u. a. auch das Bedürfnis nach einer vertrauten jüdischen Gemeinschaft mitbestimmte. Obwohl in den ersten Nachkriegsjahren ein dauerhaftes Leben in Deutschland nur für die wenigsten vorstellbar war, haben sich doch einige entschieden zu bleiben. Dabei dominierte jedoch bei vielen das Lebensgefühl, im Land der Täter »auf gepackten Koffern« zu sitzen.[299] Die Entscheidung für einen Verbleib in Deutschland ging für viele mit einer quälenden Ambivalenz und einem tiefen Zwiespalt einher. Der Abschied von diesem Provisorium konnte in vielen Familien erst viel später durch ihre Kinder und Enkelkinder vollzogen werden.[300] Sie führten ihren eigenen Dialog mit der deutschen und jüdischen Identität und haben ein ganz eigenes Selbstverständnis dazu entwickelt, das sich neben der Verfolgungs- und Ermordungsgeschichte auf ein vitales und selbstbewusstes Judentum bezieht. Micha Brumlik spricht in diesem Zusammenhang von einer »Nach-Shoah-Identität«.[301] Die Verfolgungserfahrung wurde mit dem zunehmenden generationellen Abstand weniger prägend für die kollektive Identität der dritten Generation, ohne dabei verdrängt oder vergessen zu werden. Das Jüdisch-Sein ist durch die Jüngeren zunehmend positiv besetzt, auch wenn die Fragen der Heimat und Zugehörigkeit sich nicht für alle gleich oder eindimensional beantworten lassen.[302]

Zu den Besonderheiten des jüdischen Lebens in Deutschland gehört auch ein Judentum, das sich in den letzten Jahrzehnten in vielerlei Hinsicht verändert und neu formiert hat. »Juden in Deutschland verändern ihre organisatorischen Strukturen, ihre Haltungen gegenüber der nichtjüdischen Umwelt, aber auch ihr Selbstverständnis und ihre Einstellungen zur übrigen jüdischen Welt.«[303] Institutionell gesehen wuchs die jüdische Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland von 1955 mit 16.000 auf ca. 28.000 Mitglieder (Stand: 1980er-Jahre) und verdreifachte sich dann durch den Zuzug von etwa 250.000 russischsprachigen Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er-Jahren.[304] Der spätere Zuzug aus Israel ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt der Migrationsbewegungen und Veränderungen der letzten Jahre und hat inzwischen Züge eines Mythos angenommen, da es keine verlässlichen Statistiken gibt, wie viele Israelis heute in Deutschland und v. a. in Berlin leben. Empirisch-wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gründe und Wirkungen dieser Bewegung liegen bisher kaum vor, aber die »neue Community« wird bereits breitflächig diskutiert.[305] Auch hier handelt es sich um eine heterogene Gruppe von Menschen, die unterschiedliche Identitäts- und Lebensentwürfe mitbringen.

Aktuell sind unter dem Dach des *Zentralrats der Juden* 23 Landesverbände mit 105 jüdischen Gemeinden und knapp 100.000 Mitgliedern organisiert (Stand: 2015). Die Zahl der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden kann jedoch als doppelt so hoch geschätzt werden. Das Spektrum der religiösen Denomination ist weit gefächert und reicht von orthodoxen über konservative bis hin zu liberalen Gemeinden. Diese werden vom *Zentralrat der Juden in Deutschland* politisch vertreten. Neben jüdischen Gemeinden und Synagogen gibt es weitere Organisationen, die sich im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit sowie Bildung und Erziehung engagieren. Dazu gehören u. a. die *Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland*

299 Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (Hrsg.), Juden in Deutschland – Selbst- und Fremdbilder. Pädagogisches Begleitmaterial zur Schülerausstellung, Frankfurt a. M. 2009, S. 63 ff.

300 Meron Mendel, Jüdische Jugendliche in Deutschland. Eine biographisch-narrative Analyse zur Identitätsfindung, Frankfurt a. M. 2010.

301 Angehörige der zweiten Generation suchten nach einer Form jüdischer Identität, die nicht ausschließlich durch die Geschichte und den Holocaust geprägt ist. Sie forderten die jüdischen Gemeinden dazu auf, neue jüdische Identifikationsgrundlagen zu definieren, die auf positiven Inhalten des Judentums begründet sind.

302 Stephanie Tauchert, Jüdische Identitäten in Deutschland. Das Selbstverständnis von Juden in der Bundesrepublik und der DDR 1950 bis 2000, Berlin 2007.

303 Eliezer Ben-Rafael/Yitzhak Sternberg/Olaf Glöckner, Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland. Eine empirische Studie im Auftrag des L.A. Pincus Fund for Jewish Education in the Diaspora, o.O. [Berlin] 2010, S. 63.

304 Vgl. Judith Kessler, Jüdische Migration aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1990, in: hagalil.com, 28.2.2003, http://www.berlin-judentum.de/gemeinde/migration-4.htm (eingesehen 29.11.2016). Die Zusammensetzung der Gemeinden nach dem Krieg (Stand: 1950er-Jahre) bestand überwiegend aus einer kleinen deutsch-jüdischen Gruppe ungarischer, tschechoslowakischer und polnischer Juden sowie Rückwanderern aus Süd- und Nordamerika, England, China. Angesichts politischer Konflikte, antisemitischer Wellen und einer stalinistisch-antizionistischen Politik in Osteuropa gab es eine permanente, wenn auch zahlenmäßig kleine Einwanderungsbewegung aus der DDR (1953), Ungarn (1956), der Tschechoslowakei (1968) und Polen (1968, 1973). Gesamtstatistik für das Jahr 1981: 28.374 registrierte Gemeindemitglieder. Die Zahl der nicht in der Gemeinde registrierten Juden kann höher geschätzt werden. 1989 zählten die fünf jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik rund 400 Mitglieder, die Mehrzahl, etwa 250, lebte in Ostberlin. Diese Gemeinden wurden 1990 als Mitglieder in den Zentralrat aufgenommen.

305 Dani Kranz, Israelis in Berlin. Wie viele sind es und was zieht sie nach Berlin? Kooperationsprojekt mit dem Deutschlandradio »Faszination und Befremden – 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen«, Gütersloh 2015.

(ZWST),[306] jüdische Kindergärten, Grundschulen und Religionsschulen/Sonntagsschulen, Gymnasien, Volkshochschulen, Jugendzentren, lokale Studentenprojekte, Batej Midrasch (Lehrhäuser), lokale Studentenprojekte sowie eine Vielzahl an jüdischen Grass-Roots-Bewegungen.[307]

5.3 Perspektivendivergenz

Ausgehend von dieser Vielfalt biografischer Erfahrungen, politischen Positionierungen, Identitätsentwürfen und Lebensstilen lassen sich kaum Belege dafür finden, wie »die« hiesige jüdische Gemeinschaft Antisemitismus wahrnimmt, deutet und damit umgeht. Nichtsdestotrotz gibt es einen intensiven innerjüdischen Diskurs dazu. Hierfür können zahlreiche Erfahrungsberichte, mediale Diskussionen, aber auch Studien[308] herangezogen werden.

Antisemitismus wird in hohem Maß durch Emotionen bestimmt. Die Perspektivendivergenz spielt dabei eine wesentliche Rolle: Während Jüdinnen und Juden mit Antisemitismus konfrontiert werden, wird gleichzeitig darüber diskutiert, ob Antisemitismus in der Gegenwart überhaupt noch relevant ist. Antisemitische Positionen werden häufig bagatellisiert oder als »nicht so gemeint« entschuldigt.[309] Diese Problematik spiegelt sich etwa in der Auseinandersetzung mit dem »Israel-Gedicht« von Günther Grass, der sogenannten → Augstein-Debatte ebenso wie in der → Beschneidungs-Debatte. In diesen Debatten zeigt sich nicht nur, dass eine sachliche Auseinandersetzung nahezu unmöglich ist, sondern auch, dass die Perspektive der Betroffenen nicht selten eine andere ist als die der nichtjüdischen Mehrheitsbevölkerung. Vieles an dem Erleben von Antisemitismus bleibt für die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft weitgehend unsichtbar. Besonders der sekundäre Antisemitismus, der sich zwischen den Zeilen und eher als Andeutung äußert, stellt das subjektive Empfinden von Normalität und Zugehörigkeit infrage und verstärkt die Wahrnehmung von Juden als »Dritte« (→ Definition) oder »Nichtzugehörige«.

Der Historiker Dmitrij Belkin beschreibt in einer Umfrage von Ben-Rafael, Sternberg und Glöckner zwei wichtige Aspekte, mit denen Juden in der deutschen Gesellschaft heute konfrontiert sind. Zum einen sieht er bei Juden die Sorge, ihre Zugehörigkeit zum Judentum offen zu zeigen. Zum anderen beobachtet er eine angespannte Atmosphäre im Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden, die auf die belastenden Ereignisse im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden zurückzuführen ist. »Es gibt hier ein konstantes Interesse [an jüdischen Themen, *Anm. d. Verf.*], aber gleichzeitig kannst du Schuldgefühle [der Nichtjuden, *Anm. d. Verf.*] spüren, und das kann schon eine sehr belastende Erfahrung sein. Manche Deutsche sind auch einfach sehr gehemmt, wenn es um Juden und Judentum geht. Es gibt wenig Raum für freie Diskussionen, und die traumatische Vergangenheit bleibt präsent.«[310] Eine positive Haltung des deutschen Staates zum jüdischen Leben in Deutschland ist eng verbunden mit der beschworenen (historischen) Verantwortung, das Verhältnis zu Juden und Judentum neu gestalten zu wollen. Unsicherheiten im Umgang miteinander bestehen jedoch auf beiden Seiten und nehmen anscheinend zu, wenn es um Israel und den Nahostkonflikt geht.

Schon diese wenigen Diskurslinien vermitteln einen Eindruck von der Perspektivendivergenz, die mögliche Annäherungsprozesse zwischen der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft und der jüdischen Gemeinschaft erheblich beeinflussen. Erkennbar sind große Bemühungen von öffentlicher Seite, die jüdische Gemeinschaft vor Antisemitismus zu schützen, sei es durch Sicherheitsmaßnahmen, Förderung von präventiven Bildungsprojekten u. a.[311]

5.4 Bisherige Erkenntnisse zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus

Im deutschsprachigen Raum existiert eine Reihe aussagekräftiger empirischer Studien zu antisemitischen Einstellungen und Vorurteilen (→ Einstellungen). Der überwiegende Teil folgt kognitiven Ansätzen, d. h. es werden v. a. Stereotype und verbalisierte Vorurteile untersucht, während emotionale Aspekte und die Zusammenhänge

306 Spitzenverband und Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und soziale Dachorganisation der jüdischen Gemeinden auf dem Gebiet der Sozialen Arbeit.

307 Unabhängige politische und v. a. gesellschaftliche Initiativen/Vereinigungen, die aus eigener Kraft entstehen.

308 Dazu gehören u. a. eine ältere Studie aus den USA von Gary A. Tobin/Sharon L. Sassler, Jewish Perception of Antisemitism, New York 1988; Studie der Fundamental Rights Agency (FRA) 2012 über Diskriminierungserleben von Juden in der Europäischen Union, eine qualitative Befragung von Berliner Synagogen der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS); die qualitative Studie von Julia Bernstein, »Ab und zu Kosher, ab und zu Shabbat«. Identitäten, Selbstwahrnehmungen und Alltagspraktiken von Kindern aus »mixed families« in Deutschland, hrsg. v. JDC International Centre for Community Development, Oxford 2014; die Umfrage von Eliezer Ben-Rafael/Yitzhak Sternberg/Olaf Glöckner, Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland, Studie im Auftrag des L.A. Pincus Funds for Jewish Education in the Diaspora, o.O. 2010 sowie Erfahrungsberichte der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und anderer Bildungsträger/Projekte.

309 Vgl. Lars Rensmann, Die Ausgrenzung des Eigenen und die Exklusion des »Anderen«, in: Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung, 17 (2013) 2, S. 157–191.

310 Ben-Rafael/Sternberg/Glöckner, Juden und jüdische Bildung, S. 45.

311 Ebenda.

zwischen kognitiven und affektiven Anteilen antisemitischer Kommunikation und Praxis (noch) nicht ausreichend erforscht sind.[312] Ähnlich sieht es bei der Erforschung der Betroffenenperspektive aus. Bislang gibt es nur wenige Studien zum subjektiven Erleben und Wahrnehmen von Antisemitismus.

Eine Studie aus den 1980er-Jahren in den USA stellt die These auf, dass die jüdische Wahrnehmung des Antisemitismus – historisch bedingt – immer ziemlich genau ausfällt. [313] Dabei sind die meisten Juden weder übermäßig betroffen noch selbstgefällig im Hinblick auf Antisemitismus. Während einige eher ängstliche Haltungen vertreten, zögern die anderen, Antisemitismus als Problem anzuerkennen. Grundsätzlich kann der Umgang von Juden mit gegenwärtigem Antisemitismus als ausgewogen vorsichtig und erfahrungsbedingt wachsam charakterisiert werden.

Die Studie von Ben-Rafael, Sternberg und Glöckner spiegelt eine durchweg positive Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft und Politik wider. Grundsätzlich sehen viele jüdische Repräsentanten und andere Befragte die Aufgeschlossenheit der deutschen Politik gegenüber den Gemeinden und Organisationen als ein positives Kontinuum: »Im Großen und Ganzen ist die Zusammenarbeit sehr produktiv. Staat, Bundesregierung, aber auch regionale und kommunale Instanzen [zeigen] eine Menge Aufgeschlossenheit. Ablehnende Haltungen sind kaum anzutreffen.« Gleichwohl bestätigten einige Interviewpartner, dass es Unterschiede oder auch gänzlich andere Erfahrungen/Einschätzungen geben mag: »Keine deutsche Institution oder Behörde möchte sich nachsagen lassen, dass ihr die noch verletzliche, zarte Pflanze des jüdischen Neuanfangs in Deutschland egal wäre. Es mag vorkommen, dass Juden individuell schlecht behandelt werden, niemals aber deren offizielle Repräsentanten.« [314]

Von einigen Interviewpartnern wird jedoch bemängelt, dass die Medien sich hauptsächlich auf historische Themen beziehen: »Gedenkveranstaltungen und Berichte, die an früheres jüdisches Leben [in Deutschland, *Anm. d. Verf.*] erinnern, sind zahlreich. Aber der jüdische Alltag kam in den letzten Jahren viel zu kurz. Man liest darüber heute so gut wie gar nichts. Dabei könnte soviel gezeigt werden vom heute und hier präsenten Judentum, von seinen neuen Facetten.«[315] Ein anderer Teil der Interviewpartner hegt eine kritische Haltung in Bezug auf das Israel-Bild in den deutschen Medien, insbesondere im Hinblick auf den Nahostkonflikt. So betont die Präsidentin der *Israelitischen Kultusgemeinde* in München, Charlotte Knobloch, dass die Berichterstattung über Israel und den israelisch-palästinensischen Konflikt sehr einseitig ausfalle: »Durch die Art und inhaltliche Schwerpunktsetzung wird suggeriert, dass der Staat Israel die alleinige Schuld am Nahostkonflikt trage. Inner-palästinensische Konflikte, Antisemitismus in der arabischen Welt und der Umstand, dass die israelische Bevölkerung permanent Terror-Attacken erlebt, all dies wird weitgehend ausgeblendet.«[316]

Die quantitativen Daten (→ Einstellungen) zeigen bei Haltungen zur deutschen Gesellschaft folgende Befunde: Eine leichte Mehrheit aller befragten Personen (52 Prozent) beschreibt ihre Verankerung in der deutschen Gesellschaft als befriedigend oder sehr befriedigend. Eine noch größere Zahl der Befragten (54,8 Prozent) stimmt der Aussage zu, dass ein Leben als Jude/Jüdin in Deutschland heute unproblematisch sei. Der vergleichsweise hohe Prozentsatz von Personen, die sich mit der deutschen Gesellschaft identifizieren bzw. sich in Deutschland zu Hause fühlen, gründet sich offenbar auf eine ganze Reihe von objektiven Gegebenheiten. So bewerten nicht wenige der Befragten die politischen Rahmenbedingungen, die ökonomischen Verhältnisse, die Perspektiven für die eigenen Kinder, das Sozialsystem und die allgemeine Lebensqualität in der Bundesrepublik positiv oder sehr positiv. Gleichzeitig bilden die Befunde auch andere Faktoren ab, die auf Juden in Deutschland durchaus problematisch wirken können – u. a. soziale Barrieren vonseiten der nichtjüdischen Bevölkerung und eigene Erfahrungen mit Antisemitismus.

Grundsätzlich kann die Einstellung gegenüber Deutschland und der heutigen deutschen Gesellschaft in dieser Studie als positiv eingeschätzt werden. Trotzdem scheint ein Teil der Juden in Deutschland durch neue (aktuelle) Formen des Antisemitismus verunsichert zu sein. Negative bis feindliche Haltungen gegenüber Israel werden nicht nur in den klassischen Medien, sondern verstärkt auch in sozialen Netzwerken und politischen Bewegungen/Parteien (→ politische Bewegungen; → Parteien) registriert, was das eigene (politische) Engagement in solchen Netzwerken schwierig bis gänzlich unmöglich macht. Die Schriftstellerin Adriana Stern berichtet dazu: »Verschiedene Male war ich entschlossen, mich im linken politischen Spektrum zu engagieren […]. Das Problem beginnt damit, dass du in den weit links stehenden Gruppierungen nur Negatives erlebst, wenn du zum Thema Israel kommst […]. Der Antisemitismus der äußersten Linken ist einfach schrecklich. Wenn ich auf eine Demonstration [der Linken, *Anm. d. Verf.*] treffe und all die palästinensischen Tücher und Schals sehe und gleichzeitig die Parolen gegen Israel höre, dann ist das einfach unerträglich.«[317]

312 Uffa Jensen/Stefanie Schüler-Springorum, Antisemitismus und Emotionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28-30 (2014), S. 17–24.

313 Tobin/Sassler, Jewish Perception of Antisemitism.

314 Ben-Rafael/Sternberg/Glöckner, Juden und jüdische Bildung, S. 43.

315 Ebenda, S. 44.

316 Ebenda.

317 Ebenda.

Eine Studie des *American Jewish Joint Distribution Committee* (JDC) zu Perspektiven jüdischer Repräsentanten in führenden Positionen in Europa, darunter amtierende und frühere Vorsitzende und Ratsmitglieder jüdischer Organisation, Rabbiner, Direktoren jüdischer Schulen, Intellektuelle, Journalisten usw. zeigt ähnliche Befunde. Antisemitismus artikuliert sich, so der Bericht, in allen gesellschaftlichen Sphären und nimmt Einfluss auf die Lebensqualität der jüdischen Gemeinschaft. Bei der Frage: »Welche der folgenden Aspekte sind die größten Bedrohungen für die Zukunft des jüdischen Lebens?« sehen Vertreterinnen und Vertreter aus Ungarn, Griechenland, Frankreich, Deutschland und Österreich neben anderen Faktoren auch den aktuellen Antisemitismus als eine potenzielle Bedrohung für die jüdische Gemeinschaft in ihrem Land (→ Straftaten).[318]

Mithilfe einer Befragung von zehn Berliner Synagogen-Gemeinden konnten 2015 wichtige Erkenntnisse über den ganz normalen Alltag Berliner Jüdinnen und Juden generiert werden.[319] Die Befragung zeigt, wie unterschiedlich die Perspektiven auf Antisemitismus sein können und wie wichtig jede einzelne von ihnen ist: »Obwohl alle Interviewpartner Antisemitismus als gesellschaftlich relevantes Problem beschrieben haben, unterscheiden sich doch ihre Wahrnehmungen und v. a. das Ausmaß selbst gemachter Erfahrungen. Während hier Wahrnehmungen als Rezeptionsweisen gesellschaftlicher Debatten und nicht fallbezogene Beschreibungen von Antisemitismus gefasst werden, beziehen sich Erfahrungen anderer auf konkrete Vorfälle, welche die Befragten entweder selbst erlebt haben oder von denen sie Kenntnis bekommen haben.«[320]

In der qualitativen Studie »Identitäten, Selbstwahrnehmungen und Alltagspraktiken von Kindern aus ›mixed families‹ in Deutschland«[321] aus dem Jahr 2014 zeigen sich ähnliche Befunde. Hier fallen die alltäglichen Antisemitismuserfahrungen der Interviewpartner ebenfalls als eine signifikante Erfahrungskategorie auf, obwohl diese nicht im Zentrum der Studie standen und eher implizit erhoben wurden.

Die Befragung der *Federal Agency for the Protection of Human Rights* (FRA) aus dem Jahr 2013 liefert ebenfalls wichtige empirische Befunde.[322] In der Studie gaben 66 Prozent der Befragten an, der israelisch-arabische Konflikt beeinträchtige ihr Sicherheitsgefühl als jüdische Person in Deutschland ziemlich stark oder sogar ganz erheblich. In Frankreich und Belgien war der Anteil der Befragten, die dies berichteten, noch deutlich höher.[323] 41 Prozent der Befragten gaben an, es würden ihnen oft oder ständig Handlungen der israelischen Regierung vorgeworfen oder ihnen die Schuld dafür gegeben, weil sie Jude sind; auch dies ist in einigen anderen europäischen Ländern noch deutlich häufiger der Fall.[324] Allerdings ist die Umfrage noch vor der letzten antisemitischen Welle im Zuge des Gaza-Konflikts im Sommer 2014 erhoben und veröffentlicht worden. Für das Jahr 2014 verzeichnet die Polizeistatistik einen Anstieg antisemitischer Straftaten: Knapp 200 antisemitische Straftaten zählte die Berliner Polizei im Jahr 2014.[325] Auch Berichte von Übergriffen häufen sich. Doch dabei handelt es sich v. a. um strafrechtlich relevante Vorfälle. Die vielen alltäglichen Provokationen, Pöbeleien, Drohungen und Beleidigungen, die nicht in den strafbaren Bereich fallen, werden bislang kaum dokumentiert (→ Straftaten). Für das Jahr 2014 sind besonders die öffentliche Verbreitung antisemitischer Verschwörungsideologien, offene judenfeindliche Parolen, Angriffe und Sachbeschädigungen im Rahmen antiisraelischer Demonstrationen hervorzuheben.

5.4.1 Subjektive Antisemitismuserfahrungen

Aussagen wie: »Ich weiß noch genau, dass ich in der Grundschule nicht wollte, dass die Leute wissen, dass ich jüdisch bin. Ich empfand das als Makel« oder: »Die Locken waren damals in Bonn schon ein Problem. Keiner hatte dunkle Locken. Es gab auch keinen Friseur, der damit umgehen konnte, und auch Sarah war ein Name, der seltsam war. Jeder hat gefragt und das war mir unangenehm.«[326] zeigen, dass die Erfahrung von Antisemitismus bedeutet, mit Fragen konfrontiert zu werden: »Wo kommst du eigentlich her?«, »Du sprichst aber gut Deutsch«, »Wie ist das Wetter in deiner Heimat?«, »Du hast sicher viel Geld«, aber auch »Warum zettelt deine Regierung in Israel Kriege an?« Solche, auf den ersten Blick harmlosen Fragen deuten darauf hin, dass Juden, die ihren Lebensmittelpunkt – oftmals seit Generationen – in Deutschland haben, nicht als Deutsche wahrgenommen werden. Antisemitismus zu erfahren, bedeutet darüber

318 JDC International Center for Community Development. Third Survey of European Jewish Leaders and Opinion Formers, 2015, March 2016, o.O., S. 32.

319 Die Umfrage war angelehnt an die Online-Studie der Fundamental Rights Agency von 2013 und bezog sich zum einen auf antisemitische Vorfälle, die sich gegen Synagogen, Beterinnen und Beter oder direkt gegen die Interviewten gerichtet haben, zum anderen auf Strategien der Bewältigung. Außerdem war die Umfrage auf eine eher allgemeine Einschätzung der gesellschaftlichen Situation während der sogenannten Beschneidungsdebatte (2012) und des Gaza-Konflikts (2014) sowie auf die medialen, politischen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen darauf ausgerichtet.

320 Benjamin Steinitz, Sachbericht für das Kooperationsprojekt »Wahrnehmungen und Erfahrungen von Antisemitismus jüdischer Menschen in Berlin«, hrsg. v. RIAS Berlin 2015, S. 32 ff.

321 Bernstein, »Ab und zu Kosher, ab und zu Shabbat«.

322 Online-Umfrage der FRA 2013.

323 Vgl. FRA-Studie 2013, Abb. 17.

324 Vgl. ebenda, Abb. 18.

325 Steinitz, Sachbericht für das Kooperationsprojekt.

326 Bernstein, »Ab und zu Kosher, ab und zu Shabbat«, S. 25 f.

hinaus auch alltägliche Mikroagressionen,[327] Herabwürdigungen und Exotisierungen, die nicht nur selbst erlebt werden, sondern auch indirekt über Familie, öffentliche Diskurse und antisemitische Vorfälle.

Oft wird das subjektive Erleben von Antisemitismus und Diskriminierung nur auf einer individual-psychologischen Ebene betrachtet. Diese Perspektive hat weitreichende Konsequenzen, wie zum Beispiel der sich wiederholende Vorwurf, »übersensibel« zu sein oder sich die antisemitische Beleidigung eingebildet zu haben. Bei der Auseinandersetzung mit subjektiven Antisemitismuserfahrungen und ihren Auswirkungen sind daher folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Reaktionen auf Diskriminierung dürfen nicht alleine durch biografische Faktoren, psychische Verfassung, Persönlichkeitsstruktur oder sonstige individual-psychologische Faktoren erklärt werden.

- Es bedarf einer genaueren Analyse situativer Faktoren. Dies setzt gleichzeitig voraus, dass die Stimmen der Betroffenen Gehör finden und Solidarität erfahren.

- Antisemitismus sollte als soziale Exklusion und als Teil gesellschaftlicher Machtverhältnisse verstanden werden. Die Ausblendung dieser Aspekte trägt dazu bei, dass Betroffene die Schuld für das Geschehene bei sich suchen und sich mit ihren Erfahrungen nicht anerkannt fühlen.[328]

- Das Wahrnehmen und Erleben von Antisemitismus beschränkt sich nicht alleine auf das Jüdisch-Sein, sondern ist mehrdimensional und vermischt sich mit weiteren identitätsstiftenden Merkmalen und Differenzkategorien wie Geschlecht, Alter, körperliche und gesundheitliche Verfassung und insbesondere auch Herkunft und Sprache (→ Prävention).

- Antisemitische Erfahrungen stehen in Deutschland im engen Zusammenhang mit den Folgen der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden in Europa. Traumatische Erfahrungen, die aufgrund ihres extremen Ausmaßes nicht verarbeitet werden konnten, bleiben nicht nur für direkt Betroffene, sondern auch für die nachfolgenden Generationen eine spürbare Belastung.[329]

- Auch Migrationserfahrungen sind zu berücksichtigen. Aus Interviews mit Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion zeigt sich, dass gegenwärtige Erfahrungen mit Antisemitismus durch Ausschluss- und Antisemitismuserfahrungen ihrer Familien im Herkunftsland verstärkt werden.[330]

- Bei mehrfachen und sich wiederholenden Antisemitismuserfahrungen besteht das Risiko, die eigene jüdische Identität als eine negative Kategorie zu erleben und zu verinnerlichen.[331]

Die Diskriminierungsforschung belegt vielfach, dass das Erleben von Abwertung und Diskriminierung das psychische und physische Wohlbefinden nachhaltig beeinträchtigt.[332] Gleichzeitig gelingt es einigen Betroffenen, durch vielfältige Strategien, wozu u. a. die Suche nach sozialer Unterstützung in der eigenen Community, aber auch durch Bildung von Koalitionen gehört, die Belastung abzufedern. Auch die Attribution eines negativen Erlebnisses auf Vorurteile der jeweils anderen Akteure kann das Selbstwertgefühl schützen.[333] Bislang ist allerdings der Zusammenhang zwischen dem Erleben von Antisemitismus und psychischem sowie physischem Wohlbefinden kaum untersucht.

5.4.2 Ebenen, Formen und Ausdrucksweisen von Antisemitismus unter dem Blickwinkel der Diskriminierung

Sowohl in der öffentlichen als auch in der wissenschaftlichen Debatte wird Antisemitismus nur bedingt als

327 Mikroaggression ist ein sozialpsychologischer Begriff, der 1970 von Chester Pierce geprägt wurde, um kleine, als übergriffig wahrgenommene Äußerungen in der alltäglichen Kommunikation zwischen Weißen und Schwarzen zu beschreiben. Darunter werden alltägliche Äußerungen verstanden, die abwertende Botschaften senden, die sich auf deren Gruppenzugehörigkeit beziehen. Von Mikroaggression betroffen sind oft Angehörige marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen: People of Color, Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle oder Menschen mit Behinderungen.

328 Vgl. dazu Tagungsdokumentation, Alltagsrassismus und rassistische Diskriminierung Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit, Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund – AMIGRA, München 2010, http://www.elina-marmer.com/wp-content/uploads/2014/02/fachtagung_alltagsrassismus.pdf (eingesehen 27.11.2016).

329 Die Auswirkungen der Verfolgungserfahrungen können auch als Überlebenden-Syndrom bezeichnet werden.

Primäre Erkenntnisquellen sind die psychotherapeutische Arbeit mit Überlebenden der Shoah sowie ihren Kindern und Enkeln, andererseits die später einsetzenden Therapien und Untersuchungen von Kindern und Enkeln der Täter. Vgl. auch Gabriele Rosenthal (Hrsg.), Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern, Gießen 1997.

330 Julia Bernstein, Wollen Sie uns etwa über Holocaust erzählen?, in: Trauma und Intervention. Zum professionellen Umgang mit Überlebenden der Shoah und ihren Familienangehörigen, Frankfurt a. M. 2010, S. 76, http://zwst.org/cms/documents/347/de_DE/pflegebuch-trauma-intervention-rz-web.pdf (eingesehen 8.12.2016).

331 Tamar Rappoport/Edna Lomsky-Feder/Angelika Heider, Recollection and Relocation in Immigration: Russian-Jewish Immigrants »Normalize« Their Anti-Semitic Experiences, in: Symbolic Interaction, 25 (2002) 2, S. 175–198.

332 Zur Übersicht Kenneth Dion, The Social Psychology of Perceived Prejudice and Discrimination, in: Canadian Psychology, 43 (2001) 1, S. 2–10; Nicole Hansen, Die Verarbeitung von Diskriminierung in: Andreas Beelmann/Kai Jonas (Hrsg.), Diskriminierung und Toleranz. Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven, Wiesbaden 2009, S. 155–170.

333 Dion, Perceived Prejudice and Discrimination, S. 2 f.

Diskriminierung betrachtet. Dennoch lassen sich für das Verständnis von Antisemitismus sowie für die Prävention und Intervention wertvolle Hinweise aus der Forschung und Praxis zu Diskriminierung gewinnen.[334] Mit dem Aspekt der Fremdmachung (»Othering« → Prävention),[335] der Markierung also von Mitgliedern einer sozialen Gruppe als »anders«, beginnt ein Prozess des Ausschlusses aus dem eigenen Kollektiv, der im schlimmsten Fall in offener Diskriminierung und Gewalt münden kann.[336]

Antisemitismus ist nicht nur auf individueller Ebene virulent, sondern Bestandteil gesellschaftlicher Strukturen und äußert sich hier z. B. in Diskursen, Debatten oder auch über normative Rollenzuweisungen. Das bedeutet, dass es zum einen zu untersuchen gilt, wie Antisemitismus auf der individuellen Ebene wirkt (z. B. in Form von direkten Abwertungen und Übergriffen auf Jüdinnen und Juden), und welche Formen der Abwertung auf institutioneller und struktureller Ebene zu finden sind (z. B. in Form von Regelungen, die jüdisches Leben in Deutschland ignorieren oder erschweren – dazu gehört u. a. die Forderung eines Verbots der → Beschneidung,[337] aber auch das Übergehen von Essensregeln oder die Festlegung wichtiger Termine auf den Schabbat oder jüdische Feiertage). Strukturelle Formen von Diskriminierung äußern sich nicht zuletzt auch in rechtlichen Fragen und der gewährten Sicherheit und dem gebotenen Schutz, den eine Minderheit erfährt.[338]

5.5 Beschreibung der in Auftrag gegebenen Expertise zum Thema »Perspektiven von Jüdinnen und Juden in Deutschland auf Antisemitismus«

Die Diskriminierungserfahrungen und ihre Auswirkungen auf einzelne Jüdinnen und Juden sowie auf das jüdische Leben in Deutschland sind nur selten Bestandteil der Forschung. Für den Bericht des zweiten UEA wurde daher eine Expertise am Bielefelder *Institut für Konflikt- und Gewaltforschung* (IKG) unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick in Auftrag gegeben,[339] die sich insbesondere mit der jüdischen Perspektive auf Antisemitismus in Deutschland befasst.

5.5.1 Ziel der Expertise

Ziel der Expertise sollte es sein, Sichtweisen von Jüdinnen und Juden auf das Thema Antisemitismus sowie die Erfahrungen von Antisemitismus zu erheben.

Für die Expertise wurden zwei übergreifende Leitfragen gestellt:

1) **Wie begreifen Jüdinnen und Juden das Phänomen des Antisemitismus?**
   Die Antworten sollten Aufschluss über die Perspektive von Jüdinnen und Juden auf das Phänomen des Antisemitismus, ihr Verständnis von Antisemitismus und die Einschätzung möglicher Konsequenzen für Jüdinnen und Juden heute geben.

2) **Wie erleben Jüdinnen und Juden Antisemitismus (im Alltag, in der öffentlichen Debatte usw.)?**
   Hier sollten Erkenntnisse über Erfahrungen der Abwertung und Ausgrenzung, über Ängste, Zukunftsvorstellungen, Wünsche, das Sicherheitsgefühl und die Beziehung zu Israel gewonnen werden.

5.5.2 Umsetzung der Expertise

Die Studie wurde in enger Abstimmung mit dem UEA, unter Einbeziehung wichtiger jüdischer Organisationen in Deutschland, relevanter Akteure der jüdischen Community, jüdischer Vertreterinnen und Vertreter aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft sowie von vielen Jüdinnen und Juden aus der Bevölkerung umgesetzt.

334 Gordon, W. Allport, The Nature of Prejudice, Cambridge 1954/1971.

335 U. a. Toan Quoc Ngyuen, »Offensichtlich und zugedeckt« – Alltagsrassismus in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 16 (2012).

336 Der Prozess der Vorurteilsbildung ist in der sozialpsychologischen Forschung sehr detailliert und umfassend untersucht, vgl. dazu u. a. Craig McGarty/Vincent Y. Yzerbyt/Russell Spears, Stereotypes as Explanations: The Formation of Meaningful Beliefs about Social Groups, Cambridge 2002.

337 71 Prozent der Juden in Deutschland gaben in der FRA-Studie 2013 an, ein Verbot der Beschneidung würde ein Problem für sie darstellen, 50 Prozent sagten dies in Bezug auf ein mögliches Verbot traditioneller Schächtung.

338 In einer repräsentativen Umfrage von 2006 verneinte noch ein Viertel der Befragten, dass Juden die gleichen Rechte wie die Mehrheitsgesellschaft haben sollten (vgl. Werner Bergmann, Expertenkreis Antisemitismus beim BMI, Vortrag zu Ergebnissen der Einstellungsforschung zum: »Antisemitismus in Deutschland« am 15. 2. 2010/Aktualisierte Fassung Juni 2011, S. 6, http://www.bagkr.de/wp-content/uploads/bergmann_antisemitismus-in-dt.pdf (eingesehen 9.12.2016).

339 Andreas Hövermann/Silke Jensen/Andreas Zick/Julia Bernstein/Nathalie Perl/Inna Ramm, Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Studie des IKG der Universität Bielefeld für den UEA, Bielefeld 2016.

Entstanden sind am Ende drei miteinander verknüpfte Teilstudien:

1) Qualitative Befragung von Schlüsselakteuren (Auswahl der Befragten in Abstimmung mit Mitgliedern des UEA; befragt wurden u. a. Akteure jüdischer Organisationen, Rabbiner unterschiedlicher Ausrichtung und aus unterschiedlichen Regionen)

2) Qualitative Befragung von Jüdinnen und Juden ab 16 Jahren, die überwiegend in Deutschland leben

3) Quantitative Befragung von Jüdinnen und Juden ab 16 Jahren, die überwiegend in Deutschland leben (nicht repräsentativ, aber möglichst breiter Zugang und möglichst große Stichprobe)

Die Studie wurde von einem gemischt jüdisch/nichtjüdischen Team von Sozialwissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen geplant und durchgeführt.[340]

»Insgesamt war im qualitativen Teil dieser Studie sehr großer Redebedarf festzustellen. […] Vielen war es explizit wichtig, dass ihre Stimme als Juden gehört wird, dass sie sich verstanden fühlen und dass sie die Möglichkeit bekommen, über Antisemitismus offen zu sprechen, ihre Überlegungen und Einschätzungen ›in die Welt zu tragen‹ und über ihre Bewältigungsstrategien und Wünsche für die Zukunft sprechen zu können. Einige haben an dieser Studie besonders positiv geschätzt, dass Juden direkt zum Thema Antisemitismus zu Wort kommen, dass also nicht aus einer nichtjüdischen Sicht über sie gesprochen wird. Diesbezüglich sind viele IP [Interviewpartner] der Ansicht, dass ihre Meinungen über jüdische Themen oft als nicht ›objektiv‹ gesehen und somit als zu einseitig diskreditiert werden. Wer hat die Deutungshoheit in Bezug auf die Fragen des Antisemitismus? Die Betroffenen, die subjektiv empfinden und interpretieren, oder die Außenstehenden, die scheinbar neutral dazu stehen, aber keine eigenen Diskriminierungserfahrungen bezüglich des Themas gemacht haben?«

Ausschnitt aus der Expertise von Julia Bernstein für den UEA

340 Beteiligt waren folgende Personen: Dr. Andreas Zick (Sozialpsychologe, Erziehungswissenschaftler; Universität Bielefeld), Prof. Dr. Julia Bernstein (Kulturanthropologin und Soziologin; Frankfurt University of Applied Sciences), Dr. Andreas Hövermann (Soziologe; Universität Bielefeld), Andreas Grau (Soziologe; Universität Bielefeld) und Silke Jensen (Soziologin; Universität Bielefeld).

5.5.3 Anlage und Umsetzung der Studie in drei Teilstudien

Während die ersten beiden Teile der Studie qualitative Methoden zur Informationsgewinnung nutzen, wurde in der dritten Teilstudie eine quantitative Erhebung durchgeführt. Im Planungsstadium wurde die Studie im Rahmen von Konsultationsgesprächen relevanten Akteurinnen und Akteuren der jüdischen Gemeinden und Community vorgestellt, Vorschläge für aus ihrer Sicht zentrale Themen eingeholt, mögliche kritische Punkte diskutiert und um Unterstützung bei der Durchführung der Studie gebeten.[341]

5.5.3.1 Qualitative Befragung (Teilstudien I und II)

Der Großteil qualitativer Daten stützt sich auf Interviews, Gruppentreffen (Gruppendiskussionen und teilnehmende Beobachtungen) und Einträge in Forschungstagebüchern.[342] Als Ergänzung zum quantitativen Teil geben die Ergebnisse der qualitativen Befragung Einblick in charakteristische Erfahrungsräume von Jüdinnen und Juden und bieten Anknüpfungspunkte für zukünftige Untersuchungen.

Die erste Teilstudie befasst sich mit der Einschätzung von Schlüsselakteuren zum aktuellen Antisemitismus in Deutschland: Wie groß ist das Problem Antisemitismus derzeit? In welchen Ausdrucksformen tritt Antisemitismus besonders auf? Welche besonders problematischen Entwicklungen lassen sich erkennen? Wie wird die Stimmung in der jüdischen Gemeinde eingeschätzt? Welche Themen, Sorgen, Wünsche usw. sind dort vorhanden? Hierzu wurden, in Abstimmung mit Mitgliedern des UEA, Schlüsselpersonen ausgewählt, die die jüdische Community in Deutschland möglichst in ihrer Vielfältigkeit abbilden und Einsicht in unterschiedliche Kontexte (Gemeinden, zivilgesellschaftliche Organisationen, Wissenschaft usw.) haben. Die Befragung erfolgte in Form qualitativer Interviews mit 13 Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen jüdischen Organisationen in Deutschland; zu Wort kamen leitende Fach- und Führungskräfte. Die Interviews fanden im Frühsommer/Sommer 2016 statt und wurden von Prof. Dr. Julia Bernstein und ihrem Team geführt und ausgewertet.

341 Konsultationsgespräche fanden u. a. mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Dr. Josef Schuster, sowie mit Vertreterinnen und Vertretern des Netzwerkes zur Erforschung und Bekämpfung des Antisemitismus (NEBA) – Deidre Berger, Prof. Dr. Julius H. Schoeps, Anetta Kahane – statt.

342 Die Autorin führte während der gesamten Zeit der Forschung regelmäßig ein Tagebuch. In diesem wurden Beobachtungen des Alltags sowie aus persönlichen Netzwerken vieler jüdischer Menschen zum Thema Antisemitismus auf der Grundlage der erkenntnislogischen Differenz nach klassischer kulturanthropologischer Methode entsprechend dem Konzept der „dichten Beschreibung" von Geertz protokolliert. Clifford Geertz, Dichte Beschreibung: Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt a. M. 2002 (im Original erschienen in: Interpretation of Culture. Selected Essays, New York 1973).

In der zweiten Teilstudie, die ebenfalls von Julia Bernstein durchgeführt wurde, sollte mithilfe einer qualitativen Befragung ein vertiefter Eindruck der Perspektiven von Jüdinnen und Juden in Deutschland auf ihren Umgang mit Antisemitismus gewonnen werden. Die Erkenntnisse der qualitativen Befragung beziehen sich in erster Linie auf 31 narrativ-biografische Interviews, die ebenfalls im Frühsommer/Sommer 2016 geführt und in denen auch offene Fragen zum »Antisemitismus« beantwortet wurden. Von den Interviewpartnern unterschiedlichen Alters stammen 14 aus der ehemaligen Sowjetunion, sieben aus Israel, zehn sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Daneben fanden auch zwei Gruppengespräche statt. Die erste Gruppe bestand aus 26 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aus verschiedenen jüdischen Gemeinden in Deutschland. Die zweite Gruppe setzte sich aus 23 russischsprachigen Personen des Seniorenklubs einer jüdischen Gemeinde zusammen. »Die Kommunikation beider Treffen fand auf Russisch statt. Besonders das Treffen mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die alltäglich intensive Kontakte mit einem breiteren Publikum in den jüdischen Gemeinden pflegen, hat uns ermöglicht, viele Informationen, alltägliche Szenarien und Geschichten zu erfahren.«[343]

5.5.3.2 Quantitative Befragung von Jüdinnen und Juden (Teilstudie III)[344]

Ziel war es, eine möglichst große Anzahl von Jüdinnen und Juden in Deutschland nach ihrer Einschätzung und ihrem persönlichen Erleben von Antisemitismus zu befragen; dabei sollten die Perspektiven möglichst unterschiedlicher jüdischer Milieus der Community einbezogen werden. Die Studie wurde als Online-Version konzipiert. Ausschlaggebend hierfür war sowohl die Erreichbarkeit von möglichst vielen Personen als auch Zeit- und Kostenabwägung. Der Feldzugang zu der Zielgruppe wurde möglichst breit angelegt. Die Einladung zur Teilnahme und der Link zur Online-Studie wurde im Schneeballsystem über Schlüsselpersonen versendet; eine möglichst heterogen zusammengesetzte Liste mit Schlüsselpersonen wurde mit Mitgliedern des UEA abgestimmt. Der Fragebogen wurde u. a. über jüdische Institutionen, Einrichtungen und Verbände sowie über verschieden ausgerichtete Gemeinden im ganzen Bundesgebiet, aber auch über jüdische Medien (Zeitungen, Online-Foren) und private Netzwerke versendet. Die Erhebung lief von Ende Mai bis Ende Juli 2016, wobei die meisten Teilnehmenden gleich zu Beginn der Feldphase in der letzten Maiwoche gewonnen werden konnten, was für Online-Befragungen durchaus üblich ist.

Die Stichprobe

Die Stichprobe umfasst insgesamt 553 Befragte, die mindestens 16 Jahre alt sind und überwiegend in Deutschland leben.[345] Ewas mehr als die Hälfte der Befragten sind Frauen, was nahezu der Geschlechterverteilung in der Gesamtbevölkerung entspricht. Die Befragten sind – verglichen mit der Gesamtbevölkerung – im Durchschnitt jung und hochgebildet (57 Prozent sind höchstens 45 Jahre alt, 63 Prozent verfügen über einen Hochschulabschluss). Der überwiegende Teil (77 Prozent) kommt aus Großstädten und nur vier Prozent der Befragten wohnen in einem ostdeutschen Bundesland (ohne Berlin). Die große Mehrheit der Befragten hat die deutsche Staatsangehörigkeit (68 Prozent haben nur die deutsche Staatsangehörigkeit, 15 Prozent haben darüber hinaus noch eine weitere). Rund die Hälfte (52 Prozent) der Befragten sind in Deutschland geboren, 43 Prozent kommen ursprünglich nicht aus Deutschland. Von Letzteren stammen gut zwei Drittel (65 Prozent) aus der ehemaligen Sowjetunion. Damit ist der Anteil derer, die aus der ehemaligen Sowjetunion kommen, eher unterrepräsentiert.

Der Fragebogen

Der standardisierte Fragebogen wurde gemeinsam im jüdisch/nichtjüdischen Team und in enger Abstimmung mit Mitgliedern des UEA entwickelt, dann vor der Hauptuntersuchung in einem Pretest erprobt und noch einmal überarbeitet. Neben einer deutschsprachigen Version wurde auch eine russischsprachige zur Verfügung gestellt; auch die Einladung zur Teilnahme wurde in zweisprachiger Version verschickt. Der Bogen umfasst insgesamt rund 150 Fragen und wurde im Durchschnitt in einer knappen halben Stunde ausgefüllt.

Vergleichbarkeit mit der FRA-Studie 2013

Die Anlage der für den UEA angefertigten Studie folgt im Wesentlichen der FRA-Studie 2013 (beides sind Online-Studien, die Fragebögen und Fragen sind ähnlich), sodass sich das Muster der Ergebnisse insgesamt im Sinne einer Validierung durchaus vergleichen lässt,

343 Die Befragung wurde in Form narrativer Interviews durchgeführt, für die zuvor Leitfragen entwickelt worden waren. Zusätzlich wurden zwei Gruppeninterviews durchgeführt. Die Interviews fanden in möglichst privater, angenehmer und vertrauensvoller Atmosphäre statt. Die jeweiligen Gesprächsprotokolle konnten mittels der teilnehmenden Beobachtung im Hinblick auf die in den Gruppen angesprochenen Aspekte geführt und für den Bericht ausgewertet werden. Obwohl ursprünglich lediglich 20 Interviews mit den Betroffenen geplant waren, wurden entsprechend dem Prinzip des »Sättigungsprozesses« viel mehr Interviews und zusätzlich noch Beobachtungen und Gespräche durchgeführt. Vgl. Daniel Bertaux (Hrsg.), Biography and Society: The Life History Approach in the Social Sciences, London 1981.

344 Beruht auf den Ergebnissen einer quantitativen Online Erhebung, die im Auftrag des UEA als Teil der Studie zu »Jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland« vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld durchgeführt wurde.

345 Umfang der Stichprobe nach Bereinigung. Die Bereinigung folgte den üblichen Kriterien: v. a. Abweichung von der definierten Stichprobe und früher Abbruch der Umfrage.

die Ergebnisse im Einzelnen sich aber aus methodischen Gründen der unmittelbaren Vergleichbarkeit entziehen.

Stichprobe: Die Stichprobe ähnelt der Stichprobe der FRA-Studie, insbesondere was das hohe Bildungsniveau, die überwiegend deutsche Staatsangehörigkeit und den hohen Anteil der Befragten mit Wohnort in großen Städten betrifft. Lediglich in Bezug auf die Altersverteilung zeigt sich ein Unterschied zur FRA-Studie: Die Befragten der Teilstudie III sind in der Tendenz noch etwas jünger. In der FRA-Studie finden sich zudem keine Informationen über den Anteil der Befragten, die aus der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind. Durch die Gewinnung der Stichproben beider Studien im Schneeballsystem lässt sich eine Vergleichbarkeit jedoch letztlich – trotz bestehender Ähnlichkeiten – nicht gewährleisten.[346]

Fragebogen: Die Fragen ähneln sich, wurden aber z. T. in unterschiedlichen Fragekontexten gestellt (z. B. einmal am Anfang, einmal in der Mitte des Fragebogens nach jeweils anderen vorangegangenen Themen). Etliche Befunde der FRA-Studien wurden in der zugänglichen Publikation nur über alle untersuchten Ländern hinweg berichtet, was den Vergleich zusätzlich erschwert.

Die Befunde der nun vorgelegten Studie können also nicht direkt mit denen der FRA-Studie verglichen werden, sondern die Hinweise aus beiden Studien ergänzen ggf. einander und komplementieren das Bild.

5.6 Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Studie[347]

Im Folgenden werden zentrale Befunde der drei Teilstudien zusammengefasst und um Befunde aus vorangegangenen Untersuchungen ergänzt. Die Befunde der aktuellen Studie sind dabei – wie gezeigt werden wird – in vielen Aspekten denen der FRA-Studie überraschend ähnlich.

5.6.1 Die große Resonanz zeugt vom Bedarf, angehört und gehört zu werden

Dass überhaupt eine Studie zu der Fragestellung durchgeführt und Jüdinnen und Juden nach ihren Ansichten und Erlebnissen gefragt wurden, stieß bei zentralen Akteuren, aber auch bei vielen Befragten auf ein sehr positives Echo; auch der Fragebogen wurde insgesamt von vielen positiv bewertet, und viele Befragte gaben in der Kommentarspalte am Ende des Fragebogens die Rückmeldung, wie gut und wichtig sie eine solche Studie finden. Über 3000 Personen öffneten die Startseite, ein Drittel dieser Personen begann mit der Befragung und rund 600 Personen beendeten sie. Damit liegt die Gesamtbeendigungsquote bei fast einem Fünftel (gut 18 Prozent), was für Umfragen in diesem Format als gut einzuschätzen ist. Bereits dies spiegelt den großen Bedarf von Jüdinnen und Juden wider, in ihrer Perspektive, ihrem Erleben und ihren Sorgen sichtbar, ernst genommen und gehört zu werden.

5.6.2 Jüdische Identität

Die große Mehrheit der Befragten identifiziert sich selbst als jüdisch (93 Prozent voll und ganz bzw. eher) und Israel ist ein wichtiger Teil dieser jüdischen Identität (für 80 Prozent voll und ganz oder eher) (vgl. Abb. 5.1). 72 Prozent der Befragten sind Mitglied einer jüdischen Gemeinde oder Organisation (damit sind auch in dieser Stichprobe ähnlich wie in der FRA-Stichprobe an Organisationen gebundene Personen vermutlich etwas überrepräsentiert). Hingegen ist nur für weniger als die Hälfte der Befragten die religiöse Praxis im Alltag wichtig (für 43 Prozent sehr oder eher wichtig). Auch die große Mehrheit der Befragten der FRA-Studie identifiziert sich eindeutig als jüdisch, ohne sich aber mehrheitlich als religiös zu bezeichnen bzw. der religiösen Praxis konsequent zu folgen. Hier ist für beide Befragungen kritisch anzumerken, dass Personen, die sich selbst nicht so sehr als jüdisch identifizieren ggf. auch seltener bereit waren, an der Studie teilzunehmen, die sich explizit an Juden richtete.

346 Die Zusammensetzung der Stichproben könnte u. a. durch unterschiedliche Zugangsweisen (d. h. über welche Kanäle die Stichproben gewonnen wurden) voneinander abweichen. So hat die FRA-Studie nach eigener Aussage offenbar v. a. Personen erreicht, die mit einer jüdischen Organisation in Kontakt stehen, während vermutlich nicht-organisierte Personen eher unterrepräsentiert waren. Die hier vorgelegte neue Studie hat ähnliche Zugangswege gewählt, aber darüber hinaus versucht, über soziale Netzwerke auch Personen ohne näheren Kontakt zu jüdischen Organisationen zu erreichen, auch wenn dies nur bedingt gelungen zu sein scheint.

347 Alle Prozentangaben und Abbildungen wurden aus der Expertise von Zick u. a. 2016 übernommen. Dort finden sich zu einigen Aspekte weitere, detailliertere Ergebnisse.

Abb. 5.1: Jüdische Identität (Angaben in Prozent)

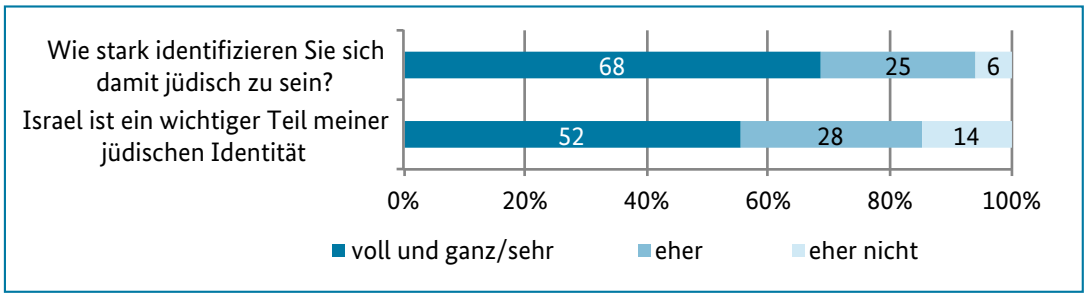
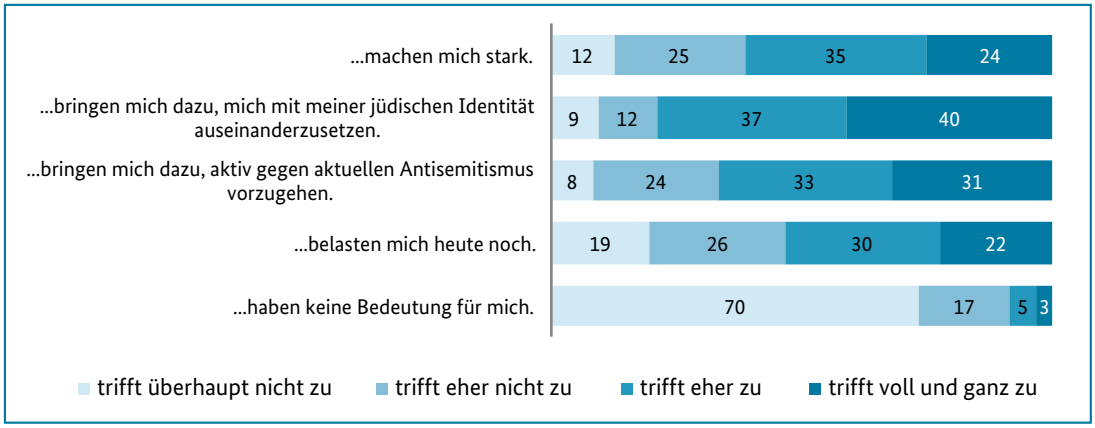


Abb. 5.2: »Die Erfahrungen meiner Eltern und Großeltern ...« (in Prozent)



5.6.3 Erfahrungen der Großeltern und Beständigkeit antisemitischer Stereotype

Die traumatisierenden Nachwirkungen Holocaust sowie seine Bedeutung für die nachkommenden Generationen sind in der Öffentlichkeit weniger präsent als die formalen Erinnerungsrituale. Die Teilnehmenden der Studie wurden gebeten, darüber Auskunft zu geben, was die Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern für sie heute bedeuten (Abb. 5.2). So geben 77 Prozent an, sich deshalb mehr mit ihrer jüdischen Identität auseinanderzusetzen, 64 Prozent der Befragten gehen aktiv gegen Antisemitismus vor und 59 Prozent geben an, dass sie die Erfahrungen der vorherigen Generation stark machen. Umgekehrt sind die Erfahrungen der Eltern- und Großelterngeneration aber auch für mehr als die Hälfte der Befragten (52 Prozent, darunter insbesondere ältere Personen) heute noch belastend. Nur ein geringer Teil der Befragten sagt, diese Erfahrungen hätten keine Bedeutung für sie (acht Prozent).

Alle Befragten der Online-Studie sind sich der Beständigkeit und der langen Tradition des Antisemitismus bewusst. Die Sozialisation führt zu einer gesteigerten Sensibilität für die Gefahr der Diskriminierung und dazu, dass betroffene Menschen schneller subtile Anzeichen des Antisemitismus erkennen. Es ist nicht überraschend, dass die Sensibilität u. a. mit der Tradierung familiärer und kollektiver Erzählungen zur Verfolgung und Ermordung der Juden zusammenhängt: »Alles was damals passiert ist, bleibt immer im Kopf.«[348] Eine Interviewte beschreibt im Rahmen der qualitativen Befragung hierzu ihre Gefühle: »Der Holocaust ist präsent und es ist schon so weit, dass ich schon fast Angst habe, dass es bei meinen Kindern nicht präsent sein wird. Was eigentlich verrückt ist, weil ich eigentlich froh sein muss, dass sie es nicht mehr so extrem haben, und ich ja schon weniger mitbekommen habe [...] als meine Eltern. [...] Aber Antisemitismus ist und bleibt ein Problem.«[349] Gleichwohl freuen sich einige überlebende Großeltern, dass ihre Kinder in Deutschland über Antisemitismus und Judentum laut sprechen, sich für andere Minderheiten einsetzen und ein eigenes, positives jüdisches Selbstverständnis entwickeln können.

348 Die absolute Mehrheit aller Interviewpartner der qualitativen Befragung sind Nachfahren (2. oder 3. Generation) von Jüdinnen und Juden, die die Shoah überlebt haben.

349 Vollständiges Zitat in der ausführlichen Berichtsversion.

5.6.4 Einschätzung von Antisemitismus als aktuelles Problem

Die große Mehrheit der Befragten (76 Prozent) betrachtet Antisemitismus als ein eher großes oder sehr großes Problem in Deutschland und verglichen mit verwandten Phänomenen als ein besonders großes Problem (Abb. 5.3). Allerdings bewerten fast genauso viele Befragte Islamfeindlichkeit und Rassismus als ein eher oder sehr großes Problem (64 Prozent). In der FRA-Studie werten mit 61 Prozent nicht ganz so viele Befragte aus Deutschland Antisemitismus als großes Problem, aber – noch vor Rassismus und Arbeitslosigkeit – als das wichtigste. Die Befragten sind also nicht nur gegenüber Antisemitismus, sondern auch für andere Formen der Ausgrenzung sensibilisiert. Hierbei dürfte sowohl die Erfahrung als Betroffene als auch das hohe Bildungsniveau der Befragten eine Rolle spielen. Aus der Forschung ist bekannt, dass die Sensibilität gegenüber Abwertungsprozessen mit der Bildung zunimmt, während die eigene Erfahrung von Diskriminierung einerseits zu mehr Empathie führen, aber auch umgekehrt eigenes Abwertungsverhalten motivieren kann.

Nach verschiedenen Feldern und Formen gefragt (Abb. 5.4), in denen Antisemitismus vorkommt, nennen die Befragten in absteigender Häufigkeit in großer Mehrheit Antisemitismus im Internet einschließlich Diskussionsforen und sozialen Netzwerken (87 Prozent), die verzerrte Darstellung von Israel in den Medien (84 Prozent), die

Abb. 5.3: »Ist Folgendes Ihrer Meinung nach heutzutage ein Problem in Deutschland und wenn ja, als wie groß schätzen Sie das Problem ein?« (Angabe in Prozent »eher großes«/»sehr großes Problem«)

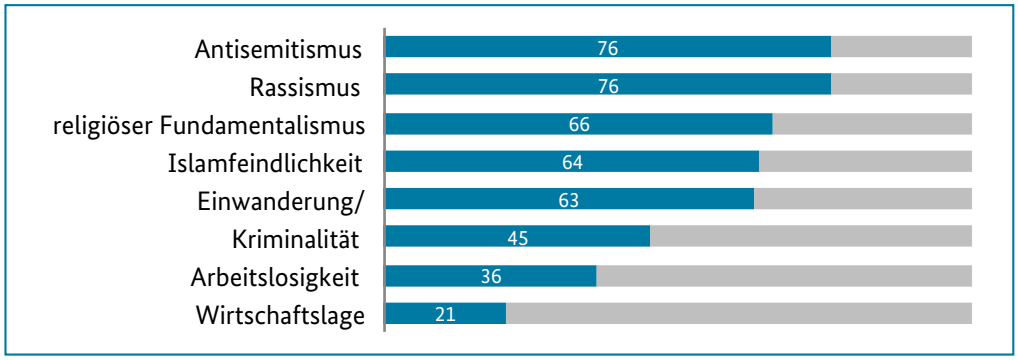


Abb. 5.4: »Ist Folgendes Ihrer Meinung nach heutzutage ein Problem in Deutschland und wenn ja, als wie groß schätzen Sie das Problem ein?« (Angabe in Prozent »eher großes« und »sehr großes Problem«)

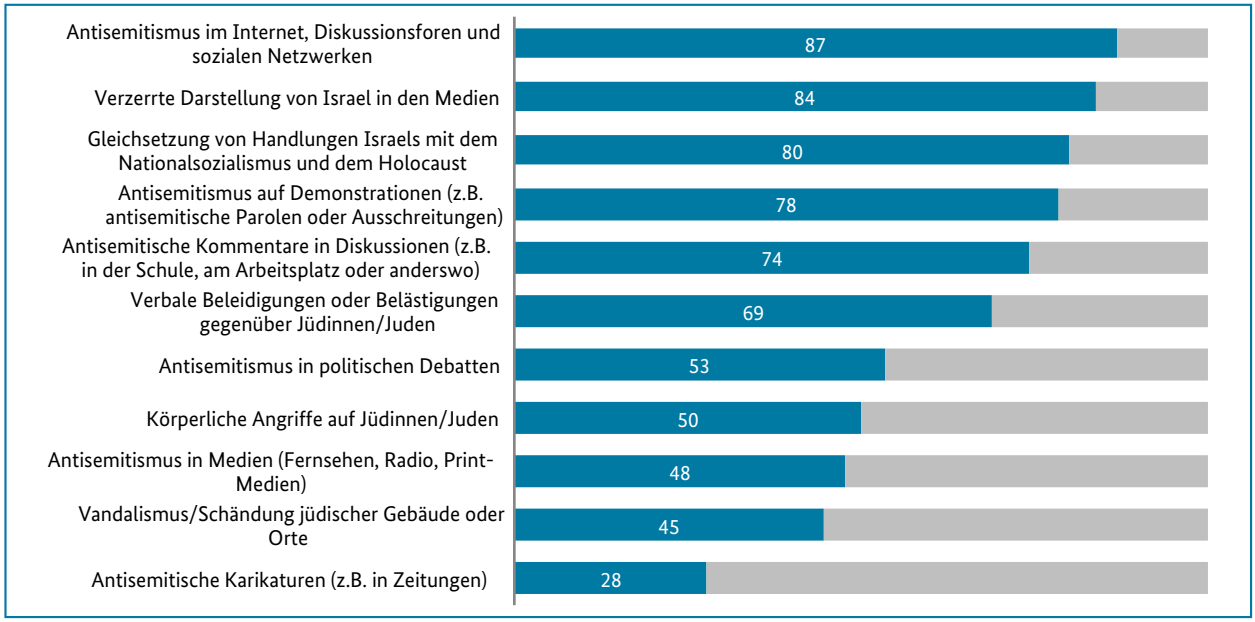


Abb. 5.5: »Hat Antisemitismus Ihrer Meinung nach in den letzten 5 Jahren in Deutschland zugenommen?« (Angabe in Prozent)

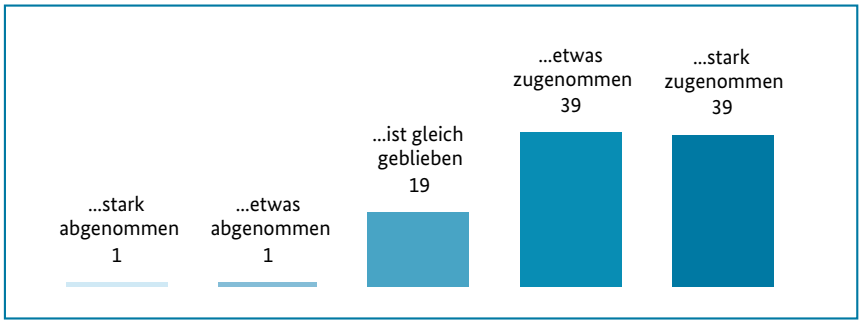
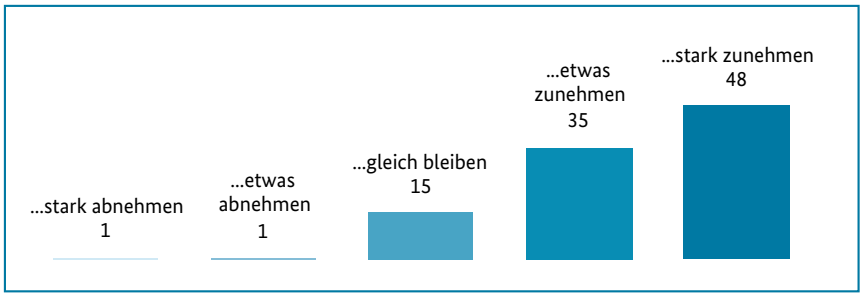


Abb. 5.6: Wird der Antisemitismus in den nächsten 5 Jahren in Deutschland Ihrer Meinung nach zunehmen?« (Angabe in Prozent)



Gleichsetzung von Handlungen Israels mit dem Nationalsozialismus bzw. dem Holocaust (80 Prozent), antisemitische Äußerungen auf Demonstrationen (78 Prozent), antisemitische Kommentare in privaten Diskussionen z. B. in der Schule oder am Arbeitsplatz (74 Prozent) sowie verbale Beleidigungen von Jüdinnen und Juden unabhängig vom Kontext (69 Prozent). Etwas seltener werden zudem Antisemitismus in politischen Debatten (53 Prozent), körperliche Angriffe auf Jüdinnen und Juden (50 Prozent), Antisemitismus in traditionellen Medien (Fernsehen, Radio, Printmedien) (48 Prozent), Vandalismus gegen bzw. Schändung von jüdischen Gebäuden und Orten (45 Prozent) und antisemitische Karikaturen z. B. in Zeitungen (28 Prozent) genannt. Recht ähnlich waren hier im Wesentlichen auch die Ergebnisse der FRA-Studie – auch hier rangierte das Internet gefolgt von anderen Medien und der Öffentlichkeit als Plattform von Antisemitismus ganz vorne (vgl. Tab. 2, Tab. 3 sowie Abb. 4). Viele Befragte betonen insbesondere die verzerrte Darstellung von Israel in den Medien als ein Problem. So kritisiert ein Befragter die »einseitige anti-israelische Berichterstattung der deutschen Medien«.

› Die große Mehrheit der Befragten erkennt im Antisemitismus ein großes Problem, ist aber auch für andere soziale Probleme sensibilisiert. Als Problem sehen viele u. a. die verzerrte Darstellung Israels. Antisemitismus schlägt ihnen insbesondere aus dem Internet und anderen Medien entgegen, aber auch auf Demonstrationen und durch verbale und alltägliche Beleidigungen.

5.6.5 Einschätzung der Entwicklung von Antisemitismus

Die große Mehrheit der Befragten nimmt eine Zunahme von Antisemitismus wahr (Abb. 5.5): 78 Prozent der Befragten sind der Ansicht, Antisemitismus habe in Deutschland in den letzten fünf Jahren etwas oder sogar stark zugenommen (in der FRA-Studie sagten dies 68 Prozent). 83 Prozent der Befragten befürchten, Antisemitismus werde in den nächsten Jahren etwas oder sogar stark zunehmen (Abb. 5.6). Als Grundlage für ihre Einschätzung geben fast 70 Prozent der Befragten persönliche Erfahrungen an. Dies deckt sich mit den Befunden einer älteren Studie aus den USA, nach der Juden aufgrund der kollektiven Erfahrung, die über die Generationen weitergegeben wird, antisemitische Entwicklungen besonders sensibel verfolgen und diese damit oft realistischer einschätzen, als dies die nichtjüdische Bevölkerung kann.[350]

350 Tobin/Sassler, Jewish Perception of Antisemitism.

Danach gefragt, warum sie befürchten, Antisemitismus werde zunehmen, nennen in den qualitativen Interviews viele Experten und Befragte die Einwanderung von Flüchtlingen mit muslimisch-arabischem Hintergrund, die Antisemitismus aus ihren Heimatländern mitbrächten. Gerade diese Sorge mit Blick auf Geflüchtete wird in der qualitativen Studie von nahezu allen Befragten und auch den interviewten Schlüsselakteuren immer wieder artikuliert. Die Befragten verweisen aber auch auf andere Faktoren, die eine Zuanhme des Antisemitismus bedingen, wie etwa eine aus ihrer Sicht gesunkene Hemmschwelle, Israel zu kritisieren, Spannung und Polarisierung innerhalb der deutschen Gesellschaft, die mögliche Zunahme von Voreingenommenheit gegenüber Minderheiten als Folge der Herausforderungen, die die Flüchtlingsbewegung mit sich bringen, und ein Nicht-Beachten von Antisemitismus in der Bildungs- und Präventionsarbeit.[351]

In der qualitativen Befragung berichten viele Interviewpartner über ihren Eindruck der Enttabuisierung des Antisemitismus, besonders dann, wenn es die Form der israelbezogenen Kritik sowie Religiosität betrifft. *Facebook* scheint für einige »der Brennpunkt des Antisemitismus in Deutschland« zu sein. Einige berichten auch über die vermehrte gesellschaftliche Bereitschaft unterschiedlicher Gruppen, durch dieses Medium antisemitische Klischees zu rezipieren, zu reproduzieren und zu teilen. So biete dieses Medium Bedingungen, in denen »völlig unverhohlen offene antisemitische Gruppen« relativ frei agieren können. Neben der Befürchtung eines wachsenden Antisemitisms in den sozialen Netzwerken sind es v. a. Entwicklungen wie die Einwanderung von Geflüchteten sowie allgemeine gesellschaftliche Radikalisierung/Fremdenfeindlichkeit (AfD oder *Pegida*). Seit 2014 sprechen die meisten Interviewten von einer Zunahme der Sorgen bzw. von einem Verzicht auf das Tragen jüdischer Symbole in der Öffentlichkeit als Kompromiss. Ein Rabbiner, der angibt, dass seine Kinder und er ihre Kippa aus Sicherheitsgründen und um nicht zu »provozieren«[352] unter einer Kapuze, Mütze oder Baseballkappe versteckt tragen, vergleicht in der Befragung Antisemitismus mit einem »schlafenden Hund«, den man nicht wecken soll, der aber immer da ist und keiner Logik folgt, wenn er beißt.[353]

Viele jüdische Migranten erwähnen als Grund ihrer Einwanderung die Hoffnung, ihren Kindern in Deutschland eine Zukunft zu ermöglichen. Gerade diese Hoffnung wird angesichts der sich (seit 2014) vermehrt manifestierenden antisemitischen Ereignisse infrage gestellt, sodass bezweifelt wird, ob die Entscheidung der Einwanderung nach Deutschland gerechtfertigt war (Sen. Treff). Einige der Befragten weisen darauf hin, dass Parolen, wie auf den Demonstrationen 2014 »Juden ins Gas!«, »vor zehn Jahren auf der Straße in Deutschland undenkbar gewesen wären«.

Die Situation verkompliziert sich durch die oft fehlende Möglichkeit, zwischen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der Wahrnehmung von Betroffenen zu unterscheiden. Die Mehrdimensionalität der Minderheitsidentitäten (als Juden, Migranten, oder ex-sowjetische Juden) erschwert die kommunikative Verortung der jeweiligen Person: »Für einen durchschnittlichen Deutschen ist meine Situation zu komplex. Es ist vielen nicht klar, dass ich aus Lettland gekommen bin, in Deutschland lebe, nur russisch als Muttersprache spreche und jüdisch bin und eine starke Affinität zu Israel habe.«

› Viele Befragte haben den Eindruck, Antisemitismus hätte in den vergangenen Jahren zugenommen, und befürchten einen weiteren Anstieg in der Zukunft. Insbesondere in den Sozialen Medien wie *Facebook* finden sich entsprechend der Beobachtung der Befragten zunehmend auch ganz offen antisemitisch agierende Gruppen. Zudem ist mit Blick auf die Geflüchteten aus Ländern des Nahen Ostens die Sorge groß, sie könnten den in ihren Ländern verbreiteten Antisemitismus mitbringen.

5.6.6 Wie drückt sich Antisemitismus aus Sicht der Betroffenen aus?

Antisemitismus muss nicht immer offen in Erscheinung treten, sondern zeigt sich z. T. subtil und unterschwellig. Während die nichtjüdische Mehrheitsbevölkerung diese Formen des Antisemitismus nicht immer erkennt, zeigt eine große Mehrheit der befragten Jüdinnen und Juden hier eine deutlich höhere Sensibilität. Den Befragten wurde eine Reihe von subtilen Ausdrucksformen des Antisemitismus vorgelegt, die jeweils rund 90 Prozent der Befragten eher oder auf jeden Fall als antisemitisch

351 So sagte eine Person in der offenen Antwortmöglichkeit der Online-Befragung: »Die Schwelle ist anders geworden, es [Kritik an Israel, Anm. d. Verf.] wird schneller gesagt, als früher. Und es ist salonfähig geworden Israel zu kritisieren.« Ein anderer Befragter kommentierte: »Wegen der Herausforderungen der Aufnahme und Integration von Geflüchteten kann die Voreingenommenheit gegen Minderheiten generell zunehmen.« In der qualitativen Befragung benannte eine Interviewpartnerin dies mit einer »gereizten nervösen Grundstimmung«, die ihr Sorgen mache. Ein weiterer Teilnehmer der Online-Befragung gab an: »Es gibt viele Flüchtlinge, die den Staat Israel und Juden hassen, bzw. Vorurteile haben, die nicht so einfach aus den Köpfen wegzuschaffen sind.«

352 Der Rabbiner erklärt, warum er seine Kippa in der Öffentlichkeit nicht sichtbar trägt: »Nicht weil, ich Angst (habe), weil es unnötig (ist), (man) braucht […] nicht (zu) provozieren.«

353 Der befragte Rabbiner hält fest: »Er beißt. Es ist ein Rottweiler. Genau so ist diese Geschichte mit jüdischem Feind. […] In die Geschichte hat er gebissen. Momentan schläft er. Soll er schlafen. Schläft, soll er schlafen, soll Gott uns weiter schützen. Von überall. Das ist, was im Kurzen meine Stellung dazu (ist).«

einstuften (hier wäre es interessant zu eruieren, welche Einstufung von der nichtjüdischen Bevölkerung vorgenommen würde). Zu diesen vorgelegten subtilen Formen des Antisemitismus gehört etwa die Gegenüberstellung »Deutsche«/»Juden«, die Juden nicht als Teil der deutschen Gesellschaft zeigt, ebenso wie die Annahme, Jüdinnen und Juden seien besonders reich, oder auch die Übertragung der Verantwortlichkeit für die israelische Politik auf die in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden (Abb. 5.7). Ein Befragter drückte dies so aus: »Sie [die Leute, *Anm. d. Verf.*] tun dann so, als sei ich Repräsentant der israelischen Regierung und für alles verantwortlich, was dort geschieht und je geschehen ist.« Über 80 Prozent der Befragten empfinden es außerdem »eher« oder »auf jeden Fall« als antisemitisch, wenn eine nichtjüdische Person sich darüber ärgert, wenn auch heute noch der Holocaust thematisiert wird, angenommen wird, dass Jüdinnen und Juden besondere äußere Merkmale hätten, oder den Boykott von Waren aus Israel unterstützen. Lediglich bei der Frage, ob es antisemitisch sei, wenn eine nichtjüdische Person immer besonders erwähnt, wer von seinen Bekannten jüdisch ist, scheiden sich die Geister – dies werten nur knapp 40 Prozent der Befragten als antisemitisch. Offen danach gefragt, was sie als antisemitisch empfinden, heben die Befragten, neben typischen antisemitischen Verschwörungstheorien und Stereotypen, auch die angebliche »Andersartigkeit«, die Jüdinnen und Juden zugeschrieben wird, hervor. Ein Befragter formuliert dies so: »Der Jude bleibt draußen, auch wenn er drin ist oder denkt, er wäre drin.« Als antisemitisch wird auch die Feindseligkeit gegenüber Israel verstanden.

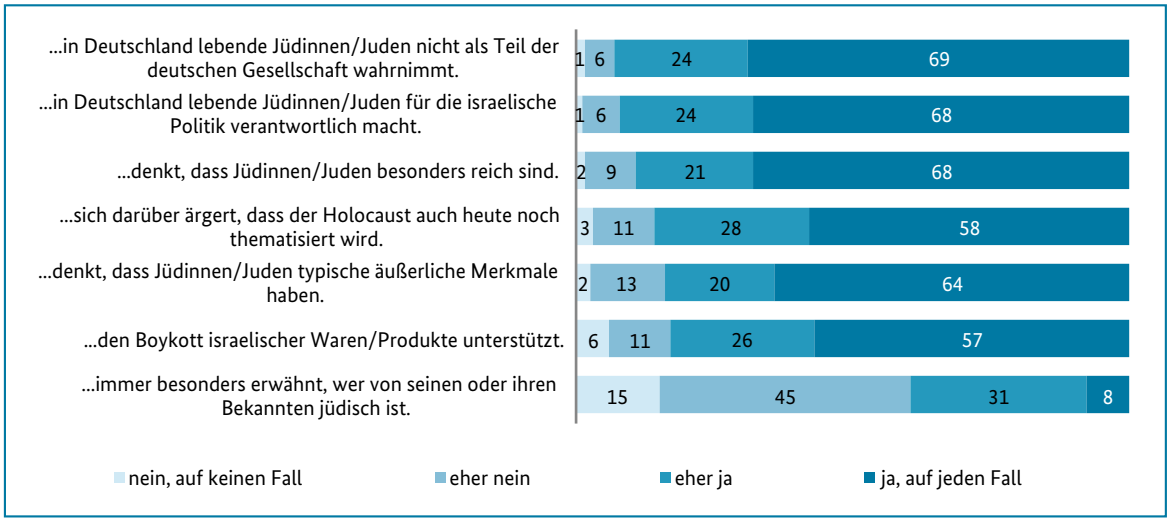
In der FRA-Studie wurden die Befragten ebenfalls darum gebeten eine Einschätzung abzugeben, welche Aussagen als antisemitisch zu bewerten sind, wenn sie von einer nichtjüdischen Person stammen. Auch hier wurde deutlich: Mit Ausnahme der Aussage, »Juden sind nur eine Religionsgemeinschaft, keine Nation« bewerteten die Befragten alle Aussagen, die auch in der Wissenschaft als Indikator von Antisemitismus gewertet werden, in ihrer Wahrnehmung als antisemitisch. Als eindeutig antisemitisch wird von fast allen Befragten beurteilt, wenn ein Nichtjude Juden in seinem Land nicht als Staatsbürger betrachtet (EU-weit 89 Prozent ohne Angaben für Deutschland). Die meisten bzw. viele Juden in Deutschland bewerten auch als wahrscheinlich antisemitisch: den Boykott israelischer Waren (79 Prozent), die Annahme, Juden hätten besondere Merkmale (68 Prozent), oder aber den Verweis, keinen Juden oder keine Jüdin heiraten zu wollen (68 Prozent). Weniger eindeutig ist auch in dieser Studie die Bewertung, ob antisemitisch ist, wenn jemand immer besonders erwähnt, wer von seinen Bekannten jüdisch ist (48 Prozent). Nur ein Drittel der Befragten empfindet es als antisemitisch, wenn ein Nichtjude Israel kritisiert (32%).

› Der überwiegende Teil der Befragten empfindet Aussagen als antisemitisch, die auch in der Wissenschaft z. T. als antisemitisch eingeordnet werden. Als antisemitisch wird v. a. die Vorstellung empfunden, Juden seien nicht Teil der deutschen Gesellschaft, die oft in ganz alltäglicher Kommunikation zum Ausdruck kommt. Dazu gehört auch, verantwortlich gemacht zu werden für die Politik Israels, was viele Befragte eindeutig als antisemitisch bewerten.

5.6.7 Erfahrung mit Diskriminierung – Befunde der qualitativen Befragungen

Für viele Jüdinnen und Juden, die aus einem anderen Land, insbesondere der früheren Sowjetunion oder Israel, nach Deutschland eingewandert sind, ist es nicht immer

Abb. 5.7: »Wäre es in Ihren Augen antisemitisch, wenn eine nichtjüdische Person …« (in Prozent)



leicht, das Motiv für ihre Diskriminierung zu erkennen: Werden sie diskriminiert, weil sie jüdisch sind oder weil sie anhand ihres Aussehens oder der Sprache als Migrant oder Migrantin wahrgenommen werden? 41 Prozent der Befragten geben an, in den letzten zwölf Monaten aufgrund ihrer Religion oder ihres Glaubens (dies sind deutlich mehr als in der FRA-Studie, die hier von 24 Prozent berichtet), 33 Prozent aufgrund ihrer Herkunft, 16 Prozent aufgrund ihres Aussehens bzw. der Sprache manchmal, häufig oder sehr häufig benachteiligt oder ausgegrenzt worden zu sein.

5.6.7.1 Verkrampftes Verhältnis/»Othering« als subtile Form von Antisemitismus

Eine Kategorie ist die Feststellung eines verkrampften Verhältnisses und einer fehlenden Normalität in deutsch-jüdischen Beziehungen. Dieser Befund zieht sich durch alle Interviews und macht deutlich, dass jüdisches Leben in Deutschland trotz aller Bemühungen aus der Sicht der Befragten keine Selbstverständlichkeit darstellt. Dazu gehört auch das Erleben von »Othering« – die Zuordnung als Fremde bzw. Nichtzugehörige.[354] Erlebt wird dies als eine subtile Form des Antisemitismus. Daneben lässt sich der Umgang der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft mit Jüdinnen und Juden in Deutschland z. T. aber auch aus der NS-Geschichte erklären. Nachfahren der Täterinnen und Täter stehen Nachfahren der Opfer gegenüber. »Normalität« im Sinne eines unbefangenen Umgangs, der frei ist von unterschiedlichsten Erinnerungskonstruktionen, ist in Anbetracht dieser Vergangenheit fast nicht möglich. Problematisch wird dies dann, wenn die Befangenheit der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft erneut zu Ausgrenzungen und Abwertungen führt.

So berichten viele Interviewte über ihre Erfahrungen von Fremdzuschreibungen und symbolischen Ausschlüssen in alltäglichen Interaktionen. Eine Befragte erzählt dazu: »Es gibt immer ein ›wir‹ und ein ›ihr‹ […] aus allem wurde so was Spezielles gemacht, ›Wie macht ihr das?‹ ja ›Wie bringt ihr eure Kinder ins Bett?‹« Andere Interviewpartner haben ähnliche Erfahrungen: »Du bist wie im Zoo!« V. a. diese Metapher, wie ein Tier im Zoo betrachtet zu werden, wiederholte sich in einigen Interviews und zeigt einen exotisierenden Blick auf Juden und jüdisches Leben in Deutschland, der zugleich auch oft negativ konnotiert ist und impliziert, Juden seien ein »Fremdkörper, der stört, aber ausgehalten werden muss«. Eine Interviewpartnerin erzählt, dass sie von ihren besten Freundinnen als eine Fanatikerin gesehen wurde, als sie wegen Kaschrut (Hebräisch für jüdische Speisegesetze) einen koscheren Wein zu einem Treffen in einem Café mitbrachte hat, bzw. als sie sagte, dass sie den Schabbat einhält. Eine Interviewte nennt die besondere Position des Anderen als die »unsichtbare gelbe Kennzeichnung«, in der man sich nicht als integraler Teil der Gesellschaft, sondern als Anderer empfindet. Die sehr verbreitete Frage »Was macht ihr da in Israel?« trägt zusätzlich zu dieser Fremdpositionierung bei:[355] »Ich spreche muttersprachlich deutsch, sehe eindeutig nicht ausländisch aus, bin hier geboren, weiß jeder. Hm, hab nie woanders gelebt, was die meisten Leute auch wissen, die mit mir zu tun haben. Einzigallein, dass ich Jüdin bin und hebräisch spreche und ganz häufig die Situation (erlebe): ›Wie ist es bei euch?‹ […] und damit ist Israel gemeint.«

Die fehlende Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens in Deutschland beeinflusst die Verständigung von Juden und Nichtjuden auch über das Thema Antisemitismus: »Man merkt sofort, dass sie [Nichtjuden, *Anm. d. Verf.*] Angst haben, über Antisemitismus zu sprechen. Sie werden extrem vorsichtig und misstrauisch«. Andere berichten, dass das Thema Antisemitismus nicht ernst genug und eher moralistisch von vielen Nichtjuden gesehen wird und den Juden unterstellt wird, dass »sie in ihrer negativen Einschätzung der Lage bezüglich des Antisemitismus übertreiben.«

5.6.7.2 Diskriminierung aufgrund verschiedener zugewiesener Merkmale

Juden in Deutschland haben mit vielfältigen Diskriminierungen zu kämpfen. Diese unterschiedlichen Formen der Diskriminierung stehen nicht nebeneinander, sondern sind miteinander verflochten und verstärken sich gegenseitig.[356] So macht eine Teilnehmerin der Interviews die Beobachtung, dass Antisemitismus in der letzten Zeit mit Fremdenfeindlichkeit einhergeht und oft an Islamfeindlichkeit anknüpft. Sie verweist auf ein Beispiel, in dem der Koch in einem Restaurant wegen einer Bitte, jüdische Essensvorschriften zu berücksichtigen, genervt reagiert: »Und den Koran sollten wir jetzt auch auslegen?« Eine andere Interviewte berichtet: »Wahrscheinlich denkt er jetzt, die ›Scheiß Mosis‹ mit ihren Essensvorschriften und Extrawürste und Ausländer, […] aber ich wette, dass wenn ich vor drei Jahren zu dem gekommen wäre, hätte

354 Stuart Hall, The Spectacle of the »Other«, in: Ders. (Hrsg.), Representation. Cultural Representations and Signifying Practices, London 1997, S. 223–290.

355 79 Prozent der Befragten gaben an, in den letzten zwölf Monaten für die Politik des Staates Israel verantwortlich gemacht worden zu sein (43 Prozent davon sogar »häufig« oder »sehr häufig«).

356 Diese Verflechtungen und gegenseitige Verstärkung verschiedener Formen von Diskriminierung wird auch mit dem Begriff der Intersektionalität belegt, der aus der US-amerikanischen feministischen Bewegung schwarzer Frauen stammt und von der Juristin Kimberlé Crenshaw 1989 in den Diskurs eingeführt wurde (Kimberlé Crenshaw, Demarginilizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics, in: University of Chicago Legal Forum, 1 (1989), S. 139–167).

er sich nicht aufgeregt.« Ähnlich thematisiert dieselbe Interviewpartnerin die Beschneidungsdebatte: »Keiner hat sich getraut, an uns zu wackeln vorher, bis das Thema mit der muslimischen Beschneidung kam.« Ein befragter Teilnehmer an der Studie weist ebenfalls auf die Parallele zwischen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit hin: »Ich hatte auch mal eine ältere Kundin, die gesagt hat […]: ›Die Flüchtlinge werden schlimmer als die Juden!‹«

5.6.7.3 Direkte, offene und diffuse Formen von Antisemitismus

In den qualitativen Interviews wurden verschiedene Formen des Antisemitismus und der Diskriminierung genannt, die von direkter und offener Gewalt, bis hin zu diffusen Formen reichen. Dafür sollen im Folgenden Beispiele vorgestellt werden, um die Bandbreite der Diskriminierungserfahrungen und die Auswirkungen auf die in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden zu illustrieren.

Vandalismus

Im Rahmen des Treffens mit jüdischen Sozialarbeitern wurden Vandalismus-Vorfälle und Schmierereien wie »Juden raus!«, »Adolf, wir brauchen dich!«, Hakenkreuzen an der Tür usw. thematisiert. Eine Teilnehmerin verweist auf einen Vorfall, bei dem in den Lack ihres Autos ein Davidstern geritzt wurde. Dadurch sei ihr klargemacht worden, dass sie als Jüdin fremd bleibt, obwohl sie in Deutschland geboren und aufgewachsen ist.

Antisemitische Witze

Eine weitere Form des Antisemitismus, mit der es Betroffenen besonders schwerfällt umzugehen, sind antisemitische Witze, wenn die Beteiligten lachen und die Betroffenen aus einer scheinbar angenehmen Atmosphäre durch ihre Reaktion einen Konflikt kreieren. Eine Interviewte erinnert sich etwa an eine Situation, in der sie mit ihrer Tochter auf dem Kinderspielplatz ein fünf- bis sechsjähriges Mädchen hörte, das ihrer Freundin einen Witz erzählt: »Was sagt man, wenn man Juden sieht? Gib Gas!« Oft werden solche Witze als »nicht durchdacht«, »nicht böse gemeint«, »von besoffenen Menschen«, von »Verrückten« oder von »Nazis« erzählt, um so die schmerzhafte bzw. schockierende Erfahrung erträglicher zu machen bzw. nicht zu generalisieren.

Philosemitismus

Philosemitische Reaktionen mit einem antisemitischen Beigeschmack sind eine weitere Form der Diskriminierung. Eine Interviewte berichtet hierzu: »Als ich meinen jüdisch klingenden Namen beim Tierarzt am Telefon sagte, um eine Frage zu stellen, war seine begeisterte Reaktion, dass er gerne eine Bekanntschaft mit einem tollen jüdischen Juwelier, den er kennt, vermitteln kann.«[357]

Strukturelle Diskriminierung

Mehrere Interviewpartner berichten von fehlendem Verständnis, wenn sie wegen jüdischer Feiertage nicht zur Arbeit gehen. Einige Interviewte erzählen über Schwierigkeiten bei der Verschiebung eines Prüfungstermins an der Universität. Ein Interviewpartner berichtet von einem Vorfall, bei dem er an einem Schabbat früher aus einem Kurs des Arbeitsamts nach Hause gehen wollte. Er habe sich entschuldigt, aber seine Argumentation wurde nicht akzeptiert.

› Antisemitismus begegnet den Befragten in vielfältigen Ausdrucksformen, wobei hier z. T. die Diskriminierung aufgrund unterschiedlicher Merkmale wie Religion, Herkunft, Aussehen oder Sprache ineinandergreifen. Die Spannbreite reicht von häufigen, subtilen Formen von Antisemitismus bis hin zu offen geäußerten antisemitischen Stereotypen.

5.6.7.4 Antisemitismus in verschiedenen Lebenskontexten

Viele Befragte der qualitativen Teilstudien berichten von Erfahrungen mit Antisemitismus in Lebenskontexten, in denen sie als Einzelne einem Arbeitgeber, einer öffentlichen Institution oder Ärzten in Abhängigkeitsverhältnissen gegenüberstehen. Einige Interviewte geben daher an es zu vermeiden, ihre jüdische Zugehörigkeit etwa an ihrem Arbeitsplatz zu erwähnen: »Ich wusste, wenn ich sagen würde, ich bin Jüdin, gibt es immer ein Thema fürs Gespräch.« Jüdisch-Sein wird von der Interviewpartnerin in diesem Fall mit der Sorge verbunden, dass über die Maßen persönliche Fragen gestellt, bzw. die private Biografie öffentlich diskutiert werden könnte. Eine Sozialarbeiterin in einer jüdischen Organisation in Ostdeutschland berichtet von einer Situation, in der sie sich als Migrantin an das Arbeitsamt gewandt hatte, um Starthilfe für Möbel und Kaution zu erhalten. Die Mitarbeiterin des Arbeitsamts verwies als Reaktion auf die Anfrage auf die jüdische Herkunft und die antisemitische Annahme, Juden seien reich: »Warum beansprucht ihr Geld, bitten Sie doch ihre Leute, sie haben immer viel Geld.« Eine andere Interviewte berichtet ebenfalls über ihre Erfahrungen beim Arbeitsamt. Sie war von einer jungen Beraterin in antisemitischer Form ausgelacht und respektlos behandelt worden. Sie habe sich danach derart unwohl gefühlt, dass sie ein Medikament gegen Herzschmerzen habe nehmen müssen.

357 Aufzeichnungen aus dem Forschungstagebuch der beiden qualitativen Teilstudien der externen Expertise für den UEA.

Auch im medizinischen Bereich erfahren Juden immer wieder Antisemitismus. Eine Sozialarbeiterin, die ältere jüdische Zuwanderer zu ärztlichen Untersuchungen begleitet, berichtet über die Bemerkung einer Ärztin: »Warum beklagen sich denn deine Leute so? Man kann denken, dass sie mehr Krankheiten als Andere haben!« Sie fügt hinzu, dass immer wieder Fragen von den Ärzten an die älteren jüdischen Zuwanderer gestellt werden: »Warum sind Sie hierhergezogen? Warum sprechen Sie kein Deutsch?« Sie spricht weitergehend von einer gereizten oder genervten Grundstimmung in den Treffen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Sozialarbeitern.

Neben dem Arbeitskontext wurde v.a. im Kontext von Schule auf antisemitische Vorfälle verwiesen, die sich hier in besonders aggressiver und direkter Form zeigen. Dabei überwiegen drei Unterkategorien:

1) Provokationsangriffe mit positiven Bezügen auf NS-Zeit; Hitler, Gas, Lager, Verbrennung wurden in unterschiedlichen Interviews thematisiert (initiiert von deutschen Schülern ohne Migrationshintergrund und muslimischen Schülern deutscher oder nichtdeutscher Herkunft).

   Eine Interviewpartnerin berichtet, dass der Freundin ihrer Tochter (15 Jahre alt) in einem Gymnasium ein Zettel mit den Sätzen »Du dreckige Jüdin! Magst du Zyklon B?« in ihre Tasche gelegt wurde. Durch eine Schrifterkennung wurden zwei Jungen, von denen das Mädchen eine solche Tat niemals erwartet hätte, als Täter identifiziert. Dieses Gefühl, dass man nie weiß, wann solche Aussagen kommen können, ist für viele Interviewte charakteristisch: »Es sind kleine ruhige Orte, schöne Städte und alles ist quasi gut, aber der Eindruck täuscht.«

2) Stark ausgeprägte antiisraelische Haltungen, die sowohl von Schülerinnen und Schülern als auch von einigen Lehrkräften zum Ausdruck gebracht wurden.

   Einige Interviewpartner berichten, wie auch seitens der Lehrkräfte medial geprägte (oft umgangssprachlich formulierte) antiisraelische Einstellungen den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden.

3) Nutzung des Wortes »Du Jude!« als Schimpfwort (oft auch an Nichtjuden gerichtet), angeknüpft an die klassischen Vorurteile über »geizige«, »reiche«, »listige«, »vertrauensunwürdige« Juden.

   »Juden« wird hier als direkte Beleidigung anderer jüdischer oder auch nichtjüdischer Schüler verwendet. So wird in einem Interview etwa die Situation geschildert, in der ein Schüler zu einem anderen, nach seiner Weigerung etwas herauszugeben, sagt: »Bist du Jude oder was?« Die Beschimpfungen »du Jude!« oder »mach doch keine Judenaktion!« werden als Synonyme für Unzuverlässige oder Verräter, Betrüger, geizige oder schwache Menschen benutzt.

› Besonders häufig begegnet den Befragten Antisemitismus im Internet, aber auch in anderen Medien und v.a. in der Schule. Als besonders gravierend empfinden sie es, Antisemitismus in machtvollen Abhängigkeitsverhältnissen ausgesetzt zu sein.

5.6.8 Erleben von und Sorge vor unmittelbaren Beleidigungen und Übergriffen

Die Ergebnisse der qualitativen Studien verweisen auf eine Vielzahl antisemitischer Vorfälle und die Probleme, die sich daraus für die Betroffenen ergeben. Auch die quantitative Online-Befragung von in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden zeigt eine ganze Bandbreite antisemitischer Vorfälle, denen sich die Befragten ausgesetzt sahen und die von versteckten Andeutungen bis hin zu direkter Gewalt in Form von körperlichen Angriffen reichten. So hat eine Mehrheit der Befragten im vergangenen Jahr Antisemitismus selbst oder bei einer nahestehenden Person erfahren (Abb. 5.8 und Abb. 5.9). 61 Prozent der Befragten gaben an, in den letzten zwölf Monaten versteckte Andeutungen erlebt zu haben, 58 Prozent hatten dies bei nahestehenden Person miterlebt. 29 Prozent berichten über verbale Beleidigungen bzw. Belästigungen und 36 Prozent der Befragten hatten diese wiederum über nahestehende Personen mitbekommen. Weitere drei Prozent der Befragten berichten davon, im vergangenen Jahr körperlichen Angriffen ausgesetzt gewesen zu sein, und sogar acht Prozent hatten dies bei nahestehenden Personen erlebt. Ähnliche Befunde zeigt auch die FRA-Studie aus dem Jahr 2013.[358] Deutlich wurde dort auch: Ein großer Teil dieser Vorfälle ereignete sich im öffentlichen Raum (z.B. auf der Straße, einem Parkplatz oder in einem öffentlichen Verkehrsmittel). Dies deckt sich auch mit den Befunden der Studie von RIAS.[359]

---

358 Im Vergleich dazu die Ergebnisse der FRA-Studie 2013: Hier hatten in den vergangenen fünf Jahren fünf Prozent der Befragten persönlich eine mutwillige Beschädigung ihres Eigentums erlebt, acht Prozent der Befragten körperliche Gewalt. 36 Prozent waren Opfer von antisemitisch motivierter Belästigung geworden, v.a. persönliche Äußerungen, die als besonders schwerwiegend erinnert wurden, aber auch beleidigende oder bedrohende persönliche Briefe, E-Mails, Kurznachrichten, Internetkommentare. 24 Prozent hatten diese Vorfälle als Zeugen beobachtet und 23 Prozent selbst oder innerhalb der Familie erlebt. Diese Angaben sind ähnlich hoch wie die Wahrscheinlichkeit in der Gesamtbevölkerung, Opfer von Beschimpfung, Bedrohung oder körperlicher Gewalt zu werden, hier liegt die Prävalenzrate für körperliche Gewalt bei knapp fünf Prozent, bei psychischer Gewalt (einschließlich Beschimpfung und Bedrohung) bei knapp 19 Prozent. Nach Zitation durch die FRA-Studie 2013, S. 44, liegt die International Crime Victims Survey berichtete Prävalenzrate niedriger, für Großstädte allerdings ähnlich hoch wie der in der Befragung von 2013 gefundene Prozentsatz (die meisten Befragten wohnen in großen Städten).

359 RIAS, Bericht 2015.

Abb. 5.8: »Ist Ihnen in den letzten 12 Monaten in Deutschland einer der folgenden Vorfälle zugestoßen, weil Sie jüdisch sind?« (Zustimmung in Prozent)

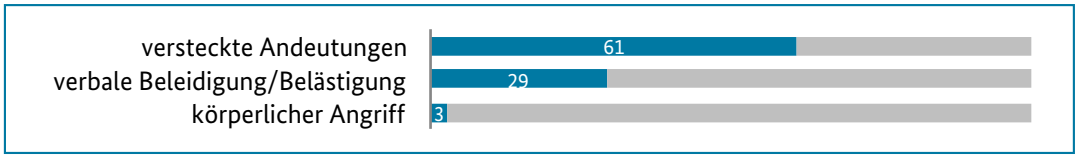
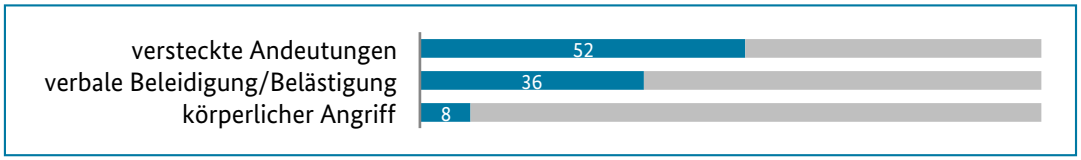


Abb. 5.9: »Wurde ein Familienmitglied oder eine Ihnen nahestehende Person in den letzten 12 Monaten in Deutschland Opfer von einem der folgenden Vorfälle, weil er/sie jüdisch ist?« (Zustimmung in Prozent)



Die Befragten wurden gebeten, jeweils die Täter der Übergriffe zu beschreiben (hier waren Mehrfachnennungen möglich; betont werden muss, dass hier auch die unterschiedliche Erkennbarkeit der Täter eine Rolle spielen dürfte, wie dies aus der Kriminologie bekannt ist).

51 Prozent der Befragten gaben bei den versteckten Andeutungen und verbalen Beleidigungen Erwachsene als Täter an, bei körperlichen Angriffen wurden häufiger Jugendliche (44 Prozent) genannt. Jeweils rund ein Drittel der Befragten gab als Täter von Andeutungen, Beleidigungen oder körperlichen Angriffen ihnen unbekannte Personen an. Ein Viertel der antisemitischen Andeutungen und über die Hälfte der verbalen Beleidigungen kamen aus dem Bekanntenkreis bzw. von Kollegen oder aus der Nachbarschaft. Rund 20 Prozent der Befragten ordneten die Täter von versteckten Andeutungen und verbalen Beleidigungen und 25 Prozent von körperlichen Angriffen als linksextrem ein. Als rechtsextrem wurden 15 Prozent der versteckten Andeutungen bzw. 19 Prozent der Beleidigungen und körperlichen Angriffe eingestuft. Rund ein Viertel der Befragten gab an, die versteckten Andeutungen bzw. Beleidigungen seien christlich-religiös motiviert. Besonders häufig wurden muslimische Personen als Täter angegeben: 48 Prozent der versteckten Andeutungen, 62 Prozent der Beleidigungen und 81 Prozent der körperlichen Angriffe gingen nach dieser Einschätzung von muslimischen Personen aus.[360]

Danach gefragt, inwieweit sie besorgt sind, in den kommenden zwölf Monaten von einem antisemitischen Übergriff betroffen zu sein, geben 58 Prozent der Befragten an, »eher« oder »sehr besorgt« zu sein, Opfer versteckter Andeutungen, 54 Prozent Opfer verbaler Beleidigungen und 37 Prozent Opfer eines körperlichen Angriffs zu werden. In Deutschland geborene Jüdinnen und Juden haben vergleichsweise mehr Sorgen vor verbalen Angriffen, während Jüdinen und Juden, die in der ehemaligen Sowjetunion geboren wurden eher körperliche Angriffe befürchten. In der FRA-Studie zeigte sich zusätzlich zur Herkunft auch ein Einfluss der eigenen Religiosität auf die Sorge vor Übergriffen: Befragte, die sich selbst als religiös einstuften, äußerten mehr Sorge Opfer von Beleidigungen oder auch körperlicher Gewalt zu werden. Dies lässt sich v. a. darauf zurückführen, dass sie eher Symbole wie z. B. eine Kippa tragen, die sie äußerlich als jüdisch erkennbar machen. Daraus ergeben sich Überlegungen, in Zukunft auf das Tragen jüdischer Symbole in der Öffentlichkeit zu verzichten.

360 Die FRA-Studie 2013 hatte hier etwas abweichend generell nach den Urhebern von Antisemitismus gefragt ohne dass dieser sich zwangsläufig direkt gegen sie gerichtet hat. Auch hier gaben die Befragten in Deutschland an, dass politisch links-gerichtete Personen (zu 47 Prozent) und Personen mit einer extremistisch muslimischen Orientierung (zu 48 Prozent; beide Angaben erhalten noch mehr Zustimmung in Frankreich), dicht gefolgt von Personen mit rechter Orientierung (zu 40 Prozent, in Ungarn werden hier 79 Prozent der Täter eingeordnet) am häufigsten Urheber von Antisemitismus sind, während deutlich seltener Personen mit einer christlichen Orientierung (zu 13 Prozent in Deutschland, aber zu über 30 Prozent in Ungarn und Italien) genannt wurden, wobei ein Drittel der Befragten hierbei angaben, keine der Beschreibungen würde zutreffen bzw. sie wüssten nichts über den Urheber bzw. könnten ihn nicht einordnen (vgl. FRA-Studie 2013, Tab. 6).

Abb. 5.10: »Wie besorgt sind Sie, dass jemand aus Ihrer Familie oder eine Ihnen nahestehende Person in den nächsten 12 Monaten in Deutschland Opfer von einem der folgenden Vorfälle werden könnte, weil er/sie jüdisch ist?« (in Prozent)

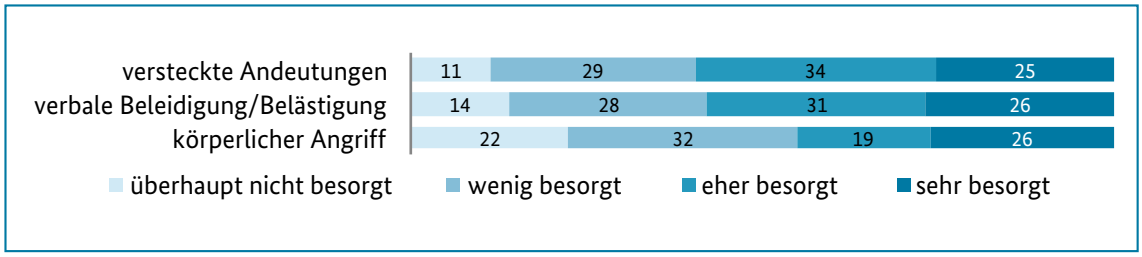
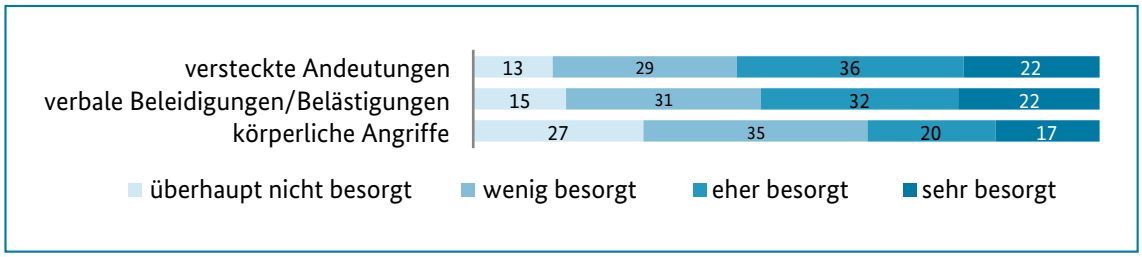


Abb. 5.11: »Wie besorgt sind Sie, dass Sie in den kommenden 12 Monaten in Deutschland Opfer von einem der folgenden Vorfälle werden könnten, weil Sie jüdisch sind?« (in Prozent)



Mehr noch als um sich selbst sorgen sich die Befragten jedoch um die ihnen nahestehenden Personen (Abb. 5.10 und Abb. 5.11). Über die Hälfte der Befragten ist »besorgt« (rund ein Viertel sogar »sehr besorgt«), jemand aus ihrer Familie oder andere nahestehende Personen könnten in der nächsten Zeit Opfer versteckter Andeutungen oder verbaler antisemitischer Beleidigungen werden, 45 Prozent befürchten körperliche Angriffe. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt hier auch die FRA-Studie 2013: Hier befürchten 51 Prozent der Befragten, dass Familienangehörige oder nahestehende Personen Opfer verbaler bzw. 39 Prozent, dass sie Opfer körperlicher Angriffe werden könnten. Im europäischen Vergleich bewegt sich die Sorge der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden im Mittelfeld.

- Die Mehrheit der Befragten hat im vergangenen Jahre versteckte antisemitische Andeutungen erleben müssen und rund ein Drittel auch verbale Beleidigungen und Belästigungen.

- Antisemitismus ist für viele Befragte damit eine allgegenwärtige und häufige Erfahrung.

- Als Täter wurden von den Betroffenen überproportional häufig muslimische Personen identifiziert, daneben aber auch links Orientierte, rechts Orientierte und gerade bei den versteckten Andeutungen auch Personen aus der »Durchschnittsbevölkerung«.

5.6.9 Wie die Betroffenen mit Antisemitismus umgehen

Viele Befragte haben Strategien (»Coping-Strategien«) entwickelt, mit antisemitischen Äußerungen und Belästigungen umzugehen. Um diesen Strategien nachzugehen, wurde im Rahmen des Online-Fragebogens gebeten anzugeben, was der erlebte Antisemitismus auslöst und wie damit umgegangen wird (Abb. 5.12). Eine deutliche Mehrheit der Befragten empfinden es als »stark« oder sogar »sehr stark belastend«, wenn sie direkt oder indirekt (über Beobachtung bei anderen Personen) von antisemitischen Äußerungen oder Belästigungen betroffen sind (jeweils 81 Prozent) und noch mehr, wenn er sich gegen Familienangehörige richtet (91 Prozent). Nur wenige Befragte empfinden dies als wenig oder gar nicht belastend.

Im Weiteren wurden die Teilnehmenden der Studie auch danach gefragt, wie sie mit Antisemitismus, den sie ganz allgemein in der Gesellschaft beobachten, ohne dass er sich direkt gegen sie persönlich wendet, umgehen (Abb. 5.13). 88 Prozent der Befragten geben hier an, antisemitische Vorkommnisse oder Antisemitismus im Allgemeinen berührten sie sehr. Die meisten (89 Prozent) diskutieren darüber mit ihnen nahestehenden Personen, 77 Prozent versuchen, mehr über die Vorkommnisse zu erfahren, während knapp die Hälfte (48 Prozent) in der Gemeinde darüber redet. Nur elf Prozent der Befragten sagten, sie würden sich mit antisemitischen

Abb. 5.12: »Wie stark belastet es Sie, wenn Sie antisemitische Äußerungen oder Verhaltensweisen mitbekommen/erleben, …« (in Prozent)

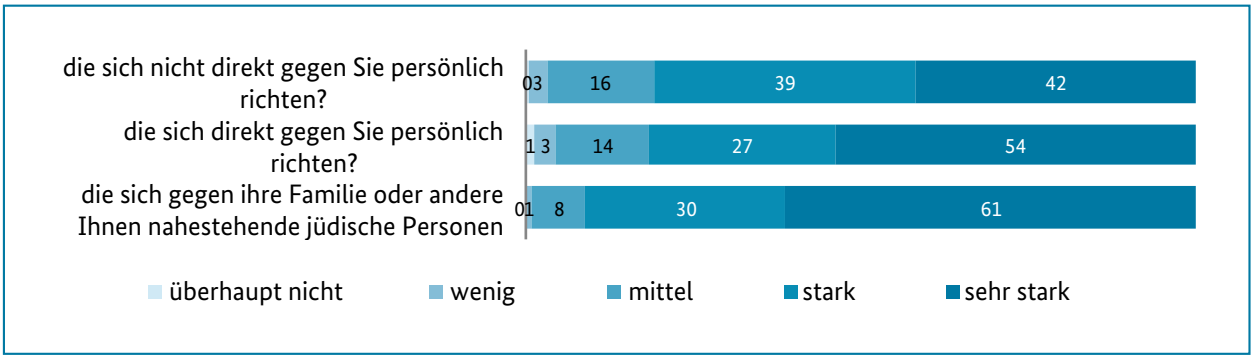
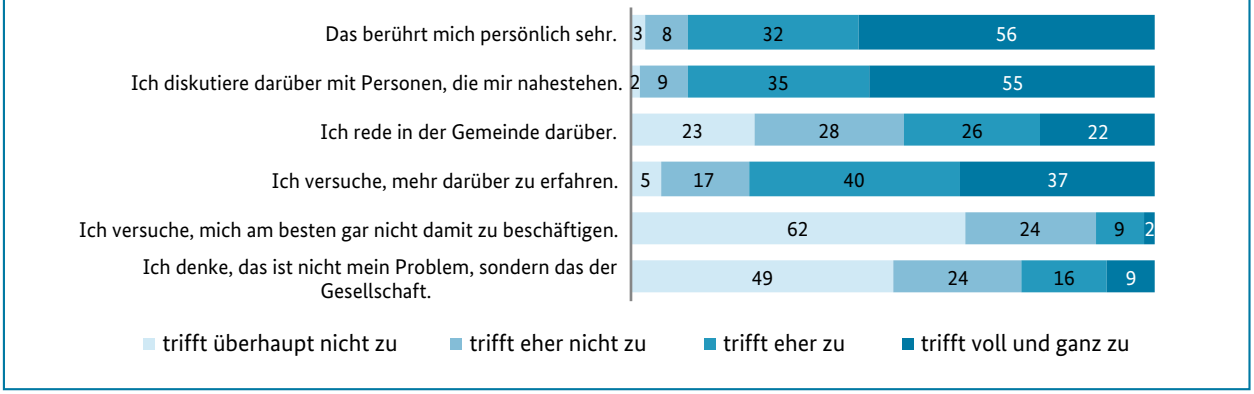


Abb. 5.13: Aussagen zum Umgang mit Antisemitismus (in Prozent)



Vorkommnissen nicht beschäftigen. Jeder vierte Befragte ist der Auffassung, dass antisemitische Vorkommnisse oder Antisemitismus im Allgemeinen nicht ihr bzw. sein Problem ist, sondern das der Gesellschaft.

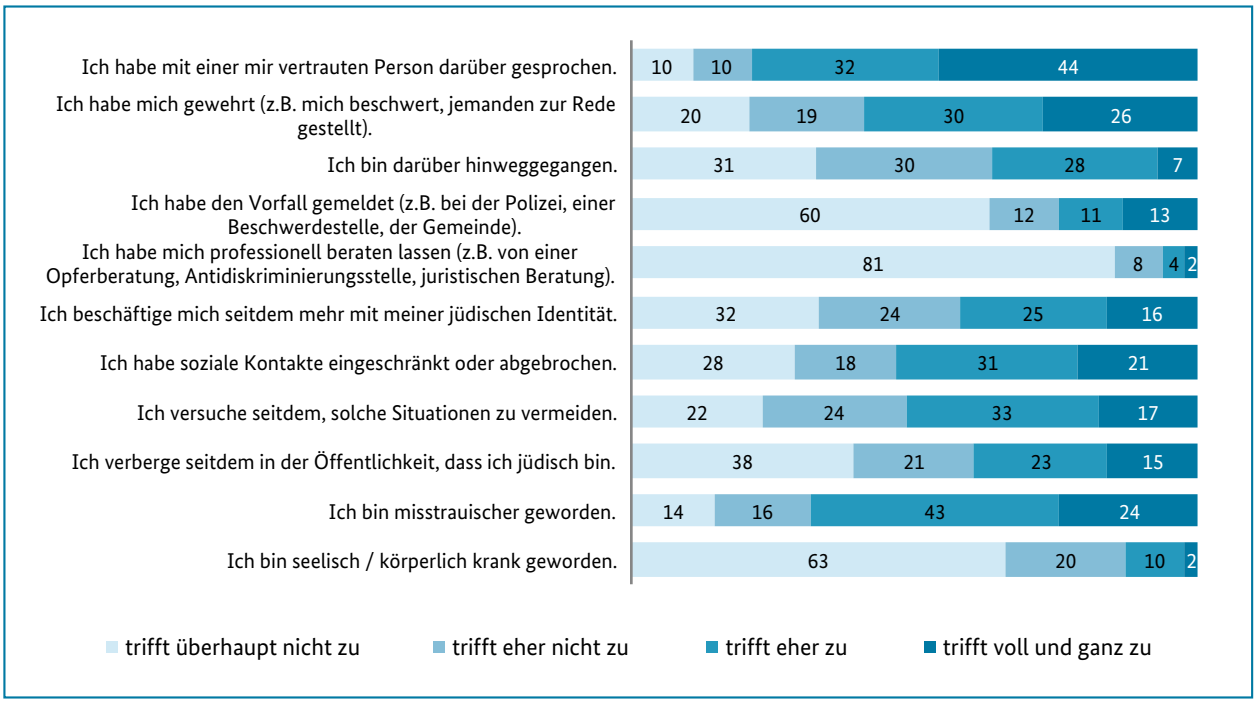
Zusätzlich wurde gefragt, wie mit einem konkreten, persönlich erlebten Vorfall umgegangen wird (Abb. 5.14). Hierzu wurden sie gebeten, an ein Erlebnis zu denken, bei dem sie Antisemitismus erfahren oder (mit)erlebt haben. Die Mehrzahl der Befragten hat nach eigenen Angaben daraufhin mit einer vertrauten Person über den Vorfall gesprochen (76 Prozent). Viele haben sich auch aktiv in der Situation gewehrt und sich beschwert oder jemanden zur Rede gestellt (56 Prozent). Allerdings hat nur ein Viertel der Befragten den Vorfall offiziell bei der Polizei, einer Beschwerdestelle oder der Gemeinde gemeldet. Auch die FRA-Studie kommt zu dem Schluss, dass nur ein geringer Anteil der schwerwiegenden Vorfälle gemeldet werden, am ehesten noch die mutwillige, antisemitisch motivierte Beschädigung von Eigentum, während der überwiegende Teil der körperlichen Angriffe und noch weniger der verbalen Belästigungen gemeldet werden.[361] Insgesamt wird in Deutschland nur jeder vierte schwerwiegende Vorfall bekannt.[362] Als Hauptgründe, warum die Vorfälle nicht bei der Polizei gemeldet wurden, gaben die Befragten in absteigender Reihenfolge an, dies hätte ohnehin nichts geändert, der Vorfall sei es nicht wert gewesen, weil so etwas ständig passiere, sie wären selbst oder mithilfe der Familie oder von Freunden damit zurecht gekommen, der bürokratische und zeitliche Aufwand sei zu hoch oder sie vertrauten der Polizei nicht.

Nur wenige Befragte (sechs Prozent) der vom UEA in Auftrag gegebenen Studie haben sich im Anschluss an einen Vorfall professionell beraten lassen (z. B. von einer Opferberatung, der Antidiskriminierungsstelle oder in einer juristischen Beratung). Die Gründe dafür bleiben offen. Die Ergebnisse der FRA-Studie legen hier jedoch nahe, dass viele Jüdinnen und Juden sich bereits an diese Vorfälle gewöhnt haben. Rund ein Drittel der Befragten

361 FRA-Studie, 2013, S. 51.

362 Ebenda, S. 52.

Abb. 5.14: Aussagen zu Bewältigungsstrategien (in Prozent)



und mehr haben aber auch internale Formen des Umgangs gewählt. Dazu gehört die intensivere Beschäftigung mit der eigenen jüdischen Identität (41 Prozent) oder das über den Vorfall Hinweggehen (35 Prozent). Rund die Hälfte der Befragten hat mit Vermeidungsstrategien reagiert: Soziale Kontakte wurden eingeschränkt oder abgebrochen, potenziell belastete Situationen vermieden. Dazu gehört auch, dass mehr als ein Drittel der befragten Personen (38 Prozent), die von einem antisemitischen Vorfall betroffen waren, seitdem in der Öffentlichkeit ihre jüdische Identität versucht haben zu verbergen. Zwei Drittel berichten zudem, seitdem misstrauischer geworden zu sein, und mehr als jeder Zehnte (zwölf Prozent) ist nach einem antisemitischen Vorfall seelisch oder körperlich krank geworden.

- Fast alle Befragten empfinden den Antisemitismus, der sie umgibt, als belastend.
- Zugleich wählen nur recht wenige Befragte den Weg, konkrete Vorfälle zu melden, noch weniger lassen sich beraten.
- Selbst gravierende Vorfälle werden oft nur mit nahestehenden Personen besprochen, aber nicht angezeigt.
- Das Dunkelfeld der nichtangezeigten auch gravierenden Vorfälle dürfte daher hoch sein.

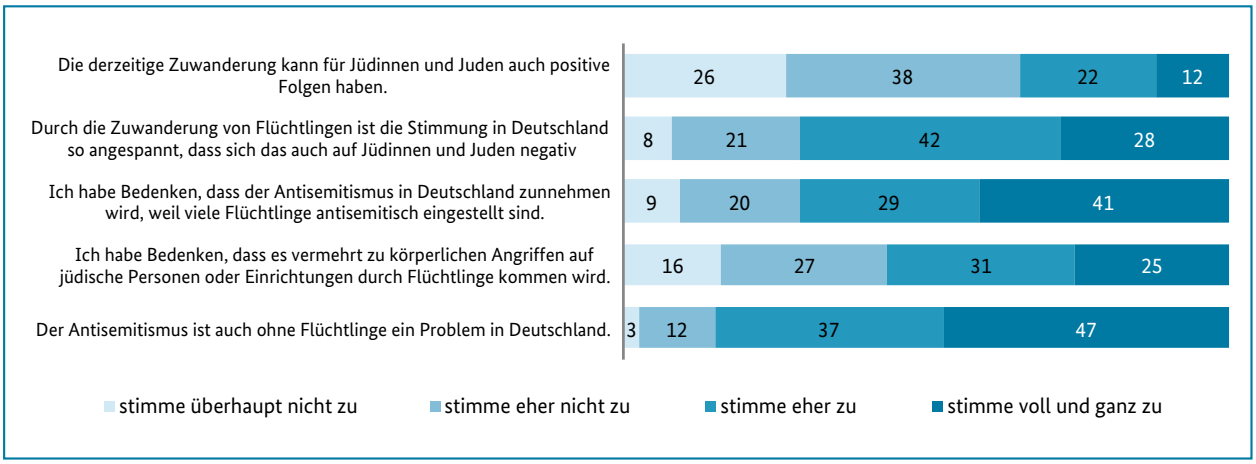
5.6.10 Einstellungen zur aktuellen Flüchtlingsdebatte

Mit den v. a. im Jahr 2015 zunehmenden Fluchtbewegungen aus Krisen- und Kriegsgebieten im Mittleren Osten und aus Nordafrika nach Deutschland entstand die Befürchtung eines wachsenden Antisemitismus, dem z. B. vom Vorsitzenden des *Zentralrats der Juden in Deutschland,* Josef Schuster, Ausdruck verliehen wurde.[363] Auf der anderen Seite haben sich auch viele Jüdinnen und Juden ehrenamtlich für Geflüchtete engagiert.[364] Um ein genaueres Bild über die Stimmung in der jüdischen Community zu erhalten, wurden im Rahmen der Online-Befragung auch Fragen zur aktuellen Debatte um Flucht und Geflüchtete gestellt.

363 Rede zum Thema »Jüdisches Leben in Deutschland heute« auf Einladung der Katholischen Akademie Bayern; Redemanuskript vorab publiziert u. a. auf Spiegel Online am 28.6.2016, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zentralrat-der-juden-warnt-vor-antisemitismus-durch-fluechtlinge-a-1100329.html (eingesehen 25.11.2016).

364 Dazu gehört u. a. das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. mit einem Modellprojekt im Bundesprogramm »Demokratie leben!«.

Abb. 5.15: Aussagen zur aktuellen Flüchtlingsdebatte (in Prozent)



Die Befunde (Abb. 5.15) zeigen hier ein sehr ambivalentes Stimmungsbild unter Jüdinnen und Juden in Deutschland. Ein großer Teil der Befragten hat in der Tat Bedenken, der Antisemitismus werde in Deutschland zunehmen, weil viele Flüchtlinge antisemitisch eingestellt seien (70 Prozent stimmen hier zu, 41 Prozent stimmen sogar »voll und ganz« zu). 56 Prozent der Befragten befürchten vermehrte körperliche Angriffe auf jüdische Personen bzw. Angriffe auf jüdische Einrichtungen. Zugleich geht aber die Mehrheit der Befragten davon aus, dass Antisemitismus auch ohne Geflüchtete ein Problem in Deutschland ist (84 Prozent, 47 Pozent stimmen »voll und ganz« zu), und 70 Prozent meinen, durch die Zuwanderung von Flüchtlingen sei die Stimmung in Deutschland so angespannt, dass sich dies auch negativ auf Juden auswirken könnte. Rund ein Drittel (34 Prozent) ist umgekehrt aber der Ansicht, die derzeitige Zuwanderung kann für Juden auch positive Folgen haben. Auch hier sind die Meinungen in der Community durchaus heterogen – Befragte, die in Großstädten leben, sind weniger besorgt wegen der Zuwanderung durch Flüchtlinge und äußern weniger Bedenken in Bezug auf mögliche Übergriffe durch Flüchtlinge. Diejenigen, die aus der ehemaligen Sowjetunion stammen, äußern sich pessimistischer.[365]

In den qualitativen Teilstudien der vom UEA beauftragten Untersuchung zeigen sich viele Interviewpartner besonders mit Blick auf Geflüchtete besorgt, der Antisemitismus könne weiter zunehmen. In der Wahrnehmung der meisten Interviewten kommt der Antisemitismus aus dieser Gruppe in den letzten Jahren »wesentlich aggressiver zum Vorschein«. In vielen Interviews herrscht die Meinung, Menschen, die aus muslimischen Ländern kommen, seien in ihren Herkunftsgesellschaften antisemitisch sozialisiert worden. Viele Interviewte artikulieren ihre Angst, nicht beschützt zu werden, falls die Gefahr des Antisemitismus von muslimischen Gruppen steigen sollte. Angst vor einer Gefahr des muslimischen Antisemitismus durch Einwanderung wurde in fast jedem Interview von Betroffenen thematisiert. Gleichzeitig sehen viele Experten die Idee des »importierten Hasses« als nur eine von mehreren vorherrschenden Formen des Antisemitismus in Deutschland.

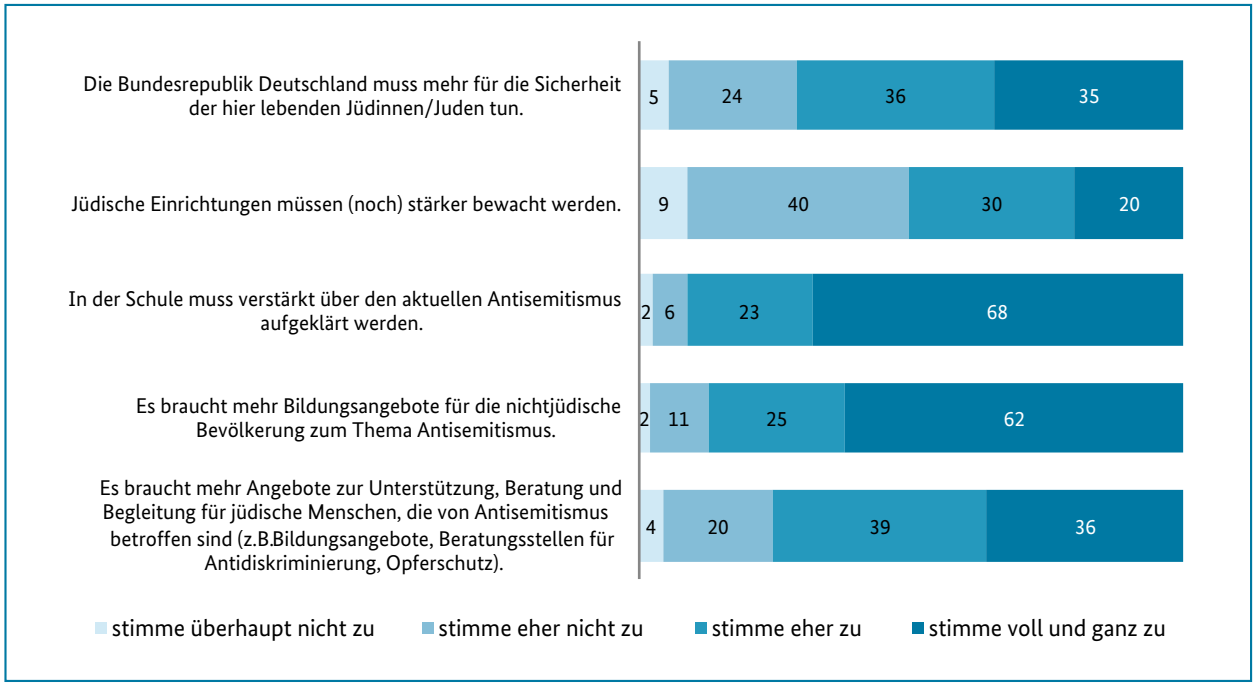
5.6.11 Vorschläge für Prävention

Die Interviewpartner wurden im Rahmen der Online-Befragung um ihre Einschätzung verschiedener Präventions- und Interventionsmaßnahmen in Zusammenhang mit Antisemitismus gebeten. 71 Prozent fordern, Deutschland müsse mehr für die Sicherheit der hier lebenden Jüdinnen und Juden tun, 50 Prozent wollen eine stärkere Bewachung jüdischer Einrichtungen. Die überwältigende Mehrheit setzt auf Bildung Aufklärung. So meinen 91 Prozent der Befragten, in Schulen müsse über aktuellen Antisemitismus aufgeklärt werden, 87 Prozent sehen Bedarf an zusätzlichen Bildungsangeboten für die nichtjüdische Bevölkerung. 75 Prozent wünschen sich mehr Angebote zur Unterstützung, Beratung und Begleitung jüdischer Personen, die von Antisemitismus betroffen sind (z. B. Opferberatungsstellen).

Insgesamt scheint das Thema Prävention und Intervention den Befragten sehr wichtig zu sein, denn viele haben die Möglichkeit einer zusätzlich gestellten offenen Frage genutzt und ausführlich eigene Vorschläge aufgeführt

365 Möglicherweise zeichnet sich hier aber auch der Erfolg rechtspopulistischer Strömungen ab, die gezielt in jüdischen Gemeinden und insbesondere bei jenen, die aus der ehemaligen Sowjetunion eingewandert sind, mit antimuslimischer Hetze auf Stimmenfang gehen. Der Zentralrat der Juden zeigte sich in einem Rundschreiben an die Gemeinden alarmiert, dass Akteure der AfD und Verbände von Russlanddeutschen »insbesondere an unsere russischsprachigen Gemeindemitglieder herangetreten sind, um diese zu Demonstrationen gegen Flüchtlinge oder Muslime aufzuwiegeln«. (Rundbrief an die Gemeinden von Daniel Botmann, Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland, Informationen zum Umgang mit der AfD, http://www.jg-fr.de/aktuelles-302/articles/informationen-zum-umgang-mit-der-afd.html (eingesehen 24.11.2016).

Abb. 5.16: Vorschläge für Maßnahmen der Prävention und Intervention (in Prozent)



(Abb. 5.16). Gefordert wurde dabei insbesondere eine fortdauernde Aufarbeitung des Holocaust, wobei eingeschränkt wurde, dass Zweiter Weltkrieg und Nationalsozialismus in der Schule nicht zu oft behandelt werden sollten, um keine weiteren Abwehrreaktionen hervorzurufen. Zudem mahnten einige Befragte an, das Thema so aufzuarbeiten, dass sich auch Kinder mit nichtdeutschem, arabisch-muslimischem Hintergrund angesprochen fühlen. Gefordert wurde zudem mehr interkultureller bzw. interreligiöser Dialog. Auch der Wunsch nach einer differenzierteren Berichterstattung über Israel und das jüdische Leben in Deutschland wurden geäußert. Gefordert wurden zudem eine stärkere öffentliche Ächtung von Antisemitismus sowie die Ausschöpfung bzw. die Verschärfung des Strafrechts.

Auch im Rahmen der beiden qualitativen Teilstudien äußerten sich die Befragten zu ihren Vorstellungen zur Prävention von Antisemitismus. Fast alle forderten hier mehr Aufklärung einschließlich der kritischen Thematisierung von Antisemitismus und Sensibilisierung für das gegenwärtige jüdische Leben in Deutschland. Zudem setzten über zwei Drittel der Befragten in den Interviews auf noch mehr Sicherheitsmaßen. Ebenso viele äußerten den Bedarf von mehr Angeboten zur Unterstützung und Beratung jüdischer Menschen. Einige Interviewpartner sprachen davon, dass die muslimischen Verbände in Deutschland sich stärker mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen sollten. Einige Interviewpartner wünschten sich einen besseren Austausch mit muslimischen Institutionen in Deutschland sowie eine durchdachte Integration der Flüchtlinge, wobei die Akzeptanz des Existenzrechts des Staates Israel ein selbstverständlicher und wichtiger Teil davon sein soll. Als besonders wichtig wurde in den Interviews die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus gesehen, die auch ein verändertes Bild von Juden und jüdischem Leben beinhalten soll. Gefordert wurden außerdem professionelle Anlaufstellen für von Antisemitismus Betroffene.

Handlungsempfehlungen – Perspektiven der jüdischen Bevölkerung

Auf- bzw. Ausbau von Melde- und Beratungsstrukturen

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… der einzurichtenden Bund-Länder-Kommission zum Themenbereich Antisemitismus (→ zentrale Forderungen), sich für den Ausbau und die Förderung von Melde- und Informationsstellen zur Erfassung von antisemitischen Übergriffen, Vorfällen oder Straftaten einzusetzen.**
Hier kann und sollte an die Erfahrungen bestehender Informationsstellen angeknüpft bzw. ihre Expertise eingeholt werden. Namentlich ist hier RIAS (→ Straftaten, → Jüdische Perspektive) in Berlin zu nennen. Wünschenswert ist die Ausweitung bestehender Meldestrukturen auf weitere Bundesländer bzw. Regionen, die für Betroffene zugänglich und möglichst leicht zu erreichen sind. Die erarbeiteten Qualitätskriterien, wie auch allgemein verbindliche Vorgehensweisen bei der Erfassung und Falldokumentation, sind dabei zu beachten. Die Dokumentation sollte im besten Fall in einer gemeinsamen Plattform bzw. bei einer Sammelstelle zusammengeführt werden.

› **… der einzurichtenden Bund-Länder-Kommission zum Themenbereich Antisemitismus, sich für den Aufbau von spezialisierten Beratungsstrukturen bzw. den Ausbau der Zusammenarbeit mit bestehenden Beratungsstrukturen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie Antidiskriminierungsberatungsstellen einzusetzen.**
Hier ist auch die Schulung von Mitarbeitenden in anderen allgemeinen Beratungs- und Antidiskriminierungsstellen wichtig, um die Inanspruchnahme der Erst- und Verweisberatung zu gewährleisten. Es gilt, das Bewusstsein der Beraterinnen und Berater für den Alltagsantisemitismus zu schärfen und das Verständnis von Antisemitismus als Diskriminierung zu befördern. Bei der Opferberatung geht es sowohl um die Unterstützung von Betroffenen beim Erleben von Alltagsantisemitismus unterhalb einer strafrechtlichen Schwelle als auch um spezialisierte Beratung nach gewalttätigen Übergriffen.

› **… die Förderung und Ausweitung von Empowerment-Maßnahmen mindestens durch das B*undesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) und die Landesprogramme zur Extremismusprävention.**
Hier sollten jüdische Träger, Institutionen oder Projekte gezielt gefördert werden, um stärkende Dialog- und Erfahrungsräume für Betroffene zu etablieren, die im Alltag auf unterschiedliche Art und Weise mit Antisemitismus konfrontiert sind.

Einbeziehung der jüdischen Perspektive in Gremien und bei der Präventionsarbeit

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… die stärkere Einbindung von jüdischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Fachkräften und Institutionen in staatliche/zivilgesellschaftliche Gremien, die sich für Demokratieförderung einsetzen und Antisemitismus und Rassismus bekämpfen.**

› **… die stärkere Einbeziehung jüdischer Perspektiven und Expertisen in die verschiedenen Förderprogramme historisch-politischer Bildung, Antisemitismusprävention und -intervention.**
Für beide Empfehlungen gilt, das Recht von Jüdinnen und Juden auf Mitbestimmung bei der Definition und Erfassung von Antisemitismus anzuerkennen und in die politischen Verhandlungen einzubeziehen.
Diskrepanzen bei der Definition von Antisemitismus werden bisher zumeist – wie auch bei anderen Abwertungs- und Ausgrenzungsphänomenen – viel eher als »abweichende Ansicht« der betroffenen Minderheit betrachtet und viel zu selten als ein relevanter Wahrnehmungs- und Erfahrungsraum, der bei der Begriffsbestimmung mitberücksichtigt sein muss.

Forschung

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… die Initiierung und Förderung von interdisziplinären Studien mit qualitativer und quantitativer Ausrichtung zu den Perspektiven, Erfahrungen, Wahrnehmungen und Expertisen von Jüdinnen und Juden im Hinblick auf Antisemitismus.**

Die Erfassung jüdischer Perspektiven auf Antisemitismus soll in regelmäßigen Abständen gewährleistet werden, um die Daten aus den Befragungen der nichtjüdischen Mehrheitsbevölkerung um diese Dimension zu erweitern und Hinweise auf Entwicklungen entdecken und empirisch absichern zu können. Empirisch gesehen gibt es hier ein vergleichsweise großes Forschungsdesiderat, das es zu beheben gilt.

› **… die Initiierung und Förderung anwendungsorientierter Grundlagenforschung und praxisbegleitender Forschung zu Präventionsmaßnahmen, die nicht nur als gering finanzierte Begleitforschung oder nachträgliche Evaluation erfolgt, sondern als ein eigenständiges Feld gewertet und finanziell abgesichert wird. Gezielte Ausschreibungen im Rahmen des Bundesprogramms *»Demokratie leben!«* und/oder des *Bundesministeriums für Forschung und Wissenschaft* wären erforderlich.**

6 Medialer Diskurs

6.1 Einleitung

Im ersten Expertenbericht wurde die Bedeutung der Medien für die Verbreitung antisemitischer Inhalte nicht in einem gesonderten Kapitel betrachtet. Verwiesen wurde stattdessen auf antisemitische Verschwörungstheorien, bei denen es sich wohl eher um Verschwörungsfantasien oder -mythen handelt, die in verschiedenen Medien kursieren. Ebenso wurde insbesondere auf Antisemitismus im türkischen, iranischen und islamistischen Fernsehen und seinen Einfluss auf in Deutschland lebende migrantische Communities hingewiesen. Wegen der im Zeitraum seit dem ersten Expertenbericht weiter gestiegenen Bedeutung journalistischer Online-Angebote sowie der wachsenden Nutzung von »Social Media« Kanälen als Möglichkeit zur Kommunikation wird im zweiten Expertenbericht dem Themenbereich »Medien« nun ein eigenständiges Kapitel gewidmet.

Unter dem Begriff Medien werden hier in erster Linie moderne Massenmedien verstanden. Sie dienen der Wahrnehmung, der Kommunikation, der Einordnung und der Interpretation aktueller, aber auch vergangener Ereignisse und erfüllen damit eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Dies zeigt sich auch in der Auseinandersetzung mit Medien und Antisemitismus: Medien bilden einen wichtigen Rahmen für gesellschaftliche Kommunikation und loten die Grenzen des Sagbaren aus.

Im Frühjahr 2012 wurde tagelang in den Medien über ein »Gedicht« debattiert, das – so Herta Müller – keinen einzigen literarischen Satz enthielt. Die einen bezeichneten den Autor Günter Grass als »modernen Antisemiten«, die anderen bejubelten seinen Mut, ein vermeintliches Tabu gebrochen und gesagt zu haben, »was gesagt werden muss«. Zweifellos waren Grass' Einlassungen eine Vorlage für jene, die antisemitische Klischees, Ressentiments und Vorurteile hegen. Er schürte negative Gefühle gegenüber Juden, die eine lange Tradition haben. Die Präsenz des Nahostkonflikts in den Medien, linke Diskurse mit einer z. T. unwidersprochenen einseitig pro-palästinensischen Haltung, die sich in mancher Berichterstattung und insbesondere in der Bildsprache einiger Illustrationen von ansonsten seriösen Artikeln niederschlagen, haben dazu geführt, dass der anti-antisemitische Konsens in der Öffentlichkeit allmählich aufzuweichen droht. Das Grass-Gedicht spiegelt insofern das wider, was wir in den letzten Jahren – spätestens seit Beginn der zweiten Intifada im Herbst 2000 – beobachten können. Es geht hier nicht um legitime Kritik an der israelischen Regierung oder an deren Politik und Vorgehen in den besetzten Gebieten, sondern um Grenzüberschreitungen hin zu antisemitischen Stereotypen, seien es auch nur Versatzstücke. Nicht immer sind Aussagen und Meinungen, die in diese Richtung gehen, antisemitisch. Häufig bewegen sie sich in einer Grauzone (→ Definition), in der es abzuwägen gilt, was, wer, wann und zu welchem Zweck sagt.

6.2 Antisemitische Verschwörungstheorien/-mythen, sekundärer Antisemitismus, antizionistischer/israelbezogener Antisemitismus und antisemitische »Hate Speech«[366]

Verschwörungstheorien sind in vielen Ländern Europas, aber auch auf dem amerikanischen Kontinent und in der arabischen Welt fester Bestandteil tradierter, tief verwurzelter Narrative, die von Generation zu Generation überliefert werden.[367] Sie bieten einfache, monokausale Erklärungsmuster für komplizierte Sachverhalte und erfüllen soziale Funktionen bzw. befriedigen psychologische Bedürfnisse.[368] Sie basieren auf einem geschlossen dichotomen Weltbild, das in säkularisierten Gesellschaften als Religionsersatz dienen kann. Dabei handelt es sich nicht um wissenschaftlich nachprüfbare Theorien, sondern vielmehr – bestenfalls – um Halbwahrheiten, meist aber jedoch um Fantasien und Mythen, die sich bis hin zu wahnhaften Vorstellungen steigern können.

Verschwörungstheorien sind nicht immer, aber häufig antisemitisch konnotiert und haben eine lange, komplexe Geschichte.[369] Sie waren ein wesentlicher Bestandteil der Rassenpolitik der Nationalsozialisten, die zur Ermordung der europäischen Juden führte. Die Blaupause dafür, wie

---

366 Der nachfolgende Text beruht in einigen Teilen auf der im Auftrag des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus angefertigten Expertise von Julia Schramm (no-nazi.net/Amadeu Antonio Stiftung): Julia Schramm, Antisemitismus 2.0 – oder: Wie Soziale Medien Antisemitismus wieder gesellschaftsfähig machen, Berlin 2016, S. 1–20.

367 Zur Definition des Begriffs »Verschwörungstheorie« vgl. Andreas Anton, Unwirkliche Wirklichkeiten. Zur Wissenssoziologie von Verschwörungstheorien, Berlin 2011, S. 17–31.

368 Vgl. Swami Viren/Rebecca Coles, The Truth is out There, in: The Psychologist, 23 (2010) 7, https://thepsychologist. bps.org.uk/volume-23/edition-7/truth-out-there (eingesehen 31.10.2014).

369 Der Historiker Johannes Heil bezeichnet die »jüdische Weltverschwörung« als persistentes »Langzeitstereotyp, das alle Zeitenwenden überstand, ohne an Attraktivität einzubüßen«. Johannes Heil, »Gottesfeinde« – »Menschenfeinde«. Die Vorstellung von jüdischer Weltverschwörung (13. bis 16. Jahrhundert), Essen 2006, S. 16 und S. 368.

auch für an aktuelle Ereignisse des Weltgeschehens angepasste Verschwörungstheorien, war und ist bis heute das antisemitische Machwerk »die Protokolle der Weisen von Zion«. Hier wird vorgegeben, Geheimdokumente einer Weltverschwörung vorliegen zu haben, deren Ziel es sei, die Ordnung der Staaten zu zerstören und eine jüdische Weltherrschaft zu errichten.[370] Tatsächlich handelt es sich um einen fiktionalen Text, der aus verschiedenen Quellen montiert worden ist. Genutzt werden dabei Chiffren, wie etwa der Name der Familie Rothschild, der bis heute für eine vermeintlich jüdische Allmacht über das weltweite Finanzwesen steht. Das Internet bietet gerade im Zeichen der aktuellen Wirtschaftskrise eine ideale Verbreitungsplattform, um solchen antisemitischen Fantasien freien Lauf zu lassen. Daneben ist auch der Vorwurf, Juden würden Ritualmorde an Kindern anderer Religionsgemeinschaften (v. a. Christen) begehen, um deren Blut für das Backen des ungesäuerten Brotes zu Pessach zu gewinnen, eine immer wieder auftauchende Fiktion alter und neuer Verschwörungstheorien, die gegenwärtig auch in der arabischen Welt revitalisiert wird, um den Feind Israel zu desavouieren bzw. das Existenzrecht des Staates in Abrede zu stellen.[371]

Der sekundäre und der israelbezogene Antisemitismus (→ Definition) dominieren öffentliche Debatten und sind in den sozialen Medien in den verschiedensten Zusammenhängen präsent. Beide Formen verbinden sich in einer Täter-Opfer-Umkehr und sind im Kontext des Nahostkonflikts virulent. Begriffe wie »Holohoax«, die implizieren, der Holocaust sei von Jüdinnen und Juden inszeniert worden, tauchen in den sozialen Medien und auf Webseiten verschiedenster politischer, gesellschaftlicher und sozialer Gruppen regelmäßig auf.[372] Dominante Narrative sind die Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit und Zuschreibungen, die unterstellen, die ehemaligen Opfer (Juden=Israelis) wären jetzt zu Tätern geworden, weil sie die Palästinenser in Lager sperrten, unterdrückten und töteten.

6.3 Antisemitismus in Print- und Online-Zeitungen sowie im Fernsehen

Print- und Online-Zeitungen sind – ebenso wie das Fernsehen – wichtige Akteure im öffentlichen Diskurs und prägen, trotz einer zunehmenden Skepsis, die sich v. a. in dem Schlagwort »Lügenpresse«[373] ausdrückt und in erster Linie im Rahmen neuerer → politischer Bewegungen sichtbar wird, die Meinungsbildung. Antisemitismus kann dabei auf der einen Seite Thema der Berichterstattung sein, etwa dann, wenn antisemitische Vorfälle Teil des Tagesgeschehens sind und entsprechend journalistisch aufbereitet werden. Auf der anderen Seite sind aber auch antisemitische Konnotationen in der Berichterstattung selbst möglich. Daneben bietet sich für Leserinnen und Leser gerade auch im Bereich des Online-Journalismus zunehmend die Möglichkeit, sich an medialen Diskursen zu beteiligen. Sie nutzen Kommentarfunktionen der Online-Zeitungen, nehmen direkt Bezug auf einzelne Artikel und argumentieren dabei in einigen Fällen immer wieder implizit oder explizit antisemitisch.

Gegenüber dem Bericht des ersten UEA hat sich im Bereich der Medienberichterstattung wenig verändert. Der Befund von damals hat auch heute noch Gültigkeit: »Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern (z. B. Frankreich, Griechenland, Großbritannien und die skandinavischen Staaten) finden sich in der deutschen Qualitätspresse bzw. in den Fernsehmedien kaum dezidiert antisemitische Stereotype. Allerdings fließen etwa im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Nahostkonflikt, aber auch mit der jüngsten Finanzkrise, häufig unbewusst, seltener mit Absicht, über Generationen tradierte Vorurteile in die Texte ein bzw. werden über Illustrationen transportiert. In rechtsextremen Postillen, aber auch in Presseerzeugnissen, die dem Islamismus nahestehen, finden sich hingegen explizit antisemitische Inhalte. Offen antisemitische Aussagen im Sinne eines möglichen Straftatbestandes werden dabei im Wesentlichen auf entsprechenden Internetplattformen verbreitet, die über ausländische Provider ins Netz gespeist werden. […] Auf nicht immer unberechtigte Kritik stößt die bisweilen einseitige Berichterstattung über den Nahostkonflikt, die durchaus zur Bestätigung bzw. Verbreitung latent vorhandener antisemitischer Klischees beitragen kann. Der Nahostkonflikt bestimmt die Wahrnehmung Israels und der israelischen Gesellschaft, in der Öffentlichkeit und den Medien gleichermaßen. Die Berichterstattung ist

370 Wolfgang Benz, Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung, München 2007. Siehe auch Eva Horn/Michael Hagemeister, Die Fiktion der jüdischen Weltverschwörung. Zu Text und Kontext der »Protokolle der Weisen von Zion«, Göttingen 2012; Jeffrey L. Sammons (Hrsg.), Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar, Göttingen 1998.

371 Z. B. in arabischen Fernsehserien wie Diaspora/Al-Shatat (21-teilige antisemitisch hetzerische Fernsehserie, produziert vom syrischen Fernsehen. Im Ramadan 2003 auf Al-Manar (Hizbollah TV) gesendet – später auch in anderen arabischen Fernsehsendern gezeigt).

372 Siehe etwa die revisionistische Seite »Unbequeme Wahrheit«, https://unbequemewahrheit2014.wordpress.com/tag/holohoax/ (eingesehen 14.11.2016); der australische Ableger der »Biblebelievers«, http://www.biblebelievers.org.au/holohoax.htm (eingesehen 14.11.2016); das Chatroboter-Mädchen Tay erklärte über Twitter den Holocaust für eine Erfindung, in: Jüdische Allgemeine Zeitung vom 14.4.2016, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/25183 (eingesehen 14.11.2016).

373 Der Begriff »Lügenpresse« wird v. a. im Rahmen der seit Oktober 2014 stattfindenden Demonstrationen der PEGIDA und ihrer Ableger genutzt, um die Berichterstattung der etablierten Presse zu diffamieren. »Lügenpresse« wurde als Begriff aber auch im Nationalsozialismus als Teil antisemitischer Verschwörungstheorien verwendet, um eine angebliche Beherrschung der Presseberichterstattung durch das »Weltjudentum« zu suggerieren.

konfliktorientiert, im Fokus steht die physische Gewalt. Israelischer Alltag und die Vielfalt der Gesellschaft sind nur selten eine Nachricht wert, allenfalls in Features, Reportagen und in Hintergrundberichten wird der Normalität israelischen Lebens Raum gegeben.«[374]

Wie bereits im Bericht des ersten UEA konstatiert, lassen sich in journalistischen Print- und Online-Erzeugnissen z. T. Beiträge finden, die sowohl antisemitische Verschwörungstheorien als Erklärungsmodell nutzen, als auch vorgeben, israelkritisch zu sein, dabei aber zwischen den Zeilen oder auch offen Ressentiments bedienen, die zumindest anschlussfähig an antisemitische Topoi sein können. Eine breite Debatte löste etwa die Diskussion um die *Spiegel Online*-Kolumne »Im Zweifel links« von Jakob Augstein aus (→ Beispiele: Augstein-Debatte). Im November 2012 war der Herausgeber des *Freitag* wegen seiner Kommentare zu Israel in der *Spiegel*-Kolumne vom US-amerikanischen *Simon Wiesenthal Center* (SWC) in die Liste der »Top Ten der antisemitischen und antiisraelischen Verunglimpfungen« aufgenommen worden – eine Einschätzung, die von deutschen Journalistinnen und Journalisten vehement zurückgewiesen wurde und eine breite, in den Feuilletons verschiedener Zeitungen geführte Debatte auslöste.[375] Besonders daran waren nicht die Äußerungen an sich, sondern die Vehemenz, mit der bestritten wurde, dass Jakob Augstein damit die Grenze der »Israelkritik« überschritten und antisemitisch argumentiert hätte. Ähnliche Argumentationen, die sich im Bereich der Grauzonen (→ Definition) der »Israelkritik« bewegen und hierbei z. T. antisemitische Klischees bedienen, lassen sich aber auch jenseits der *Spiegel*-Kolumnen Augsteins in anderen Zeitungen der Qualitätspresse im Rahmen der Berichterstattung zum Nahostkonflikt finden.[376]

In der *Süddeutschen Zeitung* wurden am 1. Juli 2013 unter der Rubrik »Das politische Buch« zwei Bände vorgestellt, die sich mit Israel befassen.[377] Überschrieben war dies mit »Der Niedergang des liberalen Zionismus« und illustriert mit einer Karikatur des Künstlers Ernst Kahl, die dieser in einem völlig anderen Zusammenhang für die Zeitschrift »Feinschmecker« produziert hatte. Das Bild zeigt ein grimmiges, gefräßiges Wesen mit roter Nase und Teufelshörnern im Bett sitzend, Messer und Gabel dabei aufgestellt haltend, um das Frühstück, das ihm eine Frau serviert, entgegenzunehmen. Die Bildunterschrift lautet »Deutschland serviert. Seit Jahrzehnten wird Israel, teils umsonst, mit Waffen versorgt. Israels Feinde halten das Land für einen gefräßigen Moloch.«[378] Die Bezüge zu Israel sind nicht bildimmanent, sondern erst durch die Bildunterschrift und die visuelle Einbettung in den Artikel hergestellt worden. Jene, die die Karikatur als Illustration ausgesucht haben, scheinen die Bildsprache antisemitischer Ressentiments bewusst oder unbewusst eingesetzt zu haben. Die *Süddeutsche Zeitung* hat die Verwendung der Illustration einen Tag später als »Fehler« bezeichnet. Auch wenn die Karikatur für sich allein und in ihrem ursprünglichen Kontext keinerlei antisemitische Züge aufweist, so lässt sie sich doch in der hier präsentierten Rahmung als antisemitisch konnotiert lesen. Die Anklänge an einen sekundären Antisemitismus (→ Definition) werden v. a. in der Bildunterschrift deutlich, wenn davon die Rede ist, dass Deutschland unentgeltlich Waffen liefert, also »serviert«, was angeblich vonseiten Israels gefordert würde, weil wegen des Holocaust nach wie vor eine Bringschuld bestünde.

Ebenfalls in der *Süddeutschen Zeitung* wurde in einem Teil der Ausgabe vom 21. Februar 2014 eine Karikatur des *Facebook*-Gründers Mark Zuckerberg zur Illustration der Übernahme des Kommunikationsanbieters *WhatsApp* durch *Facebook* abgedruckt. Die Karikatur stellt Zuckerberg als hakennasige Krake dar, deren Tentakeln sich über alle Bereiche der Kommunikation ausbreiten. Der Journalist der *Welt,* Alan Posner, kommentierte: »Das [Gesicht] hat eine prominente Hakennase, eine fleischig-feuchte Unterlippe und schiefe Augen; und es sieht so aus, als würden sich die Tentakeln aus Schläfenlocken entwickeln. Mit einem Wort: Es sieht gar nicht aus wie der jüdischstämmige und stramm atheistische Facebook-Gründer Mark Zuckerberg, aber sehr stark aus wie der Jude an sich, wie ihn schon der ›Stürmer‹ herbei halluzinierte. Die ›Krake Juda‹, so suggeriert es die Karikatur, hält die Welt im Würgegriff.«[379] Impliziert wird mit der Karikatur eine jüdische Medienmacht. Zurückgegriffen wird dabei auf Bilder, die bereits im Nationalsozialismus virulent waren.[380] Burkhard Mohr entschuldigte sich für seine Karikatur wie folgt:

374 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Berlin 2011, S. 98.

375 Vgl. hierzu ausführlich Lukas Betzler/Manuel Glittenberg, Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs. Eine Analyse des Falls Jakob Augstein, Baden-Baden 2015; Monika Schwarz-Friesel (Hrsg.), Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft, Baden-Baden 2015.

376 Analysen der Berichterstattung zum Nahostkonflikt: Robert Beyer, »Die Israelis können tun, was sie wollen und haben dafür immer Rückendeckung« – Einseitig kritische Nahostberichterstattung in der deutschen Qualitätspresse, in: Schwarz-Friesel (Hrsg.), Gebildeter Antisemitismus, S. 217–239; Hagen Troschke, Kritik, Kritik und De-Realisierung, Antisemitismus. Israel in der Nahost-Berichterstattung deutscher Printmedien zum Gaza-Konflikt 2012, in: Schwarz-Friesel (Hrsg.), Gebildeter Antisemitismus, S. 253–274.

377 Rezensiert wurden in diesem Zusammenhang die Bücher von Peter Beinart, Die amerikanischen Juden und Israel. Was falsch läuft, München 2013 und Werner Sonne, Staatsräson? Wie Deutschland für Israels Sicherheit haftet, Berlin 2013.

378 Süddeutsche Zeitung (SZ), vom 2.7.2013.

379 Die Welt, vom 25.2.2014, http://www.welt.de/kultur/article125185286/Wenn-der-wuetende-Spiesser-den-Diskurs-bestimmt.html (eingesehen 16.12.2015).

380 Vgl. hierzu eine Karikatur, die wahrscheinlich aus dem Jahr 1938 stammt und in der NS-Propagandazeitschrift »Der Stürmer« Verwendung fand: »Anti-Semitic cartoon by Seppla (Josef Plank) – An octopus with a Star of David over its head has its tentacles encompassing a globe http://collections.ushmm.org/search/catalog/pa4913 (eingesehen 3.11.2016).

»Antisemitismus und Rassismus sind Ideologien, die mir völlig fremd sind. Umso mehr hat es mich erschüttert, dass eine meiner Karikaturen nun in diesem Licht erschienen ist. Wer meine Zeichnungen und mich kennt, weiß, dass es mir fernliegt, Menschen ob ihrer Nationalität, religiösen Einstellung oder Herkunft zu diffamieren. Dass die Karikatur zur WhatsApp-Übernahme durch Facebook, bei der ich eine überspitzte Zeichnung Mark Zuckerbergs in Kombination mit der Krake aus dem Film ›Fluch der Karibik‹ dargestellt habe, wie eine antijüdische Hetz-Zeichnung aussieht, ist mir nicht aufgefallen. Gemeint war eine karikaturistische Überzeichnung der Firma Facebook jenseits spezifischer Personen, so wie ich dies dann auch in einer überarbeiteten Karikatur dargestellt habe, die im allergrößten Teil der Auflage der SZ erschienen ist. Mir ging es nicht um Herrn Zuckerberg, sondern um Facebook.«[381] Diese nachträgliche Entschuldigung reiht sich ein in den üblichen Umgang mit Antisemitismus: Antisemitismus sei nicht intendiert gewesen und es konnte nicht davon ausgegangen werden, dass eine antisemitische Lesart angewandt werden könne. Die damit verbundene Behauptung, die über Generationen tradierten Zuschreibungen, Juden würden gesellschaftliche Bereiche im Würgegriff halten, häufig mit Tentakeln stilisiert, sei nicht bekannt gewesen, gehört in das Repertoire klassischer Entschuldungsstrategien oder ist Ausdruck einer großen Unwissenheit.[382]

Immer wieder werden Stimmen laut, die eine einseitige Berichterstattung zum Nahostkonflikt in der *Süddeutschen Zeitung* kritisieren. Mirijam Fischer übte im April 2016 heftige Kritik im Rahmen ihres Gastbeitrages in der Rubrik Kolumne des Autorinnenkollektivs »10 nach 8« in der *Zeit*. Unter dem Titel »Antisemitismus zwischen den Zeilen: Israel darf kritisiert werden« konstatierte sie für viele Medien, aber besonders in der SZ »eine unterschwellige Judenfeindlichkeit«.[383] Zu Recht mahnt die Autorin die inflationäre Verwendung des Begriffs »Rache« im Zusammenhang mit Israel, insbesondere in Schlagzeilen und Titeln einzelner Beiträge vieler Printmedien, an. Die Zuschreibung, es gebe eine spezifisch jüdische Rachsucht, gehört in den uralten Fundus antisemitischer Stereotype.

In der *Stuttgarter Zeitung* war bereits am 5. August 2013 ein Cartoon des Karikaturisten Rolf Henn, alias »Luff«, erschienen, der den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, mit einer durchaus als antisemitisch zu interpretierenden Nase und Davidstern an der Brusttasche, als Taubenvergifter auf einer Parkbank sitzend stilisiert, der Brotstücke mit Gift tränkt und dabei ein Lied trällert. Die Flasche, aus der die Netanjahu-Figur das Gift fließen lässt, ist mit einem Totenkopf gekennzeichnet und mit einem Anhänger versehen, auf dem »Siedlungsbau« zu lesen ist. Auf dem Boden steht eine Taube mit der Aufschrift »Nahostfriede«, im Schnabel einen Olivenzweig – das klassische Motiv der Friedenstaube. Untertitelt ist die Illustration mit einer Zeile aus dem Lied von Georg Kreisler »Taubenvergiften«: »Gehn' mer Tauben vergiften, im Park…«. Die *Stuttgarter Zeitung* hat den Abdruck der Karikatur später bereut, hält die Vorwürfe des Antisemitismus aber für unbegründet. Allerdings waren auf der *Facebook*-Seite der Zeitung selbst solche Vorwürfe laut geworden. Manche Postings hatten auf das antisemitische Vorurteil der Brunnenvergiftung hingewiesen.[384]

Anatol Stefanowitsch von der *Freien Universität Berlin* hat sich über *Google News* die Schlagzeilen deutscher Zeitungen vom 6. bis 11. Juli 2014 zum Stichwort »Nahost« herausgesucht und »die Fälle analysiert, in denen es um israelische oder palästinensische Kampfhandlungen ging«. Der Sprachwissenschaftler hat sich nur auf die Überschriften konzentriert, weil, wie er sagt, sie die Perspektive verdeutlichen, die das Medium auf den Konflikt habe. Allerdings bleibt bei dieser Vorgehensweise außen vor, dass die Schlagzeilen nicht unbedingt immer von dem Journalisten stammen müssen, der den Artikel verfasst hat. Stefanowitsch kommt zu folgendem Ergebnis: »In den insgesamt 170 Schlagzeilen werden zunächst allgemein 92-mal israelische und 42-mal palästinensische Aktionen erwähnt, in weiteren 40 Fällen wird auf den Konflikt im Ganzen Bezug genommen (zum Beispiel ›In Nahost herrscht wieder Krieg‹). Dabei wurde Israel in rund drei Viertel der Fälle, in denen es um israelische Aktionen ging, auch explizit als Akteur benannt. Dagegen nennt nur die Hälfte der Schlagzeilen zu palästinensischen Aktionen überhaupt einen Akteur, die andere Hälfte nennt nur das Ereignis (etwa ›Wieder Raketenangriffe auf Tel Aviv‹). […] In über der Hälfte der Fälle, in denen Israel (oder israelische Akteure wie ›israelische/s Armee/Militär‹) als handelnde Kraft benannt werden, erfolgt das in der Subjektposition des Satzes, die häufigsten Prädikate sind dabei ›eine (Militär-/Groß-/Boden-)Offensive vorbereiten/starten/fortsetzen«, »mit einer Offensive drohen‹, ›sich für eine Offensive rüsten‹, ›(Luft-)Angriffe/Bombardement fortsetzen/fliegen/verstärken‹, ›Ziele angreifen/bombardieren‹, ›Reservisten mobilisieren/einziehen‹ und ›töten‹. Die andere Hälfte der Benennungen als Akteur schließlich verteilt sich auf Adjektive (zum Beispiel ›israelische Angriffe‹) oder Genitive (zum Beispiel ›Angriffe Israels‹). Wenn die palästinensische Seite erwähnt wird, erfolgt das in etwa der Hälfte der Fälle in Form von Ortsangaben (zum Beispiel ›Raketen aus Gaza‹), bei denen der Akteur

381 SZ, vom 25.2.2014, http://www.sueddeutsche.de/kolumne/facebook-karikatur-stellungnahme-des-zeichners-1.1898382 (eingesehen 3.3.2016).

382 Der Tagesspiegel, 25.2.2014, http://www.tagesspiegel.de/medien/zuckerberg-eine-krake-antisemitismus-vorwurf-nach-sz-karikatur/9538414.html (eingesehen 14.11.2016).

383 Die Zeit, 13.4.2016, http://www.zeit.de/kultur/2016-04/israelkritik-antisemitismus-medien-sueddeutsche-zeitung-10nach8 (eingesehen 21.11.2016).

384 Jüdische Allgemeine Zeitung, 7.8.2013, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/16732 (eingesehen 1.12.2016).

nur implizit genannt ist. Nur ein Drittel der Fälle erwähnt den Akteur hier in der Subjektposition mit den Prädikaten ›Raketen abfeuern/feuern/schießen‹ und einmal ›angreifen‹. Der Rest verteilt sich auf Nennungen an weniger prominenter Stelle, wie Komposita (›Hamas-Raketen‹) und Genitive (›Angriffe der Hamas‹). […] Es wäre übertrieben zu behaupten, die Mehrheit der deutschen Presseberichte sei grundsätzlich israelfeindlich. In den Artikeln selbst erfolgt meistens eine differenziertere Darstellung aller Ereignisse und ihrer ursächlichen Beziehungen. Aber die Überschriften zeigen, dass die deutsche Presse sich mit der Benennung mancher Aspekte des Konflikts tatsächlich schwerer zu tun scheint als mit anderen.«[385]

6.4 Kommentare von Leserinnen und Lesern

Israelbezogener Antisemitismus, judenfeindliche Stereotype und Verschwörungstheorien sind in der Regel nicht Bestandteil der Berichterstattung der Qualitätsmedien, aber nicht selten Teil der Diskussionen, die in den dazugehörigen Kommentarspalten ablaufen. V. a. die leichte Zugänglichkeit der Kommentarfunktionen in Online-Medien sowie die Möglichkeit, anonym bleiben zu können, werden breit genutzt.[386] Beispielhaft lässt sich dies etwa an der Kommentierung der Berichterstattung zu den *European Maccabi Games* zeigen, die vom 27. Juli bis zum 5. August 2015 in Berlin – und damit zum ersten Mal in Deutschland stattfanden.[387] In der Auswertung der Online-Kommentierung zur Berichterstattung durch Leserinnen und Leser zeigten sich zwei Tendenzen, die sich beide unter dem Begriff der Schuldabwehr subsummieren lassen: (1) Antisemitismus wird weder als Problem der deutschen Mehrheitsgesellschaft noch als rechtsextremes Phänomen gesehen, sondern v. a. als ein Problem der in Deutschland lebenden bzw. ins Land eingewanderten Muslime; (2) Juden würden sich durch Veranstaltungen wie die *European Maccabi Games*, an denen ausschließlich Jüdinnen und Juden teilnehmen dürfen, selbst ausschließen und beförderten dadurch Antisemitismus, seien also selbst an ihrer Ausgrenzung und Diskriminierung schuld – ein klassisches Stereotyp aus dem Kanon antisemitischer Zuschreibungen.

Eine breite Kommentierung des medialen Diskurses fand im Berichtszeitraum zu einem Themenbereich statt, der nicht nur antisemitisch, sondern in gleichem Maße islamfeindlich besetzt ist: die Aufnahme eines Schächtverbots in das Grundsatzprogramm der AfD.[388] Dieses Grundsatzprogramm wurde auf dem Parteitag der AfD, der vom 30. April bis 1. Mai 2016 stattfand, vorgelegt und beschlossen, in den Print- und Online-Medien diskutiert und in den entsprechenden Foren kommentiert.[389] Zentrale Themen in den Kommentaren waren Religionsfreiheit und Tierschutz, die allerdings schnell auch zu einer Plattform für judenfeindliche Äußerungen wurden. Häufig wurde in die Diskussion zum Schächtverbot auch die Beschneidung (→ Beispiele: Beschneidungsdebatte) von jüdischen und muslimischen Jungen einbezogen und kritisiert. Die Online-Redaktionen einiger Zeitungen sperrten die Kommentarforen zu den entsprechenden Artikeln. Obgleich diese moderiert sind, d. h. die Redaktionen sich vorbehalten, Kommentare zu streichen, die nicht den »Community Standards« entsprechen, war zu befürchten, dass eine Flut von Hassbotschaften gepostet werden würde. Die Redaktionen reagierten entsprechend ihrer Erfahrungen, die sie mit solchen Themen im Laufe der Zeit gemacht haben. Wenn die Kommentarmöglichkeit offen ist, werden besonders extreme Äußerungen gelöscht oder gar nicht erst freigeschaltet, sodass die Postings bereits in gefilterter Form vorliegen.

Auffällig ist in den Kommentaren zu einem Schächtverbot, dass sowohl das Judentum als auch der Islam als rückständige Glaubensgemeinschaften betrachtet werden. Insbesondere in den Online-Lesermeinungen zur Berichterstattung der Tageszeitung *Die Welt* werden Juden dafür verantwortlich gemacht, dass die kritisierte Praxis des Schächtens nicht verboten werden könne: Studien würden bewusst gefälscht, um Juden entgegenzukommen. Hier sowie in anderen Kommentaren zeigen sich Ansätze von Verschwörungstheorien, die bis hin zu verklausulierten Leugnungen des Holocaust gehen, wenn etwa in einem Kommentar die Geschichte Deutschlands

385 Anatol Stefanowitsch, Schlagzeilen mit Schlagseite. Wie deutsche Zeitungsüberschriften im Gaza-Konflikt semantisch Partei ergreifen, in: Jüdische Allgemeine, 17.7.2014, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/19700 (eingesehen 22.11.2016).

386 Die Zeitungen selbst sperren bei emotional aufgeladenen Themen inzwischen die Kommentarfunktionen, um die häufig nicht kontrollierbaren Hetzzuschriften gar nicht erst zuzulassen.

387 Untersucht wurde die gesamte Berichterstattung zu den European Maccabi Games in Berlin und die Kommentierung der Berichterstattung durch Leserinnen und Leser der Berliner Morgenpost, der Berliner Zeitung, des Spiegel, der Welt, der Zeit, der FAZ, der Süddeutschen Zeitung, des Tagesspiegel und der taz. Zur Auswertung wurde die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse herangezogen.

388 Neben einer v. a. antiislamischen Grundhaltung der Partei, die in dem Grundsatzprogramm vorgetragen wird, wird unter der Überschrift »Natur- und Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft« das von Muslimen und Juden betriebene Schächten von Tieren als nicht mit den Tierschutzbestimmungen vereinbar abgelehnt.

389 Recherchiert wurde in verschiedenen regionalen und überregionalen Online-Publikationen deutscher Zeitungen und Nachrichtenmagazine. Einbezogen in die Recherche wurden auch die entsprechenden Kommentare zu den online publizierten Artikeln. Betrachtet wurde die Berichterstattung in: Berliner Zeitung, BILD, BZ, Focus Online, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Spiegel Online, Süddeutsche Zeitung, Der Tagesspiegel, taz, Die Welt und Die Zeit. Mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse wurden sowohl die Artikel als auch die Kommentare der Leserinnen und Leser ausgewertet und analysiert.

in Anführungszeichen gesetzt und als Märchen beschrieben wird.[390]

Angela Merkel wurde in den Online-Kommentarspalten der Wochenzeitung *Die Zeit* im Rahmen des Artikels »Zentralrat der Juden – Merkel beklagt Antisemitismus in Deutschland« für ihre Kritik an der Beschneidungsdebatte beschimpft. Einer der 516 Kommentare lautete im Tenor antisemitischer Verschwörungsfantasien: »Demutsgeste vor einer Lobby, die sie meint, beschwichtigen zu müssen«.[391]

Bereits im Januar 2012, als der Bericht des ersten UEA im *Deutschen Bundestag* bei einer Pressekonferenz vorgestellt worden war und die Zeitungen ausführlich berichteten, wurden alleine in der Kommentarleiste zum entsprechenden Artikel in der *Zeit* innerhalb von nur wenigen Tagen fast 700 Kommentare eingestellt. Etwa 30 Prozent löschten die Moderatoren aufgrund persönlicher Angriffe oder wegen unsachlichen bzw. hetzerischen Inhalts.[392]

Einen »Hype« unter Verschwörungstheoretikern, der sich v. a. auch in Online-Kommentaren spiegelte, löste der Selbstmord des Schauspielers Robin Williams 2014 aus. »Robin Williams ist tot – und bei Zeit-Online steppt der Antisemit« titelte ein Blog, der einige der Postings, die auf der Online-Plattform der *Zeit*[393] inzwischen gelöscht sind,[394] gesammelt und veröffentlicht hat.[395] Die Kommentare waren volksverhetzend, antisemitisch, homophob und überwiegend in Fäkalsprache verfasst. Williams hätte sich an Kindern vergangen, – »wie alle im jüdischen Hollywood« –, wurde in vulgärster Form behauptet. Ein Leser kritisierte, dass die *Zeit*-Redaktion viel zu spät reagiert habe ob der unglaublichen Häme und Brutalität, die auf ihrem Blog ausgegossen wurde: »Wo ist die Moderation, wenn man sie braucht? Wie kann es sein, daß so ein Dreck schon 4 Stunden hier stehenbleibt?«[396] Der Leser »Tom Schoppmeyer« wies einen Tag nach Erscheinen des Artikels und der Hetzbeiträge darauf hin, dass die Kommentare wohl von einem einzigen Nutzer stammten.[397]

Die Kommentare in den Online-Versionen vieler Printmedien machen deutlich, dass Verschwörungstheorien in den letzten Jahren in öffentliche Debatten immer mehr Einzug hielten. Lange Zeit waren solche imaginierten Narrative auf bestimmte sektiererische Zirkel und rechtsextremistische bzw. fundamentalistisch islamistische Kreise beschränkt. Heutzutage werden solche Inhalte offener, weniger im Verborgenen geäußert und gewinnen so schleichend auch im Mainstream Einfluss.[398]

Kommentare erscheinen auch zu den Online-Angeboten der Fernsehanstalten. Sie wurden hier nicht eigens untersucht. In den Fernsehanstalten werden immer wieder Features, Dokumentar- und Spielfilme oder etwa Tatort-Folgen gesendet, die Antisemitismus zum Thema haben, aber auch jüdisches Leben in Deutschland zeigen. Explizit auf eigene Erfahrungen mit judenfeindlichen Aussagen reagierte Tamara Anthony, ARD-Hauptstadtstudio, als sie in den ARD-Tagesthemen am 19. Januar 2016 einen Kommentar zum Thema »Antisemitismus in Deutschland. Wollen wir das akzeptieren?« sprach: »Bisher habe ich Judenhass in der Form nicht persönlich erlebt. Klar, ich trage keinen Davidstern und natürlich auch keine Kippa. Aber von denjenigen, die eine tragen, höre ich Schlimmes. ›Scheißjude‹ wird ein Bekannter einfach so, von Unbekannten, auf der Straße beschimpft. Ein anderes Mal in der U-Bahn dazu auch noch angespuckt. […] Dieses Wochenende habe ich selbst erlebt, wie weit der deutsche Antisemitismus in unserer Gesellschaft verwurzelt ist. In einer Kneipe im schicksten Viertel Hamburgs tönte ein Anzugträger, dass Juden in die Gaskammer sollen. ›Ich bin Jüdin‹, habe ich gesagt. ›Du willst mich also ermorden?‹ ›In dem Fall, ja‹, war seine Antwort. Das ist widerlich. Und ich habe Angst, dass diese Leute sich durch *Pegida* & Co nun auch noch bestärkt fühlen. Dem Antisemitismus deutscher und arabischer Prägung muss die Stirn geboten werden. Und diese Aufgabe darf nicht allein den Juden überlassen werden.«[399]

Dass es möglich ist, als Verschwörungstheoretiker ins Frühstücksfernsehen von *SAT1* zu kommen, hat ein gewisser Manuel Heine bewiesen. Am 2. November 2016 konnte er seine abstrusen Theorien von 9/11 bis zur These, die

390 Nach der Zusammenlegung von N24 und Die Welt wurden auch die Online-Portale angepasst. Seitdem können zwar noch die für diese Untersuchung verwendeten Artikel abgerufen werden, nicht aber mehr die dazugehörigen Kommentare. Eine eindeutige Quellenangabe ist hier also nicht mehr möglich.

391 Die Zeit, 25.11.2012, http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-11/merkel-zentralrat-antisemitismus (eingesehen 15.11.2016).

392 Die Zeit, 24.1.2012, http://www.zeit.de/gesellschaft/2012-01/deutschland-antisemitismus-bericht?commentstart=689#comments (eingesehen 15.11.2016).

393 Die Zeit, 12.8.2014, http://www.zeit.de/kultur/film/2014-08/robin-williams-tot?page=9 (eingesehen 21.11.2016).

394 Es finden sich zahlreiche Einträge, die nur noch den Hinweis enthalten, dass die Moderatoren der Kommentarfunktion der Zeitung sie gelöscht haben.

395 http://www.ortneronline.at/?p=30444&utm_source=Twitterfeed&utm_medium=Twitter#sthash.TywbMqxv.lMDPf6DF. dpuf (eingesehen 21.11.2016).

396 http://www.zeit.de/kultur/film/2014-08/robin-williams-tot (eingesehen 21.11.2016).

397 Ebenda.

398 Siehe auch der Beitrag Brendan O'Neill, How conspiracy culture made anti-Semitism respectable, in: spiked, 3.2.2014, http://www.spiked-online.com/newsite/article/how-conspiracy-culture-made-anti-semitism-respectable/14598# (eingesehen 21.11.2016).

399 Tagesthemen, 19.1.2016, https://www.tagesschau.de/kommentar/anthony-juden-deutschland-101.html (eingesehen 22.1.2016).

Erde sei eine Scheibe (Flach-Erdler) verbreiten.[400] Gepaart waren seine Phrasen mit antisemitischen Aussagen, als er u. a. von den Rothschilds als Kontrolleure der Welt sprach. Die Moderatorin ließ die O-Töne unwidersprochen im Raum stehen.[401]

Antisemitische Stereotype aus dem klassischen Repertoire finden sich in seriösen deutschen TV-Sendern eher selten, allerdings entzündet sich an der Frage einer möglicherweise einseitigen Berichterstattung im Nahostkonflikt immer wieder Kritik. Das Fernsehen lebt von Bildern und der Bildsprache. Bildern des hochgerüsteten israelischen Militärs stehen palästinensische Steinewerfer gegenüber. Beim Zuschauer bleibt der visuelle Eindruck stärker haften als die Kommentierung aus dem Off. Diese zwei Seiten des Konflikts prägen das Bild des Nahostkonflikts spätestens seit Beginn der zweiten Intifada im Oktober 2000 und setzen sich bis heute fort. Diesbezüglich hat sich wenig geändert. Allerdings sind die Berichterstattung und die Bildsprache abhängig von der Journalistin bzw. des Journalisten und der Kameraleute. Entscheidend sind ihr Zusammenspiel und der Blickwinkel, den sie auf den Konflikt haben. Aktuelle Studien zur Nahostberichterstattung in den Medien fehlen und sollten dringend initiiert werden.

Der mediale Fokus sowohl in den Print- als auch in den Fernsehmedien hat sich in den letzten Jahren in Bezug auf Antisemitismus immer stärker auf »die Muslime« gerichtet und damit die Diskurse in der Öffentlichkeit entscheidend beeinflusst. Andere Tätergruppen, wie etwa Rechtsextreme, traten in der medialen Wahrnehmung demgegenüber in den Hintergrund.

Fernsehen sowie Print-Medien haben jedoch v. a. bei der jüngeren Generation und bei Jugendlichen kaum noch Relevanz. Sie informieren sich über Internetnachrichtenkanäle und Soziale Medien.

6.5 Internet und Soziale Medien

Eine zunehmende Bedeutung für den öffentlichen Diskurs im Hinblick auf Antisemitismus hat im Berichtszeitraum das World Wide Web bzw. v. a. das Web 2.0 mit seinen Verbreitungs- und Agitationsmöglichkeiten gewonnen. Während sich im journalistischen Bereich zwischen Produzentinnen und Produzenten antisemitischer Inhalte und der antisemitischen Kommentierung von journalistischen Beiträgen durch Leserinnen und Leser unterscheiden lässt, so verschwimmen im Web 2.0 die Grenzen zwischen beiden Gruppen. Die Netzinhalte variieren dabei zwischen israelbezogenem und holocaustbezogenem Antisemitismus, Verschwörungstheorien und, wenn auch sehr viel weniger, offenem Judenhass.[402]

Eine Regulierung antisemitischer und auch anderer diskriminierender Inhalte wird von den Betreibern der entsprechenden Plattformen häufig mit dem Hinweis auf das Recht der freien Meinungsäußerung abgelehnt. Hinzu kommt, dass massenhafte Kommunikation – gleich welchen Inhaltes – für diese Plattformen ein Wirtschaftsfaktor ist, es also zunächst kein Interesse gibt, diese Kommunikation einzuschränken.

Der Politikwissenschaftler Markus Linden spricht von einer Individualisierung des Netzes, »bei der sich der Netzaktivist in geschlossenen Gesinnungsgemeinschaften bewegen kann«. »Facebook«, so Linden weiter, »fordert Counter Speech, also Widerrede gegen Hasskommentare, wohl wissend, dass das Geschäftsmodell auf dem Gegenteil beruht. Während etwa die parlamentarische Debatte durch die oppositionelle Herausforderung geprägt ist, kann sich der User seine Freunde aussuchen. Im Netz wird er zielgerichtet zur bedarfsorientierten ›Information‹ geführt, denn Bestätigung schafft Kundenzufriedenheit. Was als pluralistisches Austauschmedium gepriesen wurde, entwickelt sich so zur Radikalisierungsmaschine.«[403]

Eine beobachtende Einschätzung antisemitischer Netzbeiträge wurde im Auftrag des zweiten UEA von Julia Schramm (no-nazi.net/*Amadeu Antonio Stiftung*) durchgeführt. Ihre Ergebnisse fließen in die nachfolgenden Ausführungen ein. Schwerpunkt ist hierbei der deutschsprachige Raum. Schramm hält hierzu einleitend fest: »Da

400 Evelyn Roll schreibt in ihrem Beitrag »Die Lüge«, Süddeutsche Zeitung, 19./20.11.2016: »Die Algorithmen von Facebook, Google, Amazon und YouTube schaffen sich nicht nur Realitätsblasen und eigene Welten. Sie erzeugen damit Menschen, die schließlich wirklich glauben, nein: wissen, dass die Erde eine Scheibe ist.«

401 Bei SAT1 auf der Webseite nicht mehr im Angebot, siehe aber https://www.youtube.com/watch?v=3gFvV3nNi-U (eingesehen 22.11.2016). Die Kommentare auf der YouTube-Seite sind überwiegend sehr kritisch und nehmen Manuel Heine nicht ernst. Der Blog »Der goldene Aluhut« schrieb einen offenen Brief an die Sat1-Redaktion. Die Blogger sehen die Verweise auf 9/11 als »Einstiegsdrogen in Verschwörungsideologien«. Sat1 würde »diese als absolut selbstverständlich präsentieren. Videomitschnitte von einschlägigen Quellen in Bezug auf Hillary Clinton als Reptiloid wurden unkommentiert eingeblendet und keine der dargestellten Thesen wurde hinterfragt«, http://blog.dergoldenealuhut.de/2016/11/05/offener-brief-und-einladung-an-das-sat-1-fruehstuecksfernsehen/ (eingesehen 22.11.2016). Der Begriff »Aluhut« wird im Zusammenhang mit Montagsmahnwachen (→ Politische Bewegungen) verwendet. Als wichtiges Korrektiv haben sich kritische Stimmen formiert, um sich gegen die Versatzstücke antisemitischer Kapitalismuskritik und die diversen Verschwörungstheorien bei Montagsmahnwachen zu positionieren. Als Symbol verwenden sie den »Aluhut«. Der »Aluhut« reicht historisch in die 1920er-Jahre zurück (»tinfoil hat«), als damit die Wahnidee bezeichnet wurde, eine metallene Kappe könne telepathische Einflüsse auf das Gehirn blockieren. Heute wird »Aluhut« symbolisch als Bezeichnung für im politischen Sinne paranoide Menschen, für Verschwörungstheoretiker verwendet.

402 Schramm, Antisemitismus 2.0, S. 2.

403 Süddeutsche Zeitung, 7./8.11.2015, Online-Version, 6.11.2015, http://www.sueddeutsche.de/politik/gastkommentar-krieger-an-der-tastatur-1.2725726 (eingesehen 16.11.2016).

eine quantitative Analyse des Antisemitismus in Sozialen Netzwerken theoretisch möglich ist, aber praktisch derzeit nicht durchgeführt wird, ist die vorliegende Analyse eine qualitative, die verschiedene Aspekte zusammenführen wird, um ein grundsätzliches Verständnis für Antisemitismus 2.0 zu bekommen.«[404]

6.5.1 »Hate Speech«

Neben bzw. im Verbund mit alten und neuen antisemitischen Verschwörungstheorien und einem als »Israelkritik« getarnten Antisemitismus erlebt seit dem Aufkommen der Sozialen Medien auch der offene Antisemitismus eine Renaissance.[405] Die digitale Kommunikation in sozialen Netzwerken ermöglicht eine von der direkten face-to-face Kommunikation unterschiedene Form: »Digitale Kommunikation [...] ist eine symmetrische Kommunikation, also Sender*in und Empfänger*in verschmelzen – Jede*r Einzelne wird Produzent*in in Ergänzung zur bereits bestehenden Position als Konsument*in. Darüber hinaus ist der digitalen Kommunikation Mimik und Gestik weitestgehend entzogen, die jedoch den Großteil verständlicher Kommunikation zwischen Menschen ausmacht. Letztlich ist die Kommunikation über Computer und mobile Endgeräte eine zutiefst narzisstische, bei der die Kommunizierenden oftmals lediglich ihren Affekten freien Lauf lassen.«[406]

Den »Affekten freien Lauf lassen« führt zunehmendzu einer Kommunikation in den sozialen Netzwerken, die dazu gedacht ist, das Gegenüber aufgrund von »Rasse«, Religionszugehörigkeit, Geschlecht etc. zu beleidigen, zu demütigen, zu diskriminieren. Dieses Vorgehen wird auch als »Hate Speech« bzw. »Hassrede« bezeichnet. Hierunter wird »der sprachliche Ausdruck von Hass gegen Personen oder Gruppen verstanden, insbesondere durch die Verwendung von Ausdrücken, die der Herabsetzung und Verunglimpfung von Bevölkerungsgruppen dienen«.[407] Hinzu kommt die potenziell hohe Reichweite einzelner Beiträge, die ansonsten möglicherweise nur privat oder in kleinem Kreis gemachte Äußerungen nun einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Offen geäußerter Antisemitismus erfährt über soziale Netzwerke eine weite Verbreitung und trägt dazu bei, die Grenzen des Sagbaren immer weiter auszudehnen und damit antisemitische Einstellungen unwidersprochen zu lassen, was letztlich zu einer Radikalisierung solcher Haltungen führen kann. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch darin, dass entsprechende Hass-Kommentare zunehmend nicht anonym geäußert werden.

6.5.2 Soziale Medien

Grundsätzlich gilt, dass die Kommunikation in jedem sozialen Netzwerk anders strukturiert ist, was sich auf die Quantität und Qualität der Kommunikation auswirkt. Darüber hinaus sind es derzeit nur wenige Plattformen, die im deutschsprachigen Raum einen relevanten Teil digitaler Kommunikation ausmachen. Auf jeder dieser Plattformen lassen sich die verschiedenen Ausprägungen antisemitischer Narrative finden. Lediglich die der Plattform geschuldete Anordnung der Kommunikation und die damit verbundenen Bedingungen führen zu Unterschieden in Form und Häufigkeit der antisemitischen Äußerungen.

6.5.2.1 Twitter

Der Mikrobloggingdienst *Twitter*, auf 140 Zeichen pro Tweet beschränkt, ist in der Standardeinstellung öffentlich, also eine Art offener Marktplatz digitaler Kommunikation. Das heißt, dass alle Beiträge zunächst komplett einsehbar und verwertbar sind. Kommunikation findet über Retweets und Favorisierungen statt, aber auch über Bilder und Grafiken und nicht zuletzt über private Nachrichten und mögliche Gruppenkommunikation. Die deutschsprachige Community auf *Twitter* ist sehr klein, die Nutzung im Vergleich sehr gering. Jedoch ist *Twitter* ein meinungsmachendes Medium, da sich hier überdurchschnittlich viele Vertreterinnen und Vertreter klassischer Medien finden ebenso wie Politikerinnen und Politiker sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Insbesondere der Nachwuchs in diesen Bereichen nutzt *Twitter*.[408]

Twitter ermöglicht darüber hinaus eine weitgehend anonyme Kommunikation, sodass etwa rechtsextreme Gruppierungen offener auftreten und antisemitische Propaganda plumper und direkter kommuniziert werden kann. Insbesondere antisemitische Karikaturen und Grafiken sowie gefälschtes Bildmaterial haben auf *Twitter* eine hohe Verbreitung. Nicht zuletzt gibt es die Möglichkeit, Tweets zu kaufen, die eine definierte Reichweite und Zielgruppe erreichen sollen. Diese Möglichkeit wird immer wieder genutzt, um antisemitische Hetze massenhaft zu

404 Schramm, Antisemitismus 2.0, S. 4.

405 Ebenda, S. 1.

406 Ebenda, S. 2 f.

407 Jörg Meibauer, Hassrede – von der Sprache zur Politik, in: Ders. (Hrsg.), Hassrede/Hate Speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion, Gießen 2013, S. 1–16, hier S. 1.

408 Christoph Neuberger/Hanna Jo vom Hofe/Christian Nuernbergk, Twitter und Journalismus. Der Einfluss des »Social Web« auf die Nachrichten, Düsseldorf 2011, S. 29 ff., http://www.lfm-nrw.de/fileadmin/lfm-nrw/Publikationen-Download/LfM_Doku38_Twitter_Online.pdf (eingesehen 15.11.2016).

verbreiten. *Twitter* hat diesbezüglich bisher keine Richtlinien, sodass immer wieder strafbare Inhalte auch als Werbung geschaltet werden.

Obwohl die dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnenden Akteurinnen und Akteure besonders direkt Antisemitismus äußern, lässt sich grundsätzlich dennoch festhalten, dass *Twitter* ein tendenziell elitäres Netzwerk in Deutschland ist.[409] Antisemitische Inhalte sind in linken und feministischen Kreisen bei *Twitter* durchaus präsent. Durch die Vernetzung mit internationalen Akteurinnen und Akteuren, die sich ebensolcher antisemitischer Topoi bedienen, bilden sie eine Gruppe, die einen größeren Kreis von Rezipienten beeinflussen kann.[410] Grundsätzlich ist *Twitter* komplett maschinenlesbar und bietet daher für ein umfassendes Monitoring die besten Voraussetzungen. Einschlägige Akteurinnen und Akteure lassen sich so zwar deutlich benennen, jedoch bestehen kaum Möglichkeiten, diese rechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

6.5.2.2 Facebook

Facebook ist im Unterschied zu *Twitter* eine »Gated Community«, deren Privatsphäreneinstellungen sehr fein justierbar ist und so unterschiedlichste Formen der Kommunikation, aber auch Vernetzung und Agitation erlaubt. Es gibt die Möglichkeit, geschlossene und von der Suchfunktion nicht auffindbare Gruppen zu betreiben, was gerade von rechtsextremen Akteurinnen und auch Akteuren genutzt wird.

Facebook ist das mit Abstand größte und diverseste soziale Netzwerk, das in Deutschland genutzt wird. Unterschiedliche Gruppen sind hier vertreten, variierend in Alter, Bildungsgrad, Sprach- und kulturellem Hintergrund. Rechtsextreme und rechtspopulistische Akteurinnen und Akteure organisieren sich über *Facebook* sehr effektiv und nutzen die Gruppen- und Seitenfunktionen immer wieder für Hetze. Dies gilt ebenso für radikal islamistische Angebote.

Ob rechtsextreme Gruppierungen *Facebook* als Hauptkommunikationsmedium nutzen, ist umstritten und spekulativ. Es lässt sich zumindest konstatieren, dass dem größten deutschsprachigen rechtsextremen Internetforum *Thiazi.net* – die Hauptverantwortlichen mussten sich im Frühjahr 2013 »wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und gemeinschaftlich begangener Volksverhetzung in mehreren hundert Fällen«[411] in Rostock vor dem Landgericht verantworten – nach dessen Abschaltung 2012 kein anderes Forum folgte. Es wird vermutet, dass sich die Aktivitäten auf *Facebook* verlagert haben.

Auch wenn *Facebook* bekannte doppelte Standards bei den Themen Sexismus und Rassismus hat,[412] ist das Netzwerk beim Thema Antisemitismus, gerade im deutschsprachigen Bereich, sehr viel wachsamer. Es ist beispielsweise nicht möglich, eine Gruppe mit dem Wort »Jude« anzulegen. Auch werden eindeutig antisemitische Bilder und Grafiken von *Facebook* zügig entfernt. Im Frühjahr 2016 wurde die antisemitische Verschwörungsseite »Anonymous.Kollektiv« gelöscht, die Betreiber allerdings sind weiter aktiv.[413] Unter dem Hashtag *#FakeAnonymous* auf *Facebook* selbst und auf *Twitter* hatten Nutzer auf die Hetze der Gruppe aufmerksam gemacht, deshalb war »Anonymous.Kollektiv« bereits in den ersten Monaten des Jahres nicht mehr erreichbar.[414] Trotz solcher Nutzeraktionen findet sich auf *Facebook* eine Flut von Seiten, auf denen antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet werden. Auch rechtspopulistische Parteien nutzen *Facebook* intensiv und erfolgreich.

Während des Gaza-Konflikts 2014 wurde auf *Facebook* eine Collage zur Kampagnenikone, die schließlich ihren Weg auch auf anti-israelische Demonstrationen fand. Das Bild wurde zum Markenzeichen der pro-palästinensischen Bewegung im Netz und von zahlreichen Personen der *Facebook* Community als Profilbild eingestellt. Die Collage zeigt das Gesicht einer Frau, deren obere Gesichtshälfte mit den Farben der palästinensischen Fahne bemalt und das rechte Auge mit Gitterstäben versehen ist. Die untere Gesichtshälfte, insbesondere der Mund, wird von einer männlichen Hand fest zugepresst, die mit den Farben der israelischen Fahne und dem Davidstern koloriert ist. Hier wird die klassische Schuldzuschreibung an »die Juden«, sie würden Kritik an der israelischen Regierung unterbinden und die Medien kontrollieren, bildlich dargestellt. Solche Vorstellungen unterstellen, dass die palästinensische Stimme wegen einer vermeintlich einseitigen Medienberichterstattung in der Öffentlichkeit kein Gehör fände. Dem müsse in den sozialen Netzwerken entgegengewirkt werden. Wie stark sich die Bildsprache dann auch in die reale Welt übertragen kann, zeigt folgendes Beispiel: Auf einer Demonstration im Juli 2014 in Regensburg trugen mehrere Frauen T-Shirts, die mit dem Konterfei bedruckt

409 Claudia Bader u.a., Die Wahl in 140 Zeichen – Twitter als Kommunikationsplattform für Politik, Medien und Bürger im Bundestagswahlkampf 2013, in: Politische Psychologie, (2015) 1, ohne Seitenangabe.

410 Blog Merle Stöver, 16.3.2016: Schluss mit dem Kuschelfeminismus, http://merlestoever.blogspot.de/2016/03/schluss-mit-dem-kuschelfeminismus.html (eingesehen 15.11.2016).

411 taz, 22.5.2013, http://www.taz.de/!116663/ (eingesehen 21.11.2016).

412 Vgl. Simon Hurtz, Facebook: Nein zu Brüsten, ja zu Rassismus, in: Süddeutsche Zeitung, 18.8.2015, http://www.sueddeutsche.de/digital/facebook-nein-zu-bruesten-ja-zu-rassismus-1.2610256 (eingesehen 22.5.2016).

413 Die Zeit, 6.6.2016, http://www.zeit.de/digital/internet/2016-06/anonymous-kollektiv-rechte-hetze (eingesehen 15.11.2016).

414 Ebenda.

waren.[415] Der Blog *Ruhrbarone* verwies in einem Beitrag im Juli 2014 darauf, dass mit einfachen Mitteln auch Gegenstrategien gegen den antiisraelischen Bilderkrieg entwickelt werden können: Aktivisten hatten die israelische Fahne auf der den Mund zuhaltenden Hand durch die Fahne der Hamas ersetzt.[416]

Nicht selten vermischen sich inzwischen antisemitische Stereotype mit antimuslimischem Rassismus. Am 14. April 2016 schrieb eine gewisse Anja S. auf *Facebook*: »Ja die Juden, die gibt es ja auch noch. Man sind die mir ein Dorn im Auge. Gaskammern wieder auf und rein mit denen und das Moslempack direkt mit. Ich kann das nicht mehr ertragen, bald wird ich selbst gegen alle in den Krieg ziehen, das kotz mich voll an.«[417] Verklausuliert zeigt dieser Hasseintrag auch einen Bezug zum Nahostkonflikt und zum israelbezogenen Antisemitismus, mit dem Hinweis, die Schreiberin würde bald selbst in den Krieg ziehen.

Am 9. November 2016, zum Jahrestag der Novemberpogrome 1938, veröffentlichten die »Freien Kräfte Berlin-Neukölln« auf *Facebook* eine grafisch dargestellte Karte von Berlin mit etwa 70 Namen tatsächlicher und angeblicher jüdischer Organisationen und Einrichtungen, versehen mit der in Frakturschrift gehaltenen Hetzparole »Juden unter uns«. An Verunglimpfung nicht zu überbieten ist die von den Machern der Grafik gewählte Überschrift »Heut ist so ein schöner Tag«. Ermittlungen wegen Volksverhetzung wurden eingeleitet.[418]

Generell ist aber das Auslesen von *Facebook* grundsätzlich komplizierter als beispielsweise bei *Twitter*, sodass ein effektives Monitoring auf die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk angewiesen bzw. sehr teuer ist.

6.5.2.3 YouTube

Das zu *Google* gehörende Videoportal hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen und bei vielen, gerade jungen Menschen das Fernsehen abgelöst.[419] Es hat sich eine multimediale Gegenöffentlichkeit gebildet, die *YouTube* effektiv bespielt und von Verschwörungstheorien und anti-modernen Ressentiments dominiert wird, die von antisemitischen Narrativen durchzogen sind. *NuoViso.TV* beispielsweise ist ein Netzwerk mit großer Reichweite, das über *YouTube* regelmäßig Videos und Formate publiziert, die Verschwörungstheorien verbreiten und »Israelkritik« formulieren, die stets in antisemitische Narrative abgleiten.[420] Hinzu kommt eine Fülle an offen antisemitischen Videos, in denen Jüdinnen und Juden mit klassischen antisemitischen Stereotypen diffamiert werden. Ein bekanntes Beispiel ist ein Video über die »Jüdin Angela Merkel«, das kolportiert, Angela Merkel sei Jüdin und arbeite im Sinne einer angeblichen zionistischen Verschwörung. Das Video hatte laut Angabe des Vertreibers bisher 136.128 Aufrufe sowie über 632 likes, 229 Nutzer haben es negativ beurteilt.[421] Die bekannte Dichotomie Deutsche und Juden wird in diesem Video reproduziert, das klassische rechtsextreme Narrativ der »Volksverräterin« bedient und der Verrat qua des (vermeintlichen) Jüdischseins unterstellt.

Auf Interesse bei Jugendlichen stoßen nicht selten Antiglobalisierungsthesen, deren politischen Hintergrund sie häufig nicht erfassen oder der für sie keine wichtige Rolle spielt. Als Beispiel sei hier die vom Kopp-Verlag unterstützte Videoproduktion »Gib mir die Welt plus 5 Prozent. Die Geschichte vom Goldschmied Fabian« genannt. Der Verlag vertreibt esoterische, rechtspopulistische und rechtsextreme Bücher und ist mittlerweile auch online präsent. Nach der Vorlage eines Textes des Australiers Larry Hannigan aus dem Jahr 1971 transportiert das Zeichentrick-Movie, das von Michael Kent (Hinz), der der Scientology-Sekte nahesteht, und seiner Firma *Neue Impulse e.V.* produziert wurde, auf subtile Weise antisemitische Klischees über »Machtjunkies der Finanzdynastien«, die »Macht über die Massen« erlangen und die Welt beherrschen. Offensichtlich fallen auch Lehrer auf diesen Unsinn herein, wenn sie den Trickfilm als sinnvolles Unterrichtsmaterial ansehen, das vermeintlich das Finanz-, Geld und Zinssystem erklärt. So jedenfalls kann man es Postings auf *YouTube* entnehmen: »also wir hams in der Schule bis Teil 2 angeschaut ... Rest war Hausaufgabe« oder »Kann man gut als Schulvideo benutzen [...]

415 Regensburg-digital, http://www.regensburg-digital.de/friedensdemo-der-israel-hasser/19072014/ (eingesehen 14.11.2016).

416 http://www.ruhrbarone.de/social-media-antwort-auf-antiisraelischen-bilderkrieg/83686 (eingesehen 14.11.2016).

417 Sammlung von Briefen, Interneteinträgen und E-Mails, Zentralrat der Juden in Deutschland, der hier zitierte Text des Facebook-Eintrages (Orthographie im Original) befindet sich in Kopie im Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin.

418 http://buendnis-neukoelln.de/2016/09/15/neukoellner-nazis-veroeffentlichen-feindliste/; Der Tagesspiegel, 10.11.2016, http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/berliner-facebook-gruppe-neonazi-gruppe-listet-juedische-geschaefte-auf-staatsschutz-ermittelt/14819364.html (beide eingesehen 16.11.2016).

419 Wirtschaftswoche, 14.1.2016: Social-Media-Atlas: YouTube stößt Facebook vom Thron, http://www.wiwo.de/technologie/digitalewelt/social-media-atlas-youtube-stoesst-facebook-vom-thron/12830346.html (eingesehen 22.5.2016).

420 YouTube-Kanal »NuoViso.tv«, https://www.youtube.com/channel/UCPOmsF_XgQohcJhdj58zshg (eingesehen 22.5.2016).

421 IGBU – International Goyim Broadcasting Union, 17.6. 2015: angela merkel ist jüdin, https://www.youtube.com/watch?v=5QAC_NHnhsg (eingesehen 22.5.2016).

Unser Lehrer hat dafür ne ganze Stunde gebraucht!!!«[422] Auch wenn im gesamten Film nicht ein einziges Mal das Wort »Jude« oder ähnliche direkte Zuschreibungen auftauchen, ist dem Posting von »Commanderblutwurst« zu entnehmen, dass der Inhalt im Kreis der Rezipienten durchaus richtig zugeordnet wird: »du hast wohl nicht verstanden, das [sic!] fabian mayer amschel bauer (rothschild) symbolisiert.«[423] Den fast 50-minütigen Film, für den in der esoterischen Szene und auf rechtsextremen Netzwerken geworben wird,[424] hat »lamargna« am 11. Dezember 2010 auf *YouTube* hochgeladen.[425] Bis heute haben ihn ca. 400.452 Nutzer gesehen und 3000 geliked.[426] Über die inzwischen abgeschaltete Webseite *openbook.org* und die Eingabe »Goldschmied Fabian« fanden sich zahlreiche *Facebook*-Einträge, die den Film empfohlen haben, um Einsichten über die Finanz- und Geldpolitik zu gewinnen. *Occupy: Frankfurt* verwies auf den Film als »aufklärenden Bericht« über »Zinseszins und Geldsystem«.[427] Ein inzwischen gelöschtes Posting auf der Webseite von *Occupy: Frankfurt* macht deutlich, welche judenfeindlichen Stereotype im Dunstkreis der 99-Prozent-Bewegung kursieren: »Eine kleine mafiaartig organisierte Gruppe, deren Mitglieder sich wohl schon über Generationen hinaus gegenseitig die Posten zuschieben, missbrauchen die jüdische Glaubensgemeinschaft für ihre Ziele.«[428]

Wie schnell Parallelen zwischen der NS-Zeit und aktuellen Ereignissen gezogen werden, veranschaulicht einmal mehr die Aussage der Ikone der deutschen *YouTube*-Blogger Julien (Juliensblog) während des Streiks der Lok-Gewerkschaft GDL 2015: »Vergasen sollte man diese Mistviecher. Wisst Ihr noch, wie die Juden mit Zügen nach Auschwitz transportiert wurden? Man sollte die Zugführer alle dahinbringen. Ich fahre auch den Zug, und zwar umsonst.« Es gab einige unterstützende Aussagen aus der Community der über eine Million Abonnenten und 100 Millionen Aufrufe in *Juliensblog* in den Kommentierungen zum Video, viele allerdings äußerten sich bestürzt über den Inhalt und wollten den Blogger anzeigen.[429] Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Videos hat der Urheber es gelöscht. Julien Sewering wurde wegen Volksverhetzung zu acht Monaten auf Bewährung und 15.000 Euro Geldstrafe verurteilt.[430]

Kommentare, aber auch Videos auf der Plattform *YouTube* werden kaum reguliert, sie bedienen immer wieder verschiedenste Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, darunter auch regelmäßig antisemitische Stereotype. Auf der deutschen Version von *YouTube* werden inzwischen Videos mit volksverhetzendem Inhalt gesperrt (»Dieses Video ist in deinem Land nicht verfügbar«), die allerding über Zugänge im Ausland nach wie vor abrufbar sind bzw. mit eigens dafür produzierter Software entsperrt werden können. Inzwischen zeigt sich auch eine gewisse Bereitschaft bei *YouTube,* Kooperationen mit Nichtregierungsorganisationen einzugehen, die gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Netz arbeiten.

6.5.2.4 Blogs

Blogs spielen grundsätzlich in der deutschen digitalen Öffentlichkeit keine große Rolle. Stattdessen wird mehr über soziale Netzwerke kommuniziert. Dennoch gibt es einen kleinen, aber sehr emsigen Kreis deutscher Bloggerinnen und Blogger, die sich intensiv damit befassen, die »Blogosphäre« mit antisemitischen Texten zu fluten. Thematisch liegt der Fokus meist auf Israel, jedoch wird die ganze Palette antisemitischer Narrative bedient. Ganz dezidiert wird sich auf diesen Blogs mit Aktivistinnen und Aktivisten und Projekten auseinandergesetzt, die anti-antisemitische Arbeit machen und solidarisch mit Israel auftreten. Viele Bloggerinnen und Blogger bewegen sich auch im Umfeld der Boykott-Kampagnen (**B**oycott, **D**ivestment, **S**anctions/BDS), die unter dem Vorwand, den Kauf israelischer Waren unterbinden zu wollen, als Plattform für antisemitische Haltungen genutzt werden. Insgesamt gesehen spielen antisemitische Blogs im deutschen medialen Diskurs kaum eine Rolle, dennoch sind sie Teil der digitalen Öffentlichkeit und erfüllen auch eine Funktion: Antisemitische Erzählungen werden umfangreich weitergetragen und erreichen in den sozialen Netzwerken immer wieder Einzelne, die sich dem Verbreiten von Antisemitismus willfährig anschließen. Außerdem finden sich im linken und feministischen Spektrum Blogs, die trotz

422 http://www.youtube.com/watch?v=XdlsQ02G25Y&feature=related (eingesehen 21.11.2016).

423 http://www.youtube.com/watch?v=69D1K7Q8Y9s&feature=related (eingesehen 21.11.2016).

424 Gegenrede. Informationsportal gegen Rechtsextremismus für Demokratie, 13.11.2008, http://www.gegenrede.info/news/2008/lesen.php?datei=081113_01 (eingesehen 15.11.2016).

425 Am 27.10.2011 wurde er von »Simbel myne« ebenfalls auf YouTube hochgeladen und inzwischen von fast 22.000 Usern gesehen. Ein Kommentar lautet: »Man sollte dieses Video in jeder 4. Klasse zeigen.« https://www.youtube.com/watch?v=QBa3psgqTKc (eingesehen 21.11.2016).

426 https://www.youtube.com/watch?v=_h0ozLvUTb0 (eingesehen 15.11.2016). Die jüngsten Kommentare sind drei Jahre alt.

427 http://www.occupyfrankfurt.de/doku.php?id=links&rev=1321615615 (eingesehen 3.1.2012, die Domain steht zum Verkauf, der ursprüngliche Inhalt ist nicht mehr abrufbar).

428 Die Welt, 16.11.2011, http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13719989/Neid-und-Antisemitismus-in-der-Occupy-Bewegung.html (eingesehen 15.11.2016).

429 Der Tagesspiegel, 20.5.2015, http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/anzeigen-gegen-juliensblog-youtuber-will-gdl-zugfuehrer-nach-auschwitz-fahren/11803244.html (eingesehen 16.11.2016).

430 Westfälische Nachrichten, 11.2.2016, http://m.wn.de/Muensterland/Kreis-Steinfurt/Westerkappeln/2271016-youtube-Star-Julien-verurteilt-Volksverhetzung-statt-Videokunst (eingesehen 16.11.2016).

ihres antirassistischen Ansatzes über das Thema Israel in antisemitische Vorurteile verfallen.

6.5.2.5 Instagram

Instagram gehört zu den wenigen Netzwerken, die mehrheitlich von Frauen genutzt werden. Die Kommunikation findet über Bilder und Videos statt, die z. T. wie in einer Art Microblog mit Kommentaren versehen sind. Das *Facebook*-zugehörige Netzwerk ist in erster Linie eine Art digitaler Katalog. Politische Inhalte sind seltener zu finden als auf *Twitter* oder *Facebook*, jedoch werden auch auf *Instagram* immer wieder antisemitische Karikaturen und Bilder verbreitet ebenso wie Solidaritätsbekundungen mit Palästina, die oftmals Antisemitismus bedienen. Insbesondere im US-amerikanischen Raum zeigen sich antisemitische Narrative, die auf *Instagram* Verbreitung finden, nicht als Teil eines rechten oder rechtsextremen Diskurses, sondern als Teil einer feministischen und antirassistischen Haltung, die sich v. a. in der Modeszene verankert hat und auch im deutschsprachigen Raum Anklang findet. Da es bei *Instagram* keine klassische Teilungsfunktion gibt, muss nach antisemitischen Inhalten spezifisch gesucht werden. Das Netzwerk löscht diese Inhalte nicht.

6.5.2.6 Google+ und andere Netzwerke

Für den deutschsprachigen Raum sind weitere Netzwerke wenig relevant. *Google+* ist eine Bedingung für die Nutzung von *Googlemail.* Zwar nutzen durchaus viele die Plattform, Kommunikation und Reichweite sind allerdings nicht besonders ausgeprägt. Antisemitismus findet sich auch dort, jedoch ist die Relevanz für die öffentliche Debatte nicht sehr hoch. Hinzu kommen zahlreiche andere Netzwerke, die regionale Bedeutung haben (beispielsweise *Yappy*), aber zunehmend von *Facebook* abgelöst werden. Die Monopolisierung der Plattform *Facebook* und die dort vorhandene Wachsamkeit bezüglich des Themas Antisemitismus führt dazu, dass sich viele rechtsextreme und antisemitische Agitationen in das russische Netzwerk VK verlagert haben, wo sich v. a. seit 2015 eine gesteigerte Aktivität beobachten lässt. Jugendschutz.net weist im Bericht für das Jahr 2015 ebenso wie bereits 2014 darauf hin, dass sich das russische Netzwerk VK beharrlich weigere, »sämtliche Verstöße zu löschen und Maßnahmen zum Schutz junger User zu ergreifen«.[431]

2013 konstatierte jugendschutz.net: »Auch die Bloggingplattform *Tumblr*, die bei hiesigen Usern zunehmend an Bedeutung gewinnt, reagiert bei rassistischer Hetze unzureichend und entfernt weder strafbare Symbole noch volksverhetzende Beiträge.«[432] In ihrem Bericht für das Jahr 2015 wiederholte jugendschutz.net diesen Hinweis: »So reagiert die zu *Yahoo* gehörende Bloggingplattform *Tumblr* auf Verstöße noch immer unzureichend.«[433]

6.5.3 Themen[434]

In den Sozialen Medien werden Diskussionen und Debatten zu verschiedenen Themenbereichen genutzt, um antisemitisch zu argumentieren. Dies geschieht sowohl sehr offen, eindeutig und explizit, z. T. aber auch eher verhalten, verdeckt und implizit.

Zentral sind die Themen Außenpolitik, Geo- bzw. Friedenspolitik und Fragen globaler Sicherheitspolitik sowie Menschenrechte. Hierbei gilt die Regel: Je komplexer das Thema, desto schneller werden antisemitisch durchzogene Narrative bedient. So wird etwa Israel die Verantwortung aller derzeitigen Konflikte angelastet und die Kontrolle über alle wichtigen globalen Institutionen unterstellt. Gleichzeitig wird Israel selbst als »größter Feind der Menschenrechte« bezeichnet und der Konflikt zwischen den palästinensischen Autonomiebestrebungen und israelischer Sicherheit allein Israel angelastet. Hierbei werden jegliche Fakten ausgeblendet und andere Akteure von Menschenrechtsverletzungen freigesprochen.

Auch eine verkürzte Kapitalismuskritik bedient immer wieder antisemitische Stereotype. Das kapitalistische System, Ängste vor Ausbeutung und globaler Ungerechtigkeit sowie seine möglichen Auswüchse werden gebündelt »den Juden« zur Last gelegt. Ein bekanntes Beispiel aus dem Jahr 2015 war der Fall des *Facebook*-Gründers Mark Zuckerberg, der ankündigte, sein Vermögen zu großen Teilen zu spenden. Diese Nachricht diente in den Sozialen Medien als Anlass, »den Juden Zuckerberg« antisemitisch zu beleidigen.

Insbesondere in Verbindung mit völkisch-nationalem Denken werden antisemitische Stereotype bedient. Aber auch klassisch im linken politischen Spektrum debattierte Themen, wie Antirassismus oder postkoloniale und poststrukturalistische Denkansätze, werden in den Sozialen Medien als Ausgangspunkt für antisemitische Diskurse genutzt. Juden bzw. Israelis werden hierbei als »weiß« positioniert und als Unterdrücker der »schwarz«

431 Jugendschutz im Internet. Ergebnisse der Recherchen und Kontrollen, Bericht 2015, S. 16, http://www.jugendschutz.net/fileadmin/download/pdf/bericht2015.pdf (eingesehen 16. 11. 2016).

432 Rechtsextremismus online – beobachten und nachhaltig bekämpfen, Bericht über Recherchen und Maßnahmen im Jahr 2013, Mainz 2014, S. 12, http://www.hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/pk2014/bericht2013.pdf (eingesehen 10. 12. 2014).

433 Jugendschutz im Internet, Bericht 2015.

434 Die folgenden Beispiele wurden in der Expertise von Julia Schramm thematisiert, werden hier allerdings anonymisiert vorgestellt.

positionierten Palästinenser in Stellung gebracht. Antisemitismus als eigenständige Form der Diskriminierung wird dabei ausgeblendet. In diesem Zusammenhang ist auch immer wieder von Israel als einem Apartheid-Regime die Rede.

Weitere Themen, wie das Schächten von Tieren, die Beschneidung (→ Beispiele: Beschneidung) sowie andere Riten werden in den Sozialen Medien randständig verhandelt. Diese Themen sind eher Teil der Debatten in klassischen Medien. Zwar lassen sich Beispiele antisemitischer Kommentierungen im Netz finden, jedoch sind diese deutlich seltener.

Seit Juni 2016 zeigt sich ein neuer Trend US-amerikanischer Neonazis, Jüdinnen und Juden in Sozialen Medien über eine dreifach-Klammer (Echos) in ihren Beiträgen zu kennzeichnen. Ziel ist es, die so erwähnten Personen gezielt zu belästigen und antisemitisch zu kennzeichnen. Die Markierung dient der digitalen Jagd auf Jüdinnen und Juden und kennzeichnet damit eine neue Qualität des Antisemitismus in den digitalen Medien.[435]

6.5.4 Akteurinnen und Akteure

Klassischerweise ist Antisemitismus ein konstitutives Element rechtsextremer Ideologie (→ Politische Bewegungen). Rechtsextreme äußern sich in den Sozialen Medien entsprechend auch am eindeutigsten antisemitisch. Sie betrachten den Holocaust als Erfindung oder nennen die Zahlen übertrieben und verwenden offen antisemitische Stereotype, nutzen »Hate Speech«, bedienen sowohl den klassischen rassistischen Antisemitismus als auch den sekundären Antisemitismus (→ Definition) in allen Facetten.

Im Rechtspopulismus zeigt sich ein gespaltenes Bild: Auf der einen Seite stehen rassistische, islamfeindliche Akteurinnen und Akteure, die Israel verteidigen und Antisemitismus klar benennen – exemplarisch dafür sei hier etwa die Internet-Seite »pi-news.net« genannt.[436] Auf der anderen Seite finden sich gerade in den Reihen der AfD (→ Parteien) regelmäßig antisemitische Aussagen, die in den Sozialen Medien geteilt und verbreitet werden.

Seit einer erneuten Radikalisierung des Nahostkonflikts im Sommer 2014 zwischen dem israelischen Militär und der Hamas sind die Aktivitäten derer, die um die Autonomie Palästinas kämpfen, stark angestiegen. Insbesondere auf *Facebook* gibt es viele Aktivistinnen und Aktivisten aus dem vornehmlich linken politischen Spektrum, die dazu beitragen, Falschinformationen über die Situation in Israel zu verbreiten. Auch treten sie zunehmend aggressiver auf.

Verschwörungstheorien werden von rechtsextremen, aber auch von anarchistischen Gruppen im Netz aktiv vertreten; sie sind die Basis der verschwörungstheoretischen Communities. Sie zeichnen sich v. a. durch ein starkes Misstrauen gegen Institutionen und meist auch sehr gute technische Fähigkeiten aus. Charakteristisch ist das Label »Anonymous«, das sich jeder geben kann, weil es frei verfügbar ist. Entsprechend heterogen sind die Gruppen, die den Namen nutzen. Mittlerweile zeigt sich eine Tendenz dieser Gruppen zu reaktionären Einstellungen, die dazu führen, dass rechte Inhalte stärkere Verbreitung finden.

Nicht zu unterschätzen als Akteurinnen und Akteure, die antisemitische Inhalte über die Sozialen Medien verbreiten, sind prominente Personen aus Sport, Film, Musik, dem öffentlichen Leben etc. Sie haben oft mit ihren Beiträgen eine hohe Reichweite und sind daher auch zu massiver Mobilisierung fähig. Beispiel hierfür ist etwa das 2013 verwendete *Twitter*-Profilbild des Rappers Bushido, das eine Landkarte des Nahen Ostens zeigt, verbunden mit dem Aufruf »free palestine« und der palästinensischen Fahne – Israel ist auf diesem Bild nicht vorhanden. Die Botschaft ist klar: Das Existenzrecht Israels wird negiert.[437]

6.5.5 Verbreitungsgrad in sozialen Netzwerken

Das australische *Hate Prevention Institute* stellte 2016 fest, dass gemeldete Holocaust leugnende Inhalte von *Facebook* innerhalb von drei Monaten zu 46 Prozent gelöscht wurden. Über *YouTube* konnten hingegen auch nach zehn Monaten noch 96 Prozent der Inhalte, die einen israelbezogenen Antisemitismus bedienen, 91 Prozent, die auf klassischen Antisemitismus zurückgreifen, 90 Prozent der Holocaust leugnenden und 70 Prozent der volksverhetzenden Inhalte noch abgerufen werden. Auf *Twitter*, das an der Spitze der Sozialen Medien in Bezug auf die Verbreitung von Gewalt steht, wird klassischer Antisemitismus noch am ehesten gelöscht (25 Prozent), der Anteil der Löschzahlen bei Volksverhetzung hingegen liegt nur bei 14 Prozent. Insgesamt ist zu beobachten, dass sich *Facebook* hinsichtlich der Löschzahlen allmählich zu verbessern scheint. *YouTube* erweist sich hingegen als wohl problematischstes und unreguliertestes Forum zur Verbreitung antisemitischer Inhalte. Zwar gab es hier eine

435 Die Kennzeichnung wurde in einer Gegenbewegung von Twitter-Usern in ihren eigenen Accounts genutzt, um sich solidarisch zu erklären und die gezielte Jagd auf Jüdinnen und Juden zu erschweren.

436 »Pi« steht hier für die islamophobe Internetplattform »Politically Incorrect«.

437 Siehe z. B. das Video »Was sagt die Straße?« als Gegenrede gegen ein Profilbild auf YouTube, https://www.youtube.com/watch?v=RdK_GHEdnuo (eingesehen 21. 11. 2016); Süddeutsche Zeitung, 11. 1. 2013, http://www.sueddeutsche.de/politik/Twitter-profil-von-rap-musiker-bushido-praesentiert-nahost-karte-ohne-israel-1.1570823 (eingesehen 21. 11. 2016).

Phase, in der mehr Sensibilität für die Thematik gezeigt wurde, diese positive Entwicklung stagniert mittlerweile jedoch.[438]

Im Rahmen einer vom israelischen *Coordination Forum for Countering Antisemitism* beauftragten Studie, die von der Firma *Buzzilla* durchgeführt wurde, die auf die Erforschung von Debatten in sozialen Netzwerken spezialisiert ist, wurde festgestellt, dass sich antisemitische Inhalte 2015 verdoppelt haben. Untersucht wurden nur englischsprachige Diskurse wie Kommentare auf Online-Zeitungsversionen, Texte zu *YouTube*-Videos, offene *Facebook* Postings und solche anderer Sozialer Medien. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass, im Gegensatz zu den Jahren zuvor, 2015 weniger auf Artikel zu Israel oder Juden reagiert wurde, sondern vielmehr Postings proaktiv erfolgten und insbesondere seit Juli 2015 die Diskussionen hasserfüllter wurden bzw. antisemitische Vorurteile anheizten und sich eine Atmosphäre bildete, in der es legitim erschien, sich antisemitisch zu äußern. Dieses Ergebnis erstaunt insofern, als allgemein das Jahr 2014 als dasjenige gilt, das antisemitische Inhalte in den sozialen Netzwerken in die Höhe schnellen ließ; 2015 schien sich die Lage wieder ein wenig zu beruhigen. Tatsächlich lässt sich für 2014 eine Spitze in den Monaten Juli und August ausmachen, als *Buzzilla* gegen Ende Juli 2014 1247 englischsprachige antisemitische Kommunikationen im Netz während des Höhepunkts der israelischen Militäroperation »Protecting Edge« zählte. In den Monaten Oktober bis Dezember 2015 allerdings überstiegen die Werte dieses Maximum noch einmal deutlich. Erst im Januar 2016 lässt sich wieder ein Abwärtstrend beobachten, der allerdings noch immer höhere Werte als im Sommer 2014 aufweist. Offensichtlich hat sich der Diskurs von Einflüssen durch äußere Ereignisse – wie Radikalisierungsphasen im Nahostkonflikt – verselbstständigt.

Das bundesdeutsche *Kompetenzzentrum für Jugendschutz im Internet (Jugendschutz.net),* das in staatlichem Auftrag handelt, veröffentlichte im August 2014, als antisemitische Inhalte im Netz deutlich anstiegen, ein Informationsblatt unter dem Titel »Islamisten stacheln online zu Judenhass an. Antisemitische Hetze im Social Web, Jugendliche übernehmen Parolen«.[439] Besonders bedenklich sei: »Viele Jugendliche übernehmen die Hassparolen unkritisch und lassen sich zu volksverhetzenden Äußerungen hinreißen.« »Antisemitismus wird häufig als Antizionismus getarnt. Die politische Gegnerschaft wird dabei historisch gerechtfertigt: Die Gründung des Staates Israel spielt die wichtigste Rolle. Der Zionismus wird aber auch für den Untergang des Osmanischen Reiches, sprich des Kalifats, verantwortlich gemacht.« Es seien »v. a. Bilder toter und verstümmelter Menschen, mehrheitlich Kinder«, die instrumentalisiert würden, »um Juden zu dämonisieren. Nachweislich werden auch Bilder aus anderen Konflikten, beispielsweise aus Syrien, dazu missbraucht. Abgebildete Personen werden stets zu palästinensischen Opfern der israelischen Angriffe erklärt und ihr Leiden in Großaufnahme zur Schau gestellt. Die Abbildungen dienen dann dazu, Juden als kindermordendes Volk und damit als unmenschlich zu verunglimpfen«.[440]

6.5.6 Gegenstrategien

Gegenstrategien gegen solche Inhalte bietet u. a. die *Amadeu Antonio Stiftung:* In ihrem Web-Portal »Nichts gegen Juden« versucht sie, mit einfachen Mitteln Antworten auf verschiedene Topoi zu geben, die immer wieder Verwendung finden, um Israel oder die jüdische Gemeinschaft zu desavouieren.[441]

Eine andere Form der Gegenstrategie können Initiativen sein, wie die des britischen Komödianten David Schneider, der unter dem Titel »Are you antisemitic?« einen Fragenkatalog tweetete, um den Rezipienten vor Augen zu führen, wie schnell sie mit ihren Kommentaren in den Bereich antisemitischer Ressentiments, Vorurteile und Stereotypen geraten können. Der Tweet enthält sechs Aussagen, die – mit »ja« beantwortet – auf eine antisemitische Haltung hindeuten können.

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren versucht, auf große Anbieter im Bereich der Sozialen Medien wie *Facebook*, *Twitter* und *YouTube* einzuwirken, um Regulierungen gegen »Hate Speech« im Netz zu erreichen. Eine Task Force unter der Leitung von Bundesjustizminister Heiko Maas, der zivilgesellschaftliche Organisationen wie auch die Internetanbieter *Facebook, Google* (für *YouTube)* und *Twitter* angehören, konnte hier erste Erfolge erzielen, deren Umsetzbarkeit sich jedoch zunächst noch zeigen muss (→ Straftaten). Am 15. Dezember 2015 hat die Task Force ein gemeinsames Papier verabschiedet, das unter dem Titel »Gemeinsam gegen Hassbotschaften« Wege vorschlägt, wie mit »rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet« umzugehen ist und wie sie bekämpft werden können. Unter Wahrung der Grundrechte, insbesondere der Meinungsfreiheit, werden Empfehlungen gegeben, wie Hassbotschaften im Internet entgegnet werden kann. Danach sollen »anwenderfreundliche Mechanismen zur Übermittlung von Beschwerden zur Verfügung« gestellt

438 The Online Hate Prevention Institute, Measuring the Hate: The State of Antisemitism in Social Media, http://ohpi.org.au/measuring-antisemitism/ (eingesehen 23. 11. 2016).

439 http://www.hass-im-netz.info/fileadmin/hass_im_netz/documents/IS_Antisemitismus_2014.pdf (eingesehen 16. 1. 2017).

440 Ebenda, S. 2.

441 https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/nichtsgegenjuden (eingesehen 21. 11. 2016).

werden, die dann »zügig« zu prüfen seien. Rechtswidrige Inhalte sollen unverzüglich entfernt und die Konten der Nutzer gegebenenfalls gesperrt werden. Explizit genannt ist auch eine Partnerschaft mit NGOs, die etwa die Rolle von »Trusted Reporters« übernehmen könnten. Insgesamt hebt das Positionspapier v. a. auch darauf ab, die Gegenrede (»Counter Speech«) zu stärken.

Eine Sensibilisierung der Politik und gesellschaftlicher Gruppen für Antisemitismus in Form von »Hate Speech« im Internet und entsprechende Gegenstrategien erfolgt auch durch politisches Engagement im internationalen Rahmen. Am 19. April 2016 fand in Jerusalem eine internationale Konferenz zum Thema Antisemitismus im Internet statt. Organisiert wurde sie von der *Initiative Israeli Students Combating Antisemitism* und dem *International Network Against Cyber Hate,* dem auch das von der Kommission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten geförderte jugendschutz.net angehört. Das Internet als Plattform für »Hate Speech« war auch Thema bei der internationalen Parlamentarierkonferenz der *Inter-parlamentary Coalition for Combating Antisemitism* (ICCA) im *Deutschen Bundestag* und im *Auswärtigen Amt* in Berlin vom 13. bis 15. März 2016, die hochrangig besetzt war.[442] Einen Fokus auf die Problematik im Internet legte ebenso die Konferenz der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) vom 12. bis 13. November 2016 in Berlin, die zehn Jahre nach der OSZE-Konferenz zum Antisemitismus am selben Ort das Thema und die Implementierung von Gegenstrategien erneut auf höchster politischer Ebene, aber auch in einem vorgeschalteten Forum der Nichtregierungsorganisationen debattierte. Ein Workshop war der Bekämpfung des Antisemitismus im Internet gewidmet.

Eine Plattform, die sich explizit antisemitischen Inhalten online auf internationaler Ebene widmet, ist die englischsprachige Webseite »Get the Trolls Out!«[443] Mit dem Slogan »Junge Europäer stehen auf gegen Antisemitismus in den Medien« bietet die Webseite Gegenpositionen, beobachtet die Vorgänge im Netz, und es besteht v. a. auch die Möglichkeit, problematische Inhalte zu melden.

Die Verrohung der Sitten in den Sozialen Medien während des US-Wahlkampfs nahm die US-amerikanische Organisation *Anti-Defamation League* (ADL) zum Anlass, unter dem Titel »Waging War on Cyberhate« gegen Hass im Netz zu kämpfen; im Juni 2016 gründete sie eine *Task Force on Hate Speech and Journalism.*[444] Eine von der ADL in Auftrag gegebene Studie zu antisemitischen Haltungen gegenüber jüdischen Journalisten während des Präsidentschaftswahlkampfs, hat gezeigt, wie verbreitet antisemitische Hass-Tweets gegen die Gruppe sind.[445] Bereits im Jahr 2014 veröffentlichte die ADL unter dem Titel »Cyberhate. Response. Best Practices for Responding to Cyberhate« eine Handreichung, die sich sowohl an Provider als auch die Internet-Gemeinschaft wendet.[446]

6.6 Fazit

Die im Internet verbreiteten antisemitischen Inhalte spiegeln die in der Gesellschaft vorhandenen Einstellungen wider. Das Netz ist nur ein Medium. Wohl aber potenzieren sich antisemitische Meinungen im Netz durch die Möglichkeit der schnellen Verbreitung und der großen Reichweite. Wer sich über die Sozialen Medien zum Nahostkonflikt beispielsweise informieren möchte, gerät schnell in die Propagandamühlen, die von Israel als einem »Terrorstaat«, einem »Apartheid-Regime« oder einem Staat sprechen, dessen Einwohner »Kindermörder« seien. Dies vermischt sich nicht selten mit Holocaust bezogenem Antisemitismus und einer Täter-Opfer-Umkehr. Gleiches gilt für Verschwörungstheorien, deren antisemitischer Gehalt, wenn auch manchmal nur auf den zweiten Blick, erkennbar ist. So wie der Antisemitismus noch immer weltweit verbreitet ist, findet er sich auch in den Sozialen Medien. Wer Antisemitismus ausleben möchte, kann dies in sozialen Netzwerken hemmungslos und überdies weitgehend unreguliert tun. Das Netz kennt keine Staatsgrenzen, und die Möglichkeiten gesellschaftlicher Sanktionierung sind beschränkt. In den letzten zwei Jahren hat sich die Debatte verschärft. Die Verbreitung antisemitischer Stereotype und Vorurteile scheint – zumindest in den sozialen Netzwerken – kein Tabubruch mehr zu sein.

---

442 Vgl. z. B. http://www.deutschlandfunk.de/konferenz-in-berlin-antisemitismus-hat-bei-uns-keinen-platz.1783.de.html?dram:article_id=348373 (eingesehen 14.11.2016).

443 Insights and Trends in Antisemitic Online Hate Speech, http://www.getthetrollsout.org/what-we-do/media-monitoring/item/142-sep-2015-jul-2016-insights-trends-in-antisemitic-online-hate-speech.html (eingesehen 2.12.2016).

444 http://www.adl.org/press-center/press-releases/discrimination-racism-bigotry/adl-forms-task-force-to-address-anti-semitic-racist-harassment-journalists-social-media-1.html#.WBNWRy0rJpg (eingesehen 23.11.2016).

445 Anti-Semitic Targeting of Journalists During the 2016 Presidential Campaign. A report from ADL's Task Force on Harassment and Journalism, October 19, 2016, http://www.adl.org/assets/pdf/press-center/CR_4862_Journalism-Task-Force_v2.pdf (eingesehen 23.11.2016): »2.6 million tweets containing language frequently found in anti-Semitic speech between August 2015-July 2016. These tweets had an estimated 10 billion impressions (reach), which may contribute to reinforcing and normalizing anti-Semitic language on a massive scale. At least 800 journalists received anti-Semitic tweets with an estimated reach of 45 million impressions.«; Twitter's ›Juggernaut of Bigotry‹. Five takeaways from the ADL's report on anti-Semitic targeting of journalists during the 2016 presidential campaign, http://www.tabletmag.com/scroll/215973/Twitters-juggernaut-of-bigotry-five-takeaways-from-the-adls-report-on-anti-semitic-targeting-of-journalists-during-the-2016-presidential-campaign (eingesehen 23.11.2016); siehe auch http://blog.adl.org/anti-semitism/anti-semites-spearhead-attack-campaign-against-jewish-journalists?_ga=1.226451036.71986902.1400247738l (eingesehen 23.11.2016).

446 http://www.adl.org/combating-hate/cyber-safety/best-practices/#.WDV_Ak3ruUn (eingesehen 23.11.2016).

Inhalte, die noch vor ein paar Jahren in Briefen an den *Zentralrat der Juden in Deutschland* oder an die Israelische Botschaft in Berlin formuliert wurden, und damit nur einem kleinen Leserkreis zugänglich waren, werden heute im Internet unverblümt gepostet und verbreitet.

Als eines der digitalen Themen sozialer Interaktion stehen antisemitische Inhalte in sozialen Netzwerken stärker im Fokus der Aufmerksamkeit. Doch jedes Netzwerk geht mit antisemitischen Inhalten auf der eigenen Plattform anders um. Dies liegt zum einen am herkunftsbedingten Verständnis von Meinungsfreiheit, zum anderen obliegt die Beurteilung von kritischen Inhalten immer speziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jeweiligen Plattform. Diese entscheiden darüber, ob Inhalte entfernt werden müssen oder nicht. Die Betreiber der sozialen Netzwerke tun sich zum Beispiel bei der Löschung von Inhalten schwer, die das Existenzrecht Israels bestreiten. Tatsächlich ist die Ablehnung des Existenzrechts des Staates nicht strafbar.

Auch Holocaust leugnende Inhalte wurden und werden unterschiedlich behandelt. Auf Plattformen aus Deutschland mussten entsprechende Inhalte aus rechtlichen Gründen gelöscht werden. Insgesamt hält sich die Zahl der tatsächlich nicht mehr zugänglichen Mitteilungen aber in Grenzen. Auf *Facebook* werden diese Inhalte meist nur für Deutschland geblockt und nicht gelöscht. Die Kontroverse um die Löschung Holocaust leugnender Inhalte veranlasste *Facebook* schon vor längerer Zeit (2011) zu einer Stellungnahme: »Wir haben das Thema der Holocaustleugnung über eine beträchtliche Zeit intern diskutiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass die bloße Aussage der Leugnung des Holocaust keine Verletzung unserer Richtlinien ist. […] Wir denken, dass es einen sinnvollen Unterschied gibt zwischen der Befürwortung von Gewalt gegen Menschen und dem Ausdruck einer Meinung über eine Politik, ein Glaubenssystem oder ein historisches Ereignis – selbst wenn die Meinung faktisch falsch, empörend oder beleidigend für die meisten Menschen ist. Sollten gleichwohl die Mitglieder der den Holocaust leugnenden Gruppen dauerhaft hasserfüllte oder drohende Kommentare einstellen, werden wir die Gruppen schließen, und haben dies bei vielen Gelegenheiten getan.«[447] Seitdem bemüht sich das Unternehmen, antisemitische Aussagen zu regulieren. Jedoch ist es im Sinne des Unternehmens, dass viel Kommunikation stattfindet – eine Regulierung würde dem entgegenstehen. Dennoch geht das Unternehmen strafrechtlich relevanten Aussagen nach und bemüht sich um einen konstruktiven Umgang mit NGOs.[448] Schwieriger wird es im Bereich populärer Verschwörungstheorien, die nur chiffriert antisemitische Stereotype bedienen. Es ist daher ratsam, auch für diese Variante des Antisemitismus ein Problembewusstsein bei den Netzwerkbetreibern zu schaffen.

Den Nutzerinnen und Nutzern fehlt selbst oft das entsprechende Hintergrundwissen, um z. B. israelbezogenen Antisemitismus erkennen und ihm entgegentreten zu können. Gleiches gilt für Verschwörungstheorien. Soziale Medien begünstigen emotionale Kommunikation, beschleunigen sie geradezu, sodass viele Debatten gerade bei einem so sensiblen Thema wie dem Antisemitismus nur emotional ausgetragen werden. Dies stellt jene, die sich gegen Antisemitismus engagieren, vor große Probleme, da kritische Debatten vor diesem Hintergrund nahezu unmöglich werden.

»Der Einsatz von Social Bots (selbstständig arbeitende Computerprogramme, die sich als reale Akteure ausgeben, *Anm. d. Verf.*) muss verboten werden, v. a. in Wahlkämpfen«, schreibt Evelyn Roll in ihrem Kommentar in der Wochenendausgabe der *Süddeutschen Zeitung* vom 19./20. November 2016. Sie fährt fort: »Hetze im Netz muss konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Und v. a. muss das Presserecht angewandt werden; Facebook ist kein Technologiekonzern, sondern das größte Nachrichtenmedium der Welt. Sie verfügen dort offenbar auch längst über die Instrumente, mit denen Bots und Fakeaccounts aussortiert, die gröbsten Lügen aufgespürt und in den Algorithmen nach unten gestuft werden könnten. Das muss jetzt schnell umgesetzt werden.« Die Autorin denkt darüber nach, ob nicht mehr Journalisten als »Faktenchecker« arbeiten müssten, um Lügen als Lügen zu entlarven und zwar dort, wo die Tweets und Posts erscheinen.[449]

Bei den Betreibern von *Facebook* oder *YouTube,* aber auch in den Online-Redaktionen von Zeitungen, ist eine gewisse Sensibilisierung zu erkennen. Inzwischen beginnen sie, verantwortlicher zu handeln. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass sie immer wieder die Möglichkeit verwehren, Kommentare zu eingestellten Filmen oder Beiträgen abzugeben. Entweder standen bereits volksverhetzende Inhalte kurzfristig im Netz, bis die Kommentarleiste deaktiviert wurde, oder kommentierende Einträge werden von vorneherein unterbunden, weil die Betreiber der Seiten strafbare Inhalte befürchten.

447 Vgl. Facebook-Sprecher Andrew Noyes, zitiert nach Suzanne Choney, Holocaust survivors ask Facebook to ban denial pages, NBC News, 27.7.2011, http://www.nbcnews.com/technology/digitallife/holocaust-survivors-ask-facebook-ban-denial-pages-121773 (eingesehen 16.11.2016).

448 OCCI–ZivilcourageOnline:https://www.facebook.com/onlinecivilcourage/ (eingesehen 16.11.2016).

449 SZ, 19./20.11.2016.

Exkurs: »Mastermind« – Üstakil

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 begann insbesondere im Nahen Osten und in der Türkei für antisemitische Verschwörungstheorien eine Phase der Hochkonjunktur.[450] Zugleich verschlechterte sich das Verhältnis der westlichen Welt zu den muslimischen Ländern. In diesem Kontext ist das von dschihadistischen Gruppen propagierte Deutungsmuster »Westen und Juden führen Krieg gegen Muslime« überaus fruchtbar. Nach diesem Deutungsmuster befindet sich die islamische Welt im Aufbruch und wieder – nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches – in der Lage, das oktroyierte System der Unterdrückung zu hinterfragen und ihren eigenen »einheimischen« Weg zu gehen. Dies erfolge schließlich unter der Führung des mutigen, religiös-muslimischen, über die eigenen Landesgrenzen hinweg überaus beliebten türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Als Anwalt der Palästinenser und aller anderen unterdrückten Muslime der Welt treibe er das islamische Erwachen voran, indem er die politischen, sozialen und ökonomischen Einflüsse des Westens sowie die damit identifizierten Werte entschieden zurückdränge.

Exemplarisch für diese neue Symbolik soll hier der türkische Dokumentarfilm »Mastermind« genauer betrachtet werden. In der Ankündigung zum Film, der einen weitverbreiteten antisemitischen Diskurs aufgreift und diesen in ein antisemitisches Welterklärungsmuster einordnet, heißt es: »Wer ist das Mastermind, das die Welt regiert? Alle Geheimnisse werden aufgelöst.«[451]

In dem Dokumentarfilm sind redaktionelle Beiträge und zusammengeschnittene Interviews mit zahlreichen bekannten Akademikern, Journalisten, Autoren sowie prominenten Persönlichkeiten aus der Politik verarbeitet, darunter Etyen Mahçupyan, Chefberater des ehemaligen Regierungschefs Davudoğlu, Yiğit Bulut, Chefberater des türkischen Ministerpräsidenten, der ehemalige Bildungsminister Nabi Yağci, Justizminister Bekir Bozdağ, der AKP-Abgeordnete Mehmet Metiner sowie der einflussreiche islamische Theologe Hayrettin Karaman. Insgesamt wurden 33 Personen als Interviewpartner gewonnen, um die verschwörungstheoretische These des »Mastermind« im Detail zu erörtern. Auch wenn es sich hier um türkische Gesprächspartner handelte, sind deren Namen in der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland bekannt, zumal türkisches Fernsehen in der Community stark rezipiert wird.

Die Dokumentation beginnt mit dem Videoausschnitt einer Rede des Präsidenten Erdoğan: »Ich will es unterstreichen: Glaubt nicht, dass diese Operationen gegen meine Person gerichtet sind. Glaubt nicht, dass diese Unternehmungen gegen die Regierung oder eine bestimmte Partei gerichtet sind. Freunde! All diese Operationen zielen auf die Türkei, auf ihre Existenz, ihre Einheit, ihren Frieden und ihre Stabilität, aber v. a. auf ihre Wirtschaft und Unabhängigkeit ab. Ich sagte es bereits: Hinter all diesen Schritten steckt ein Mastermind. Dann kam es auch auf die Tagesordnung, und man fragte mich natürlich, wer dieser ›Mastermind‹ ist. Das solltet Ihr selbst herausfinden. Und Ihr wisst bereits, was er ist; ihr kennt bereits, wer er ist. All dies solltet Ihr selbst erforschen, selbst recherchieren.«

Erdoğan hatte die Rede vor Journalisten gehalten, die seiner Meinung nach wissen, wen er mit »Mastermind« meint. Der Propagandafilm gibt für alle, die nicht wissen, wer oder was mit »Mastermind« gemeint ist, bereits in der Anmoderation die Antwort darauf: Es ist die Suche nach dem über allem Stehenden, der verbrennt und zerstört, verhungern und bekriegen lässt, Revolutionen und Umstürze durchführt und einen Staat im Staate errichtet. Entsprechend ertönt aus dem Off die historische Einführung: »Die Geschichte beginnt in Jerusalem, bei den Israeliten vor 3500 Jahren.«

Das Judentum ist für den Politikwissenschaftler und Wirtschaftsexperten Prof. Ramazan Kurtoğlu nicht nur ein Glaube, sondern eine die rassistische Weltmacht anstrebende politische Philosophie, die von dem jüdischen Philosophen Maimonides, dem Evolutionsforscher Charles Darwin, der ebenfalls Jude gewesen sei, und dem neokonservativen jüdischen Philosophen Leo Strauss gegründet worden sei. Nach Maimonides sollte eine neue Weltordnung geschaffen werden, und diese Ordnung von dem von Gott auserwählten Volk der Israeliten regiert werden. Die Israeliten seien ein Herrenvolk, während der Rest der Menschheit ihre Sklaven seien. Leo Strauss habe die Thora-Auslegung von Maimonides weiterentwickelt und daraus die Theorie des Neokonservatismus geformt. Kurtoğlu analysiert die Ideen von Leo Strauss wie folgt: Das Wohl und die Sicherheit der Juden sei das höchste Ziel. Dieses Ziel könne bisher weder mit dem Sozialismus oder dem Kapitalismus noch mit einer Demokratie erreicht werden. Nur mit der Herrschaft der Eliten könne dies gelingen. Die Juden sollen angeblich als Weltelite die Welt regieren. Bis dieses Ziel erreicht werde, sollten in den einzelnen Ländern die eigenen Eliten die Macht übernehmen und auf diesen Zweck hinarbeiten. Demzufolge sei eine neue Weltordnung notwendig, in der die Juden die Welt beherrschten.

---

450 Vgl. Rifat N. Bali, Komplo Teorileri ve Teorisyenleri, in: Toplu Makaleler-II. Türkiye`de Antisemitizm ve Komplo Kültürü, in: Sayı 177 (2004), S. 437 ff. (Siehe auch: http://www.rifatbali.com/images/stories/dokumanlar/komplo_teorileri_ve_teorisyenleri.pdf (eingesehen 16. 1. 2017).

451 Der türkische Nachrichtensender a-haber hat am 15. März 2015 die mehrteilige und insgesamt zweistündige Fernsehdokumentation »Üstakil – Mastermind« ausgestrahlt. Der Sender gehört zu »Turkuaz Medya« und gilt mit ATV und Sabah als Sprachrohr der AKP. Downloadbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=GoeIzSxHofQ (eingesehen 10. 8. 2016).

Der Historiker und Publizist Prof. Ebubekir Sofuoğlu erzählt im Film zunächst die biblische Geschichte, und begründet damit die vermeintliche Feindschaft der Juden gegen Nichtjuden. Hier wird nach dem altbekannten Muster die Bösartigkeit der Juden mit Verweis auf die jüdische Bibel erklärt: Der Prophet Abraham hatte zwei Frauen. Von den Nachfahren seiner eigentlichen Ehefrau Sara seien die Juden hervorgegangen, während von seiner zweiten Frau Hagar, die seine Sklavin war, der Rest der Menschheit stammen würde. Dies sei auch die Grundlage des jüdischen Weltherrschaftsgedankens, demzufolge die Juden herrschen und die anderen Menschen ihnen dienen müssten. Die Juden würden sich als Übermenschen betrachten und die Weltherrschaft anstreben. Das »Mastermind« sei nichts anderes als dieses zionistische Streben nach Weltmacht. Den Ausführungen von Ebubekir Sofuoğlu im Film zufolge ist die Wissenschaft im Allgemeinen und die Evolutionstheorie im Besonderen ein Instrument zur Beherrschung der Welt. Die Wissenschaft habe seit der Französischen Revolution die Aufgabe übernommen, den menschlichen Geist zu betäuben. So habe auch Charles Darwin, der in Wirklichkeit kein Wissenschaftler gewesen sei, sondern ein jüdischer Theologe, die Theorie entwickelt, der Mensch stamme vom Affen ab. Damit seien eigentlich die nichtjüdischen Menschen gemeint. Darwins Ziel sei es gewesen, den Gedanken, die Juden seien Übermenschen und die Nichtjuden Untermenschen, wissenschaftlich zu belegen.

Der Islam, so die Stimme aus dem Off, sei die letzte Bastion der Menschheit gegen das »Mastermind« und Mohammed stünde in der Tradition der Propheten Abraham, Noah oder gar Moses, die in ihrem Zeitalter gegen das »Mastermind« bzw. gegen den Rassismus, die Ungläubigkeit, die Überheblichkeit und die Unterdrückung gekämpft hätten. Nur der Prophet Mohammed habe schließlich den Kampf gegen die jüdische Überheblichkeit konsequent geführt.

Im Weiteren werden nahezu alle historischen Ereignisse der Weltgeschichte mit den Machenschaften des »Mastermind«, das nun zweifelsfrei mit dem Judentum und dem Zionismus gleichgesetzt wird, in Zusammenhang gebracht. So sei zum Beispiel der Erste Weltkrieg geführt worden, um die Erdölquellen, die sich auf dem Territorium des Osmanischen Reiches befanden, zu erobern. Das »Mastermind« sei damals in Gestalt der imperialistischen Großmächte in Erscheinung getreten, die das Osmanische Reich teilen und erobern wollten und es letztlich zerstörten. Ziel sei es gewesen, das Osmanische Reich, das panislamische Ziele verfolgte, anderen islamischen Ländern Hilfe leistete und unabhängig handelte, zu beseitigen. Auf diese Weise sei die Türkei nach dem Ersten Weltkrieg wirtschaftlich und politisch eine Marionette des Westens geworden. In diesem Kontext wird die vermeintliche Verschwörung der Juden gegen Sultan Abdulhamit II thematisiert.[452] In der islamistischen Geschichtsauffassung nimmt die Entmachtung des Sultans Abdulhamit II. und die damit einhergehende Einführung der konstitutionellen Monarchie, die gleichzeitig die endgültige Durchsetzung des Säkularisierungsprozesses in dem letzten muslimischen Großreich markiert, eine zentrale Stellung ein. Islamisten aller Couleur betrachten dies als einen historischen Schnitt. Damit sei der natürliche Verlauf der islamischen Geschichte unterbrochen und ein von außen aufgezwungener künstlicher Weg eingeschlagen worden. Daher lässt sich das Geschichtsverständnis islamistischer Bewegungen als revisionistisch einordnen. Das politische Ziel solcher Bewegungen sei es, diesem künstlichen, unislamischen Weg ein Ende zu setzen und wieder auf den »richtigen« islamischen Weg zu kommen. Der Sultan der Osmanen, der Khalif des Islam (Abdulhamit II.), lehnte den Wunsch der Zionisten ab, jüdische Einwanderung im großen Umfang nach Palästina zuzulassen. Der Führer der zionistischen Bewegung, Theodor Herzl, hätte dem Sultan im Gegenzug die Streichung aller Staatsschulden angeboten. Der als aufrichtig beschriebene muslimische Khalif habe Herzl die Stirn geboten und soll gesagt haben: »Ich würde nicht das geringste Stück des Vaterlandes verkaufen. Denn dieses Land ist durch Blutvergießen eingenommen worden und kann nur durch Blutvergießen hergegeben werden.« Der Sultan habe das Spiel des »Mastermind« durchschaut und sei aus diesem Grund abgesetzt worden: »Weil er Palästina ihnen nicht gegeben hat und keinen jüdischen Staat auf palästinensischem Boden erlaubt hat, wurde er von jüdischen Medien und den damaligen jüdischen Lobbyisten Roter Sultan genannt.«[453] Auch der Zweite Weltkrieg sei vom »Mastermind« initiiert worden, um eine neue Weltordnung zu schaffen: »Das jüdische Volk, dessen Angehörige zu Millionen massakriert wurden, wurde mit einem Staat belohnt.«

Ganz den klassischen Formen des Antisemitismus (→ Definition) entsprechend, wird das »Mastermind« für alles Übel in der Welt verantwortlich gemacht. Die angeblichen Machenschaften und Welteroberungspläne des »Mastermind«, also die Versuche zur Herstellung einer zionistischen Globalmacht, werden endlos aufgezählt: Seuchen, Hungerkatastrophen, Kriege, Kolonialismus, Sklaverei, Zinswirtschaft, Plünderung und Ausbeutung, die Vernichtung indigener Völker sowie der politische Islam usw. Die Militär-Juntas der jüngsten Vergangenheit seien ebenfalls vom »Mastermind« gesteuert worden. Ob bewusst oder unbewusst arbeiteten auch CIA und Mossad für das »Mastermind« – und damit letztlich für den Zionismus. Sie würden Intrigen und Verschwörungen schmieden, sie seien die wichtigsten ausführenden Kräfte

452 Bali, Komplo, S. 229 ff.

453 Hasan Karakaya, Chefredakteur der islamistischen Zeitung Vakit, die 2005 vom damaligen Innenminister Otto Schily wegen antisemitischer Hetze in Deutschland verboten wurde.

des »Mastermind« in der Welt. Personen wie Richard Nixon, Francis Fukuyama, Graham Fuller, Henry Kissinger, Bernard Lewis und Samuel Huntington werden als die Elite des »Mastermind« eingeführt. Den meisten wird unterstellt, sie seien Juden und bekämpften die muslimischen Bewegungen wie etwa die Muslimbrüder und Millî Görüş. Im Bereich der Innenpolitik wird zudem davon ausgegangen, die türkische Zentralbank sei vom »Mastermind« gesteuert und erhöhe künstlich die Zinsen mit dem Ziel die Regierung Erdoğans zu bekämpfen, die versuche, die Türkei vom Joch des »Mastermind« zu befreien.

Im Film werden dem »Mastermind« vielfältige Einflussnahmen unterstellt, etwa in Form eines Putsches, einer politischen Partei, einer Lobbygruppe, eines Landes oder auch in Gestalt eines Wissenschaftlers. Alle würden bewusst oder unbewusst für das »Mastermind« arbeiteten.[454] Gemäß der klassischen antisemitischen Topoi wird dem »Mastermind« wie selbstverständlich auch unterstellt, die Medien zu kontrollieren. Zudem sei der »Jude als Islamfeind« am Werke und manipuliere die Wahrnehmung des Islams in der Welt. So seien durch gezielte Manipulation der Nachrichten nach den Anschlägen des 11. September 2001, deren Drahtzieher – so wird es zumindest angedeutet – ebenfalls das »Mastermind« war (→ Verschwörungstheorien), Islam und Terror in der öffentlichen Meinung in einen Zusammenhang gebracht worden.

Im letzten Teil der Dokumentation geht es um die Rolle Erdoğans, der den Plänen des »Mastermind« im Wege stehe. Das »Mastermind« wolle ihn deshalb beseitigen. Insbesondere eine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der Türkei solle mithilfe des Finanzkapitals verhindert werden. Strategien des »Mastermind« seien dabei, politische Intrigen, Putschversuche sowie Protestbewegungen nach dem Vorbild des arabischen Frühlings zu initiieren.[455] Namentlich kritisiert werden an dieser Stelle die Gezi-Proteste im Sommer 2013 in Istanbul als ein angeblich vom Ausland gelenkter und finanzierter Versuch, die Legitimität der türkischen Regierung in den Augen des Volkes zu erschüttern. Genauso wie der arabische Frühling seien auch die Gezi-Proteste ein Komplott des »Mastermind« gewesen.[456] Die Medien hätten nicht den wahren Grund für die Proteste erkannt bzw. bewusst desinformiert. Insbesondere internationale Medien, allen voran der Medienmogul Rupert Murdoch, hätten dies befördert.[457] Nur eine Person habe dieses Szenario durchschaut und zwar Erdoğan, der sich absolut sicher gewesen sei, dass es bei den Protesten darum ging, die Unabhängigkeit und das Wachsen der Türkei zu begrenzen. So gipfelt der letzte Teil der Dokumentation in einer propagandistischen Glorifizierung Erdoğans als politischem Anführer eines Volkes: Das »Mastermind« sei sich dessen bewusst, dass die heutige Türkei nicht mehr die alte ist. »Das Gipfeltreffen in Davos 2009 war das erste Zeichen dafür. Da erhob Recep Tayyip Erdoğan seine Stimme gegen Israel, gegen das nicht einmal Privatpersonen, geschweige denn politische Führer ihre Stimme erheben konnten. An dem Tag veränderte sich die Welt«, so die Stimme aus dem Off.

Nach dem Gezi-Aufstand, der wegen Erdoğan und weiter Teile der türkischen Bevölkerung erfolglos geblieben sei, habe das »Mastermind« ein altbekanntes Mittel ergriffen, das bereits gegen Abdulhamit II. eingesetzt worden sei: Der vom »Mastermind« herangezüchtete Feind sei instrumentalisiert worden. Gemeint ist hier die Gülen-Bewegung, aber auch die angeblich inszenierten Korruptionsskandale um Erdoğans Familie und andere AKP-Minister. Gülen sei vom »Mastermind« rekrutiert und ausgebildet worden, um nicht nur in der Türkei, sondern auch im Nahen Osten und in Nordafrika zu agieren.[458]

Diese Deutungsmuster und die Erdoğan zugesprochene Führungsrolle ist ein Phänomen, das über die Landesgrenzen der Türkei hinausgeht. Ob die Palästinenser in Gaza, Anhänger der Muslimbrüder in Ägypten oder in Europa lebende Muslime, viele von ihnen teilen diese Sichtweise, auch in Deutschland. Erdoğan hat eine große Anhängerschaft unter den türkischstämmigen Menschen in Deutschland. Das zeigte sich zuletzt bei den türkischen Parlamentswahlen im November 2015. Von den 575.564 bei der Wahl abgegebenen Stimmen der wahlberechtigten türkischen Staatsbürger in Deutschland haben 59,7 Prozent für seine Partei, die AKP gestimmt. Auch in anderen europäischen Ländern gab es ähnliche Ergebnisse. Das zeigt die Relevanz von Erdoğans ideologischer Sichtweise für die in Europa lebenden türkeistämmigen Menschen.[459] Da für die politischen Einstellungen der türkischen Migranten das türkischsprachige Fernsehen

454 Stimme aus dem Off.

455 Stimmen aus dem Off werden mit Beiträgen über Ägypten von den Journalisten Mehmet Ali Öner, Alper Tan, dem Theologen Prof. Ali Köse, den Historikern Prof. Sofuoglu und Prof. Mehmet Celik sowie dem ehemaligen Polizei-Chef Cevdet Saral unterfüttert.

456 Die Komplott-These zu Gezi wird von Journalisten wie Ergün Diler, Canan Barlas, Mehmet Barlas, Cem Kücük, Mustafa Kaplan, Ahmet Tasgetiren sowie vom Bildungsminister Nabi Avci und vom Berater des Ministerpräsidenten Etyen Mahcupyan untermauert.

457 Der US-amerikanische Medienunternehmer Rupert Murdoch ist Gründer und Geschäftsführer von News Corporation, eines der weltweit größten Medienunternehmen. Von den vielen ausländischen Medien hat CNN am meisten berichtet, der hier aber keine Erwähnung findet.

458 Die Vorwürfe gegen die Gülen-Bewegung werden neben der Stimme aus dem Off von den Journalisten Mustafa Kaplan, Mehmet Ali Önel, Alper Tan, Bekir Hazar, Aydin Önal, Latif Erdogan und Hasan Karakaya sowie dem damaligen Justizminister Bekir Bozdag und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Yalcin Akdogan geäußert.

459 Mit dem Ergebnis in Deutschland sowie denen der ehemaligen »Gastarbeiterländer« Frankreich (58,4 Prozent), Belgien (69,4 Prozent), Niederlande (69,7 Prozent) und Österreich (69,0 Prozent) bekam die AKP deutlich mehr Stimmen als in der Türkei. Dort lag Erdoğans AKP bei 49,5 Prozent. Die Angaben stammen aus http://secim.haberler.com/2015 (eingesehen 15.8.2016).

eine bedeutende Rolle spielt und für viele eine wichtige Informationsquelle darstellt,[460] hatte die Ausstrahlung des Films »Mastermind« einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Einstellung der Zuschauer. Als der Dokumentarfilm bei atv-ahaber ausgestrahlt wurde, wurde er in der Türkei in regierungsnahen Medien in Form von Expertengesprächen und Talkshows im Fernsehen, aber auch auf Webseiten zwar vielfach rezipiert. Das Echo blieb dennoch zunächst verhalten. Der gescheiterte Putschversuch im Juli 2016 hat jedoch dem Verschwörungsmythos »Mastermind« zu einer enormen Popularität verholfen und anscheinend glauben in der politischen und medialen Öffentlichkeit gefunden. Das »Mastermind« wurde von Präsident Erdoğan, Ministerpräsident Binali Yildirim sowie von ihren Gefolgsleuten als Erklärung für den Putschversuch herangezogen. Dabei wurde die als ausführende Gruppe des Putsches bezichtigte Gülen-Bewegung als Handlanger des »Mastermind« gesehen.[461]

Umso dramatischer ist die Wirkung von solchen Beiträgen wie des Films »Mastermind« und der in seinem Kontext verbreiteten Propaganda vor dem Hintergrund, dass in der Türkei ein regierungsunabhängiger und kritischer Journalismus kaum mehr möglich ist und die Bevölkerung der antisemitischen Propaganda über die von der Regierung kontrollierten Zeitungen und TV-Sender ausgesetzt ist. Laut *Reporter ohne Grenzen* steht die Türkei aktuell auf Platz 151 der Rangliste der Pressefreiheit von 180 Staaten.[462] Nicht nur in der Türkei, sondern auch in Deutschland haben die rund um den Dokumentarfilm über regierungsnahe Medien ausgestrahlten Expertengespräche und Talkshows, die von türkischstämmigen Zuschauern in der Bundesrepublik rezipiert werden, Wirkung gezeigt. Ähnliches gilt auch für die im Internet verbreiteten Debatten über die Dokumentation.

Die Ausstrahlung des Dokumentarfilms »Mastermind« fand in der internationalen Öffentlichkeit kaum Beachtung. Nur die Jerusalem Post berichtete über das antisemitische Machwerk, das als »Protokolle der Weisen von Zion à la Turca« bezeichnet wurde. Zudem fand der Film im Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums im Jahr 2015 Erwähnung.[463] Erst nachdem der Diskurs über Erdoğan in den westlichen Medien endgültig gekippt war, wurde auch der Film »Mastermind« verstärkt in den westlichen Medien (*NYT, Reuters, Die Welt* u. a.) thematisiert. Anlass für die mediale Aufmerksamkeit in Deutschland war der Fall des Satirikers Jan Böhmermann und rassistische Reaktionen auf türkeistämmige Abgeordnete im *Deutschen Bundestag* aufgrund der Resolution zum Völkermord an den Armeniern – auch dies wurde von Erdoğan als Resultat der Wirkung des »Mastermind« gesehen.

460 Eine Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) konstatiert, dass die türkischen Migranten am stärksten muttersprachliches Fernsehen nutzen und sich darüber über die Ereignisse in der Türkei informieren. Vgl. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp34-mediennutzung-von-migranten.pdf?__blob=publicationFile (eingesehen 1.11.2016).

461 Erdoğan äußerte sich dazu in einem Interview am 29.7.2016 bei atv – a haber folgendermaßen: »Manche sagen, Gülen sei der Mastermind. Dem ist nicht so. Er ist nicht so intelligent. Er ist nur ein Handlanger. Es gibt einen Mastermind über ihm.« https://www.youtube.com/watch?v=Wf4s9BxS4e0 (eingesehen 25.11.2016).

462 Die Organisation Reporter ohne Grenzen hat im Oktober 2016 einen Bericht über Besitzverhältnisse in der türkischen Medienlandschaft veröffentlicht. Laut dem Bericht gehören sieben der zehn größten Fernsehsendern Unternehmen, die in der Bau-, Textil-, Energie- und Transportbranche tätig sind und staatliche Aufträge ausführen, http://www.mom-rsf.org/en/mediaownership monitor/countries/turkey/ (eingesehen 17.11.2016).

463 http://www.state.gov/documents/organization/253121.pdf (eingesehen 15.8.2016).

Handlungsempfehlungen – Medialer Diskurs

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

- **… ein Monitoring der sozialen Netzwerke durch staatliche Stellen und NGOs, deren Ergebnisse von den Landeskriminalämtern und dem BKA genutzt werden.**
  Ein systematisches Monitoring inklusive einer entsprechenden Analyse der Sozialen Medien ist technisch möglich, bedarf aber finanzieller Unterstützung, um das entsprechende Personal zur Verfügung stellen zu können.

- **… die Erhöhung des Drucks auf die Plattformbetreiber durch das *Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz* sowie die Durchsetzung des Maßnahmenkatalogs, der im Dezember 2015 zusammengestellt wurde.**
  Dies sollte durch eine interministerielle Initiative gestützt werden, die Mechanismen schafft, um antisemitische und diskriminierende Inhalte besser melden und anschließend löschen zu können.

- **… die Nutzung bereits vorhandener und neuer Instrumente, um Social Bots und Fake-Accounts, die zur Verbreitung von antisemitischer »Hate Speech« genutzt werden, löschen zu können.**

- **… die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der großen Kommunikations-Plattformen, um auch neuere Formen des Antisemitismus sowie antisemitische Chiffren erkennen und löschen zu können.**

- **… die Stärkung von Akteuren der Zivilgesellschaft, um »Hate Speech« im Internet entgegentreten zu können, z. B. durch entsprechende Förderprogramme des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.***

- **… die gezielte Förderung von Counter Speech z. B. in Form von Journalisten als »Faktencheckern«, um Lügen direkt entlarven zu können und eine weitere Verbreitung zu verhindern.**

- **… die Unterstützung und Aufrechterhaltung einer kritischen fremdsprachlichen Medienberichterstattung durch den Rundfunk- und Fernsehrat, um den verschiedenen migrantischen Communities in Deutschland ein kritisches Gegengewicht zu einer propagandistischen Medienberichterstattung der Herkunftsländer anbieten zu können.**

7 Antisemitismus und Parteien

Parteien sind die bedeutendsten politischen Akteure im gesellschaftlichen und nichtstaatlichen Bereich.[464] Deshalb ist es wichtig danach zu fragen, wie sich die verschiedenen Parteien gegenüber Antisemitismus in der Gesellschaft positionieren und wie mit antisemitischen Vorkommnissen innerhalb der eigenen Partei umgegangen wird. Zu fragen ist auch, in welcher Weise sich die Parteien gegen Antisemitismus engagieren und wie dies nach Inhalt und Wirkung einzuschätzen ist. [465] Um ein genaueres Bild aus der Sicht der Parteien selbst zu erhalten, hat der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* einen standardisierten Fragebogen an die Parteien verschickt und die Antworten für den Bericht ausgewertet.

Die Auswahl der Parteien richtete sich nach folgenden Kriterien: Die jeweilige Partei musste im Bundestag oder in mindestens zwei Landtagen vertreten sein. Deshalb werden hier die *Christlich Demokratische Union* (CDU) und die *Christlich Soziale Union* (CSU), die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD), *Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke* die *Freiheitlich Demokratische Partei Deutschlands* (FDP) und die *Alternative für Deutschland* (AfD) untersucht.[466] Die Ausführungen zu den einzelnen Parteien folgen einer einheitlichen Darstellungsweise. Lediglich die AfD und *Die Linke* heben sich davon aus je unterschiedlichen Gründen ab: Bei der AfD handelt es sich um eine neue Partei, die im ersten Expertenbericht noch keine Rolle spielen konnte. Sie wird daher hier ausführlicher untersucht. Die Partei *Die Linke* wird v. a. aufgrund einiger Vorfälle innerhalb der Partei anhand von Fallbeispielen in einem Exkurs eingehender betrachtet. Die Reihenfolge der Darstellung der Parteien ergibt sich nicht aus einem inhaltlichen Kriterium, sondern formal aus ihrer gegenwärtigen Stärke bei Wahlen.

7.1 Das Verhältnis der Parteien zum Antisemitismus

7.1.1 Christlich Demokratische Union (CDU)/ Christlich Soziale Union (CSU)

Die CDU und die CSU[467] legen in ihren Selbstbezeichnungen ein Bekenntnis zu religiösen Werten ab. Die christliche Identität bildete in der Ideengeschichte des Antisemitismus in seiner religiösen Variante aber auch immer wieder einen festen Bezugspunkt für Antisemitismus (→ Definition). Die Lehren aus der NS-Vergangenheit sowie der daraus resultierende anti-antisemitische Grundkonsens in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit führen jedoch dazu, dass judenfeindliche Bezüge in der programmatischen Grundausrichtung der beiden christlichen Parteien keine Rolle spielen. Dennoch lassen sich immer wieder Beispiele für Antisemitismus in CDU und CSU finden, wie etwa in der Rede des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, der 2003 unter dem Motto »Gerechtigkeit für Deutschland« zum Nationalfeiertag am 3. Oktober den angeblichen Kollektivschuld-Vorwurf gegen die Deutschen als »Tätervolk« thematisierte und behauptete, auch die Juden könnten als »Tätervolk« gelten. Dass diese Haltung nicht dem Grundkonsens der christlichen Parteien in Deutschland entspricht, zeigte der darauffolgende Ausschluss Hohmanns aus Fraktion und Partei.

7.1.2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Bei der SPD[468] handelt es sich um die mit Abstand älteste der hier zu behandelnden Parteien. Insofern bedarf es auch hinsichtlich der zu erörternden Problematik eines kurzen historischen Rückblicks: Nach der 1863 erfolgten Gründung entwickelte sich die SPD zunächst zu einer

464 Ein entsprechendes Kapitel fand sich im ersten Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus nicht (vgl. lediglich ebenda, S. 149 ff).

465 Eine ausführliche Gesamtdarstellung zum Thema: Dana Ionescu/Samuel Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014.

466 Allgemeine Aussagen zu den Parteien werden nicht näher belegt. Vgl. dazu: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2013; Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013.

467 Vgl. Julia Kiopp/Tobias Neef, Ausprägungen des Antisemitismus in der CDU, in: Ionscu/Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 11–52; Bodo Kahlmann, CSU und Antisemitismus. Eine konservative Partei zwischen Problemwahrnehmung und Ressentiments, in: ebenda, S. 53–78. Außerdem erschien dazu: Ute Schmidt, Hitler ist tot und Ulbricht lebt. Die CDU, der Nationalsozialismus und der Holocaust, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hrsg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1995, S. 65–101.

468 Sebastian Voigt, SPD und Antisemitismus. Annäherungen an eine 150-jährige Auseinandersetzung, in: Ionesu/Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 79–122; siehe auch Heinrich Potthoff, Die Auseinandersetzung der SPD und der Gewerkschaften mit dem NS-System und dem Holocaust, in: Bergmann/Erb/Lichtblau (Hrsg.), Schwieriges Erbe, S. 120–137.

sich marxistisch und revolutionär verstehenden Partei. Für die ideologische und programmatische Ausrichtung, die auf das Konfliktverhältnis von Kapital und Arbeit in der sozioökonomischen Sphäre bezogen war, spielten ethnische oder religiöse Identitäten von Menschen keine Rolle. Insofern lehnte die SPD seit Beginn ihrer Existenz auch den Antisemitismus als manipulative und verwerfliche Einstellung ab. Die Partei sah in ihm den Ausdruck einer falschen Ideologie, die die Arbeiter von den realen Konflikten ablenken sollte. Die sozialistische Grundauffassung richtete sich gegen alle, nicht nur gegen jüdische Kapitalisten. Insofern kam auch die – häufig August Bebel zugeschriebene – Rede vom Antisemitismus als dem »Sozialismus der dummen Kerls« auf.[469]

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erhöhte sich angesichts der Kenntnisse um die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden die Sensibilität gegenüber der Judenfeindschaft. Bereits früh wies der damalige Parteivorsitzende Kurt Schumacher, der selbst jahrelang in einem Konzentrationslager inhaftiert war, immer wieder auf die Gefahren einer Rückkehr von Antisemitismus und Nationalismus hin. Auch der Gründung und der Politik des Staates Israel stand die SPD kontinuierlich positiv gegenüber. Dies gilt ebenfalls für die Entwicklung nach dem Sechstagekrieg von 1967, der innerhalb des politischen Spektrums »links« von der Mitte zu einer Spaltung in ein anti- und ein pro-israelisches Lager führte. Während etwa die SPD-Jugendorganisation ab Beginn der 1970er-Jahre eine antiisraelische und pro-palästinensische Position einnahm, behielt die Mutterpartei ihre pro-israelische Haltung bei.

7.1.3 Bündnis 90/Die Grünen

Bei der Partei *Bündnis 90/Die Grünen* (fortan: *Grüne*)[470], die sich als eine menschenrechtlich und ökologisch orientierte politische Kraft definiert, gibt es hinsichtlich des politischen Selbstverständnisses keine Akzeptanz von Antisemitismus. Angesichts des heutigen Bildes der Partei darf aber nicht ignoriert werden, dass in deren Gründungsphase auch Rechtsextremisten um Einfluss bemühten. In diesem Kontext fanden sich in einzelnen Bereichen auch judenfeindliche Tendenzen. Es gelang den *Grünen* jedoch, sich relativ schnell von derartigen Akteuren zu trennen. Erst vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts kam es zu Debatten über antisemitische Konnotationen. Dabei spielten innerparteiliche Auseinandersetzungen zwischen »Fundis« und »Realos« eine nicht unbedeutende Rolle. Hier bestand eine Differenz bei der Einschätzung des Nahostkonflikts: Während die »Fundis« eine offen antiisraelische und pro-palästinensische Auffassung vertraten, hielten sich die »Realos« mit Einwänden gegen Israel eher zurück.

Im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt äußerte sich 2002 der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Jamal Karsli. Er unterstellte der israelischen Armee NS-Methoden. Dies löste heftige Kritik aus, die dazu führte, dass Karsli die *Grünen* verließ und in die FDP eintrat.[471]

Insgesamt zeigt sich jedoch für den Bereich der Äußerungen gegenüber Israel mittlerweile eine Mäßigung. Es lässt sich keine kritiklose Positionierung mehr zugunsten der Gegner des Staates Israel konstatieren.

Jenseits des Nahostkonflikts soll hier noch auf den Fall des Landtagskandidaten Ulf Dunkel verwiesen werden, der 2012 kurz vor den niedersächsischen Wahlen ein antisemitisches Gedicht veröffentlichte, mit dem er auf die öffentliche Debatte um die Beschneidung von Jungen (→ Beispiele: Beschneidung) reagierte und dabei in obszöner und polemischer Form sein Missfallen über das Ritual zum Ausdruck brachte. Direkt nach dem Bekanntwerden dieses Gedichts reagierte die Parteispitze des Landesverbands: Dunkel wurde aufgefordert, auf seine Kandidatur zu verzichten; ein Parteiausschlussverfahren stand ebenfalls im Raum. Dunkel reagierte und erklärte für den Fall eines Mandatsgewinns seinen Verzicht. In der Gesamtschau stellt der Fall Dunkel jedoch die Ausnahme dar, gibt es doch in der Partei keine ähnlichen Vorfälle.

7.1.4 Alternative für Deutschland (AfD)

Bei der 2013 gegründeten *Alternative für Deutschland* (AfD) handelt es sich um eine Partei, die noch einen Entwicklungsprozess hinsichtlich ihrer genauen Positionierung durchmacht. Den Anlass für die Entstehung bot die Kritik an der Euro-Rettungspolitik von deutscher Bundesregierung und Europäischer Union. Ende 2014 änderte sich die Schwerpunktsetzung, stand doch fortan die Migrationspolitik im Zentrum. Nach internen Konflikten erfolgte im Juli 2015 eine personelle Umgestaltung: Frauke Petry löste Bernd Lucke ab, wobei der Führungswechsel[472] auch für einen Politikwechsel stand: Die nationalkonservative ersetzte die bisher verfolgte liberalkonservative

469 Lars Fischer, The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, Cambridge 2007; Rosemarie Leuschen-Seppel, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978.

470 Saskia Richter, Antisemitismus und Bündnis 90/Die Grünen. Der Umgang mit Antisemitismus und Antizionismus in Parteigeschichte und Gegenwart, in: Ionescu/Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 123–151.

471 Vgl. hierzu die Ausführungen im Abschnitt zur FDP.

472 Dieser ging auch mit dem Austritt vieler als Liberale geltenden Parteimitglieder einher. Sie organisierten sich in der neuen Partei »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (ALFA) die sich heute Liberal-Konservative Reformer (LKR) nennt..

Richtung. Gleichzeitig bildete sich ein noch weiter rechts stehender Flügel um den Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, Björn Höcke. Bei diesen Entwicklungen spielte die Einstellung zum Antisemitismus keine Rolle, es kam jedoch zu einigen Skandalen und Vorfällen:

7.1.4.1 Der Fall Peter Ziemann

Peter Ziemann, Informatiker und Schatzmeister des hessischen Landesvorstands, veröffentlichte kurz nach seinem Amtsantritt im Frühjahr 2013 auf *Facebook* ein Foto des früheren sowjetischen Diktators Josef W. Stalin mit einem Kommentar über die freiheitliche demokratische Grundordnung und das politische System der Bundesrepublik Deutschland: »Mir sind nationale Korruption und Mafiosi lieber – bei denen weiß man zumindest, woran man ist – als die internationalen Mafiosi, die unter dem Deckmantel von Demokratie, Humanismus und Multikulti die Menschheit in einen öko-faschistischen Gefängnisplaneten versklaven wollen.« An anderer Stelle hieß es: »Der heutige Sozialismus, der sich Demokratie schimpft, muss das gleiche Schicksal wie der Ostblock vor mehr als 20 Jahren erleiden. Nur so können wir die satanistischen Elemente der Finanz-Oligopole von den westlichen Völkern wieder abschütteln, die wie die Zecken das Blut der Völker aussaugen und die Körper mit tödlichen Bakterien verseuchen.«[473] Darüber hinaus meinte Ziemann, dass der Staat »die Unterwanderung der Gesellschaft mit kriminellen Migranten« fördere. Dahinter steckten aber bestimmte Mächte. Als solche nannte er die US-amerikanische Unternehmerfamilie Rockefeller, das jüdische Bankhaus Rothschild und den jüdischen Investor George Soros sowie die »ganzen freimaurerisch organisierten Tarnorganisationen, die ein Großteil unserer Politiker-Attrappen über ihre Führungsoffiziere steuern«.[474] Allgemein müsste demnach davon ausgegangen werden, dass Drahtzieher von Freimaurern und Superreichen die Demokratie, die eigentlich schon ein Sozialismus sei, unterwanderten und versklavten.

Der damalige Bundessprecher Konrad Adam erhob schwere Vorwürfe gegen das nur wenige Tage zuvor gewählte Vorstandsmitglied: Derartige Äußerungen seien geeignet, die AfD in die rechte Ecke zu rücken, wohin die Partei nicht gehöre. Ziemanns Agieren schädige sie und müsse Konsequenzen haben. Der zweite Landessprecher Gunter Nickel erklärte, derartige Auffassungen seien vom Grundgesetz her nicht mehr gedeckt. Der kurzzeitige Schatzmeister habe sich gar eines nationalsozialistischen Sprachgebrauchs durch die vielen Ungeziefer-Metaphern bedient.[475] Ziemann wurde mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben, postete aber weiterhin auf *Facebook* einschlägige Kommentare.[476]

Ziemann bedient sich in seinen Aussagen eines judenfeindlichen Duktus mit den Topoi klassischer antisemitischer Verschwörungstheorien. Der frühere AfD-Politiker behauptete die Existenz einer Konspiration insbesondere von jüdischen Finanzakteuren und Freimaurern zur Umsetzung ihrer Weltherrschaft. Ziemann suggeriert, dass die mächtigen Entscheidungsträger die »Finanz-Oligopole« seien. Er arbeitet aber auch mit biologistischen Kategorien, die sich im klassischen »Rasse«-Diskurs wiederfinden lassen. Da ist vom »Blut der Völker« und den »tödlichen Bakterien« die Rede. Auch wenn es hier keine direkten Bezüge zu Juden gibt, so steht in der Gesamtschau dieser Sprachgebrauch für die rassistische Variante. Angesichts der Deutlichkeit der Formulierungen kann es nicht verwundern, dass die bestehende Demokratie als tatsächliche Diktatur diffamiert wird. Ziemann wollte nicht nur bestimmte Gegebenheiten kritisieren, er trat für deren fundamentale Überwindung ein. Deutlicher kann sich eine extremistische Grundposition kaum artikulieren.

7.1.4.2 Der Fall Jan-Ulrich Weiß

2014 veröffentlichte Jan-Ulrich Weiß, der als Nachrücker in den Brandenburger Landtag einziehen sollte, auf *Facebook* eine Bildcollage mit Text. Dort hieß es: »›HALLO Mein Name ist Jacob Rothschild. Meine Familie ist mehr als 500 Trillionen Dollar schwer. Wir haben weltweit so gut wie jede Zentralbank im Besitz. Wir finanzieren immer beide Seiten von jedem Krieg, schon seit Napoleon. Wir steuern deine Nachrichten Medien, ol (sic!) und deine Regierung. … DU HAST WAHRSCHEINLICH NOCH NIE VON MIR GEHÖRT …‹«[477] Daneben fanden sich zwei Fotos des Investmentbankers Jacob Rothschild und eine Karikatur, die Ähnlichkeiten mit Rothschild aufwies und stark an die Figur des »Mr. Burns« aus der Zeichentrickserie »Die Simpsons« erinnerte. Burns ist in der Comic-Serie ein Atomkraftwerksbesitzer und steht als Inkarnation für einen geldgierigen Kapitalisten. Insofern sind hier durchaus antisemitische Konnotationen denkbar.

473 Zitiert nach: Ohne Autor, AfD-Vorstand des Amtes enthoben, in: FAZ, 19.12.2013, http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/hessischer-landesverband-afd-vorstand-des-amtes-enthoben-12719304.html (eingesehen 4.12.2016).

474 Zitiert nach: Joachim F. Tornau/Carsten Meyer, Alternative für Deutschland. Richtungsstreit bei AfD eskaliert, in: FR-Online, 20.12.2013, http://www.fr-online.de/landespolitik/alternative-fuer-deutschland-richtungsstreit-bei-afd-eskaliert,23887878,25676910.html (eingesehen 4.12.2016).

475 Ohne Autor, AfD-Vorstand des Amtes enthoben; Tornau/Meyer, Richtungsstreit bei AfD eskaliert.

476 Carsten Meyer/Joachim F. Tornau, Hessischer AfD-Politiker hetzt gegen Juden, in: FR-Online, 22.7.2016, http://www.fr-online.de/rhein-main/rechtsextreme--hessischer-afd-politiker-hetzt-gegen-juden-,1472796,34532290.html (eingesehen 4.12.2016).

477 Zit. nach: Ohne Autor, Antisemitismus in der AfD; Alternative ganz rechts, in: taz, 3.11.2014, http://www.taz.de/!5029568/ (eingesehen 4.12.2016).

Nachdem dies bekannt geworden war, schloss die AfD-Fraktion Weiß nach einstimmigem Votum aus. Darüber hinaus beantragte der brandenburgische Parteivorstand ebenfalls einstimmig den Parteiausschluss beim Schiedsgericht.[478] Die Art der Darstellung wurde – in Anlehnung an das judenfeindliche Hetzblatt der NS-Zeit – als »Stürmer«-Stil angesehen. Das beantragte Eilverfahren zum Parteiausschluss scheiterte jedoch sowohl vor dem Bundes- wie dem Landesschiedsgericht der Partei. Als Grund wurde angeführt, dass die abgebildete Karikatur aus einem anderen Kontext stamme und »Mr. Burns« zeige. Weiß verließ zwar die Fraktion, blieb aber in der Partei. Als Uckermärker Kreisvorsitzender nahm er sogar weiter eine Parteifunktion wahr.

Da der Vorwurf der Volksverhetzung gegen Weiß erhoben wurde, kam es zu einem Prozess; im Juni 2016 wurde er vom Amtsgericht Prenzlau freigesprochen. Sein Anwalt erklärte, das Bild sei nicht eindeutig gegen eine religiöse Gruppe gerichtet gewesen. Außerdem hätte sein Mandant nicht gewusst, dass er die Karikatur öffentlich gemacht habe. Die Richterin führte in ihrem Urteil aus, dass Bild und Text mehrdeutig seien. Ein eindeutig antisemitischer Hintergrund könne nicht belegt werden. Die Staatsanwaltschaft hatte indessen für eine Geldstrafe von 5000 Euro plädiert. Weiß selbst bemerkte, er habe damit nur das Großkapital kritisieren wollen, beherrsche es doch die Weltpolitik. Antisemitisch sei er nicht, da doch auch der Mann seiner Cousine jüdischer Abstammung wäre.[479]

Beim Blick auf die Fotos und den Text fällt zunächst auf, dass es keine direkten Aussagen zu Juden gibt. Gleichwohl macht der inhaltliche Kontext deutlich, dass mit der Karikatur sowohl Aussagen des politischen wie des sozialen Antisemitismus propagiert werden. Die Formulierungen spielen auf die Existenz einer geheimen Macht an, die Medien, Politik und Wirtschaft steuert. Gemeint sein sollen damit das Bankhaus und die Familie Rothschild. Mit der Formulierung »seit Napoleon« wird auf eine jahrhundertlange Existenz einer solchen Verschwörung verwiesen. Damit stehen diese Aussagen im Einklang mit der antisemitischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts, die in dem jüdischen Bankhaus den konspirativen Machtfaktor sah. Weiß erklärte nach seinem Freispruch, das Großkapital beherrsche die Weltpolitik. Damit ließ er erneut verschwörungsideologische Prägungen erkennen. Die Karikatur entstammte zwar nicht, wie ursprünglich angenommen, dem »Stürmer«, aber sie vermittelt im Gesamtkontext ein ähnliches Zerrbild.

Auffällig bei der Betrachtung des Falls ist, dass die brandenburgische Landtagsfraktion und der brandenburgische Parteivorstand einstimmig für einen Ausschluss von Weiß votierten. Dies war bei anderen Fällen nicht so. Gleichwohl konnte sich der Parteivorstand gegenüber den Schiedsgerichten nicht durchsetzen. Und auch in der AfD selbst verfügte Weiß über Rückhalt. Der fraktionslose Landtagsabgeordnete erhielt von seinem Kreisverband politische Unterstützung: Die Antisemitismusvorwürfe seien »konstruiert« und »unhaltbar«.[480] Es stellt sich daher die Frage, inwieweit die Entscheidungen von allen Mitgliedern der übergeordneten Gremien der Partei aus inhaltlichen oder aus strategischen Motiven gefällt wurden. Der Freispruch vom Vorwurf der Volksverhetzung ändert an dem Antisemitismus-Befund sowohl für die Forschung wie für die Partei nichts. Denn einschlägige Einstellungen können auch in eindeutigen Anspielungen und müssen nicht nur immer in direkten Hassbildern gegen alle Juden vorkommen.

7.1.4.3 Der Fall Gunnar Baumgart

Der *Grünen*-MdB Volker Beck und der Hamelner SPD-Vorsitzende Ingo Reddeck stellten 2015 Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener gegen Gunnar Baumgart, der kurz zuvor noch Mitglied im Vorstand des AfD-Kreisverbands Weserbergland gewesen war. Den Anlass für die Anzeige bot ein Link zu einem Artikel in dem Blog »Wissenschaft3000«, worin es bezogen auf den Holocaust hieß: »Zyklon B diente zum Schutze des Lebens. Kein einziger Jude ist durch eine Tötungs-Gaskammer umgebracht worden.« Nachdem ihm die Anzeige bekannt geworden war, erklärte Baumgart gegenüber den Medien: »Ich habe mich niemals der Holocaust-Leugnung schuldig gemacht.« Er sei nur gegen die Folgen für deren Protagonisten gewesen: »Ich habe angeführt, dass ich missachte, dass Leute, die den Holocaust leugnen, nach Paragraf 130 verknackt werden. Auf gut deutsch: dass sie ins Gefängnis kommen.«

478 Marion Kaufmann, Grüne stellen Strafanzeige gegen Jan-Ulrich Weiß. AfD-Chef Gauland will Nachrücker loswerden, in: Märkische Allgemeine, 26.9.2014, http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Region/Springe/Nachrichten/Bad-Muender-Vorwurf-der-Volksverhetzung (eingesehen 4.12.2016); Ohne Autor, Antisemitismus-Vorwurf. AfD will Abgeordneten aus Partei ausschließen, in: Süddeutsche Zeitung, 29.9.2016, http://www.sueddeutsche.de/politik/antisemitismus-vorwurf-afd-will-abgeordneten-aus-partei-ausschliessen-1.2151619 (eingesehen 4.12.2016).

479 Ohne Autor, Karrikatur auf Facebook. AfD-Politiker vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen, in: Der Spiegel, 29.6.2016, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-politiker-jan-ulrich-weiss-vom-vorwurf-der-volksverhetzung-freigesprochen-a-1100511.html (eingesehen 4.12.2016); Ohne Autor, Amtsgericht sieht keinen antisemitischen Bezug. AfD-Politiker Weiß nach Streit um Karikatur freigesprochen, in: rbb-Online, 29.6.2016, http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/06/jan-ulrich-weiss-von-afd-wegen-volksverhetzung-vor-gericht.html (eingesehen 4.12.2016).

480 Ohne Autor, Cottbuser Ermittler untersuchen Vorwürfe. AfD-Fast-Landtagsabgeordneter ist Fall für den Staatsanwalt, in: rbb-Online, 3.11.2014, http://www.rbb-online.de/extra/landtagswahl-brandenburg-2014/beitraege/AfD-Uckermark-Jan-Ulrich-Weiss-Volksverhetzung-Strafanzeige.html (eingesehen 4.12.2016).

Da Baumgart daraufhin auch aus seiner Partei kritisiert wurde, veröffentlichte er im Internet eine weitere Klarstellung. Darin bemerkte er: »Da ich mehrfach durch Freunde darauf aufmerksam gemacht wurde, dass untenstehende Aussage [Damit war das erwähnte »Wissenschaft3000«-Zitat gemeint, *Anm. d. Verf.*] missverstanden werden kann, möchte ich hier eindeutig klarstellen, dass ich die Meinung der genannten Personen nicht teile! Ich möchte mit dem Beitrag lediglich zum Ausdruck bringen, dass es meiner Meinung nach nicht in Ordnung ist, Leute für ihre Meinung, und sei sie noch so abwegig, ins Gefängnis zu stecken!« Und direkt danach schrieb er weiter: »Jeder, der den Leuchter Report gelesen hat, jeder, der Ernst Zündel und seine Aussagen kennt und jeder der mit offenen Augen Auschwitz besucht hat, jeder der das Unrecht, welches Germar Rudolph [sic!] und vielen anderen widerfahren ist, weiss es!!! Wenn ich Kinder hätte, würden sie den Geschichtsunterricht in Deutschland nicht besuchen«.[481]

Baumgart erklärte außerdem, er habe große Sympathien für Israel. Wenn jemand sage, das habe alles früher gar nicht stattgefunden, dann dürfe man dies seiner Auffassung nach verbreiten, selbst wenn er diese Meinung nicht teile. Auch in der AfD lösten Baumgarts Bekundungen und die kritische Presseberichterstattung entsprechende Reaktionen aus: Manfred Otto, der Vorsitzende der Ortsgruppe Weserbergland, erklärte auf Anfrage: »So etwas hat keinen Platz bei uns in der AfD. Wir haben mit Baumgart bereits gesprochen und ihm gesagt, dass wir ihn aus der Partei rausschmeißen werden.« Er erwarte eine Austrittserklärung. Auch der niedersächsische Landesvorsitzende Armin-Paul Hampel bekundete: »Für so jemanden ist kein Platz bei uns.«[482] Baumgart trat aus der Partei aus.[483] Sein Agieren hatte darüber hinaus auch noch berufliche Konsequenzen: Baumgart, der als Qualitätsmanager in einem Seniorenstift arbeitete, wurde von seinem Arbeitgeber mit sofortiger Wirkung freigestellt.[484]

Entgegen Baumgarts eigener Darstellung trat er in seinen Äußerungen keineswegs nur gegenüber den Holocaust-Leugnern für Straffreiheit ein. Er veröffentlichte einen Link, worin die Existenz von Gaskammern und der Judenmord geleugnet wurden. Darüber hinaus benannte er als Autoren einschlägige rechtsextremistische Quellen. Erst nachdem dies bekannt geworden war, distanzierte sich Baumgart gegenüber den Holocaust-Leugnern und ihren Positionen. Damit hat man es hier mit einer Form des sekundären Antisemitismus (→ Definition) zu tun, wobei das Abstreiten oder die Relativierung der Massenmorde an den Juden einen Sonderfall darstellt. Derartige Aussagen münden indirekt auch im politischen Antisemitismus: Denn sie gehen davon aus, dass die Geschichtsschreibung über die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch eine große »jüdische Konspiration« mit historischen Verfälschungen zustande kam.

Baumgart war zum Zeitpunkt des Skandals ein einfaches Parteimitglied, kein halbes Jahr zuvor hatte er noch als Mitglied des Kreisvorstands Weserbergland eine Funktion auf kommunaler Ebene innegehabt. Aufgekommen war der Skandal durch Strafanträge von Politikern anderer Parteien. Nachdem dadurch das Agieren von Baumgart öffentlich bekannt geworden war, reagierte zunächst der Kreisverband, dann aber auch der Landesverband. Unklar bleibt hier, ob zumindest auf der kommunalen Ebene die Positionen von Baumgart nicht schon früher hätten auffallen müssen. Der AfD-Ortsgruppenvorsitzende distanzierte sich dann aber nach Bekanntwerden der Äußerungen von Baumgart öffentlich sehr deutlich. Direkt danach legte er Baumgart den Parteiaustritt nahe. Auch der Landesvorsitzende zog binnen kurzer Zeit einen deutlichen Trennstrich. Einer langwierigeren Auseinandersetzung kam der Betroffene dann dadurch zuvor, dass er aus der AfD mit der Begründung austrat, er wolle Schaden von der Partei abwenden.

7.1.4.4 Der Fall Wolfgang Gedeon

Der 2016 in den Landtag von Baden-Württemberg gewählte Abgeordnete Wolfgang Gedeon veröffentlichte 2012 das Buch »Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten«. Darin befasst er sich u. a. mit Christentum, Islam und Judentum, wobei Gedeon die moralischen und theologischen Differenzen der Religionen aus seiner Sicht hervorheben will. Dort heißt es: »Wie der Islam der äußere Feind, so waren die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes.«[485] Daneben beschäftigt sich Gedeon in diesem Buch auch mit den »Protokollen der Weisen von Zion« (→ Medien), die von ihm für echt gehalten werden. Er schreibt: »Es wird aber nirgendwo ersichtlich, dass die Urheber der Protokolle, die auch auf dem Baseler

481 Alle Zitate nach: Jens Rathmann/Thomas Thimm, Vorwurf der Volksverhetzung, in: Hannoversche Allgemeine, 13. 8. 2015, http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Region/Springe/Nachrichten/Bad-Muender-Vorwurf-der-Volksverhetzung (eingesehen 4. 12. 2016).

482 Dietmar Neuerer, AfD. Fall von Holocaust-Leugnung in der AfD?, in: Handelsblatt, 15. 8. 2015, http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/alternative-fuer-deutschland-fall-von-holocaust-leugnung-in-der-afd/12191980.html (eingesehen 4. 12. 2016).

483 Ohne Autor, Nach Holocaust-Skandal: Gunnar Baumgart verlässt AfD, in: Dewezet, 17. 8. 2015, http://www.dewezet.de/region/ticker_artikel,-nach-holocaustskandal-gunnar-baumgart-verlaesst-afd-_arid,732472.html (eingesehen 4. 12. 2016).

484 DRK beurlaubt Gunnar Baumgart. Arbeitgeber ist wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung entsetzt, in: Schaumburger-Zeitung, 13. 8. 2015, http://www.szlz.de/startseite_artikel,-drk-beurlaubt-gunnar-baumgart-_arid,731592.html (eingesehen 4. 12. 2016).

485 Wolfgang Gedeon, Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten. Eine Kritik des westlichen Zeitgeistes, Frankfurt a. M. 2012.

Zionistenkongress von 1897 nicht offen, sondern nur in einer geheimen Parallelveranstaltung aufgetreten sind, in irgendeiner Weise repräsentativ für das jüdische Weltkollektiv wären.« Gedeon glaubt, eine »zionistische Minderheit« als die eigentlichen Autoren identifizieren zu können. Er differenziert zwischen Juden und Zionisten, spricht aber gleichzeitig vom »jüdischen Weltkollektiv«. Außerdem behauptet Gedeon, dass es Parallelen zwischen den Ausführungen in den »Protokollen« zu »Strategie und Taktik und zum Beispiel den politischen Methoden der Brüsseler EU«[486] gäbe.

Dass es sich hier um keinen Ausrutscher oder eine Fehldeutung handelt, macht ein Blick in eine frühere Buchpublikation deutlich: Gedeon hatte 2009 unter dem Pseudonym »W. G. Meister« ein dreibändiges Werk mit dem Titel »Christlich-europäische Leitkultur« veröffentlicht. Der zweite Band »Über Geschichte, Zionismus und Verschwörungspolitik« enthält mehrere Abschnitte über die »Protokolle der Weisen von Zion«. Gleich zu Beginn schrieb Gedeon: »Die Protokolle sind mutmaßlich keine Fälschung.« Dabei ignoriert er, dass das aus diversen fiktionalen Textvorlagen zusammengestellte Machwerk bereits 1921 als Plagiat entlarvt worden war. Gedeon hält jedoch an anderen Zuschreibungen fest: »Ich halte die Beurteilung Fleischhauers [...] für plausibel: Danach handelt es sich um die Mitschrift einer Geheimtagung.« Ulrich Fleischhauer war in den 1930er- und 1940er-Jahren der Leiter des antisemitischen Nachrichtenbüros »Welt-Dienst«, das eine gleichnamige Zeitschrift herausgab. Und schließlich bemerkt Gedeon: »Wer die Geschichte und Politik der letzten 100 Jahre betrachtet, muss konzedieren, dass viele der in den Protokollen aufgeführten Elemente und Praktiken schon tatsächlich umgesetzt wurden.«[487]

Die Rede vom »jüdischen Weltkollektiv« suggeriert die Existenz eines imaginierten homogenen Kollektivs, das keine reale Grundlage hat. Gedeon bedient sich alter antisemitischer Stereotype und meint ernsthaft, dass die aktuelle Entwicklung in Gesellschaft und Politik im Lichte der »Protokolle der Weisen von Zion« gesehen werden müsse. Dies macht die tiefe Prägung durch antisemitische Verschwörungstheorien deutlich. Gedeon sieht aber auch noch andere Akteure am Werk, seien doch die Freimaurer »eine konspirative politische Organisation«, die eine »freimaurerische Weltregierung«[488] zum Ziel hätte. Gedeon vertritt so die Vorstellung einer »jüdisch-freimaurerischen Verschwörung«. Der spätere AfD-Landtagsabgeordnete teilt damit eine historisch, insbesondere von der NS-Propaganda genutzte Vorstellung, distanziert sich aber von Hitler, allerdings mit einer besonderen Motivation: »Mein Hauptvorwurf ist, dass er ein biologistischer Heide war, der Deutschland und Europa in radikaler Weise entchristlicht und verheidet hat.«[489] Andere denken da eher an die Etablierung einer totalitären Diktatur oder die Massenmorde an den Juden. Die Begründung für seine Distanzierung ergibt sich aus Gedeons fundamentalistischem Verständnis des Christentums. Dies erklärt auch, warum er den »talmudistischen Ghetto-Juden« als inneren »Feind des christlichen Abendlands« ansieht. Auch bei seiner Apologie der »Protokolle der Weisen von Zion« stützt Gedeon sich auf einen Autor aus dem katholischen Fundamentalismus.[490]

Gedeons Auslassungen schöpfen aus dem Repertoire des religiösen und politischen Antisemitismus. Hinzu kommt, bezogen auf den Geschichtsrevisionismus, die sekundäre Variante (→ Definition). Dies machen die Ausführungen zur NS-Vergangenheit deutlich: Die Auffassung, wonach die Hauptschuld daran der Hitler-Regierung zuzuschreiben sei, hält Gedeon für eine »im wesentlichen vom Zionismus diktierte Version«. Bezogen auf den Holocaust räumt er zwar ein, dass die »Massenmorde an den europäischen Juden singulär« gewesen seien und man hier nicht »relativieren« könne. Trotzdem müssten der »Holocaust-Revisionismus und die Geschichtsdissidenten« ernst genommen werden. Deren Ausführungen sollten kritisch geprüft werden: »Andernfalls wäre es ehrlicher, gleich ein Wahrheitsministerium im Orwellschen Sinn einzurichten und es beim *Zentralrat der Juden in Deutschland* anzusiedeln.«[491]

Angesichts der Deutlichkeit eines religiösen, politischen und sekundären Antisemitismus in Gedeons Schriften und deren starker Beachtung in der medialen Berichterstattung, verdient der parteiinterne Umgang damit besonderes Interesse: Wie reagierte die AfD-Führung auf Bundes- und auf Landesebene? Die Aufdeckung der antisemitischen Konspirationsvorstellungen[492] und der Einschätzung, Holocaust-Leugner seien »Dissidenten«[493], erfolgte nicht durch die Partei. Die AfD reagierte auf kritische Medienberichte. Dabei stellt sich zunächst die Frage, ob die Einstellungen von Gedeon nicht bereits vorher

486 Ebenda, S. 277 f.

487 W. G. Meister (= Wolfgang Gedeon), Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam, Bd. II: Über Geschichte, Zionismus und Verschwörungspolitik, Frankfurt a. M. 2009, S. 466 und 480.

488 Ebenda, S. 268.

489 Ebenda, S. 187.

490 Ebenda, S. 466, gemeint ist Johannes Rothkranz mit seinen verschwörungsideologischen Publikationen.

491 Ebenda, S. 157, 221, 223 und 239.

492 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Wolfgang Gedeon und die »Protokolle der Weisen von Zion«, in: hagail.com, 26. 5. 2016, http://www.hagalil.com/2016/05/wolfgang-gedeon/ (eingesehen 4. 12. 2016).

493 Vgl. Hans. W. Saure/Anton Maegerle, Skandal um antisemitisches Buch von W. Gedeon. AfDler nennt Neo-Nazi Horst Mahler einen Dissidenten, in: BILD, 1. 6. 2016, http://www.bild.de/politik/inland/alternative-fuer-deutschland/antisemitisches-buch-46065860.bild.html (eingesehen 4. 12. 2016).

hätten bekannt gewesen sein müssen. Da er selbst mit Büchertischen und Internethinweisen dafür warb, liegt die Vermutung nahe. Hinzu kommt, dass der AfD-Bundesvorsitzende und AfD-Landtagsfraktionsvorsitzende Jörg Meuthen bereits früh über andere absonderliche Auffassungen Gedeons Bescheid wusste. Er fürchtete gar bei deren Bekanntwerden um einen Imageschaden, unternahm aber nichts.[494]

Nachdem die Auffassungen von Gedeon durch die Medienberichterstattung wahrgenommen worden waren, äußerten sich die führenden AFD-Politiker Gauland, Meuthen und Petry dazu relativ deutlich: Es handele sich um antisemitische Aussagen. Daraufhin sollte ein Ausschluss aus der AfD-Fraktion erfolgen, wofür aber Meuthen bei mindestens drei Probeabstimmungen keine nötige Zweidrittelmehrheit erhielt. Er hatte sogar mit seinem Austritt aus der Fraktion und seinem Rücktritt als Vorsitzendem gedroht. Darüber hinaus betonte Meuthen, dass der Eindruck von antisemitischen Auffassungen in der AfD nicht nur die Erfolge bei Wahlen gefährden würde, sondern möglichicherweise auch die Beobachtung durch den Verfassungsschutz motivierten.[495] Meuthen argumentierte also nicht in Richtung einer Ablehnung des Antisemitismus, sondern stellte die Nachteile für die Partei heraus. Dennoch gelang es ihm nicht, eine Mehrheit für Gedeons Ausschluss zu bekommen. Mit der Ankündigung, entsprechende Gutachten einzuholen, sollte offenkundig Zeit gewonnen werden.

Durchaus überraschend trat Meuthen daraufhin mit zwölf weiteren AfD-Abgeordneten aus seiner eigenen Fraktion aus. Damit war diese schon zwei Monate nach den Wahlen zerbrochen.[496] Gleichzeitig intervenierte die Bundessprecherin Frauke Petry, reiste zu Gesprächen nach Stuttgart und drängte Gedeon offenbar zum »freiwilligen« Verzicht. Sie erhoffte sich dadurch, dass die Fraktion wieder zusammenfinden würde. Dies war aber nicht der Fall, denn Meuthen erklärte: An seinem Austritt und dem seiner Anhänger würde sich dadurch nichts ändern. Diese Einstellung könnte man inhaltlich gut begründen, denn die verbliebenen zehn Abgeordneten der ursprünglichen AfD-Fraktion hatten sich zu Gedeon bekannt. Damit wurde in aller Deutlichkeit klar, wie es um die Auffassungen zu Fragen des Antisemitismus gerade in der Landtagsfraktion der AfD steht, die als besonders gemäßigt und seriös gilt. Noch nicht einmal aus taktischen Erwägungen heraus wollten sich zehn Abgeordnete klar gegen den Antisemitismus Gedeons positionieren.[497]

7.1.4.5 Bedeutung der Antisemitismus-Fälle in der Partei

Beim Blick auf die Fälle gilt es zu beachten: Es handelt sich nur um bekannte und eindeutige Beispiele, und diese stehen nicht notwendigerweise für die Gesamtpartei. Zum erstgenannten Aspekt sei hier noch kursorisch auf zwei Beispiele aus Sachsen-Anhalt verwiesen: Das heutige Landesvorstandsmitglied Dirk Hoffmann kommentierte 2014 auf *Facebook*: »Gerade die Israelis werfen und Deutschen immer wieder den Haulocaust vor. Was aber die Israelis in Gaza machen ist mindestens genauso schlimm. Was in Gaza abläuft kann man denke ich als Völkermord bezeichnen.«[498] Und der heutige Landtagsabgeordnete Volker Olenicak hatte auf seiner *Facebook*-Seite mehrfach Beiträge aus rechtsextremistischen Internetseiten zustimmend kommentiert. Dabei teilte er 2015 ein Foto der Bundeskanzlerin, das folgenden Kommentar enthielt: »Verräterin Merkel gefährdet den Frieden in Europa. Rücktritt der zionistischen US-Agentin.«[499]

Doch welche Bedeutung haben derartige Einstellungen in der gesamten Partei? Die Antwort auf diese Frage kann zwischen der Deutung »Ausnahmefälle« und der Interpretation »Gesamtbild« erfolgen. Eine genaue Einschätzung ist gegenwärtig nicht möglich: Dazu bedürfte es Daten über die Einstellung von Parteimitgliedern, die durch eine Umfrage zustande kommen müssten. Eine derartige Studie liegt aber weder für die AfD noch für eine andere Partei vor. Es lässt sich hier allenfalls eine Hypothese über einen Umweg formulieren: Betrachtet man die empirische Forschung (→ Empirische Studien) zu den antisemitischen Einstellungspotenzialen hinsichtlich des jeweiligen Wahlverhaltens, so kann folgende Faustformel daraus abgeleitet werden: Je eher eine linke Auffassung besteht, desto geringer der Antisemitismus, je eher eine rechte Auffassung besteht, desto höher der Antisemitismus.[500] Da die AfD eine »rechte« Partei ist, dürften demnach auch

494 Justus Bender/Rüdiger Soldt, Im Eiferer-Modus gegen Juden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.2016.

495 Roland Muschel, »Es geht hier um alles«, in: Badische-Zeitung, 18.6.2016, http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/es-geht-hier-um-alles--123252255.html (eingesehen 9.12.2016).

496 Rüdiger Soldt, Scheitern auf ganzer Linie, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10.7.2016.

497 Armin Pfahl-Traughber, Keine Entscheidung, sondern nur eine Vertagung (22.6.2016), in: hagalil.com, 22.6.2016, http://www.hagalil.com/2016/06/afd-4/ (eingesehen 4.12.2016).

498 chr, Ranghohes AfD-Mitglied aus Sachsen-Anhalt postet antisemitische Inhalte bei Facebook, in: Huffingtonpost, 8.10.2014 (Orthographie und Grammatik im Original), http://www.huffingtonpost.de/2014/10/08/afd-facebook-antisemitisch_n_5951890.html (eingesehen 4.12.2016).

499 Hagen Eichler, Internet-Hetze holt AfD-Mann ein, in: Volksstimme, 2.6.2016, http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/20160602/landtag-internet-hetze-holt-afd-mann-ein (eingesehen 4.12.2016).

500 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin 2012, S. 60 f. Beim antizionistischen Antisemitismus besteht eine Ausnahme bei dieser Regel, wobei hier aber auch bezogen auf die Items nach der Trennschärfe gefragt werden kann.

derartige Einstellungen bei den Mitgliedern höher als in anderen Parteien sein.

Diese Einschätzung würde auch erklären, warum in der AfD solche Vorfälle besonders häufig vorkommen. Aber auch diese Erkenntnis gestattet noch keine quantitative Wertung. Indessen besteht für die AfD offenkundig ein Antisemitismus-Problem, das aber für sich allein aus ihr noch keine judenfeindliche Partei macht. Denn in den meisten Fällen reagierten sowohl die Bundes- wie die Landesführung negativ auf entsprechende Skandale. Es gab häufig Distanzierungen, aber nicht immer Konsequenzen: Während in den meisten Fällen jeweils Fraktions- und Parteiausschlüsse angeregt wurden, geschah in anderen Fällen gar nichts. Dies gilt etwa für die Aufnahme des früheren CDU-MdB Martin Hohmann. Auch konnten die beiden AfD-Funktionäre aus Sachsen-Anhalt auch nach Bekanntwerden ihrer Positionen ihre Karriere parteiintern erfolgreich fortsetzen. Auffällig in diesem Kontext ist, dass alle erwähnten Fälle von Journalisten, Politikern oder Wissenschaftlern thematisiert wurden. Die AfD ging nicht von sich aus gegen antisemitische Mitglieder vor.

7.1.4.6 Antisemitismus im innerparteilichen Machtkampf

Der Fall Gedeon zeigt, welchen hohen Stellenwert das Thema Antisemitismus auf unterschiedlichen Ebenen im innerparteilichen Machtkampf einnimmt. Gleiches gilt für die Außendarstellung der AfD: Der Blick auf die Entwicklung der Wahlen in Europa macht deutlich, dass eine »Rechtspartei« nur dann Erfolge verbuchen kann, wenn sie sich von dem Ideengut faschistischer und nationalsozialistischer Parteien zwischen den 1920er- und 1940er-Jahren zumindest formal distanziert. Dazu gehört auch die öffentliche Ablehnung des Antisemitismus, was insbesondere für die politische Kultur in Deutschland gilt. Dies bedeutet hinsichtlich der AfD, dass Distanzierungen durch die Führung aus innerer Einsicht wie auch aus strategischer Rücksichtnahme erfolgen können. Antisemitismus ist dann als solcher für die Partei relevant. Dies erklärt, warum er im Kontext von Islam und Muslimen offensiv thematisiert wird.

Der Fall Gedeon verdeutlicht darüber hinaus, wie die Einstellung gegenüber der Judenfeindschaft im innerparteilichen Machtkampf instrumentalisiert wird. Nachdem Gedeons antisemitische Auffassungen in den Medien breiter thematisiert wurden, erklärten mit Gauland, Meuthen und Petry die führenden AfD-Politiker ihre Distanz und forderten Konsequenzen. Ein entsprechender Entschluss des Parteivorstands war ohne Petry erfolgt. Zwar gilt diese als öffentliches Gesicht der Partei und ist auch eine der beiden Vorsitzenden. Aufgrund ihrer Alleingänge und ihres Verhaltens ist ausgerechnet sie in der Führung aber isoliert und umstritten. Der zweite Vorsitzende Meuthen hoffte nun wohl, in seiner Landtagsfraktion das Problem schnell lösen zu können. Obwohl Meuthen einen hohen Imageschaden beschwor und mit seinem eigenen Rücktritt drohte, erhielt er bei keiner der mindestens drei Probeabstimmungen eine Mehrheit für den Ausschluss Gedeons. Der Erfolg von Petrys Intervention, die Gedeon zum Rücktritt veranlasste, hat ihr am Ende zum innerparteilichen Sieg verholfen, hatte sie doch das Problem um den Skandal scheinbar gelöst. Es ging aber schon gar nicht mehr um die Bekämpfung des Antisemitismus, sondern um die Machtposition in der Partei. Denn beide Akteure artikulierten danach ihre Hoffnung, dass die getrennten Fraktionen wieder verschmelzen könnten. Dies würde aber bedeuten, dass es eine Kooperation mit Landtagsabgeordneten geben würde, die sich in dem besagten Konflikt zugunsten eines Mandatsträgers mit judenfeindlichen Verschwörungsvorstellungen positionierten. Eine glaubwürdige inhaltliche Distanzierung sähe sicherlich anders aus.

7.1.4.7 Zwischenfazit

Es lässt sich festhalten, dass Antisemitismus und Judentum gegenwärtig sowohl im Selbstverständnis wie in der Wirkung für die AfD nicht relevant sind. Es gibt aber auch keinen ausgeprägten Anti-Antisemitismus, sieht man einmal davon ab, dass die Judenfeindschaft diskursiv den Muslimen zugeschrieben wird. Damit deutet sich ein instrumentelles Verhältnis der Partei zum Umgang mit Antisemitismus an. Dies erklärt auch die ambivalenten Reaktionen bei Skandalen: Die Führung distanzierte sich bei Medienberichten schnell von Vorkommnissen. Dabei wurden die entsprechenden Fälle extern und nicht intern thematisiert. Dies macht deutlich, dass ein intensiveres Interesse an deren Vermeidung wohl nicht besteht. Auch scheint der Ansehensverlust das Hauptmotiv bei den Klarstellungen zu sein, denn die jeweiligen Folgewirkungen sind hinsichtlich der Konsequenzen unterschiedlich:

Handelt es sich um eindeutige Fälle auf unteren Parteiebenen, kommt es schnell zu deutlicher Ablehnung und organisatorischen Ausschlüssen. Bei Aussagen auf höherer Parteiebene gibt es zwar Distanzierungen, klare Trennungen werden aber selten gezogen. Der Fall Gedeon illustriert dieses Verhältnis: Wochenlang gelang es hier nicht, Konsequenzen aus den antisemitischen Äußerungen eines Abgeordneten zu ziehen. Gerade hier wird deutlich, dass die AfD zu den Parteien zählt, die den Antisemitismus aus strategischen Gründen ablehnen, ihn aber latent in den eigenen Reihen dulden. Demnach ist die AfD in der Gesamtbetrachtung keine antisemitische Partei, sie hat aber mit Abstand das größte Antisemitismus-Problem – zumindest von den behandelten Parlamentsparteien.

7.1.5 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)/Partei Die Linke

Die Partei, die in der medialen Aufmerksamkeit nach der AfD gegenwärtig am häufigsten mit Antisemitismus in Verbindung gebracht wird, ist *Die Linke*.[501] Diese Beobachtung irritiert zunächst, denn die inhaltlichen Grundpositionen bieten keine Anknüpfungspunkte zum Antisemitismus.[502] Von ihrem Selbstverständnis her geht es der Partei in erster Linie um die Frage der sozialen Gleichheit, für die ethnische oder religiöse Identitäten von Menschen keine Rolle spielen. Darüber hinaus distanziert sich die Partei auch ausdrücklich vom Antisemitismus, gilt er ihr doch als Bestandteil einer reaktionären und rechten Gesinnung. Wird in Politik, Publizistik und Wissenschaft von einem Problem der Linken mit dem Antisemitismus gesprochen, bezieht sich dies in erster Linie auf die Einstellung von Teilen der Partei gegenüber der Politik des Staates Israel, die sich nicht auf legitime Kritik beschränkt, sondern durchaus Grenzen überschreiten kann.

Die Linke steht für ein Sammlungsprojekt, in dem sich Anhänger unterschiedlicher sozialistischer Strömungen zusammengefunden haben. In der medialen Berichterstattung hat sich die Rede von »Reformern« und »Traditionalisten« eingebürgert. Mit dieser Einteilung lässt sich indessen allenfalls idealtypisch die Komplexität der Zusammensetzung erfassen, daher sei für die hier zu behandelnde Fragestellung nur auf zwei Strömungen verwiesen: Ein Großteil der Mitglieder in den ostdeutschen Ländern entstammt nicht nur der *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS), sondern auch ihrer Vorläuferpartei, der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED). Obwohl diese Personen eine politische Sozialisation sowohl allgemein in Richtung des Marxismus-Leninismus wie besonders im Sinne einer antiimperialistischen Israelfeindlichkeit durchlaufen haben, lässt sich seit Beginn der 1990er-Jahre eine langsame, aber stetige Abkehr und Mäßigung konstatieren.

Demgegenüber entstammt ein bedeutender Teil der westdeutschen Mitglieder – wie der Blick auf deren politische Biografie zeigt – aus unterschiedlichen linksextremistischen Organisationen. Dazu zählen marxistisch-leninistische Parteien wie die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP), maoistische Gruppierungen wie der *Kommunistische Bund* (KB) oder trotzkistische Vereinigungen wie *Linksruck* bzw. *Marx21*. Diese politischen Gruppierungen bekennen sich nicht nur zur revolutionären Überwindung der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung. Mit dieser Ausrichtung geht auch eine Feinderklärung an den Staat Israel einher, der in der politischen Konstellation des Kalten Krieges als Repräsentant des westlichen Imperialismus im Nahen Osten gesehen wurde. Demgemäß positionierten sich die Anhänger der Gruppierungen im Sinne einer internationalen Solidarität auf der arabischen bzw. palästinensischen Seite, galten die dortigen Gesellschaften und Staaten doch gegenüber Israel als unterdrückt.[503] Diejenigen Parteimitglieder, die einer antisemitischen Ausrichtung verdächtigt werden, gehören meist diesem Flügel der Partei an. Insofern gibt es im politischen Spektrum der Partei *Die Linke* eine pro-israelische Ausrichtung, die v. a. in Ostdeutschland, und eine anti-israelische Strömung, die v. a. in Westdeutschland verbreitet ist. Seit 2007 existiert zudem in der parteinahen Jugendorganisation *Linksjugend ['solid]* der »Bundesarbeitskreis Shalom«. Er macht mit seiner pro-israelischen Ausrichtung regelmäßig auf problematische Entwicklungen in der Partei aufmerksam. Diese verschiedenen Facetten der Partei *Die Linke* machen deutlich, wie vielfältig das Spektrum ist. Der dezidiert anti-israelische Flügel bildet zwar eine Minderheit. Für die Gesamtpartei jedoch handelt es sich um einflussreiche und relevante Akteure.

Inwieweit bei ihnen Antisemitismus mit Israelfeindlichkeit einhergeht, soll hier nun anhand von Beispielen erörtert werden: Die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz, die aus einem trotzkistischen Kontext stammt, positionierte sich 2006, bezogen auf den Nahostkonflikt, auf der Seite der Friedensbewegung, aber auch der Hisbollah.[504] 2008 blieben elf Abgeordnete der Partei *Die Linke* einer Abstimmung über den Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus fern. Sie begründeten dies damit, dass sie die darin erklärte Solidarität mit Israel als bundesdeutsche Staatsräson nicht mittragen wollten.[505] Der Bundestagskandidat der Partei Chris Sedlmaier beklagte 2009 eine Kriminalisierung von Hamas und Hisbollah durch die EU, solidarisierte sich mit dem »Freiheitskampf« von Saddam Hussein und erklärte Israel zu einem »rassistischen Siedlerregime«.[506] Derartige Aussagen und Vorfälle lösten im Sommer 2011 heftige Kritik an der Partei aus.

---

501 Martin Kloke, Antisemitismus in der Linkspartei. »Die Linke hat ein Problem mit Antisemitinnen und Antisemiten.«, in: Ionesu/Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 153–193.

502 Diese Aussage gilt auch gegenüber der Kapitalismuskritik, die bei Antisemiten einen Bezug auf das »Finanzkapital« bzw. die »Zinsknechtschaft« aufweist. Die Partei Die Linke, die ideologisch am Marxismus orientiert ist, nimmt denn auch eine Frontstellung in Gänze und nicht nur in Teilbereichen gegen diese Wirtschaftsform ein.

503 Armin Pfahl-Traughber, Israelfeindlichkeit zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus – eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 143–161.

504 Christine Buchholz, »Im Krieg muss sich Die Linke positionieren«. Interview mit Rüdiger Göbel, in: Junge Welt, 15.8.2006, https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2006/08-15/039.php (eingesehen 4.12.2016).

505 Vgl. Ulla Jelpke u. a., Erklärung zur Debatte. Nicht-Teilnahme an der Abstimmung am 4.11.2008, in: http://www.ulla-jelpke.de/2008/11/erklaerung-zur-debatte-nicht-teilnahme-an-der-abstimmung-am-04-november-2008/ (eingesehen 9.11.2016).

506 Uwe Kalbe, Kandidat Sedlmaier zieht sich zurück, in: Neues Deutschland, 7.5.2009.

Infolgedessen wuchs die Sensibilität in der Partei, was etwa zur Anerkennung des Existenzrechts Israel im neuen Programm von 2011 führte.

Exkurs: Anmerkungen zu Antisemitismus-Vorwürfen gegenüber der Partei Die Linke

Nach Redaktionsschluss des Berichts des ersten UEA wurde am 25. Mai 2011 eine Bundestagsdebatte zum Thema »Aktuelle sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu möglichen antisemitischen und israelfeindlichen Positionen und Verhaltensweisen in der Partei *Die Linke*« angesetzt. Darin warfen Redner aller anderen Bundestagsparteien einigen Teilen der Partei *Die Linke* antisemitische Positionen vor: CDU/CSU: »Doppelstrategie der Linken brandmarken«, SPD: »Antisemitische Vorurteile und Kampagnen«, FDP: »Teile pflegen antisemitischen Unterton« und »Grüne fordern stärkere argumentative Auseinandersetzung«.[507] Anlass dazu boten Presseberichte, wonach eine sozialwissenschaftliche Studie dies belegt habe.[508] Die Autoren Samuel Salzborn und Sebastian Voigt, beide Politikwissenschaftler, behaupteten in ihrem bis zu diesem Zeitpunkt noch unveröffentlichten Aufsatz »Antisemiten als Koalitionspartner?«, die Partei *Die Linke* habe sich seit 2010 affirmativ zum Antisemitismus positioniert.[509] Die Grundlage für diese Einschätzung waren mehrere Vorfälle, in denen Abgeordnete und Funktionsträger der Partei sich zum Nahostkonflikt geäußert hatten. Der folgende Exkurs will anhand von Beispielen die Frage erörtern, ob es sich hierbei um Antisemitismus handelt.

Teilnahme an der Gaza-Flottille

Insbesondere bezüglich der Teilnahme von drei Bundestagsabgeordneten der Partei *Die Linke* an der »Gaza-Flottille« kamen Vorwürfe des Antisemitismus auf: Ende Mai 2010 hatten sich sechs Schiffe auf den Weg in Richtung Gaza-Stadt gemacht, angeblich um mit Hilfslieferungen die Blockade des Küstenstreifens zu durchbrechen. Hundert Kilometer vor dem Ziel beendeten israelische Soldaten die Aktion mit Waffengewalt, wobei neun Menschen ums Leben kamen. An Bord befanden sich auch westliche Prominente wie die Friedensnobelpreisträgerin Mairead Corrigan und der Schriftsteller Henning Mankell, aber auch mit Annette Groth, Inge Höger und Norman Paech Bundestagsabgeordnete der *Linken*. Bereits beim Auslaufen der Schiffe seien antisemitische Gesänge und Parolen zu hören gewesen: Man habe an die Vernichtung eines jüdischen Stammes durch die Armee Mohammeds erinnert, es sei der Ruf »Tod den Juden« laut geworden, und ein Aktivist habe der anrückenden israelischen Marine »Geht zurück nach Auschwitz« entgegen geschrien. In der internationalen Öffentlichkeit löste die Militäraktion gegen den Schiffskonvoi heftige Empörung über Israel aus, schienen hier doch Soldaten gegen friedliche Aktivisten vorgegangen zu sein.[510] Erst einige Zeit später wurde bekannt, dass viele Protestler keineswegs gewaltfrei agiert hatten. Darüber hinaus spielte bei der Aktion die türkische Organisation *Insan Hak ve Hürriyetleri ve Insani Yardim Vakfi* (IHH) eine wichtige Rolle. Sie gehört dem islamistischen Lager an und verfügt über einschlägige Kontakte zur *Hamas*. Offenkundig war das ganze Unternehmen ursprünglich nicht als Hilfsaktion, sondern als Propagandaprojekt organisiert worden.[511]

Verhalten gegenüber dem israelischen Präsidenten Shimon Peres

Besondere Aufmerksamkeit erregten einige Bundestagsabgeordnete der Partei *Die Linke* am 27. Januar 2010 dadurch, dass sie nach einer Rede des israelischen Präsidenten im Bundestag diesem nicht wie alle anderen Abgeordneten stehend Beifall zollten. Shimon Peres hatte anlässlich einer Gedenkstunde für die Opfer des Holocaust im Parlament gesprochen. Nach dem Ende der Rede blieben Christine Buchholz, Sevim Dagdelen und Sahra Wagenknecht demonstrativ sitzen. Während dieses Verhalten sowohl in den Medien wie in der Partei kritisiert wurde, fand es ausdrücklichen Beifall von rechtsextremistischer Seite. Wagenknecht veröffentlichte daraufhin eine Erklärung mit folgenden Worten: »Zum Gedenken an die Opfer des Holocaust habe ich mich selbstverständlich von meinem Platz erhoben. Dass ich nach der Rede von Shimon Peres nicht an den stehenden Ovationen teilgenommen habe, liegt darin begründet, dass ich einem Staatsmann, der selbst für Krieg mitverantwortlich ist, einen solchen Respekt nicht zollen kann.«[512] In einem Interview mit der *Jüdischen Allgemeinen* erklärte Wagenknecht weiter, sie habe Peres keinen Beifall gezollt, »da er seine Rede […] dazu genutzt hat, für einen Krieg gegen den Iran zu

507 Deutscher Bundestag, »Linke soll Bekenntnis gegen Antisemitismus ablegen« (Stand: 25. Mai 2011), in: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34536798_kw21_de_linke/205436 (eingesehen 9.12.2016).

508 Z.B. Jan-Philipp Hein, Ein verdrängtes Problem. Studie: In der Partei Die Linke äußern sich regelmäßig Antisemiten/Spitze schweigt, in: Frankfurter Rundschau, 19.5.2011.

509 Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik, 59 (2013) 1, S. 103–111, hier S. 103. Erst nach der Bundestagsdebatte erfolgte die Publikation, der öffentlichen Kontroverse lag ein unveröffentlichtes Manuskript zugrunde.

510 John Goetz u.a., Flucht in die Einsamkeit, in: Der Spiegel, 7.6.2010, S. 83–88.

511 Doris Akrap/Philipp Gessler, Die zweifelhaften Passagiere, in: taz, 1.7.2010.

512 Sahra Wagenknecht, Erklärung zur Rede des israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres im Bundestag am 27.1.2010, in: www.sahra-wagenknecht.de, http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/829.erklaerung-zur-rede-des-israelischen-staatspraesidenten-shimon-peres-im-bundestag-am-27-januar-2010.html (eingesehen 4.12.2016).

werben«.[513] Deutlich wird hier, dass Politiker ebenso wie die Mehrheit der Bürger Antisemitismus nur dann erkennen, wenn er sich historischer, rassistischer Komponenten bedient, aber nicht, wenn es sich um israelbezogene Formen handelt. Dennoch gehört sicherlich das Verhalten der Mitglieder der Partei *Die Linke* nach der Rede von Peres eher in den Bereich einer → »Grauzone«.

Verweigerung der Unterstützung eines Synagogenneubaus

Im Rahmen der bundesweiten öffentlichen Debatte um die Frage des Verhältnisses der Partei *Die Linke* zum Antisemitismus und zu den Juden fand ein besonderes regionales Ereignis größere Aufmerksamkeit: Im Rat der Stadt Herford wurde am 18. Juni 2010 darüber abgestimmt, ob der Neubau der örtlichen Synagoge finanziell bezuschusst werden sollte. Als einzige Abgeordnete stimmte die Vertreterin der Partei *Die Linke* Erika Zemaitis gegen diesen Antrag. Sie begründete ihre Ablehnung wie folgt: »Wenn alle Menschen in Herford Verzicht bei den öffentlichen Einrichtungen üben sollen, kann es vorerst keinen Platz für das Partikularinteresse einer Religionsgruppe geben.«[514] *Die Linke*n-Bundestagsabgeordnete Inge Höger, seinerzeit auch Kreissprecherin ihrer Partei in Herford, distanzierte sich in einer Stellungnahme von diesem Abstimmungsverhalten von Zemaitis und forderte sie zu einer Entschuldigung oder zum Rücktritt auf.[515] Grundsätzlich kann das Abstimmungsverhalten durch die Forderung nach einer strikten Trennung von Religion und Staat oder die finanzielle Notwendigkeit von Einsparungen motiviert sein. Berücksichtigt man darüber hinaus, dass im gegenwärtigen Deutschland öffentlich nur Rechtsextremisten gegen Synagogen aktiv sind, ist der Eindruck eines antisemitischen Hintergrunds nicht von der Hand zu weisen.

»Toilettenaffäre« um Auftritte israelfeindlicher Publizisten

Bei der »Toilettenaffäre« – die Formulierung hatte sich in der Medienberichterstattung eingebürgert – ging es um folgende Ereignisse: Für den 9. November 2014 war in der Berliner Volksbühne eine Diskussionsveranstaltung mit den beiden israelfeindlichen Publizisten Max Blumenthal und David Sheen zum Nahostkonflikt angekündigt. Dagegen intervenierten die beiden Bundestagsabgeordneten Volker Beck (*Bündnis 90/Die Grünen)* und Petra Pau (*Die Linke),* in deren Folge die Veranstaltung abgesagt wurde. Auf Einladung der Abgeordneten Annette Groh und Inge Höger sollte die Diskussion am 10. November stattdessen in den Räumen der Bundestagsfraktion der Partei *Die Linke* stattfinden. Der damalige Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi untersagte dies. Daraufhin wurde er von den Referenten wie auch von einigen Zuhörern persönlich bedrängt und bis auf die Toilette verfolgt. Später konnten die Ereignisse im Internet auf einem Video verfolgt werden.[516] Aus Protest gegen dieses Agieren von Bundestagsabgeordneten veröffentlichten Mitglieder der Partei die Stellungnahme »Ihr sprecht nicht für uns!«, worin gegenüber den beiden Bundestagsabgeordneten festgestellt wurde: »Wiederholt müssen wir konstatieren, dass sich […] Mitglieder unserer Partei in verantwortlichen Positionen durch Schürung obsessiven Hasses auf und der Dämonisierung von Israel antisemitischer Argumentationsmuster und eine Relativierung des Holocausts und der deutschen Verantwortung für die millionenfache Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden befördern.«[517] Dieser Auffassung kann hier zugestimmt werden.[518] Auch wenn in der Stellungnahme für die Beteiligten politische Konsequenzen gefordert wurden, kam es weder zu Fraktionsausschlüssen noch Mandatsverzichten. Annette Groth und Inge Höger hatten – daran sei hier erinnert – auch an der Gaza-Flottille teilgenommen.

513 »Konstruierte Vorwürfe«. Sahra Wagenknecht über Antisemitismus in der Linkspartei, Kritik an Israel, die Gaza-Flottille und Boykottaufrufe, in: Jüdische Allgemeine, 6.6.2011, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/10506 (eingesehen 4.12.2016).

514 Keine Ablehnung des Synagogen-Neubaus/Erika Zemaitis (Linke). Stellungnahme zu ihrem Abstimmungs-Nein, in: Herforder Kreisblatt/Westfalen Blatt, 2.7.2010, http://www.hiergeblieben.de/pages/textanzeige.php?limit=50&order=datum&richtung=DESC&z=1&id=29840 (eingesehen 4.12.2016). Die Herforder Linke unterstützte aber noch wenige Wochen zuvor die Jesidische Gemeinde, eine kurdische Religionsgemeinschaft, bei ihrem Engagement zur Errichtung eines Kulturzentrums. Journalistische Anfragen bezüglich der Gründe für das Abstimmungsverhalten blieben unbeantwortet. Vgl. Jan Jetter, Wer so alles gegen Synagogen in Deutschland aktiv ist…, in: www.blog.zeit.de, 28.6.2010, http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/06/28/wer-so-alles-gegen-synagogen-in-deutschland-aktiv-ist_3745 (eingesehen 4.12.2016).

515 Stellungnahme Inge Höger MdB zum Abstimmungsverhalten der Linken Ratsfrau Erika Zemaitis, Herford Thema Finanzzuschüsse Synagoge Herford (28.6.2010), http://www.dielinke-ostwestfalen.de/nc/presse/aktuell/detail/browse/30/zurueck/aktuell-47/artikel/stellungnahme-inge-hoeger-mdb-zum-abstimmungsverhalten-der-linken-ratsfrau-erika-zemaitis-herford-t-2/ (eingesehen 4.12.2016).

516 Markus Decker, Toilettenaffäre der Linken eskaliert, in: Berliner Zeitung, 16.11.2014, http://www.berliner-zeitung.de/-fluegelkaempfe-ruecktrittsforderungen-in-der-347552 (eingesehen 4.12.2016); Miriam Hollstein, Gregor Gysi flieht vor Antizionisten auf Toilette, in: Die Welt, 11.11.2014, https://www.welt.de/politik/deutschland/article134236216/Gregor-Gysi-flieht-vor-Antizionisten-auf-Toilette.html (eingesehen 4.12.2016).

517 Ihr sprecht nicht für uns! Eine Stellungnahme von Mitgliedern der Partei Die Linke (14.11.2014), www.ihrsprechtnichtfueruns.de (eingesehen 4.12.2016).

518 Das Wiesenthal-Center setzte die Abgeordneten auf die Liste der Antisemiten 2014, sprach aber in der Begründung nur davon, dass sie einer bedeutenden Gruppe von »Hardcore-Israelfeinden« angehörten, vgl. Marcel Leubecher, Linke-Politikerinnen auf Liste der Antisemiten 2014, in: Die Welt, 29.12.2014, https://www.welt.de/politik/ausland/article135851827/Linke-Politikerinnen-auf-Liste-der-Antisemiten-2014.html (eingesehen 4.12.2016).

7.1.5.1 Zwischenfazit

Bei den hier genannten Ereignissen handelt es sich um Fallbeispiele von problematischen Verhaltensweisen.[519] Insbesondere im linken Flügel der Partei besteht eine ausgeprägte Israelfeindlichkeit, die sich offiziell gegen die Palästinenser-Politik des Staates richtet und suggeriert, auf der Seite der Schwachen gegen die Starken zu stehen. Israel gilt nach dieser Vorstellung als imperiale Macht. Dabei artikulieren die Akteure einen ausgeprägten Antiimperialismus. Inwieweit dieser aber auch durch Antisemitismus motiviert ist, lässt sich nur bei genauer Betrachtung des Einzelfalls sagen. Zumindest sehen die Akteure offenbar keine Probleme, mit arabischen Islamisten und Nationalisten antisemitischer Prägung zu kooperieren. Dass es auch Antisemiten in der Partei gibt, wird von hohen Funktionsträgern wie etwa Bodo Ramelow nicht bestritten. Er äußerte: »Ja, es gibt Antisemiten bei uns – allerdings wie in jeder anderen Partei auch.«[520] Dann stellt sich aber auch die Frage nach deren Anteil und Ausmaß.

Eine Antwort kann mangels Datenmaterial nicht formuliert werden. Die ausgeprägte Israelfeindlichkeit einer Minderheit in der Partei lässt sich indessen klar konstatieren. Gleichwohl kann man nicht eindeutig sagen, ob diese mehr durch Antiimperialismus, mehr durch Antisemitismus oder eine Mischung von beidem motiviert ist. In den Kreisen der Partei *Die Linke* besteht bezogen auf Israel ein Negativ-Bild. Damit geht gleichzeitig als Positiv-Bild eine Wahrnehmung seiner Feinde als emanzipatorische Kräfte der Befreiung einher, ohne deren teilweise antisemitische, frauendiskriminierende, islamistische oder nationalistische Ausrichtung zu problematisieren. Und schließlich findet in dem solche Haltungen vertretenden Flügel der Partei auch keine kritische Reflexion darüber statt, welche Wirkung ihr israelfeindlicher Diskurs in der Öffentlichkeit entfalten kann. All dies ignoriert auch die Kritik von Wolfgang Gehrcke, Mitglied im Parteivorstand, der 2015 in einer Buchpublikation »Rufmord« behauptet hatte, es gebe eine »Antisemitismus-Kampagne gegen links«. Er sprach hier gar von einem »politischen Kampfbegriff gegen Antifaschisten und Linke«.[521]

7.1.6 Freie Demokratische Partei (FDP)

Auch für die *Freie Demokratische Partei* (FDP)[522] gilt, dass es von ihrem politischen Selbstverständnis her eigentlich keine Anknüpfungspunkte für Antisemitismus gibt. Diese Grundeinstellung motivierte bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einzelne Juden, sich in liberalen Parteien politisch zu betätigen. Dies hatte die später von Antisemiten propagierte Rede vom »jüdischen Liberalismus« zur Folge. Beim Liberalismus handelt es sich um kein ideologisch homogenes Lager, entstand doch bereits früh ein Nationalliberalismus als dominante Strömung. Dieser sah in der ethnischen Identität ein konstitutives Merkmal des eigenen Selbstverständnisses, was eben auch Aversionen gegen die dann ideologisch als Fremde konstruierten deutschen Juden einschließen konnte. Diese besondere Tradition des deutschen Liberalismus erklärt auch, warum die FDP nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland nicht wie später politisch zwischen CDU/CSU und SPD stand. Vielmehr nahm sie eine Position rechts von den Unionsparteien ein. Ihr gehörten in den 1950er- und 1960er-Jahren auch Personen an, die in der Ära der NS-Diktatur mitunter hohe Funktionen im System bekleidet hatten. Dies galt v. a. für die Landesverbände in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Auch wenn die Annahme eines Unterwanderungsversuchs (Stichwort »Naumann-Verschwörung«) mittlerweile durch die Forschung als übertrieben eingeschätzt wird,[523] kann die Anziehungskraft auf und die Präsenz von ehemaligen Nationalsozialisten schwerlich übersehen werden.

Eine Abkehr der FDP von der frühen nationalliberalen Prägung erfolgte erst Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre. Daher kann auch nicht verwundern, dass danach Anspielungen und Ressentiments gegen Juden nicht mehr auszumachen waren. Dies änderte sich indessen im Kontext der »Möllemann-Affäre« (2002) um den nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Jürgen Möllemann, der zuvor in seinem Bundesland bei den Landtagswahlen 2000 die FDP zu einem fulminanten Erfolg von fast zehn Prozent der Stimmen geführt hatte. Die Affäre entzündete sich an den Äußerungen des *Grünen*-Abgeordneten Jamal Karsli, der das Vorgehen der israelischen Armee mit NS-Methoden gleichsetzte und damit in die Kritik geriet. Einem möglichen Ausschluss aus der Fraktion kam er dann – mit Unterstützung von Möllemann – durch seinen Übertritt in die FDP-Fraktion zuvor. Dass seine israelfeindliche Bemerkung auch antisemitisch motiviert war, machte Karsli dann kurze Zeit

519 Vgl. zur kritischen Einschätzung der Positionen von Salzborn/Voigt u. a. Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in der Partei »Die Linke«. Eine kritische Prüfung einschlägiger Vorwürfe, in: Deutschland Archiv, 44 (2011) 3, S. 331–337. Peter Ulrich/Alban Werner, Ist »Die Linke« antisemitisch? Über Grenzen der »Israelkritik« und ihre Kritiker, in: Zeitschrift für Politik, 58 (2011) 2, S. 424–441.

520 »Ja es gibt Antisemiten bei uns« (Interview mit Bodo Ramelow), in: Der Spiegel, 27. 6. 2011, S. 42–44, hier S. 42.

521 Wolfgang Gehrcke, Rufmord. Die Antisemitismus-Kampagne gegen links, Köln 2015, S. 10.

522 Teresa Nentwig/Franz Walter, Die FDP und der latente Antisemitismus der Mitte, in: Ionescu/Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 195–243.

523 Manfred Jenke, Verschwörung von Rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961, S. 155–199; Günter Trittel, »Man kann ein Ideal nicht verraten…« Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013.

später in einem Interview ausgerechnet mit der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* deutlich: Darin sprach er vom großen Einfluss der »zionistischen Lobby«, die den größten Teil der Medienmacht in der Welt innehabe und jede auch noch so bedeutende Persönlichkeit kleinkriege.[524] Damit hatte Karsli das klassische Stereotyp der »jüdischen Verschwörung« im Sinne des politischen Antisemitismus bedient, was aber in seiner neuen Partei weder zu Distanzierungen noch zu Kritik führte.[525] Ganz im Gegenteil nutzte Möllemann fortan dieses Politikfeld zur Profilierung und Provokation in der Öffentlichkeit. Er behauptete etwa, dass der damalige Ministerpräsident Ariel Scharon die Hauptschuld am Nahostkonflikt trüge und der deutsche Fernsehjournalist jüdischen Glaubens Michel Friedman dessen politischer Propagandist sei. Möllemann machte die beiden darüber hinaus für den Anstieg des Antisemitismus selbst verantwortlich, würde doch deren gehässige und intolerante Art dessen Wirkung steigern. Damit wurde die antisemitische Argumentation bedient, nach der Juden durch ihr Verhalten selbst für Judenfeindschaft verantwortlich seien.

Das Konzept ging nicht auf: Die Partei erhielt bei der Bundestagswahl 2002 7,4 Prozent statt der angestrebten 18 Prozent der Stimmen. Darüber hinaus wurden Möllemanns Aktivitäten als Lobby-Vertreter für arabische Unternehmen wie Unregelmäßigkeiten bei seinen Wahlkampffinanzierungen bekannt. Die Bundestagsfraktion schloss Möllemann aus, er selbst verließ seine Partei. Später beging Möllemann Suizid, was in antisemitischen Kreisen diverse Verschwörungsvorstellungen motivierte.[526] Möllemann spielte mit Provokationen und Tabubrüchen, die auf antisemitische Einstellungspotenziale in der Gesellschaft setzten. Seine Partei ließ ihn in dieser Rolle gewähren und reagierte erst nach dem Scheitern des Projekts. Danach kam es nicht mehr zu Skandalen und Vorkommnissen, was man als Ergebnis eines politischen Lernprozesses deuten kann.

7.2 Stellungnahmen der Parteien zum Antisemitismus

Um Informationen über die Einstellungen der Parteien im Selbstverständnis und zu ihren Maßnahmen gegen Antisemitismus zu erhalten, wurden alle genannten Parteien mit einem einheitlichen Schreiben vom 29. Februar 2016 befragt.[527] Es wurden Antworten auf einen Katalog mit zehn Fragen erbeten. Diese erfolgten von der CDU, der CSU, der SPD, *Bündnis 90/Die Grünen,* der Partei *Die Linke* und der FDP. Keine Antworten erhielt der UEA von der AfD. Dies ist besonders bedauerlich, weil die Partei mit einschlägigen Skandalen aufgefallen ist. Die AfD-Parteiführung hielt es jedoch nicht für nötig, wie alle anderen Parteien, auf die folgenden Fragen eine Antwort zu geben.

1) Welche Maßnahmen werden ergriffen, um präventiv gegen Antisemitismus bzw. antisemitische Äußerungen vorzugehen? Wie engagiert sich die Partei gegen jegliche Art von antisemitischer Haltung? Werden dabei auch die subtilen Formen antisemitischer Ressentiments in den Blick genommen, also unterschwellige Zuschreibungen, die sich jenseits von strafbaren Inhalten bewegen?

2) Wenn ja, welche sind dies? Bei dieser Frage würden wir Sie bitten, v.a. jene Maßnahmen zu nennen, die über die Fortbildungen/das Engagement im Hinblick auf Bildungsarbeit zur nationalsozialistischen Judenverfolgung hinausgehen.

3) Sehen Sie den Antisemitismus als Problem des politischen Extremismus oder auch als eines der politischen Mitte?

4) Wie geht die Partei mit israelbezogenem Antisemitismus um? Werden Grenzen zwischen legitimer Kritik und antisemitischen Vorurteilen diskutiert?

5) Können Sie Beispiele für antisemitische Vorfälle nennen, die innerhalb der Partei diskutiert wurden? Wie wurde auf mögliche antisemitische Vorfälle reagiert?

6) Wird Antisemitismus als gesondertes Phänomen im Kontext der Tätigkeiten der Partei berücksichtigt (innerhalb des Parteiprogramms, als Richtlinien für die Ausbildung/Fortbildung etc.), oder fällt er unter andere Bereiche (Rassismus, Rechtsextremismus)? Bitte beziehen Sie auch Aktivitäten Ihrer Parteistiftung mit ein.

7) Welchen Stellenwert hat der Bericht zum Antisemitismus des ersten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus in Debatten zum Thema in der Partei. Gibt es Diskussionen hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen? Wenn ja, welche konkreten Folgen hat dies? Wenn nein, warum nicht?

524 Armin Pfahl-Traughber, Jamal Karsli und die »Junge Freiheit«: eine »antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörung«, in: Tribüne, 41 (2002) 163, S. 26 f.

525 Aufgrund der Annäherung der FDP an antiisraelische und pro-palästinensische Positionen trat mit Hildegard Hamm-Brücher 2002 eine jahrzehntelang als Repräsentantin des linksliberalen Flügels geltende Persönlichkeit aus der Partei aus.

526 Wolfgang Benz, Antisemitismus ohne Antisemiten. Die Affäre Möllemann, in: Ders., Was ist Antisemitismus?, S. 146–154.

527 Die Anschreiben wurden von Dr. Juliane Wetzel als Koordinatorin für den UEA an die jeweiligen Parteivorsitzenden gerichtet.

8) Existieren im Bereich Antisemitismus Netzwerke oder Kooperationen mit anderen Parteien, pädagogischen Einrichtungen oder wissenschaftlichen Instituten?

9) Bestehen Kontakte zu Parteiinitiativen im europäischen Ausland, die sich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen? Werden Debatten im Europäischen Parlament zum Thema rezipiert?

10) Was würden Sie aus Sicht Ihrer Partei zur nachhaltigen Bekämpfung des Antisemitismus empfehlen?

7.2.1 Christlich Demokratische Union (CDU)

Die CDU antwortete mit einem sechsseitigen Schreiben, in dem aber nicht dezidiert auf die Fragen eingegangen wurde. Es enthielt eher allgemein gehaltene Bekundungen. Darin fand sich folgende Grundposition: »Antisemitische Äußerungen und Übergriffe verurteilen wir aufs Schärfste.«[528] Die näheren Ausführungen erwecken den Eindruck, als ob die CDU Antisemitismus nur für ein Problem aus dem Extremismus hält. So ist die Rede vom »Spektrum des politischen und religiösen Extremismus« bzw. davon, dass »die Verbreitung antisemitischer und antizionistischer Hetze [...] Rechtsextremisten, Linksextremisten und Islamisten«[529] verbinde. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft außerhalb der extremistischen Bereiche kommen nicht explizit zur Sprache. Die Bezugspunkte der antisemitischen Agitation sieht die CDU im Kontext der Erinnerung an die Judenverfolgung und -vernichtung im Nationalsozialismus, aber auch bei der Hetze gegen den Staat Israel. Andere Formen werden nicht gesondert angesprochen.

Die CDU macht außerdem darauf aufmerksam, dass sie sich in Form einschlägiger Interviews, Pressemitteilungen, Statements klar gegen Judenfeindschaft positioniere. Man wolle sich auch »noch langfristiger mit den Gefahren des Antisemitismus beschäftigen, nicht nur reflexartig immer dann, wenn ein schreckliches Ereignis die politisch Verantwortlichen unter Erwartungs- und Handlungsdruck setzt«.[530] Wie dies genau geschehen soll, wird nicht ausgeführt. Die Partei listet Aussagen aus dem Regierungsprogramm von CDU/CSU für 2013 bis 2017 sowie aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD von 2013 auf, erwähnt Fachgespräche zur »Bekämpfung des Rechtsextremismus«, einen Kongress zu »Jüdisches Leben in Deutschland schützen«, ein Gespräch mit dem Präsidium des *Zentralrats der Juden in Deutschland* und ein Expertengespräch zu »Populismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus«. Ausführungen zur Einschätzung früherer Ereignisse in der CDU mit antisemitischem Kontext finden sich in dem Schreiben nicht.

7.2.2 Christlich Soziale Union (CSU)

Die CSU antwortete mit einem 13-seitigen Schreiben, das detailliert auf den Fragenkatalog einging. Als Grundposition heißt es: »Wir lassen nicht zu, dass unser Zusammenleben durch antisemitische Hetze in Frage gestellt oder das Existenzrecht Israels geleugnet wird.«[531] Mehrfach wird betont, dass sich die Partei durch vielfältige öffentliche Verlautbarungen entschlossen gegen Antisemitismus stelle und das Existenzrecht Israels als Staatsräson Deutschlands ansehe. Es gebe auch einen engen Austausch mit der jüdischen Gemeinde, außerdem räume man »der Sicherheit der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Terrorismus und Antisemitismus höchste Priorität«[532] ein. Bei den folgenden Ausführungen stellt die CSU auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus ab, erwähnt auch häufiger ihr Engagement im Kontext der Erinnerung an den Nationalsozialismus etwa hinsichtlich der KZ-Gedenkstätten.

Es heißt außerdem, »dass latent antisemitische Einstellungsmuster bei einem Teil der Bevölkerung und damit auch in der politischen Mitte vorhanden sind. Das ist uns ein Alarmsignal, dem wir ebenso entschieden entgegenwirken wie dem Antisemitismus des politischen Extremismus.«[533] Genauere Aussagen darüber, wie dies geschehen soll, finden sich in dem Schreiben nicht. Auf die Frage nach dem Umgang mit antisemitischen Vorfällen in der Partei werden zwei Beispiele erwähnt, die aber keinen direkten Bezug zur eigentlichen Frage haben. Im ersten Fall geht es etwa um das Engagement eines CSU-MdB gegen die Preisverleihung einer Stadt, die einer »Bürgerrechtsgruppe mit einer israelfeindlichen Grundhaltung«[534] zugutekommen sollte. Darüber hinaus verweist die CSU auf eine Fülle von Fortbildungsmaßnahmen ihrer Jugendorganisation wie der ihr nahestehenden *Hanns Seidel Stiftung*. Als Lehre aus dem ersten Antisemitismusbericht betont man, dass angesichts der Flüchtlingskrise der Antisemitismus im Islamismus besondere Aktualität erhalte.

528 Peter Tauber, Generalsekretär der CDU, Schreiben vom 10.6.2016 an den UEA, S. 1.

529 Ebenda, S. 1 f.

530 Ebenda.

531 Hans Michel Strepp, Hauptgeschäftsführer der CSU, Schreiben vom 13.5.2016 an den UEA, Anschreiben.

532 Ebenda, S. 2.

533 Ebenda, S. 6.

534 Ebenda, S. 10.

7.2.3 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Die SPD antwortete mit einem 13-seitigen Schreiben, das auf den Fragekatalog in einer allerdings von ihr selbst gekürzten Form eingeht. Bereits im ersten Satz heißt es: »Die SPD ist diejenige politische Kraft in Deutschland, die sich programmatisch stets dem Antisemitismus entgegen gestellt hat.« Ob damit ein Exklusivitätsanspruch erhoben werden soll, ergibt sich nicht eindeutig. Es heißt weiter, die SPD sei »die einzige Partei, in der sich ein eigener Arbeitskreis jüdischen Themen widmet«.[535] Als Maßnahmen zur Prävention wird die Förderung von Projekten gegen antizionistischen und sekundären Antisemitismus genannt, die durch Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig erfolgten. Als geförderte Projekte listete die SPD u. a. solche mit Titeln wie »Wenn Anne ein rosa Pali-Tuch trägt. Ein Lernlabor zu Antisemitismus und Jugendkultur in der Migrationsgesellschaft« oder »Schlussstrich, Weltbank, Israel – Methoden für die Auseinandersetzung mit modernen Formen des Antisemitismus« auf. Dabei geht es auch explizit um subtile Formen der Judenfeindschaft. Gleichwohl handelt es sich hier um Projekte der Bundesregierung, nicht der Partei – wenngleich das entsprechende Ressort von einer Sozialdemokratin geführt wird. Die SPD sehe, so heißt es weiter, »Antisemitismus sowohl als Problem der politischen Mitte als auch als Problem des politischen Extremismus«.[536] Was sich daraus ergibt, wird aber nicht näher ausgeführt. Bezogen auf Aussagen des antizionistischen Antisemitismus, erinnert das Schreiben daran, dass zwei SPD-Bundesminister »antijüdische Parolen auf Demonstrationen gegen den israelischen Gaza-Einsatz«[537] kritisierten. Hinsichtlich antisemitischer Vorfälle innerhalb der Partei erwähnt man als prominentes Beispiel Thilo Sarrazin mit seiner Rede davon, dass »alle Juden ein bestimmtes Gen« teilten. Ein Antrag auf Parteiausschluss sei von der Schiedskommission eingestellt worden. Darüber hinaus verweist die SPD auf eine Fülle von Konferenzen und Publikationen, die Antisemitismus im Kontext des Rechtsextremismus durch die nahestehende *Friedrich Ebert Stiftung* thematisiert hätten.

7.2.4 Bündnis 90/Die Grünen (Grüne)

Die *Grünen* antworteten mit einem fünfseitigen Schreiben, das jeweils zusammengefasst auf die zehn Fragen des Katalogs einging. Demnach habe man eine ständig tagende Rechtsextremismus-Kommission, die »die Bekämpfung des Antisemitismus« als »ein dauerhaftes Thema und nicht nur auf den rechten Antisemitismus begrenzt sehe«. Es wird hier auch dezidiert auf das »vermehrte Aufkommen antisemitischer Verschwörungsbündnisse (›Montagsdemos‹)« sowie auf »antisemitische Sprechchöre aus vermeintlichen pro-Palästinensischen [sic!] Demos während des Gaza-Kriegs 2014« hingewiesen. Darüber hinaus heißt es, man sehe »den Antisemitismus als eine Gefahr, die sich durch alle gesellschaftlichen Schichten, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften zieht. Eine Reduzierung des Antisemitismus auf eine Gefahr von Rechts [sic!] würde diesen Ansatz relativieren.«[538] Aus den zitierten Beschlüssen geht hervor, dass sich die Partei dem Antisemitismus ebenso wie anderen Diskriminierungsformen entgegen stellt.

Innerhalb der *Grünen* gebe es eine Diskussion über die »Grenzen legitimer Kritik an israelischer Regierungspolitik und israelbezogenem Antisemitismus«. Dann heißt es: »Grundsätzlich ist auch unsere Partei nicht frei von antisemitischen Stereotypen.« Als unrühmliches Beispiel wird als einziger explizit genannter Fall das Mitglied genannt, das sich im Kontext der Beschneidungsdebatte in einem »Gedicht« beleidigend gegenüber dem Judentum geäußert hatte. Er wurde vom Landesschiedsgericht verwarnt. Auf frühere Vorkommnisse wurde nicht eingegangen. Es folgt dann: »Deshalb ist uns die Auseinandersetzung mit allen Formen von Antisemitismus auch so wichtig, das heißt christlicher Antijudaismus, Antisemitismus unter Muslimen, Antisemitismus in der Linken, der Rechten und natürlich der Mitte.«[539] Wie dies genau geschieht bzw. geschehen soll, wird nicht ausgeführt. Es wird aber betont, dass eine Bekämpfung des Antisemitismus nur dann erfolgreich sein könne, wenn dessen gesamtgesellschaftliche Verbreitung erfasst werde.

7.2.5 Alternative für Deutschland (AfD)

Da die AfD sich nicht zu ihren Auffassungen zum Antisemitismus äußerte, kann hier nicht darauf eingegangen werden.

7.2.6 Die Linke

Die Partei *Die Linke* antwortete mit einem elfseitigen Schreiben, das detailliert auf den Fragebogen einging. Darin bekundet sie ihre Ablehnung des Antisemitismus. Einschlägige Äußerungen und Handlungen müssten aufgedeckt werden, wozu regelmäßige parlamentarische Anfragen der Partei zur Entwicklung antisemitischer

535 Angelica Dinger, Parteivorstand der SPD, Schreiben vom 12.5.2016 an den UEA, S. 1.

536 Ebenda, S. 5.

537 Ebenda, S. 7.

538 Simone Peter, Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, Schreiben vom 2.5.2016 an den UEA, nicht paginiert (S. 1).

539 Ebenda, nicht paginiert (S. 2).

Straftaten dienten. *Die Linke* nehme auch »subtilere Formen des Antisemitismus in den Blick. Sie versteht den Antisemitismus als ein Kennzeichen der traditionellen extremen Rechten in all ihren Schattierungen, der aber tief in der Mitte der Gesellschaft wurzelt und immer wieder durch Repräsentanten der Mitte gesellschaftsfähig gemacht wird.«[540] Ausdrucksformen der Judenfeindschaft aus linken oder migrantischen Kontexten werden demnach an dieser Stelle nicht thematisiert. Das Engagement der Partei erwachse aus der historischen Verantwortung Deutschlands. Es wird dann auf Beschlüsse verwiesen, wonach jede Form des Antisemitismus abgelehnt und die Anerkennung des Staates Palästina angestrebt werde.

Die Stellungnahme bedauert, dass im ersten Antisemitismus-Bericht nicht eine Rede von Gregor Gysi zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels von 2008 Erwähnung fand. Dabei handelte es sich aber nicht um eine Positionierung zum Antisemitismus, sondern eben zum Staat Israel. Als Beleg für den innerparteilichen Umgang mit dem Thema wird darüber hinaus auf einen zwischen 2012 und 2016 erfolgten einzigen Parteiausschluss wegen antisemitischer Äußerungen gegenüber der Politik Israels verwiesen. Darüber hinaus erwähnt die Antwort kritisch mehrere Fälle, in denen Funktions- und Mandatsträger ohne Absprache an bedenklichen Demonstrationen und Veranstaltungen teilnahmen, hätte dort doch eine Kritik an der israelischen Politik in antisemitische Äußerungen übergehen können. In der Bildungsarbeit der parteinahen *Rosa Luxemburg Stiftung* werde, so heißt es in einer Erklärung zu deren Selbstverständnis, Antisemitismus »nicht als ›Anhängsel‹ der Neofaschismus-Debatten im Lande, sondern als eigenständiger Schwerpunkt betrachtet«.[541]

7.2.7 Freie Demokratische Partei (FDP)

Die FDP antwortete mit einem vierseitigen Schreiben, das knapp auf die zehn Fragen einging. Man lehne alle Diskriminierungsformen ab, müsse diesen entschlossen entgegentreten und auch die »subtilen Formen von Ressentiments und sekundärem Antisemitismus« beachten.[542] Was damit genau gemeint ist und wie dies geschehen soll, wird nicht ausgeführt. Als Maßnahmen werden beispielhaft die Teilnahme einer Landtagsabgeordneten am Kippa-Flashmob gegen Antisemitismus, die Beteiligung an einem fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag in einem Landtag und der Israelbesuch einer Landtagsfraktion erwähnt. Mit AfD und *Pegida*, so eine geäußerte Befürchtung, könne der Antisemitismus »von den politischen Extremen in die politische Mitte« vorstoßen. Demnach scheint die Partei das Thema gegenwärtig noch eher in den »Extremen« angesiedelt zu sehen. Genauere Ausführungen dazu, etwa ob es nur die rechten oder in welchem Ausmaß auch andere Extreme seien, finden sich in der sehr kurzen Stellungnahme nicht.

Hinsichtlich der Frage nach einem antizionistischen bzw. israelbezogenen Antisemitismus heißt es, man diskutiere in der Partei über die Grenzziehung zwischen legitimer Kritik und antisemitischen Vorurteilen. Es sei hier besondere Behutsamkeit vonnöten: »Denn einerseits muss im politischen Diskurs berechtigte Kritik auch gegenüber Freunden und Partnern immer möglich sein. Andererseits darf diese Kritik aber auch nicht sekundärem Antisemitismus ungewollt Vorschub leisten.«[543] Gemeint war hier wohl antizionistischer Antisemitismus. Bezogen auf innerparteiliche Vorgänge findet sich noch folgende Ausführung zu einem früheren Ereignis: »Die beispielhaft intensivste Auseinandersetzung der FDP mit Antisemitismus – der Fall Möllemann im Jahr 2002 – zeigt gleichzeitig den entschiedenen Umgang der Freien Demokraten mit solchen Vorfällen: Ausschöpfung der satzungsrechtlich möglichen Parteiordnungsverfahren bis zum Parteiausschluss.«[544] Indessen erfolgte seinerzeit eine solche Maßnahme keineswegs so konsequent und schnell wie hier angedeutet.

7.2.8 Antworten im Gesamtvergleich

In den Antworten distanzierte sich jede Partei eindeutig vom Antisemitismus und rief zu Aufklärung und Bekämpfung auf. Dies entspricht in der Bundesrepublik Deutschland dem öffentlichen anti-antisemitischen Grundkonsens. Bezogen auf das Ausmaß des Antisemitismus äußerten sich die Parteien nicht näher, hinsichtlich der Verortung unterschiedlich: Die CDU und FDP sahen ihn primär im Extremismus, die CSU deutete zurückhaltend auch eine Präsenz in der »Mitte« an. SPD, die *Grünen* und *Die Linke* betonten deutlicher einen Antisemitismus in der »Mitte«, wenngleich dazu jeweils keine näheren Ausführungen gemacht wurden. Die Partei *Die Linke* hob die Präsenz des Antisemitismus in der »Mitte« und bei Rechtsextremisten hervor, thematisierte aber nicht näher die Frage eines »linken Antisemitismus«. Gleichwohl benannte die Stellungnahme kritisch einige Ereignisse, in denen Funktions- und Mandatsträger sich israelfeindlich geäußert hatten, ohne aber hier dezidiert von Antisemitismus zu sprechen.

540 Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer Die Linke, Schreiben vom 29.4.2016 an den UEA, S. 1.

541 Ebenda, S. 9.

542 Nicola Beer, Generalsekretärin der FDP, Schreiben vom 29.2.2016 an den UEA, S. 1.

543 Ebenda, S. 2.

544 Ebenda.

Da es im Berichtszeitraum 2011 bis 2016 kaum antisemitische Vorkommnisse in den Parteien gab, hielten sie sich mit Stellungnahmen dazu zurück. Die SPD, die *Grünen* und *Die Linke* nannten jeweils einen Fall. Die FDP spielte auf die länger zurückliegenden Ereignisse um die »Möllemann-Affäre« an, CDU und CSU gaben keine Vorfälle an. Die Bekämpfung des Antisemitismus wurde von allen Parteien meist im Kontext der Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Erinnerung an den Nationalsozialismus gesehen. Zwar schien es ein Bewusstsein für mögliche judenfeindliche Versatzstücke bei der Kommentierung israelischer Politik zu geben, indessen wurde darauf hinsichtlich potenzieller Maßnahmen nicht näher eingegangen. Gleiches gilt für andere Formen des Antisemitismus. Die von der SPD genannten Projekte wurden nur durch ein SPD-geführtes Ministerium gefördert, erfolgten aber nicht aus der Partei selbst heraus. Auch die anderen Parteien entwickelten kaum Engagement gegen Antisemitismus außerhalb des Holocaust-Kontextes.

7.2.9 Fazit

In der Gesamtschau lässt sich zunächst sagen, dass in den Parteien eine hohe Sensibilität gegenüber dem Thema besteht. Inwieweit dies Ergebnis einer inneren Einsicht oder Rücksichtnahme auf öffentliche Stimmungen ist, kann nicht gesagt werden. Es gab aber auch keine Ereignisse mehr wie die »Hohmann«- oder »Möllemann«-Skandale. Im erstgenannten Fall hatte die CDU zwar zunächst noch zurückhaltend, dann aber doch konsequent reagiert. Dies geschah auch gegen innerparteilichen Widerstand. Dieser Flügel in der Partei hat in den letzten Jahren immer mehr an Relevanz eingebüßt. Dies minimiert die Möglichkeit derartiger Vorkommnisse in der Zukunft. Die FDP hatte seinerzeit nicht so eindeutig und schnell auf das Phänomen »Möllemann« reagiert, wie sie es in der Antwort auf das Schreiben des UEA nahelegte. Dennoch stand das Ende der Affäre für eine Lehre, die schon aus rein strategischen Gründen die Sensibilität für das Thema verstärken dürfte.

In ihrer Antwort hatte die SPD nahegelegt, in besonderer Art und Weise schon immer gegen Judenfeindlichkeit gewesen zu sein. In der historischen Gesamtschau kann dem bis in die Gegenwart hinein durchaus zugestimmt werden. Bei den *Grünen* haben die israelfeindlichen Strömungen im Laufe ihrer Entwicklung an Relevanz verloren. Dadurch finden sich kaum noch Bezugspunkte für Kommentare zum Nahostkonflikt mit einschlägiger antisemitischer Umdeutungsmöglichkeit. Diesbezüglich verhält es sich bei der Partei *Die Linke* anders: Einerseits ist sie im Bereich von Anfragen hinsichtlich von Ereignissen mit Antisemitismus-Bezug durch einzelne Abgeordnete wie Petra Pau sehr engagiert, andererseits tummeln sich in einem Flügel der Partei immer noch Mitglieder mit ausgeprägt israelfeindlichen Grundpositionen. Auch wenn die Führung eine distanzierende Haltung einnimmt, fehlt es an eindeutigen Konsequenzen, was Folgen für solche Parteiangehörige einschließen würde. Demnach besteht für *Die Linke* hier weiterhin ein Problem.

Im historischen Rückblick lässt sich bei den Parteien eine bedenkliche Instrumentalisierung von Skandalen konstatieren: Antisemitische Ereignisse in den eigenen Reihen wurden meist von den Medien, nicht aber von Parteimitgliedern thematisiert. Demnach bestehen durchaus Optimierungspotenziale für interne Sensibilisierungen, wozu z. B. Fortbildungsmaßnahmen dienen könnten.

Bezüglich der Maßnahmen gegen Antisemitismus sprechen alle Parteien von mehr Engagement. Dabei konzentriert sich deren Aufmerksamkeit auf politische Bildung,[545] wobei die Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung de Juden im Zweiten Weltkrieg im Zentrum steht. Gelegentlich wurden auch andere und neuere Formen der Judenfeindschaft erwähnt,[546] was insbesondere für die *Grünen* gilt. Indessen finden sich kaum Ausführungen darüber, wie man diesem gegenwärtigen Antisemitismus entgegentreten will. Die Antworten auf die Fragen des UEA enthalten daher zwar eine Auflistung von allgemeinen Bekundungen, die aber nicht mit konkreten Modellen verbunden sind. Dies gilt auch für die Frage nach der Grenzziehung bei der Kritik an Israel, die sich zwischen menschenrechtlichen Einwänden und judenfeindlichen Ressentiments bewegen kann. Die FDP, die *Grünen* und *Die Linke* sprechen das Thema an. Allerdings gibt es dazu keine näheren Ausführungen, ist doch nur vom kontinuierlichen Diskussionsprozess die Rede.

Bei allen kritischen Anmerkungen zu den Parteien kann deren grundsätzliche Ablehnung des Antisemitismus konstatiert werden. Bezüglich der AfD lässt sich eine solche eindeutige Bewertung nicht vornehmen, wenngleich sich deren Führung auf Nachfrage von der Judenfeindschaft distanziert. Zunächst hat der UEA zur Kenntnis nehmen müssen, dass die AfD die einzige Partei war, die auf den Fragenkatalog keine Stellungnahme vorlegte. Da es aber gerade dort mit einer gewissen Regelmäßigkeit zu einschlägigen Skandalen kam, hätte sich die Führung angesichts der vielen Fälle im Laufe ihrer erst kurzen Existenz positionieren können. Es handele sich um

545 Um dabei den Eindruck von einem hohen Engagement zu vermitteln, listeten die Parteien auch Seminare zu anderen Themen auf. Dazu gehörten Arbeitskreise zum politischen Extremismus oder Besuche in israelischen Institutionen, was nicht notwendigerweise für eine Auseinandersetzung mit der Judenfeindschaft stehen muss.

546 Dies war bei den Antworten auf die Fragen an die Parteien im ersten Expertenbericht nicht der Fall. Eine solche Einsicht ist begrüßenswert, erklärt sich aber auch möglicherweise durch die dezidierte Ansprache dazu im Fragenkatalog.

Einzelfälle, lauteten häufig öffentliche Statements dazu. Beim Blick auf die Parteien kann indessen konstatiert werden, dass es in keiner anderen Partei derart häufig und regelmäßig solche Vorkommnisse gab.

Handlungsempfehlungen – Antisemitismus und Parteien

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

- **… allen Parteien regelmäßige Selbst- und Fremdevaluationen zu Aktivitäten der Parteien gegen Antisemitismus sowie zu Antisemitismus in den eigenen Reihen.**
  Die demokratischen Parteien sollten sich (1) regelmäßig mit der Frage beschäftigen, welche Aktivitäten sie gegen aktuellen Antisemitismus unternehmen und inwieweit hier u. a. die Empfehlungen des *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* Berücksichtigung finden und (2) sich von sich aus und selbstkritisch mit möglichen antisemitischen Tendenzen in den eigenen Reihen beschäftigen und derartige Vorkommnisse nicht nur offensiv bei anderen konkurrierenden Parteien strategisch instrumentalisieren.

- **… die Gründung einer fraktionsübergreifenden Parlamentariergruppe im Bundestag und den Landtagen, die sich mit Fragen zum Antisemitismus beschäftigt und dazu in regelmäßigen Abständen einen Bericht veröffentlicht.**

- **… der Partei *Die Linke,* die bei manchen Mitgliedern bestehenden israelfeindlichen Tendenzen parteiintern kritisch zu beobachten und auf antisemitische Tendenzen hin zu überprüfen.**

- **… der Partei *Alternative für Deutschland* einen klaren Trennungsstrich zu sich antisemitisch äußernden Abgeordneten und Tendenzen in der Partei zu ziehen, sofern sie sich als anti-antisemitisch und demokratisch verstehen will.**

8 Antisemitismus in politischen Bewegungen und Organisationen

Im Bericht des ersten UEA stand als einzige politische bzw. soziale Bewegung das globalisierungskritische Netzwerk *Attac* und die Frage nach dessen Nähe zu antisemitischen Einstellungen im Fokus der Analyse. Folgt man den tagespolitischen Entwicklungen seit der letzten Berichterstellung hat *Attac* im öffentlichen Diskurs mittlerweile erheblich an Bedeutung verloren, und andere Zusammenschlüsse, vornehmlich mit rechtspopulistischen Ausrichtungen, haben sich entwickelt. Hier stellt sich die Frage, inwiefern diese neueren Gruppierungen sich antisemitischer Argumentations- und Agitationsmuster bedienen bzw. anschlussfähig für Antisemitismus sind. Zu nennen sind hier insbesondere die »Montagsmahnwachen«, *Pegida* sowie das Phänomen der »Reichsbürger«. Aber auch der Antisemitismus in rechtsextremistischen Bewegungen ebenso wie in salafistischen Gruppen, die in Deutschland agieren, sollen eingehender betrachtet werden.[547]

8.1 Antisemitismus in der rechtsextremistischen Bewegung

8.1.1 Rechtsextremismus als soziale Bewegung

Beim Blick auf die Entwicklung des Rechtsextremismus seit den 1990er-Jahren fällt auf, dass dieser verstärkt den Charakter einer Bewegung annimmt. Diese Einsicht führte bereits früh dazu, dass in der Forschung vom »Rechtsextremismus als sozialer Bewegung« gesprochen wurde[548] – eine Annahme, die durchaus auch der Eigenwahrnehmung der Rechtsextremen entsprach, sah man sich doch als *Nationale Außerparlamentarische Opposition* (NAPO). In Anlehnung an die linke *Außerparlamentarische Opposition* (APO) Ende der 1960er-Jahre wollten die rechtsextremistischen Akteure eine ähnlich öffentliche Präsenz zeigen. Auch wenn hier das propagandistische Element in der Eigenwahrnehmung unverkennbar ist, kann die Bewegungsförmigkeit des Rechtsextremismus dennoch nicht ignoriert werden. Einige Sozialwissenschaftler formulierten ihren Unmut: Angesichts der propagierten Fremdenfeindlichkeit könne man nicht von einer sozialen Bewegung sprechen. Dabei ignorierten die Kritiker,[549] dass die Bezeichnung rechtsextremistischer Gruppierungen als »soziale Bewegung« sich an klassischen Definitionen sozialer Bewegungen orientiert: Eine soziale Bewegung ist demnach »ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen«.[550] Die Definition stellt auf Handlungs- und Organisationsformen ab. Es geht nicht – wie etwa bei Parteien – um feste Strukturen, solche können aber ein Bestandteil des Phänomens sein. Bewegungen bestehen vielmehr aus losen Zusammenschlüssen, die angesichts von Gemeinsamkeiten in Einstellungen, Forderungen und Stimmungen kooperieren. Die dabei aufkommende Ablehnung, Distanz oder Kritik gegenüber etablierter Politik muss nicht zwangsläufig »fortschrittlich« oder »links« sein.

Betrachtet man rechtsextremistische Akteure und deren Interaktion, so wird die Angemessenheit und auch der Erkenntniswert der Rede vom »Rechtsextremismus als sozialer Bewegung«[551] deutlich. Darunter zu fassen sind die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) mit 6650 Mitglieder, ca. 5200 Neonazis, die meist in »Kameradschaften« organisiert sind, und subkulturell geprägte Rechtsextremisten mit ca. 8200 Personen.[552] Die Verbindung dieser verschiedenen Gruppen lässt sich nicht mehr allein durch Parteien- und Wahlforschung oder Gewalt- und Jugendforschung untersuchen. Gerade angesichts der

547 Keine Betrachtung findet hier aufgrund der geringen Relevanz für den deutschsprachigen Raum die BDS-Bewegung (BDS steht für die englichen Begriffe »Boycott«, »Divestment« und »Sanctions«), die sich gezielt mit einem Waren-Boykott gegen Israel richtet und sich dabei z. T. einer Sprache bedient, die die Grenze der Kritik an Israel als Staat überschreitet und antisemitische Stereotype nutzt. Die BDS-Bewegung spielt international eine wichtige Rolle. Dabei muss jedoch unterschieden werden zwischen (1) dem Boykott von Waren aus den Siedlungsgebieten und (2) einem Boykott ganz Israels, der nicht nur Waren umfasst, sondern auch Personen mit einschließt.

548 Hans-Gerd Jaschke, Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer Konflikte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12 (1992), S. 1437–1447; Ders., Rechtsradikalismus als soziale Bewegung. Was heißt das?, in: Vorgänge, (1993) 122, S. 105–116.

549 Vgl. u. a. Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 6 (1993) 2, S. 17–24; Thomas Ohlemacher, Schmerzhafte Episoden: Wider die Rede von einer rechten Bewegung im wiedervereinigten Deutschland, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 7 (1994) 4, S. 16–25.

550 Dieter Rucht, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss, Frankfurt a. M. 1985, S. 338, vgl. zur Einordnung in die Forschung auch Boris Holzer, Politische Soziologie, Baden-Baden 2015, S. 115–131.

551 Werner Bergmann/Rainer Erb, Eine soziale Bewegung von rechts? Entwicklung und Vernetzung einer rechten Szene in den neuen Bundesländern, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 7 (1994) 2, S. 80-98; Armin Pfahl-Traughber, Noch einmal: Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 16 (2003) 4, S. 43–54.

552 Die Angaben folgen: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin 2016, S. 45.

Auflösung starrer Grenzen zwischen den Organisationen, dem Bedeutungsanstieg öffentlicher Demonstrationen, dem Bemühen um alltagskulturelle Verankerung, der Entwicklung einer rechtsextremistischen »Gegen-Kultur«, der Herausbildung moderner Netzwerkstrukturen oder der Relevanz subkultureller Prägungen wird Bewegungsforschung als notwendiges Untersuchungsmittel offenkundig.

8.1.2 Antisemitismus in der Ideologie des Rechtsextremismus

»Rechtsextremismus« kann als eine Bezeichnung für politische Bestrebungen definiert werden, die sich zum einen gegen die Normen und Regeln einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft wenden und zum anderen dabei die ethnische Identität zum hauptsächlichen Kriterium des politischen Selbstverständnisses machen. Letzteres artikuliert sich meist in einer nationalistischen bzw. rassistischen Grundposition. Sie steht für die Auffassung von einer Ungleichwertigkeit von Menschen: Aus angeblichen oder tatsächlichen ethnischen Unterschieden leitet man einerseits die Höherwertigkeit der Eigengruppe (»Arier«, »Deutsche«) und andererseits die Minderwertigkeit der Fremdgruppe (»Ausländer«, »Juden«) ab.

Daher spielt auch der nationalistische und rassistische Antisemitismus (→ Definition) eine besondere Rolle. Er gehört zu den zentralen Bestandteilen der Ideologie des Rechtsextremismus. Ganz allgemein lässt sich sogar sagen, dass das organisatorisch, programmatisch und strategisch keineswegs homogene politische Lager hier über eine Gemeinsamkeit verfügt. Die Ideologie des gegenwärtigen Rechtsextremismus ist von diesen ideengeschichtlichen Traditionen nicht nur bezüglich der Judenfeindschaft geprägt. Darüber hinaus gibt es noch andere Bezüge, die mit der Ideologieform des sekundären Antisemitismus und der Zeit nach dem Nationalsozialismus zusammenhängen. Mit der Erinnerung an den Holocaust verbindet sich für Rechtsextremisten eine moralische Last, die zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Wertvorstellungen überwunden werden muss. Der damit verbundene »Schuldabwehr-Antisemitismus«[553] wirft den Juden vor, sie nutzten die Erinnerung an den Völkermord für ihre eigenen Vorteile aus. Durch dieses Argumentationsmuster wird eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen: Die Mahnung der Nachkommen und Überlebenden des Massenmordes wird als Akt der Aggression gegen Deutsche gesehen.

8.1.3 Antisemitismus in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD existiert seit 1964 und ist mit 5200 Mitgliedern die größte Partei im gegenwärtigen Rechtsextremismus.[554] Ab Mitte der 1990er-Jahre entwickelte sie sich von einer »deutsch-nationalistischen« hin zu einer »völkisch-sozialistischen« Orientierung. Damit einher ging eine Ausrichtung an Elementen der nationalsozialistischen Ideologie und auch ein Anstieg antisemitischer Bekundungen. Dennoch musste die NPD aus strategischen Gründen eine gewisse Zurückhaltung üben, denn es bestand immer die Möglichkeit eines Parteiverbots oder die Verurteilung wegen Volksverhetzung.

Dies erklärt auch, warum in der vom »Amt für Öffentlichkeitsarbeit« der NPD herausgegebenen Broschüre »Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung« mit dem Titel »Argumente für Kandidaten & Funktionsträger« Veränderungen hinsichtlich eines eindeutigen Bezugs auf sozialen Antisemitismus vorgenommen wurden. Zunächst hatte es geheißen: »Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort v. a. an der Ostküste der USA.«[555] In einer Neuausgabe lautete der zweite Satz dann nur noch: »Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort v. a. an der Ostküste der USA.«[556] Die eindeutige Formulierung »jüdisch« findet sich hier nicht mehr, jedoch wird weiterhin der Code »Ostküste« genutzt, der als Chiffre für »jüdische Bankiers« an der Wall Street steht.

Eine andere Formulierung, die dem »Schuldabwehr«- bzw. sekundären Antisemitismus entspricht, lautet: »Antisemitismus meint wohl die Kritik an Juden? Selbstverständlich darf man auch Juden kritisieren. Die von jüdischer Seite seit mehr als 65 Jahren penetrant betriebene Schuldanklage und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen. Die psychologische Kriegführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk muss ein Ende haben.«[557] Im letzten Satz zeigt sich darüber hinaus ein politischer Antisemitismus. Derart deutliche und

553 Werner Bergmann, »Nicht immer als Tätervolk dastehen«. Zum Problem des Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland, in: Dirk Ansorge (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Paderborn/Frankfurt a. M. 2006, S. 81–106.

554 Marc Brandstetter, Die NPD unter Udo Voigt. Organisation, Ideologie, Strategie, Baden-Baden 2013; Armin Pfahl-Traughber, Der »zweite Frühling« der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, Sankt Augustin 2008.

555 NPD-Parteivorstand/Amt für Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, 2. Auflage, Berlin 2006, S. 19.

556 NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Wortgewandt: Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2. Auflage, Berlin 2012, S. 31.

557 Ebenda, S. 16 f.

scharfe Formulierungen findet man gleichwohl seltener in offiziellen Stellungnahmen. Sie machen aber die eigentliche Grundposition in der NPD deutlich, die ansonsten mehr durch Andeutungen, Insinuationen und Suggestionen vermittelt wird. Dies gilt insbesondere für die Artikel in der *Deutschen Stimme,* dem monatlich erscheinenden Parteiorgan. Dort finden sich mit Anspielungen, Codes, Insinuationen oder Symbolen regelmäßig derartige Stellen.

8.1.4 Antisemitismus in der Neonazi-Szene

Deutlicher artikuliert sich der Antisemitismus in der Neonazi-Szene,[558] wofür es handlungsbezogene wie ideologische Gründe gibt. Die Neonazi-Szene bekennt sich offen zum historischen Nationalsozialismus. Da dort der Judenfeindschaft ein herausragender Stellenwert zukam, gilt dies für dessen gegenwärtige Protagonisten in gleicher Weise. Einschränkungen erklären sich eher strategisch, um Verbotsmaßnahmen zu vermeiden. Gleichwohl geht es der Neonazi-Szene nicht wie der NPD um ein direktes Hineinwirken in die Mehrheitsgesellschaft. Entsprechend drückt sich ihre offene Ablehnung der geltenden Gesetze auch in der Praxis deutlicher aus.

Dabei werden auch aktuelle Fragen und Themen aufgegriffen, wozu z. B. die Kommentierung des Nahostkonflikts gehört. Dort positioniert sich die Neonazi-Szene israelfeindlich und mitunter auch pro-palästinensisch. So kursierte während des erneuten Aufflammens des Gaza-Konflikts im Sommer 2014 ein Aufklebermotiv mit der Aufschrift »Israel war gestern. Lang lebe Palästina!«, wobei deutschnationalistische und palästinensische Symbole miteinander verbunden wurden.[559] Die auch unter Demokraten kursierende Kritik am israelischen Vorgehen wurde von den Neonazis zur judenfeindlichen Propaganda umgedeutet. Die rechtsextremistische Kleinpartei *Der III. Weg* bemerkte: Der *Zentralrat der Juden in Deutschland* habe einen »kläglichen Versuch« unternommen, »den völkermordenden zionistischen Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk öffentlich zu verteidigen und mit einer losgetretenen Antisemitismusdebatte vom kindermordenden Raubstaatsgeschwür im Nahen Osten abzulenken«.[560]

Auch die andere neonazistische Klein-Partei *Die Rechte* äußerte sich im gleichen Kontext, wobei die feindseligen Äußerungen zu Israel mit antiwestlichen Stereotypen verknüpft wurden. Als Alleinschuldiger galt der jüdische Staat, dessen Legitimität mit der Rede von einem Konstrukt negiert wurde: »Die Ursache für die anhaltenden Flüchtlingsströme aus dem Nahen Osten liegt u. a. in der Apartheidspolitik des israelischen Staates, der die palästinensische Bevölkerung entrechtet, terrorisiert und systematisch benachteiligt. Zur Seite stehen dabei willige Unterstützer, ganz gleich, ob sie in Washington, Paris oder Berlin sitzen – sie schützen jedes Kriegsverbrechen und sichern das Existenzrecht eines Konstrukts, welches nach 1948 auf dem Boden der Palästinenser geschaffen wurde. […] Der Protest gegen die Kriegspolitik Israels ist deshalb untrennbar mit dem Widerstand gegen den westlichen Imperialismus verbunden.«[561] Die Autoren beschwören gar eine gemeinsame Frontstellung mit islamistischen und nationalistischen Israelfeinden gegen die westlichen Staaten.

8.1.5 Antisemitismus in der rechtsextremistischen Musik

Ein wichtiges Mobilisierungsmedium der Szene ist die rechtsextremistische Musik,[562] die allerdings hinsichtlich ihrer verschiedenen Stilrichtungen und Verbreitungsformen differenziert behandelt werden muss. Nahezu jede Form populärer Musik bietet Möglichkeiten, mit rechtsextremistischen Texten unterlegt zu werden. Einschlägige Liedermacher oder Rockbands, auch Hip-Hop-Musiker und Techno-DJs sorgen für ihre Verbreitung. Alle bedienen sich gleichermaßen antisemitischer Inhalte, sie arbeiten mit Anspielungen, aber auch mit strafrechtlich im Sinne von Volksverhetzung relevanten Hassbildern oder Vernichtungsforderungen. Die Verbreitung solcher Inhalte ist offen nicht möglich, weil Herstellung und Vertrieb illegal sind. Das heißt aber auch, dass alle strategischen Rücksichtnahmen wegfallen können. Das wiederum hat zur Folge, dass in hohem Maß zu Gewalt gegen Juden aufgerufen wird.

Es gibt Bemühungen, den klassischen Antisemitismus mit aktuellen Ereignissen textlich zu verbinden. Dies macht folgender Auszug aus dem Lied »Palästina« der Band »Jungvolk« deutlich: »Parasitär, nur das Unheil gebracht.

558 Vgl. u. a. Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004; Martin Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist. Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie, Göttingen 2009.

559 Bildmotiv »Israel war gestern. Lang lebe Palästina!«, http://www.patrioten-propaganda.net/000005/solidaritat-mit-palastina/ (eingesehen 6.12.2016).

560 Ohne Autor, Debatte über Antisemitismus fördert Antisemitismus (30.6.2014), in: www.der-dritte-weg.info. http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/4578/anzeigemonat/07/anzeigejahr/2014/infotext/Debatte_ueber_Antisemitismus_foerdert_Antisemitismus/akat/1/such_0/antisemitismus/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html (eingesehen 6.12.2016).

561 Ohne Autor, Dortmund: Erneute Demonstration gegen israelischen Staatsterrorismus, in: Dortmund Echo, 20.7.2014, www.dortmunderecho.org. http://www.dortmundecho.org/2014/07/dortmund-erneute-demonstration-gegen-israelischen-staatsterrorismus/ (6.12.2016).

562 Vgl. u. a. Christian Dornbuch/Jan Raabe (Hrsg.), RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2006; Rainer Erb, »Er ist kein Mensch, er ist ein Jud«. Antisemitismus im Rechtsrock, in: Dieter Baacke/Klaus Farin/Jürgen Lauffer (Hrsg.), Rock von Rechts II. Milieus. Hintergründe und Materialien, Bielefeld 1999, S. 141–159.

Nur Schlechtes, Böses, Abart seit ew'ger Zeit. [...]. Erst wenn all das Schlechte schwindet. Können wir unseren Frieden finden. [...] Erst wenn unsere edle Welt ganz befreit von seinem Geld.«[563] Ein Erlösungsantisemitismus als Utopie geht hier mit einer Kombination der sozialen und antizionistischen Ideologieform der Judenfeindschaft einher. Auch rechtsextremistische Liedermacher äußern sich in ähnlicher Weise. »Teja« singt in dem Lied »Rachezeit«: »Sind Judas Künste nur Spott? Gebt kein Pardon. Könnt ihr das Schwert nicht heben. So würgt sie ohne Scheu.« Und in einem weiteren Lied heißt es mit appellierendem Unterton: »Keine Zweifel werden dich noch stören. Bei dem Aufstand bist du dabei. Wir zerschlagen die Judentyrannei.«[564]

Antisemitismus wird auch mit anderen Diskriminierungsformen verbunden. Dafür steht der folgende Auszug aus »Skinheadkraft« der Band »Volkstroi«: »Parasiten wisst ihr, wer das ist. Das ist der Jude und der Kommunist. [...] Doch wir meinen jetzt ist Schluss damit. Wenn wir alle dagegen stehen. Werden sie bald untergehen. [...] Türken dealen, die Neger klauen. Doch wir werden ihnen die Fresse einhauen.«[565] Die Gewaltandrohung geht hier mit der Pauschalisierung einer Gruppe einher ebenso wie im Auszug aus »Der Jud« der Band »Schwarze Division Sachsen«. Dort heißt es: »Doch wer ist bald das schwächste Glied. Ganz klar, es ist der Semit. Wer wird sein Handeln bald bereuen. Jedes verdammte Judenschwein.«[566]

Exkurs: Antisemitismus in rechtsextremistischer Rap-Musik

Rechtsextremistische Rapper sprechen insbesondere junge Menschen an. Der bekannteste unter ihnen heißt Julian Fritsch und ist unter dem Namen »MaKss Damage« bekannt geworden. Seine ersten Aufnahmen zeigen, dass Fritsch zunächst linksextremistische Einstellungen hatte. Dafür sprechen Lobpreisungen des Diktators Stalin sowie der RAF-Terroristen. Er geriet aber angesichts seiner frauenfeindlichen und gewaltverherrlichenden Aussagen schnell in die Kritik des linksextremistischen Lagers. Später wandte sich Fritsch dann dem Neonazismus zu und veröffentlichte Musikaufnahmen mit einschlägigen Texten.[567]

Auf dem Album »2033« finden sich mehrere Lieder mit antisemitischen Inhalten, häufig verbunden mit einer deutlichen Gewaltkomponente. So heißt es in »Abteilung Sturm«: »Und ihr kommt alle auf die Liste! Leider ist das Ding nicht wesensgleich, mit dem Ding von Schindler, sondern das himmlische Gegenteil.«[568] Da mit dem »Ding von Schindler« die Liste des Judenretters Oskar Schindler gemeint ist, bedeutet hier das Gegenteil eine Androhung der Tötung von Juden. Darüber hinaus heißt es mit Anklängen an den politischen, sozialen, aber auch rassistischen Antisemitismus in »Wahrheit«: »Hochfinanz, immer dran, ganz dreckige Spielweise! Globale Konzerne wollen immer dick im Spiel bleiben. Als ob du's wüsstest, da sitzen ein paar sehr nette Herren mit Krawatten in den Banken an der Ostküste. Ellenlange Nasen, schwarze Haare und ein Auge, das dich immer beobachtet, auch wenn du gerade Pause machst.«[569] Die Formulierungen zu den schwarzen Haaren und langen Nasen stehen für deutliche Anlehnungen an den NS-Antisemitismus im rassistischen Sinne.

Dass es sich bei diesen Ausführungen nicht um »Ausrutscher« handelte, machte das danach erschienene Album »Reconquista Mixtape Vol. 1« deutlich. So heißt es in »Heute noch«: »Sie waren immer ganz klein neben Dir [Hitler, *Anm. d. Verf.*], ganz winzig. Diese verschlagenen Itzigs nahmen sich ganz wichtig! So lang, bis Du da warst, dann war Zugabfahrt!«[570] Der Sänger spielt darauf an, dass die »Itzigs«, also die Juden mit dem Zug in die Vernichtungslager deportiert wurden. Fritsch lässt sich zudem herabwürdigend über die jüdische Religion aus, finden sich doch in »Gotenkönige« folgende Aufforderungen: »Benutze Deine Kippa als Frisbee, betret' die Synagoge in Flip-Flops wie'n Gipsy! Werf' den Rabbi ab mit NicNac's – er frisst sie!«[571] Angesichts der Deutlichkeit von Antisemitismus und Gewaltaufforderung verwundert die freie Verkaufsmöglichkeit.

563 Jungvolk, Der letzte Gang (Tonträger) 2011, Lied: Palästina.

564 Teja, Rachezeit (Tonträger) 2011, Lieder: Lied der schwarzen Jäger und Unbekannter Titel.

565 Volkstroi, Skinheadkraft (Tonträger) 2012, Lied: Skinheadkraft.

566 Schwarze Division Sachsen, Juden sind hier unerwünscht (Tonträger) 2012, Lied: Der Jud.

567 Vgl. u. a. Antonia Baum, Vergewaltigung mit Ansage. Rappende Neo-Nazis, in: FAZ vom 19. 5. 2015, http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/pop/rappende-neo-nazis-vergewaltigung-mit-ansage-13596176.html (eingesehen 6. 12. 2016); Anna Groß, »Ich bin ein Rassist, und das Tag für Tag«. NS-Rap am Beispiel von MaKss Damage, in: Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein (Hrsg.), Von Frei.Wild bis Rechtsrock. »Heimatliebe«, Nationalismus, Rassismus. (Jugend-) Musikszenen in Schleswig-Holstein. Propagandamittel, Szenekitt, Lebensgefühl, Kiel 2015, S. 22 ff.

568 MaKss Damage, 2033 (Tonträger) 2015, Lied: Abteilung Sturm.

569 Ebenda, Lied: Wahrheit.

570 MaKss Damage, Reconquista Mixtape Vol. 1 (Tonträger) 2016, Lied: Heute noch.

571 Ebenda, Lied: Gotenkönige.

8.1.6 Bedeutung der Holocaust-Leugnung für den Rechtsextremismus

Geschichtsrevisionismus,[572] also die politisch motivierte Absicht einer Relativierung oder Leugnung des Massenmords an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg ist integraler Bestandteil rechtsextremistischer Denkstrukturen. Derartige Geschichtsverfälschungen eignen sich ideal, das negative Image des Nationalsozialismus zu korrigieren, um dann besser einschlägige politische Positionen propagieren zu können. Da es sich bei der Holocaust-Leugnung aber in Deutschland um einen Straftatbestand handelt, halten sich hiesige Rechtsextremisten meist zurück. Es gibt jedoch immer wieder Ausnahmen, häufig von älteren Rechtsextremisten, die eine Verurteilung als Möglichkeit nutzen, sich als »Märtyrer« zu gerieren. Ein solches Beispiel ist die bereits mehrfach verurteilte Ursula Haverbeck-Wetzel, die in einem Artikel ohne Beachtung der Forschungsergebnisse schrieb: »Bald wird dergleichen gelenkte Meinungsmache kaum noch jemand glauben. Dann zählen Tatsachen, nachprüfbare, forensische Beweise für ungeheuerliche Anklagen. Bis heute harre ich vergeblich der Antwort des Zentralrats auf meine Frage: ›Wann, wo und wie fand die Vergasung von 6 Millionen Juden statt, nachdem Auschwitz als Synonym für dieses Verbrechen nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte?‹«[573] Gleiches gilt für eine andere Aussage von ihr: »Nun ist es unausweichlich, dass die bisher schon Befragten sich endlich zu einer Antwort bequemen [...], damit diese höchst umstrittene Behauptung von der Vergasung von sechs Millionen Juden endlich geklärt wird. Wo, wie und wann fand dieses größte Verbrechen statt? Ist die ganze Nachkriegsgeschichte auf einer gigantischen Lüge aufgebaut? Zu welchem Zweck?«[574] Auch bei dieser Aussage bedient sich Haverbeck-Wetzel einer Manipulationstechnik: Sie bestreitet etwas, was gar nicht behauptet wird. In der Forschung besteht ein Konsens darüber, dass insgesamt etwa sechs Millionen Juden während des Zweiten Weltkriegs zu Tode kamen. In Gaskammern starb indessen nur ein Teil von ihnen. Angesichts der strafrechtlichen Konsequenzen ging die Propagierung der Holocaust-Leugnung allerdings immer mehr zurück. Gleichwohl kursieren derartige Auffassungen im rechtsextremistischen Lager, häufig befeuert von importierten Publikationen aus anderen Ländern.

572 Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Die Auschwitzleugner. »Revisionistische« Geschichtslüge und historische Wahrheit, Berlin 1996; Deborah E. Lipstadt, Betrifft: Leugnen des Holocaust, Zürich 1994.

573 Ursula Haverbeck-Wetzel, Brief an den Zentralrat der Juden, in: Stimme des Reiches, 3 (2012), S. 4.

574 Dies., Neues aus der Holocaust-Forschung, in: Stimme des Reiches, 3 (2013), S. 6.

8.1.7 Bedeutung des Antisemitismus im Rechtsterrorismus

Nach der 2011 eher zufällig erfolgten Aufdeckung des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU), dem zehn Morde zur Last gelegt werden, fand auch der Rechtsterrorismus wieder größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Gemeint sind damit meist Klein-Gruppen, die Anschläge mit rechtextremistischer Motivation und strategischem Vorgehen durchführen. Derartige Akteure kamen in der Bundesrepublik Deutschland Ende der 1960er-Jahre auf und existierten meist nicht länger als ein halbes Jahr.[575] Trotzdem darf deren Gefahrenpotenzial nicht unterschätzt werden, auch wenn sie von den Sicherheitsbehörden binnen kurzer Zeit zerschlagen werden konnten. Antisemitismus spielte in der Gesamtschau bei den Gewaltakten nur am Rande eine Rolle, konzentrierten sich doch Anschläge und Attentate zunächst auf Einrichtungen des politischen Gegners von »links« und danach auf Menschen mit Migrationshintergrund.

Dennoch kam der Judenfeindlichkeit durchaus Relevanz bei der Opfer- und Zielauswahl zu. Dafür stehen die *Deutschen Aktionsgruppen* (DA), die unter der Anleitung des Alt- und Neonazis Manfred Roeder 1980 Brand- und Sprengstoffanschläge meist gegen Flüchtlingsunterkünfte durchführten. Sie richteten sich auch gegen das Landratsamt Esslingen aufgrund einer dort gezeigten Auschwitz-Ausstellung und ebendort gegen das Wohnhaus des dafür verantwortlichen Landrats. Die DA erklärten, wer dem »Zionismus« diene, bekäme ihre Maßnahmen zu spüren.[576] Im gleichen Jahr erschoss Uwe Behrendt, ein führender Aktivist der neonazistischen »Wehrsportgruppe Hoffmann«, den Rabbiner und Verleger Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frida Poeschke.[577] Und schließlich sei noch der 2003 beabsichtigte Anschlag der »Schutztruppe«, Aktivisten aus einer neonazistischen »Kameradschaft« in München, erwähnt. Sie wollten die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums verhindern.[578]

575 Armin Pfahl-Traughber, Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse zu Entwicklung, Gruppen und Vergleich, in: Einsichten und Perspektiven, 1 (2012), S. 56–71; Fabian Virchow, Nicht nur der NSU. Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, Erfurt 2016.

576 Uwe Backes, Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach, Erlangen 1991, S. 106–111; Bernhardt Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 288–304.

577 Hans Gerd Jaschke/Birgit Rätsch/Yury Winterberg, Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf, München 2001, S. 36–42; Hans-Wolfgang Sternsdorff, »Chef, ich habe den Vorsitzenden erschossen«, in: Der Spiegel, 19.11.1984, S. 71–82.

578 Andrea Röpke, Der Terror von rechts. 1996 bis 2011, in: Andrea Röpke/Andres Speit (Hrsg.), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin 2013, S. 149–180, hier S. 169 f.; Armin Pfahl-Traughber, Gibt es eine »Braune Armee Fraktion«? Entwicklung und Gefahrenpotential des Rechtsterrorismus in Deutschland, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt a. M. 2007, S. 147–162, hier S. 154 f.

Eine antisemitische Dimension gab es auch beim NSU, obwohl eine judenfeindliche Einstellung nicht die Opferauswahl motivierte. Beim Blick auf das Gesamtphänomen lassen sich entsprechende Kontexte verdeutlichen. So hing 1996 an einer Autobahnbrücke ein Puppentorso, der mit einem Kapuzensweatshirt bekleidet war, auf dem mehrere Davidsterne mit dem Wort »Jude« gedruckt waren. Es gilt als sicher, dass der spätere NSU-Aktivist Uwe Böhnhardt diesen dort angebracht hatte. Nach dem Abtauchen in den Untergrund stellte er mit Uwe Mundlos zusammen ein Brettspiel mit dem Titel »Pogromly« her. Es war formal ähnlich wie »Monopoly« aufgebaut, enthielt aber Spielkarten mit antisemitischen Texten wie »Du musst nicht beim Juden bleiben. […] Verlasse diesen stinkenden Ort.«[579]

8.1.8 Antisemitische Deutungen beim Diskurs über die Flüchtlingsentwicklung

Antisemitismus findet sich auch kontinuierlich bei der Kommentierung von aktuellen politischen Ereignissen im Rechtsextremismus, wobei die Anlässe nicht notwendigerweise etwas mit Juden zu tun haben müssen. Dies macht die hohe Bedeutung des Antisemitismus im Rechtsextremismus deutlich. Ein anschaulicher Beleg dafür ist die propagandistische Rezeption der Flüchtlingsentwicklung. Diese wird auf eine jüdische Verschwörung zurückgeführt, die angeblich dazu dient, den Deutschen durch »Multikulturalismus« die Identität zu rauben und sie so zu »Einheitsmenschen« einer »neuen Weltordnung« zu machen. Als Akteure im Hintergrund sieht man mal die USA, mal Israel, mal beide zusammen mit der Bezeichnung »Usrael«. Es gibt auch hier, je nach Akteur, deutliche Behauptungen ebenso wie indirekte Suggestionen.

Für den Bereich der Behauptungen steht z. B. eine Einschätzung in der neonazistischen Zeitschrift *Volk in Bewegung. Der Reichsbote,* worin es hieß: »Die Ursachen der gezielten, verbrecherischen und scheinbar unaufhaltsam aufwachsenden Überfremdung liegen tatsächlich in einem Plan gewisser Hintergrundmächte, weltweit mit Schwerpunkt Europa eine Mischbevölkerung zu schaffen, die mangels ausreichender schöpferischer Fähigkeiten leicht durch eine ‚jüdische Adelsschicht' zu lenken ist […], verantwortlich für die verbrecherische Fehlsteuerung der Bevölkerungspolitik zeichnen natürlich die erwähnten Hintergrundmächte, welche die Weltherrschaft anstreben. Es handelt sich um den politischen Zionismus, bestehend aus einer kleinen Gruppe schwerstreicher Schwerstverbrecher, erfüllt vom religiösen Wahn der Auserwähltheit.«[580]

Hier verbinden sich politischer und sozialer Antisemitismus, aber auch Formen einer eher marginalen religiösen Judenfeindschaft werden offensichtlich.

Ebenfalls sehr deutlich äußerte sich diesbezüglich die *Europäische Aktion* (EA). Hier handelt es sich um eine seit 2010 bestehende Organisation, die für Holocaust-Leugner und deren »freie Rede« eintritt. Demnach kommt bei der EA sowohl dem Antisemitismus wie dem Revisionismus ein hoher Stellenwert zu. In ihrem Mitteilungsblatt *Europa ruft* wird zur Flüchtlingsentwicklung mit folgenden Worten Stellung genommen: »Die von den Demokraten betriebene Politik der offenen Grenzen ist jedoch kein Zufallsprodukt dieser düsteren Tage. Im Gegenteil, sie ist ein elementarer Bestandteil des perfiden Fahrplans zur irreparablen Umvolkung in Deutschland und Europa. Ob nun EU-Kommission, IWF, UNO, NATO oder die nationalen Regierungen – sie alle stellen Organe ein und derselben weltmachtpolitischen Interessengemeinschaft dar, die Zionismus heißt und im Judaismus ihre Wurzeln trägt.«[581] Auch hier wird demnach die Flüchtlingsentwicklung verschwörungsideologisch auf geplante »jüdische Machenschaften« hinter den Kulissen der Politik zurückgeführt.

8.1.9 Interne Bedeutung des Antisemitismus im Rechtsextremismus

Betrachtet man den Anteil des Antisemitismus an der rechtsextremistischen Propaganda in der Gesamtschau, so kann zu seiner Bedeutung Folgendes konstatiert werden: Derartige Einstellungen bestehen in allen Bereichen des Rechtsextremismus mehr oder weniger deutlich. Gleichwohl handelt es sich hierbei im Unterschied zu der Gewichtung des Antisemitismus in diesem Lager vor 1945 nicht mehr um das herausragende oder zentrale Themenfeld. Als bedeutendere Agitationsinhalte gelten Einwanderung, Globalisierung und der Islam, als wichtige Feindbilder Flüchtlinge, Muslime und »das System«. Innerhalb des Rechtsextremismus lässt sich eine stärkere Fixierung auf die Probleme der Gegenwart und eine Zurückdrängung von Themen der Vergangenheit ausmachen. Insbesondere will man, in den Worten des NPD-Strategen Jürgen W. Gansel, »noch stärker die soziale Frage nationalisieren«.[582] Damit verliert der Antisemitismus für die Außenwirkung an Bedeutung, bleibt aber lagerintern ein wichtiges Ideologieelement.[583]

579 Maik Baumgärtner/Marcus Böttcher, Das Zwickauer Terror Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe, Berlin 2012; Christian Fuchs/John Goetz, Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland, Reinbek 2012.

580 Rigolf Henning, Völkermord durch Überfremdung, in: Volk in Bewegung. Der Reichsbote, 4&5 (2014), S. 8 f.

581 Ohne Autor, Die Dämme sind gebrochen, in: Europa ruft, 4 (2015), S. 1.

582 Jürgen W. Gansel, Gegen Einwanderung, Europäische Union und Globalisierung, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2005, S. 16.

583 So auch: Rainer Erb/Michael Kohlstruck, Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2. Auflage, Wiesbaden 2016, S. 229–256, hier S. 250 f.

Die Fortexistenz der Judenfeindschaft als inhaltliches Identifikationsmerkmal erklärt sich zunächst durch die historische Prägung und Tradition. Für das rechtsextremistische Lager spielte der Antisemitismus immer eine große Rolle. Außerdem lassen sich die meisten anderen ideologischen Deutungen der rechtsextremistischen Themenfelder mit antisemitischen Einstellungen koppeln: Amerikas und Israels »Eroberungskriege« werden als Schritte zur Erlangung der jüdischen Weltherrschaft imaginiert, Einwanderung und »Überfremdung« gelten als Beiträge zur Errichtung einer jüdisch initiierten »One World«-Politik, Globalisierung und Wirtschaftskrise führen Rechtsextremisten auf das Wirken jüdischer Bankiers an der »Ostküste« zurück, Erinnerungen an die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden sowie die Kriegsschuld sollen »Moralkeulen« jüdischer Interessenorganisationen sein.

Außerdem erfüllt der Antisemitismus bestimmte Funktionen:[584] So sehr es sich bei ihm um eine ideologisch verzerrte Wahrnehmung sozialer Realität handelt, so darf doch dessen jeweiliger Nutzen für den Rezipienten nicht ignoriert werden. Die Abgrenzung von »den Juden« als einer negativ beurteilten fremden Gruppe gestattet die Identifizierung mit der als positiv bewerteten eigenen Gruppe. Früher definierte man sich dadurch als »Arier«, Christ oder Deutscher, heute als Nationalist. Neben dieser ersten Identitätsfunktion verbindet sich mit dem Feindbild »Jude« auch eine zweite Erkenntnisfunktion, v. a. bezüglich des politischen Antisemitismus. Komplexe gesellschaftliche Entwicklungen wie etwa die »Flüchtlingskrise« oder die Globalisierung können durch das behauptete konspirative Wirken der »Ostküste« scheinbar einfach erklärt werden. Darüber hinaus besteht drittens eine Mobilisierungsfunktion, die aber mit der externen Wirkung zusammenhängt.

8.1.10 Externe Bedeutung des Antisemitismus im Rechtsextremismus

Neben der internen Bedeutung des Antisemitismus für den Rechtsextremismus, wird auch das Ziel verfolgt, damit in die Gesellschaft hineinzuwirken. Dies zeigte sich in der Vergangenheit etwa im Rahmen der »Hohmann-Rede«, des »Möllemann-Skandals« oder der »Walser-Kontroverse«. In allen drei Fällen ging es um den öffentlichen Umgang mit der Kritik an Israel bzw. der Schuld am Holocaust. Rechtsextremistische Medien versuchten, diese Debatten aufzugreifen und für sich zu instrumentalisieren. Dafür steht etwa ein Titelbild von *Nation & Europa,* das Portraits einerseits von Jürgen W. Möllemann und Martin Walser, andererseits von Michel Friedman und Marcel Reich-Ranicki zeigt. Dazwischen findet sich die Formulierung »Deutsche und Juden« sowie »Wer hat das Sagen?«[585] Friedman und Reich-Ranicki sprach die Zeitschrift so ihr »Deutschsein« ab und stellte sie den »Deutschen« pauschal als feindlich gesinnte »Andere« gegenüber. Darüber hinaus suggeriert die Formulierung, nicht mehr die Deutschen, sondern die Juden hätten im Land »das Sagen«.

Auch in anderen Kontexten wird die Legitimation der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung in Frage gestellt. Dafür steht auch die Berichterstattung zu Bundeskanzlerin Angela Merkel in der *National-Zeitung.* Hier wurde anlässlich einer Preisverleihung an die Bundeskanzlerin festgehalten: »Der aus Vererbung vermeintlich polnischen, aus Zuneigung amerikanischen, aus Leidenschaft israelischen, aus Gleichgültigkeit deutschen Bundeskanzlerin der BRD wird diese Auszeichnung verliehen in Würdigung ihrer Politik gegen die Interessen ihres eigenen Landes.«[586] Merkel gilt als Dienerin Israels und Verräterin Deutschlands.

Antisemitismus, dies belegen die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung, lässt sich nicht auf die 22.600 organisierten Rechtsextremisten reduzieren. So gaben in der Mitte-Studie der FES aus dem Jahr 2016 etwa sechs Prozent der deutschen Bevölkerung ihre Zustimmung zu klassischem Antisemitismus, 26 Prozent zu sekundärem Antisemitismus und 40 Prozent zu israelbezogenem Antisemitismus (→ Einstellungen). Aufgrund des anti-antisemitischen Konsenses in Medien, Öffentlichkeit und Politik artikuliert sich dieses Potenzial aber meist nur im privaten Bereich. Letztendlich hoffen Rechtsextremisten in einer für antisemitische Agitation günstigeren Zeit eben dieses Einstellungspotenzial auch ansprechen und mobilisieren zu können. Da der organisierte Rechtsextremismus mit Ausnahme bestimmter Regionen in Ostdeutschland seine gesellschaftliche Marginalisierung nicht überwinden konnte, war den Absichten eines breiten Hineinwirkens in die Mehrheitsgesellschaft bislang noch kein Erfolg beschieden.

8.1.11 Fazit

In Deutschland ist der politische Hauptträger der Judenfeindschaft der Rechtsextremismus. Fragt man nach dem Bereich politischer Gruppen und Parteien, wo Antisemitismus in der Ideologie wie in der Propaganda den höchsten Stellenwert hat, so müssen hier die NPD sowie die Neonazi-Szene und ihr Umfeld genannt werden. Diese Einschätzung ignoriert nicht, dass es judenfeindliche

584 Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Opladen 2002, S. 155–159.

585 Nation & Europa, 7/8 (2002), S. 1 (Titelblatt).

586 Gerald Menuhin, Jetzt hat sie's!, in: National-Zeitung, 25 (2007), S. 2.

Auffassungen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen und politischen Sphären gibt. Gewaltaufforderungen gegen Judenfindet man in dieser Schärfe und mit diesem Zynismus in keinem anderen Zusammenhang. Darüber hinaus existiert kein anderer politischer Bereich, bei dem Antisemitismus in einem solchen Ausmaß zur besonderen Identität der jeweiligen Protagonisten gehört.

Von außen betrachtet wird die Bedeutung der Judenfeindschaft für den Rechtsextremismus nicht zwangsläufig wahrgenommen. Der Grund dafür besteht darin, dass Rechtsextremisten in der Öffentlichkeit andere Themen bevorzugen. Dies sind aktuell Themen wie »Flüchtlinge«, Islam und Muslime sowie EU-Krise, Migration und »Systemversagen«. Da die damit einhergehenden Fragen auch in der Gesellschaft großes Interesse finden, vom Alltagsgespräch über die Zeitungsschlagzeile, erhoffen sich Rechtsextremisten, hierdurch stärkeren Zuspruch zu bekommen. Antisemitismus wird dabei von diesen Themen überlagert. Blickt man indessen auf die Binnenkommunikation in diesem politischen Lager, so artikuliert sich der Antisemitismus auch in den damit einhergehenden Diskursen, in denen als Akteur »hinter den Kulissen« der angeblichen oder tatsächlichen Probleme nicht selten eine »jüdische Verschwörung« vermutet wird.

Darüber hinaus kann aktuell von einer Krise des auf die NPD und die Neonazi-Szene bezogenen Rechtsextremismus gesprochen werden. Der NPD ist seit 2013 – nach dem Scheitern eines ersten Verbotsverfahrens im Jahr 2009 – ein erneutes Verbotsverfahren anhängig, das die Existenz der Partei bedroht. Mit AfD und *Pegida* haben sich zudem konkurrierende Akteure herausgebildet, die einschlägige Ressentiments, Stimmungen und Vorurteile erfolgreicher mobilisieren können. Dies führt zu einem Bedeutungsverlust für die NPD, die Neonazi-Szene und deren Umfeld. Gerade dadurch besteht die Gefahr einer Radikalisierung, die sich angesichts von Enttäuschung und Frust in einem ansteigenden Fanatismus und einer erhöhteren Gewaltbereitschaft niederschlagen kann. Dass der Antisemitismus dann in der Außenwirkung und nicht nur im Binnenverhältnis eine große Relevanz hätte, macht die Existenz eines weiterhin bestehende Gefahrenpotenzials im Rechtsextremismus deutlich.

Exkurs: Reichsbürger

Seit einigen Jahren machen »Reichsbürger« mit Aktionen und Publikationen auf sich aufmerksam.[587] Dabei handelt es sich um eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Gruppen und Organisationen, die davon überzeugt sind, das »Deutsche Reich« bestehe fort und die Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz seien illegal und illegitim. Einige der Akteure gehen davon aus, dass sie selbst die »kommissarische Reichsregierung« seien. Dabei beanspruchen sie nicht nur Ämter wie etwa das eines »kommissarischen Reichskanzlers«, sondern erstellen auch Dokumente eines solchen »Reiches« wie etwa einen »Reichsführerschein«. Es gibt indessen nicht nur eine derartige Gruppierung, sondern eine kaum noch überschaubare Fülle von »Reichsbürger«-Organisationen. Diese stehen auch in Konkurrenz zueinander, beansprucht doch jede dieser Organisationen, eben die eigentliche »kommissarische Reichsregierung« zu sein. Alle sind von einem hohen Ausmaß an Dogmatismus, Fanatismus und Missionseifer geprägt.

Antisemitismus bildet kein herausragendes Ideologieelement der »Reichsbürger«, wird aber immer dann instrumentalisiert, wenn es um die angeblichen Hintergründe der etablierten Politik geht. Es gibt Anspielungen ebenso wie Hassbilder. Dazu einige Beispiele: Peter Fitzek, der das »Königreich Deutschland« gründete und sich zum »Imperator Fiduziar« krönen ließ, äußerte: »Diese Rolle des Judas spielst Du wirklich gut. […] Eine gewisse Volksgruppe, die vorherrschend Deine Nasenform hat, lebt seit Langem in ähnlichen Lügen und wartet immer noch auf ihren Erlöser. Erlöst werden sie dann, wenn sie diesem dann in der entsprechenden Zeit ihre Mittel und Kraft zur Transformation der Welt zur Verfügung stellen und ihre Rolle als Sklaven des Dunklen freiwillig beenden.«[588] Diese Aussage spielt auf das alte, schon im Nationalsozialismus vorherrschende antisemitische Stereotyp des »hakennasigen Juden« an. Am Ende einer Erklärung der »Arbeitsgemeinschaft Staatliche Selbstverwaltung«, die von Peter Frühwald gegründet wurde, wird festgestellt: »Noch haben wir die Möglichkeit, uns aus eigener Kraft vom Multikulturalismus, Kapitalismus, Globalismus und Zionismus zu befreien.«[589] In einer Erklärung der »Exilregierung Deutsches Reich« zur Flüchtlingsentwicklung heißt es im gleichen Sinne, die USA seien »vom ›politischen Zionismus‹ gesteuert«.[590] Ähnlich, nur deutlicher äußerte sich Lutz Prast vom »Freistaat Preußen« laut Gedächtnisprotokoll einer Fernsehsendung: »Wir wissen, dass die Merkel immer so dasteht – und wir wissen, dass die Merkel Jüdin ist und Freimaurerin. Und es gibt ein Bild, wo Adolf Hitler auch so dasteht. Der wurde von Anfang an von jüdischen

587 Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), »Wir sind wieder da«. Die »Reichsbürger«: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien, Berlin 2014; Dirk Wilking (Hrsg.), »Reichsbürger«. Ein Handbuch, Potsdam 2015.

588 http://krd-blog.de/wp-content/uploads/2015/05/Peter-Fitzek-und-Richard-Gantz-Die-letzte-E-Mail.pdf (eingesehen 9.12.2016).

589 Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2013, hrsg. vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, S. 124.

590 Exil-Regierung Deutsches Reich, Nachruf auf die Deutschen Völker (13.9.2015), in: http://friedensvertrag.org/index.php/aktuelles/443-nachruf-auf-die-deutschen-v%C3/B6lker (Seite kann nicht mehr aufgerufen werden).

Banken unterstützt.«[591] Derartige Behauptungen hatte schon die völkische »Ludendorff-Bewegung« nach 1949 propagiert.

Die Auffassungen zur Fortexistenz des »Reichs« und zur Nicht-Existenz der Bundesrepublik Deutschland mögen noch so absurd erscheinen, dennoch darf nicht ignoriert werden, dass die »Reichsbürger« überaus aktiv sind und auch Auseinandersetzungen vor Gericht führen. Darüber hinaus finden deren Behauptungen, wie etwa »Die Bundesrepublik Deutschland ist eine GmbH und kein Staat«, über das Internet erstaunlich weite Verbreitung. Damit geht nicht primär, aber doch sekundär auch Antisemitismus einher. Besondere Aufmerksamkeit in den Medien erfuhren die »Reichsbürger« 2014 durch eine Rede, die der bekannte Sänger Xavier Naidoo bei einer ihrer Versammlungen gehalten hatte.[592] In seinem Song »Raus aus dem Reichstag« heißt es: »Baron Tothschild gibt den Ton an und er scheißt auf euch Gockel. Der Schmock is'n Fuchs und ihr seid nur Trottel.«[593] Tothschild steht hier für die »Rothschilds«,[594] der Familie, der nachgesagt wird, sie würde die Finanzwelt dominieren und die zum klassischen Topos antisemitischer Codes geworden ist. Das jiddische Schimpfwort »Schmock«, das u. a. als Bezeichnung für einen unangenehmen Mann aus der gehobenen Gesellschaft bzw. einen Snob Anwendung findet, sowie die Erwähnung eines Fuchses, dem gemeinhin unterstellt wird, gewieft und hinterlistig zu sein, zeigen durchaus antisemitische Ressentiments, die anschlussfähig weit über das rechtsextremistische Spektrum hinaus sein können.

8.2 Montagsmahnwachen für den Frieden

8.2.1 Die Entstehung der Montagsmahnwachen

Ausgelöst durch die Ukraine-Krise und die für manche zu einseitige russlandkritische Berichterstattung in den Medien im Frühjahr 2014, bildete sich in der Bundesrepublik eine neue Protestbewegung, die sich von Berlin aus über ganz Deutschland bis nach Österreich und in die Schweiz in über 120 Städte ausbreitete. Die Mobilisierung erfolgte hauptsächlich über die *Facebook*-Seite *Anonymous.kollektiv* sowie das Nachrichtenportal *KenFM* von Ken Jebsen. Der Journalist Stefan Lauer spricht von einem »virtuellen Mob«, der am Anfang der Mahnwachen-Bewegung in E-Mails an Redaktionen und in Kommentarspalten auf diese aufmerksam gemacht und eine Berichterstattung eingefordert habe.[595] Wie schon die Namensgebung – Mahnwachen für den Frieden, Friedensbewegung 2.0, Friedensmahnwachen, Montagsdemonstrationen 2014 oder Montagsmahnwachen – signalisiert, stellte sie sich in die Tradition der Montagsdemonstrationen der Jahre 1989/90 in der DDR und der darauf rekurrierenden Anti-Hartz-IV-Montagsdemonstrationen sowie in die der Friedenbewegung der 1970/1980er-Jahre. Die Kundgebungen sollten nach dem erklärten Willen der Organisatoren für alle politischen Richtungen offen sein und ein Gegengewicht gegen die angeblich manipulierten Massenmedien bilden. Dies führte dazu, dass die Mahnwachen wegen ihres Prinzips des »offenen Mikrophons« auch zur Plattform von Rechtsextremen und Verschwörungstheoretikern aller Couleur wurden. Zwar rückte der Initiator und Hauptredner der Bewegung, Lars Mährholz, bald vom Prinzip des »offenen Mikrophons« ab, um unerwünschte Beiträge etwa von Verschwörungstheoretikern und rechten Esoterikern zu verhindern,[596] doch waren die Mahnwachen von Anfang an in ihrer politischen Ausrichtung umstritten. Beobachter beklagen eine inhaltliche Beliebigkeit der Redebeiträge auf den Mahnwachen und fehlende konkrete politische Ziele, so dass hier Räume für die Äußerung antisemitischer und verschwörungstheoretischer Versatzstücke entstehen konnten, die

591 Gedächtnisprotokoll Lutz Prast, zitiert nach: »Kontraste«, Außenseiter auf dem Vormarsch. Wie gefährlich sind die Reichsbürger?, http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-09-06-2016/wie-gefaehrlich-sind-die-reichsbuerger.html (eingesehen 9.12.2016).

592 Ohne Autor, Sänger verteidigt Reichsbürger-Gig. Naidoo legt nach: «Deutschland ist kein souveränes Land», in: Focus, 11.3.2015, http://www.focus.de/kultur/musik/bereue-reichsbuerger-auftritt-nicht-naidoo-bekraeftigt-thesen-ueber-unfreies-deutschland_id_4537600.html (eingesehen 14.12.2016).

593 Xavier Naidoo, Raus aus dem Reichstag, zitiert nach Sebastian Christ, Antisemitische Liedzeilen: Xavier Naidoo verbreitet judenfeindliche Klischees, in: Huffingtonpost, 16.10.2014, http://www.huffingtonpost.de/2014/10/16/xavier-naidoo-antisemitismus_n_5994710.html (eingesehen 7.12.2016).

594 Totschild oder Todtschild findet sich immer wieder im Zusammenhang mit Finanzmachtzuschreibungen, die »den Juden« nicht nur die Dominanz der Börsen und Finanzmärkte unterstellen, sondern auch unlautere, konspirative Methoden. Siehe etwa auch »staatenlos.info« des NPD-nahen Rüdiger Klasen/»Nationale Befreiungsbewegung Deutschland«: »Tothschild -Kapitän der neuen Weltordnung«, http://staatenlos.info/index.php/tothschild (eingesehen 14.1.2016).

595 Stefan Lauer, Verschwörungsideologien, Mahnwachen für den Frieden und Männerrechtler. Über den journalistischen Umgang mit Absurdität, in: »No world order«. Wie antisemitische Verschwörungsideologien die Welt erklären, hrsg. von der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2015, S. 52.

596 Julian Bruns/Natascha Strobl, (Anti-)Emanzipatorische Antworten von Rechts, in: Momentum Quarterly. Zeitschrift für Sozialen Fortschritt, 4 (2015) 4, S. 212.

Ansatzpunkte für die extreme Rechte bieten.[597] Bei der Durchsicht der vorliegenden medialen Berichterstattung sowie wissenschaftlicher Studien fällt die Diskrepanz zwischen der Selbstbeschreibung vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mahnwachen und der Berichterstattung in den Prestigemedien sowie in den wissenschaftlichen Analysen von Experten auf. V. a. in linken Kreisen war man über den Charakter der Veranstaltung uneins. »So steht vor allem der Vorwurf der Rechtslastigkeit, bzw. der Offenheit für rechtsextreme Argumentationen und Personen im Raum. Organisator/innen und Teilnehmer/innen der Mahnwachen, aber auch Unterstützer/innen aus der linken Szene weisen diese Vorwürfe zurück.«[598] Innerhalb der Montagsmahnwachen wurde über die Frage gestritten, »wie weit sich die Demonstrationen für Rechte und Vertreter haarsträubender Verschwörungstheorien öffnen sollten«.[599]

Der erste Aufruf der Friedensmahnwache im Frühjahr 2014 lautete: »Wir! Sind das Volk. Aufruf zum friedlichen Widerstand. Für Frieden in Europa und der Welt! Für Frieden mit Russland & gegen die Todespolitik der Federal Reserve Bank! Schluss mit Lügen! Für eine ehrliche Presse! Demokratie jetzt!«, wobei die *Federal Reserve Bank* (FED) auf dem Poster als »Eine private Weltbank« bezeichnet wird. In diesem Aufruf definiert sich das »Wir« explizit als »einfache Bürger« und nicht als Partei oder Organisation, und es will »keine Rechts- oder Linksextremisten dulden«.[600] Zwar werden die »Mahnwachen für den Frieden« in den einzelnen Städten dezentral von Organisationsteams veranstaltet, doch wurde der ursprüngliche Aufruf von den meisten Mahnwachen beibehalten. Die Montagsmahnwachen distanzierten sich demnach sogleich vom Rechtsextremismus, doch fällt auf, dass bereits von Beginn an die amerikanische Notenbank FED als Verursacherin der Krise in der Ukraine identifiziert wurde. Da auch Lars Mährholz in seinem auf *Facebook* verbreiteten Motto der Mahnwachen[601] die Politik der amerikanischen FED und deren »Schuldgeldsystem«[602] für die »Kriegstreiberei« der amerikanischen Außenpolitik und in einem Interview sogar für alle kriegerischen Konflikte des 20. und 21. Jahrhunderts verantwortlich machte, wurde der Vorwurf der Rechtslastigkeit der Mahnwachen schon sehr früh erhoben.

Die auf den Mahnwachen vertretene Deutung der Ukraine-Krise als wesentlich von amerikanischen Eliten gesteuert, offenbart nach Einschätzung des Kommunikationswissenschaftler Tobias Jaecker ein verschwörungstheoretisches Denken, »teils mit deutlichen antisemitischen Untertönen.« [603] Gleichzeitig wurde den etablierten Medien vorgeworfen, die kriegerischen Absichten dieses weltumspannenden Systems des Finanzkapitalismus ebenso wie die Kriegsabsichten der westlichen Regierungen zu verschleiern. Gegen diese manipulativen etablierten Medien sollte mit den Montagsdemonstrationen und über das *World Wide Web* eine Gegenöffentlichkeit formiert werden. Auch andere Hauptredner der ersten Berliner Mahnwachen, wie der Journalist Ken Jebsen, der Rechtspopulist Jürgen Elsässer[604] und der »Zinskritiker« Andreas Popp, [605] der die These Silvio Gesells über das

597 Stefan Christoph, Verschwörungstheorien und Antisemitismus im Namen des Friedens, in: Blog.zeit.de, 19.8.2014, http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/08/19/verschwoerungstheorien-und-antisemitismus-im-namen-des-friedens_16882 (eingesehen 26.9.2016); Andreas Kopietz, Montagsdemos. Völkische Friedensbewegung, in: Berliner Zeitung , 16.4.2014, http://www.berliner-zeitung.de/politik/montagsdemos-voelkische-friedensbewegung,10808018,26872180.html. (eingesehen 27.9.2016).

598 Priska Daphi/Dieter Rucht/Wolfgang Stuppert/Simon Teune/Peter Ullrich, Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der »Montagsmahnwachen für den Frieden«. Forschungsbericht, 16.7.2014, S. 3, https://depositonce.tu-berlin.de/bitstream/11303/5035/1/daphi_etal.pdf (eingesehen 14.12.2016).

599 Hannah Beitzer, Hauptsache gegen die Nato, in: Süddeutsche Zeitung, 3.12.2014, http://www.sueddeutsche.de/politik/aufruf-zum-friedenswinter-hauptsache-gegen-die-nato-1.2246474 (eingesehen 26.9.2016).

600 Montagsdemo Hamburg. Wir! Sind das Volk. Aufruf zum friedlichen Widerstand. (2014); http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/files/2014/04/1977267_567236566717981_136613637_n.jpg (eingesehen 27.9.2016).

601 Daphi u.a., Occupy Frieden, S. 4. Die Formulierung geht auf ein Interview von Mährholz für Voice of Russia zurück.

602 Unter dem Begriff »Schuldgeldsystem« werden das System von Zins und Zinseszins sowie die fehlende Deckung des Geldes durch materialen Eigenwert verstanden. Für Mährholz sind die FED und das Zinssystem der »Anfang allen Übels«.

603 Tobias Jaecker, Hauptsache gegen Amerika, in: Jungle World, 21.5.2014.

604 Jürgen Elsässer hat in den Jahren 1975 bis 2008 als Autor, Redakteur und/oder Mitherausgeber für eine Reihe linksgerichteter Printmedien gearbeitet (Bahamas, Jungle World, Junge Welt, Konkret). Er stand eine Zeit lang den »Antideutschen« des linken politischen Spektrums nahe und wandte sich dann ab 2009 dem Rechtspopulismus zu. Elsässer ist seit 2010 Chefredakteur des dem Rechtspopulismus zugerechneten Magazins Compact-Magazin für Souveränität und ist neben den Montagsmahnwachen auch bei Veranstaltungen von Pegida und Legida aufgetreten. Er gilt als Verfechter einer die politischen Lager von rechts bis links verbindenden Querfront-Strategie. Ihm wird vorgeworfen, neben antiamerikanischen und homophoben auch antisemitische Positionen zu vertreten (vgl. Sebastian Christ, Elsässer, Jebsen und die Montagsdemos: Warum die neue »Friedensbewegung« so gefährlich ist, in: Huffington Post, 22.4.2014). Ken Jebsen (bürgerlich: Moustafa Kashefi) war bis 2011 als Fernseh- und Radiomoderator tätig, bevor ihn der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) nach einigen als antisemitisch kritisierten Bemerkungen wenig später wegen Verstößen gegen journalistische Standards entließ. Er arbeitet seitdem als freier Journalist und betreibt eine eigene Sendung im Internet. Einige seiner Thesen, etwa zu den Anschlägen am 11. September 2001 oder die Unterwanderung amerikanischer Medien durch Zionisten werden als verschwörungstheoretisch eingestuft. Daneben finden sich deutlich israelfeindliche Aussagen. Nik Afanasjew/Joachim Huber, Ex-RBB-Moderator Jebsen »Israel will Endlösung für Palästina«, in: Der Tagesspiegel, 7.4.2012, http://www.tagesspiegel.de/ medien/ex-rbb-moderator-jebsen-israel-will-endloesung-fuer-palaestina/6485636.html (eingesehen 14.9.2016).

605 Andreas Popp ist Unternehmer und betreibt die sogenannte Wissensmanufaktur, ein »unabhängiges Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftspolitik«, das sich v.a. mit Fragen des Finanzsystems (Geld und Zinssystem) befasst und in der Abschaffung des Zinssystems die Lösung aller Probleme sieht. Popp spricht regelmäßig auf den Konferenzen der verschwörungstheoretischen »Anti-Zensur-Koalition« des Schweizers Ivo Sasek. DVDs dieser Konferenzen werden in Berlin auf den Mahnwachen vertrieben. Frida Thurm, Die ganz eigene Welt der Montagsdemonstranten, Zeit Online 22.4.2014, http://www.zeit.de/gesellschaft/2014-04/montagsdemo-mahnwache-frieden-berlin/seite-2 (eingesehen 6.12.2016). Ein weiteres Mitglied der »Wissensmanufaktur«, Rico Albrecht, berief sich ebenfalls auf den NS-Zinskritiker Gottfried Feder und sein »Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft«.

Zinssystem und Gottfrieds Feders These von der Brechung der »Zinsknechtschaft« wieder aufgriff, deuteten auf eine rechte Schlagseite der Montagsmahnwachen hin. Früh kam es aber zu einem Richtungsstreit in der Bewegung, etwa über die Rolle Elsässers.[606]

8.2.2 Kritik und Skandalisierung rechter Tendenzen bei den Mahnwachen

Die Verbindung des Ukraine-Konflikts mit der Politik der FED und den durch die Medien angeblich verschleierten Kriegsabsichten westlicher Staaten wurde ab Frühjahr 2014 in den Medien breit debattiert und zunehmend skandalisiert. Seit April 2014 kritisierten Beobachter und Medien antiamerikanische, antisemitische, rechtsextreme und verschwörungstheoretische Tendenzen bei den Mahnwachen. Besonders einflussreich war in dieser Hinsicht ein Interview von Jutta Ditfurth, die, nachdem sie bereits im März mit einer Aktion bei *Facebook* für Diskussion gesorgt hatte, in der 3sat-Sendung »Kulturzeit« am 16. April 2014 die Rechtslastigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer anprangerte und auf ein »Netzwerk von Personen mit antizionistischer und antiamerikanischer Agenda« aufmerksam machte, wobei sie Lars Mährholz, Jürgen Elsässer und Ken Jebsen als drei Hauptakteure benannte. Die Behauptung von Mährholz, dass hinter den Kriegen der letzten hundert Jahre immer die FED gesteckt habe, ist für Ditfurth nichts anderes als eine camouflierte Neuauflage der These von der jüdischen Weltverschwörung.[607] Jürgen Elsässer nannte sie in derselben Sendung einen »glühenden Antisemiten«, woraufhin dieser sie verklagte.[608] Ebenfalls am 16. April 2014 veröffentlichte *Zeit Online* einen Beitrag mit einem ähnlichen Tenor: »Reichsbürger, Neonazis und Antisemiten – Querfront kapert Friedensdemonstrationen«, und viele andere Zeitungen und Nachrichtenportale berichteten in diesem Sinne über die Montagsmahnwachen.[609] Die Kritik entzündete sich einmal an den genannten, z. T. rechtslastigen Themenschwerpunkten, zum anderen aber auch an den Hauptakteuren, der Teilnahme von Anhängern der verschiedensten Verschwörungstheorien sowie wegen der Verbindungen zur NPD, AfD und zu Neonazis.[610] Dies führte zu einer intensiven öffentlichen Debatte inner- und außerhalb des Teilnehmerspektrums. Die Veranstalter Mährholz und Jebsen wiesen den Vorwurf zurück, sie würden rechtem und antisemitischem Gedankengut eine Plattform bieten.[611] Viele Gruppen der alten Friedensbewegung und linksgerichtete Parteien wie *Die Linke*[612] und Organisationen wie *Attac*[613] grenzten sich von den Positionen und Vertretern der Mahnwachen ab und warnten ihre Mitglieder vor einer Teilnahme an den Veranstaltungen, weil auf den Mahnwachen nach rechts offene Positionen vertreten würden. Trotzdem nahmen bekannte linke Aktivisten, Bürgerrechtler sowie Vertreterinnen und Vertreter der alten Friedensbewegung daran teil, die in den Mahnwachen die Chance für eine emanzipatorische Bewegung sehen wollten und zur Kooperation mit ihnen aufriefen. So trat der für *Die Linke* im Bundestag sitzende Abgeordnete Diether Dehm am 9. Juni 2014 mit Wort- und Gesangsbeiträgen bei der *Berliner Mahnwache für den Frieden* auf, und im Mai sprach der frühere *Attac*-Vertreter Pedram Shayar bei den Mahnwachen. Am 23. Juni war

606 Stefan Geyer, Montagsdemos in Berlin: Worum es bei den Montagsdemos wirklich geht, in: Berliner Zeitung, 6. 5. 2014; Stefan Lauer, »Wer die Kritiker kritisiert, ist für das System« – Die Montagsdemos kreisen weiter um sich selbst, in: Vice.com, 22. 7. 2014, http://www.vice.com/de/read/die-montagsdemos-interessieren-niemanden-ken-jebsen-lars-maehrholz-anonymous-juergen-elsaesser-731 (eingesehen 6. 12. 2016).

607 http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj43135: Neurechte Montagsdemos (eingesehen 5. 9. 2016). 3sat sah sich daraufhin von vielen Zuschauern auf Facebook mit dem Vorwurf konfrontiert, einem staatlichen Meinungskartell anzugehören.

608 Aufgrund von Jutta Ditfurths Aussage in der 3sat-Sendung »Kulturzeit«, 16. 4. 2014, der Journalist Jürgen Elsässer sei ein »glühender Antisemit«, hat dieser seit Mai 2014 einen öffentlich beachteten Rechtsstreit angestrengt. Darin ging es um die Frage, ob Ditfurths Aussage von ihrem Grundrecht auf Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) gedeckt ist oder ob sie Elsässers allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 GG) verletzt. In zwei Gerichtsurteilen wurde Jutta Ditfurth bei Strafandrohung untersagt, die Aussage zu wiederholen. Am 16. 3. 2015 gab Ditfurths Anwalt eine Unterlassungserklärung ab, doch legte Ditfurth im November 2015 Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein, dessen Entscheidung noch aussteht.

609 Vgl. u. a. »Der Querfront einen Schritt näher gerückt«, in: taz, 21. 5. 2014, http://www.taz.de/!349171/ (eingesehen 6. 12. 2016); »Nicht überall, wo Frieden draufsteht, steckt Frieden drin«, in: Neues Deutschland, 14. 5. 2014, https://www.neues-deutschland.de/artikel/932802.nicht-ueberall-wo-frieden-draufsteht-steckt-frieden-drin.html (eingesehen 6. 12. 2016); Das Beratungsnetzwerk Mobile Beratung NRW gegen Rechtsextremismus veröffentlichte unter dem Titel »Friedensbewegung in Brauntönen« am 9. 9. 2014 einen Bericht, in dem einer Mahnwache in Herford ein »offener Bezug auf antisemitische und verschwörungstheoretische Weltbilder« und ein teils offenes Bekenntnis »zur extremen Rechten« vorgeworfen wird, http://www.mobile-beratung-nrw.de/component/eventlist/details/65-friedensbewegung-mit-brauntoenen (eingesehen 26. 9. 2016).

610 Lauer, Verschwörungsideologien, S. 52.

611 Hannah Beitzer, Aufruf zum Friedenswinter. Hauptsache gegen die Nato, in: Süddeutsche Zeitung, 3. 12. 2014, http://www.sueddeutsche.de/politik/aufruf-zum-friedenswinter-hauptsache-gegen-die-nato-1.2246474 (eingesehen 26. 9. 2016).

612 Der Bundesvorstand der Partei Die Linke lehnte eine Zusammenarbeit mit den Mahnwachen wegen dortiger Querfrontstrategien von »Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten« »ganz grundsätzlich« ab. Die Linke: Für Frieden und Deeskalation in der Ukraine. Beschluss des Parteivorstandes vom 25./26. Mai 2014. Die Linksjugend kritisierte die Mahnwachen als »deutschnationale, antiamerikanische und antisemitische Bewegung« mit einer regressiven und strukturell antisemitischen Kapitalismuskritik. Siehe: »Frieden fordern und Kapitalismus kritisieren – ohne Verschwörungstheorien und Aluhüte!« Erklärung des Bundessprecher*innenrats zur »Friedensbewegung« 2014, https://www.linksjugend-solid.de/2014/05/28/frieden-fordern-und-kapitalismus-kritisieren-ohne-verschwoerungstheorien-und-aluhuete/ (eingesehen 7. 9. 2016).

613 http://attac.de/startseite/detailansicht/new/attac-warnt-vor-rechten-montagsdemonstrationen/ (Seite ist nicht mehr verfügbar).

dort auch ein Vertreter der *Bürgerrechtsbewegung Solidarität*[614] zu hören, und am 30. Juni sprach der Geschäftsführer des *Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement*[615] auf einer Montagsdemonstration.

Im Dezember 2014 nutzten die Mahnwachen-Veranstalter einen Appell prominenter Politiker gegen einen neuen Krieg in Europa vom 5. Dezember, um zusammen mit einer ganzen Reihe angesehener Organisationen (*Kooperation für den Frieden, International Association of Lawyers against Nuclear Arms* [IALANA], Abgeordnete der Partei *Die Linke*) zu einer Demonstrationsreihe »Friedenswinter 2014/15« aufzurufen. Obwohl etliche Organisationen (*Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes)* ihre Unterstützung kurzfristig zurückzogen, brachte es die Hauptveranstaltung am 13. Dezember 2014 vor dem Schloss Bellevue in Berlin auf rund 4000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.[616] Interessant ist, dass ein Redner, wohl im Wissen um die gegen die Montagsmahnwachen laut gewordenen Vorwürfe, eine Distanzierung vom Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus und Faschismus sowie von der Neuen Rechten und den »Reichsbürgern« verlas, obwohl auch rechte Akteure an der Kundgebung teilnahmen[617] und antisemitische (»Kindermörder Israel«)[618] bzw. verschwörungstheoretische Parolen (»9/11 – ich bin doch nicht blöd!«) zu lesen waren.[619] Nach dieser Demonstration beschloss die Linksfraktion am 16. Dezember 2014, Veranstaltungen, an denen sich Organisatoren der Montagsmahnwachen verantwortlich beteiligten, nicht mehr finanziell zu unterstützen. Auch die Friedensbewegung setzte sich im Mai 2015 wieder von den Mahnwachen ab.

Zwar wird auch heute noch über eine entsprechende Website zu Mahnwachen aufgerufen, doch bereits im September 2014 wurde konstatiert, es sei still geworden um die Montagsmahnwachen, und die Teilnehmerzahlen seien bundesweit rückläufig. Nach einer Flut von Berichten und Warnungen sowohl vonseiten der etablierten Medien wie auch von Wissenschaftlern ist das Interesse an den Montagsmahnwachen deutlich abgeflaut. Die Ursache dafür sah eine Autorengruppe in der unvereinbaren »Mahnwachen«-Besetzung aus antiimperialistischen Linken, Rechten aller Couleur, libertären Geldsystemkritikern, Verschwörungstheoretikern, sogenannten Reichsbürgern, Esoterikern und Querulanten, die zwar innerhalb weniger Wochen auf mehrere tausend Zuhörer heranwachsen konnte, sich aber nicht dauerhaft unter dem »Banner des Friedens« vereinen ließ und sich in offenen Streitereien und Feindseligkeiten verlor.[620] Nur hin und wieder gewinnen die Mahnwachen-Anhänger bis heute noch eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit, so auch als sie am 12. Juli 2016 zusammen mit Anhängern der NPD, der AfD, der Nationalbolschewisten, der »Reichsbürger« und von *Pegida* gegen die Bilderberger-Konferenz in Dresden demonstrierten, wobei einige Redner die Bilderberger oder ihre Hintermänner als Exponenten einer jüdischen Weltverschwörung identifizierten.[621]

614 Die 1992 gegründete Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) ist eine deutsche Splitterpartei, die sich selbst als Teil der LaRouche-Bewegung sieht. Während manche sie dem rechtsextremen Spektrum zurechnen, sehen sie andere als eine um LaRouche kreisende Politsekte, wieder andere erkennen bei ihr linke Zielvorstellungen etwa in der Kritik des monetaristischen Wirtschaftssystems, allerdings verbunden mit rechten Lösungskonzepten. Der Partei wird u.a. auch eine Nähe zu antisemitischen Verschwörungstheorien (Macht der »zionistischen Lobby«) vorgeworfen. Anna Steinfort, Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) Parteiprofil, http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2014/180970/bueso (eingesehen 6.12.2016).

615 Das 2002 gegründete Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) beschreibt sich selbst als einen »Zusammenschluss von Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft«, deren »übergeordnetes Ziel« es sei, »die Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen nachhaltig zu fördern«. Ihm gehören derzeit 258 Mitgliedsorganisationen an, http://www.b-b-e.de/netzwerk/wer-wir-sind/ (eingesehen 6.12.2016).

616 Martin Niewendick, Demo »Friedenswinter« in Berlin: Verschwörungstheoretiker, Linke und Neonazis gegen Gauck, in: Der Tagesspiegel, 13.12.2014, http://www.tagesspiegel.de/berlin/demo-friedenswinter-in-berlin-verschwoerungstheoretiker-linke-und-neonazis-gegen-gauck/11116944.html (eingesehen 6.12.2016). Auf dieser Veranstaltung traten eine ganze Reihe von Prominenten auf, darunter Liedermacher wie Reinhard Mey und Konstantin Wecker sowie der Kirchenkritiker Eugen Drewermann.

617 Die Rede hielt der Geschäftsführer der deutschen Sektion der International Association of Lawyers against Nuclear Arms (IALANA), der Journalist, Aktivist und Historiker Reiner Braun.

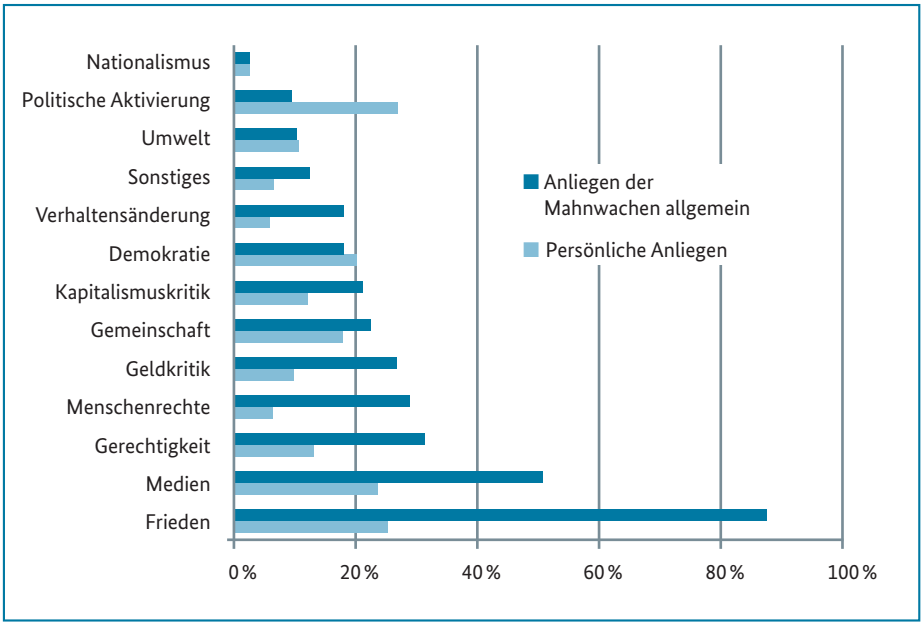
618 Die Parole »Kindermörder Israel« gilt als Ausdruck einer antisemitischen Einstellung, da damit an Vorwürfe aus dem Arsenal des traditionellen Antisemitismus angeknüpft wird: den Vorwurf des Ritualmords an christlichen Kindern sowie an die biblische Geschichte des Kindermords von Bethlehem.

619 Niewendick, Demo »Friedenswinter« in Berlin.

620 Autorengruppe, Die Invasion der Mahnwichtel: Verschwörungstheoretiker umstellen den Düsseldorfer Landtag, http://www.ruhrbarone.de/die-invasion-der-mahnwichtel-verschworungstheoretiker-umstellen-den-dusseldorfer-landtag/89952 (eingesehen, 31.12.2016).

621 Jonas Fedders, Verschwörungstheoretiker, Pegida und Antisemiten protestieren gegen die Bilderberg-Konferenz, http://www.vice.com/de/read/bilderberg-in-dresden-die-weltregierung-gegen (eingesehen 13.9.2016); Lucius Teidelbaum, Mit der Querfront gegen die vermeintliche »Weltregierung«, 13.6.2016, http://www.hagalil.com/2016/06/bilderberger/(eingesehen 23.9.2016). Die Bilderberger und die gleichnamigen Konferenzen, benannt nach dem ersten Treffen im Hotel »De Bilderberg« im niederländischen Oosterbeek 1954, auf der sich jährlich wichtige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Medien der NATO-Staaten zum informellen Gedankenaustausch treffen, sind seit Langem Gegenstand abstruser verschwörungstheoretischer Unterstellungen von links bis rechts, häufig mit antisemitischem Hintergrund. Vgl. zum Thema Marcus Klöckner, Die diskrete Macht der Bilderberger, in: Andreas Anton/Michael Schetsche/Michael K. Walter (Hrsg.), Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens, Wiesbaden 2014, S. 91–112.

Abb. 8.1: Anliegen der Montagsmahnwachen allgemein (N = 138) und persönliche Anliegen der Teilnehmer/innen (N = 123)



(Quelle: Daphi u. a., S. 15)

8.2.3 Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Mahnwachen – Ergebnisse einer Befragung

Auf den Mahnwachen für den Frieden versammeln sich laut der Zeit »die unterschiedlichsten Systemgegner«,[622] die neben einem Gefühl der politischen Ohnmacht die Ansicht teilen, dass »etwas schief läuft auf der Welt«. Der Publizist Wolfgang Storz benennt in einem Artikel im *Neuen Deutschland* die Netzwerke, die die Montagsmahnwachen organisieren. Sie bestehen seiner Meinung nach aus zahllosen untereinander verknüpften Blogs und Videoportalen, zu denen er die rechten und verschwörungstheoretischen Publikationen des Kopp-Verlages und das Monatsmagazin *Compact* zählt.[623] Die Bewegung insgesamt wird aber als zu heterogen eingeschätzt, um als eindeutig neurechte Bewegung gelten zu können.[624] Von Kritikern wird zwar konzediert, dass nicht alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer als rechtsoffen oder rechtsextrem einzuschätzen sind, dass sich aber auf den Montagsdemonstrationen »ein für die Neue Rechte ideales Feld zur Diskursverschiebung nach rechts bietet«, indem sie auf emanzipatorische Ansätze nationalistische und verschwörungstheoretische Antworten gebe.[625] Dies folge einer Querfrontstrategie, mit der die Neue Rechte an linke Diskurse und Themen (wie Frieden, Kapitalismuskritik etc.) anzuschließen versucht, um sie mit eigenen Konzepten zu vereinen. Entsprechend zeigen die in der empirischen Untersuchung »Occupy Frieden« von Daphi u. a.[626] erhobenen Anliegen der Mahnwachen-Demonstranten, dass die Themenschwerpunkte Frieden, Menschenrechte, Geld- und Medienkritik politisch von links nach rechts breit anschlussfähig sind und ein eher rechtes Thema wie

622 Thurm, Die ganz eigene Welt der Montagsdemonstranten.

623 Wolfgang Storz, Die Unterschiede klarer machen Wo hört emanzipatorische Kritik auf und wo fängt Anti-Aufklärung an?, in: Neues Deutschland, 19.12.2014. Inhaltlich sieht er diese Netzwerke über folgende Themen verbunden: »Deutschland ist nicht souverän. Die USA sind das Gegenteil eines Vorbildes. Die Massenmedien lügen und manipulieren. Deutsche dürfen die israelische Regierung nicht kritisieren. Die EU-Bürokratie ist undemokratisch, der Euro ein Irrweg. Die Finanzmärkte beherrschen alles.«

624 Der Rechtsextremismus-Forscher Alexander Häusler warnte am 23.4.2014 davor, den Einfluss neurechter Kräfte auf die neue »Friedensbewegung« zu überschätzen: »Dahinter steckt keine organisierte neue Kraft, und auch diese Initiativen von rechts, dieses Thema Frieden zu instrumentalisieren ist nichts Neues.« http://www.deutschlandfunk.de/montagsdemos-ein-bisschen-frieden.1818.de.html?dram:article_id=283526 (eingesehen 13.9.2016).

625 Bruns/Strobl, (Anti)Emanzipatorische Antworten, S. 212.

626 Methodisch handelt es sich um eine Online-Befragung in Berlin, Dortmund, Bremen, Frankfurt a.M., Erfurt, Jena und Bonn. Auf den Mahnwachen wurden am 26.5. bzw. 2.6.2014 Handzettel an die Teilnehmer mit der Aufforderung verteilt, sich online an der Befragung zu beteiligen. Ein scanbarer QR-Code sicherte, dass nur Teilnehmer der Veranstaltungen auch an der Umfrage teilnehmen konnten. Die in der Studie präsentierten Daten stützen sich nur auf die Berliner Mahnwache, da hier immerhin 33 Prozent der Protestierenden teilgenommen hatten, während die Rücklaufquote in den anderen Städten nur ein Zehntel der Teilnehmer betrug. Die soziale Zusammensetzung unterschied sich an den anderen Umfrageorten aber nicht von der in Berlin. Die Verfasser sehen die Berliner Rücklaufquote bei Online-Befragungen im oberen Bereich. Eine gewisse Verzerrung liegt darin, dass intensive Internetnutzer eher jung und männlich sind (Daphi u.a., Occupy Frieden, S. 6 f, Tab. 1 zu den Eckdaten der Befragungen).

Nationalismus als Anliegen kaum Zustimmung findet (Abb. 8.1).[627]

Entsprechend entwickelten sich die Montagsmahnwachen zu einem Sammelbecken ganz unterschiedlicher Strömungen. Daphi u. a. betonen für die frühe Phase der Montagsmahnwachen ein »Moment des weiterhin Unklaren und Unbestimmten«, das sich mit den herkömmlichen Links-Rechts-Unterscheidungen nicht mehr ausreichend erklären ließe.[628] In der Befragung im Juni 2014 lehnten 39 Prozent das Rechts-Links-Schema generell ab, 38 Prozent verorteten sich politisch eher links, 22 Prozent sahen sich in der politischen Mitte, nur zwei Prozent rechts der Mitte. Mit dieser Linkslastigkeit unterscheiden sich die Mahnwachen nicht von anderen heterogenen Protesten wie Stuttgart 21 oder der Occupy-Bewegung. Schaut man auf die Parteipräferenzen, so gaben 42,6 Prozent an, sie hätten bei der Bundestagswahl 2013 die Partei *Die Linke* gewählt, 15,4 Prozent nannten die *Piratenpartei,* 12,8 Prozent die AfD und 12,2 Prozent die *Grünen.* Ein Drittel ordnete sich den Nichtwählern zu, während die beiden Regierungsparteien SPD und CDU zusammen auf nur sieben Prozent kamen.[629] Diese Ergebnisse stehen im Widerspruch zur öffentlichen Diskussion über die Mahnwachen, die als Belege für rechte und auch antisemitische Tendenzen Ausschnitte aus Reden, Transparente sowie Äußerungen auf Internetvideos prominenter rechtslastiger Verschwörungstheoretiker heranzieht und auf die Aufrufe zur Teilnahme seitens rechtsextremer Organisationen und Parteien verweist.[630] Die Befragung ergab somit ein »anderes, ambivalentes Bild«.[631] In der Befragung »Occupy Frieden« wurden aus den sechs Elementen des Fragebogens zur »Rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)« vier ausgewählt und den Demonstranten vorgelegt:

Abb. 8.2: Anteil rechtsextrem eingestellter Personen (in Prozent)

	Teilnehmer/innen an den Montags-mahnwachen	Gesamtbevölkerung nach der Mitte-Studie von 2014
Befürwortung Diktatur	3,9	3,6
Chauvinismus	1,1	13,6
Antisemitismus	1,5	5,1
Verharmlosung des NS	1,9	2,2
Rechtsextremes Weltbild	0,8	5,6

Quellen: Daphi u. a., Occupy Frieden, S. 21; Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig 2014.

Die vorstehende Abbildung zeigt, dass die befragten Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Mahnwachen mit einer Ausnahme (Befürwortung einer Diktatur) den Dimensionen einer rechtsextremen Einstellung seltener zustimmten als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dies gilt auch für antisemitische Einstellungen, die mit zwei Aussagen gemessen wurden. Der als verschwörungstheoretisch zu interpretierenden Aussage »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß« stimmten nur 2,1 Prozent überwiegend oder ganz zu, weitere 3,2 Prozent wählten die Antwort »stimme teils zu, teils nicht zu« (11,7 Prozent und 21,4 Prozent der Gesamtbevölkerung).[632] Ein zweites Item »Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen« erfährt eine höhere Zustimmung: Immerhin 8,9 Prozent stimmen hier überwiegend oder ganz zu, weitere 15,8 Prozent waren unentschieden (teils/teils) (10,3 Prozent und 18,8 Prozent der Gesamtbevölkerung).[633] Diese und andere rechtsextreme Aussagen stießen aber mehrheitlich auf Ablehnung. Der Anteil der Befragten mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild lag 2014 also bei den Mahnwachen-Teilnehmern niedriger als beim Durchschnitt der Bevölkerung. Anders sieht es hingegen bei Fragen aus, die »nicht zwingend rechtslastig« sein müssen, sondern auch »teilweise in anderen politischen Kontexten anschlussfähig« sind (Abb. 8.3).[634]

627 Ebenda, S. 15.

628 Ebenda, S. 7.

629 Ebenda, S. 18.

630 In der Leipziger-Mitte-Studie 2016 von Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016, S. 92 ergibt sich bei der Aufschlüsselung der in der Studie erhobenen »Verschwörungsmentalität« nach Parteipräferenz, dass sich diese Mentalität gerade unter den Wählern der AfD (65,3 Prozent), der Linken (44,6 Prozent) und unter Nichtwählern (37 Prozent) findet, denen sich ein großer Teil der Montagsmahnwachen-Teilnehmer zurechnete. Für die übrigen Bundestagsparteien lagen die Werte zwischen 26 und 28 Prozent.

631 Daphi u. a., Occupy Frieden, S. 18.

632 Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig 2014, S. 32.

633 Ebenda.

634 Daphi u. a., Occupy Frieden, S. 22.

Abb. 8.3: Zustimmung zu Aussagen aus dem Kontext der Montagsmahnwachen (in Prozent)

	Lehne völlig ab	Lehne überw. ab	teils/teils	Stimme überw. zu	Stimme voll zu
»Amerika bzw. das amerikanische Militär ist nichts als der Knüppel der FED (US-Notenbank)«	1,4	7,5	39,4	30,5	21.1
»Die BRD ist kein souveräner Staat«	5,1	9,5	20,0	24,4	37,1
»Die Zionisten haben sich weltweit an die Hebel der Macht gesetzt und lassen nun Politik, Börse und auch die Medien nach ihrer Pfeife tanzen«	37,5	15,5	19,7	14,0	13,3
»Friedensaktive werden derzeit von einer nahezu gleichgeschalteten Presse in die rechte Ecke gestellt«	3,0	0,7	7,4	37,1	51,8

Die Friedenaktivisten, die sich nahezu alle von den Mainstream-Medien in die »rechte Ecke gestellt« sehen,[635] stimmen hier in hoher Zahl Aussagen zu, die ein starkes Misstrauen in die Macht einer eigenständigen staatlichen Politik, sei es der USA oder der Bundesrepublik, belegen und eine hohe Affinität zu verschwörungstheoretischen Annahmen über die Macht des Finanzkapitals (FED) und der hier als Zionisten camouflierten Juden aufweisen.[636] Der empirische Befund, dass eine Diktatur als die »bessere Staatsform« mit großer Mehrheit abgelehnt wird (92 Prozent) und 96,6 Prozent die »Idee der Demokratie« wertschätzen, man aber eine starke Führungspersönlichkeit, die »Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert«, nur zu 37,2 Prozent und damit seltener ablehnt als in der Gesamtbevölkerung, zeigt den Wunsch nach einer eigenständigen nationalen Politik. »Offensichtlich befeuert die Unzufriedenheit mit der real erfahrenen Demokratie [...] auch autoritär-populistische Optionen«.[637] Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Montagsmahnwachen zeichnet eine große Skepsis gegenüber dem Funktionieren des politischen Systems in Deutschland aus. 93,9 Prozent widersprechen eher oder völlig der Ansicht, dieses funktioniere gut, und 76,8 Prozent sehen sich als politisch ohnmächtig an und haben ihrer Meinung nach keinen Einfluss auf das Handeln der Regierung.[638] Das Misstrauen von Mahnwachen-Teilnehmern gegenüber etablierten Institutionen ist entsprechend stark ausgeprägt und liegt höher als in der Bevölkerung insgesamt. Eine skeptische Einschätzung des politischen Systems sowie ein großes Misstrauen in Institutionen zeichnet v. a. die aus, die von den Autoren der »Occupy Frieden«-Studie als Kerngruppe der Teilnehmer charakterisiert werden. In ihrem Fazit konstatieren die Autoren der Studie, dass viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer parteipolitisch zur Linken, aber auch überdurchschnittlich häufig zur AfD tendieren, dass es aber »einen deutlichen Wunsch nach Abgrenzung von der extremen Rechten und den Widerspruch zu der Darstellung als ›neurechte Bewegung‹« gibt.[639] Es sind, in gewissem Widerspruch dazu, aber auch »hohe Zustimmungsraten zu antisemitischen, antiamerikanischen und autoritären Aussagen« zu konstatieren, doch finden sich nur bei einer Minderheit rechtsextreme Einstellungsfragmente, ohne sich zu einem konsistenten rechten Weltbild zu formieren.[640]

635 Die Autoren von »Occupy Frieden« weisen in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, dass die umfangreich dokumentierten problematischen Aussagen im Kontext der Mahnwachen und die darauf fußende Kritik von den Befragten mehrheitlich als ungerechtfertigt abgewiesen wurden – nur 8 Prozent gaben zu, dass die Kritik berechtigt sei. Dies zeigt eine Abschottung der Mahnwachen-Bewegung nach außen (Daphi u. a., Occupy Frieden, S. 24).

636 Die Aussage über den »zu großen Einfluss der Juden« hatten 95,6 Prozent der Befragten verneint, setzt man statt Juden aber den Begriff »Zionisten« ein, der eine Verbindung zu Israel herstellt, dann wird die Aussage über deren »weltweite Macht« nur von 53 Prozent abgelehnt. Diese Verschiebung bezeichnen Werner Bergmann/Rainer Erb als »Umwegkommunikation«, da in Bezug auf Israelis/Zionisten antisemitische Einstellungen offener kommuniziert werden (Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38 (1986) 2, S. 223–246.

637 Daphi u. a., Occupy Frieden, S. 20, Tab.4.

638 Ebenda, S. 25.

639 Ebenda, S. 28.

640 Ebenda.

8.2.4 Zum Antisemitismus in der Friedenbewegung

In ihrer Untersuchung »Zum Antisemitismus in der Friedensbewegung« haben sich die Autoren, Stefan Munnes u.a.[641] die Frage gestellt, ob die Widersprüchlichkeiten von linken und rechten Ideologemen bei den Montagsmahnwachen nicht doch Ausdruck einer einheitlichen Weltdeutung sind, in der sich Antisemitismus auf neue Weise artikuliert.[642] In der auf den Mahnwachen verbreiteten Ideologie identifizieren die Autoren eine Reihe von Deutungsmustern, die anschlussfähig für eine antisemitische Personifizierung sind. Dies gilt zunächst für das manichäische Weltbild, das von einem Antagonismus zwischen einer kleinen mächtigen Elite und einer beherrschten, harmonischen Gemeinschaft (Volk) strukturiert wird. Es wird so eine Gemeinschaft des »Wir« gegen die »Anderen«, die Feinde, konstruiert, wobei wir es mit der Personifizierung gesellschaftlicher Prozesse zu tun haben, die in einem weiteren Schritt dämonisiert werden.[643] Krieg, Umweltzerstörung und das Finanzsystem werden auf benennbare Täter reduziert, die sich, und hier kommt ein verschwörungstheoretisches Denken ins Spiel, miteinander absprechen bzw. im Verhältnis von Strippenzieher (Obama) und Marionette (Merkel) miteinander verknüpft werden. Werden einige der »Feinde« konkret benannt, wie die »Zionisten«, so bleibt es bei anderen bei vagen Andeutungen wie »die da oben«. Wichtig ist dabei, dass den Mächtigen sowohl Omnipotenz als auch böse Absichten zugeschrieben werden. Die Mahnwachen verstehen sich als Ort der Entlarvung solcher Verschwörungen seitens der »gleichgeschalteten Systempresse«, weshalb sie angeblich von den Eliten auch in ihrer Meinungsfreiheit unterdrückt werden sollen. Was den Antisemitismus angeht, so bildet hier v.a. Israel ein Objekt der Dämonisierung und wird mit NS-Vergleichen, Völkermord-Vorwürfen und Kindermord-Anschuldigungen (Jürgen Elsässer, Evelyn Hecht-Galinski) belegt. Die Autoren der Studie betonen aber, dass hinsichtlich der zentralen Frage, wie die kollektive Identität bestimmt werden soll, ob als nationales Kollektiv, das durch eine Rückbesinnung auf das Nationale und den Volkswillen gegen die vermeintliche Fremdherrschaft verteidigt werden muss (Elsässer, Simon), oder ob es universalistisch-egalitär als eine nationale Grenzen überwindende harmonische Gemeinschaft aller Menschen gedacht wird (Ken Jebsen, Pedram Shayar), Uneinigkeit besteht. Während der Bezug auf ein nationales Kollektiv potenziell für die nationale Semantik des Antisemitismus anfällig sei, ließe sich das für die universalistisch-egalitäre Ausrichtung nicht ohne Weiteres sagen. Deshalb sehen die Autoren ihre Hypothese, »dass die Redner_innen der Mahnwachen ihren Zusammenhalt über alle thematischen Differenzen hinweg durch eine geschlossene, antisemitische Ideologie sichern«, nicht vollends bestätigt.[644]

Ein zentrales Thema für den Initiator der Mahnwachen, Lars Mährholz, aber auch für viele Mahnwachen-Redner und Teilnehmer war die Kritik an der Politik der FED. Laura-Luise Hammel, die sich in einer Arbeit diskursanalytisch mit Äußerungen aus dem Umfeld der Mahnwachen zum Thema FED befasst hat, kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl die vorherrschende Darstellung der Gründung der amerikanischen Notenbank FED und von deren Politik als auch der Diskurs über deren »Hintermänner« »mehr oder weniger deutliche antisemitische Zuschreibungen enthalten, welche aber nie direkt ›ausgesprochen‹, sondern über Chiffren, kulturelle Codes und Andeutungen transportiert werden«.[645] Mit Hinweisen auf »Rothschild-Agenten« werden die Bilder des Wucher- und Börsenjuden aufgerufen. Der FED wird vorgeworfen, praktisch alle Kriege des 20. und 21. Jahrhunderts vom Ersten Weltkrieg bis zum Irakkrieg aus Gewinnsucht verursacht und anschließend dann am Wiederaufbau der Zerstörungen – und damit doppelt – verdient zu haben.[646] Auch dieses Bild der Juden als »Kriegsgewinnler« gehört zum, auch von den Nationalsozialisten genutzten, antisemitischen Stereotypenreservoir.

Auch im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg bedienen sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mahnwachen abenteuerlicher Geschichtskonstruktionen. So wird behauptet, die Rockefeller Standard Oil habe durch die Lieferung von Rohpetroleum an die IG Farben zum Aufstieg der NSDAP und damit zum Deutschland in die Katastrophe führenden Weltkrieg beigetragen, da die IG Farben die Partei unterstützt habe. Somit hätten die »Wall Street Banker«, es werden in diesem Kontext Juden wie Max Warburg und die Rothschilds genannt, den Nazis zur Macht verholfen. Nach dieser Logik des Schuld-Abwehr-Antisemitismus (→ Definition) seien somit nicht die Deutschen schuld am Zweiten Weltkrieg und damit auch an der Verfolgung und Ermordung

641 Stefan Munnes/Nora Lege/Corinna Harsch, Zum Antisemitismus in der Friedensbewegung. Eine Weltanschauungsanalyse der ersten bundesweiten »Mahnwache für den Frieden«, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 25 (2016), S. 217–240. Diese erste bundesweite Mahnwache fand am 19.7.2014 im Rahmen zweier Kundgebungen und einer Demonstration in Berlin statt, an denen rund 3000 Personen teilnahmen.

642 Sie verweisen auf einen Artikel von Laura-Luise Hammel, die sich diskursanalytisch mit Äußerungen aus dem Umfeld der Mahnwachen zum Thema Federal Reserve Bank befasst hat und darin die Kombination zweier antisemitischer Bilder erkennt: die des »geldgierigen Juden und Wucherers« und die Vorstellung von einer »jüdischen Weltverschwörung«; https://www.academia.edu/13098275/Antisemitische_und_antiamerikanische_Verschw%C3%B6rungstheorien._Eine_Diskursanalyse_im_Umfeld_der_Mahnwachen_f%C3%BCr_den_Frieden (eingesehen 7.12.2016).

643 Munnes u.a., Zum Antisemitismus in der Friedensbewegung, S. 228 ff.

644 Ebenda, S. 239.

645 Hammel, Verschwörungstheorien, S. 95.

646 Ereignisse, die den Kriegseintritt der USA in diese Kriege veranlassten, wie die Torpedierung der RMS Lusitania durch deutsche U-Boote, der japanische Angriff auf Pearl Harbour oder die Terroranschläge von 9/11 seien von Hintermännern der FED organisiert worden.

der europäischen Juden, sondern die jüdisch-amerikanischen Bankhäuser.[647] Laura-Luise Hammel zeigt zudem, dass etwa von Ken Jebsen und anderen zwischen Juden und zionistischen Tätern unterschieden wird (s.o. die Ergebnisse der Umfrage). Während Erstere als Opfer des Holocaust gelten, wenden sie sich gegen die »Zionisten«, die keinen Finger für die Opfer des Holocaust gerührt hätten und für die Hitler letztlich ihr Ziel, nämlich die Gründung Israels, herbeigeführt habe. Heute würden die radikalen Zionisten die amerikanische Regierung und die Massenmedien kontrollieren.[648]

8.2.5 Fazit

Die Montagsmahnwachen stellen eine politisch heterogene Protestbewegung dar, deren Teilnehmer sich in ihrer großen Mehrheit eher als politisch links verstehen, aber die aufgrund ihrer Offenheit und fehlenden politisch-inhaltlichen Festlegung Raum für Themen bietet, die mit der personifizierenden Kritik am Finanzkapitalismus, mit der Behauptung, die Bundesrepublik sei kein souveräner Staat, manipulierte Massenmedien (»Lügenpresse«), Weltverschwörungstheorien usw. eine gefährliche Nähe zu zentralen Topoi des Antisemitismus und zu rechtsextremen Deutungen aufweisen.

8.3 Zur Rolle von Antisemitismus bei Pegida

8.3.1 Einleitung

Am 20. Oktober 2014 fand die erste montägliche Demonstration in Dresden unter der Selbstbezeichnung *Patrioten Europas gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)* statt. Schnell nahm diese Bewegung an Fahrt auf und zog über ein Jahr lang die Aufmerksamkeit der medialen und politischen Beobachter auf sich. In etlichen anderen Städten entstanden – nicht immer von den *Pegida* Initiatoren autorisierte – Ableger unter dem »-gida«-Zusatz (*Legida* in Leipzig, *Bergida* in Berlin, *Mügida* in München, *Dügida* in Düsseldorf usw.)[649] mit allerdings deutlich weniger Beteiligten. Die Aufmerksamkeit und die Teilnehmerzahlen von *Pegida* sind mittlerweile deutlich zurückgegangen, einige montägliche Märsche mussten mangels Teilnehmern sogar abgesagt werden, etliche zentrale Akteure sind ausgestiegen bzw. haben z. T. auch im Streit Abspaltungen gegründet.[650] Dennoch dürfte *Pegida* Nachwirkungen auf den öffentlichen Diskurs, die politische Kultur und die politische Landschaft haben. Diejenigen, die dort in der Masse mitliefen, tragen viele ihrer Einstellungen weiterhin mit sich und artikulieren diese im Internet und/oder an der Wahlurne. Dies liefert ebenso wie die Zurückhaltung der Sächsischen Landesregierung unter Ministerpräsident Stanislav Tillich nicht zuletzt auch Legitimation und Ansporn für die vielen gewalttätigen Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in den Jahren 2015 und 2016.[651] Zu befürchten ist, dass *Pegida* trotz des Abflauens ihrer Mobilisierungskraft die Stimmung und die politische Kultur insbesondere in Sachsen, aber auch im übrigen Bundesgebiet beeinflusst hat und dies auch den Antisemitismus befördert haben könnte.

Im Folgenden werden in Kürze einige Beobachtungen und Einordnungen zur Frage zusammengefasst, wie und inwieweit Antisemitismus bei *Pegida* und ihren Ablegern eine Rolle spielte bzw. dort Stimmungen vorherrschten, die auch mit Antisemitismus verknüpft sind bzw. ihn befördern können. Hierzu wurden ergänzend zu den Erkenntnissen aus aktuellen Studien Hintergrundgespräche mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und aus zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt, die als Beobachter in verschiedenen Regionen Demonstrationen unter dem *»-gida«*-Label begleitet haben. Es wurde gezielt die Expertise von Personen eingeholt, bei denen von einem kritischen Blick auf rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen ausgegangen werden kann, u.a. weil die kritische Beobachtung regionaler rechtsextremer und antisemitischer Tendenzen zur Aufgabenstellung

647 Hammel, S. 106.

648 Ebenda, S. 117 f.

649 Die Dresdner Pegida Organisatoren distanzierten sich öffentlich von einigen Bündnissen in NRW, darunter Kögida (Köln), Dügida (Düsseldorf) und Bogida (Bonn).

650 Zur Entwicklung von Pegida über die Zeit siehe Karl-Siegbert Rehberg, Dresden-Szenen. Eine einleitende Situationsbeschreibung, in: Karl-Siegbert Rehberg/Franziska Kunz/Tino Schlinzig, PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wendeenttäuschung«?, Bielefeld 2016; Armin Pfahl-Traughber, Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments II, Dossier Rechtsextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung vom 17. 2. 2016, https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/218681/pegida-eine-protestbewegung-zwischen-aengsten-und-ressentiments-ii (eingesehen 7. 12. 2016).

651 Zur Anzahl von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und auf geflüchtete Personen vgl. Bundeskriminalamt, Lageberichte zur Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Kernaussagen (erstes Halbjahr 2016), Wiesbaden 2016, S. 8. Den verstärkenden Einfluss von sozialen Normen und Einstellungen im sozialen Umfeld auf Verhalten belegen viele empirische Studien, basierend auf dem klassischen Modell von Ajzen/Fishbein; Überblick bei: Icek Ajzen/Martin Fishbein, The Influence of Attitudes on Behavior, in: Dolores Albarracins/Blair T. Johnson/Mark P. Zanna (Hrsg.), The Handbook of Attitudes, Mahwah 2005, S. 173–221; Gordon W. Allport, The Nature of Prejudice, Cambridge 2005. So sagte Tillich in einem Interview mit der Welt, 25. 1. 2016, in dem es eigentlich um Pegida ging: »Der Islam gehört nicht nach Sachsen«, https://www.welt.de/politik/deutschland/article136740584/Der-Islam-gehoert-nicht-zu-Sachsen.html (eingesehen 25. 11. 2016). Beispielhaft ist auch ein Interview im heute-Journal am 22. 2. 2016, in dem Tillich auf die Frage des Umgangs mit Pegida ausweichend antwortete und zunächst auf die Proteste von Stuttgart 21 verwies. In einer Pressekonferenz verwahrte sich der Ministerpräsident dagegen, wie »pauschalisiert über Sachsen gesprochen wird«, räumte aber ein, es bedürfte der Nachbesserungen auch in Polizei und Justiz beim Kampf gegen den Rechtsextremismus. Kritik an Tillichs unklarer Positionierung u.a. bei http://www.tagesspiegel.de/politik/fremdenhass-in-sachsen-tillich-cdu-weltoffen-nur-in-worten/13003286.html (eingesehen 25. 11. 2016).

der zivilgesellschaftlichen Organisationen, für die sie tätig sind, gehört und die u. a. auch durch das Bundesprogramm *»Demokratie leben!«* gefördert werden.

8.3.2 Vorüberlegungen zur Rolle von Antisemitismus bei Pegida

Im vorliegenden Bericht wird generell auf die Demonstrationen unter dem *»-gida«*-Label Bezug genommen, unabhängig vom Ort der Demonstration und den Organisatoren bzw. der Frage, ob diese von den Dresdner Initiatoren autorisiert wurden. Gerade die Verselbstständigung und die zunehmende inhaltliche wie auch personelle Vermischung mit verwandten Strömungen der »Querfront«, den »Friedens- und Montagsmahnwachen«, verschwörungstheoretischen Publikationsorganen, der organisierten Neonazi- und Hooligan-Szene mit Überschneidungen zu *Hogesa (Hooligans gegen Salafisten)* und den Identitären ist für die Einordnung als gesellschaftliches Phänomen und für die Untersuchung der Rolle von Antisemitismus von Bedeutung.[652]

Die Protestbewegung, die sich mit Armin Pfahl-Traughber »als Ressentiment-Bewegung im Sinne des sozialen Rechtsextremismus«[653] einordnen lässt, positionierte sich zu Beginn insbesondere als »Anti-Islam«-Bewegung gegen Muslime, bald aber auch gegen weitere soziale Gruppen, darunter v. a. Geflüchtete und homosexuelle Menschen bzw. gegen Homosexualität im Allgemeinen. Juden standen nicht direkt im Fokus. Die Bundesregierung konnte im Rahmen der Demonstrationen von *Pegida* keine antisemitischen Aussagen, Tendenzen oder Slogans erkennen, sie erwähnte lediglich eine Einflussnahme von ProNRW auf die *Gida*-Gruppierungen in einigen Städten in Nordrhein-Westfalen.[654] Dem widersprach explizit u. a. Josef Schuster, Vorsitzender des *Zentralrats der Juden,* der hervorhob, Antisemitismus ließe sich durchaus in Teilen von *Pegida* feststellen.[655] Vorliegende Studien und Analysen zu *Pegida* haben bislang keinen expliziten Bezug auf Antisemitismus genommen, ihn entweder nicht gezielt erhoben, nicht thematisiert oder als nicht auffällig beobachtet; Ausnahme ist die Studie des Forscherteams um Dieter Rucht, die in einer Befragung von *Pegida*-Teilnehmenden auch eine Frage zum Antisemitismus stellten.[656]

Dennoch stellt sich bei einer Ressentiment-Bewegung immer die Frage, inwieweit dort auch Antisemitismus beobachtet werden muss bzw. mindestens subtil mitschwingt oder anschlussfähig ist. Rechtspopulistische Strömungen – und dazu lässt sich *Pegida* sowohl über das Auftreten und die Rhetorik ihrer Redner als auch in Bezug auf ihre Inhalte zählen – bieten in mehrfacher Hinsicht ein Einfallstor für Antisemitismus.[657] Lediglich danach zu schauen, welche offen artikulierten Statements vonseiten der Akteure oder Demonstrationsteilnehmenden es gab, reicht daher nicht aus. Es gehört vielmehr zum rhetorischen Mittel rechtspopulistischer Akteure, Botschaften in Subtexten mitschwingen zu lassen, von denen man sich dann nicht in aller Eindeutigkeit distanziert.

Nach Einschätzung der befragten Expertinnen und Experten spielte der Antisemitismus auf den Demonstrationen von *Pegida* vordergründig keine Rolle. Dennoch war Antisemitismus in mehrfacher Hinsicht präsent. Offene und gezielte antisemitischen Ausfälle von Demonstranten und auf Plakaten ließen sich v. a. bei den kleineren Demonstrationen nachweisen, bei denen der Anteil von organisierten rechtsextremen Gruppierungen bzw. Akteuren deutlich höher war bzw. die dort dann auch offensiver auftraten als auf den Dresdner Demonstrationen. So übernahmen beispielsweise auf den Kagida-Demonstrationen in Kassel (ein autorisierter *»-gida«*-Ableger) in der lokalen Neonazi-Szene fest verankerte Personen regelmäßig die Ordnerfunktion, so wie dies z. T. auch in Dresden Mitglieder der lokalen Hooligans taten.[658] Michael Viehmann, der Anmelder und Hauptorganisator von Kagida, schrieb in seinem persönlichen *Facebook* Account: »man solle Merkel hängen, das Vieh«, da sie das »Judenpack« bei den militärischen Auseinandersetzungen unterstützen würde. Und weiter mit Bezug auf die Bombardierung des Gaza-Streifens durch die israelische Armee: »Wer stoppt Juden bei ihrem Massenmord, wir Deutschen werden die Juden wieder hassen.« Die Staatsanwaltschaft stellte

652 Zur Verbindung zu Pegida, Hogesa und Montagsmahnwachen u. a. Lars Geiger/Stine Margs/Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015, S. 23 f.

653 Eine Analyse von Pegida wenige Monate nach der Entstehung und ein Jahr später bieten die Beiträge von Armin Pfahl-Traughber, Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments. Eine Analyse aus der Sicht der Bewegungs-, Extremismus- und Sozialforschung. Bundeszentrale für Politische Bildung, Dossier Rechtsextremismus vom 2. 2. 2015 und Teil II vom 17. 2. 2016.

654 Antwort der Bundesregierung auf eine diesbezügliche Anfrage von Bündnis90/die Grünen, Drucksache 4173 vom 3. 3. 2015, S. 9, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/041/1804173.pdf (eingesehen 25. 11. 2015).

655 Mathias Meisner, Zentralrat der Juden widerspricht Bundesregierung, in: Der Tagesspiegel, 5. 3. 2015, http://www.tagesspiegel.de/politik/antisemitismus-bei-pegida-und-afd-zentralrat-der-juden-widerspricht-bundesregierung/11461234.html (eingesehen 25. 11. 2016).

656 Priska Daphi/Piotr Kocyba/Michael Neuber/Jochen Roose/Dieter Rucht/Franziska Scholl/Moritz Sommer/Wolfgang Stuppert/Sabrina Zajak, Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, Berlin 2015, S. 28, Tab. 11. Keine Erwähnung findet der Antisemitismus u. a. im Sammelband von Tino Heim, Pegida als Spiegel und Projektionsfläche, Wiesbaden 2016.

657 So warnt in diesem Zusammenhang der israelische Politikwissenschaftler Zeev Sternhell in einem Interview mit der Jüdischen Allgemeinen, 24. 11. 2016: »Die Juden müssen aufpassen, sehr aufpassen. Das Schicksal der Juden hängt nämlich vom Status der liberalen Werte ab. Wenn diese Werte wackeln, sind die Juden in Gefahr,« http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/27074 (eingesehen 25. 11. 2016).

658 Auskunft der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zu den Demonstrationen in Kassel und Kulturbüro Sachsen Dresden; Expertengespräch für diesen Bericht.

Strafanzeige und begründete dies damit, er habe mit dem Eintrag »jahrhundertealte Klischees vom ›kindermordenden Juden‹ bedient, die auch die Nazis verwendeten«. V. a. aber war Antisemitismus subtil und unterschwellig durch die begleitenden Themen und insbesondere diversen Verschwörungsmythen präsent. Dafür steht die Auswahl und die Position einiger prominenter Redner und der Zuspruch, den sie im Publikum ernteten. Viehmans Behauptung, sein *Facebook* Account sei »gehackt« worden, folgte das Amtsgericht Kassel nicht und verurteilte ihn wegen Volksverhetzung.[659] *Pegida* und ihre Ableger zeichneten sich durch einige Besonderheiten aus, die in Form und Ausmaß erstmalig so in Deutschland zu beobachten waren und auch für die Frage, inwiefern Antisemitismus bei *Pegida* eine Rolle spielt, von Bedeutung sind.[660]

1. Die Gründung und Begleitung im Internet:

Kurz vor der ersten Demonstration richtete der Initiator Lutz Bachmann eine *Facebook*-Gruppe mit der Verlinkung zu etlichen anderen Plattformen ein, die als mindestens rechtspopulistisch, z. T. auch klar rechtsextrem bzw. neurechts eingestuft werden müssen, darunter u. a. die Plattform *Politically Incorrect (PI-news).* Allerdings scheint die Information über einschlägige Internetseiten für die Teilnahme eher eine untergeordnete Rolle zu spielen; sie nutzten nach eigenen Angaben überwiegend kommerzielle und öffentlich-rechtliche Medien.[661]

2. Die große Bedeutung individueller Akteure:

Anders als bei vorangegangenen Protestbewegungen ging die Initiative nicht von einer politischen Organisation aus, sondern von Einzelpersonen, die sich zu einem Organisationsteam von rund zehn Personen zusammenschlossen.[662] Auch wenn einige Akteure Mitglieder von Parteien waren bzw. sind, handelten sie offenbar nicht in deren Auftrag. Akteure sind bzw. waren hier u. a. der Hauptinitiator Lutz Bachmann (der sich inzwischen wegen Volksverhetzung vor Gericht verantworten muss), Kathrin Oertel, Siegfried Däbritz (ehemaliger FDP-Stadtrat), René Jahn und Tatjana Festerling, die nach einem Zerwürfnis mit Lutz Bachmann inzwischen aus *Pegida* ausgeschlossen wurde. [663]

3. Die diffuse Mischung aus Themen und Positionen:

Bei der im selbstgewählten Namen formulierten Position »gegen die Islamisierung des Abendlandes« wird nicht erläutert, was genau damit gemeint ist. Nichtsdestotrotz spielten die Themen Islam und Muslime eine zentrale Rolle auf den Demonstrationen, blieben aber keineswegs die einzigen Schwerpunkte. Als weiteren Themenstrang gab es den Protest »gegen das System«, worunter sich Angriffe gegen die Politik in ihrer Gesamtheit ebenso wie gegen einzelne konkrete Politikerinnen und Politiker, die als »Volksverräter« beschimpft wurden (u. a. Bundeskanzlerin Angela Merkel, der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel oder die *Grünen*-Politikerin Claudia Roth), summieren lassen, wie auch gegen die Medien, oft beschimpft als »Lügenpresse«.

4. Die erklärte Unterstützung durch eine Partei:

Alexander Gauland, namhaftes Mitglied der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD), die parallel zu *Pegida* ihren Aufstieg nahm, bezeichnete *Pegida* und ihre Ableger als »den natürlichen Verbündeten der AfD« und machte viele gemeinsame Schnittmengen aus, rückte aber später wieder davon ab.[664] Nachdem das Verhältnis zwischen den Hauptakteuren von *Pegida* und der AfD zwischenzeitlich deutlich abgekühlt war, lud Lutz Bachmann von seinem »Exil« in Teneriffa zentrale Bundes- und Landesvorsitzende der AfD (Frauke Petry, Alexander Gauland, Björn Höcke, Andre Poggenburg und Leif-Erik Holm) per Videobotschaft zum zweiten Jahrestag von *Pegida* nach Dresden ein, um auf der Bühne zu sprechen.[665]

Um die Rolle von Antisemitismus bei *Pegida* und ihren Ablegern abzuschätzen, wurden daher die folgenden Aspekte betrachtet bzw. in Expertengesprächen thematisiert: (1) Positionierung zu Juden und zum Antisemitismus auf der offiziellen Homepage von *Pegida*, (2) Äußerungen und Agieren von Hauptakteuren und Rednern, (3) Meinungsäußerungen der Demonstrationsteilnehmenden verbal und auf mitgeführten Plakaten, (4) Hinweise aus Meinungsumfragen über politische Einstellungen der Teilnehmenden, (5) Beobachtungen zur milieuspezifischen Zusammensetzung der Demonstranten sowie (6) Hinweise auf einen Einfluss auf die politische Kultur und Stimmungslage.

659 Information der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Hessen, Expertengespräch. Vgl. auch Bericht in der Hessenschau, 18.8.2016, http://hessenschau.de/panorama/kagida-chef-muss-fuer-judenhetze-zahlen,prozess-kagida-100.html (eingesehen 25. 11. 2016).

660 Pfahl-Traughber, Pegida – eine Protestbewegung.

661 Daphi u. a., Protestforschung am Limit, S. 18, Abb. 10.

662 Pfahl-Traughber, Pegida – eine Protestbewegung.

663 Geiges/Marg/Walter, Pegida, S. 13 ff.

664 Bericht auf Welt/n24: https://www.welt.de/politik/deutschland/article136927091/Fuer-AfD-Vize-Gauland-ist-das-Thema-Pegida-erledigt.html (eingesehen 25. 11. 2016).

665 Die Einladung von Bachmann wurde von Frauke Petry abgelehnt; http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/weniger-teilnehmer-kommen-zum-2-PEGIDA-jahrestag-14484171.html (eingesehen 25. 11. 2016).

8.3.3 Wer demonstrierte mit bei Pegida?

Beteiligten sich an der ersten *Pegida*-Demonstration in Dresden nur 350 Personen, wuchs die Zahl der Teilnehmenden jedoch schnell an. Zeitweilig versammelten sich bis zu 25.000 Personen zu einem »Montagsspaziergang«, so die offizielle Selbstbezeichnung. An ihrem zweiten Jahrestag im Oktober 2016 waren noch 7500 Personen beteiligt. Im November 2016 sank die Zahl der Teilnehmenden auf rund 2000 Personen ab[666] Die Demonstrationen unter dem »-*gida*«-Label in anderen Städten waren deutlich kleiner und die Teilnehmerschaft deutlich stärker als die Dresdner Demonstrationen von der organisierten Neonazi- und Hooligan-Szene mitbestimmt.

Mittlerweile liegen einige Studien, die auf Befragungen der Teilnehmenden beruhen, und Beobachtungsberichte dazu vor, wer sich an den Demonstrationen von *Pegida* und ihren Ablegern beteiligte. Studien in Dresden, wo die mit Abstand größten Demonstrationen stattfanden, beschreiben die Teilnehmenden auf Basis von Befragungen übereinstimmend als »normale Durchschnittsbürger«.[667] Die Forschergruppe um Patzelt nennt als typische Demonstrationsteilnehmer »Männer aus Dresden und Umgebung, verheiratet, älter, konfessionslos, (früher) berufstätig, gute (praxisorientierte) Bildung, durchschnittliches bis unterdurchschnittliches Einkommen«, wobei die Teilnehmerschaft zugleich auch in Bildung und Einkommen sehr heterogen war und andere Befragungen auf eine etwas jüngere Altersstruktur verweisen.[668] Allerdings war die Verweigerungsrate hoch[669] und es muss davon ausgegangen werden, dass sich insbesondere Personen mit eindeutig rechtsextremen Einstellungen und aus organisierten rechtsextremen Gruppierungen, die in der Regel eher jünger sind, nicht befragen ließen. So waren in Dresden regelmäßig rechtsmotivierte Hooligans mit tonangebend,[670] die bei Spielen von Dynamo Dresden bereits durch antisemitische Banner aufgefallen waren.[671]

› Die Demonstrationsteilnehmenden bei *Pegida* in Dresden werden überwiegend als »Durchschnittsbevölkerung« beschrieben. Die Teilnehmerschaft der deutlich kleineren »-*gida*«-Ableger ist stärker durch organisierte Rechtsextreme geprägt.

8.3.4 Die offizielle Homepage von Pegida[672]

Auf ihrer Homepage zeigt *Pegida* auf der Startseite ein Foto von einem Demonstrationsplakat, auf dem steht: »Für ein christliches Abendland«. In anderen Statements vereinnahmt *Pegida* Juden für die Differenzierung zwischen Christen und Juden auf der einen und Muslimen auf der anderen Seite. So wird auf der offiziellen *Pegida*-Seite von einer Demonstration im Dreiländereck Villingen berichtet: »Sehr interessant war auch die Rede eines jüdischen Arztes aus Frankreich, der im Krankenhaus, wo er arbeitete, von moslemischen Patienten und deren Angehörigen rigoros bedroht wurde und diese Umstände ihn zum Umzug nach Israel bewogen. Er meinte auch die Antifa seien die wahren Faschisten und eben nicht die *Pegida*-Teilnehmer.« Die offizielle *Pegida*-Seite hat in der Themenrubrik eine eigene Sparte zum Thema Juden bzw. Judenverfolgung. Hier finden sich drei Beiträge über linken Antisemitismus und Antisemitismus von muslimischer Seite, darunter ein Ausschnitt eines Beitrags auf *faz.net* mit Auszügen eines Interviews der dpa mit Petr Papousek, dem Vizepräsidenten des *Jüdischen Weltkongresses*.[673] Deutlich wird hier eine doppelte Instrumentalisierung von Juden: Zum einen, um sich selbst als »judenfreundlich« darzustellen und durch diese Konstruktion des »Wir« vom eigenen Antisemitismus abzulenken und den Vorwurf des Rechtsextremismus auszuhebeln, zum anderen, um sie gegen Muslime in Stellung zu bringen.[674] Eine kritische Analyse von Antisemitismus im rechten und rechtsextremen Spektrum findet nicht statt, ebenso wenig wie eine kritische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in der »Mitte«, zu der sich viele der Teilnehmenden der *Pegida*-Demonstrationen zählten.

666 Zur Problematik der Zählung der Teilnehmenden von Demonstrationen und zur möglichen Bedeutung der publizierten Zahlen für die Mobilisierung am Beispiel von Pegida vgl. Roger Berger/Stephan Poppe/Mathias Schuh, Everything Counts in Large Amounts. Zur Problematik der Zählung von Demonstrationsteilnehmern, in: Rehberg/Kunz/Schlinzig, Pegida, S. 113–132; Zahlen für November zum Redaktionsschluss des vorliegenden Berichts: Twittermeldungen der Forschergruppe »Durchgezählt« unter https://durchgezaehlt.org/PEGIDA-dresden-statistik/ (eingesehen 25.11.2016).

667 Geiges/Marg/Walter, Pegida; Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller, Wer geht zu Pedgia und warum? Schriften zur Verfassung und Demokratieforschung, 1 (2015); Daphi u.a., Protestforschung am Limit; Werner Patzelt/Joachim Klose, Pegida. Warnsignale aus Dresden. Dresden 2016; zentrale Befunde, ehttps://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/polsys/forschung/pegida/studie3-januar2016#section-2 (eingesehen 25.11.2016).

668 Zusammenfassend Karl-Heinz Reuband, Wer demonstriert in Dresden für Pegida?, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (MIP), 21 (2015), S. 133–143.

669 U.a. Daphi u.a., Protestforschung am Limit.

670 Olaf Sundermeyer, Wir machen dich platt, faz.net, 30.12.2014, http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/pegida-demonstranten-machen-front-gegen-etablierte-medien-13345656.html (eingesehen 25.11.2016).

671 http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/04/14/antisemitische-hetze-unter-dynamo-dresden-fans_6079 (eingesehen 7.12.2016).

672 https://PEGIDAoffiziell.wordpress.com/ (eingesehen 25.11.2016).

673 Susanne Kusicke, Die neue Angst der Juden in Europa, in: faz.net, 16.2.2015, http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/anschlaege-und-schaendungen-juden-europas-in-angst-13431441-p2.html (eingesehen 25.11.2016).

674 Zur Funktionalisierung vgl. u.a. Wolfram Stender, Der PEGIDA Antisemitismus, in: Überblick, 2 (2015), S. 5–9.

Die Hauptseite von *Pegida* auf *Facebook* hat einen rasanten Aufstieg erlebt, der nach Einschätzung der beobachtenden *Amadeu Antonio Stiftung* selbst im Kontxt der Sozialen Medien bemerkenswert ist. Die »Likes« überstiegen zum Zeitpunkt der Beobachtung Anfang Februar 2015 z. B. bei Weitem die von SPD und CDU. Die Seite ist gut vernetzt mit anderen *Facebook*-Angeboten aus dem rechten Spektrum und erhält u. a. auch die Unterstützung vonseiten der NPD, der *Identitären Bewegung* und der *German Defence League*.[675]

› Auf der offiziellen Homepage von *Pegida* wird explizit zu Antisemitismus Stellung bezogen, allerdings ausschließlich mit Verweis auf Antisemitismus bei Linken und unter Muslimen. Aussagen einzelner Juden werden für die Positionierung gegen Muslime instrumentalisiert. Die *Facebook*-Seite von *Pegida* erhält Unterstützung durch neurechte und rechtsextreme Gruppierungen.

8.3.5 Antisemitismus in Statements vonseiten der Organisatoren und eingeladener Redner

Auf den Demonstrationen von *Pegida* findet sich mit Blick auf Antisemitismus ein gemischtes Bild, wobei die Reden im Laufe der Zeit immer aggressiver und ausfallender wurden.[676] Einige der Hauptakteure wie Lutz Bachmann und Tatjana Festerling sowie auch andere Rednerinnen und Redner bedienten sich in ihren Beiträgen eines typisch (neu-)rechten Jargons (dazu gehören die Rufe »Lügenpresse«, »Volksverräter« und die Bezugnahme auf »das System«) mit eindeutig rassistisch-völkischen Bezügen.[677] So fand am 9. November 2015, am Tag zum Gedenken an die Novemberpogrome von 1938, eine *Pegida*-Demonstration vor der Semperoper in Dresden statt,[678] in deren Rahmen Tatjana Festerling unter dem Jubel der versammelten Demonstranten forderte: »Wir erklären hier und heute, am 9. November 2015, den Schuldkomplex aus zwölf Jahren Naziherrschaft für beendet.« Und weiter: »Lasst uns mit eurem Schuldkult für die Vergangenheit, für die keiner von uns hier die Verantwortung trägt, endlich in Ruhe!«[679] Wenig später rief sie auf einer Demonstration in Sebnitz dazu auf, die eigentlichen Verursacher und Strippenzieher hinter der Flüchtlingskrise beim Namen zu nennen, wobei sie auf »den Finanzmogul George Sorros«, die »Bilderberger« und die im »verborgenen agierenden Hochfinanzkönige« verwies.[680] Die vordergründige Globalisierungskritik durchzieht damit ein eindeutig antisemitischer Subtext.

Unter den eingeladenen Gastrednern finden sich zunehmend Vertreter der Neuen Rechten, darunter Götz Kubitschek und René Stadtkewitz sowie Michael Mannheimer, der über linken Antisemitismus publiziert und in einer rhetorischen Wendung die These vertritt, Hitler und die NSDAP seien genuin links gewesen, der Antisemitismus daher also ein Phänomen der Linken. Daneben verortet er Antisemitismus v. a. bei Muslimen. Zu den Eingeladenen gehört u. a. auch der Gründer des *Compact*-Magazins und Schreiber auf der rechtsextremen Plattform *PI-News,* der Journalist Jürgen Elsässer, vielfach Redner v. a. im Rahmen der »Montagsmahnwachen«, den Judith Ditfurth als einen »glühenden Antisemiten« bezeichnete und der sich immer wieder antisemitischer Codes und Chiffren, wie z. B. des Verweises auf das US-amerikanische »Ostküstenkapital«, bedient.[681] Eingeladen war auch Akif Pirinçci, der mit einer Hass-Rede für einen Eklat auf der *Pegida*-Demonstration sorgte, indem er sagte: »Offenkundig scheint man bei der Macht die Angst und den Respekt vor dem eigenen Volk so restlos abgelegt zu haben, dass man ihm schulterzuckend die Ausreise empfehlen kann, wenn es gefälligst nicht pariert. Es gäbe natürlich auch andere Alternativen. Aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb«. Er meinte damit zwar nicht – wie z. T. fälschlich interpretiert – Geflüchtete, stellte aber die Gegner von Flüchtlingsheimen auf eine geschmacklose Weise als Opfer von Verfolgung dar. Dabei gingen weitere

675 No-Nazi-Net, Aufstand der Herren mittleren Alters? Ein Beitrag zu Pegida in den Sozialen Netzwerken, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2015.

676 U. a. Rehberg/Kunz/Schlinzig, Pegida.

677 Zusammenfassend dazu, Christian Demuth, Politische Bildung nach Pegida, Expertisen für Demokratie, 1 (2016), S. 9 ff., http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12324-20160209.pdf (eingesehen 14. 12. 2016).

678 Eine von der Belegschaft der Semperoper geplante Gegendemonstration auf dem Theaterplatz wurde zugunsten der Pegida-Kundgebung von der Stadtverwaltung verboten. Vgl. Alexander Demling, Pegida-Demo am Jahrestag der Reichspogromnacht? Ernsthaft, Dresden?, in: bento, 8. 11. 2015, http://www.bento.de/politik/pegida-theater-in-dresden-protestiert-gegen-demo-am-9-november-106758/ (eingesehen 7. 12. 2016).

679 Zitiert aus einem Beitrag von Stefan Lockeauf faz.net, 9. 11. 2015, http://www.faz.net/aktuell/pegida-demonstrationen-lasst-uns-mit-eurem-schuldkult-in-ruhe-13903510.html (eingesehen 25. 11. 2105)

680 Tatjana Festerling, Rede in Sebnitz am 28. 4. 2016, https://www.youtube.com/watch?v=c6_IGXsZsjw [ab 7:28 min.] »Wie die versteckten Strippenzieher hinter den Kulissen herrschen und bereits die Weltpolitik bestimmen, haben wir in dem sogenannten EU-Türkei-Deal gesehen. Und Merkel ist dabei nur eine Erfüllungsgehilfin. Sie bekommt ihre Aufträge, inklusive fertiger Pläne von mächtigen Globalisten, wie diesem Finanzmogul George Soros. Soros, die Bilderberger, die EU-Mafia, globale Konzernkartelle und v. a. die im Verborgenen agierenden Hochfinanzkönige – all diese Gottspieler haben uns, den Menschen in Europa nichts anderes als den Krieg erklärt« [Ende 8:10 min] und weiter: [ab 8:30 min] »Es ist höchste Zeit, dass wir über die Islamisierung hinausschauen und die Verursacher beim Namen benennen, denn sie offenbaren sich immer deutlicher. Ein Soros gibt ja quasi offen zu, dass er die Flüchtlingskrise mitkreiert, um so die europäische Zentralregierung, eine europäische Diktatur einzuführen« [Ende 8:52 min].

681 Kevin Culina/Jonas Fedders, Im Feindbild vereint. Zur Relevanz des Antisemitismus in der Querfront-Zeitschrift Compact. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass antisemitische Codes und Chiffren nicht nur vereinzelt vorkommen, sondern nach ihrer Analyse den ideologischen Rahmen der Zeitschrift bilden. Siehe dazu Interview mit den beiden Autoren auf heise.de: https://www.heise.de/tp/features/Mut-zum-Antisemitismus-3256917.html (eingesehen 25. 11. 2016).

Entgleisungen, die Pirinçc in diesem Zusammenhang äußerte, wie etwa die Rede von »Moslemmüllhalden« und die damit verbundene Anleihe an die entmenschlichte Sprache der Nationalsozialisten, fast unter. Auf einer kleinen *Pegida* NRW-Demonstration in Duisburg fabulierte ein »Uwe« von der Rednertribüne aus über die »Protokolle der Weisen von Zion«, in denen »der Fahrplan für ein Jahrhundert« stehe.[682]

› Die Hauptakteure und Redner fallen vereinzelt durch offen antisemitische Ausfälle auf. Meist wird Antisemitismus auf subtilem Weg über Verschwörungstheorien und antisemitische Chiffren vermittelt bzw. die Stimmung gegenüber Minderheiten, aber nicht explizit gegen Juden aufgeheizt.

8.3.6 Antisemitische Plakate und skandierte Parolen

Auf den Demonstrationen waren Bezüge zum Antisemitismus zwar nicht dominant, doch fanden sich diverse Beispiele einer kruden Mischung: Während immer wieder auch die blau-weiße Flagge Israels mit erkennbarem Davidstern geschwenkt wurde – was einer der interviewten Experten als »Persilschein« bezeichnete –, wurde andernorts und manchmal auch zeitgleich offener und subtiler Antisemitismus geäußert. So wurde bei den Münchner Demonstrationen Antisemitismus ganz offen und direkt artikuliert bzw. nahmen Personen an prominenter Stelle teil, die sich in der Vergangenheit bereits antisemitisch geäußert hatten. Der *Bayerische Rundfunk* berichtete in diesem Zusammenhang: »Ende Februar wurde auf der Internetseite von *Pegida* Bayern eine Abbildung von Angela Merkel mit einer Mütze mit Davidstern-Symbolik gezeigt. Nachdem dies in den Medien thematisiert wurde, haben die Vertreter von *Pegida* die Davidsterne durch EU-Sterne ersetzt. Allerdings mit dem Hinweis auf die Vermutung stark polnisch-jüdischer Wurzeln der Bundeskanzlerin«.[683] Dies greift das im Internet kursierende Gerücht auf, Angela Merkel hätte eine jüdische Mutter. Die Bundeskanzlerin wird in diesem Zusammenhang auch als »zionistische Jüdin Merkel« bezeichnet.[684] Nach Beobachtung der *Süddeutschen Zeitung* war der Neonazi Karl-Heinz Statzberger, der an der Planung des Sprengstoffanschlags bei der Grundsteinlegung des Jüdischen Gemeindezentrums beteiligt war, Dauerteilnehmer bei *Mügida* (ein offiziell auch von den Initiatoren anerkannter Ableger).[685] Begleitet wurde *Pegida* München von antisemitischer Hetze in den sozialen Netzwerken, u. a. auch von Seiten eines der Hauptverantwortlichen, wie die Zeitung weiter berichtet.[686] Die *Bergida*-Demonstration am 9. November 2015 zum 77. Jahrestag der Novemberpogrome führte an der Berliner Synagoge Rykestraße vorbei, während die Teilnehmenden Reichsflagge und Reichskriegsflagge tragend »Nationaler Sozialismus jetzt!« skandierten. Zuvor war die Bundesregierung von einem Redner als »Brunnenvergifter« tituliert worden.[687]

Zunächst in Berlin, später auch in Dresden, lief eine kleine Gruppe bei den Demonstrationen mit einem »JewGida«-Schild mit. Sie stieß allerdings bei großen Teilen der *Pegida*-Anhängerschaft auf Widerstand. Als Geert Wilders als Gastredner auf einer Kundgebung in Dresden zu uneingeschränkter Solidarität mit Israel aufforderte, erntete er Schweigen und Gemurre. Die beiden CSU-Stadträte Mariam Offmann und Richard Quaas berichteten über diverse judenfeindliche Sprüche und Verschwörungstheorien (»jüdisch gesteuerte ›Asyl-Industrie‹«) auf den Demonstrationen in München. Nach ihrer Einschätzung sei die »Flaggenparade« nur »ein zynisches Ablenkungsmanöver, das die antisemitischen Tendenzen von *Pegida* tarnen soll«.[688] Bereist als die ersten Dresdner Demonstrationen stattfanden, berichtete der Journalist Olaf Sundermeyer von aggressiven antisemitischen Pöbeleien gegen Medienvertreter: »Wer bei den Protestierern als Journalist persönlich bekannt ist, wird bedroht und angefeindet: ›Wenn sich die Sache hier dreht, seid ihr die ersten, die dran glauben müssen‹, ruft ein Demonstrant. ›Verpiss dich, du Judenschwein, sonst machen wir dich platt‹, brüllt ein kräftiger junger Mann, dessen linker Arm eine weiße Ordnerbinde ziert; wer *Pegida* und *Hogesa* regelmäßig kritisiert, wird auf deren Demonstrationen auch körperlich angegangen.«[689] RIAS dokumentierte antisemitische Bezüge bei diversen *Pegida*-Demonstrationen, wie etwa das Tragen einer Solidaritätstasche für eine verurteilte

682 https://www.youtube.com/watch?v=dAO-sHxWQlo [ab 1:28 min.].

683 Michale Kubitza, Unter falscher Flagge? PEGIDA und der Davidstern, Beitrag vom 9.3.2016: http://www.br.de/nachrichten/PEGIDA-israelflagge-antisemitismus-100.html (eingesehen 25.11.2016).

684 U. a. bei https://unbequemewahrheit2014.wordpress.com/tag/angela-merkel/ (eingesehen 25.11.2016).

685 Martin Bernstein, Islamfeindlich und antisemitisch in einem, in: Süddeutsche Zeitung, 13.10.2015, http://www.sueddeutsche.de/muenchen/pegida-in-muenchen-islamfeindlich-und-antisemitisch-in-einem-1.2692351 (eingesehen 7.12.2016).

686 Ebenda. Zitiert wird hier aus einem Posting gegen den Filmproduzenten David Groenewold: »Das [sic!] die Juden nicht nur fast 100 Prozent aller Filme in den USA produzieren, sondern auch im deutschen Filmgeschäft kräftig mitmischen, sollte zur Allgemeinbildung gehören.«

687 Bericht zur Demonstration am 9.11.2015 auf http://publikative.org/2015/11/11/9-november-deutscher-schuldkomplex-offiziell-beendet/ und auf der Seite von Bergida: http://www.baergida.net/veranstaltungen/abend spaziergaenge-von-baergida/2015-2/november/45-baergida/ (beides eingesehen 25.11.2016).

688 Ebenda.

689 Sundermeyer, Wir machen dich platt, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.12.2014, http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/pegida-demonstranten-machen-front-gegen-etablierte-medien-13345656.html (eingesehen 31.12.2016).

Holocaustleugnerin oder aber »Juden raus«-Rufe im Rahmen einer Demonstration in Thüringen.[690] Thügida veranstaltete u. a. auch einen Fackelmarsch zum Gedenken an den Geburtstag von Adolf Hitler.[691]

› Auf *Pegida*-Demonstrationen wurden vereinzelt antisemitische Plakate und Rufe registriert. Insbesondere auf kleineren Demonstrationen (im Westen, aber auch bei *Legida),* die anteilsmäßig stärker von organisierten Rechtsextremen geprägt waren, wurde dies häufiger beobachtet.

8.3.7 Hinweise auf die Verbreitung antisemitischer Einstellungen der Demonstranten

Unter den Teilnehmenden fanden sich vielfach Hinweise auf ein deutlich rechtspopulistisches Einstellungsmuster, das in Bevölkerungsumfragen eng mit Antisemitismus korrespondiert.[692] Explizit erhoben wurde Antisemitismus allerdings lediglich in der Befragung von Demonstrationsteilnehmern der Forschergruppe um Dieter Rucht über die Aussage: »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß« als Indikator für klassisch antisemitische Einstellungen. Hier stimmten 14 Prozent der Befragten eher oder voll zu. Für Ostdeutsche Befragte weist die Leipziger-Mitte-Studie 2014 hier eine Zustimmung von zehn Prozent aus, der gleiche Anteil findet sich in der FES-Mitte-Studie 2014.[693] Aufgrund der angenommenen deutlichen Verzerrung der Stichprobe – ein hoher Prozentsatz der Teilnehmenden und hier insbesondere diejenigen, die klar rechtsextrem positioniert werden können, haben sich an den Befragungen nicht beteiligt – dürfte das dort ermittelte Ausmaß antisemitischer Einstellungen allerdings eine sehr konservative Schätzung sein.

Bei einer Befragung gaben Demonstrationsteilnehmende im Herbst 2015 als Motivation ganz überwiegend die Unzufriedenheit mit dem politischen System an, ein Drittel äußerte zudem Ressentiments im Zusammenhang mit Asylsuchenden und Zuwanderern.[694] Die Forschergruppe um Werner Patzelt beobachtete über den Zeitverlauf der Befragungen von Januar 2015 bis Januar 2016 zwar keinen Rechtsruck, aber dennoch eine Radikalisierung der Demonstrationen von *Pegida* in Dresden insbesondere bei den jüngeren Teilnehmern. Der Ton sei deutlich schriller und rüder geworden, bis hin an die Grenzen zur Strafbarkeit. Fremden-, Muslim- bzw. Islamfeindlichkeit werden mit größerer Selbstverständlichkeit geäußert, und Aggressivität gegen tatsächlich oder vermeintlich Andersdenkende habe deutlich zugenommen. Die befragten Demonstrationsteilnehmer stufen sich selbst in der großen Mehrheit als »Patrioten« ein. Ihre politischen Einstellungen sind u. a. von einer ausgeprägten Kritik an der Umsetzung von Demokratie geprägt, der Einschätzung, die Globalisierung brächte überwiegend Nachteile für Deutschland und die Welt sowie einer sehr distanzierten Haltung zu den USA und zugleich Sympathien gegenüber Russland. Patzelt u. a. stufen Anfang 2016 rund 20 Prozent der Protestteilnehmer in Dresden als »rechtsradikal« ein, gehen aber aufgrund der wahrscheinlichen Stichprobenverzerrung von einem etwas höheren Anteil aus und heben hervor: »Es hat sich ein Denk- und Empfindungszusammenhang herausgebildet, von dem aus sich bruchlos auf rechtsradikale Positionen gelangen lässt, falls man sein Denken und Reden nicht diszipliniert.«[695] 82 Prozent geben inzwischen an, bei der nächsten Wahl die AfD wählen zu wollen. Antisemitismus wurde in dieser Befragung nicht erfasst. Allerdings korreliert das in der Studie geäußerte Einstellungsmuster in der Gesamtbevölkerung insgesamt auch mit antisemitischen Einstellungen (→Einstellungen).

Im Rahmen der aktuellen FES-Mitte-Studie 2016 wurde die potenzielle Teilnahmebereitschaft der Befragten an einer Demonstration gegen Zuwanderung abgefragt. Rund sieben Prozent der Befragten sagten, es sei eher oder sehr wahrscheinlich, dass sie sich an einer solchen Demonstration beteiligen würden, 22 Prozent halten dies für eher unwahrscheinlich und 71 Prozent für sehr unwahrscheinlich. Die Sozialstruktur derjenigen, die sich eine

690 Dokumentierte Twittermeldungen des Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS):

Lt. @Zugespielt1 Person trug heute bei #Pegida in #Dresden Solitasche für die verurteilte Schoa-Leugnerin #Haverbeck #Antisemitismus #dd3110; https://Twitter.com/Report_Antisem/status/793199085322993664 (eingesehen 7.12.2016);

Thügida: Lt. @zumsaru gestern #Antisemitismus in #Rudolstadt #1607ru; https://Twitter.com/Report_Antisem/status/754669830247251968 (eingesehen 7.12.2016).

Thügida: Lt.@LCBendtner riefen #NeoNazis in #110gotha (#Thüringen) zur Vernichtung Israels auf und Feindbild »Hochfinanz« auf Transparent https://Twitter.com/Report_Antisem/status/782515057812967424 (eingesehen 7.12.2016); Lt. @Aktionsnetzwerk meint NPD-Stadtrat und #Thügida Aktivist Köckert politische Gegner_innen gehören nach Israel abgeschoben #J0212 #Jena; https://Twitter.com/Report_Antisem/status/804778537345552384 (eingesehen 7.12.2016); Lt.@LAEUFTNICHT während eines Fackelmarsches in #Jena »Juden raus« rufe #Antisemitismus #j2004 #NoThuegida; https://Twitter.com/Report_Antisem/status/722896661912027136 (eingesehen 7.12.2016); Lt. @zumsaru gestern #Antisemitismus in #Rudolstadt #1607ru #Thüringen bei einer Thügida Demonstration https://Twitter.com/Report_Antisem/status/754669830247251968 (eingesehen 7.12.2016).

691 Bericht und Videos unter: https://de.sputniknews.com/videos/20160421309361193-eskalationen-thuegida-fakelmarsch-hitler-geburtstag-jena/ (eingesehen 7.12.2016).

692 U. a. Beate Küpper/Andreas Zick/Daniela Krause, Pegida in den Köpfen – Wie rechtspopulistisch ist Deutschland?, in: Andreas Zick/Beate Küpper, Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, hrsg. von Ralf Melzer und Dietmar Molthagen für die Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2015.

693 Eigene Auswertungen für diesen Bericht. Näheres zur Studie siehe → Einstellungen.

694 Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller, Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016.

695 Vgl. http://wjpatzelt.de/?p=761 (eingesehen 7.12.2016).

Beteiligung vorstellen können, ähnelt den befragten Teilnehmenden der *Pegida*-Demonstrationen in Dresden.[696] Auffällig war auch hier, dass diese Befragten gemessen am Einkommen zwar überwiegend aus der sozio-ökonomischen Mittelschicht stammten, sich aber in ihrer subjektiven Wahrnehmung als Deutsche im Vergleich zu hier lebenden Ausländern kollektiv benachteiligter und in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung bedrohter fühlen als jene, die sich nicht an solchen Demonstrationen beteiligen würden. Dies sind typische Bedingungen für die Suche nach einem Sündenbock – und dazu zählen klassischerweise immer auch Juden. Deutlich wird: Verglichen mit der Mehrheit der Befragten, die es für sehr unwahrscheinlich halten, sich an einer Demonstration gegen Zuwanderung zu beteiligen, neigen diejenigen, die dies für sich nicht gänzlich ausschließen (also nur für eher unwahrscheinlich oder sogar eher oder sehr wahrscheinlich halten sich zu beteiligen) signifikant eher zu antisemitischen Einstellungen. Dies gilt für klassischen, sekundären wie israelbezogenen Antisemitismus (→ Definition).[697]

› Demonstrationsteilnehmende weisen ein Einstellungsmuster auf, das auch antisemitische Einstellungen nahelegt.

8.3.8 Einfluss auf die politische Kultur und die politische Stimmungslage

Die bei *Pegida* geäußerten Positionen lassen sich zwischen rechtskonservativ bis rechtsradikal verorten, in jedem Fall finden sich deutlich fremden- und muslimfeindliche Einstellungen. Als Redner wurden im Laufe der Demonstrationen zunehmend häufiger Vertreter der Neuen Rechten eingeladen, in den Reden finden sich damit auch Bezüge zu ihrer rassistisch-nationalistisch-völkischen Ideologie.[698] Diese Positionen sind typischerweise sehr leicht anschlussfähig auch für Antisemitismus.

Auch wenn in Sachsen mit den größten Demonstrationen ein alarmierend hoher Anteil der Bevölkerung demokratiekritische bis -feindliche bis hin zu rechtsextremen Einstellungen vertritt, wie der jüngste Sachsen-Monitor ausweist, ist dort die Verbreitung antisemitischer Einstellungen (noch) nicht auffällig (→ Einstellungen).[699]

Der Erfolg der *Pegida*-Kandidatin Tatjana Festerling bei den Oberbürgermeisterwahlen in Dresden, die insgesamt zehn Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte, in einigen Wahlbezirken sogar bis zu 15 Prozent, verweist auf die Unterstützung in einigen Teilen der Bevölkerung. Deutschlandweit äußerten Anfang 2015 mindestens 22 Prozent der Deutschen Verständnis für die Demonstrationen in Dresden, im Osten konnten sich 15 Prozent der Befragten vorstellen, selbst an einer *Pegida*-Demonstration teilzunehmen (im Westen nur sechs Prozent).[700]

Christian Demuth kommt in seiner Analyse für die *Friedrich Ebert Stiftung* zur Auswirkung von *Pegida* auf die politische Kultur zu dem Schluss: »Es ist offensichtlich, wie NPD, Nazi-Kameradschaften, die ›Neue Rechte‹ und auch die seit ihrer Spaltung nach rechts gerückte *Alternative für Deutschland* (AfD) *Pegida* als Schwungrad für ihre ideologischen und parteipolitischen Ziele nutzen.«[701]

› Ein Einfluss von *Pegida* auf die politische Kultur ist wahrscheinlich, lässt sich aber nicht unmittelbar nachweisen. Die politische Stimmung in Sachsen ist alarmierend. Der Antisemitismus ist dort aber im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet nicht auffällig weiter verbreitet. Die Stimmung in der Gesamtbevölkerung ist polarisiert mit einer Zuspitzung von rechtsextremen Positionen, die potenziell anschlussfähig für Antisemitismus sind.

8.3.9 Fazit

Insgesamt spielt offener Antisemitismus, so die Einschätzung der befragten Expertinnen und Experten, keine dominante Rolle bei *Pegida*, doch bildet Antisemitismus den Begleittext etlicher Statements und schwingt als Subtext vielfach mit. Insbesondere die Verbreitung von Verschwörungstheorien und die aggressive Stimmung gegenüber Flüchtlingen, Einwanderern und Muslimen, aber auch gegenüber Anstrengungen zur Gleichstellung von nicht-heterosexuellen Menschen und Frauen, die unter Rednern und Demonstranten deutlich wurden, sind ein ernstzunehmendes Einfallstor auch für Antisemitismus. Antisemitische Einstellungen wurden in Befragungen von Demonstrationsteilnehmern bislang nur in einem Einzelfall erhoben, der auf leicht erhöhte Werte im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung hindeutet. Allerdings lässt ihr sonstiges Einstellungsmuster auch auf eine höhere Verbreitung antisemitischer Einstellungen schließen. In etlichen Reden, die im Rahmen der *Pegida*-Demonstrationen gehalten wurden, fanden sich antisemitische Chiffren. Darüber hinaus ließ sich auch offener Antisemitismus regional und lokal unterschiedlich, vereinzelt oder gehäuft

696 Anna Klein/Michael Müller, Demokratische Mitte oder Bad Civil Society?, in: Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, hrsg. von Ralf Melzer für die Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2016, S. 185–201, hier S. 196 ff.

697 Auswertung für diesen Bericht von Beate Küpper.

698 U. a. Beobachtung der FAZ von der Demonstration zum zweiten Jahrestag von Pegida: http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/weniger-teilnehmer-kommen-zum-2-PEGIDA-jahrestag-14484171.html (eingesehen 25. 11. 2016).

699 Sachsen Monitor 2016. Ergebnisbericht und Stellungnahme des Beirats zum Sachsen-Monitor 2016.

700 ARD-Deutschlandtrend 8. 1. 2016.

701 Demuth, Politische Bildung nach Pegida, S. 2.

bei den »-*gida*«-Demonstrationen beobachten, insbesondere bei kleineren Demonstrationen, die üblicherweise einen höheren Anteil auch organisierter Rechtsextremer aufweisen. Es gibt innerhalb der Bewegung Entwicklungen in der Ausrichtung und der Zusammensetzung der Teilnehmenden, die auf eine zunehmende Radikalisierung schließen lassen. Ressentiments wurden im Laufe der Zeit vonseiten der eingeladenen Redner sowie der Demonstrationsteilnehmenden immer offener und aggressiver vertreten. Welchen Einfluss *Pegida* und seine Ableger auf die politische Kultur und Stimmungen in der Bundesrepublik haben, lässt sich noch nicht abschließend abschätzen und ist konkret auch schwer nachweisbar. Auf Basis der empirischen Befunde zu menschenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen muss befürchtet werden, dass die mittlerweile auch in den Medien präsenten Themen von *Pegida* den Boden für Antisemitismus bereitet haben bzw. Antisemitismus leicht daran anschlussfähig ist.

Für eine Verhärtung der bei *Pegida* vertretenen Positionen spielt auch die z. T. enge bzw. personenidentische Vernetzung der Akteure mit anderen rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen eine wichtige Rolle. Dazu gehört v. a. die Vernetzung bzw. Vermischung mit der sogenannten Querfront, den Akteuren der sogenannten Montagsdemonstrationen[702] und einschlägigen Medien wie *Compact* und der Internetplattform *PI-News,* zu denen sich auch Verbindungen mit neurechten Strömungen wie der *Identitären Bewegung,* Parteien wie der NPD sowie der AfD nachweisen lassen. Auch die Teilnehmerschaft hat sich zunehmend mit verschiedenen rechten Szenen – Hooligans, den Identitären, Ablegern der AfD – vermischt und bedarf mit Blick auf den Antisemitismus einer besonderen Beobachtung.

8.4 Salafismus

Seit etwa zehn Jahren ist in Deutschland eine religiös-politische Bewegung entstanden, die als Salafismus oder Salafiya bezeichnet wird.[703] V. a. die Radikalisierung junger Muslime sowie Anschläge in verschiedenen europäischen Ländern – nicht zuletzt auch gegen jüdische Einrichtungen – werden mit dem Salafismus in Verbindung gebracht.

Im Folgenden wird ein kurzer Einblick in die Geschichte des Salafismus gegeben, um dann insbesondere auf die antisemitischen Bestandteile der salafistischen Bewegung und seine Bedeutung in Deutschland einzugehen.

8.4.1 Grundlagen des Salafismus

Der Salafismus ist eine Form des Fundamentalismus im sunnitischen Islam, die sich auf die sogenannten *salaf al-salih* (die frommen Altvorderen) bezieht, mit denen die ersten drei Generationen der Muslime gemeint sind – ausgehend vom prophetischen Wirken Mohammeds ab dem Jahre 610 bis zum Jahre 850. Zentral für den Salafismus ist die Orientierung am utopischen Vorbild der frühislamischen Gemeinde. Die Vordenker des Salafismus teilten die Wahrnehmung, die politischen Krisen der damaligen islamischen Gesellschaften seien auf eine Entfernung und Entfremdung vom wahren Islam zurückzuführen. Als Ausweg aus der Krise wurde in erster Linie eine Rückbesinnung auf die idealisierte frühislamische Epoche gesehen. Es wurde davon ausgegangen, dass innere Machtkämpfe im Abbasidenreich im 9. Jahrhundert (Ibn Hanbal), der Einfall der Mongolen im 13. Jahrhundert (Ibn Tamiyya) und auch der moralische Verfall in der arabischen Welt des 18. Jahrhunderts (Ibn Abd al-Wahhab) rückgängig gemacht werden könnten, wenn die Vielfalt islamischer Quellendeutung bekämpft und der Islam streng und ausschließlich nach Koran und Sunna gelebt werden würde.

Der Salafismus ist in erster Linie als eine politische Ideologie zu verstehen, die seine Machtbestrebungen mit primären Quellen der islamischen Religion zu legitimieren versucht. Nach salafistischem Verständnis können Muslime Gottes Gebote nur einhalten, wenn sie nach wörtlicher Auslegung des Korans sowie der Sunna und damit in der Tradition des Propheten Mohammed leben. Sie verstehen ihren Glaubensgrundsatz als einzig wahren Islam und lehnen alle anderen Islam-Interpretationen als unislamisch ab. Sie verdammen die über die Jahrhunderte entstandene Gelehrsamkeit und damit auch alle islamischen Rechtsschulen. Salafisten teilen Menschen in Gläubige und Ungläubige. Als gläubig gelten nur die Muslime, die das salafistische Verständnis vorbehaltlos teilen und die entsprechenden Verhaltensvorschriften praktizieren.[704] Ungläubig sind für sie nicht nur Atheisten, Christen, Juden und andere Religionsangehörige, sondern auch Schiiten und Sufis ebenso wie der gewöhnliche nicht-salafistische Muslim. Ziel des Salafismus ist die vollständige Umgestaltung von Staat, Rechtsordnung und Gesellschaft nach einem salafistischen Islamverständnis.

702 So sprach u. a. auf den Kagida Demonstrationen in Kassel häufig Victor Seibel, der als Anhänger von Verschwörungstheorien auch Mitinitiator der Kasseler Montagsmahnwache war; Auskunft der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus; Expertengespräch.

703 Sowohl im englischen Sprachgebrauch als auch im deutschen Kontext hat sich der Begriff Salafism bzw. Salafismus durchgesetzt. Der von den Islamwissenschaftlern Rauf Ceylan und Michael Kiefer eingeführte Begriff »Neo-Salafismus« konnte sich im Diskurs nicht durchsetzen. Die Verwendung des Prefix »Neo« würde eine Neuauflage des Vorhergewesenen bedeuten, das träfe aber auf den Salafismus nicht zu, weil er ein Produkt der Moderne sei. Hazim Fouad/Behnam T. Said (Hrsg.), Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Bonn 2014 S. 28 ff.

704 Marwan Abu Taam, Die Salafiyya-Bewegung in Deutschland, http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/136705/die-salafiyya-bewegung-in-deutschland (eingesehen 21. 9. 2016).

Nach dem weitgehend anerkannten Modell des US-Politikwissenschaftlers Quintan Wiktorowicz lässt sich das heutige salafistische Spektrum in drei Kategorien einteilen. Demnach gibt es erstens die »Puristen«. Sie sind apolitisch und auf ihre puritanische Lebensweise bedacht. Ihr Hauptanliegen ist die Missionierung zum Islam (Da'wa). Sie lehnen politischen Aktivismus und Gewalt ab. »Politische Salafisten« bilden die zweite, weitaus größte Gruppe, eine heteregone Sammlungsbewegung, deren Religionsauslegung in Deutschland auch als »Mainstream-Salafismus« bezeichnet wird. Politische Salafisten sind in erster Linie Aktivisten und wollen das islamische Recht für das private und öffentliche Leben durchsetzen. Die dritte Gruppe sind die »Dschihadisten«, die den Dschihad zur Pflicht eines jeden Muslims erklären. Entgegen der gültigen Deutung des Dschihad als einem Verteidigungskrieg propagieren sie einen aggressiven Angriffskrieg. Sie sind militant und wollen mit Mitteln des bewaffneten Kampfes einen Gottesstaat errichten.[705]

8.4.2 Antisemitismus und Salafismus

Wie bei allen islamistischen Strömungen ist der Antisemitismus ein wesentliches Merkmal des Salafismus. Der salafistisch geprägte weltweite dschihadistische Terror bedroht daher nicht zuletzt auch das jüdische Leben, wie sich in den jüngsten islamistischen Anschlägen in Europa zeigte, die v. a. auf Juden und jüdische bzw. als jüdisch wahrgenommene Einrichtungen zielten.[706]

Als Wegbereiter antisemitischer Ideen innerhalb des Islamismus sowie als wichtiger Ideologe islamistischen Gedankenguts gilt der Ägypter Sayyid Qutb (1906–1966), der 1950 den Aufsatz »Unser Kampf mit den Juden« veröffentlicht. Darin formulierte er anhand einer selektiven Bezugnahme auf den Koran die These einer ewigen Feindschaft zwischen Juden und Muslimen. Neben Qutbs anderen Schriften beeinflusst dieser Beitrag bis heute islamistische Kreise ideologisch. Die überwiegende Mehrheit antisemitischer Stereotype und Ideologien allerdings, die im Islamismus zu beobachten sind, stammen aus Europa (→ Definition). Gegen Ende des 19. Jahrhunderts tauchten vermehrt arabische und osmanische Übersetzungen europäischer Schriften auf. Später folgten nationalsozialistische Werke wie Hitlers »Mein Kampf« oder das antisemitische Machwerk »Die Protokolle der Weisen von Zion«.[707]

In der Ideologie des Salafismus ist das Feindbild der Zionisten und Juden besonders bedeutsam, da dieses den Kampf gegen den Staat Israel religiös legitimiert. In einem Gutachten formulierten Experten der deutschen Sicherheitsbehörden, dass Salafisten eine Bedrohung durch eine jüdische Weltverschwörung und einen israelischen Staatsterrorismus konstruieren, die angeblich auf den Untergang und die Vernichtung der Muslime abziele. Dabei werden in der frühislamischen Zeit ausgetragene politische Konflikte des Propheten Mohammed mit einigen jüdischen Stämmen in Medina als Präzedenzfälle zur Legitimierung eines konstanten jüdischen Feindbilds herangezogen. Auch Stereotype aus dem europäischen Antisemitismus sowie die Leugnung des Holocaust werden in diesem Zusammenhang verbreitet. Darüber hinaus wird im Kontext des Nahostkonflikts Gewalt gegen Juden als defensiver Dschihad propagiert. Dieser schließe auch Selbstmordattentate ein, die im Rahmen einer asymmetrischen Kriegsführung als legitim betrachtet werden.[708]

8.4.3 Verbreitung des Salafismus in Deutschland

Salafisten bilden unter den ca. vier Millionen Muslimen in Deutschland eine verschwindend kleine Gruppe, gelten aber weltweit als die momentan dynamischste Bewegung im Islamismus. Die Zahl ihrer Anhänger ist in den letzten Jahren auch in Deutschland stetig gewachsen. Die Sicherheitsbehörden sprechen von etwa 10.000 Anhängern in Deutschland. Das Spektrum ist sehr heterogen und umfasst auch Formen einer unpolitischen, orthodoxen und frommen Religionsausübung. Dennoch lässt sich unzweifelhaft feststellen, dass fast alle dschihadistischen Terroristen ihre politische Radikalisierung im salafistischen Millieu erfahren: »Nicht alle Salafisten werden Dschihadisten – aber alle Dschihadisten sind Salafisten«, so der französische Islamismusforscher Gilles Kepel.[709]

Laut *Bundesamt für Verfassungsschutz* sind mindestens 850 Personen aus Deutschland in die Kampfgebiete des IS ausgereist. Es ist die Rede von 140 Toten, die entweder in den militärischen Gefechten oder als Selbstmordattentäter

705 Armin Pfahl-Traughber, Salafismus – was ist das überhaupt? Definitionen – Ideologiemerkmale – Typologisierungen, http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/211830/salafismus-was-ist-das-ueberhaupt (eingesehen 20.11.2016).

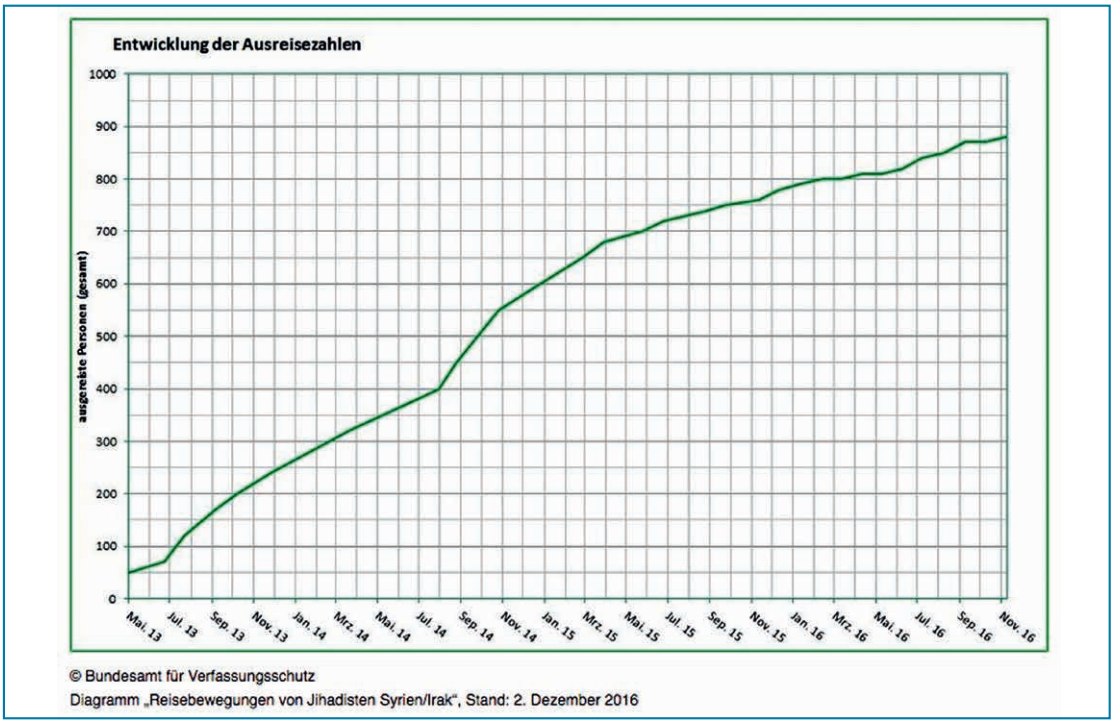
706 Attentat vor jüdischer Schule in Toulouse 2012, Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel 2014, Anschlag auf die Kopenhagener Synagoge 2015, Geiselnahme und Mord in einem jüdischen Supermarkt 2015, Anschlag auf israelische Touristen in Istanbul 2016.

707 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Antisemitismus im politischen Extremismus. Ideologische Grundlagen und Argumentationsformen, Berlin 2016, S. 9. Vgl auch Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus im Islamismus. Ideengeschichtliche Bedingungsfaktoren und agitatorische Erscheinungsformen, http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36356/antisemitismus-im-islamismus?p=all (eingesehen 20.11.2016).

708 Vgl. Lagebild zur Verfassungsfeindlichkeit salafistischer Bewegungen 2011, http://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/11-06-22/anlage14.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (eingesehen 7.12.2016).

709 http://www.fr-online.de/kultur/terrorgefahr—der-salafismus-predigt-den-bruch-,1472786,34349614.html (eingesehen 20.9.2016).

Abb. 8.4: Entwicklung der Ausreisezahlen in Kampfgebiete des IS 2014–2016



Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz

ums Leben gekommen sind (Abb. 8.4).[710] In diesem Zusammenhang wird in Deutschland v. a. die Radikalisierung junger Muslime diskutiert. Und spätestens seit dem Sommer 2014 erhielt der Salafimus in der deutschen medialen und politischen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit, da mehrfach salafistische Prediger im deutschen Fernsehen als Gäste bei öffentlich-rechtlichen Sendern wie etwa der Polit-Talkshow »Hart aber Fair« oder »Menschen bei Maischberger« eingeladen waren, was unweigerlich zur Bekanntmachung der salafistischen Szene und der Verbreitung ihrer Ansichten in der Öffentlichkeit führte. Neben der Informationspflicht der Medien läuft die Berichterstattung hier jedoch auch Gefahr, zur »Stereotypisierung bzw. der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Muslimen – als angeblich gewaltbereit, rückständig, starrsinnig usw.«[711] beizutragen. Auch kursorisch herausgerissene und alarmistisch aufbereitete Befunde von sozialwissenschaftlichen Studien in den Medien können den Eindruck verstärken, dass Salafismus und die aus dieser Bewegung heraus entstehenden Radikalisierungen junger Muslime ein Phänomen mit großem quantitativen Ausmaß darstellen. Dies kann aber bisher weder durch empirische Studien oder Expertisen deutscher Sicherheitsbehörden noch durch Berichte aus der Bildungspraxis bestätigt werden. Im Gegenteil, es handelt sich hierbei um eine kleine Minderheit unter den Muslimen in Deutschland.[712]

8.4.4 Salafismus und Antisemitismus in Deutschland

Auf einschlägigen salafistischen deutschen Internetseiten werden antisemitische Stereotype und Deutungen veröffentlicht und Videobotschaften von in der Szene bekannten salafistischen Predigern zum Download bereitgestellt. In einem Text von Ali Abdur-Rahman al-Hudhaifi auf »salaf.de« werden die »bösen Absichten und Ziele der Weltmächte« u. a. folgendermaßen charakterisiert: »Die Stärkung und Festigung des zionistisch jüdischen Staates; die Zerstörung der al-Aqsa Moschee und anstelle dieser die Errichtung einer Synagoge, um die alten Wünsche der Juden zufrieden zu stellen; die Aufrechthaltung der militärischen Souveränität der Juden über die muslimischen

710 https://www.verfassungsschutz.de/static/generated/6097-diagramm-ausreisezahlen-2013-2016.jpg (eingesehen 7.12.2016).

711 Vgl. Thorsten Gerald Schneiders, Fördern unsere Medien die Salafisten? Dynamiken, Verantwortung und Grenzen der Berichterstattung über salafistische Gruppen; http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2016/01/25/foerdern-unsere-medien-die-salafisten-dynamiken-verantwortung-und-grenzen-der-berichterstattung-ueber-salafistische-gruppen/ (eingesehen 26.10.2016).

712 Aycan Demirel, Prävention in Berliner Schulen. Konzepte gegen Radikalisierung junger Muslime, in: Apabiz/MBR (Hrsg.), Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Jahr 2014, Berlin 2015.

arabischen Länder; die Aneignung eines großen Teiles des Ölvorkommens in den Golfstaaten. Den Saudis wird nur der Rest zurückgelassen; bei der leichtesten Provokation dem Islam den Todesstoß verpassen; alle Mittel fördern, die gegen den Islam sind und die Moralwerte und Tugenden zerstören, so dass als Folge sich die islamischen Staaten ständig untereinander bekriegen.«[713]

Neben israelbezogenem Antisemitismus finden sich auch andere antisemitische Stereotype auf »salaf.de«. Die Juden seien nicht nur durch ihre Handlungen schlecht, sondern sie seien von Natur aus böse. Sie seien Heuchler und Querulanten und brächten die Gläubigen vom rechten Weg ab. In einem weiteren Dokument wird unterstellt: »Die Juden haben unterschiedliche Wege der Begehung von Verbrechen und Massakern in ihrer schandbefleckten Geschichte. Sie lernen nicht von historischen Ereignissen. Vielmehr ziehen sie es vor, in ihrem Verrat und in ihrem abscheulichen Verbrechen hartnäckig zu sein. […] Alle Katastrophen im palästinensischen Land wurden von den Juden verursacht. Sie entfachen Krisen mit ihren schmutzigen Händen, schändlichen Seelen, kranken Herzen und bösen Absichten. […] Sie haben sich auf der Erde aggressiv verhalten und das Blut zahlreicher unschuldiger Kinder, alter Menschen und armer Frauen vergossen. Die jüdische Hochmütigkeit überschritt alle Grenzen, sie töten unschuldige Seelen ohne irgendein Gewissen.«[714]

Neben salafistischen Online-Publikationen ereignen sich auch reale antisemitische Vorfälle, wie etwa im Rahmen der Freitagspredigt des dänischen Gastpredigers Abu Bilal in der Berliner al-Nur Moschee am 18. Juli 2014, in der dieser sich auf den Gaza-Konflikt bezog und zionistische Juden als Mörder von Propheten und Kindern darstellte. Im abschließenden Bittgebet bat er Gott um die Tötung der zionistischen Juden. Die Predigt wurde damals auf dem *YouTube*-Kanal der Moschee hochgeladen. Schon wenige Stunden danach lagen die einschlägigen Ausschnitte in deutscher Übersetzung vor und gelangten an die Öffentlichkeit. Gegen den Gast-Imam wurde Anklage erhoben, im Rahmen der Gerichtsverhandlung soll es nochmals zu antisemitischen Äußerungen von Muslimen aus dem Publikum gegenüber einem anwesenden Juden gekommen sein.[715]

Auffallend in der deutschsprachigen Literatur über Salafismus ist, dass der Aspekt Antisemitismus kaum Erwähnung findet. Selbst bei den Anschlägen in Paris im Januar 2015 auf den koscheren Supermarkt oder im Februar 2015 auf eine Synagoge in Dänemark haben judenfeindliche Motive keine besondere Erwähnung in der öffentlichen Berichterstattung gefunden, obwohl in den Verlautbarungen des IS immer wieder konkrete Verweise auf Juden als Ziel von Anschlägen auftauchen.[716] In der März-Ausgabe 2015 der IS-Propagandazeitschrift *Dabiq* ist von der Terrorisierung von Christen, Juden und Atheisten in Dänemark die Rede.[717] In weiteren Ausgaben werden immer wieder Vernichtungsfantasien gegen Israel artikuliert: Eine Expansion würde vorbereitet, um » – mit Gottes Erlaubnis – dem jüdischen Staat, der Familie Salul [vermutlich eine abwertende Bezeichnung für die Familie Saud, *Anm. d. Verf.*] und dem Rest der vom Islam abgefallenen Tyrannen, den Verbündeten des Kreuzes, ein Ende zu bereiten. Die Flagge des Kalifats wird sich über Mekka und Medina erheben, selbst wenn Apostaten und Heuchler solches verachten. Die Flagge des Kalifats wird sich über Baytul-Maqdis [al-Aqsa-Moschee, *Anm. d. Verf.*] und Rom erheben, selbst wenn Juden und Kreuzzügler solches verachten.«[718] Mit einer im Dezember 2015 veröffentlichten Audiobotschaft drohte der selbsternannte Khalif des IS Abu Bakr al Baghdadi Israel mit Anschlägen: »Die Juden dachten, dass wir Palästina vergessen haben und sie uns ablenken konnten. Das ist nicht der Fall. Das Palästina wird ein Grab für Israelis werden. Unsere Bataillone kommen mit jedem Tag näher.«[719]

713 Ali Abdur-Rahman al-Hudhaifi, »Eine ergreifende Botschaft an die muslimische Umma«, S. 10, www.salaf.de; http://www.al-islaam.de/chutba/PDF/chu0009_Eine%20ergreifende%20Botschaft%20an%20die%20Umma.pdf (eingesehen 7.12.2016).

714 »Hilfst du der Sache Allahs, hilft Er dir!«, www.salaf.de; http://home.arcor.de/bisi.f/Khutba/khutba_filistin.pdf (eingesehen 7.12.2016).

715 Predigtauszüge: https://www.youtube.com/watch?v=0LZbKlyaLdE. Vgl. Der Tagesspiegel, 23.10.2014, http://www.tagesspiegel.de/berlin/hetzprediger-an-moschee-in-berlin-neukoelln-staatsanwalt-ermittelt-gegen-abu-bilal-ismail/10876260.html (eingesehen 7.12.2016); http://www.vice.com/de/read/wie-ich-mit-meiner-kippa-auf-dem-kopf-einen-salafistenprozess-besuchte (eingesehen 7.12.2016)

716 Peter Neumann, Die neuen Dschihadisten. IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus, Bonn 2016, S. 164.

717 Dabiq vom März 2015. S. 5 f.

718 Dabiq vom Februar 2015.

719 In der Jerusalem Post findet sich ein kurzer Ausschnitt aus der Audiobotschaft mit englischen Untertiteln: http://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/ISIS-leader-Baghdadi-to-Israel-We-havent-forgotten-about-you-438483 (eingesehen 21.9.2016).

8.4.5 Fazit

Trotz dieser Hinweise auf antisemitische Grundlagen in der Ideologie des Salafismus und den häufig gegen Juden und jüdische Einrichtungen gerichteten Anschlägen von Salafisten in Europa gehen die Islamismus-Experten Olaf Farschid und Rudolph Ekkehard davon aus, dass es im »Mainstream-Salafismus« keinen Unterschied im Verhältnis zum Judentum und zum Christentum gibt und damit auch keine »spezifische antijüdische und in der politischen Konsequenz antizionistische Wahrnehmungen jüdischer Religion«. Beide Religionen, das Judentum umd das Christentum, werden als Verfälschungen von der einen göttlichen Wahrheit betrachtet. Judenfeindliche Haltungen seien eher untergeordnet. Farschid und Ekkehard betonen jedoch die Verwendung antisemitischer Stereotype bei salafistischen Bewegungen im Nahen Osten, die eine Traditionslinie einer historischen Feindschaft zwischen Juden und Muslimen zeichnen, die sich vom Frühislam bis zum israelisch-palästinensischen Konflikt hinziehe.[720]

Handlungsempfehlungen – Antisemitismus in politischen Bewegungen und Organisationen

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

- **… in dem vom *Bundesministerium des Innern* herausgegebenen Verfassungsschutzjahresbericht wieder ein gesondertes Kapitel »Antisemitismus im Rechtsextremismus« aufzunehmen (→ Handlungsempfehlungen Straftaten).**
- **… in die von den Landensinnenministerien bzw. –senaten herausgegebenen Verfassungsschutzjahresberichte im Bereich Extremismus ein Kapitel zum Antisemitismus in den jeweiligen Phänomenbereichen aufzunehmen.**
- **… der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, darauf zu achten, dass antisemitische Aussagen nicht nur in der bekannten »Rechts-Rock«-Musik, sondern auch in rechtsextremistischer Rap-Musik und anderen Stilrichtungen der Musik vorkommen.**
  Hier sind auch Medienanstalten aufgefordert, kritisch zu überprüfen, welche Interpreten sie spielen und bei sich auftreten lassen.
- **… den politischen Stiftungen bei ihren Bildungsangeboten nicht nur Antisemitismus im Kontext des Holocaust oder des Rechtsextremismus, sondern auch bezogen auf seine aktuellen Erscheinungsformen (z. B. Israelfeindlichkeit) zu behandeln.**
  Hier gilt es auch Erscheinungsformen im Blick zu haben, die rechtsextreme Inhalte über modernisierte Begrifflichkeiten vermitteln.
- **… die finanzielle Unterstützung einer Bewegungsforschung, die sich auch mit antisemitischen Strömungen innerhalb alter und neuer politischer Bewegungen auseinandersetzt.**

720 Rudolph Ekkehard, Von »Schriftbesitzern« zu »Ungläubigen«. Christen in der salafistischen Da'wa, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 291–300; Olaf Farschid, Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 435–485; Olaf Farschid, Von der Salafiyya zum Salafismus. Extremistische Positionen im politischen und jihadistischen Salafismus, in: Floris Biskamp/Stefan E. Hößl (Hrsg.), Islam und Islamismus – Perspektiven für die politische Bildung, Gießen 2013.

9 Antisemitismus und Religion

9.1 Einleitung

Der religöse Antisemitismus gilt als die älteste Form der Judenfeindschaft (→ Definition). Im Bericht des ersten UEA wurde der Themenbereich Antisemitismus und Religion im Rahmen eines Unterkapitels zu Kirchen betrachtet. Demnach sind die nach außen hin vertretenen Positionen der großen Kirchen in Deutschland deutlich anti-antisemitisch. Aufgrund der empirischen Befunde zu antisemitischen Einstellungen (→ Einstellungen) in der Gesamtbevölkerung ist jedoch zu vermuten, dass die Positionierung gegen Antisemitismus in der Öffentlichkeit nicht auch zwangsläufig die Vorstellungen der Gemeindebasis widerspiegeln.[721] V. a. in Anbetracht des 2017 anstehenden »Lutherjahres« und den zu erwartenden Diskussionen über das Verhältnis zu Juden und Judentum wird auch im vorliegenden Bericht lediglich ein kurzer Überblick über Antisemitismus in der katholischen und evangelischen Kirche gegeben. Angeregt wird jedoch, nach Ende des Lutherjahres retrospektiv die Debatten zu analysieren und in einem gesonderten Bericht zu evaluieren.

Ergänzend wird im vorliegenden Bericht auch der Antisemitismus in Moscheegemeinden betrachtet. In diesem Zusammenhang gab der UEA eine Expertise in Auftrag , in deren Rahmen qualitative Intervies mit Imamen geführt wurden, die ihre Einschätzungen zu Antisemitismus in muslimischen Gemeinden thematisieren. Die Betrachtung von Antisemitismus in der orthodoxen Kirche und in Freikirchen wären nach Ansicht des UEA ebenfalls zwei wichtige Phänomenbereiche. Leider liegen bislang zu wenige Informationen für den deutschen Sprachraum vor, um darüber verlässlich Bericht erstatten zu können.

9.2 Antisemitismus in den christlichen Kirchen

Bereits im Bericht des ersten UEA war festgehalten worden, dass es angesichts der hohen Mitgliederzahlen in der römisch-katholischen und der evangelischen Kirche in Deutschland sowie den empirischen Befunden zu antisemitischen Haltungen innerhalb der Gesellschaft eine offensichtliche Diskrepanz zwischen den offiziellen Verlautbarungen beider Kirchen und den Einstellungen an der Kirchenbasis bzw. auf Gemeindeebene gibt.

Gleichzeitig wurde vom UEA die Notwendigkeit formuliert, diese Diskrepanz mit empirischen Forschungen zu belegen. Dieses Desiderat gilt bleibend für den jetzigen Berichtszeitraum. Eine Ausnahme bildet lediglich eine von der Synode der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD) 2014 bei ProVal (*Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse – Beratung – Evaluation)* in Auftrag gegebene qualitative Studie zu den Fragen, in welcher Weise unterschiedliche Gemeindekontexte und die Ausprägungen von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie zusammenhängen und welche Beziehungen es zwischen individuellen Glaubensüberzeugungen sowie Glaubenspraktiken und den Ausprägungen von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie gibt. Da die Ergebnisse der Studie erst nach dem Abgabetermin für den Bericht vorlagen, konnte lediglich die Zusammenfassung der Ergebnisse zur Kenntnis genommen werden. Danach schützt der christliche Glaube nicht vor Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie. Je nach Bibelauslegung kann der Glaube dazu beitragen Vorurteilen entgegenzuwirken oder aber diese zu stützen und zu festigen. Zumeist lassen sich daher in den Gemeinden beide Positionen finden: Offenheit ebenso wie vorurteilsbehaftete Einstellungen gegenüber Juden, Muslimen oder Homosexuellen. Ein interessanter Befund der Studie ist die Unterscheidung zwischen dem Umgang mit Vorurteilen in Großstadtgemeinden und Dorfgemeinden. Für Großstadtgemeinden wird von einer »intoleranten Kultur der Toleranz« gesprochen. Diese signalisiere nach außen hin eine große Offenheit gegenüber den drei genannten Gruppen, grenze aber nach innen Gemeindemitglieder, die diese Haltung nicht teilen, diskursiv aus. In dörflichen Gemeinden herrsche hingegen eine »tolerante Kultur der Intoleranz«, die insbesondere nach innen Vorurteile toleriere.

Angesichts des dennoch bleibenden Befunds der fehlenden empirischen Untersuchungen und dem gleichzeitigen Wissen, dass auch in kirchlichen Institutionen, insbesondere auf Gemeindeebene, antisemitische Einstellungen vorhanden sind bzw. über kirchenspezifische Handlungen und Instrumente möglicherweise antisemitische Bilder tradiert werden, entschied der zweite UEA, sich zumindest exemplarisch mit Themen innerhalb der evangelischen sowie der katholischen Kirche zu befassen. Dabei wurde der Fokus bewusst auf Institutionen der großen Kirchen gelegt. Sich insbesondere im Bereich der evangelischen Gemeinden auch mit den freikirchlichen und/oder evangelikalen Gemeinden zu befassen, die in manchen Gegenden der Bundesrepublik großen Einfluss haben, wäre sinnvoll und nötig, konnte aber im Rahmen dieses Berichts nicht geleistet werden.

721 Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Berlin 2011, S. 90 f.

9.2.1 Antisemitismus und Evangelische Kirche

Wie schon im ersten Bericht des UEA dargestellt, gilt für die Evangelische Kirche, dass sich in öffentlichen kirchlich-theologischen Positionierungen »immer wieder gegen antisemitische und antijüdische Denkmuster«[722] und eine »Ent-Antijudaisierung« des Neuen Testaments gewendet wird.[723] Auf der Ebene von Kirchenleitungen, theologischen Fachkommissionen sowie mehrheitlich der universitären Lehre ist der theologische Diskurs geprägt vom Bemühen um den christlich-jüdischen Dialog und dem Bestreben, selbstkritisch mit der Unterstützung kirchlicher Kreise bei der nationalsozialistischen Verfolgung der deutschen und europäischen Juden und dem dafür genutzten Potenzial christlicher Tradition umzugehen. Dabei geht es auch um die kritische Auseinandersetzung mit dem christlich tradierten Bild der »Verwerfung Israels«. Zuletzt distanzierte sich die Synode der EKD am 9. November 2016 erneut eindeutig von der Judenmission.[724] Inwieweit diese Selbskritik die Kirchengemeinden erreicht, von Pfarrerinnen und Pfarrern diskutiert und mitgetragen wird, sich auf die Arbeit mit jungen und alten Gemeindemitgliedern auswirkt oder im Religionsunterricht vorkommt, lässt sich nicht überprüfen. Deswegen werden hier exemplarisch eine öffentlich wirksame theologische Debatte sowie Diskussionen im Hinblick auf christliche Solidarität mit den Palästinenserinnen und Palästinensern im Rahmen der sogenannten *Kairos Erklärung* vorgestellt. Die im Kontext des bevorstehenden Lutherjahres zu erwartenden Publikationen, Veranstaltungen und Diskussionen werden den Erkenntnisstand voraussichtlich erweitern.

9.2.1.1 Die »Slenczka-Debatte«: Zur Relevanz des Alten Testaments für das christliche Selbstverständnis

Im Berichtszeitraum fand die »bedeutendste und schärfste akademische Debatte«[725] statt, die die Frage des Verhältnisses der Kirche zum Alten Testament aufgriff, die innerhalb der Evangelischen Kirche immer wieder kontrovers diskutiert wird und offenbar ungeklärt ist. Durch den Bezug zur Geschichte des christlichen Antijudaismus sowie zum Antisemitismus und dem damit einhergehenden Einfluss auf die Beziehungen zwischen Christentum und Judentum heute wurde die Debatte von einer größeren Öffentlichkeit wahrgenommen und in Teilen skandalisiert. Ausgelöst hat die Kontroverse ein Aufsatz des Theologen Notger Slenczka von der *Humboldt–Universität zu Berlin,* der in einem Artikel die Position vertreten hatte, das Alte Testament solle für die Kirche keine normative Geltung haben. Damit warf er die Frage auf, ob das Christentum eine Traditionslinie zwischen sich und dem Judentum sieht oder aber einen Traditionsbruch voraussetzt und damit die jüdische und christliche Religion als nicht miteinander zu vereinbarende Glaubensrichtungen definiert. Slenczka knüpfte damit an Texte und Diskussionen aus dem 19. Jahrhundert an und war sich bewusst, dass seine Formulierungen in deutlichem Widerspruch zu den seit 1945 im Kontext des jüdisch-christlichen Dialogs entwickelten Positionen standen, da er von sich aus ausführte, seine Überlegungen könnten »unter dem Verdacht des ›Antijudaismus‹« stehen.[726] Die in der Debatte um den Artikel erhobenen Vorwürfe gegen Slenczka reichten von der Einordnung seiner Aussagen in eine christliche Traditionslinie des Antijudaismus bis hin zu Argumentationsmustern der völkischen Bewegung innerhalb des Protestantismus in der späten Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus.[727] Es gab heftige Kritik seitens der *Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit,* von Vertreterinnen und Vertretern der Fakultät für Evangelische Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin sowie von jüdischen Intellektuellen, die mit dem protestantischen Diskurs vertraut sind. Die Kommentare setzten sich theologisch mit dem Ansatz Slenczkas auseinander und warfen ihm einen Mangel an historischer Reflexion vor.[728]

Slenczka selbst wehrte sich gegen die Vorwürfe und wies die Nähe zu antisemitischen Theologen aus der NS-Zeit zurück, verweigerte jedoch mehrfach eine wissenschaftliche Diskussion seiner Thesen. Von zentraler Bedeutung war, dass er an keiner Stelle die Bereitschaft zeigte, sich mit der jüdischen Perspektive auseinanderzusetzen, v. a. mit der von jüdischen Theologen, die auf die Bedeutung des Alten Testaments für Juden und Christen hingewiesen hatten.[729] Dass es in der öffentlichen Debatte sowohl Positionierungen für seine Thesen als auch dagegen gab, verdeutlicht die Notwendigkeit eindeutigerer Forschungen zu kirchlich-theologisch motivierten antisemitischen Haltungen innerhalb der evangelischen Kirche.

722 Expertise für den zweiten UEA: Christian Wiese, Gutachten Antijudaismus/Antisemitismus in der Evangelischen Theologie und Kirche, o. S.

723 Ekkehard Stegemann, Der Holocaust als Krise der christlichen Theologie. Juden und Christen II, Tagung der Evangelischen Akademie Bad Herrenalb, November 1979, S. 4 f.

724 http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/ekd-synode-distanziert-sich-von-judenmission (eingesehen 26.11.2016).

725 Wiese, Gutachten, S. 3

726 Ebenda, S. 84.

727 Ebenda, S. 10.

728 Z.B. Micha Brumlik, Tenach. Antijudaismus im neuen Gewand?, in Jüdische Allgemeine, 23.4.2015, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/22056 (eingesehen 15.12.2016).

729 Franz Rosenzweig, Weltgeschichtliche Bedeutung der Bibel, in: GS III, 837–840, Wiese, Gutachten, S. 16.

9.2.1.2 Antisemitismus und »Israelkritik« im Kontext der Evangelischen Kirche

Weitere Hinweise für mögliche antisemitische Haltungen innerhalb der Evangelischen Kirche finden sich im Kontext von Äußerungen zum Nahostkonflikt sowie zur Solidaritätsarbeit und entsprechenden Solidaritätsbekundungen mit den Palästinenserinnen und Palästinensern. Dies betrifft zum Beispiel Veröffentlichungen und Aufrufe in Zusammenhang mit dem Ökumenischen Solidaritätsnetzwerk *Kairos Europa,* anhand derer auch die Komplexität der Fragestellung sowie die der Grauzonen (→ Definition) in der Beurteilung einer Äußerung als antisemitisch deutlich gemacht werden können. So ließe sich etwa der Text auf der Internetseite *Kairos/Kairos Palästina Solidaritätsnetz*[730] von stark israelkritisch bis hin zu antisemitisch einordnen. Thematisch geht es hier um die »israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik« sowie um Boykottforderungen gegen Waren aus »völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in der Westbank«. Dabei sind zwei Aspekte von Bedeutung. Hinsichtlich des Boykottaufrufs, kann man auf der Seite zu lokalen Initiativen und deren Aufrufen navigieren. Im Appell des *Netzwerks Heidelberg* heißt es, man verpflichte sich »zur Unterstützung des gewaltlosen Widerstands gegen die israelische Politik der Besatzung, Kolonisierung und Blockade palästinensischer Gebiete – einschließlich Maßnahmen wie Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS)« und unterscheidet nicht mehr zwischen Siedlungen und dem Staat Israel.[731] Weiterhin fällt auch die Gestaltung der Hauptseite des Solidaritätsnetzwerks auf. So könnte die Darstellung der unter dem Titel »70 Jahre Israel – 70 Jahre Entrechtung der Palästinenser« abgebildeten Landkarten durch den starken farblichen Kontrast und v. a. der isolierten Darstellung Israels und der palästinensischen Gebiete ohne die angrenzenden Regionen als Analogie zu dem vielfach genutzten Bild einer weltbeherrschenden Krake verstanden werden.

Insbesondere im Rahmen der Evangelischen Kirchentage stellt sich regelmäßig die Frage, ob das Auftreten von Palästina Solidaritätsgruppen die Grenze einer Kritik zum Antisemitismus überschreitet. So wird diskutiert, ob deren vermeintliches oder tatsächliches, ganz der Solidarität mit einem unterdrückten Volk gewidmetes Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung v. a. deswegen problematisch ist, weil an keiner Stelle die Verantwortung palästinensischer Vertreter, arabischer Staaten oder stark fundamentalistischer Organisationen, die seit 1948 das Existenzrecht des Staates Israel in Frage stellen, benannt wird. Eine empirische Untersuchung steht in diesem Bereich ebenfalls noch aus.

9.2.2 Antisemitismus und Katholische Kirche

Auch im Hinblick auf die Katholische Kirche hat es seit dem Bericht des ersten UEA keine wissenschaftlichen Untersuchungen gegeben, die Aufschluss über antisemitische Einstellungen auf Gemeindeebene geben. Vor dem Hintergrund der von Experten formulierten Annahme, dass Aussagen und Entscheidungen von Papst Benedikt XVI. Auswirkungen auf die verstärkte Tradierung antisemitischer Haltungen haben könnten, hat der jetzige Expertenkreis entschieden, erneut Bezug zu nehmen auf Initiativen, die vor dem Berichtszeitraum lagen.[732] Neben der im letzten Bericht bereits genannten Aufhebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der Priesterbruderschaft Papst Pius X., von denen einer als Holocaustleugner bekannt ist, betrifft dies insbesondere die Genehmigung, in der Liturgie des Karfreitagsgottesdienst wieder auf Passagen zurückgreifen zu können, in denen der jüdische Glaube abgewertet und eine »Judenmission« gefordert wird. Bis 1965 war es in der Karfreitagsmesse im Rahmen des Fürbittengebets üblich , Juden als »treulos« und »verblendet« zu bezeichnen und bei der um ihre »Erleuchtung« betreffenden Bitte, nicht auf die Knie zu gehen. Zwischen 1962 und 1970 war es dann aber innerhalb der Katholischen Kirche gelungen, diese Perspektive sukzessive zu modifizieren und schließlich in eine Formulierung umzuwandeln, die alle für Juden demütigenden Passagen vermied und einen positiven Blick auf das Judentum richtete.[733] Die neuen Gebete entsprachen damit dem 1965 formulierten Nostra aetate, der Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils, die das Verhältnis der Katholischen Kirche zu den nichtchristlichen Religionen definierte und das Auserwähltsein des Judentums bestätigte. Sie war die Voraussetzung für eine selbstkritische Auseinandersetzung der Katholischen Kirche mit ihrer Rolle bei der jahrhundertelangen Verfolgung von Jüdinnen und Juden.

Die Entscheidung, in lateinischen Messen auch wieder ältere Fassungen des Fürbittengebets nutzen zu dürfen, wurde innerhalb der Katholischen Kirche stark kritisiert, und insbesondere von Mitgliedern deutscher und internationaler *Gesprächskreise Juden und Christen* erfolgte die Bitte an den Vatikan, diese Entscheidung zurückzunehmen, jedoch ohne Erfolg. Es gab aber auch vereinzelt Zustimmung und sogar weitergehende Forderungen, wie beispielsweise seitens des emeritierten Münchner Professors Robert Spaemann, der die Judenmission nicht

730 www.kairoseuropa.de (eingesehen 11.11.2016).

731 http://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2016/10/KPS-Appell-final.pdf (eingesehen 11.11.2016).

732 Expertise für den zweiten UEA: Hanspeter Heinz, Antisemitismus in der katholischen Kirche am Beispiel der Karfreitagsfürbitte.

733 Ebenda, S. 3.

nur in der Karfreitagsfürbitte erwähnt haben will, sondern auch in der Liturgie überhaupt.[734] Angesichts der engen Verknüpfung von Karfreitagsliturgie und Judenmission mussten sowohl die Entscheidung Benedikts XVI. als auch unterstützende Äußerungen mit großer Sorge aufgenommen werden, zumal die Judenmission nicht nur von einer mangelnden Wertschätzung gegenüber einer anderen Religion zeugt, sondern auch auf eine gewaltvolle Geschichte zurückblickt. So war auch einer der Kritikpunkte des *Gesprächskreises Juden und Christen,* wenn »die Kirche zum Gebet zur Bekehrung der Juden einlädt, legt sich die Angst vor einer erneuten Judenmission nahe, auch wenn sie milde, d.h. ohne jede Nötigung und ohne Zwang erfolgen soll«.[735]

9.2.3 Fazit

Sowohl für die Evangelische als auch für die Katholische Kirche in Deutschland gilt, dass es auf Leitungs- bzw. offizieller Ebene ein Bewusstsein für antijudaistische und antisemitische Traditionen gibt. Im Rahmen unterschiedlicher Initiativen werden zudem Bestrebungen unterstützt, sich kritisch mit durch alte Liturgien tradiertem Antijudaismus und aktuellem Antisemitismus auseinanderzusetzen. Dennoch bleibt nach wie vor offen, inwieweit diese Initiativen auf Gemeindeebene, in der Theologieausbildung oder im schulischen Religionsunterricht ankommen.

Angesichts der Befunde zu schulischem Religionsunterricht (→ Prävention), den inzwischen Generationen von Schülerinnen und Schülern durchlaufen haben und der deswegen sowohl Jugendliche als auch Erwachsene betrifft, ist zu befürchten, dass es keine hinreichende Wissens- und Bewusstseinsbasis gibt, um sich produktiv mit den genannten Phänomenen auseinanderzusetzen.

9.3 Antisemitismus und muslimische Moscheegemeinden

Seit etwa zehn Jahren stehen Muslime im Fokus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Antisemitismus in Deutschland. Dabei geraten insbesondere muslimische Verbände und Moscheegemeinden immer wieder unter Antisemitismusverdacht. Imame werden in diesem Zusammenhang v.a. als »Hassprediger« charakterisiert. Untersuchungen zu antisemitischen Einstellungen in muslimisch geprägten religiösen Milieus, die diese Vermutungen untermauern könnten, gibt es bisher jedoch kaum.[736] Ein wichtiger Schritt, um diese Lücke zu schließen, soll eine erste qualitative Untersuchung sein, die vom UEA in Auftrag gegeben wurde und auf deren Grundlage weitere qualitative und quantitative Forschungen realisiert werden können. Durchgeführt wurde die Untersuchung von der *empati gGmbH*.[737]

9.3.1 Methodische Vorgehensweise und Durchführung der Studie

Die in Auftrag gegebene Studie sollte erste Einblicke in das bisher kaum untersuchte Feld der Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden in muslimisch geprägten religiösen Milieus geben. Im Fokus standen Imame als geistliche Autoritäten und deren Beobachtungen zu Antisemitismus in ihren Gemeinden. Insgesamt wurden 18 Imame mithilfe qualitativer, leitfadenorientierter Interviews befragt. Zentraler Ausgangspunkt war die Frage, welche antisemitischen Stereotype, Vorurteile und Deutungsmuster bei der Untersuchungsgruppe vorhanden sind und wie diese begründet werden.

Bei der Auswahl der Interviewpartner wurde die ethnische Herkunft der Imame, ihre geografische Verteilung im Bundesgebiet sowie die Zugehörigkeit zu verschiedenen Verbänden berücksichtigt. Entsprechend dem Anteil türkischstämmiger Muslime an der muslimischen Gesamtbevölkerung in Deutschland, bildete die Gruppe der interviewten türkischstämmigen Imame mit zwölf von 18 Interviewpartnern die Mehrheit. Andere Herkunftsländer waren Marokko, Ägypten, Bosnien, Albanien und Indonesien, wobei, laut Studie, die Herkunft des Imams in der Regel auch mehrheitlich die ethnische Zugehörigkeit der Gemeindemitglieder widerspiegelt.[738] Die meisten der befragten Imame waren zwischen 40 und 50 Jahren alt, was vermutlich in etwa der Altersstruktur der Imame in Deutschland entspricht. Fünf der Befragten sind mindestens fünf Jahre lang in Deutschland zur Schule gegangen, deutlich mehr als die Hälfte wurde mindestens

734 Ebenda, S. 5. Zu Spaemanns Vorstellungen der Judenmission siehe auch Robert Spaemann, Gott ist kein Bigamist, in: FAZ-Online, 20.4.2009, http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/judenmission-gott-ist-kein-bigamist-1784941.html (eingesehen 13.12.2016) oder auch in: Streitgespräch. »Dann gibt es eben keinen Dialog mehr«. Micha Brumlik, Robert Spaemann und Gregor Maria Hoff über Judenmission, Karfreitagsfürbitte und die Zukunft des katholisch-jüdischen Verhältnisses, in: Jüdische Allgemeine, 11.6.2009, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/923/highlight/micha&brumlik (eingesehen 13.12.2016).

735 Heinz, Antisemitismus.

736 Bereits im ersten Expertenbericht, Antisemitismus in Deutschland, wurde auf dieses Forschungsdesiderat hingewiesen.

737 Studie der empati gGmbH, durchgeführt unter der Leitung von Chaban Salih: »Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen zu Juden. Befragung von Imamen als religiöse Repräsentanten muslimischer Religionsgemeinschaften«.

738 Ebenda, S. 4.

in zwei Ländern ausgebildet, bevor sie in Deutschland eine Gemeinde übernahmen.

Die Auswahl der Interviewpartner sollte sich auf das gesamte Bundesgebiet erstrecken. Tatsächlich konnten Imame aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen und Bayern für die Untersuchung gewonnen werden. Damit wurden die Bundesländer mit der größten Anzahl an Moscheen abgedeckt, wobei die meisten Moscheegemeinden in Großstädten oder Ballungszentren angesiedelt sind. Zwölf der Befragten gehörten den größten islamischen Verbänden in Deutschland an: dem *Islamrat,* der *Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V/Diyanet İşleri Türk İslam Birliği* (DITIB) und dem *Zentralrat der Muslime in Deutschland* (ZMD). Aber auch Imame aus unabhängigen Gemeinden wurden in die Befragung einbezogen.

Probleme bei der Datenerhebung ergaben sich daraus, dass einige Imame ihre Beteiligung wieder absagten. Begründung hierfür war v. a. die gegenwärtige politische Situation und/oder die Sorge, sich unter Umständen missverständlich zu äußern und damit der Gemeinde zu schaden.[739] Entsprechend war es für die Durchführung der Studie von besonderer Bedeutung, ein Vertrauensverhältnis zu den Befragten zu entwickeln. Hierbei war v. a. hilfreich, dass die Forschergruppe der *empati gGmbH* mit dem Gemeindeleben und der Arbeit von Imamen vertraut war. Zudem konnten viele der Interviews mit türkischstämmigen Imamen muttersprachlich geführt werden, was ebenfalls vertrauensbildend wirkte und zugleich der Sorge entgegenwirkte, sich nicht richtig ausdrücken zu können.[740]

9.3.2 Die Ergebnisse

9.3.2.1 Rolle der Imame

In den Interviews zeigte sich, dass die Rolle der Imame in ihren Gemeinden weit über die Freitagspredigt hinausgeht. Sie führen verschiedene religiöse Riten durch, fungieren als Seelsorger und Familienberater, schließen Ehen, leiten Bestattungen und Trauerfeiern. Sie geben regelmäßig Islam-Unterricht, beteiligen sich an politischen Diskussionen mit Moscheebesuchern. Sie wirken als Meinungsführer weit über die Predigten zum Freitagsgebet und über das unmittelbare Moschee-Umfeld hinaus. Manche sind zugleich in der Schule als Religionslehrer tätig, und/oder geben Nachhilfe und äußern sich zu gesellschaftspolitischen Themen in sozialen Medien. Laut der vom UEA in Auftrag gegebenen Untersuchung hat die Meinung der Imame in der Kommunikation mit den Gemeindemitgliedern ein besonderes Gewicht: »Sie sind die religiösen Autoritäten, deren Urteil vertraut wird. Dabei geht es nicht allein um religiöse Fragen, sondern auch um viele gesellschaftliche bzw. politische Themen.«[741] Dies erklärt sich v. a. daraus, dass viele Gemeindemitglieder ihr alltägliches Leben in Einklang mit den Glaubensgrundsätzen des Islams wissen wollen und hierzu die Unterstützung und Einschätzung der Imame suchen.

Wenn Imame als Meinungsführer betrachtet werden, so ließe sich davon ausgehen, dass Radikalisierungen in den Gemeinden in erster Linie auf sie zurückzuführen sind. Damit würde sich das eingangs erwähnte Bild der Imame als »Hassprediger« bestätigen. Im Einzelfall lassen sich solche Entwicklungen sicher beobachten. In der Regel ist die Situation der Imame aber wohl komplexer. Sie befinden sich laut eigenen Aussagen häufig in einem Spannungsfeld zwischen nichtmuslimischer Mehrheitsgesellschaft und den Vorstellungen ihrer Gemeindemitglieder und sind in diesem Zusammenhang – auch in Bezug auf Antisemitismus – mit unterschiedlichen Anforderungen konfrontiert. Auf der einen Seite fordert die Mehrheitsgesellschaft von Imamen – neben dem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten – auch den Einsatz gegen Antisemitismus. Auf der anderen Seite verlangen einige Gemeindemitglieder Engagement für »Palästina« und haben kein Verständnis dafür, wenn sich der Imam gegen Antisemitismus engagiert.[742] Dazu kommt noch der Aspekt der finanziellen Abhängigkeit von den Gemeindemitgliedern. Imame können dementsprechend keine (politischen) Konflikte mit Vorständen und Verbandsstrukturen riskieren, da dies zu ihrer Entlassung führen könnte. Darin liegt möglicherweise auch einer der Gründe für die hohe Fluktuation der Imame in den Gemeinden: »Imame kommen und gehen wie die Kellner«, so der Religionswissenschaftler Rauf Ceylan.[743] Ausgenommen sind hier die Imame von DITIB. Sie werden vom türkischen Staat bezahlt. Hier ergibt sich jedoch das Problem der politischen Kontrolle durch die türkische Religionsbehörde. Angesichts der gegenwärtigen politischen Situation lässt sich vermuten, dass nur regimetreue Imame aus der Türkei entsendet werden. Gerade Deutschland ist hier besonders wichtig,

739 Im Untersuchungszeitraum stand v. a. der islamische Verband DITIB aufgrund seiner Äußerungen hinsichtlich des Putschversuchs in der Türkei sowie zur Armenien-Resolution im Deutschen Bundestag stark in der Kritik, sodass viele der vereinbarten Termine mit Imamen aus DITIB-Gemeinden abgesagt wurden.

740 Vgl. Salih, Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen, S. 6 f.

741 Vgl. ebenda, S. 8.

742 Vgl. ebenda, S. 9 f.

743 Vgl. Rauf Ceylan, Die Prediger des Islams. Imame – wer sie sind und was sie wirklich wollen, Freiburg 2010, S. 69–72.

da die vergleichsweise hohe Zahl türkisch-muslimischer Migranten ein großes Mobilisierungspotenzial darstellt.[744]

9.3.2.2 Themen

Zentral für Gesprächskontexte in muslimischen Gemeinden mit Bezug auf Jüdinnen und Juden, in deren Zusammenhang auch Antisemitismus geäußert wird, ist der Nahostkonflikt. Die befragten Imame sehen sich hier selbst häufig als progressiver in ihren Einstellungen als manche ihrer Gemeindemitglieder. Wenn Imame sich gegen Antisemitismus in ihrer Gemeinde einsetzen, sei daher eine sensible Vorgehensweise wichtig, um nicht die meinungsbildende Multiplikatorenrolle zu verlieren.[745] Die befragten Imame bestätigen, dass in den Gemeinden antisemitische Einstellungen existieren: »Es gibt unter Muslimen Haltungen, die innerhalb der Grenzen des Antisemitismus fallen.«[746] Auch das Kursieren von Verschwörungstheorien wird in diesem Zusammenhang genannt. Als möglichen Grund für antisemitische Haltungen sieht einer der Interviewpartner die Vermischung von Tradition und Religion. Dies mache einige Gemeindemitglieder anfälliger für die Übernahme antisemitischer Stereotype.[747] Religiöse Imame, d. h. solche, die eine theologische Basis haben, seien offener und differenzierter und orientierten sich im Umgang mit dem Judentum an der Deutung von »Würdigung als Ahl-ul-Kitab.«[748]

Im Rahmen der Interviews wurden verschiedene Bereiche thematisiert, in deren Zusammenhang antisemitische Einstellungen in muslimischen Gemeinden von den befragten Imamen beobachtet wurden: (1.) Nahostkonflikt, (2.) religiöse Quellenauslegung, (3.) Holocaust, (4.) Medienberichterstattung und (5.) Antisemitismus vs. Islamfeindlichkeit.

1. Nahostkonflikt

Dem Thema Nahostkonflikt kommt, laut Untersuchung, ein besonderer Stellenwert zu. In den Interviews greifen die Imame diesen Themenbereich immer wieder auf und es wird eine »immense Wirkung des Konflikts auf die Imame und Muslime«[749] konstatiert. Meinungen, die in diesem Zusammenhang artikuliert werden, sind an der Grenze zum Antisemitismus einzuordnen oder überschreiten diese zuweilen auch (→ Definition).

Die meisten Befragten sehen den Nahostkonflikt als politischen und nicht als religiösen Konflikt. »Politik trenne, Religion verbinde«,[750] meint einer der befragten Imame. Nach Meinung eines anderen sei an dem Konflikt nicht die Religion schuld, »sondern die Politiker, die ihren Zielen und Ideologien eine religiöse Komponente zuschreiben«.[751] Der Religion wird eine positive Rolle zugewiesen: »Ich habe schon das Gefühl, dass (Vorurteile) mit der Zeit aufgrund der Politik im Nahen Osten dann auch wirklich leider steigen. Genau da brauchen wir die Religion, um das zu beseitigen.«[752]

Ein weiterer Befund der Studie ist, dass die meisten der befragten Imame eine Differenzierung zwischen Juden und Israelis vornehmen. Sie beschuldigen nicht pauschal »die Juden«, wenn Palästinensern aus ihrer Sicht Unrecht widerfährt. Ein Imam widerspricht der Vorstellung, dass die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nicht kritisch mit der israelischen Regierung umgehe. Ein anderer Imam berichtet von einer Diskussion mit einem Jugendlichen über den Vorfall mit der »Gaza-Flottille« 2010: »›Haben Sie gesehen, was die Juden gemacht haben?‹ Sofort habe ich gesagt ›Stop! Das waren nicht die Juden! Das waren einige Soldaten. Aber bitte, bitte nicht die Juden dafür zur Rechenschaft ziehen!‹«, Die Differenzierung geht bei einem anderen Interviewpartner weiter. Er verweist auf den Unterschied »zwischen israelischer Regierung und Juden«. Für das Regierungshandeln dürfe man nicht die Juden und auch nicht die ganze Nation verantwortlich machen.

Zugleich warnen die Imame davor, den Nahostkonflikt zum Thema gemeinsamer Veranstaltungen im Rahmen des interreligiösen Dialogs zu machen. Es sollte in lokalen Zusammenhängen gedacht werden und man sollte sich von Diskursen und Ereignissen im Nahen Osten fernhalten. Diese Haltung ist zwar durchaus verständlich, aber umgeht das zentrale Problem, an dem antisemitische Äußerungen von Muslimen am häufigsten artikuliert werden. Daher ist es unumgänglich, den Nahostkonflikt zu thematisieren, wenn man sich mit Antisemitismus in muslimischen Gemeinden auseinandersetzen und präventiv eingreifen möchte. Richtig ist, dass der Nahostkonflikt

744 Die massenweise Entlassung von Gülen-Sympathisanten und anderen (insbesondere pro-kurdischen und linken) Staatsbediensteten aus Religionsbehörden, Universitäten, Justiz etc. im Jahr 2016 bestätigen diese Vermutung. Insgesamt wurden seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli des Jahres 110.000 Menschen entlassen. Erdoğan ordnete weitere Massenentlassungen an, in: Die Zeit, 22.11.2016, http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/tuerkei-putschversuch-schliessungen-wohltaetigkeit-medien-entlassungen (eingesehen 14.12.2016).

745 Ebenda, S. 10.

746 Ebenda.

747 Ebenda, S. 9 f.

748 Der Begriff geht auf die besondere Stellung sowohl des Judentums als auch des Christentums im islamischen Herrschaftsraum zurück. Beide Religionen werden als »Buchbesitzer« genannt: In der islamischen Geschichte haben Angehörige dieser Religionen besonderen Schutz und Autonomie genossen, mussten aber auch als Gegenleistung besondere Steuern entrichten.

749 Salih, Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen, S. 20.

750 Ebenda.

751 Ebenda.

752 Ebenda, S. 21.

zu viel Konflikpotenzial für die muslimisch-jüdischen Beziehungen birgt, um ihn als Einstieg in den Dialog zu nutzen. Der emotional besetzte und nicht selten mit familiärer Betroffenheit verbundene Zugang zum Thema kann erst nach einer gewissen Vertrauensbildung geschaffen werden. Es ist ein Prozess, der von Fachleuten moderiert bzw. begleitet werden muss. Erst dann können Reflexionsprozesse initiiert werden, an deren Ende eine gewisse Ambiguitätstoleranz gegenüber unterschiedlichen Deutungen entstehen kann. Das Ziel von solchen Maßnahmen sollte es sein, Verständnis für den Gesprächspartner und für die Nachvollziehbarkeit der Argumentationsmuster des Gegenübers zu entwickeln.

2. Religiöse Quellenauslegung

Der Kenntnisstand und die Quellen des Wissens über das Judentum sind bei den befragten Imamen zwar unterschiedlich, aber sie alle haben sich in ihrem theologischen Studium in unterschiedlichster Weise und mehr oder weniger ausführlich damit auseinandergesetzt. Grundsätzlich sei, so die befragten Imame, der Bezug zum Judentum im Studium neutral bis positiv vermittelt worden. Unterschiede im Verständnis des Judentums lassen sich v. a. bei den fünf Imamen konstatieren, die in Deutschland aufgewachsen und zur Schule gegangen sind. Sie haben sich im Laufe ihrer Schulzeit mit der Verfolgung und Ermordung der deutschen und europäischen Juden befasst. Dies gilt für Imame, die ihre Schulbildung im Ausland erhalten haben nicht unbedingt. Bezogen auf die Auslegung der religiösen Quellen und die damit verbundene Frage, ob diese auch antisemitisch interpretiert werden können, nimmt die große Mehrheit der Befragten deutlich Stellung und lehnt judenfeindliche Deutungen ab. Ein Imam formuliert etwa: »Judenfeindlichkeit dürfte islamisch theologisch gesehen nicht sein!«[753] Ein anderer meint: »Das ist ein falsches Verständnis des Islams.«[754] Dabei wird die Existenz des Antisemitismus unter Muslimen nicht abgestritten, nur die Religion in Schutz genommen: »Wenn manche Muslime antisemitisch sind, dann sind sie es nicht, weil es ihnen ihre Religion gebietet.«[755]

Auf die Frage, wie Imame mit problematischen Aussagen in religiösen Quellen (Koran und Prophetenaussagen) umgehen, gibt es laut Studie zwei Strategien. Die erste Strategie versucht, die Bezugnahme auf kritische Stellen des Korans zu vermeiden und sich auf positive Aussagen über Juden wie etwa auf die wertschätzende Bezeichnung Ahl-ul-Kitab zu konzentrieren, die bedeutet, dass Gott ihnen einen »Platz an unserer Seite« zugewiesen hat. Damit erlauben die heiligen Schriften den Muslimen ausdrücklich, gute nachbarschaftliche, wirtschaftliche und auch eheliche Beziehungen mit Juden und Jüdinnen zu pflegen. Darüber hinaus führen die Imame auch Beispiele aus dem Leben des Propheten Mohammed an: seine Ehe mit einer Jüdin, die bekannte Erzählung über den respektvollen Umgang bei einer jüdischen Bestattung oder die gemeinsame Verfassung von Medina. Zudem nennen Imame Beispiele des guten Zusammenlebens im islamischen Mittelalter, in dem viele muslimische Gesellschaften in Andalusien oder im Osmanischen Reich freundschaftliche Beziehungen zu Juden hatten und ihnen Schutz gewährten. Die zweite Strategie beinhaltet eine historisch-kritische Interpretation der problematischen Quellen: »Das heißt, viele Aussagen, die wir im Koran haben, die von Juden handeln oder [das] Judentum behandeln, […] sind in ihrem historischen Kontext zu sehen«,[756] sagt ein Interviewter. Man dürfe historische Ereignisse nicht auf heute übertragen.

Dennoch, so wird in der Untersuchung festgehalten, gibt es auch Stellen in den religiösen Quellen, die von radikalen Gruppen instrumentalisiert werden können, wie sich am Beispiel der Sprechchöre während der sogenannten Al-Quds-Tag-Demonstrationen in Berlin zeigt. Dort werde immer wieder »Chaibar, Chaibar, ya, Yahoud« skandiert. »Chaibar« steht hier für eine Schlacht der Muslime gegen einen jüdischen Stamm in der Zeit Mohammeds und der Sprechchor wirkt wie eine Drohung gegenüber den Juden heute, denen dasselbe Schicksal bevorstünde. Gegen diese Instrumentalisierung wenden sich die Imame und betonen, dass der Konflikt, auf den hier Bezug genommen werde, ein politischer und kein religiöser Konflikt gewesen sei und ausschließlich die damaligen jüdischen Stämme betroffen hätte. Dies sei nicht übertragbar auf heutige Juden. Das Fehlverhalten der damaligen jüdischen Stämme, so die Interviewpartner, könne nicht als allgemeines Wesensmerkmal der Juden verstanden werden.[757] In der Untersuchung wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass nicht entscheidend sei, wie schlüssig die Argumentation der Imame ist, mit der sie gegen antisemitische Deutungen vorgehen, vielmehr erziele allein die Tatsache, dass die religiöse Autorität für eine offene Einstellung einsteht und Koranverse, Hadithe und Beispiele aus der Geschichte anführt, eine Wirkung.[758]

Interessant ist hierbei ein Blick auf die Islamdiskurse hinsichtlich der Forderungen nach einer »Reformierung des Islams«. In den öffentlichen Debatten kommen innerislamische historisch-kritische Deutungen der religiösen Quellen ausschließlich als Forderung von liberal gesinnten Muslimen vor. Überraschend belegt die Studie aber,

753 Ebenda, S. 16.

754 Ebenda.

755 Ebenda.

756 Ebenda, S. 17.

757 Ebenda, S. 17 ff.

758 Ebenda, S. 18.

dass dieser Zugang zu kritischen Passagen aus dem Koran längst auch von Imamen aus konservativen Verbänden praktiziert wird.

3. Holocaust

Bezogen auf die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung der deutschen und europäischen Juden ist auffällig, dass alle Imame, die aus dem Ausland kamen, erst in Deutschland begonnen haben, sich mit diesem Themenbereich auseinanderzusetzen. Alle befragten Imame verurteilten den Holocaust. Keiner versuchte, den Holocaust zu relativieren oder gar zu leugnen. Die befragten Imame zeigten bzgl. der jüdischen Geschichte im Nationalsozialismus stattdessen eine tiefe emotionale Betroffenheit. Interessant ist hier die Aussage eines Imams, er habe auf die Thematisierung des Holocaust als Predigtthema verzichtet, weil er befürchte, dadurch eine große Wut und neue Vorurteile gegenüber der deutschen Gesellschaft auszulösen. Allerdings wird in zwei Interviews auch eine vermeintliche Instrumentalisierung des Holocaust durch Juden heute angesprochen.[759] Ein Interviewter verweist vage darauf, dass es in seiner Gemeinde Menschen geben könne, die Hitlers Taten gutheißen: »Unter den [Gemeindebesuchern] können einige Verwirrte sagen, hat er gut gemacht der Hitler. Aber selbst dieser Mann wird das [...] nicht sagen, weil er Hitler mag [...]. Vielleicht sagt er das aufgrund der Entwicklungen im Nahen Osten, vielleicht wegen seines falschen Verständnisses. Das empfinde ich als gefährlich [...], denn in dem, was Hitler gemacht hat, gibt es nichts, was man gutheißen kann.« Das Forscherteam deutet diese Haltung als Provokation angesichts »einer Machtlosigkeit bezüglich des Nahostkonflikts«, aber nicht als »Beleg für tiefe antisemitische Überzeugungen«.[760]

4. Medienberichterstattung

In Bezug auf antisemitische Einstellungen in muslimischen Gemeinden wird von einigen der befragten Imame über einen einseitigen Medienkonsum berichtet, der zu Unwissenheit und Vorurteilen gegenüber Juden führe. Auch die Imame selbst sind hier, so zeigt die Untersuchung, nicht frei von solcher Beeinflussung. So verweist etwa ein Imam vordergründig selbstkritisch auf die unterschiedliche Darstellung des Nahostkonflikts in iranischen und europäischen Medien. Schlussfolgernd möchte er sich keine feste Meinung bilden, »ohne es mit eigenen Augen gesehen zu haben«. Diese Haltung suggeriert auf den ersten Blick zwar einen differenzierten und kritischen Blick auf die Medienberichterstattung, bleibt aber dennoch problematisch, da eine Gleichstellung der Berichterstattung eines staatlichen Propaganda-Mediums wie das aus dem Iran mit der freien Presse in Europa stattfindet und damit die grundlegende Skepsis gegenüber »westlichen Medien« zeigt. Diese Sichtweise ist unter Muslimen weitverbreitet. Neben dem allgemeinen Misstrauen gibt es gerade bei der Berichterstattung über den Nahostkonflikt den Vorwurf gegen »westliche Medien«, sie berichteten nicht wahrheitsgemäß und seien pro-israelisch ausgerichtet. In der Artikulation von solchen Meinungen über westliche Medien verbirgt sich die Gefahr, das dichotome Bild von »Muslimen« auf dem einen und »dem Westen« auf der anderen Seite zu stärken – eines der zentralen Propagandafelder des Islamismus.[761]

5. Antisemitismus vs. Islamfeindlichkeit

Die befragten Imame sehen sich persönlich mit Islamfeindlichkeit konfrontiert. Sie setzen diese Erfahrung mit Antisemitismus ins Verhältnis und stellen dabei einen ungerechten Umgang fest: »Die gesellschaftliche Wahrnehmung ist ganz unterschiedlich. Wenn es um Antisemitismus geht, ist jeder sehr, sehr sensibel. Aber wenn es um Islamfeindlichkeit geht, da redet man mehr von Islamphobie: Das bedeutet ja etwa Angst [vor dem Islam, *Anm. d. Verf.*], es ist ja sozusagen etwas Normales. Man muss alle beide gleich behandeln«, so ein Interviewter.[762] Er empfindet die Verwendung des Begriffs »Islamphobie« als etwas Bagatellisierendes. Eine Erklärung für die ungleiche Behandlung sieht ein Imam darin, dass die in der Gesellschaft verankerte Fremdenfeindlichkeit in der Gegenwart einfacher über Islamfeindlichkeit artikuliert wird als über Antisemitismus. Eine weitere Begründung für das unfaire Verhalten der deutschen Mehrheitsgesellschaft sei – mit vage formulierten Andeutungen –, dass die Deutschen gegen Juden aufgrund der Geschichte des Nationalsozialismus nichts sagen könnten. Im Verhältnis zu Juden käme »ihr Unterdrücktes zum Vorschein«.[763] Dabei lässt sich auf der Ebene der Einstellungen tatsächlich eine quantitativ größere Dimension des antimuslimischen Rassismus feststellen,[764] für die jedoch die gesellschaftliche Sensibilität weitgehend fehlt. Rechtspopulistische Strömungen gewinnen durch die Hetze gegen Muslime weltweit immer mehr an gesellschaftlicher Relevanz und stellen eine zunehmend große Bedrohung für pluralistische Demokratien dar. Gleichzeitig beobachten in Deutschland lebende

759 Ebenda, S. 19. Der Interviewte nimmt in seiner Argumentation Bezug auf die Äußerungen des Historikers Michael Wolfssohn in einer Fernsehsendung.

760 Salih, Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen, S. 19 ff.

761 Aycan Demirel/Mirko Niehoff (Hrsg.), ZusammenDenken. Reflexionen, Thesen und Konzepte zu politischer Bildung im Kontext von Demokratie, Islam, Rassismus und Islamismus – ein Projekthandbuch, Berlin 2013 (im Auftrag der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus), S. 54 und 86 ff.

762 Salih, Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen, S. 22.

763 Ebenda.

764 Laut Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung »Sonderauswertung Islam 2015« stimmten 57 Prozent der Befragten der Aussage »Der Islam ist bedrohlich« zu. 40 Prozent stimmten auch der folgenden Aussage zu: »Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie fremd im eigenen Land«.

Muslime einen deutlich sensibleren Umgang – zumindest auf der offiziellen Ebene – mit Antisemitismus.

Hier zeigt sich eine »Opferkonkurrenz«, wobei die befragten Imame zugleich reflektieren, dass die Feststellung der ungleichen Aufmerksamkeit für Diskriminierung nicht zu Ressentiments gegen Juden führen sollte. Ziel sollte nicht eine Schwächung der jüdischen Position innerhalb der deutschen Gesellschaft sein, sondern eine Stärkung und Anerkennung der eigenen Position.[765]

9.3.2.3 Prävention von Antisemitismus in muslimischen Gemeinden

Viele der befragten Imame gehen in den Interviews davon aus, dass der Antisemitismus in ihren Gemeinden kein Ausdruck einer geschlossenen und manifesten Ideologie ist, sondern es sich eher um unreflektierte antisemitische Stereotype bzw. Ideologiefragmente handelt. Sie sehen darin eine Chance, in die »Bewusstseinsbildung« der Gemeindemitglieder einzugreifen und Vorurteile abzubauen. Hierbei wird zum einen von einigen Imamen auf das Gespräch gesetzt, durch das Aufklärungsarbeit geleistet und insbesondere die Gleichsetzung zwischen Juden und dem Staat Israel aufgehoben werden soll: »Wenn ich aufgeklärt habe, gerade den Unterschied zwischen Israel und den Juden auch dargestellt habe, dann haben die Verständnis gehabt. Und ich habe gemerkt, wie gut es ist, dass wir miteinander reden.«[766] Zum anderen versuchen die befragten Imame, antisemitischen Vorurteilsstrukturen durch Begegnungen mit Jüdinnen und Juden entgegenzuwirken. Alle befragten Imame – auch die, die in anderen Zusammenhängen durchaus antisemitische Positionen vertraten – konnten sich vorstellen, mit Jüdinnen und Juden und/oder mit jüdischen Gemeinden in Kontakt zu treten und zusammenzuarbeiten. In der Untersuchung wird darauf verwiesen, dass ein Großteil der Befragten bereits Kontakte zu einer jüdischen Gemeinde habe, gemeinsam an Podiumsdiskussionen teilnehme, in Dialogprojekten kooperiere, gemeinsame Bildungsreisen nach Jerusalem unternehme, Begegnungstage veranstalte oder gegenseitig die Gotteshäuser besuche. Aus diesen institutionalisierten Kontakten entstünden z. T. auch private Freundschaften.

Neben diesen positiven Erfahrungen des interreligiösen Dialogs und der Begegnung sehen drei der befragten Imame aber auch Probleme, die sie v. a. bei den jüdischen Gemeinden verorten. Sie attestieren den jüdischen Gemeinden eine geringe Dialogbereitschaft und führen dies auf vermeintliches Desinteresse bzw. auf eine Verschlossenheit zurück. Dies interpretieren sie wiederum als Teil der Geschichte der jüdischen Religion: »Meiner Meinung nach war die jüdische Gemeinschaft in der Geschichte eine verschlossene Gemeinschaft und auch heute sind sie verschlossen«, so einer der Befragten.[767] In einigen Fällen wird aber auch von Imamen selbstkritisch angemerkt, dass sie nicht genügend Zeit aufbringen für den Dialog mit jüdischen Gemeinden.

Für einen möglichen Dialog und ein gemeinsames (gesellschaftspolitisches) Engagement schlagen Imame als Themen Schächtung, Beschneidung, Halal-Kosher, Menschenrechte, Jugendkriminalität, Kampf gegen Rechtspopulismus, Engagement gegen Antisemitismus und Islamfeindlichkeit vor. Besonders betonen mehrere Imame, dass Juden und Muslime im Kampf gegen Rechtspopulismus und Religionsfeindlichkeit zusammenstehen sollten. Darüber hinaus lassen mehrere der Interviewten eine wertschätzende Haltung gegenüber Juden in Deutschland erkennen. Sie gehen davon aus, dass Muslime von Juden lernen können: »Die muslimische Gemeinde kann sehr viel von der jüdischen Gemeinde lernen, weil die jüdische Gemeinde historisch gesehen vor uns hier war und schon bestimmte Errungenschaften hat und Europa kulturell mitgeprägt hat. Da können wir wirklich von der jüdischen Gemeinde lernen, wie wir Muslime unseren kulturellen Beitrag zu Europa leisten können.«[768]

9.3.3 Fazit

Die vom UEA in Auftrag gegebene Studie zu »Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen zu Jüdinnen und Juden« kann als eine erste explorative Untersuchung in einem Themenfeld gesehen werden, zu dem es bisher so gut wie keine empirischen Daten gibt. In den geführten Interviews haben sich keine radikalen antisemitischen Stereotype gezeigt, wohl aber Gleichsetzungen der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der deutschen und europäischen Juden mit der Situation der Palästinenser heute. Die meisten Befragten zeigten durchaus reflektierte Haltungen gegenüber Jüdinnen und Juden sowie dem Judentum und verwiesen auf ihre alltägliche Arbeit, in deren Rahmen sie bemüht seien, vorhandene Ressentiments in ihren Gemeinden abzubauen. Deutlich wurde aber auch das Spannungsfeld, bestehend aus Erwartungen der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft und Vorstellungen der muslimischen Gemeindemitglieder, in dem sich die Imame bewegen. Hier ließ sich eine weitgehend reflektierte Haltung der Imame feststellen, die sich auch in anderen Themenfeldern wie etwa der Auslegung des Korans, dem Umgang

765 Salih, Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen, S. 25.

766 Ebenda, S. 11.

767 Ebenda, S. 13.

768 Ebenda.

mit dem Nahostkonflikt und der Auseinandersetzung mit dem Holocaust zeigte.

Als besonders wichtig für die befragten Imame war die Wahrnehmung einer geringeren gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für antimuslimischen Rassismus, die auch die Auffassung vieler muslimischer Gemeindemitglieder widerspiegelt. Für die Bekämpfung sowohl von Antisemitismus als auch von antimuslimischem Rassismus scheint es daher notwendig, dass sich muslimische und jüdische Gemeinden als Partner begreifen und gemeinsame Strategien entwickeln und nicht Opferkonkurrenzen herstellen.

Weitere Studien zu diesem Themenfeld müssen zeigen, inwieweit sich diese Untersuchungsergebnisse bestätigen lassen.

Handlungsempfehlungen – Antisemitismus und Religion

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

- **… zum Ende des 2017 anstehenden »Lutherjahres« retrospektiv die zu erwartenden Diskussionen über das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu Juden und Judentum zu analysieren und in einem gesonderten Bericht zu evaluieren.**
- **… die Durchführung von qualitativen und quantitativen Studien zu fördern, um bislang fehlende empirisch gestützte Erkenntnisse über die Verbreitung und Ausformung von Antisemitismus auf Gemeindeebene der Evangelischen und Katholischen Kirche sowie den Freikirchen zu erlangen.**
- **… der einzurichtenden Bund-Länder-Kommission, staatsvertragliche Regelungen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Bereich Religion (unter Berücksichtigung der hier vertretenen großen Religionsgemeinschaften) zu schaffen.**
- **… die Erkenntnisse der deutsch-israelischen Schulbuchkommission ernst zu nehmen.**
- **… eine gezielte Förderung von Moscheegemeinden, muslimischen Trägern, Institutionen und Projekten, die konkrete Maßnahmen im Bereich der interkulturellen und interreligiösen Begegnungs- und Dialogarbeit mit jüdischen Partnern sowie Trägern der politischen Bildung gegen Antisemitismus durchführen.**
  Das Zusammendenken von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus schafft neue Möglichkeiten für die Bekämpfung des Antisemitismus.
- **… die Würdigung der Dialogarbeit vieler Imame im Kampf gegen Antisemitismus und die Einbeziehung ihrer Erfahrungen für die weitere antisemitismuskritische Arbeit auch in anderen muslimischen Gemeinden.**
- **… die Fokussierung auf Themen zur Sensibilisierung gegen Antisemitismus in muslimischen Gemeinden, die Gemeinsamkeiten von Islam und Judentum hervorheben.**

10 Antisemitismus bei Geflüchteten

10.1 Erkenntnisbedarf

Das Thema »Flucht« hat in den vergangenen eineinhalb Jahren seit dem Sommer 2015 und damit parallel zur Arbeit des zweiten UEA enorm an Dynamik gewonnen: Rund 1,1 Millionen Flüchtlinge bzw. Asylsuchende sind nach derzeitigen Schätzungen des *Bundesamts für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen.[769] Viele der Geflüchteten werden für längere Zeit oder dauerhaft in Deutschland bleiben.

Die überwiegende Mehrheit der aktuell als Flüchtlinge bzw. Asylsuchende nach Deutschland gekommenen Personen stammt aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens.[770] Die Erfahrungen der Demonstrationen im Zuge des letzten Gaza-Konflikts im Jahr 2014, bei denen muslimisch-migrantische Teilnehmende durch z. T. offenen und aggressiven Antisemitismus auffielen, sowie die Terroranschläge in jüngerer Zeit, die in Frankreich und Dänemark auch gezielt gegen die jüdische Bevölkerung gerichtet waren, sind insbesondere in der jüdischen Gemeinschaft präsent und haben das Gefühl der Bedrohung und des Misstrauens gegenüber Migrantinnen und Migranten aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens verstärkt (→ Jüdische Perspektiven). Josef Schuster, der Vorsitzende des *Zentralrats der Juden in Deutschland,* warnte in diesem Zusammenhang in einer Rede auf Einladung der Katholischen Akademie Bayern: »Die Flüchtlinge, die in so großer Zahl seit dem vergangenen Jahr bei uns Zuflucht suchen, kommen ganz überwiegend aus Staaten, die mit Israel tief verfeindet sind. […] Wer mit einem solchen Feindbild groß geworden ist, legt es nicht einfach beim Grenzübertritt ab«.[771] Er verwies zudem darauf, dass schon heute Antisemitismus unter jungen Muslimen in Deutschland besonders verbreitet sei. Zugleich warb er für Empathie mit Geflüchteten und forderte mehr Anstrengungen gegen die Übergriffe auf Flüchtlinge und Asylunterkünfte.[772] Allerdings gibt es sowohl aus der jüdischen Gemeinschaft als auch darüber hinaus warnende Stimmen, den Geflüchteten nicht vorschnell Antisemitismus zu unterstellen[773] und sich hier nicht von rechtspopulistischer Seite instrumentalisieren zu lassen.[774]

Bislang ist über das tatsächliche Ausmaß und das Muster antisemitischer Haltungen bei Geflüchteten jedoch wenig bekannt. Es fehlt derzeit noch an Studien, die hierüber konkret und empirisch verlässlich Auskunft geben könnten. Da dennoch in diesem Bereich ein hoher Erkenntnisbedarf besteht, hat der UEA beschlossen, das Thema Flucht/Geflüchtete und Antisemitismus als eigenständiges Kapitel in den Expertenbericht aufzunehmen, es aber mit der gebotenen Zurückhaltung und dem deutlichen Verweis auf die dünne Erkenntnislage zu behandeln.

Um erste Informationen über Erscheinungsformen von Antisemitismus bei geflüchteten Personen zu erhalten, aus denen sich Empfehlungen für Intervention und Prävention ableiten lassen, hat der UEA zwei externe Expertisen in Auftrag gegeben. Ziel der ersten Expertise (Expertise I)[775] war eine Einordnung des Themas Antisemitismus und Flucht in den gesellschaftlichen Diskurs und eine Sondierung, inwieweit und ggf. welche gesicherten Erkenntnisse zum Thema Antisemitismus bei Geflüchteten bereits vorliegen bzw. in Arbeit sind. Ziel der zweiten Expertise (Expertise II)[776] war es, mehr über die Verbreitung und das Muster von Antisemitismus bei Geflüchteten zu erfahren. Hierfür sollten qualitative Interviews mit

769 Schätzung basierend auf den Angaben zu Asylanträgen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Aktuelle Zahlen zu Asyl, 11 (2016), auf Basis der Auskunft des Bundesinnenministers vom 30. 9. 2015; dazu ähnlich auch Die Welt, 30. 9. 2016, https://www.welt.de/politik/deutschland/article158465433/Deutschland-korrigiert-Fluechtlingszahl-fuer-2015.html, und von Pro Asyl basierend auf den Zahlen des EASY-Systems unter: https://www.proasyl.de/thema/fakten-zahlen-argumente/ (eingesehen 25. 11. 2016).

770 BAMF, Aktuelle Zahlen zu Asyl, S. 8.

771 Rede bei der Katholischen Akademie Bayern um Thema »Jüdisches Leben in Deutschland heute«, in: Die Welt, 28. 6. 2016, https://www.welt.de/politik/article156658717/Zentralrat-der-Juden-fuerchtet-neuen-Antisemitismus.html (eingesehen 25. 11. 2016).

772 Rede des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, bei der Gedenkfeier des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung des KZ Dachau, 3. 5. 2015, http://www.zentralratdjuden.de/de/article/5243.rede-des-pr%C3%A4sidenten-des-zentralrats-der-juden-in-deutschland-dr-josef-schuster-bei-der-gedenkfeier-des-landesverbandes-der-israelitischen-kultusgemeinden-in-bayern.html (eingesehen 25. 11. 2016).

773 Dazu u. a. Micha Brumlik in einem Interview mit der taz, 2. 12. 2015 und Proteste aus den Reihen der jüdischen Gemeinschaft gegen die Äußerungen des Zentralratsvorsitzenden: Jüdische Allgemeine, 24. 11. 2015, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/24019 (eingesehen 25. 11. 2016).

774 U. a. auch Netz-gegen-Nazis: http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/wie-antisemitisch-ist-die-afd-11021, Verweis auf die »taktische Solidarität bei europäischen Rechtspopulist_innen« mit Israel und den Juden und auf Versuche der AfD, »jüdische Gemeinden zu instrumentalisieren, um sich gemeinsam gegen ›islamischen Antisemitismus‹ zu positionieren«. (eingesehen 25. 11. 2016).

775 Sina Arnold, Antisemitismus und Flucht. Vorstudie für den Expertenkreis Antisemitismus, Berlin 2016 (Expertise I).

776 Sina Arnold/Jana König, Flucht und Antisemitismus. Qualitative Befragung von Expert_innen und Geflüchteten. Erste Hinweise zu Erscheinungsformen von Antisemitismus bei Geflüchteten und mögliche Umgangsstrategien. Expertise für den Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus, Berlin 2016 (Expertise II).

Geflüchteten geführt und ergänzend einige ausgewählte Expertinnen und Experten befragt werden. Hieraus lassen sich Hinweise für die Formulierung weiterer Fragen an die Forschung sowie für die Entwicklung gezielter Präventions- und Interventionskonzepte ableiten. Dies umfasst sowohl Hinweise auf Einstellungsmuster als auch auf Wissenslücken über die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden als besonderen Teil der deutschen Geschichte. Hier ist u. a. die Frage von Relevanz, inwieweit sich Antisemitismus bei Geflüchteten grundsätzlich anders oder ähnlich artikuliert als in der deutschen bzw. der deutschen migrantischen Bevölkerung. Daraus kann abgeleitet werden, welche Zugangsweisen, Facetten von Antisemitismus und ggf. Narrative bei der Intervention besonders im Vordergrund stehen sollten bzw. welche Maßnahmen sinnvoll sein könnten.

Aufgrund der begrenzten Zeit, die dem UEA zur Verfügung stand, konnte keine eigene größere quantitative Studie zu dem Thema in Auftrag gegeben werden, über die verlässlichere Aussagen zu Verbreitung und Ausmaß von Antisemitismus unter Geflüchteten möglich gewesen wäre. Hier hätte es einer großen und sorgfältig ausgewählten Stichprobe bedurft, um der Heterogenität der Geflüchteten gerecht zu werden. Aus zeitlichen und methodischen Gründen wurde auch auf den Versuch verzichtet, in eine der wenigen aktuell laufenden quantitativen Studien, in denen Geflüchtete befragt werden, eigene Fragen zum Antisemitismus einzubringen. Mit beiden externen Expertisen wurde das *Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung* der *Humboldt-Universität zu Berlin* unter der Leitung von Sina Arnold beauftragt.[777]

Exkurs: Stichprobe, Methodik und Vorgehensweise der qualitativen Studie »Expertise II«

Expertise II wurde zwischen dem 1. August und dem 15. Oktober 2016 durchgeführt. In ihrem Rahmen fanden 25 Leitfadeninterviews mit Geflüchteten in Berlin statt. Die Interviews wurden auf Arabisch bzw. Farsi mit Hilfe von Übersetzerinnen und Übersetzern geführt. Unter den Interviewten befanden sich 16 Männer und neun Frauen im Alter von 16 bis 53 Jahren. Die Auswahl beschränkte sich auf Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan und dem Irak als den drei wichtigsten Herkunftsländern der Fluchtbewegungen des Jahres 2016. Sechs der Befragten haben einige Jahre formale Schulbildung durchlaufen, fünf befanden sich bei Antritt der Flucht noch in der Schulausbildung, elf haben ein Studium begonnen oder abgeschlossen.

Die Kontaktaufnahme mit den Interviewten geschah durch Personal in den Flüchtlingsunterkünften. Eine Kurzprojektbeschreibung in den Herkunftssprachen wurde überdies an Einzelpersonen und in Unterkünften verteilt. Die Gespräche wurden in den Unterkünften oder Räumlichkeiten der Humboldt-Universität durchgeführt und im Anschluss anonymisiert. Der Leitfragebogen beinhaltete die Themenbereiche »Lebenssituation in Deutschland«, »Identitätsbezüge«, »Einstellungen zu Diversität und Minderheiten«, »Bilder von Juden und Jüdinnen«, »Einstellungen zu Israel« sowie »Wissen, Wissensquellen und Ansichten zum Nahostkonflikt und zum Holocaust«. Ergänzend wurden neun Hintergrundgespräche sowie 14 Interviews mit Expertinnen und Experten geführt, die zivilgesellschaftlich, als Multiplikatoren oder durch ihre Tätigkeit bei jüdischen Organisationen einen Themenbezug haben. Diese Gespräche fokussierten Beobachtungen und Erfahrungen bei der Arbeit mit Geflüchteten, die Einschätzung der generellen Situation ebenso wie Fragen danach, wie mit diesem Themenbereich weiter umgegangen werden sollte.

Für die Auswertung wurden die deutschsprachigen Übersetzungen der Interviews transkribiert und die Texte anschließend mithilfe eines Programms zur qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Ein auf Grundlage des Materials erstellter Codier-Leitfaden wurde in einem fortwährend zirkulären Prozess während der Codierung ergänzt und überarbeitet. Forschungshypothesen wurden am Material geprüft und auf Basis der Auswertung neu generiert.

10.2 Konfliktlinien in Zusammenhang mit Flucht und Antisemitismus

Für die Vermutung, Antisemitismus sei unter Menschen aus arabischen Ländern besonders verbreitet, lassen sich, zumindest was den israelbezogenen Antisemitismus betrifft, einige Argumente finden.[778] Unabhängig aber vom tatsächlichen Ausmaß und der Ausformung von Antisemitismus unter Geflüchteten hat die Zuweisung von Antisemitismus an die Neuankömmlinge auch funktionale und instrumentalisierende Aspekte. Mit dem Verweis auf »Kultur« und »Religion« in Verbindung mit dem Vorwurf des Antisemitismus (und auch des Sexismus und der Homophobie) wird suggeriert, diese Einstellungen seien in erster Linie ein Problem der Geflüchteten und nicht auch Bestandteil der deutschen Mehrheitsgesellschaft.

Auch sogenannte antizionistische und sich als pro-palästinensisch verstehende Gruppen und Einzelpersonen,

777 Arnold, Expertise I und Arnold/König, Expertise II.

778 Vgl. u. a. Bernhard Lewis, Semites and Anti-Semites: An Inquiry into Conflict and Prejudice, New York 1986; Michael Curtis, Jews, Antisemitism, and the Middle East, New Brunswick 2013.

deren gegen Israel gerichteten Äußerungen und Aktivitäten nicht selten antisemitische Züge tragen oder sogar eindeutig und offen antisemitisch sind, instrumentalisieren Geflüchtete für ihre politischen Anliegen. Sina Arnold stellt in ihrer Expertise inhaltliche und personelle Überschneidungen zwischen diesen Akteuren und Flüchtlingshelfern fest. Hier werden Geflüchtete mit Palästinensern gleichgesetzt und bei der Unterstützung von Geflüchteten zugleich eine Positionierung gegen Israel eingefordert. Beispielhaft hierfür war der »Karneval für Geflüchtete«, eine Demonstrationsveranstaltung, die am 20. März 2016 in Berlin auf Initiative des *Refugee Club Impulse* (RCI) unter Beteiligung pro-palästinensischer Gruppen wie *F.O.R. Palestine* sowie Vertreterinnen und Vertretern der *Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen* (BDS)-Kampagne stattfand. In einem Redebeitrag hieß es: »Solidarität mit Geflüchteten setzt Solidarität mit Palästina voraus. In Deutschland, in Palästina, und überall.« Gefordert wurde, man müsse sich gegen das »zionistische Apartheidsregime« stellen.[779] Die pädagogischen und künstlerischen Leiterinnen und Leiter des Theaterprojekts für Geflüchtete, das der RCI durchführte, sind auch regelmäßig an den Al-Quds-Demonstrationen in Berlin beteiligt, auf denen offener Antisemitismus gezeigt wird.[780]

10.3 Hinweise auf die Verbreitung und Ausformung von Antisemitismus unter Geflüchteten

Im Folgenden wird zunächst eine Beschreibung Derjenigen vorgenommen, die nach bisherigen Erkenntnissen in den vergangenen beiden Jahren als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind. Anschließend werden die bislang vorliegenden Erkenntnisse in Bezug auf Verbreitung und Ausformung von Antisemitismus bei Geflüchteten zusammengetragen. Hier fließen auch die Ergebnisse aus der qualitativen Befragung von Geflüchteten im Rahmen der in Auftrag gegebenen Expertise II ein.

10.3.1 Erfahrungen in Zusammenhang mit der Flucht und als Geflüchtete

Die Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, dürften auf der einen Seite als ehemalige Bewohner der Länder, aus denen sie stammen, über die gleichen Sozialisationserfahrungen und kulturellen Prägungen verfügen, wie andere Personen aus den entsprechenden Herkunftsländern.[781] Auf der anderen Seite unterscheiden sie sich aber auch in einigen Aspekten von der dort noch ansässigen Bevölkerung. Insbesondere verfügen sie über Erfahrungen, die sie sowohl von der Bevölkerung im Herkunftsland als auch von anderen Migrantinnen und Migranten in Deutschland unterscheiden, und die ggf. Einfluss auf ihren möglichen Antisemitismus haben können. Dies sind u. a. die Entscheidung zur Flucht aus eben gerade diesem Herkunftsland, Erfahrungen vor der Flucht bzw. Erfahrungen, die zur Fluchtentscheidung geführt haben, die Fluchterfahrung selbst, das Erleben der Aufnahme, aber auch des »Fremdseins« in einem neuen Land einschließlich Ablehnungserfahrungen, das Herantasten an eine neue Kultur usw.

Die Erfahrungen vor der Flucht und die Zustände in den Herkunftsländern, die zur Entscheidung zur Flucht geführt haben, dürften bei etlichen Geflüchteten eine distanzierte bis ablehnende Haltung zum Herkunftsland wahrscheinlich machen. Die gefühlte Distanz dürfte stark in Abhängigkeit der Fluchtgründe bzw. der Zugehörigkeit zu politischen Lagern und sozialen Subgruppen variieren. Diese mehr oder weniger ausgeprägte Distanz könnte sich mittelbar auch auf die häufig israel- und judenfeindliche offizielle Linie der Regierungen in den Herkunftsländern beziehen. Wahrscheinlich ist – aber dazu liegen bislang keine gesicherten Befunde vor –, dass sich das Ausmaß und die Art und Weise von Antisemitismus etwa bei westlich orientierten Regimeflüchtlingen aus dem Iran oder Syrien von dem traditionell orientierter, streng religiöser Personen aus diesen Ländern oder von säkularen, überzeugten Regimebefürwortern, die ebenfalls vor dem Krieg in Syrien fliehen, unterscheiden. Welche Rolle die Bildung spielt, ist ebenfalls noch nicht geklärt. Im vorliegenden Sample der qualitativen Studie scheint Bildung kein relevanter Einflussfaktor für Einstellungen zu sein. Auch in Bezug auf Geschlecht lassen sich nur geringe Unterschiede feststellen.

10.3.2 Diskriminierungserfahrungen

Die große Mehrheit der Geflüchteten fühlt sich in Deutschland willkommen, auch wenn dieses Gefühl etwas nachzulassen scheint, was offenbar auch an enttäuschten Erwartungen liegt. Etliche sprechen von Diskriminierungserfahrungen und dem Gefühl, abgelehnt zu

779 Zitiert nach Sina Arnold, Expertise I, S. 11.

780 Ebenda.

781 Vgl. hierzu die weltweit 2014 und 2015 durchgeführte Umfrage der Anti-Defamation League (ADL), Global 100: An Index of Anti-Semitism, New York 2014, zu Antisemitismus und Antizionismus in den Regionen des Mittleren Osten und Nordafrikas (MENA), http://global100.adl.org/public/ADL-Global-100-Executive-Summary.pdf (eingesehen am 10.4.2016).

werden.[782] Die im Rahmen von Expertise II interviewten Geflüchteten berichten etwa von Diskriminierungen durch Übersetzer, Sicherheitspersonal und andere Bewohner nicht nur in den Unterkünften. Auch der mehrheitsgesellschaftliche Rassismus hat Auswirkungen auf ihre Lebensrealität: So kursieren unter den Geflüchteten Warnungen vor und Erfahrungen mit rassistischen Übergriffen. Mehrere äußerten die Angst, dass der Diskurs um Terrorismus und Islamismus Einfluss darauf hat, wie Geflüchtete von der deutschen Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen werden. Frauen wie Männer berichten in diesem Zusammenhang etwa von abwertenden Blicken und Kommentaren im öffentlichen Raum aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit. Die Angst vor entsprechender Diskriminierung äußerte ein Fünftel der Gesprächspartnerinnen und -partner.

Die Erfahrung als Geflüchtete und als Minderheit in Deutschland könnte auf der einen Seite Empathie mit Juden als verfolgter Minderheit befördern. Andererseits verweisen Studien darauf, dass eigene Diskriminierungserfahrungen eher antisemitische Einstellungen befördern.[783] In den Interviews der Expertise von Arnold/König (Expertise II) lässt sich allerdings kein direkter Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrungen – ob in Deutschland oder dem Herkunftsland – und einem hohen Ausmaß an antisemitischen Einstellungen herstellen. Im Gegenteil: Diejenigen Befragten, die stärker von Rassismuserfahrungen berichten, sind oftmals weniger antisemitisch eingestellt und weisen ein höheres Maß an Empathie gegenüber jüdischen Anliegen auf. Ein Unterschied zeigt sich zwischen der Wahrnehmung von persönlicher Diskriminierungserfahrung und der einer generellen Diskriminierung von Muslimen bzw. dem Islam. Letztere wird in manchen Fällen damit erklärt, dass – so ein Interviewpartner – die »Juden die Muslime schlecht darstellen«. Hier existiert also eine antisemitische Interpretation der Wahrnehmung von Muslimen als benachteiligter Gruppe.

10.3.3 Einstellungen und Werthaltungen mit Blick auf Demokratie und Menschenrechte

Eine groß angelegte Studie des *Bundesamts für Migration und Flüchtlinge* (BAMF), in deren Rahmen im Jahr 2014 Befragungen durchgeführt wurden, hat erste empirische Befunde vorgelegt, die u. a. Auskunft zu Werthaltungen von Geflüchteten geben.[784] Antisemitische Einstellungen wurden in dieser Befragung des BAMF nicht gesondert erhoben.

Die Ergebnisse verweisen einerseits auf eine hohe Zustimmung zu Demokratie und Rechtsstaat, andererseits aber auch, insbesondere bei Personen aus Ländern des Nahen Ostens, auf autokratische und technokratische Grundhaltungen sowie die Befürwortung des Erlasses von Gesetzen durch Religionsführer. In einer begleitenden qualitativen Befragung von 123 Geflüchteten durch das BAMF wird zudem deutlich, dass viele Geflüchtete von den negativen Erfahrungen der politischen und religiösen Verfolgung in ihren Heimatländern geprägt sind und daher ausdrücklich Werte der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit sowie Familienwerte befürworten.[785] Sie schätzen demokratische Werte, den respektvollen Umgang miteinander und die Achtung der Menschenrechte. Gerade auch die Religionsfreiheit und das Zusammenleben verschiedener Religionen werden von den Befragten positiv hervorgehoben. In der qualitativen Studie von Sina Arnold und Jana König meinen viele der Interviewten, den Islam in Deutschland besser ausüben zu können, da dieser hier weniger politisiert sei. Auch die Möglichkeit, nicht religiös zu sein, und das Ausmaß an bürgerlichen Freiheiten, insbesondere für Frauen, schätzen viele von ihnen. Insgesamt zeigt sich bei den Befragten eine hohe Identifikation mit den in Deutschland verankerten Werten, so ein Zwischenfazit der Studie.[786] Eine Studie der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) bestätigt den Befund, wonach sich Flüchtlinge klar zu Demokratie und zur Trennung von Staat und Religion bekennen, mehrheitlich aber ein konservatives Weltbild vertreten.[787]

Ganz ähnlich auch die Befunde aus der Befragung im Rahmen von Expertise II über die Vorstellungen vom gesellschaftlichen Zusammenleben und den Wünschen der Befragten. Mehrere Befragte kritisierten die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren Herkunftsländern: Sie

782 Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland. Eine Expertise im Auftrag der Robert Bosch Stiftung und des SVR-Forschungsbereichs, Januar 2016, S. 75 ff.

783 Jürgen Mansel/Viktoria Spaiser, Abschlussbericht Forschungsprojekt: Soziale Beziehungen, Konfliktpotentiale und Vorurteile im Kontext von Erfahrungen verweigerter Teilhabe und Anerkennung bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, Universität Bielefeld 2010. Hier zeigen sich Ähnlichkeiten zum Effekt, der als kollektive relative Deprivation (→ Einstellungen) dem Gefühl, als Gruppe schlechter gestellt zu sein im Vergleich zu einer anderen, bekannt ist. Thomas F. Pettigrew/Oliver Christ/Ulrich Wagner/Roul Meertens/Rolf van Dick/Andreas Zick, Relative deprivation and intergroup prejudice, in: Journal of Social Issues 64 (2008), S. 385–401.

784 IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse, in: IAB Forschungsbericht 14 (2016).

785 Herbert Brückner/Tanja Fendel/Astrid Kunert/Ulrike Mangold/Manuel Siegert/Jürgen Schupp, Geflüchtete Menschen in Deutschland. Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen, IAB Kurzbericht 15 (2016).

786 Ebenda, S. 5.

787 Ronald Freytag, Flüchtlinge 2016. Studie zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft unter Flüchtlingen der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW), Berlin 2016, Folien 8 und 9.

wünschen sich ein demokratischeres System, in dem die bestehenden Diskriminierungen von Minderheiten durch Gleichstellung abgelöst werden. Während zwei Befragte Homosexualität explizit ablehnen, tolerieren andere – trotz grundsätzlicher Skepsis – gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Vier weitere Befragte zogen den Islam sogar heran, um ihre Akzeptanz von Homosexualität zu begründen. Zwei Interviewpartner äußerten die Hoffnung, dass sich durch die Konfrontation mit anderen Lebensrealitäten in Deutschland auch Rollenerwartungen unter Geflüchteten ändern, etwa in Bezug auf Frauenrechte. Fast alle der Befragten planen eine Zukunft in Deutschland, nur drei hoffen auf eine Rückkehr in ihr Heimatland. In Bezug auf die Einstellung zur Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ähneln die Einstellung eher denen von Befragten aus Deutschland, weniger denen von Einwohnern in den Herkunftsländern, so die Befunde der BAMF-Studie.

Dass bei der Beantwortung der Fragen auch die Motivation, sich sozial erwünscht und angepasst zu verhalten, eine Rolle gespielt hat, lässt sich nur vermuten. Allerdings sind auch die Antworten der deutschen Befragten von diesen Faktoren in nicht unerheblichem Ausmaß zugunsten toleranterer Werthaltungen beeinflusst.[788] Bei den Geflüchteten dürfte der Wunsch, einen guten Eindruck zu hinterlassen, stark ausgeprägt sein, insbesondere bei einer Face-to-face-Befragung durch Interviewer des BAMF, das über ihre Asylbescheide verfügt. Viele Geflüchtete sind – so die Erfahrung in Praxisprojekten – hoch motiviert, sich anzupassen und »alles richtig« zu machen.[789] Auch die BAMF-Studie berichtet von einem ausgeprägten Willen zur Integration. Deutlich wird zudem eine hohe Bereitschaft zur positiven Reziprozität, d. h. der Wunsch, etwas zurückzugeben.

10.3.4 Religion, Religiosität, religiöse Praxis

In der qualitativen Befragung im Rahmen von Expertise II bezeichneten sich bis auf vier der Befragten alle Interviewten als Muslime. 15 von ihnen beten regelmäßig, sieben fasten und acht besuchen häufig die Moschee. Die Wahl der Moschee wird dabei fast ausschließlich durch die örtliche Lage (bspw. Nähe zur Unterkunft oder Sprachschule) oder Empfehlungen von Familienmitgliedern bestimmt. Dieser Pragmatismus deckt sich mit der Einschätzung vieler Befragter, dass inner-muslimische Konflikte in Deutschland weniger relevant als im Herkunftsland sind. Es gibt nur wenige Hinweise auf aktive Rekrutierungsversuche durch islamistische Gruppen in Unterkünften. Ein Sozialarbeiter berichtete von vereinzelten Vorfällen. Aufgrund der Erfahrungen mit Islamismus in den Herkunftsländern meiden einige Geflüchtete aktiv Orte, an denen sie mit entsprechenden Akteuren konfrontiert werden können. Bei mehreren Interviewpartnern lässt sich beobachten, dass sie ihre Religion weniger bzw. privater praktizieren als im Herkunftsland. Hier zeigen sich erste Hinweise darauf, dass neben der Gefahr der Radikalisierung auch ein Potenzial für eine De-Radikalisierung in Deutschland besteht, als Ergebnis einer Konfrontation mit diversen Lebensstilen und Glaubensrichtungen.

10.3.5 Der Import antisemitischer Prägungen aus den Herkunftsländern

Der Nahostkonflikt ist in vielen der Herkunftsländer ein präsentes und oft auch gezielt aufrechterhaltenes Thema. Antisemitismus und insbesondere solcher in Bezug auf Israel wird vielfach z. B. durch Schulbücher und Filme nicht selten in quasi-dokumentarischer Form (→ Medien) bewusst und gezielt befördert. Antisemitismus ist vielfach selbstverständlicher Teil der Sozialisation durch Schule, Elternhaus und Medien und dient nicht zuletzt auch als Instrument der eigenen Darstellung als Opfer.[790]

Offenbar sind die Sozialisationserfahrungen im Iran hingegen andere. Trotz der offiziellen anti-israelischen und antisemitischen Propaganda ist die Bevölkerung nicht so antisemitisch, wie vielleicht erwartet werde könnte. Hier könnte auch die Existenz einer alteingesessenen jüdischen Gemeinschaft, die ggf. persönliche Kontakte zu Juden ermöglicht hat, eine positive Wirkung entfalten. Bei vielen jungen Iranern, die jetzt nach Deutschland kommen, dürfte auch die Kampagne in den Sozialen Medien »Israel loves Iran«[791] bekannt sein, die 2012 startete und viele persönliche Kontakte sowie auch die umgekehrte Kampagne »Iran loves Israel« nach sich zog.

In der qualitativen Befragung von Sina Arnold und Jana König berichtete die Hälfte der Befragten von persönlichen Kontakten zu Juden oder Jüdinnen, von denen wiederum die Hälfte erst in Deutschland zustande kam – etwa

788 Indiz dafür sind u. a. die Abweichungen der Zustimmungswerte zu Homophobie, aber auch zu anderen Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der durch die Friedrich Ebert Stiftung geförderten Studie von Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Bonn 2016, in der die Befragten telefonisch interviewt werden, und der Studie von Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland Die Leipziger »Mitte«-Studien 2016, hrsg. v. Heinrich Böll Stiftung, Leipzig 2016, in der die Befragten die gleichen Fragen anonym per Fragebogen beantworten, und die z. T. deutlich höhere Zustimmungswerte ausweist.

789 Erfahrungen u. a. in Projekten im Rahmen des Bundesprogramms »Integration durch Qualifizierung«, konkret beobachtet u. a. im Projekt »Kulturelle Vielfalt in Betrieben«, IQ-Netz NRW.

790 Esther Webman, Discourses in Antisemitism and Islamophobia in Arab Media, in: European Societies, 14 (2012) 2, S. 222–239.

791 http://thepeacefactory.org/israel-loves-iran/ (eingesehen 25. 11. 2016).

über jüdische Mitschüler in der Sprachschule, durch Unterstützerkreise oder WGs.[792] Diese Kontakte beschreiben die Geflüchteten als neutral bis positiv. Negative Einstellungen gegenüber »den Juden« scheinen selten als Argument gegen eine persönliche Beziehung zu Jüdinnen und Juden verwendet zu werden.

10.3.5.1 Ergebnisse aus Einstellungsbefragungen mit Personen aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens

Die vergleichende Studie der *Anti-Defamation League* (ADL) (→ Einstellungen) zeugt von einer weiten Verbreitung antisemitischer Einstellungen bei Befragten aus Ländern des Mittleren und Nahen Ostens sowie aus nordafrikanischen Ländern. Für Syrien liegen keine Angaben vor, aber auch hier dürfte das Ausmaß hoch sein.[793] Dies gilt nicht nur für befragte Muslime, sondern– wenngleich in etwas geringerem Ausmaß – auch für Christen aus diesen Ländern. Erhoben wurde in dieser Studie die Zustimmung zu klassischen antisemitischen Stereotype (→ Einstellungen) und Verschwörungstheorien, die Juden einen überaus großen globalen Einfluss unterstellen. Israelbezogener Antisemitismus, der vermutlich noch höhere Zustimmungswerte erhalten hätte, wurde nicht abgefragt. Zugleich zeigen sich im Rahmen der Studie der ADL Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern im Ausmaß von Antisemitismus. So ist Antisemitismus unter Befragten aus dem Iran vergleichsweise weniger verbreitet und erreicht hier Werte, die ähnlich auch in europäischen Ländern wie Griechenland, Rumänien, Bulgarien und Polen beobachtet wurden.[794]

Muslime mit überwiegend migrantischem Hintergrund zeigten in ausgewählten europäischen Ländern ebenfalls höhere Zustimmungswerte zu antisemitischen Einstellungen als Nichtmuslime in diesen Ländern, zugleich aber nicht so hohe Werte wie die Einwohner in den entsprechenden Herkunftsländern.[795] Weit verbreitet sind antisemitische Einstellungen auch unter muslimisch-migrantischen jungen Menschen in Deutschland mit arabischem Hintergrund bzw. unter solchen, die aus Ländern des Mittleren und Nahen Ostens stammen. Eine judenfeindliche Haltung wird vielfach als geradezu »normal« betrachtet und als Teil der kollektiven Identität als muslimisch-migrantischer Jugendlicher verstanden (→ Einstellungen).[796] Hier spielt insbesondere der Nahostkonflikt eine wichtige Rolle für die Legitimation eines israelbezogenen Antisemitismus, aber auch klassische antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien finden Verwendung. Zugleich zeigen sich hier aber Unterschiede in Abhängigkeit vom jeweiligen Herkunftsland. Während antisemitische Einstellungen bei jungen Menschen in Deutschland aus nord-afrikanischen bzw. arabischen Ländern besonders weit verbreitet waren, galt dies weniger für jene aus den Herkunftsländern Afghanistan, Irak, Iran oder Pakistan, also Ländern, aus denen ebenfalls ein nennenswerter Teil der Geflüchteten stammt (die ADL-Studie Global 100 weist allerdings sehr hohe Werte antisemitischer Einstellungen für den Irak aus).[797] Beobachtungen aus einer qualitativen Befragung von Schülerinnen und Schülern sowie begleitend von Lehrpersonen in Deutschland deuten darauf hin, dass das Sprechen über »Juden« im schulischen Kontext ebenfalls von antisemitischen Stereotypen durchsetzt ist. Während sich hier allerdings Jugendliche mit türkisch/arabischem Hintergrund eher verhalten äußerten und offenbar die weitgehende Ächtung antisemitischer Äußerungen beachteten, äußerten sich Schülerinnen und Schüler aus Spätaussiedler-Familien deutlich offener und brutaler antisemitisch. Inwieweit hier v. a. fragmentarisch bekannte Klischees reproduziert werden oder eine tiefer verankerte antisemitische Weltanschauung dahintersteht, ist unklar.[798]

In der qualitativen Befragung von Sina Arnold und Jana König wird deutlich, dass die Geflüchteten in den verschiedenen Herkunftsländern unterschiedliches Wissen erwerben, das sich auch auf antisemitische Einstellungen auswirkt: Antisemitische Äußerungen treten bei den Interviewpartnern aus Syrien, dem Irak und Afghanistan fragmentarisch auf und sind häufig von Widersprüchen gekennzeichnet. Lediglich bei einer Interviewpartnerin zeigte sich ein kohärentes antisemitisches Weltbild. In allen anderen Fällen sind Einstellungen vielmehr Teil eines selbstverständlichen Alltagsverständnisses, das in Medien- und Alltagsdiskursen des Herkunftslands geprägt wurde. In der weltweiten, 2014 durchgeführten und 2015 teilweise aktualisierten Umfrage der ADL[799]

792 Dies dürfte sicher mit dem Befragungsort Berlin und der dort ansässigen vergleichsweise großen jüdischen Gemeinschaft zusammenhängen und nicht unbedingt auf andere Regionen übertragbar sein.

793 ADL Global 100; ADL Global 100: 2015 Update in 19 Countries, http://global100.adl.org/#map/2015update (eingesehen 10.4.2016).

794 Ebenda.

795 ADL Global 100 update 2015.

796 Günther Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Ergebnisse einer Studie unter jungen muslimischen Männern, Essen 2012, S. 312 f.

797 Wolfgang Frindte/Klaus Boehnke/Henry Kreikenbom/Wolfgang Wagner (Hrsg.), Abschlussbericht »Lebenswelten junger Muslime in Deutschland«: Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland, Berlin 2011. Zusammenfassend zu Antisemitismus unter jungen Muslimen in Europa: Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen, 2012.

798 Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 7–40.

799 Vgl. global100.adl.org/ (eingesehen 14.10.2016). Für die Herkunftsländer Syrien, Irak und Afghanistan gibt es allerdings keine eigenen Länderstudien.

wird gezeigt, dass 74 Prozent der Befragten in der Region Mittlerer Osten und Nordafrika zwischen sechs und elf der abgefragten negativen Stereotype über Juden für »wahrscheinlich wahr« halten.[800] Diese Selbstverständlichkeit betrifft nicht nur das »Wissen« über Jüdinnen und Juden, sondern noch viel stärker die binäre Sicht auf den Nahostkonflikt. Für diesen Alltags-Antizionismus spielen als Einflussquellen Medien- und Alltagsdiskurse sowie Institutionen eine Rolle: Ein negatives Bild von Israel wird in der Schule ebenso wie im öffentlichen Raum als Selbstverständlichkeit präsentiert. Syrien etwa stand seit der Gründung Israels dem jüdischen Staat feindselig gegenüber, und es wurde nicht nur Hass gegen Israel, sondern auch Antisemitismus offensiv verbreitet.[801] Auch für den Irak ist diese Verbreitung nicht nur historisch, sondern auch in jüngeren Jahren bekannt.[802] Auf die Selbstverständlichkeit und gleichzeitig mangelnde ideologische Festigkeit dieser Einstellungen verweisen mehrere der im Rahmen der Studie befragten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aufgrund ihrer Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit mit Geflüchteten.

Auf Basis der bestehenden Untersuchungen und den zusätzlichen Ergebnissen der Studie von Arnold/König kann daher festgehalten werden, dass dem Herkunftskontext keine determinierende Funktion zukommt und nicht von einer homogenen »Herkunftskultur« gesprochen werden kann. Vielmehr müssen weitere Einflussfaktoren berücksichtigt werden, die antisemitische Haltungen verstärken oder verringern. Aufgrund des kleinen Samples sind dies allerdings lediglich erste Beobachtungen, die in weiteren Forschungen quantifiziert werden müssten.

10.3.5.2 Religiöse, nationale und ethnische Identitäten

Manche der Gesprächspartnerinnen und -partner begründen ihre antisemitischen wie antiisraelischen Einstellungen mit ihrer muslimischen Identität: Sie generalisieren die Annahme, dass Muslime und Juden sich historisch bedingt feindlich gegenüberstünden. In diesen Fällen verhindert das religiös geprägte »Wissen« über Juden sogar einen möglichen freundschaftlichen Kontakt. Weniger als der Grad der Religiosität scheint es allerdings die individuelle Auslegung von Religion zu sein, die Auswirkungen auf das Ausmaß antisemitischer Einstellungen hat: Diejenigen Interviewpartner, die Religion als etwas Individuelles sehen, zeigen generell ein höheres Maß an Toleranz gegenüber unterschiedlichen Glaubens- und Lebensentwürfen. Dies gilt ebenfalls für die Gesprächspartner, die eine grundsätzliche Religionskritik artikulieren. Die Kritik am Islam wirkt sich in ihrer Sichtweise auf historisch-politische Erzählungen in den Herkunftsländern aus, die sie in der Folge kritisch hinterfragen.

Im vorliegenden Sample vertreten die Interviewpartnerinnen und -partner mit arabischem Hintergrund häufiger antisemitische Einstellungen als andere. Hier zeigt sich eventuell der Einfluss des arabischen Nationalismus, der sich in zahlreichen Aussagen in Form einer starken Selbstidentifikation andeutet. Mit dieser Grundhaltung, das erinnern auch zwei Gesprächspartner aus ihrer Schulbildung, werden dabei teilweise »die Juden« als Gegenbild zu »den Arabern« stilisiert und Israel entsprechend dämonisiert.[803] Diese Art der arabischen Selbstidentifikation verstärkt in der Folge die Solidarisierung mit der palästinensischen Seite im Nahostkonflikt. Unter den Befragten befand sich nur eine Person mit palästinensischer Selbstbeschreibung. In ihrem Fall waren diese Identität und ein damit emotional aufgeladener Bezug auf den Nahostkonflikt entscheidend für das Äußern antisemitischer Haltungen.

Auffällig ist, dass in der Studie die afghanischen Gesprächspartner geringere antisemitische und antiisraelische Einstellungen aufweisen als die syrischen und irakischen. Die befragten afghanischen Männer vertreten sogar eine auffällig pro-israelische Sichtweise. Bei zweien von ihnen existiert auch ein Wissen um antisemitische Vertreibungen in der arabischen Welt. Sie üben überdies Kritik am antisemitischen Antizionismus im Iran. Fast alle afghanischen Gesprächspartner haben eine lange Migrationsgeschichte mit bis zu 19 Jahren Aufenthalt im Iran hinter sich und erlebten dort Ausgrenzung und Rassismus.[804] Unter Umständen haben diese Erfahrungen Auswirkungen auf ihr eher negatives Bild der islamischen Republik und tragen dazu bei, dass der dort verbreiteten staatlichen Propaganda – etwa über Juden und Israel – mit Skepsis begegnet wird. Auch ihre langen transnationalen Migrationserfahrungen in mehreren Ländern könnten

800 Ebenda, im Vergleich zu einem weltweiten Schnitt von 26 Prozent.

801 Zu Antisemitismus in Syrien siehe aktuelle Kurzeinschätzungen von Michael Kiefer/Aladin El-Mafaalani, Wie antisemitisch sind arabische Flüchtlinge, Ruhrbarone, 3.11.2015, www.ruhrbarone.de/wie-antisemitisch-sind-arabische-fluechtlinge/116536#; sowie von Jeffrey Herf, Was wird aus dem Judenhass der Flüchtlinge, in: Welt/N24, 14.12.2015, www.welt.de/debatte/kommentare/article149944120/Was-wird-aus-dem-Judenhass-der-Fluechtlinge.html (eingesehen 25.11.2016).

802 Vgl. Amatzia Baram, Irak, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Länder und Regionen, München 2008, S. 150–154. Bezüglich der Verbreitung von Antizionismus und Antisemitismus in Afghanistan liegen keine ausführlichen Untersuchungen vor.

803 Für eine entsprechende Analyse vgl. Jochen Müller, Ventil und Kitt – Die Funktion von Israel und »den Juden« in der Ideologie des arabischen Nationalismus, in: Israel in deutschen Wohnzimmern. Realität und antisemitische Wahrnehmungsmuster des Nahostkonflikts, hrsg. v. Initiative Antisemitismuskritik Hannover, Hannover 2003, S. 44–69.

804 Dies gilt für viele Angehörige der afghanischen Minderheit im Iran, vgl.: Fariba Adelkhah/Zuzanna Olszewska, The Iranian Afghans, in: Iranian Studies, 40 (2007) 2, S. 137–165; Iran Covertly Recruits Afghan Shias to Fight in Syria, in: The Guardian, 30.6.2016, https://www.theguardian.com/world/2016/jun/30/iran-covertly-recruits-afghan-soldiers-to-fight-in-syria (eingesehen 21.6.2016).

unter Umständen dazu beigetragen haben, dass die afghanischen Interviewpartner mit unterschiedlichen Darstellungen historischer wie politischer Ereignisse, mit Interkulturalität und Widersprüchen konfrontiert waren.

Die drei kurdischen Befragten aus Syrien äußerten sich alle wenig bis gar nicht ablehnend gegenüber Israel und/oder Juden. Alle verstehen sich als religiös, teilen aber eine sehr individualistische Auslegung des Islams. Als möglichen Einflussfaktor hierfür wird in der Expertise von Sina Arnold und Jana König die Erfahrung der Kurden als unterdrückte Minderheit in Syrien herangezogen, die eine Identifikation mit nationalen Narrativen unter Umständen erschwert und eine Kritik gegenüber staatlicher Politik befördert. Aber auch realpolitische Entwicklungen in den kurdischen Gebieten mögen eine Veränderung in den Bildern über Israel bewirkt haben. So hat etwa die Region Irakisch-Kurdistan in den letzten Jahren Beziehungen zu Israel verstärkt, in den Medien findet sich wenig antisemitische Propaganda und als einziger Ort in der arabischen Liga wird hier der Holocaust-Gedenktag begangen.[805] Ebenso zwischen Kurden in Syrien und Israel existieren punktuell gute Beziehungen, auch wenn es keine offiziellen pro-israelischen Erklärungen gibt. Die Beobachtung, dass unter kurdischen Geflüchteten antisemitische Einstellungen weniger verbreitet sind, bestätigen auch die interviewten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Werden die Ergebnisse der Expertise von Sina Arnold und Jana König zugrunde gelegt, zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Ausprägung des Bezugs auf kollektive – religiöse, ethnische, nationale – Identitäten und pauschalisierenden Konstruktionen von anderen gesellschaftlichen Gruppen: Personen, die ein eher individualistisches Verständnis von Identitätsbezügen aufweisen, neigen im Sample weniger zur homogenisierenden Wahrnehmung anderer gesellschaftlicher Gruppen. Es bleibt abzuwarten, was passiert, wenn sich die in der Mehrheit noch jungen Flüchtlinge in die migrantischen Communities in Deutschland einfügen, in denen Antisemitismus Teil der Identitätskonstruktion in der Einwanderungsgesellschaft ist.[806]

10.3.5.3 Wissen über Juden und das Judentum

In der qualitativen Studie im Rahmen von Expertise II sind die meisten Interviewpartner davon überzeugt, wenig über das Judentum und Juden zu wissen. Als Wissensquellen geben sie Gespräche in der Familie wie auch Alltagsgespräche an. Die Schule wird kaum als Quelle genannt. Einige beziehen die Regionalgeschichte in Form von persönlichen Kontakten wie auch überlieferten historischen Erzählungen über die Region als Wissensquelle über Juden und Judentum ein. Nur sehr wenige Gesprächspartner beziehen sich auf den Koran. Einige benennen etwa die Konflikte zwischen Mohammed und den jüdischen Gemeinden. Andere lehnen den Koran als Quelle für negative Judenbilder allerdings explizit ab.

10.3.5.4 Wissen und Wissensquellen zum Holocaust

In Afghanistan und Pakistan, in denen der Nahostkonflikt allein aus geografischen und auch aus identitätsstiftenden Gründen eine deutlich untergeordnete Rolle spielt, scheint mehr noch als in anderen Ländern sehr wenig faktisches Wissen über die deutsche Geschichte sowie die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung der Juden in Europa vermittelt worden zu sein bzw. verfügen Geflüchtete aus diesen Ländern kaum über entsprechendes Wissen.

Auch in der Befragung von Sina Arnold und Jana König wird deutlich, dass über den Holocaust bei den Befragten sehr wenig und wenn nur fragmentarisches und teilweise historisch falsches Wissen vorhanden ist. Zwei afghanische Frauen haben noch nie von Adolf Hitler gehört, viele der anderen können die Person nicht richtig einordnen. Zwar zirkulieren kontextualisierte Hitlerzitate in Sozialen Medien, allerdings ohne Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik. In der Folge wird diese oft verharmlosend beschrieben. Mit dem Holocaust assoziieren einige Befragte zwar Hass gegen Juden, Vertreibung und Ghettoisierung, der Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden wird allerdings kaum explizit erwähnt. Sechs der Befragten haben noch nie vom Holocaust gehört. In der Studie wird deutlich, dass dieses Wissen in der Schule nicht vermittelt und der Holocaust auch im Geschichtsunterricht zum Zweiten Weltkrieg kaum thematisiert wurde. Die fragmentierten historischen Vorstellungen speisen sich vielmehr aus herkunftsbezogenem Alltagswissen und -gesprächen wie auch historischen Romanen, Büchern oder Zeitungen.

Die Konfrontation mit dem Holocaust findet für viele Geflüchtete erst in Deutschland statt, etwa über den Besuch des Denkmals für die ermordeten Juden Europas mit dem Deutsch-Sprachkurs, oder durch die Wahrnehmung anderer Denkmäler im öffentlichen Raum.

---

805 Vgl. etwa: Wunderbare Freundschaft. Die Autonome Region Kurdistan sucht Nähe zu Israel, in: Jüdische Allgemeine, 9.6.2016, www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/25763; oder auch Israelisch-Kurdische Beziehungen. Die Landkarte des Nahen Ostens verändern, in: FAZ, 27.8.2016, http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/israelisch-kurdische-beziehungen-13116886.html (eingesehen 20.10.2016).

806 Claudia Dantschke, Feindbild Juden – zur Funktionalität der antisemitischen Gemeinschaftsideologie in muslimisch geprägten Milieus, in: Stender/Follert/Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus, S. 129–146.

Entsprechend begaben sich mehrere Interviewpartner in Deutschland auf eine aktive Informationssuche (beispielsweise über Dokumentarfilme im Internet), merkten sie doch, dass der Nationalsozialismus hier ein wichtiges Thema ist.

Zahlreiche Interviewpartner stimmen auf Nachfrage der Aussage »Was Israel heute mit den Palästinensern macht, ist das Gleiche was die Nazis mit den Juden gemacht haben« zu. Allerdings handelt es sich hier – gerade vor dem Hintergrund des eklatanten Mangels an Wissen über den Holocaust – nicht um einen historisch informierten Vergleich mit dem (expliziten oder impliziten) Ziel der Holocaustrelativierung. Vielmehr wird der Holocaust zu einem abstrakten Symbol, einem Synonym für Leiden, Unrecht, Verbrechen, eingesetzt zur Skandalisierung bei der Beschreibung des Nahostkonflikts und anderer Ereignisse – nicht zuletzt auch der Situation in Syrien.

10.3.5.5 Bilder von Juden und Jüdinnen

Bei der Artikulation negativer Einstellungen gegen Juden und Jüdinnen wurden in der qualitativen Befragung von Sina Arnold und Jana König zahlreiche klassische antisemitische Stereotype und Vorstellungen geäußert. So assoziierten die Interviewten in mehreren Fällen Juden mit Geld und Macht oder imaginierten einen »jüdischen Einfluss« in der Welt. In einzelnen Fällen wurde diese Annahme verbunden mit der Vorstellung, dass Juden verantwortlich für weltweite Kriege seien. Diese Charakterisierung ging in einigen Fällen mit dem Stereotyp einher, Juden besäßen eine besondere Schläue und kalkulierende Rationalität. Andere beschreiben Juden als unmoralisch. In wenigen Fällen zeigen sich verschwörungstheoretische Tendenzen, bei denen Juden ein übergroßes Maß an Verantwortung für die negativen Ereignisse in der Welt zugesprochen wird.

10.3.5.6 Einstellungen zu Israel und israelbezogener Antisemitismus

Fast alle Interviewpartner stehen Israel kritisch gegenüber. Die Charakterisierungen reichen dabei von einer allgemeinen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern bis zu einer Fundamentalkritik, die Israel als einflussreichsten Staat der Welt, verantwortlich für weltweite Kriege (auch in Syrien) und machtvoll über seine tatsächliche Größe hinaus beschreibt. Diese Darstellungen haben Anklänge an Verschwörungstheorien, nach denen der jüdische Staat in der Lage sei, nach Belieben die Geschicke der Welt zu bestimmen. Israel wird vereinzelt auch als rassistisches Land, als Besatzungs- und/oder Kolonialmacht oder als religiöser Staat charakterisiert und entsprechend kritisiert. Fünf der Interviewten akzeptieren Israel grundsätzlich nicht, für sie ist die Region »Palästina« und Israel lediglich ein künstlicher Staat. Andere wiederum betonen die Normalität. Sie betrachten Israel als ein Land wie jedes andere. In den meisten Fällen differenzieren die Interviewpartner sehr aktiv zwischen Juden, Israelis und der israelischen Regierung (→ Religion). Vereinzelt werden allerdings alle Juden für die Handlungen des Staates Israels verantwortlich gemacht. Deutlich wird hier eine ausgeprägt negative Haltung gegenüber Israel, die häufig auch von israelbezogenem Antisemitismus durchzogen ist. Von ambivalenten Haltungen zeugt die Inkohärenz, dass viele Befragte einerseits explizit zwischen Israel und Juden unterscheiden, andererseits aber doch antisemitischen Stereotypen und Mythen folgen.

10.3.5.7 Einstellungen zum Nahostkonflikt

Der Nahostkonflikt – dies ist ebenfalls ein Befund aus der qualitativen Studie von Arnold/König – wird primär als politischer und nicht etwa religiöser, Konflikt um Land und Ressourcen gedeutet, der aber gesellschaftlich in ethnisch-nationalen Kategorien interpretiert wird. Spiegelbildlich zu den negativen Einstellungen gegenüber Israel bzw. der israelischen Regierung als Täter und aggressiver Akteur im Nahostkonflikt findet sich bei den Befragten eine Darstellung der Palästinenser als Opfer. In wenigen Fällen wird zwar auch gegenüber der palästinensischen Konfliktpartei Kritik geübt, v. a. in Bezug auf religiöse Radikalisierung. Für jüdische Sichtweisen und Verfolgungsgeschichten im Nahostkonflikt gibt es allerdings wenig Verständnis. Lediglich ein Interviewpartner erwähnt für die Staatsgründung Israels auch die Diskriminierung und Vertreibung jüdischer Minderheiten aus arabischen Ländern als einen Einflussfaktor.

10.3.5.8 Wissensquellen zum Nahostkonflikt und Israel

Wissen über Israel und den Nahostkonflikt, so die Befunde der Expertise von Sina Arnold und Jana König, wird v. a. als Alltagswissen aus dem Herkunftsland beschrieben Dort wird es reproduziert über Gespräche in der Familie und im Freundeskreis wie auch in medialen Diskursen und der Schule. Dies gilt insbesondere für Syrien und Irak. In Afghanistan scheint dieses Alltagswissen weniger präsent zu sein. Diese Omnipräsenz und Selbstverständlichkeit der Positionierung bedeuten auch, dass gegenläufige Positionen schwer zu vertreten sind – es würde bedeuten, sich explizit gegen den Herkunftskontext zu stellen. Teilweise wird bei der Beschreibung des Konflikts ein konkreter historischer Bezug zu Syrien hergestellt – in negativer (z. B. Besatzung von syrischem Land) wie in positiver Form (z. B. Erinnerung an friedliche Koexistenz zwischen Juden und Arabern in Damaskus). Religiöse Institutionen, Moscheen und Imame werden nur von

drei Interviewpartnern als Wissensquellen genannt. Diese kritisieren beispielsweise, dass es in Predigten zu einer Vermischung von Religion und Politik käme.

Auffällig ist, dass »Israel« für viele Geflüchtete ein tabuisiertes Thema ist. Zwei Interviewpartner verweigerten explizit ihre Antwort auf die Frage, was sie über den israelischen Staat denken, und mehrfach wurde auffällig einsilbig geantwortet. Ein Interviewpartner wollte sich bei dieser Frage rückversichern, dass alle Angaben anonymisiert werden. Hier deutet sich an, dass es bei Geflüchteten ein Bewusstsein über problematische Themen in Deutschland gibt, was eine entsprechende Vorsicht beim Antwortverhalten nach sich zieht.

10.3.5.9 Wandel im Israelbild

Die geografische und politische Nähe zwischen den Herkunftsländern und Israel eröffnet in einigen Fällen interessante Chancen: Auf der Grundlage der Kriegserfahrung beschreiben etwa zwei syrische Interviewpartner, wie sich ihr negatives Bild von Israel gewandelt hat. Statt abstrakter Projektionen, bei denen Israel als »Ursprung allen Übels« imaginiert wird, ließen sich in den letzten Jahren sehr konkrete Akteure für Krieg und Leiden verantwortlich machen – etwa Assad, Russland, Iran oder der IS. Diese Beobachtung wird auch von manchen der Expertinnen und Experten geteilt: Durch den Syrienkrieg und den Arabischen Frühling sei es zu einer Fokusverschiebung gekommen, bei der Israel wie auch der Nahostkonflikt weniger relevant geworden sind. Für die Befragten gibt es schlichtweg wichtigere Krisenregionen, allen voran ihre eigenen Länder. Und nicht nur war Israel – anders als von vielen Befragten antizipiert – keine Kriegspartei im aktuellen Geschehen in Syrien, vereinzelt wurden sogar unerwartet positive Erfahrungen gemacht: so etwa Berichte, nach denen israelische Polizisten syrische Verwundete an den Grenzen pflegten.

10.3.6 Zusammenfassung der bisherigen Befunde zu Antisemitismus bei Geflüchteten

Zusammenfassend legen die Befunde ein vergleichsweise hohes Maß an antisemitischen Einstellungen und große Wissenslücken unter Geflüchteten aus arabischen und nordafrikanischen Ländern bzw. Ländern des Nahen und Mittleren Ostens nahe. Zugleich besteht ein großes Interesse an Information über den Holocaust. Insbesondere spielen hier der Nahostkonflikt und seine durchaus auch antisemitische Rezeption eine große Rolle, aber auch klassisch antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien sind anzutreffen. Das Wissen über Israel mit einer klaren Täter-Opfer Zuweisung ist im Heimatland omnipräsent. Der Nahostkonflikt wird dabei aber nicht religiös erklärt, sondern primär über eine ungleiche Ressourcenverteilung. Weil im Syrien-Krieg benennbare und andere Feinde erkennbar wurden, tritt der Nahostkonflikt jedoch in den Hintergrund. Auch durch den Arabischen Frühling scheint sich das Israelbild bei einigen der Befragten gewandelt zu haben.

Die Befunde verweisen auf große Unterschiede zwischen Geflüchteten aus unterschiedlichen Ländern mit jeweils unterschiedlicher antisemitischer Prägung und Sozialisation. Sie unterstreichen zudem die Rolle von kollektiven religiösen, nationalen und ethnischen Identitäten. Die Bindung an die Herkunftsländer scheint ebenfalls von Bedeutung zu sein. Für geflüchtete Personen lässt sich eine vermutlich gespaltene Bindung an die Herkunftsländer vermuten, in denen sie auf der einen Seite sozialisiert wurden, aus denen sie aber auf der anderen Seite geflohen sind. Die hohe Befürwortung von Grundwerten der Menschenrechte, der Demokratie, der Freiheit der Religionsausübung und des wertschätzenden Umgangs miteinander fällt auf und wird in Opposition zu den Verhältnissen im Herkunftsland positiv hervorgehoben. Auch wenn hier sicher die starke Motivation, sich zu integrieren und daher auch in der Befragung einen guten Eindruck zu machen, das Antwortverhalten mit beeinflusst hat und im Einzelnen nachgefragt werden müsste, was genau die Befragten mit diesen Werten verknüpfen.

Problematisch auch mit Blick auf die Entwicklung von Antisemitismus erscheint die Lebenssituation, in der viele Geflüchtete verharren müssen. Während sie derzeit noch v. a. mit den Alltagsproblemen des Aufbaus eines neuen Lebens beschäftigt sind und Antisemitismus als Thema für sie nachrangig ist, steht zu befürchten, dass Enttäuschungen sowie eigene Diskriminierungs- und Marginalisierungserfahrungen in Deutschland ein Einfallstor für Radikalisierungen sein könnten. Dies könnte v. a. dann passieren, wenn die Geflüchteten – auch getrieben durch Einsamkeit, psychische und somatische Belastungen sowie Hoffnungslosigkeit, verbunden mit Ärger und Wut über ihre Situation – Anschluss an radikalisierte migrantische Milieus finden oder von diesen gezielt angesprochen werden. Der bei vielen Geflüchteten mindestens latent vorhandene Antisemitismus könnte sich dann in antisemitischen Handlungen niederschlagen. Hier dürften sich über kurz oder lang die auch aus anderen migrantischen Milieus bekannten Muster und Entwicklungen abzeichnen, wenn die Geflüchteten zu »normalen« Migranten werden und ihnen Integrationschancen erschwert, verzögert oder gar verwehrt werden.

Es gibt insgesamt viele Hinweise sowohl für die Annahme einer großen Verbreitung von Antisemitismus bei Geflüchteten aus arabisch-muslimisch geprägten Ländern. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass die Lage komplex ist. Die Gefahr besteht, den Blick zu einseitig nur auf die

muslimische Bevölkerung bzw. aktuell auf Geflüchtete als Träger antisemitischer Einstellungen zu richten.

Exkurs: Präventionsarbeit mit Geflüchteten

Für die Arbeit im Bereich der Prävention von Antisemitismus ist das tatsächliche Ausmaß von judenfeindlichen Einstellungen unter Geflüchteten und die Frage, ob sie nun etwas mehr oder weniger antisemitisch sind als die alteingesessene Bevölkerung zunächst gar nicht so erheblich. Es geht vielmehr darum, mehr über das Muster des Antisemitismus zu erfahren, um geeignete Ansätze zur Prävention und Intervention zu entwickeln. Hier stellt sich v. a. die Frage, inwieweit mit Blick auf Geflüchtete eigentlich tatsächlich neue, andere und besondere Ansätze nötig und angemessen sind.

In den Arbeitsbereichen Prävention und Intervention von Antisemitismus wurden in den vergangenen Jahren zunehmend zielgruppenspezifische Ansätze eingesetzt, weil erkannt wurde, dass der Nahostkonflikt eine besondere Rolle spielt und herkunftskulturelle Narrative weitergetragen und aufrechterhalten werden. Zugleich verweisen Studien darauf, dass auch eingewanderte Bevölkerungsteile in Deutschland durchaus den Holocaust und das Thema Antisemitismus als wichtig erachten.[807] Dies spricht sowohl für gemeinsame wie für zielgruppenspezifische Herangehensweisen. Diese werden zunehmend konzipiert und erprobt und könnten ggf. auch auf die Zielgruppe der Geflüchteten sinnvoll erweitert werden.

Ermutigend sind zum einen der hohe Integrationswille und die hohe Zustimmung zu Menschenrechten und Demokratie, an die sich – auch wenn im Einzelnen nicht klar ist, was genau die Befragten für sich darunter verstehen – anknüpfen lässt. Etliche der – in der überwiegenden Zahl jungen und daher besonders lernfähigen und lernbereiten – Geflüchteten dürften offen und motiviert sein, sich neue Perspektiven zu erschließen. Daran könnte ggf. auch in Bezug auf die sicher von vielen mitgebrachte Israel- und Judenfeindschaft angeknüpft werden. Zugleich gibt die Expertise von Sina Arnold und Jana König erste Hinweise darauf, an welchen Stellen auch problematische Entwicklungen einsetzen können – wenn sich Geflüchtete nicht willkommen, einsam und ausgegrenzt fühlen. Dies ist eine Konstellation, in der sie ggf. anfällig für den Rückzug in eigene kollektive Identitäten und Communities sind, in denen Antisemitismus verbreitet ist. Auch wenn die derzeit noch als Geflüchteten betrachteten Personen in absehbarer Zeit zu »normalen« Migranten werden, gilt es auch die möglichen Besonderheiten im Blick zu behalten. Dazu gehören neben dem Verlust der Heimat und der Sorge um zurückgelassene Angehörige auch eigene vielfach belastende und traumatisierende Erfahrungen vor und während der Flucht.

Es gibt bereits eine Reihe von Aktivitäten (Seminare, Führungen etc.) gerade auch von Gedenkstätten, die sich mit der Frage auseinandersetzen, welche Formate und Ansätze angemessen sind. In einem Workshop mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Gedenkstätten zur historisch-politischen Bildungsarbeit mit Geflüchteten, der am 8. September 2016 in Berlin stattfand, wurden zum einen Angebote speziell für Willkommensklassen vorgestellt, zugleich sprachen sich die Teilnehmenden dafür aus, keine spezifischen Formate für Geflüchtete anzubieten, sondern sie in bestehende Formate zu integrieren u. a. auch in solche, die sich an migrantische Zielgruppen richten bzw. diese als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren einbinden. In anderen Regionen, z. B. in Baden-Württemberg, sind Gedenkstätten bereits aktiv und bieten Formate an, die in der Regel Geflüchtete und die einheimische Bevölkerung gemeinsam ansprechen.[808]

Eine erste auf dem Workshop vorgestellte Evaluation machte auf eine Reihe von Notwendigkeiten bei der Arbeit mit Geflüchteten aufmerksam, die ganz ähnlich aber auch für andere Zielgruppen gelten:

- Vorhandene Informationsangebote müssen strikt reduziert werden
- Konkretes ist wichtiger als abstrakte Information; Visualisierung geht vor Sprache
- Die Art und Weise der Vermittlung von Wissen über die europäischen Juden bei Führungen müssen überdacht und das sehr unterschiedliche Vorwissen sollte berücksichtigt werden
- Die Geflüchteten sollten nicht unbegleitet im Raum der Information bleiben und die Erwartungen an die eigene Vermittlungsarbeit sollte reduziert werden
- Es gilt, Antisemitismus nicht unter der Perspektive von als unsere/ihre Geschichte zu vermitteln, sondern so, dass das Vermittelte für alle verstehbar und anknüpfbar ist

807 Geteilte Erinnerung: Deutschtürken und der Holocaust, Befragung von TNS Emnid im Auftrag der ZEIT 2010, http://www.zeit.de/2010/04/Editorial-Umfrage/komplettansicht bzw. Pdf-Datei siehe https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0ahUKEwiswKr89YLRAhWBM1AKHdI2B0sQFgghMAE&url=http%3A%2F%2Fzfds.zeit.gaertner.de%2Fcontent%2Fdownload%2F107%2F624%2Ffile%2FArbeitsblatt_Februar2010.pdf&usg=AFQjCNGl03KH8mxN1aK9reTddlQ0poyuHw (eingesehen 25.11.2016).

808 http://www.gedenkstaetten-bw.de/ausgedenkstaette_fluechtlinge_16.html (eingesehen 25.11.2016).

Handlungsempfehlungen – Antisemitismus bei Geflüchteten

Forschung

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… die Initiierung, Durchführung und Förderung von Forschung zu Antisemitismus unter Geflüchteten, die mindestens durch das *Bundesamt für Migration und Geflüchtete* geleistet werden sollte.**
Bislang fehlt es an empirisch gestützten Erkenntnissen über die Verbreitung und Ausformung von Antisemitismus bei Geflüchteten. Gefragt sind sowohl qualitative als auch quantitative Studien, im besten Fall eine Verbindung aus beiden, ggf. kann die Fragestellung zunächst auch in eine bereits angelaufene Langzeitstudie integriert werden. Im Forschungsdesign sowie der Auswertung ist es erforderlich, die sehr große Heterogenität dieser Zielgruppe zu berücksichtigen. Ferner sollten dabei Einflussfaktoren auf antisemitische Einstellungen systematisch untersucht werden. Dazu gehören u. a. religiöse, nationale und ethnische Identitäten und Sozialisationserfahrungen, aber insbesondere auch Besonderheiten der Erfahrungen und Lebenssituation als Geflüchtete; ebenso zu berücksichtigen sind Marginalisierungs- und Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Außerdem sollten hier auch die vermittelten Wissensbestände und Informationen mit antisemitischen Inhalten, die Geflüchtete aus ihren Herkunftsländern mitbringen, bzw. durch Medien, die sie hier nutzen, analysiert werden.

› **… die Untersuchung des Wissens und der Einstellung unter Ehrenamtlichen und Unterstützerinnen von Geflüchteten im Rahmen der Forschung zum Ehrenamt.**
Ehrenamtliche und Unterstützerinnen sind häufig die wichtigsten Kontaktpersonen für Geflüchtete, daher ist es von zentralem Interesse, mehr darüber zu erfahren, was sie in Zusammenhang mit dem Thema Antisemitismus weitergeben. Die Erkenntnisse sollten auch bei der Schulung von Ehrenamtlichen Verwendung finden.

Politische Bildung

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… die Vernetzung und den professionellen Erfahrungsaustausch von Wissenschaft, Praxis und insbesondere Trägern der historisch-politischen Bildung zum Thema Flucht und Antisemitismus; gefragt sind hier insbesondere die Förder- und Bildungsprogramme von Bund und Ländern.**
Hier gilt es, in neu entwickelte oder bestehende Vernetzungen Erkenntnisse zu Antisemitismus bei Geflüchteten und ggf. auch unter Ehrenamtlichen einzubringen und einen interdisziplinären Fachaustausch über den Zuschnitt von Bildungsangeboten zu initiieren.

› **… die Anerkennung von Geflüchteten als politisch Denkende und Handelnde mindestens in den Bildungsprogrammen von Bund und Ländern.**
Hier gilt es, Geflüchtete als politisch Denkende und Handelnde mit ihren eigenen Erfahrungen und Perspektiven ernst zu nehmen, ihre Bildungsinteressen zu berücksichtigen, an herkunftsspezifisches Wissen und antisemitische Narrative anzuknüpfen und die politischen Diskussionen zu befördern. Dies sollte stets unter Einbeziehung ihrer Lebenssituation (unsicherer Aufenthaltsstatus, traumatische Fluchterfahrungen, Herkunftskontexte und Motivationslagen) geschehen. Mögliche Ansatzpunkte sind die Befürwortung demokratischer und menschenrechtlicher Werte, die Stärkung der sich aus den Biografien ergebenden Empathie und bei Jugendlichen das große Interessen an der eigenen Identität und die hohe Motivation, Neues zu lernen, das Land zu verstehen und sich zu integrieren.

Medien

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… eine noch größere Bereitstellung, Verbreitung und Zugänglichkeit von Information und Angeboten für Geflüchtete auch in den jeweiligen Landessprachen; gefragt sind hier mindestens die öffentlich-rechtlichen Medien und die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung.**
Ziel sollte es sein, möglichst viele Menschen mit Fluchterfahrungen zu erreichen. Das gilt ebenso für Informationen und Angebote der politischen Bildung im Zusammenhang mit Antisemitismus. V. a. das Fernsehen, das viele Geflüchtete erreicht, sollte muttersprachliche Artikel und Sendungen anbieten – das gilt v. a. für politische Formate. Geflüchtete sollten dabei auch aktiv in die Medienproduktion einbezogen werden. Viele von ihnen bringen Medienkompetenzen mit, die für den Aufbau neuer Formate und Plattformen genutzt werden könnten.

11 Prävention und Intervention

Der Bericht des ersten UEA sollte einen möglichst weitreichenden Überblick darüber geben, wie unterschiedliche Akteurinnen und Akteure, Institutionen und Organisationen präventiv gegen Antisemitismus vorgehen und welche Fort-, Weiter- und Ausbildungsmaßnahmen existieren. Demzufolge wurden Erhebungen durchgeführt und ausgewählte Institutionen mit bundesweitem Aktionsradius zu ihren Maßnahmen befragt. Die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Bundesprogramme wurden beschrieben und verschiedene Veranstaltungsformate analysiert. Durch dieses Vorgehen konnte ein breites Spektrum der Handlungsfelder (von Fußballvereinen über die Feuerwehr bis hin zum Justizministerium und den Schulen) erfasst und vorgestellt werden. Der Auftrag des Bundestags für den zweiten UEA forderte eine Auswertung bestehender Präventionskonzepte sowie eine Einschätzung der Umsetzung von im ersten Bericht formulierten Empfehlungen. Daher wird in diesem Kapitel ausführlich auf die mit Prävention verbundenen Herausforderungen eingegangen. Neuere pädagogische Ansätze werden vorgestellt und begründet sowie die Rahmenbedingungen und der Bedarf von Bildungsarbeit gegen Antisemitismus diskutiert.

Um eine inhaltlich qualitative Erweiterung des ersten Berichts vorzulegen, finden sich im folgenden Kapitel theoretische Überlegungen, die in den letzten Jahren fachlich diskutiert wurden und für die praktische Arbeit gegen Antisemitismus relevant sind. Hierzu werden an einigen Stellen neue und für viele sicherlich ungewohnte Begrifflichkeiten eingeführt. Sie werden jedoch bewusst eingesetzt, um die qualitative Weiterentwicklung pädagogischer Konzepte abzubilden.[809]

11.1 Zentrale pädagogische Herausforderungen

11.1.1 Ausgangsüberlegungen

Trotz einer jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Ideologien wirkt das »antisemitische Wissen«[810] (z. B. antisemitische Bilder, Sprachwendungen etc.) weiter und ist in Deutschland ein Bestandteil gesellschaftlicher und politischer Diskurse zu Identität und Selbstverständnis. Gleichzeitig wird die Existenz von Antisemitismus als sozialem Phänomen oft bestritten oder als wenig bedeutsam erachtet. Die in diesem Bericht vorgelegte → Definition und die dort beschriebenen unterschiedlichen Erscheinungsformen liefern Hinweise für die anhaltende Relevanz von Antisemitismus als pädagogischem Lernfeld sowie der Notwendigkeit, neue Formate, Methoden und Zugänge für den schulischen und außerschulischen Kontext zu entwickeln.

Die Erscheinungsformen des Antisemitismus sind vielschichtig und nicht immer eindeutig voneinander abgrenzbar. Auch wird die Frage der aktuellen Relevanz und Wirkung von Antisemitismus unterschiedlich beantwortet. Antisemitische Auffassungen finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen und beschränken sich nicht nur auf direkte Ausdrucksformen wie der Gebrauch des Begriffs »Jude« als Schimpfwort, sondern treten v. a. auch subtil und zwischen den Zeilen in Erscheinung.[811] Eine direkte Thematisierung von Antisemitismus ist schwierig, da sie meistens von vielfältigen Abwehrhaltungen, wie Relativierung des Holocaust oder einer Täter-Opfer-Umkehr, begleitet wird.[812] So spiegeln nicht nur Positionen der deutschen Mehrheitsgesellschaft, sondern auch antisemitische Untertöne gesellschaftlicher Minderheiten, insbesondere im Zusammenhang mit Antizionismus oder verkürzter »Israelkritik«, die widersprüchlichen Identifikationen mit »Opfer-« und »Täterpositionen« wider. Möglich ist aber auch, dass Minderheiten, die von der Mehrheitsgesellschaft selbst als »Andere« oder »Fremde« bezeichnet und behandelt werden, auf antisemitische Erklärungsmuster zurückgreifen. In ihrer Wahrnehmung sind es dann »die Juden«, die aus ihrer Sicht aufgrund der Vergangenheit heute quasi eine privilegierte gesellschaftliche Position einnehmen und mit

809 Das vorliegende Kapitel fokussiert auf die Prävention von Antisemitismus primär mit dem Blick auf jene, die Antisemitismus teilen oder teilen könnten. Die Perspektive der jüdischen Bevölkerung auf Prävention bzw. Maßnahmen zur Unterstützung der von Antisemitismus Betroffenen werden im Kapitel → Jüdische Perspektiven betrachtet.

810 Der Begriff racial knowledge geht auf David Theo Goldberg zurück und beschreibt den Prozess, indem Rassismus durch etablierte Wissenschaften legitimiert wird. In Deutschland wird der Begriff häufig genutzt, um kollektiv geteilte Vorstellungen über »Fremde« und »Andere« als eine gesellschaftliche Praxis zu zeigen. Diese endet nicht bei Einstellungen, sondern verbindet sich mit institutioneller Macht und hegemonialer Kultur.

811 Lars Rensmann, Die Ausgrenzung des Eigenen und die Exklusion der ›Anderen‹. Zur politischen Psychologie des Antisemitismus heute, in: Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung, 17 (2013) 2, S. 171.

812 Astrid Messerschmidt, (Un)Sagbares – Über die Thematisierbarkeit von Rassismus und Antisemitismus im Kotext postkolonialer und postnationalsozialistischer Verhältnisse, in: Marina Chernivsky/Christiane Friedrich/Jana Scheuring. Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung. Neue Wege zur Kompetenzerweiterung, Berlin 2014, S. 55–74.

einer gesellschaftspolitischen Übermacht ausgestattet sind (→ Religion).[813]

Die historische Tradierung stellt die pädagogische Arbeit gegen Antisemitismus vor Herausforderungen: Die Diskussion um Antisemitismus in Deutschland wird vielfach in direkter Verbindung mit dem systematischen Massenmord an den europäischen Juden gesehen, was einen sachlichen und konstruktiven Umgang erschwert. Dass der Fokus der Präventionsarbeit oftmals ausschließlich auf der Thematisierung des Holocaust und nicht auf der Problematisierung des gegenwärtigen Antisemitismus liegt, kann ebenfalls zu einem verzerrten Bild führen: Juden sollten heute besonders geschützt werden, »nur« weil sie so oft und so lange verfolgt wurden.[814] Dennoch ist die historische Bildung, die sich nicht nur an Jugendliche, sondern auch an Erwachsene richtet, die Basis für jede weiterführende Beschäftigung mit historischem und aktuellem Antisemitismus. Dabei sollte das Verständnis von historischer Bildung jedoch breiter gefasst werden und auch die Entstehungsgeschichte von sekundärem Antisemitismus (→ Definition) einbeziehen.

11.1.2 Erscheinungsformen von Antisemitismus in pädagogischen Kontexten

Eine der wichtigsten Herausforderungen der pädagogischen Praxis zu Antisemitismus besteht darin, seine aktuellen Erscheinungsformen zu erkennen und ihre Wirkung einzuschätzen, ohne einzelne Personen damit gleich als »Antisemiten« entlarven zu wollen.[815] Wichtig sind auch Kenntnisse darüber, mit welchen pädagogischen Ansätzen welcher Form von Antisemitismus begegnet werden kann. Das Bewusstsein dafür, dass nicht immer nach einem gleichbleibenden Schema vorgegangen werden muss, sondern unterschiedliche Maßnahmen miteinander verbunden werden können, ist dabei eine zentrale Erkenntnis.

Bei den Adressatinnen und Adressaten pädagogischer Interventionen ist in der Regel nicht von einem geschlossenen antisemitischen Weltbild auszugehen. Es zeigen sich aber verschiedene Erscheinungsformen des Antisemitismus (→ Definition), die in der Regel miteinander verknüpft sind und oft nicht trennscharf voneinander abgegrenzt werden können. Dazu gehören:

1. Antisemitismus als Ausdruck tradierter Stereotype/Vorurteile

Viele antisemitische Stereotype halten sich hartnäckig im gesellschaftlichen Diskurs. So wird etwa die imaginierte finanzielle Besserstellung von Juden als Erklärung für Ausgrenzung und Verfolgung genutzt. Auf die Gegenwart bezogen, wird dieses Bild durch verschwörungstheoretische Annahmen und Verweise auf ihre angebliche Finanzmacht ergänzt.

2. Auf »Verschwörungstheorien« basierender Antisemitismus

Verschwörungstheorien werden eingesetzt, um komplexe Zusammenhänge reflexartig mit verschwörerischen, antisemitisch konnotierten Deutungen zu erklären und in wechselnden Varianten miteinander zu verknüpfen. Verbunden mit der Überzeugung einer vermeintlichen Übermacht der »jüdischen Presse« oder des »jüdischen Finanzwesens«, ist diesen Theorien kaum mit sachlichen Argumenten zu entgegnen (→ Medien).

3. Antisemitismus als Abwehr gegen die Auseinandersetzung mit einer schuldbelasteten Vergangenheit

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden stellt angesichts der Dimension des Verbrechens für viele Jugendliche und Erwachsene eine emotionale Belastung dar. Vielfach bleibt in pädagogischen Kontexten kein Raum für den Umgang mit diesen Emotionen. So wird stattdessen auf entlastende Erklärungsmuster zurückgegriffen, um komplexe Sachverhalte zu erklären und die eigene Familie, Bezugsgruppe oder die ganze Gesellschaft zu entschulden. Dazu gehört auch, den Grund für Verfolgung und Ermornung bei »den Juden« zu suchen[816] oder festzuhalten, »die Juden« nutzten ihre Verfolgungsgeschichte »zu ihrem Vorteil« und beteiligten sich heute selbst an vergleichbaren Verbrechen im Kontext des Nahostkonflikts.

4. Antisemitismus als Resultat eigener Diskriminierungserfahrungen

Viele als »fremd« oder »anders« markierte Gruppen erleben in ihrem Alltag Diskriminierung. Hier geht es um subtile, aber auch manifeste Ausdrucksformen eines Alltagsrassismus. Angesichts eines im öffentlichen und politischen Diskurs immer wieder betonten anti-antisemitischen Grundkonsenses der deutschen Gesellschaft kann dies von anderen ausgegrenzten Gruppierungen als Benachteiligung erlebt werden und zu der Annahme

813 Ebenda

814 Leo-Baeck-Institut (Hrsg.), Deutsch-Jüdische Geschichte im Unterricht. Orientierungshilfe für Lehrplan und Schulbucharbeit, Frankfurt a. M. 2011.

815 Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Für eine differenzierte Wahrnehmung des Lernraumes und unterschiedlicher Motivationen hinter Antisemitismus, in: Weltbild Antisemitismus. Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt a. M. 2013, S. 9.

816 In dieser Aussage verbirgt sich zugleich die bis heute tradierte und weitverbreitete Trennung von »Deutschen« und »Juden«, die Teil des Problems ist.

führen, Juden erhielten aufgrund ihrer Geschichte mehr Rechte und Schutz vonseiten der Mehrheitsgesellschaft. Diese Annahme kann in pädagogischen Kontexten in »Stellvertreterauseinandersetzungen« münden, bei denen antisemitische Äußerungen auch gegen die nichtjüdischen Pädagogen gerichtet werden. Noch komplexer gestaltet sich die Situation, wenn Pädagoginnen und Pädagogen selbst jüdisch oder in einem pädagogischen Kontext auch Jüdinnen und Juden anwesend sind, da hier der Schutz der Opfer von Antisemitismus in Konkurrenz zur Situation der Opfer von Rassismus gerät (→ Religion).

5. Antisemitismus im Kontext des Nahostkonflikts

Der im Kontext des Nahostkonflikts artikulierte Antisemitismus zeichnet sich in erster Linie durch projektive Besetzungen von Opfer-Täter-Positionen aus und bedient sich u. a. der klassischen Motive eines verschwörungstheoretischen Denkens. Israel wird dämonisiert, einseitig mit Schuldzuweisungen belegt und mit dem NS-Regime verglichen. Hier sind Pädagoginnen und Pädagogen gefordert, »Jugendliche [aber auch Erwachsene, *Anm. d. Verf.*] mit konträren Positionen vertraut zu machen« und sie zu einem »möglichen Perspektivenwechsel zu ermuntern«.[817]

11.1.3 Verschiedene Motive von Antisemitismus[818]

Hinter jedem antisemitischen Argument stecken in der Regel unterschiedliche Motive und Begründungen, die nicht immer eine gezielte antisemitische Absicht verfolgen. Das äußert sich beim Sprechen über Juden, das häufig durch Stereotype, antisemitische Fragmente, Konnotationen oder gängige Differenzannahmen gekennzeichnet ist. In pädagogischen Kontexten können antisemitische Äußerungen folgenden Motiven und Kategorien zugeordnet werden:

Antisemitismus kann aufgrund einer gefestigten **Ideologie** oder einer geschlossenen Weltanschauung in Erscheinung treten und aus dem Motiv einer vereinfachenden (kausalen) Welterklärung heraus erfolgen. »Die Ansicht, die Juden hätten die Kontrolle über die Weltherrschaft, kann beispielsweise in einer solchen geschlossenen Ideologie begründet liegen.«[819] Die starke Präsenz von Verschwörungstheorien ist ein Zeichen für die welterklärende Funktion von Antisemitismus.

Antisemitismus kann aber auch in Form eines nicht ideologisch geformten **Fragments** auftreten. Einzelne antisemitisch konnotierte Haltungen oder Differenzannahmen kommen in alltäglichen Kommunikationszusammenhängen besonders oft zum Tragen.

Auch unbewusste **antisemitische Stereotype** können auftreten, ohne dass ihnen eine gefestigte Ideologie zugrunde liegt. Die Reproduktion antisemitischer Stereotype äußert sich in diversen Alltagskommunikationen durch klassische Stereotype und Sprachwendungen, Illustrationen in der Presse oder durch Lehrbücher. »Die Aneignung tradierter antisemitischer Stereotype in Alltagsäußerungen, wie ›Juden sind reich‹ […], geschieht, wenn diese […] unwidersprochen bleiben, weil ein stillschweigendes Einverständnis besteht oder weil ihre Problematik nicht erkannt wird.«[820]

Die Motivation hinter Antisemitismus kann auch von Gruppenidentitäten geleitet sein und Teil einer **jugendkulturellen Rhetorik** sein, die auf Abgrenzung, Gruppenbildung und Identitätsfindung ausgerichtet ist.

Gezielte **Provokation** ist ein weiteres Motiv, das häufig unterschätzt wird. Bei einer Provokation kann das Bewusstsein für die provozierende Wirkung antisemitischer Rhetorik durchaus vorhanden sein. Das Wissen um den antisemitischen Gehalt tradierter Vorurteile und Verschwörungstheorien wird in Verbindung mit dem Wissen um den gesellschaftlichen anti-antisemitischen Diskurs gelegentlich ganz bewusst eingesetzt, um zum Beispiel Pädagoginnen und Pädagogen zu provozieren oder ihre Grenzen auszutesten.

11.1.4 Emotionen und Abwehrhaltungen als (pädagogische) Herausforderung[821]

Emotionen waren schon immer Teil des Antisemitismus. Gegen Juden gerichtete negative Gefühle wie Neid, Wut, Ekel, Abscheu und Verachtung entstanden nicht erst mit dem Nationalsozialismus und verschwanden auch nicht mit ihm.[822] Dabei wird Antisemitismus von der nichtjüdischen Bevölkerung oft als historisch überwunden und daher nicht relevant für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation gesehen.[823] Dennoch zeigen sich auch hier die

817 Aycan Demirel/Yasmin Kassar/Malte Holler, Israel, Palästina und der Nahostkonflikt. Ein Bildungs- und Begegnungsprojekt mit muslimischen Jugendlichen im Spannungsfeld von Anerkennung und Konfrontation, KIgA e. V., Berlin 2010, S. 6.

818 Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Für eine differenzierte Wahrnehmung, S. 11.

819 Ebenda.

820 Ebenda.

821 Marina Chernivsky/Christiane Friedrich, »Wege aus der Distanzierung – Beobachtungen im Seminarraum«, in: Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung. Neue Wege zur Kompetenzerweiterung, Berlin 2014, S. 74–83.

822 Uffa Jensen/Stefanie Schüler-Springorum, Antisemitismus und Emotionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 64 (2014) 28-30, https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2014-28-30_online.pdf (eingesehen 15.12.2016).

823 Messerschmidt, (Un)Sagbares.

Nachwirkungen des Holocaust: Allein schon die Beschäftigung mit Antisemitismus wird von vielen als Anachronismus gesehen und als beschämend oder bedrückend erlebt. Entsprechend wird eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus abgewehrt oder in erneute antisemitische Deutungsmuster umgekehrt. In pädagogischen Kontexten führt dies zu einer Bagatellisierung und Relativierung antisemitischer Sachverhalte und zeigt sich in Äußerungen wie: »Das Thema ist unangenehm«, »wenig aktuell«, »völlig überflüssig und an der Realität vorbei«.[824] Solche Reaktionen sind erfahrungsgemäß gepaart mit weiteren Abwehrmechanismen wie der Rationalisierung eigener Ressentiments oder der Verlagerung antisemitischer Argumentationen an den rechten Rand der Gesellschaft. Auch das Verhandeln antisemitischer Vorfälle als bedauerliche Ausnahmeerscheinungen kann als Beispiel für die De-Thematisierung des Antisemitismus als gegenwärtiger und relevanter Diskriminierungsstruktur herangezogen werden.[825]

Der Umstand, dass die meisten Menschen sich heute als nicht-antisemitisch verstehen, erschwert die kritische Reflexion über antisemitische Positionen. Nicht nur für Jugendliche, sondern auch für Lehr- und Fachkräfte ist es kaum nachvollziehbar, warum sie sich mit dem Thema beschäftigen sollen: »Antisemitismus scheint sehr weit weg und wenig bis nichts mit den Alltagserfahrungen der meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu tun zu haben.«[826] So kommt es hier zu einer Externalisierung: Antisemitismus wird nicht als Teil des Eigenen verstanden, sondern stets als Problem der anderen definiert.

11.1.5 Heterogener Lernraum

Das Gelingen pädagogischer Interventionen hängt unmittelbar davon ab, ob die Heterogenität der Lernräume und Zielgruppen bei pädagogischen Maßnahmen berücksichtigt wird. In der Regel wird unter einem heterogenen Lernraum ein Kontext verstanden, in dem sowohl antisemitische Haltungen als auch anti-antisemitische Positionen aufeinandertreffen können. Hier ist es wichtig, zwischen gefestigten antisemitischen Argumentationen und jener in Form von antisemitischen Fragmenten zu unterscheiden und die Jugendlichen nicht in »Antisemiten« oder »Nicht-Antisemiten« zu unterteilen. Heterogene Lernräume sind zudem durch asymmetrische Machtverhältnisse gekennzeichnet. Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit und ohne Diskriminierungserfahrungen treffen aufeinander. Dazu kommt der Umstand, dass Erfahrungen und Bedürfnisse der potenziell Betroffenen nicht immer mitbedacht werden. Im Hinblick auf Antisemitismus wird vielfach davon ausgegangen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von pädagogischen Maßnahmen nicht jüdisch sind. Aufgrund negativer Erfahrungen geben sich die jüdischen Teilnehmenden oftmals nicht zu erkennen, um einer möglichen Stigmatisierung zu entgehen (→ Jüdische Perspektiven). Fehlender Schutz der Betroffenen und die Verharmlosung antisemitischer Vorkommnisse sind jedoch gravierende Verletzungen der Bildungsräume, die auch als Schutzräume fungieren sollen.[827]

11.2 Zielgruppen und Präventionsformen

11.2.1 Zielgruppen

Für den UEA ist von großer Bedeutung, dass Antisemitismusprävention nicht nur Jugendliche anspricht, sondern sich auch an Erwachsene richtet, die im Umfeld der Sozialisation und Bildung von Jugendlichen tätig sind, wie beispielsweise Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte, (Jugend-)Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Mitarbeitende in außerschulischen Jugend- und Bildungsprojekten. Angesichts der Relevanz, die Antisemitismus in der gesamten Gesellschaft hat, soll sich die Antisemitismusprävention aber auch an jene Berufsgruppen richten, die mit der Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten befasst sind, wie die Polizei oder Angehörige der Justiz (Richterinnen und Richter, Strafvollzugsbeamte etc). Auch weitere Akteure aus Politik und Verwaltung sind wichtige Zielgruppen präventiver Angebote.

11.2.2 Präventionsformen

Bildung leistet einen wichtigen Beitrag sowohl zur Stärkung demokratischer Grundwerte als auch zur Vorbeugung von Gewalt und Radikalisierung. Aus diesem Grund bezieht sich das Präventionsverständnis des UEA v. a. auf Bildung und Bildungsprozesse. Die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus findet in Deutschland bisher überwiegend in Form von Projektarbeit statt. Bundesweit werden jährlich Hunderte von Projekten und Programmen umgesetzt, die sich als Prävention gegen Antisemitismus definieren. Je nach Ziel und Format setzen die Projekte auf Sensibilisierung, Aufklärung und Kompetenzerweiterung ihrer Adressatinnen und Adressaten.

824 O-Töne aus diversen Fortbildungen, Projekt »Perspektivwechsel Plus« (Zentrale Wohlfahrtsstelle/ZWST).

825 Messerschmidt, (Un)Sagbares.

826 Wolfram Stender, Konstellationen des Antisemitismus, in: Ders./Guido Follert/Mihri Özdogan, Konstellationen des Antisemitismus – Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010, S. 36.

827 Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Für eine differenzierte Wahrnehmung, S. 12.

Der UEA versteht unter Antisemitismusprävention in erster Linie:

- **Sensibilisierung:**
  Aufklärung über gegenwärtige Formen des Antisemitismus (→ Definition)

- **Qualifizierung:**
  Befähigung zum kompetenten Umgang mit Antisemitismus

- **Implementierung:**
  Verankerung präventiver Ansätze in pädagogischen Einrichtungen bzw. Regelstrukturen

Im Bereich der Jugendbildung bezieht sich der Präventionsauftrag v. a. auf die kritische Reflexion antisemitischer Einstellungen und die Vorbeugung antisemitischer Gewalt. Dabei ergeben sich Schnittstellen zum Kinder- und Jugendschutz, zum Beispiel, wenn es sich vorrangig um den Schutz der Betroffenen handelt oder auch um Maßnahmen nach Gewalttaten.

Im Bereich der Erwachsenenbildung besteht der pädagogisch-präventive Auftrag v. a. darin, Kenntnisse zu erweitern, eine Reflexion über Antisemitismus anzuregen und zur Weiterentwicklung wirksamer Handlungsstrategien gegen Antisemitismus beizutragen. Zentral ist dabei die Frage, welche Zielgruppen angesprochen werden, mit welchen Zielstellungen und Erwartungen der Präventionsauftrag verbunden ist und welche anderen angrenzenden Bereiche eine sinnvolle Erweiterung darstellen.

Das Präventionsverständnis des UEA knüpft an bereits existierende Präventionsbemühungen an und bezieht gleichzeitig neue Ansätze ein. Auf Grundlage der Evaluationsergebnisse des *Programms Toleranz fördern – Kompetenz stärken* (TFKS),[828] das vom *Deutschen Jugendinstitut* (DJI) vorgelegt wurde, werden v. a. universelle, selektive und indizierte Präventionsformen unterschieden.[829]

Die Übergänge zwischen den unterschiedlichen Formen der Prävention sind fließend und richten sich in der Regel an Personen/Gruppen (im TFKS Bericht genannt »Akteure und Strukturen«), die entweder:

- keine erkennbaren antisemitischen Einstellungen äußern, aber dennoch antisemitische Denkmuster aufweisen.[830] Diese Gruppe wird im TFKS Bericht nicht genannt, sollte aber berücksichtigt werden (»universelle Prävention«).

- potenziell gefährdet sind und rechtsextreme, fremdenfeindliche oder antisemitische Erscheinungsformen aufweisen (»universelle Prävention«).

- besonders gefährdet sind und in Sozialräumen verkehren, in denen überdurchschnittlich häufig antisemitische bzw. fremdenfeindliche Einstellungen verbreitet sind (»selektive Prävention«).

- bereits rechtsextrem orientiert sind und die eigenen Einstellungen verteidigen (»indizierte Prävention«).

Darüber hinaus kann unterschieden werden, ob die präventiven Maßnahmen auf Veränderungen bei Individuen zielen (»personelle« Verhaltensprävention) oder ob sie über die Veränderung von (sozialen) Strukturen eine Risikoeindämmung beziehungsweise Risikominimierung intendieren (»institutionelle« oder »strukturelle Prävention«).

Die Ergebnisse der TFKS-Evaluation zeigen, dass eine ganzheitliche Prävention besonders erfolgversprechend ist. Diese ist dann gegeben, wenn (1) unterschiedliche Präventionsansätze miteinander verbunden werden, wenn (2) neben der präventiven Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auch Fort-, Weiter- und Ausbildung von pädagogischen Fachkräften sowie weiteren (politisch) relevanten Akteuren (z. B. Polizei, Justiz, Verwaltung) angeboten werden und wenn (3) der Schutz der Betroffenen gewährleistet ist. In Bezug auf pädagogische Maßnahmen und erprobte Ansätze bezieht sich der ganzheitliche Anspruch u. a. auf die Methodenvielfalt und Erweiterung der klassischen Durchführungsformate.[831]

11.2.3 Intervention

In der pädagogischen Praxis mit Jugendlichen sind die Schnittstellen zwischen Prävention und Intervention fließend, insbesondere im Kontext der Schule und Jugend(Sozial)Arbeit. Die pädagogische Bearbeitung von konkreten Vorfällen bedarf zum Beispiel einer Kombination von Prävention, Beratung, Unterstützung der Betroffenen, Elterngesprächen und Polizeivermittlung. Hier sind die Aneignung spezifischer Kompetenzen, Erschließung

828 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Abschlussbericht des Bundesprogramms »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«, Berlin 2014.

829 Ansätze der »selektiven« bzw. »indizierten« Prävention können als »gezielte« bzw. »spezifische« Prävention bezeichnet werden. Es kann zudem zwischen Maßnahmen unterschieden werden, die sich als »direkte« Prävention entweder direkt an die gewünschte Zielgruppe richten, oder die Schlüsselpersonen ansprechen, die als »Mittlerinnen« und »Mittler« mit der Zielgruppe interagieren (»indirekte« Prävention). Ebenda, S. 69.

830 Amadeu Antonio Stiftung, Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus, Berlin 2014, S. 53.

831 BMFSFJ, Abschlussbericht des Bundesprogramms, S. 24.

interdisziplinärer Bündnisse und Kooperationen (bspw. mit Opferberatungsstellen) wie auch die Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit.

11.3 Systematische Einordnung von Bildungs- und Präventionsansätzen

11.3.1 Historische Bildung

Die historische Bildung gehört seit Jahrzehnten zu den am häufigsten genutzten Ansätzen in der Antisemitismusprävention und verfügt über breitgefächerte Erfahrungen in diesem Arbeitsbereich. Im schulischen Kontext geht es v. a. um die Traditionslinien des Antisemitismus von der christlich geprägten Judenfeindschaft im Mittelalter bis hin zum »Rassenantisemitismus« im Nationalsozialismus oder aber um die Behandlung des Phänomens im Kontext der jeweiligen Epoche. Dies birgt die Gefahr, ein Verständnis von Antisemitismus als lediglich historisches Phänomen zu vermitteln, das für heutige gesellschaftliche Zusammenhänge keine Relevanz mehr hat.

In Gedenkstätten und außerschulischen Lernorten zur Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden wird hingegen verstärkt versucht, nicht nur diese Entwicklung nachzuzeichnen, sondern v. a. zu verdeutlichen, dass mit Ende des Nationalsozialismus nicht auch gleichzeitig antisemitische Einstellungen verschwanden. Hier besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass Kenntnisse über die nationalsozialistische Verfolgungspolitik unabdingbar für die Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Formen des Antisemitismus sind und durch die Beschäftigung mit historischen Quellen (Dokumenten, Zeugenaussagen und Biografien) eine Sensibilisierung für aktuelle Fragestellungen erreicht werden kann. Sie richten sich zudem nicht nur an Jugendliche, sondern an die gesamte Gesellschaft als Lern- und Erinnerungsorte.

Gleichzeitig birgt die historische Bildung, die sich streng auf die Zeit des Nationalsozialismus beschränkt, auch Risiken. So haben Lehrkräfte oft den Anspruch, sich von der Tätergeneration abzugrenzen und eine vom Nationalsozialismus deutlich abweichende ethische Haltung zu vermitteln. Diese moralische Erwartungshaltung kann aufseiten der Lehrkräfte zu einer erhöhten Empfindlichkeit für ablehnendes Verhalten von Schülerinnen und Schülern als Reaktion auf die Auseinandersetzung mit Geschichte und Antisemitismus führen. Der Blick für Fragen und Bedürfnisse der Jugendlichen geht hier möglicherweise verloren. Dies kann in der Folge mit einer Überinterpretation der Positionen der Jugendlichen einhergehen.[832] Fühlen sich die Jugendlichen von den Erwachsenen an dieser Stelle zu Unrecht kritisiert, besteht die Gefahr, dass die ablehnende Haltung gegenüber dem Lehrpersonal zu einer Ablehnung der Beschäftigung mit der Geschichte führt.

Schließlich darf das historische und/oder historisch-politische Lernen nicht mit der Bildung gegen Antisemitismus gleichgesetzt werden. Das Wissen über die Geschichte immunisiert nicht automatisch gegen gegenwärtige Ressentiments.

11.3.2 Politische Bildung

Neben der historischen ist die politische Bildung ein wichtiger Bestandteil von Antisemitismusprävention. Die Trennlinien zwischen beiden sind nicht immer klar definiert,[833] und es gibt zahlreiche Bildungseinrichtungen, die ihre pädagogische Arbeit als historisch-politische Bildung verstehen. Inhaltlich bezieht sich politische Bildung oft v. a. auf Ausprägungen von Antisemitismus nach 1945. Außerdem werden, neben der Vermittlung von Wissen über Antisemitismus, verstärkt Ansätze genutzt, die sich mit den gesellschaftlichen und psychologischen Voraussetzungen von Vorurteilen auseinandersetzen. Auch der Ansatz der Intervention gegen vorurteilsbasierte Einstellungen wird daher der politischen Bildung zugerechnet. Dieser setzt bei der Antisemitismusprävention v. a. an der Aufklärung über Vorurteile an. Dabei geht es im Wesentlichen um die Entstehung antisemitischer Stereotype, aber auch um allgemeine Grundsätze der Vorurteilsbildung, die mit dem Gegenstand des Antisemitismus nicht zwingend zusammenhängen. Dabei soll darauf geachtet werden, dass Vorurteile nicht nur theoretisch bearbeitet werden, sondern auch emotionale, soziale und verhaltensbezogene Aspekte Berücksichtigung finden.

Ein weiterer Ansatz aus diesem Bereich ist die Dekonstruktion antisemitischer Bilder und Diskursfiguren. Wichtig ist dabei, dass sowohl eine Auseinandersetzung mit der Entstehungsgeschichte dieser Bilder als auch eine Reflexion der eigenen Position und Haltung dazu stattfindet. Angelehnt an die Methoden der Bild- und Medienanalyse entwickelt sich dieser Ansatz zunehmend stärker zu einer eigenständigen Methode innerhalb der Antisemitismusprävention spädagogik. Mit diesem Ansatz kann die Anpassungsfähigkeit antisemitischer Bilder und

---

832 Elke Gryglewski, Anerkennung und Erinnerung. Zugänge arabisch-palästinensischer und türkischer Berliner Jugendlicher zum Holocaust, Berlin 2013, S. 101.

833 Vgl. u. a. Wolf Kaiser/Kuno Rinke, Zum Verhältnis von historischer und politischer Bildung in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, in: Elke Gryglewski u. a. (Hrsg.), Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015, S. 147–165.

Denkfiguren verdeutlicht und die Brücke zu aktuellen Formen des Antisemitismus geschlagen werden. Dazu zählen z. B. die Darstellungen der Legende des Ritualmords, die im Mittelalter entstand, vom nationalsozialistischen »Stürmer« aufgegriffen wurde und auch in aktuellen Karikaturen zum Nahostkonflikt zu finden ist (→ Medien). Adressatinnen und Adressaten von Bildungsveranstaltungen können mittels dieses Ansatzes befähigt werden, judenfeindliche Bilder und Diskursfiguren als ein kollektives »Erbe« zu erkennen, an dessen Reproduktion alle (willentlich oder unwillentlich) beteiligt sind.

11.3.3 Begegnungspädagogik

Der begegnungspädagogische Ansatz ist bei vielen Maßnahmen, die in der Schule, der Jugendbildung oder auch im Sport mit dem Ziel der »Antisemitismusbekämpfung« umgesetzt werden, zentral. Es handelt sich idealtypisch um pädagogisch angeleitete Interventionen, die durch direkte Kommunikation mit Jüdinnen und Juden auf einen Austausch, den Abbau von Vorurteilen und Berührungsängsten sowie den Aufbau von Kontaktfähigkeit ausgerichtet sind.

Eine häufige Umsetzungsform der Begegnungen sind Zeitzeugengespräche und Treffen mit jüdischen Überlebenden des Holocaust. So berichtet zum Beispiel die jüdische Oberschule Berlin, dass sie regelmäßig Anfragen erhält, ob Begegnungen ihrer Schülerinnen und Schüler mit nichtjüdischen Jugendlichen möglich sind. Ebenfalls weitverbreitet sind Bildungsreisen nach Israel, in deren Rahmen im schulischen oder außerschulischen Kontext Begegnungen mit israelischen Jugendlichen wie auch Fachkräften stattfinden. In den letzten Jahren hat sich gerade im Kontext von langfristigen Projekten mit muslimischen Jugendlichen Begegnungspädagogik in Verbindung mit Studienreisen nach Israel als sinnvolle Ergänzung zu historischer Bildung und Anerkennungspädagogik erwiesen.[834] Auch an Hochschulen und im Rahmen von Weiterbildungen für Erwachsene finden Studienreisen statt, die sich der Begegnung und dem Fachaustausch zwischen israelischen und deutschen Studierenden stellen.

Bei diesen Ansätzen besteht jedoch die Gefahr, dass ein Lernen über »Andere« angeregt wird und die Fremdheitserwartungen und gegenseitigen Vorbehalte nicht zwingend abgebaut, sondern sogar verfestigt werden können.[835] Dies gilt v. a. von Kollektiven gegenübertreten und gegenseitig die jeweiligen Besonderheiten herausgestellt werden. Auch kann es problematisch sein, wenn bei Begegnungsprojekten ausschließlich Antisemitismus thematisiert wird, denn auf diese Weise werden jüdische und nichtjüdische Teilnehmende zwangsläufig auf »Opfer«- und »Täterpositionen« festgelegt.[836] Bei Begegnungen sollte es um einen gegenseitigen Austausch gehen, aber auch darum, die Beteiligten als Individuen zu sehen, die »wie alle anderen Menschen auch Verursacher von rassistischen Haltungen dann, wenn die Beteiligten sich als Stellvertreterinnen und Stellvertreter, Gedanken, Bildern oder Vorurteilen sein können«.[837] Begegnungsorientierte Interventionen erscheinen demnach nur dann sinnvoll, wenn sie eine kritische Auseinandersetzung mit Zuschreibungen und Differenz anregen.[838]

11.3.4 Anerkennungspädagogik

In jüngster Zeit haben Erfahrungen aus der Bildungspraxis an Bedeutung gewonnen, die antisemitische Positionen insbesondere von Jugendlichen in den Kontext je eigener Diskriminierung stellen. Getragen von der Leitformel »Lernen für Anerkennung *durch* Anerkennung« analog des Konzepts »Lernen für Demokratie *durch* Demokratie«[839] wurde gezeigt, dass sich Adressatinnen und Adressaten offener auf die Inhalte pädagogischer Praxis einlassen und Phänomene der Distanzierung oder Provokation wesentlich minimiert werden, wenn ihre Geschichte, ihre Lebensweltbezüge und ihre Erfahrungen anerkannt und im Lernprozess berücksichtigt werden. Dazu gehört, »Antisemitismus als biografische Erfahrung im sozialen Nahraum« zu betrachten,[840] Antisemitismus also im Zusammenhang von Diskriminierung, Inklusion oder Exklusion, auf Basis individueller und sozialer Erfahrungen zu diskutieren.

Während die Pädagogik der Anerkennung bislang keinen strengen Regeln folgt und jede Bildungseinrichtung ihre eigenen Überlegungen umsetzt, folgt der Bildungsansatz des Antisemitismus als Erfahrung im sozialen Nahraum einem Konzept der Antidiskriminierungspädagogik entlang klarer Vorgaben.[841] Das Risiko dieses Ansatzes besteht darin, dass die Spezifika des Antisemitismus nicht ausreichend herausgearbeitet werden. Gleichzeitig bietet der Antidiskriminierungsansatz die Chance, Zielgruppen

834 Beispiele hierfür sind Studienreisen nach Israel der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in den Jahren 2009 und 2015 sowie der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus im Jahr 2010.

835 Monique Eckmann, Bildungsstrategien gegen Antisemitismen, in: Einsicht, 8 (2012), S. 48.

836 Ebenda.

837 Ebenda.

838 Barbara Schäuble, Was haben wir damit zu tun. Zum pädagogischen Umgang mit Antisemitismus, in: KIgA e. V. (Hrsg.), Widerspruchstoleranz. Ein Theorie-Praxis-Handbuch zu Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit, Berlin 2013.

839 Nach John Dewey, Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, Weinheim 2000 (1930) – u. a. übertragen auf den pädagogischen Kontext bei Gryglewski, Anerkennung und Erinnerung.

840 Monique Eckmann, Bildungsstrategien gegen Antisemitismen, S. 47.

841 Ebenda.

für Reflexionsprozesse zu erreichen, die sonst der Reflexion von Antisemitimus kritisch gegenüberstehen.

11.4 Aktuelle Diskurse und neuere Ansätze in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Der pädagogische Fachdiskurs zu Antisemitismus entwickelt sich weiter und legt neue Formen der pädagogischen Arbeit fest. Dabei werden Ansätze und Konzepte diskutiert, die dazu führen, dass Bildungsarbeit gegen Antisemitismus mittlerweile als eigenständiges pädagogisches Bildungsfeld betrachtet werden kann. Die Anerkennung dieser Eigenständigkeit ist jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung und in Fachkreisen bis heute nicht abgeschlossen und befindet sich im Wandel:[842] »Noch immer wird in pädagogischen Diskussionen, Programmen und Ansätzen im Bereich der Prävention von Vorurteilen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) das Thema [Antisemitismus, *Anm. d. Verf.*] nur selten explizit erwähnt.«[843] Exemplarisch steht hierfür die Frage, ob es sinnvoll ist, Ansätze aus der anti-rassistischen Bildungsarbeit im Feld der anti-Antisemitismuspädagogik einzuführen und in den Kontext einer weiterreichenden Diversity-, Social Justice- und Menschenrechtspädagogik zu stellen.[844] Gefordert wird in diesem Zusammenhang z. B. eine zweigleisige Vorgehensweise, die auf der einen Seite eine eingehendere Auseinandersetzung mit den Wechselwirkungen zwischen Antisemitismus, Rassismus und der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, zugleich aber auch die Weiterentwicklung von Ansätzen der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit auch ohne eine solche explizite Kontextualisierung nutzt.[845] Diese und ähnliche Fragen werden derzeit kontrovers diskutiert. Ziel ist, die vorliegenden Konzepte dahingehend zu erweitern, dass Antisemitismus im Kontext aktueller gesellschaftlicher Verhältnisse gesehen wird und heterogene Lernräume erschlossen werden.[846]

11.4.1 Antisemitismuskritische Bildung

Ein relativ neues Feld im Bereich der Antisemitismusprävention ist die antisemitismuskritische Bildung. Es handelt sich hier um eine interventionsorientierte Form der Pädagogik, die sowohl präventiv als auch reaktiv (nach antisemitischen Vorfällen) genutzt wird. Dabei geht es v. a. darum, das Problem nicht, wie mehrheitlich üblich, nur bei den Lernenden zu suchen, sondern auch die Pädagoginnen und Pädagogen selbst in den Blick zu nehmen.[847]

Mit diesem Ansatz sollen Lernräume geschaffen werden, die eine Reflexion über die eigene Involviertheit in diskriminierende Strukturen und Handlungen anregen.[848] Damit handelt es sich um eine Pädagogik, die nicht darauf abzielt, einzelne Personen als Antisemiten zu entlarven oder voreilig Verdächtigungen auszusprechen, sondern Antisemitismus mit seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen und in seiner strukturellen Dimension zu thematisieren.[849] Für diese Form der Sensibilisierung gegenüber antisemitischen Vorurteilen ist eine vertrauensvolle Atmosphäre unerlässlich.

Damit hat eine wesentliche Neuerung im Antisemitismusdiskurs stattgefunden, die an das Grundprinzip der Rassismuskritik angelehnt ist.[850] Antisemitismus wird demnach als kollektiver Wissensbestand begriffen, der auf alle Beteiligten einwirkt und sich in Sprache, Gedanken und Strukturen festsetzt: »Um eine antisemitismuskritische Perspektive herauszubilden, ist zunächst anzuerkennen, dass antisemitische Positionen vielfältig eingenommen werden und sich nicht an Herkunftskontexten festmachen lassen. Im Gegenteil zeichnet er sich dadurch aus, dass er verschiedenste politische Lager, kulturelle und

842 Stender, Konstellationen des Antisemitismus, S. 38.

843 Mirko Niehoff, Handlungsbedingungen einer Pädagogik gegen Antisemitismus im globalen Klassenzimmer, in: Stender/Follert/Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus, S. 246. Wobei es hier auch Ausnahmen gibt, wie etwa das Projekt Ju:an der Amadeu Antonio Stiftung. Hier werden Bildung und Weiterbildung für Multiplikatoren mit dem gemeinsamen Fokus auf Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus angeboten.

844 Barbara Schäuble z. B. plädierte 2012 für eine Integration der pädagogischen Bearbeitung des Antisemitismus »in den Kontext einer breiter gefassten Diversity- und Social Justice-Education«, Barbara Schäuble: »Anders als wir«. Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen, Berlin 2012, S. 440.

845 Messerschmidt in ihrem Kommentar der Tagung Blickwinkel. Antisemitismuskritisches Forum für Bildung und Wissenschaft. 7. Tagung: Kommunikation: Latenzen – Projektionen – Handlungsfelder, Kassel, 9./10. 6. 2016.

846 Niehoff, Antisemitismus im globalen Klassenzimmer; Albert Scherr/Barbara Schäuble, »Ich habe nichts gegen Juden, aber …«. Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Berlin 2007.

847 Astrid Messerschmidt, Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit gegenwärtigem Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28-30 (2014). Verwendung finden hierbei Überlegungen aus der kritischen und postkolonialen Theorie und damit eine Perspektive, die das Augenmerk auf die Fortdauer, Folgen und Wirkmächtigkeit von post-kolonialen Diskursen, Praktiken und Denkweisen auf die gegenwärtigen politischen sowie wissenschaftlichen Strukturen legt.

848 Ilka Quindeau, Das Unbehagen an der Geschichte, in: Marina Chernivsky (Hrsg.), Die Abwertung der Anderen, 2. Auflage, Berlin 2014, S. 20–25, hier S. 24.

849 Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Für eine differenzierte Wahrnehmung; Schäuble, Was haben wir damit zu tun, in: KIgA e. V. (Hrsg.), Widerspruchstoleranz.

850 Paul Mecheril, Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim 2004, S. 205.

nationale Zuordnungen verbindet und soziale Spaltungen überbrückt.«[851]

Der Ansatz der antisemitismuskritischen Bildung gilt heute als übergeordnete Bezeichnung für viele pädagogische Konzepte im Feld der Antisemitismusprävention. Dabei geht es nicht um didaktische Handlungsanweisungen, sondern um neue Denkrichtungen und Herangehensweisen. Diese stützen sich auf eine Vielfalt von Ansätzen aus der historischen und/oder der politischen Bildung, der Antidiskriminierungspädagogik und der rassismuskritischen Bildungsarbeit. Der Erfolg der antisemitismuskritischen Bildung ist von einer kontinuierlichen, qualifizierten und strukturell verankerten Bildungsarbeit abhängig.[852]

11.4.2 Subjektorientierung

Die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus wendet sich in der Regel an nichtjüdische Teilnehmende.[853] Jüdinnen und Juden werden zwar thematisiert, ihre Erfahrungen und Perspektiven bleiben jedoch häufig marginalisiert (→ Jüdische Perspektive). Es wird *über* Juden und nicht *mit* Juden gesprochen. Um dies zu vermeiden, wird stattdessen eine »subjektorientierte Perspektive«[854] vorgeschlagen, die sich nicht darauf beschränkt, nur über Antisemitismus und Jüdinnen und Juden zu informieren, sondern sie als Subjekte in die Bildungsarbeit einzubeziehen. Die Subjektorientierung als Bildungsprinzip stößt jedoch an ihre Grenzen, wenn keine aktive Auseinandersetzung mit (fremdmachenden) Perspektiven der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft erfolgt. Antisemitismuskritische Bildungsarbeit regt dazu an, das Fremdmachen bzw. »Othering« zu problematisieren. Dem Schutz der Betroffenen ist dabei Priorität einzuräumen.[855] Ebenso ist darauf zu achten, Jüdinnen und Juden nicht ausschließlich zu Opfern zu stilisieren. Schließlich sollte dieser multiperspektivische Zugang davon getragen sein, eine Vielfalt von Zugängen zum Thema zu ermöglichen: »Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit eigenen Antisemitismuserfahrungen müssen ihre Perspektiven oftmals explizit machen, um sprechen zu können und gehört, aber nicht vereinnahmt zu werden.«[856] Das betrifft selbstverständlich nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche.

11.4.3 Lebensweltlicher Ansatz

In den Ansätzen der Jugendhilfe, Sozialarbeit und vielfach auch in der historisch-politischen Bildung ist die Lebensweltorientierung ein Grundsatz der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen. Dabei wird davon ausgegangen, dass jede Wahrnehmung und jeder Lernprozess vor dem Hintergrund der persönlichen Erfahrungen gemacht werden. Dabei wird u. a. folgenden Dimensionen eine besondere Bedeutung beigemessen:

1) Zeit: biografische Erfahrungen/Wahrnehmung von Veränderungen, Gegenwartsbezüge

2) Raum: Bezugsgruppen, Orte

3) Ressourcen: Beziehungen, Identitäten

Im Evaluationsbericht des Bundesprogramms *Toleranz fördern – Kompetenz stärken*[857] wird der lebensweltliche Ansatz besonders hervorgehoben und in seiner pädagogischen Bedeutung unterstrichen. Da die Entstehung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der biografischen Entwicklung angelegt ist und vom Einfluss der unterschiedlichen Sozialisationsinstanzen im Umfeld der Kinder und Jugendlichen abhängt (Familie, Kindergarten, Schulen, Peer Groups, Partnerschaften, Medien, außerschulische Jugendarbeit), sind lebensweltliche Bezüge in der Bildung besonders zu berücksichtigen.[858]

11.4.4 Konfliktpädagogik und (kollegiale) Fallberatung

Der Ansatz der Konfliktpädagogik ist eine sinnvolle Ergänzung des antisemitismuskritischen Bildungsfelds. Diese pädagogische Herangehensweise spricht bestehende Konflikte an, ohne dabei persönlich oder bloßstellend vorzugehen. Schuldzuschreibungen und Moralisierungen werden vermieden, niemand wird angeklagt oder angegriffen. Es geht immer um konstruktive Kritik, bei der getrennt wird zwischen Person und Situation, um eine

851 Messerschmidt, Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, S. 43.

852 Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Für eine differenzierte Wahrnehmung, S. 7.

853 Ebenda, S. 12.

854 Anne Klein, »Jude sein ist keine einfache Sache«. Identität, Sozialität und Ethik in der Migrationsgesellschaft, in: Richard Gebhardt/Anne Klein/Marcus Meier (Hrsg.), Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit, Weinheim 2012, S. 209–229, hier S. 213.

855 Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.), Für eine differenzierte Wahrnehmung, S. 12.

856 Astrid Messerschmidt, Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, S. 44.

857 BMFSFJ, Abschlussbericht, S. 21.

858 Ebenda, S. 23.

Personalisierung zu vermeiden und sich einem Problem aus verschiedenen Blickwinkeln anzunähern.[859]

Bei antisemitischen Konflikten/Vorfällen ist die Nutzung des konfliktpädagogischen Ansatzes ein Beispiel für eine Schnittstelle zwischen Intervention und Prävention. Das Ziel der Konfliktberatung bezieht sich dann auf die Steigerung der Konfliktfähigkeit und Kompetenz der Fachkräfte, Vorfälle bewusst wahrzunehmen, nicht zu verschweigen oder herunterzuspielen, sondern offen und direkt zu problematisieren (→ Straftaten). Wiederkehrende Vorfälle sollten nicht als Einzelfälle betrachtet werden, sondern als sich wiederholende Verhaltensmuster, die nur durch direkte Thematisierung und lösungsorientiertes Handeln bearbeitbar werden. Durch die Thematisierung der Vorfälle findet auch ein Schutz der Betroffenen statt: Die Anerkennung ihrer Perspektiven und Solidarität mit ihren Erfahrungen sind stärkende Handlungen und gleichzeitig ein Signal dafür, dass Vorurteile und Diskriminierung nicht unwidersprochen bleiben (→ Jüdische Perspektiven).

11.4.5 Dialogischer Reflexionsansatz

Die Einübung der Reflexionsfähigkeit sollte fester Bestandteil pädagogischer Professionalität sein. Selbstreflexion setzt dabei einen Rahmen voraus, der eine achtsame Selbstbefragung ermöglicht. Dieser kann zum Beispiel mit dem dialogischen Reflexionsansatz ermöglicht werden, der in Fort- und Weiterbildungen von Fachkräften seit einigen Jahren eingesetzt wird. Der Ansatz ist systemisch und zeichnet sich durch eine hohe Prozessorientierung aus. Angelehnt an den diskriminierungskritischen Anti-Bias-Ansatz setzt man sich mit den Ursprüngen, Motiven und Bedingungen von Ressentiments, Dominanzkulturen und Ideologien auseinander und analysiert, welchen Einfluss ihre Tradierung auf das eigene Denken und Verhalten hat.[860] Die dialogische Reflexion fokussiert nicht den persönlichen Werdegang der Beteiligten, sondern macht sie auf den Zusammenhang von Individuum und Gesellschaft aufmerksam. So können individuelle Biografien zu historischen und gegenwärtigen Gesellschaftskonstellationen in Beziehung gesetzt und vor dem Hintergrund der persönlichen Erfahrungen reflektiert werden. Das pädagogische Vorgehen zielt dabei nicht auf das Bloßstellen »falschen« Denkens ab, sondern auf die Betrachtung von Motiven und Bedingungen, die Antisemitismus immer noch erzeugen und aufrechterhalten.

Die Reflexion pädagogischer Praxis ist dabei von besonderer Bedeutung. Das Durchführungsformat reicht von Fortbildungen bis hin zu themenbezogener Supervision.

Das Anliegen, Fachkräfte zu ermutigen, ihre eigene Involviertheit in Antisemitismus zu thematisieren, bisherige pädagogische Haltungen zu hinterfragen und neue Formen der pädagogischen Herangehensweise einzuüben, ist ein ambitioniertes Vorgehen und bedarf einer durchdachten methodisch-didaktischen Strategie. Die besondere Schwierigkeit bei der Thematisierung der eigenen Sozialisation zeigt sich in der Ambivalenz und Befangenheit der Beteiligten, sich solchen Fragen zu stellen oder sich an den entsprechenden Veranstaltungen zu beteiligen.[861]

11.5 Ausgewählte Handlungsfelder

Da der erste Bericht Umfragen zur Antisemitismusprävention in einem breiten Kreis unterschiedlicher gesellschaftlicher Sozialisationsinstanzen durchgeführt hat und die Erfahrungen aus den Bildungskontexten der Mitglieder des Expertenkreises darauf hindeuteten, dass es im neuen Berichtszeitraum keine wesentlichen Veränderungen im Befund gibt, werden hier nur ausgewählte Handlungsfelder, wie Schule, Hochschule, Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die offene Jugend- und Sozialarbeit in den Blick genommen.

11.5.1 Schule

Im Hinblick auf die Bearbeitung von Antisemitismus und Vermittlung von Wissen im schulischen Kontext hat es seit dem Bericht des ersten UEA keine wesentliche Entwicklung gegeben. Nachdem dieser Bericht v. a. Aktivitäten im Bereich der außerschulischen Antisemitismusprävention betrachtet hatte,[862] wurde für den jetzigen Berichtszeitraum der Fokus auf die Regelstrukturen und damit auf die pädagogische Arbeit gegen Antisemitismus in den Schulen selbst gelegt. Dabei steht die Frage im Zentrum, in welchen Unterrichtsfächern und welchen inhaltlichen Konstellationen eine Beschäftigung mit Antisemitismus

859 Monique Eckmann/Maryam Eser Davolio, Rassismus angehen statt übergehen. Theorie und Praxisanleitung für Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung, Luzern 2003.

860 Projekteigener Ansatz, entwickelt und erprobt im Rahmen des Modellprojekts »Perspektivwechsel Plus« (in der Trägerschaft der ZWST), v. a. in der Fort- und Weiterbildung von Fachkräften aus der Schule, dem Bereich der sozialen Arbeit und der Verwaltung. Gefördert durch die Bundesprogramme im Zeitraum von 2007–2014.

861 Vgl. Programmevaluation »Demokratie leben!« Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht für den Zeitraum 1. 1. 2015 bis 31. 12. 2015.

862 Insbesondere wurden die Forschungsergebnisse eines vom Fritz-Bauer-Institut in Kooperation mit dem Jüdischen Museum Frankfurt durchgeführten Projekts zu narrativen Strukturen jüdischer Geschichte und Schulgeschichtsbüchern sowie die Ergebnisse der deutsch-israelischen Schulbuchkommission in den Bericht einbezogen.

stattfindet bzw. stattfinden kann.[863] Nach wie vor stehen hier v. a. sozial- und geisteswissenschaftliche Fächer, wie Geschichte, Politik, Gesellschaftswissenschaften, Ethik- und Religionsunterrich,t im Vordergrund. Antisemitismus wird dabei mehrheitlich als Darstellung von Haltungen und Handlungen in den Blick genommen, während beispielsweise sozialpsychologische Erklärungsversuche, wenn überhaupt, kurz und eher schlagwortartig vorkommen.[864] Die historischen Kontexte, in denen Antisemitismus zum Thema wird, sind weiterhin das Mittelalter, die Aufklärung und überwiegend die nationalsozialistische Verfolgungspolitik, und in wenigen Fällen auch der Nahostkonflikt.

Obwohl die deutsch-israelische Schulbuchkommission bereits seit 1985 fordert, dass jüdische Geschichte – und damit auch die Geschichte des Antisemitismus – nicht allein auf die Darstellung von Konflikten und den Holocaust reduziert werden soll,[865] und die *Leo-Baeck-Gesellschaft* seit 2003 fundierte Empfehlungen für den Unterricht und die Lehrerbildung veröffentlicht, wird Antisemitismus nach wie vor vielfach ausschließlich im Kontext des Nationalsozialismus thematisiert. So erscheint Antisemitismus als ein ausschließlich den Nationalsozialisten zuzuordnendes Phänomen, das 1933 quasi aus dem Nichts erschien und 1945 wieder verschwand. Juden werden in dieser verkürzten – und historisch verfälschenden – Darstellung ausschließlich als Opfer oder Verfolgte dargestellt. [866]

Die Form der Darstellung von Antisemitismus in den genannten Kontexten reicht von dem Versuch einer differenzierten Behandlung im Sinne einer Durchbrechung antisemitischer Bilder und dem Versuch multikausaler Erklärungsansätze bis hin zur Tradierung antijüdischer und antisemitischer Bilder.[867] Judentum nach 1945 wird – wenn überhaupt – mehrheitlich im Kontext des Nahostkonflikts dargestellt. Bemerkenswert ist, dass in keinem der untersuchten Schulbücher, die nach der Wiedervereinigung erschienen sind, Antisemitismus »explizit und systematisch in den größeren Zusammenhang von Vorurteilsbildung (ge)stellt«[868] wird. Dieser Befund deckt sich mit den Lehrplänen fast aller Bundesländer. Auch hier wird Antisemitismus lediglich deskriptiv in den Kontext der historischen Ereignisse gestellt und behandelt. Eine Ausnahme bildet das Bundesland Hamburg. Im Bildungsplan für die Stadtteilschulen (Politik/Gesellschaft/Wirtschaft) für die Klassen 7–11 wird in den Richtlinien für den Kompetenzbereich »Konfliktfähigkeit« formuliert, dass sich die Schülerinnen und Schüler zum Übergang in Klasse 11 u. a. »mit Demokratie ablehnenden Orientierungen und Handlungsmustern (z. B. Antisemitismus) auseinander [setzen] und [sie] argumentativ [widerlegen]«[869] können sollen. Da dieser Lehrplan für einen Schultypus tendenziell nicht bildungsprivilegierter Jugendlicher formuliert ist, stellt sich die Frage, ob hier implizit die Annahme und Zuschreibung reproduziert wird, Antisemitismus sei lediglich ein Problem sogenannter bildungsbenachteiligter Schülerinnen und Schüler. In den untersuchten Lehrplänen für Gymnasien wurden vergleichbare Aussagen mehrheitlich nicht gefunden. Hier stellt Berlin eine Ausnahme dar, da im Rahmenlehrplan für Politikwissenschaft der gymnasialen Oberstufe im Kontext der Auseinandersetzung mit Extremismus explizit auch auf Antisemitismus eingegangen wird.

Nimmt man diesen Befund zur Kenntnis, überrascht es nicht, dass Jugendliche – und die in den letzten Jahrzehnten in diesem Schulsystem sozialisierten Generationen – Antisemitismus als ein Phänomen wahrnehmen, das seit 1945 keine Rolle mehr spielt. Vielfach kann selbst bei engagierten Schülerinnen und Schülern oder Lehrkräften beobachtet werden, dass sie Aussagen, die dem sekundären oder dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen sind, zwar als in hohem Maße problematisch einstufen, mit den genannten Kategorien jedoch nichts anfangen können. Dazu kommt das Problem einer potenziellen Verstärkung antisemitischer Stereotype über Rahmenlehrpläne und Schulbücher. Antisemitische Einstellungen können durch die unzulängliche und unangemessene Beschäftigung mit jüdischer Geschichte, dem Judentum oder Israel entstehen oder verstärkt werden. Seit Jahrzehnten weisen Wissenschaftler auf die Tradierung antisemitischer Stereotype in Schulbüchern hin.[870]

863 Die Ergebnisse basieren auf einer kleinen exemplarischen Studie durch Falk Pingel, ehem. Mitarbeiter des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, die vom UEA in Auftrag gegeben wurde, sowie einer weitgehend systematischen Untersuchung der Lehrpläne für die Fächer Geschichte, Gesellschaftswissenschaften, Politikwissenschaft etc. ab Klasse 6 aller Bundesländer. Als Schwierigkeit der Untersuchung der Rahmenlehrpläne/Lehrpläne stellte sich die Unübersichtlichkeit der Internetauftritte mancher Schul- bzw. Kultusverwaltungen heraus, die die Feststellung der Aktualität von Lehrplänen erschwerte.

864 Falk Pingel, Zur Darstellung des Antisemitismus in deutschen Schulbüchern, unveröffentlichte Untersuchung im Auftrag des zweiten UEA, 2016.

865 Deutsch-israelische Schulbuchempfehlungen. Zur Darstellung der deutschen Geschichte und der Geographie der Bundesrepublik Deutschland in israelischen Schulbüchern, Frankfurt a. M. 1992 sowie http://www.lehrerfortbildung-leo-baeck.de/seite_05.html (eingesehen 5. 5. 2011). Vgl. hierzu Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Praventionsansatze, Berlin 2011.

866 Ebenda, S. 86.

867 Ebenda.

868 Ebenda.

869 Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Schule und Berufsbildung (Hrsg.), Bildungsplan Stadtteilschulen. Jahrgangsstufen 7–11. Politik/Gesellschaft/Wirtschaft, Hamburg 2014, S. 29, http://www.hamburg.de/contentblob/4327788/0679d3a1ca0bc83f0f85512500266c68/data/pgw-sts-2014-06-04-web.pdf (eingesehen 16. 11. 2016).

870 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus, S. 85 f. Besonders ist hierzu Chaim Schatzker zu nennen, Historiker, ab 1981 Mitglied der deutsch-israelischen Schulbuchkommission. Publikationen u. a.: Die Juden in den deutschen Geschichtsbüchern. Schulbuchanalyse zur Darstellung der Juden, des Judentums und des Staates Israel, Bonn 1981.

Seit 2015 arbeiten der *Zentralrat der Juden in Deutschland* und die *Kultusministerkonferenz* an einer gemeinsamen Empfehlung zur Verbesserung der Vermittlung jüdischer Geschichte, Kultur und Religion im Schulunterricht. »Jüdisches Leben gibt es seit vielen Jahrhunderten in Deutschland. Das Judentum ist jedoch mehr als eine Verfolgungs- und Opfergeschichte. Leider wird es in deutschen Geschichtsbüchern häufig auf diese Aspekte reduziert und klischeehaft dargestellt. Informationsmaterialien, die ein authentisches Bild des Judentums vermitteln könnten, sind kaum erhältlich. Darüber hinaus muss die Shoa als präzedenzloses Ereignis vermittelt und didaktisch so aufbereitet werden, dass Lehrer mit dem Thema die junge Generation, auch mit Blick auf unsere Einwanderungsgesellschaft, erreichen können. Nicht nur die Besuche in KZ-Gedenkstätten, auch deren adäquate Vor- und Nachbereitung müssen einen hohen Stellenwert haben. Uns ist wichtig, dass das Judentum im Schulunterricht in seiner Gesamtheit dargestellt wird.«[871]

11.5.2 Hochschule

Am 28. Juni 2016 präsentierten Lucia Verena Nägel und Lena Kahle vom *Center für Digitale Systeme* der *Freien Universität Berlin* erste Ergebnisse ihrer Studie »Die Lehre über den Holocaust an deutschen Hochschulen«. Das Projektteam hat zwei Jahre lang die online verfügbaren Vorlesungsverzeichnisse von 78 Hochschulen danach untersucht, ob und wie das Thema Holocaust angeboten wird. Die Ergebnisse waren ernüchternd. Selbst ein Grundwissen über den Mord an den europäischen Juden wird nur an wenigen Hochschulen vermittelt. Mehr als die Hälfte (44) der untersuchten Hochschulen boten innerhalb von vier Semestern keine Lehrveranstaltung über die historischen Ereignisse, die zum Holocaust führten, an. Vor dem Hintergrund, dass für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus heute, insbesondere mit Fragen der sekundären Formen, zumindest ein Basiswissen über den Holocaust vorhanden sein muss, zeigen die Ergebnisse der Studie der *Freien Universität* eine negative Entwicklung. Dies hat Auswirkungen auf die Wissensvermittlung an Schulen. Lehramtsstudenten müssen demnach zwangsläufig mit einem mangelnden Kenntnisstand die Universitäten verlassen, da sie – aufgrund des mangelnden Angebots – keine entsprechenden Seminare belegen können.[872] Betrachtet man die Ergebnisse positiv, so ist festzuhalten, dass an 34 bundesdeutschen Universitäten das Thema Holocaust bzw. holocaustbezogene Inhalte gelehrt wurden.[873]

In Bezug auf aktuellen Antisemitismus stellt sich die Lage allerdings sehr viel schlechter dar. Hier steht eine entsprechende empirische Untersuchung noch aus. Neben dem *Zentrum für Antisemitismusforschung* der *Technischen Universität Berlin,* dem einzigen Institut deutschlandweit, das sich dem Phänomen in seinen verschiedenen historischen Dimensionen explizit widmet, wird das Thema an einigen wenigen Instituten u. a. der Geschichte und Soziologie oder Politikwissenschaft gelehrt, ist aber stark abhängig von einzelnen Professorinnen und Professoren, die ein besonderes Interesse an der Thematik haben. Wissensvermittlung über aktuelle Formen des Antisemitismus beschränkt sich also im Allgemeinen auf Einzelfälle. Dieser Zustand kann Auswirkungen auf Debatten in Studentenkreisen und auf dem Campus haben, insbesondere dann, wenn es um den Nahostkonflikt oder Boykottaufrufe gegen israelische Waren und Wissenschaftler geht.

Das Thema Nahostkonflikt und die Schieflage, die durch Debatten, aber auch durch Studienangebote hervorgerufen werden können, hat jüngst das Beispiel der *Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst* (HAWK) in Hildesheim gezeigt. Nachdem ein Seminar an der Hochschule Hildesheim für einen Skandal gesorgt hatte, wurde die Leiterin des *Zentrums für Antisemitismusforschung,* Prof. Stefanie Schüler-Springorum, beauftragt, ein Gutachten über das Seminar und mögliche antisemitische Implikationen zu erstellen: In der Kurzfassung ihres Gutachtens konstatierte sie auf einer Pressekonferenz Mitte November 2016: »Besonders problematisch erscheint in diesem Zusammenhang die bis zum Wintersemester 2015/16 fast durchgehend benutzte Zusammenstellung ›Berühmte jüdische Persönlichkeiten haben gesagt…‹, die in der Tradition antisemitischer Propaganda seit dem 19. Jahrhundert steht. ›Die Juden‹ werden dabei als internationale und überzeitlich homogene Gruppe imaginiert: Während man früher die Hinterlist der jüdischen Religion oder jüdischer Weltverschwörungspläne auf diese Weise ›belegte‹, bezeugt man damit heute die angebliche Illegitimität des Zionismus bzw. des Staates Israel.« Die Gutachterin bemängelte auch den »missionarischen Charakter« der »Lehrveranstaltung, die weder auf plurale

871 Josef Schuster, in: Pressemitteilung der KultusministerKonferenz, Zentralrat der Juden und KMK erarbeiten gemeinsame Unterrichts-Empfehlung, https://www.kmk.org/presse/pressearchiv/mitteilung/zentralrat-der-juden-und-kmk-erarbeiten-gemeinsame-unterrichts-empfehlung-1.html (eingesehen 23.11.2016).

872 Erste Ergebnisse der Studie »Die Lehre über den Holocaust an deutschen Hochschulen«, 29.6.2016, http://www.vha.fu-berlin.de/news/news103.html (eingesehen 28.11.2016).

873 Prof. Andreas Wirsching, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, hatte bereits früher eine quantitative Studie durchgeführt, in der untersucht wurde, wie viele Kurse an Universitäten in Süddeutschland in den Jahren 1997 bis zum Sommersemester 2011 zum Thema Holocaust und Nationalsozialismus angeboten wurden. Er stellte einen Anstieg der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus fest, allerdings blieb der Holocaust als solcher nicht selten ein ranständiges Thema. Akademiker, die sich zum Thema Holocaust spezialisierten, so Wirsching, gebe es nur ganz vereinzelt (Andreas Wirsching, Geschichte des Nationalsozialismus oder des Holocaust? Schwerpunktsetzungen in der Akademischen Lehre, in: Michael Brenner/Maximilian Strnad (Hrsg.), Der Holocaust in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft. Bilanz und Perspektiven, Göttingen 2012, S. 71–82.

Meinungsbildung oder (selbst-)kritische Reflexion abzielte noch in Textauswahl und -präsentation den Mindeststandards an Wissenschaftlichkeit genügte«.[874] Das Seminarmaterial der Lehrveranstaltung, die bereits seit zehn Jahren angeboten wird, hatte zuvor der wissenschaftliche Mitarbeiter Jan Riebe von der *Amadeu Antonio Stiftung* untersucht und analysiert. Seine Bewertung fiel ebenso negativ aus: »Ein in dieser Art aufgebautes Seminar ist unvereinbar mit den demokratischen Grundsätzen einer Hochschule. Es wird den Studierenden ein zutiefst antiisraelisches, in Teilen sogar antisemitisches Weltbild vermittelt […]. Die Situation in Israel/Palästina soll nicht kritisch diskutiert, sondern den Studierenden ein vorgefasstes Bild oktroyiert werden.«[875] Das Beispiel Hildesheim zeigt, dass erst eine kritische Presseberichterstattung zu Reaktionen bei den Verantwortlichen der Universität und der Landesregierung geführt hat. Studenten, die seit Jahren Kritik an der Lehrveranstaltung geübt hatten, wurden nicht gehört.

Andererseits können Studentenausschüsse auch die Plattform für Boycot, Divestment, Sanctions (BDS)-Kampagnen und Israel-Boykottaufrufe sein. Abraham de Wolf vom *Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten* weist auf die Problematik hin und stellt fest, dass deutsche Universitäten inoffiziell Israel boykottieren. Sie würden einfach nicht an dortigen Konferenzen teilnehmen: »Das kann man aber nicht mit einem Gesetz bekämpfen, sondern nur durch eine offene Debatte.« Ein Mittel sei, so de Wolf, Partnerschaften zwischen deutschen und israelischen Universitäten aufzubauen.[876] Die *Technische Universität Berlin* veranstaltete im Februar 2014 einen Israeltag, der von israelischer Seite von der Partneruniversität *Technion Israel – Institute of Technology* in Haifa unterstützt wurde. Anhänger der BDS-Kampagne demonstrierten gegen die Veranstaltung unter dem Motto »Technion am Israel-Tag der TU am 6. Februar 2014 boykottieren und der TU-Technion Kooperation eine Absage erteilen!« Die Demonstranten unterstellten dem Technion, eine Waffenschmiede zu sein bzw. Bulldozer entwickelt zu haben, die palästinensische Häuser einreißen.[877]

11.5.3 Fort- und Weiterbildung für Lehr- und Fachkräfte

Nachdem viele Jahre mehrheitlich Jugendliche im Zentrum historisch-politischer Interventionen standen, wenden sich zahlreiche Fort- und Weiterbildungsangebote inzwischen auch an pädagogische Fachkräfte. Viele der aktuellen Angebote legen den Schwerpunkt auf Selbstreflexion, inhaltliche Qualifikation und die Nutzung multiperspektivischer sowie antisemitismuskritischer Arbeitsmaterialien.[878]

Dem Entwurf des Evaluationsberichts *Toleranz fördern – Kompetenz stärken* des *Deutschen Jugendinstituts* (DJI)[879] ist jedoch zu entnehmen, dass in der aktuellen Förderperiode des Bundesprogramms *»Demokratie leben!«* (Förderzeitraum 2015–2019) eher ein kleiner Teil der Modellprojekte der Qualifizierung der Fachkräfte sowie der Entwicklung von fachlichen Standards gewidmet ist. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass diese Projekte sich mit ihren Angeboten v. a. an pädagogische Fachkräfte richten, die entweder im Umgang mit antisemitischen Äußerungen verunsichert sind oder befürchten, ihre bisherigen Ansätze der Auseinandersetzung mit Antisemitismus seien unzureichend. Neben inhaltlichen Fortbildungsangeboten zur Erweiterung des Sachwissens werden die eigenen Verstrickungen der Fachkräfte in Vorurteile und Ideologien von Ungleichwertigkeit problematisiert und selbstreflexiv bearbeitet.

Ein Modellprojekt umfasst beispielsweise die »Entwicklung und Implementierung fachlicher Standards« für eine gezielte pädagogische Auseinandersetzung mit (aktuellem) Antisemitismus und trägt so zu einer fachlich-methodischen Strukturentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit bei. Ein anderes Projekt entwickelt ein Reflexions-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Multiplikatoren aus den Bereichen Schule, Jugendsozialarbeit, Verwaltung, Polizei und Justiz. Ihre Problembeschreibung fußt auf der Annahme einer weitgehenden Normalisierung und De-Thematisierung von Antisemitismus und Rassismus sowie der bisher eher oberflächlichen Antisemitismusprävention, die viel zu stark auf der kognitiven Ebene verbleibt und ausschließlich individuelle Vorurteile fokussiert (im Gegensatz zu gesellschaftlichen Strukturen). Hierfür entwickelt das Projekt Instrumente und Formate, die Selbstreflexion trainieren, Sachwissen fördern und Strategien bieten, Antisemitismus durch Qualifizierung und Supervision auch strukturell reduzieren zu können. Ein weiteres Modellvorhaben – ein Wissenschafts-Praxisprojekt – zielt darauf ab, pädagogische Konzepte, Angebote sowie Materialien zu erarbeiten, die subjektorientiert,

874 Gutachterliche Stellungnahme zur Frage des Vorwurfs des Antisemitismus in Bezug auf Konzeption einschließlich curricularem Kontext und Durchführung des Seminars »Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina« der Fakultät »Soziale Arbeit und Gesundheit« der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst in Hildesheim/Holzminden/Göttingen sowie daraus abgeleitet Empfehlungen für eine wissenschaftsadäquate Neukonzeption des Lehrangebots Gutachten Kurzfassung, S. 2, http://www.mwk.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/gutachten-bescheinigt-seminar-gravierende-maengel-148567.html (eingesehen 25.11.2016).

875 Jüdische Allgemeine, 21.7.2016, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/26107 (eingesehen 28.11.2016).

876 Jüdische Allgemeine, 7.4.2016, http://www.juedische-allgemeine.de/article/print/id/25130 (eingesehen 28.11.2016).

877 http://bds-kampagne.de/2014/02/05/denkschule-oder-waffenschmiede/ (eingesehen 28.11.2016).

878 Schäuble, Was haben wir damit zu tun.

879 Zwischenevaluation Modellprojekte, Deutsches Jugendinstitut.

»multiperspektivisch«, partizipativ und diversity-orientiert angelegt sind.[880]

Jenseits dieser Projekte[881] scheint die Beschäftigung mit aktuellem Antisemitismus für viele der pädagogisch Engagierten immer noch ein Novum zu sein. Fortbildungen zu aktuellem Antisemitismus sind in den meisten Regelstrukturen wenig bis gar nicht verankert und die Auseinandersetzung mit dem Problem findet überwiegend bis ausschließlich im Rahmen externer Veranstaltungen/Projekte statt. Das mangelnde Bewusstsein für die Relevanz der Thematik wie auch die fehlenden Rahmenbedingungen in den Strukturen scheinen zentrale Faktoren zu sein für das unterrepräsentierte Interesse an Bildungsveranstaltungen zum Antisemitismus.[882]

11.5.4 Offene Jugend- und Sozialarbeit

Die offene Jugendarbeit ist ein Teilbereich der professionellen Sozialen Arbeit mit einem sozialpolitischen, pädagogischen und soziokulturellen Auftrag. Offene Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit grenzen sich von schulischen oder verbandlichen Formen der Jugendarbeit dadurch ab, dass ihre Angebote ohne besondere Zugangsvoraussetzungen genutzt werden können. Das *Kinder- und Jugendhilfegesetz* (KJHG) legt die übergeordneten Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendarbeit als außerschulische Jugendbildung mit eigenständigem Bildungsauftrag neben der Schule fest. Aufgrund der Lebenswelt- und Alltagsorientierung sowie der informellen Lernprozesse jenseits festgeschriebener Lehrpläne bietet das Handlungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit gute Gelegenheiten für die Bearbeitung des Themenbereichs Antisemitismus.[883] Gleichzeitig kann sich Antisemitismus in diesem Handlungsfeld besonders stark artikulieren, z. B. zur Stabilisierung der Identität und Gruppenzugehörigkeiten oder aber als Ausdruck von Kompensation eigener Diskriminierungs- und Marginalisierungserfahrungen.

Der Umgang mit Antisemitismus in der offenen Jugendarbeit ist schwer zu beurteilen, weil die konkrete Arbeit vor Ort von den unterschiedlichen Richtlinien der jeweiligen Träger abhängt und im Gegensatz zur verbandsorientierten Jugendarbeit auch mit wechselnden Adressatinnen und Adressaten zu tun hat. Die Untersuchung von Heike Radvan »Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit« zeigt, dass Fachkräfte in der offenen Jugendarbeit bei vermeintlichem und tatsächlichem Antisemitismus bei Jugendlichen vielfach unsicher reagieren und sich mehr Unterstützung wünschen. Als Grund für die Unsicherheit gibt Radvan an, dass die Thematik aktueller Antisemitismus bei Jugendlichen moralisch überfrachtet wird, angstbesetzt ist und bei den Pädagogen auf eigene Ambivalenzen trifft. Wie repräsentativ die von ihr erkannten Reaktionen von Pädagogen sind, die unbewusst zu einer Tradierung antisemitischen Gedankenguts beitragen, kann aufgrund der vorliegenden Daten bislang nicht beurteilt werden.[884] Eine qualitative Befragung von Fachkräften in der Fortbildung, die in Berlin durchgeführt wurde, unterstützt jedoch ihre Befunde.[885] Die Studie zeigt laut Zwischenbericht, dass die Beschäftigung von Fachkräften in der Jugendarbeit mit aktuellem Antisemitismus eher eine Ausnahme als die Regel ist. Die Befragten der Studie stellten bei Jugendsozialarbeiterinnen und -arbeitern ohne Diskriminierungserfahrungen eine geringe Wahrnehmung und ein oft fehlendes Verständnis für (aktuellen) Antisemitismus fest. Zudem brächten sie teilweise selbst antisemitische und rassistische (v. a. antimuslimische) Sichtweisen und Ressentiments zum Ausdruck. Fachkräfte fühlten sich in vielen Fällen für dieses »historische« Thema nicht zuständig und meiden die Bearbeitung von Vorfällen aus Unkenntnis oder auch Verunsicherung, »etwas falsch zu machen«.

11.6 Rahmenbedingungen der Antisemitismusprävention

Die Arbeit gegen Antisemitismus findet in Deutschland unter bestimmten, von Bund und Ländern gesetzten, Rahmenbedingungen statt. Im Folgenden sollen diese näher erläutert werden. Einige Empfehlungen des ersten Berichts des UEA werden neu aufgegriffen und auf ihre Umsetzung hin erläutert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf präventiv-pädagogischen Maßnahmen. Präventionsmaßnahmen im Bereich der Justiz, Polizei, Parteien, Schulen, Kirchen und Vereine werden teilweise in anderen Kapiteln dieses Berichts behandelt. Im Vergleich zu den

880 Ebenda, S. 46.

881 Hier sind nicht nur Modellprojekte gemeint, sondern auch bundeszentrale Träger, die ebenfalls durch das Bundesprogramm »Demokratie leben!« unterstützt werden.

882 Einige Lehrerfortbildungsinstitute – zum Beispiel das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrerplanentwicklung und Medien (Thillm) – bieten regelmäßig Fortbildungen zu diesem Thema an. Von 2010 bis 2014 existierte am Thillm in Kooperation mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland eine aktive Arbeitsgruppe »Lehrer handeln gegen Antisemitismus«.

883 Pädagogische Ansätze zur Bearbeitung von Antisemitismus in der Jugendarbeit. Ergebnisse des Modellprojekts »amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus«, Berlin 2010.

884 Heike Radvan, Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit, Bad Heilbrunn 2010, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland, S. 89.

885 Rosa Fava, Schwierigkeiten, Bedürfnisse und Vorschläge für Fortbildungen zu Antisemitismus. Befragung von Multiplikator*innen, durchgeführt im Auftrag der KIgA e. V., Berlin 2016.

Ergebnissen des ersten Berichts gab es hier keine maßgeblichen Veränderungen.

Im ersten Teil geht es um die Bundes- und Landesprogramme zur Demokratieförderung. Dabei wird ein Schwerpunkt auf die aktuellen Bundesprogramme *Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit* des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) und Zusammenhalt durch Teilhabe des *Bundesministeriums des Innern* (BMI) gelegt. Neben einer Darstellung der Programme werden die wichtigsten Entwicklungen seit dem Bericht des ersten Expertenkreises Antisemitismus beschrieben. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation der Bundesprogramme, allen voran jene zum Bundesprogramm *Toleranz fördern – Kompetenz stärken,* werden ebenso einbezogen[886] wie Ergebnisse einer Evaluation von Präventionsmaßnahmen in der historischen und politischen Bildungsarbeit, die im Auftrag des UEA durchgeführt wurde.[887]

Die aktuelle Regierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, dass »der Einsatz für Demokratie und gegen Extremismus […] eine gesamtstaatliche Aufgabe« ist und daher »einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie«[888] bedarf. Dieses wichtige Vorhaben, das einer Empfehlung des ersten UEA entspricht, mündete 2015 in einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die die unterschiedlichen Aktivitäten der Ressorts in den Bereichen der Extremismusprävention sowie der dazugehörenden Förderung von Demokratie und zivilgesellschaftlichem Engagement systematisch erfasst hat. Das Ergebnis dieses Prozesses ist die im Juli 2016 veröffentlichte »Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung«.[889] Sie beschreibt den Ansatz der Bundesregierung und deren Handlungsfelder und wird in der Folge mehrmals zitiert, um die staatlich geförderten Präventionsmaßnahmen entsprechend einzuordnen. Im zweiten Teil geht es um weitere Fördermaßnahmen der Antisemitismusprävention, um die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis, die Förderung der Vernetzung und des fachlichen Austausches sowie um die Frage der staatlichen Förderung der Opferberatung für von Antisemitismus Betroffene.

11.6.1 Präventionsmaßnahmen auf Bundesebene

Bereits seit Anfang der 1990er-Jahre reagierte die Politik auf den Anstieg rechtsextremer Gewalt mit spezifischen präventiv-pädagogisch ausgerichteten Programmen. Deren Entwicklung wurde bereits im Bericht des ersten UEA ausführlich beschrieben.[890] Die Bundesregierung setzte dabei auf Maßnahmen, die »neben den sicherheitspolitischen Aufgaben das demokratische Handeln stärken und Radikalisierungsprozesse hemmen« sollen. Die Adressatinnen und Adressaten dieser Maßnahmen waren sowohl die »aufgeklärte Bürgergesellschaft« als auch »gefährdete Menschen« und potenzielle Täterinnen und Täter, um die Wiederholung von Gewalt- und anderen Straftaten zu verhindern.[891]

Dieses Verständnis von Prävention[892] und die damit einhergehende Schwerpunktsetzung bei den Zielgruppen zeigt sich auch in der Gestaltung der aktuellen Bundesprogramme zur Extremismusprävention, die sowohl den politischen Rand als auch die Mitte der Gesellschaft einbeziehen. In der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusbekämpfung heißt es dazu, dass Radikalisierungstendenzen keine bloßen Randerscheinungen sind, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft sichtbar werden. Daher sind alle gesellschaftlichen und politischen Akteure herausgefordert.[893] Vor diesem Hintergrund setzt die Regierung mit den Bundesprogrammen nicht nur Maßnahmen gegen Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) um, sondern sie bestimmt auch maßgeblich den Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Auf das im Bericht des ersten UEA beschriebene Bundesprogramm *»Vielfalt tut gut«* des BMFSFJ folgte 2011 das Programm *»Toleranz fördern – Kompetenz stärken«* und 2014 im selben Ressort das Programm *»Demokratie leben!«* Das letztgenannte Programm wurde gegenüber den Vorläufermodellen in vielerlei Hinsicht verbessert: Es hat eine verlängerte Laufzeit von fünf statt drei Jahren, und der finanzielle Umfang wurde kontinuierlich erhöht von 30 auf 50 Mio. Euro und zuletzt für 2017 sogar auf über 100 Mio. Euro. Aus Perspektive des Expertenkreises leistet das Programm derzeit wohl den wichtigsten Beitrag zur pädagogisch-präventiven Antisemitismusbekämpfung jenseits der Regelstrukturen (hier v. a. Schulen):[894] Im Rahmen von *»Demokratie leben!«* werden aktuell (2016)

886 BMFSFJ, Abschlussbericht.

887 Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen in der historischen und politischen Bildungsarbeit. Im Auftrag des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin 2016. Durchgeführt haben die Evaluation Christian Baier und Kerstin Engelhardt.

888 Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD 2013, S. 107, https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf (eingesehen 21. 12. 2016).

889 Die Bundesregierung (Hrsg.), Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, Berlin 2016.

890 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland, S. 161 f.

891 Die Bundesregierung (Hrsg.), Strategie der Bundesregierung, S. 11.

892 BMFSFJ, Abschlussbericht, S. 69 f.

893 Die Bundesregierung (Hrsg.), Strategie der Bundesregierung, S. 7.

894 Diese Einschätzung wurde auch von der im Auftrag des Expertenkreises durchgeführten Evaluation bestätigt.

bundesweit 19[895] Modellprojekte gefördert, die sich explizit dem Themenfeld Antisemitismus widmen,[896] sowie drei Träger, die mit ihren Angeboten zum Antisemitismus bundesweit tätig sind[897]. Hinzu kommen 218 lokale »Partnerschaften für Demokratie« und Demokratiezentren in allen 16 Bundesländern mit den angebundenen Opferberatungsstellen und Mobilen Beratungsteams.

Gemeinsam mit dem Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Innenministeriums (Gesamtvolumen: 12 Mio. Euro) und den Angeboten der *Bundeszentrale für politische Bildung* ist in den letzten Jahren in der Tat eine umfassende Förderlandschaft für die Zivilgesellschaft entstanden, die laut Auskunft der Bundesregierung mit fast 700 zivilgesellschaftlichen Trägern und Zuwendungsempfängern zusammenarbeitet. Dadurch hat sich in Deutschland ein »europaweit exemplarisches Beratungs- und Präventionsnetzwerk« entwickelt.[898]

Aus inhaltlicher Sicht haben sich die Bundesprogramme seit dem Bericht des ersten Expertenkreises entscheidend und durchaus positiv weiterentwickelt. Damals wurde mit Blick auf das damalige Programm »Vielfalt tut gut« (BMFSFJ) zwar einerseits eine Fortführung des Themenclusters Antisemitismus unterstützt, jedoch darauf hingewiesen, dass zukünftig die Stigmatisierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund vermieden werden sollte.[899] Schon im Nachfolgeprogramm *»Toleranz fördern – Kompetenz stärken«,* in dessen Rahmen 14 Modellprojekte gegen Antisemitismus Fördermittel erhielten, wurde diese auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren immer wieder kritisierte Zuschreibung vermieden. Stattdessen war nun vom »Antisemitismus in der Integrationsgesellschaft« die Rede. Im aktuellen Programm *»Demokratie leben!«* liegt der Förderschwerpunkt auf »Antisemitismusphänomenen der Gegenwart«, wobei besonders Projekte gegen antizionistischen/israelbezogenen und sekundären Antisemitismus gefördert werden. Auch hier wurde eine Empfehlung des Berichts des ersten UEA aufgegriffen. Dort wurde gefordert, »die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus nicht auf den Holocaust und einzelne geschichtliche Momente zu reduzieren, sondern Informationsarbeit umfassend und in der historischen und sozialwissenschaftlichen Vorurteilsforschung aufgehoben fundiert in deutlich gegenwartsbezogenem Zusammenhang zu vermitteln«.[900] Insgesamt scheint sich diese Erkenntnis weitgehend durchgesetzt zu haben. Zumindest theoretisch ist das Bewusstsein dafür gestiegen, dass Antisemitismusprävention mehr sein muss als die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Praktisch zeigt sich dies zwar auch in der Themensetzung der von *»Demokratie leben!«* geförderten Projekte,[901] im Bereich der regelgeförderten Strukturen scheint diese Erkenntnis aber nur z. T. angekommen zu sein.

Die Logik der Themencluster insgesamt beizubehalten, war eine weitere, konkrete Forderung des ersten Expertenkreises in Hinblick auf die Bundesprogramme (im Speziellen »Vielfalt tut gut«). Gleichzeitig wurde betont, bei überzeugenden Ansätzen aber auch clusterübergreifende Projekte zu ermöglichen, die mehrere Unterthemen bearbeiten können. Im aktuellen Bundesprogramm *»Demokratie leben!«* bildet Antisemitismus ein eigenständiges Themenfeld neben Rassismus, Antiziganismus, Islam/Muslimfeindlichkeit, Homo- und Transphobie. Antragsteller für ein Modellprojekt müssen ein Themenfeld wählen, dem das geplante Modellprojekt »schwerpunktmäßig« zuzuordnen ist. Die Wahl mehrerer, clusterübergreifender Themenfelder innerhalb eines Projektantrags ist jedoch nicht vorgesehen. Dies hat Vor- und Nachteile. Einerseits wird dadurch sichergestellt, dass auch tatsächlich Projekte entwickelt werden, die eigenständige Ansätze der Antisemitismusprävention erproben, andererseits erschwert dies den oft sinnvollen Austausch mit Projekten zur Auseinandersetzung mit anderen Phänomenbereichen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Bei all den positiven Entwicklungen gibt es jedoch auch weiterhin Defizite, die im Folgenden beschrieben werden sollen.

895 http://www.demokratie-leben.de/mp_modellprojekte-zu-ausgewaehlten-phaenomenen-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit-und-zur-demokratiestaerkung-im-laendlichen-raum.html#t-4 (eingesehen 30.10.2016).

896 Im Vorgängerprogramm »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« waren es 14, davon sechs explizit zum Themenfeld Holocaust, acht zum aktuellen Antisemitismus. Die Trennung zwischen historischem und aktuellem Antisemitismus wurde im Nachfolgeprogramm »Demokratie leben!« aufgehoben.

897 Dazu zählen das Anne Frank Zentrum, die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

898 Die Bundesregierung (Hrsg.), Strategie der Bundesregierung, S. 8.

899 Der Expertenkreis berief sich hier auf einen Förderschwerpunkt des Programms »Vielfalt tut gut« des BMFSFJ, der aktuellen Antisemitismus explizit bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund verortete unter dem Titel »Antisemitismus bei jugendlichen Migrantinnen und Migranten«. Vgl. Regiestelle Vielfalt (Hrsg.), Abschlussbericht der Bundesprogramme »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« und »kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus« Förderphase 2007–2010, Berlin 2011, S. 5.

900 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland, S. 184.

901 Siehe: http://www.demokratie-leben.de/mp_modellprojekte-zu-ausgewaehlten-phaenomenen-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit-und-zur-demokratiestaerkung-im-laendlichen-raum.html#t-4 (eingesehen 22.11.2016).

11.6.1.1 Fehlende systematische und dauerhafte Förderung

Eine der zentralen Forderungen im Bericht des ersten UEA war, die Förderprogramme der Bundesregierung längerfristig anzulegen und nach vorangegangener positiver Evaluation in die Regelpraxis zu überführen und zu verstetigen.[902]

Für diesen Bereich kann durchaus eine positive Entwicklung festgestellt werden. Mit der auf fünf Jahre verlängerten Programmlaufzeit im Falle von *»Demokratie leben!«* und der kontinuierlichen Aufstockung der Mittel wurde hier eine wichtige Forderung des Expertenkreises umgesetzt.

Was bleibt, ist das Problem einer fehlenden systematischen und dauerhaften Förderung zivilgesellschaftlicher Träger jenseits der Projektförderung. Dies liegt u. a. daran, dass das Bundesprogramm *»Demokratie leben!«* im Rahmen des *Kinder- und Jugendhilfegesetzes* (SGB VIII) läuft. Nach diesem hat der Bund nur eine Anregungskompetenz im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, soweit Aufgaben nicht allein von einem Bundesland erledigt werden können und diese von überregionaler Bedeutung sind. Möglichkeiten einer institutionellen, langfristigen Förderung bietet dieser gesetzliche Rahmen nicht. Die gesetzliche Grundlage für die Trägerförderung zu verändern, ist daher nicht nur eine Forderung des Expertenkreises, sondern auch des NSU-Untersuchungsausschusses. Dieser spricht sich in seinen Empfehlungen »mit Nachdruck für eine Neuordnung der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus aus, die für Verlässlichkeit sorgt und Planungssicherheit bietet«. Verfassungsrechtliche Bedenken dürfen laut Untersuchungsausschuss einer »langfristigen, dauerhaften Finanzierung der Arbeit gegen Neonazismus und für Demokratieförderung durch eine eigenständige Institution auf Bundesebene nicht entgegenstehen«.[903]

Der Expertenkreis begrüßt es vor diesem Hintergrund, dass sich die Bundesregierung in der eingangs erwähnten Strategie vornimmt, die Maßnahmen der Extremismusprävention und Demokratieförderung in die Regelstrukturen zu überführen und die »Möglichkeiten für eine verbesserte rechtliche Basis für die Arbeit der Zivilgesellschaft [zu] prüfen«[904] – ein Vorsatz, der auch im Koalitionsvertrag[905] und in den aktuellen Empfehlungen des Bund-Länder-Dialogs zur Stärkung von Demokratie und Prävention zu finden ist.[906]

11.6.1.2 Jugendliche als (alleinige) Zielgruppe

Der Expertenkreis hat bereits im ersten Bericht auf das Problem hingewiesen, dass meist nur Kinder und Jugendliche im Fokus der vom Bund umgesetzten Präventionsmaßnahmen stehen. Dabei wurde schon damals die Notwendigkeit gesehen, auch Erwachsene, wie z. B. Lehrkräfte, die Polizei oder Journalisten, mit Fortbildungsangeboten zum Antisemitismus zu erreichen.[907] Eine Leerstelle, die im Abschlussbericht zum Bundesprogramm *»Toleranz fördern – Kompetenz stärken«* bestätigt wird: Angesichts der weiten Verbreitung von fremdenfeindlichen Anschauungen und Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit »wäre eine stärkere Ergänzung um weitere, erwachsene Zielgruppen erwägenswert«, v. a. für Personen, die für Kinder und Jugendliche sozialisationsrelevant sind.[908]

Die Förderprogramme des BMFSFJ laufen auf der gesetzlichen Basis des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Dies stellt für die Erreichung erwachsener Zielgruppen ein strukturelles Problem dar. Auch wenn es im Kontext des *Kinder- und Jugendplans des Bundes* (KJP) möglich ist, im Sinne der indirekten Prävention Mittlerpersonen wie Lehrkräfte, Multiplikatoren oder Erzieher über das Programm zu erreichen, so bleibt der Fokus dennoch auf Kinder und Jugendliche gerichtet. Anders sieht es im vom BMI umgesetzten Programm *»Zusammenhalt durch Teilhabe«* und in anderen Maßnahmen der politischen Bildung, etwa der *Bundeszentrale für politische Bildung*, aus. Diese richten sich zwar durchaus auch an Erwachsene, aber hier fehlen meist explizite Angebote zum aktuellen Antisemitismus.

Eine veränderte gesetzliche Grundlage für die Bundesprogramme des BMFSFJ würde folglich nicht nur positive Auswirkungen auf die dauerhafte Sicherung der Trägerlandschaft haben, sondern auch auf die Erreichung relevanter Zielgruppen, wie etwa Erwachsene jenseits der Kinder- und Jugendhilfe.

---

902 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland, S. 185.

903 Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Drucksache 17/14600, 22. 8. 2013, S. 866 f.

904 Die Bundesregierung (Hrsg.), Strategie der Bundesregierung, S. 9.

905 »Die bestehenden Programme werden langfristig finanziell sichergestellt und auf bundesgesetzlicher Grundlage, soweit Gesetzgebungskompetenz vorliegt, weiterentwickelt.« Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 107.

906 Dort heißt es in Empfehlung 6: »Für eine Verstetigung der Maßnahmen des Bundesprogramms ist eine verbesserte Rechtsgrundlage notwendig. Die verantwortlichen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder begrüßen grundsätzlich das Vorhaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in Abstimmung mit den Ländern eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.« Demokratie und Prävention stärken. Gemeinsame Erklärung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der für das Bundesprogramm »Demokratie leben!« verantwortlichen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder, https://www.bmfsfj.de/blob/109050/2f6feb45c8f0214753f67658972facdc/20160719-10-punkte-erklaerung-demokratiestaerkung-data.pdf (eingesehen 26. 11. 2016).

907 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland, S. 186 ff.

908 BMFSFJ, Abschlussbericht, S. 25.

11.6.1.3 Ausbau ressortübergreifender Zusammenarbeit

Eine weitere Forderung des ersten UEA war, dass die Einzelprogramme des Bundes stärker übergreifend arbeiten sollen. Ziel sollte hier sein, Konzepte zur Bekämpfung von Antisemitismus besser aufeinander abzustimmen. So sollte das »bislang zu beobachtende Nebeneinander von Aktivitäten samt Informationsdefiziten über vorliegende Konzepte und bestehende Programme« vermieden werden.[909]

Diese Forderung, die auf allgemeiner Ebene der Extremismusprävention auch Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden hat, mündete in die bereits eingangs genannte interministerielle Arbeitsgruppe, die unter der Federführung von BMI und BMFSFJ die unterschiedlichen Aktivitäten der Ressorts in den Bereichen der Extremismusprävention systematisch erfasst hat. Ziel der interministeriellen Arbeitsgruppen soll ein erneuerter »Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung« sein, der sich der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus widmet. Mit einem vom BMI und BMFSFJ gemeinsam durchgeführten Demokratiekongress (Gemeinsam Zukunft gestalten) am 8. November 2016 wurde dieses gemeinsame Vorgehen, das Intervention und Prävention systematisch zusammendenkt, offiziell bekräftigt. Der Expertenkreis unterstützt diese positive Entwicklung seit dem ersten Bericht und unterstreicht die Notwendigkeit, dass auch weiterhin die anderen für die Bekämpfung des Antisemitismus relevanten Ressorts in diese interministerielle Arbeit eingebunden werden, allen voran das *Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz,* das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* sowie das *Auswärtige Amt.*

11.6.1.4 Problem Kofinanzierung

In Hinblick auf die Bundesprogramme sprach sich der erste UEA für eine Senkung der hohen Kofinanzierungsrate für Modellprojekte aus, die zum Zeitpunkt des ersten Berichts noch bei 50 Prozent lag. Für *»Demokratie leben!«* wurde die Kofinanzierung 2014 auf 20 Prozent und zuletzt auf 15 Prozent gesenkt. Für die Träger ist dies eine grundsätzlich sehr positive Entwicklung. Angesichts der gestiegenen Fördervolumen und der ebenfalls gestiegenen Anzahl an geförderten Projekten, bleibt die Kofinanzierung aber weiterhin für viele Träger eine große Herausforderung. Die Landesprogramme (siehe unten) verfügen z. T. nicht über ausreichend Mittel, um die Kofinanzierung immer neuer Projekte zu gewährleisten. Außerdem stimmen die inhaltlichen Schwerpunkte der Landesprogramme oder anderer Förderer oft nicht überein mit jenen der Bundesprogramme. Hinzu kommt, dass die Landesprogramme Fördermittel meist nur jährlich vergeben, was zu einem nicht zu unterschätzenden wiederkehrenden bürokratischen Aufwand für die Träger führt.[910] In allen beschriebenen Fällen würde eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ebenso hilfreich sein wie eine Vereinfachung der Bestimmungen zur Kofinanzierung, etwa beim Nachweis der verwendeten Mittel. Vorbildlich läuft dies bereits in der Zusammenarbeit zwischen der *Regiestelle »Demokratie leben!«* und der *Bundeszentrale für politische Bildung*.

11.6.2 Präventionsmaßnahmen auf Länderebene

Im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung leisten die Bundesländer einen wichtigen Beitrag, schon allein deshalb, weil sie für polizeiliche Prävention, Strafvollzug, Fragen der Jugend- und Sozialarbeit sowie für Bildung zuständig sind. Hinzu kommen die Landeszentralen für politische Bildung, die – nach einem entsprechenden Beschluss des Niedersächsischen Landtags vom April 2016 – nun wieder in allen 16 Ländern tätig sind.

Der Abschlussbericht zum Bundesprogramm *Toleranz fördern – Kompetenz stärken* hat herausgestellt, wie wichtig gut ausgebaute und etablierte Landesstrukturen für das Gelingen der Bundesprogramme sind. Diese sind zentral für Synergie-Potenziale auf Länderebene, die sich zum Beispiel in der Zusammenarbeit zwischen den (Landes-) Beratungsstellen oder den Lokalen Aktionsplänen (seit 2015: Partnerschaften für Demokratie) zeigen.[911] Des Weiteren spielen die Landesstrukturen eine zentrale Rolle beim Transfer von Projektergebnissen und -erkenntnissen in die regelgeförderten Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie in weitere Sozialisationsinstanzen (zum Beispiel Schule). Dieser Transfer wird für die erfolgreiche Umsetzung der Bundesprogramme einerseits als »essenziell«[912] beschrieben, andererseits zeigt die für den Expertenkreis durchgeführte Evaluation, wie schwierig der Transfer in der Praxis ist. So berichten mehrere Träger über Probleme, Schulen und Ämter als feste Kooperationspartner für Projekte der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit zu gewinnen. Neben fehlendem Interesse oder Zeit- und Kapazitätsmangel wird hier auch die fehlende Unterstützung seitens der Schulleitungen als Grund für diese Schwierigkeit angegeben.[913]

909 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland, S. 185.

910 Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen, S. 82.

911 BMFSFJ, Abschlussbericht 2014, S. 76.

912 Ebenda, S. 79.

913 Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen, S. 81.

11.6.2.1 Landesprogramme und Landesinitiativen

Mittlerweile verfügen alle 16 Bundesländer über »Landesprogramme«, »Landesinitiativen« und kommunale Strategien. Allerdings unterscheiden sich diese deutlich voneinander und zwar sowohl in ihrer strukturellen Einbettung als auch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Während einige direkt in die Strukturen der Verwaltung integriert oder den *Landeszentralen für politische Bildung* zugeordnet sind, ist die Umsetzung anderer Landesprogramme zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Universitäten übertragen worden. Der Anteil an Projekten, die im Rahmen der Landesprogramme gefördert werden und sich dabei gezielt mit dem Phänomenbereich Antisemitismus befassen, variiert ebenfalls stark.

11.6.2.2 Bedeutung des Phänomenbereichs Antisemitismus in den Landesprogrammen

Um einen detaillierteren Einblick in die Förderstrukturen der Landesprogramme und die Bedeutung des Phänomenbereichs Antisemitismus zu erhalten, wurden für diesen Bericht alle zuständigen Landesstellen angeschrieben. Hier erwies sich die unterschiedliche strukturelle Einbettung der Landesprogramme als Hürde für die Recherche und die anschließende Anfrage, da in einigen Fällen nicht eindeutig war, wo die Landesprogramme angesiedelt sind und wer als Ansprechpartner dient.

Von allen 16 angeschriebenen Landesprogrammen haben sich acht Vertreter zurückgemeldet und – soweit möglich – die Fragen beantwortet. [914] Rückmeldungen kamen aus Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Drei Länder sollen hier exemplarisch vorgestellt werden.

1. Berlin

Das Berliner Landesprogramm wurde bereits im ersten Bericht des UEA exemplarisch vorgestellt. Schon im Titel des Programms (Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus) fällt die explizite Ausrichtung auf das Themenfeld Antisemitismus positiv auf. Dies und die wichtige Funktion des Landesprogramms bei der Ko-Finanzierung von Projekten der Bundesregierung führte zur damaligen Einschätzung des Expertenkreises, dass sich das Land Berlin zu einem wichtigen und innovativen »Kompetenzzentrum« mit bundesweiter Ausstrahlung im Handlungsfeld »Antisemitismus« entwickelt hat.[915] Seit 2014 ist das Landesprogramm in der *Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen* und dort in der *Landesstelle für Gleichbehandlung und Diskriminierung* (LADS) angesiedelt. 2017 wird es in die Zuständigkeit des *Senats für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung* wechseln. Seit dem letzten Berichtszeitraum sind die Mittel des Landesprogramms um knapp 40 Prozent auf 3,2 Mio Euro (2016) gestiegen. Dank dieser Mittel können insgesamt etwa 50 Projekte gefördert werden. Antisemitismus wird als Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) gesehen, jedoch unter Berücksichtigung der Spezifika des Antisemitismus. Antisemitismus wird dabei in der Präventionsarbeit nicht nur als Bestandteil historisch-politischer Bildung betrachtet, sondern auch in Bezug auf aktuelle Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Das Berliner Landesprogramm unterstützt daher gezielt auch Projekte mit Fokus auf Antisemitismus. Genannt werden hier u. a. die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus* (RIAS), das *Anne Frank Zentrum* oder die *Praxisstelle für antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit (Amadeu Antonio Stiftung)*.

Das Berliner Landesprogramm erfasst die geförderten Projekte entlang einer Einteilung von Handlungsfeldern wie »Stärkung von Demokratie und Menschenrechten«, »Bildung und Jugend für Demokratie« und »Demokratie im Gemeinwesen und im Sozialraum«. Eine gezielte Erfassung der Projekte nach Phänomenbereichen erfolgt nicht.

2. Bremen

In Bremen ist die *Senatsverwaltung für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport* und hier das *Referat für Kinder- und Jugendschutz* Ansprechpartnerin für Fragen zum Landesprogramm zur Extremismusprävention. Direkte Antworten auf die Fragen wurden nicht geschickt, jedoch auf eine Anfrage der *Grünen*-Fraktion zu Antisemitismus an den Senat verwiesen. Demzufolge werden zahlreiche Maßnahmen gegen Antisemitismus und Rassismus gefördert. Dazu gehören laut Antwort des Senats u. a. folgende:

- Aufklärung über Judentum und jüdisches Leben, Vorträge über die Geschichte der Juden in Europa sowie die Unterstützung des jüdisch-christlichen und jüdisch-islamischen Dialogs

914 Die schriftliche Anfrage, die Ende August/Anfang September 2016 gestellt wurde, enthielt folgende Fragen:

Wird Antisemitismus in Ihrem Landesprogramm als spezifisches und eigenständiges Phänomen wahrgenommen und gezielt Präventionsarbeit gegen Antisemitismus gefördert?

Werden Projekte, die über das Landesprogramm gefördert werden, nach Themenbereichen erfasst? Falls ja, gibt es Daten zur Anzahl der Projekte, die sich gezielt mit dem Phänomenbereich Antisemitismus befassen?

Welche Rolle spielt bei der Förderung von Präventionsprojekten gegen Antisemitismus die Ko-Finanzierung von Projekten in Bundesprogrammen?

915 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland, S. 163.

- Unterstützung der »Nacht der Jugend«, ein Projekt zur Auseinandersetzung mit dem Holocaust sowie der Ermordung von Sinti und Roma, Homosexuellen und Andersdenkenden im Nationalsozialismus

- Unterstützung der Betroffenen im Kampf gegen antisemitischen Äußerungen und/oder Beleidigungen

Zusätzlich werden laut Senatsangaben im Bereich der schulischen Bildung, der Aus- und Fortbildung und dem Studium Maßnahmen gegen Antisemitismus gefördert. Ebenso werden Projekte im Bereich der Begegnungspädagogik sowie weitere Präventionsprojekte (namentlich erwähnt wird hier etwa der *Fanclub Werder Bremen,* der Projekte gegen Antisemitismus durchführt) gefördert.

Aus diesen Angaben geht zwar nicht dezidiert hervor, inwiefern Antisemitismus als eigenständiger Phänomenbereich betrachtet wird, jedoch zeigt sich, dass Projekte und Maßnahmen gefördert werden, die sich entweder speziell, oder aber als Bestandteil einer allgemeinen Extremismusprävention mit Antisemitismus befassen.

3. Hessen

In Hessen werden die Vorgaben des Landesprogramms zur Extremismusprävention *Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus* vom *beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus* umgesetzt. Das *beratungsNetzwerk* ist am Fachbereich Erziehungswissenschaften der *Philipps-Universität-Marburg* angesiedelt. Das Landesprogramm umfasst sieben Förderbereiche: (1) Salafismus, (2) Rechtsextremismus, (3) Linksextremismus, (4) Modellprojekte des Bundes oder der EU: Ko-Finanzierung, (5) Partnerschaften für Demokratie: Ko-Finanzierung, (6) Aktionsfonds: Förderung von zeitlich befristeten Mikroprojekten und (7) Wissenschaft: Evaluation der Programme und Projekte sowie Förderung von Extremismusforschung. Ein eigener Schwerpunkt zu Antisemitismus existiert bisher nicht. Allerdings gehören dem *beratungsNetzwerk* nach eigener Aussage Träger an, die sich explizit mit Antisemitismus befassen.

11.6.2.3 Einordnung

Die vorgestellten Beispiele und die Auswertung der insgesamt acht Rückmeldungen zeigen die bereits eingangs beschriebenen großen strukturellen Unterschiede in der konzeptionellen und strategischen Ausrichtung der Landesprogramme. Mit wenigen Ausnahmen (Berlin, Niedersachsen) wird Antisemitismus so gut wie nie als eigenständiges Phänomen betrachtet und entsprechende Fördermaßnahmen umgesetzt. Antisemitismus ist stattdessen meist Bestandteil einer Gesamtstrategie der Extremismusbekämpfung und die Handlungsfelder sind bisher vorwiegend phänomenübergreifend. Das heißt, dass Antisemitismus – wenn überhaupt – im Kontext anderer gruppenbezogener Diskriminierungsformen verhandelt wird. Was aus pädagogischer Sicht durchaus sinnvoll sein kann, führt in der Praxis aber meist dazu, dass das Thema Antisemitismus völlig ausgeklammert wird. So konnten nur wenige Landesprogramme Auskunft darüber geben, inwiefern es überhaupt Projekte gibt, die sich mit Antisemitismus beschäftigen. Diese Beobachtung wird durch die Ergebnisse der für diesen Bericht erstellten Evaluation bestätigt. Hier wurde deutlich, dass ohne die Förderung des Bundesprogramms *»Demokratie leben!«* viele der spezifischen Anti-Antisemitismus-Projekte, die auf Landesebene umgesetzt werden, nicht existieren würden.

11.6.2.4 Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern

Neben den großen Unterschieden zwischen den zuständigen Ressorts ergeben sich aber auch noch andere Probleme, die die Zusammenarbeit und Vernetzung unter den Ländern sowie zwischen Bund und Land erschweren. Berührungspunkte zwischen Bund und Ländern ergeben sich bisher v. a. im Kontext der Kofinanzierung einzelner Projekte in den Bundesprogrammen *»Demokratie leben!«* und »Zusammenhalt durch Teilhabe« durch einige Landesprogramme und die Zusammenarbeit mit den Landes-Demokratiezentren. Diese wurden in allen 16 Bundesländern für die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien sowie die Vernetzung der lokalen Aktivitäten mithilfe des Bundesprogramms eingesetzt.[916]

Die Bundesregierung verweist in ihrer Strategie zur Extremismusprävention auf die entscheidende Rolle der guten Zusammenarbeit mit den Ländern. Diese stellt sowohl den Fachaustausch als auch den Wissenstransfer in die regelgeförderten Strukturen sicher. Vor dem Hintergrund dieser Notwendigkeit sollte die Bundesregierung die Einrichtung eines zentralen ständigen Bund-Länder-Dialogs prüfen, und zwar aller mit Prävention befassten Ministerien. Gerade im Bereich der Schulen könnten so gemeinsam Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.[917] Einen ersten Schritt in diese Richtung hat das BMFSFJ unternommen, in dem es am 19. Juli 2016 eine 10-Punkte-Erklärung unter dem Titel »Demokratie und

916 Überblick über die Landes-Demokratiezentren: https://www.demokratie-leben.de/programmpartner/demokratiezentren.html (eingesehen 30.10.2016). Der Abschlussbericht zu »Toleranz fördern« listet zwischen 2011 und 2013 fünf Treffen der Landeskoordinierungsstellen auf. Außerdem wurden für die Landeskoordinatoren zwei modulare Weiterbildungsreihen konzipiert. BMFSFJ, Abschlussbericht, S. 17.

917 Die Bundesregierung (Hrsg.), Strategie der Bundesregierung, S. 31.

Prävention stärken« veröffentlicht hat.[918] Es handelt sich dabei um eine gemeinsame Erklärung des BMFSFJ und der für das Bundesprogramm *»Demokratie leben!«* verantwortlichen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder. Sie enthält auch Forderungen, die sich explizit im Zuständigkeitsbereich der Länder befinden, etwa die konsequente Strafverfolgung (2), die dauerhafte Sicherung von mobiler und Opferberatung (3) oder die Bedeutung von präventiv-pädagogischer Arbeit in Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe (8). Der Expertenkreis sieht darin eine wichtige Initiative zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und empfiehlt, die Idee eines Bund-Länder-Dialogs konsequent und unter Einbeziehung aller Ressorts weiterzuentwickeln.

11.6.3 Weitere Fördermaßnahmen der Arbeit gegen Antisemitismus

Neben den genannten Programmen der Bundesregierung und der Länder gibt es eine Vielzahl weiterer Förderprogramme, die sich der Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung verschrieben haben. Nur wenige adressieren aber direkt Antisemitismusprävention. In der Folge sollen wenige ausgewählte staatliche und nicht-staatliche Organisationen vorgestellt werden, die entweder durch eigene Maßnahmen oder Förderprogramme Projekte gegen Antisemitismus auf nationaler und internationaler Ebene umsetzen.

Die *Bundeszentrale für politische Bildung* stellt in ihren Medienzentren und auf ihrer Webseite eine Fülle an Dossiers und Materialien zur Verfügung, die sich dem Antisemitismus und dem pädagogischen Umgang damit widmen.[919] Diese sind für die schulische und die außerschulische Bildungsarbeit geeignet und richten sich auch an Erwachsene. Darüber hinaus fördert die Bundeszentrale im Rahmen ihrer Richtlinien- und Modellförderung Veranstaltungen und Projekte der politischen Bildung, die sich auch der Auseinandersetzung mit Antisemitismus widmen. Nach Auskunft der Bundeszentrale waren dies 2015 35 Veranstaltungen nach den Förderrichtlinien und vier Modellprojekte nach § 44 der *Bundeshaushaltsordnung* (BHO). Darüber hinaus leistet die Bundeszentrale einen wichtigen Beitrag bei der Kofinanzierung von Modellprojekten in den Bundesprogrammen.

Auf nationaler wie internationaler Ebene hat sich die Stiftung *»Erinnerung, Verantwortung, Zukunft«* (EVZ) zu einem wichtigen Förderer von Projekten zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus entwickelt, mit einem besonderen Schwerpunkt in Mittel- und Osteuropa. Im Jahr 2016 hat die Stiftung im Förderprogramm *Facing Antisemitism and Antigypsyism* zivilgesellschaftliche Projekte in Polen, der Tschechischen Republik, Litauen, Ungarn, Rumänien, Russland und der Ukraine unterstützt.

Gefördert wird in diesem Programm auch ein internationales Projekt des Anne Frank Hauses Amsterdam, das Online-Bildungsmaterial zu den Themen Antisemitismus, Antiziganismus und anderen Diskriminierungsformen in Deutsch, Englisch, Polnisch, Ungarisch und Ukrainisch entwickelt und über Online-Seminare an Schulen bringt. Ein internationaler Wettbewerb des Netzwerks *Humanity in Action* wurde mit acht Action Projects gegen Antisemitismus und Antiziganismus im Oktober 2016 erfolgreich beendet.

Seit 2016 wird das Projekt *Immigration, Antisemitism and Toleration in Western Europe Today* des *Pears Institute for the Study of Antisemitism* in London gefördert, das mit internationalen Partnern Handlungsempfehlungen für die Zivilgesellschaft erarbeitet. Der deutsche Partner ist das *Zentrum für Antisemitismusforschung* der *Technischen Universität Berlin*. Auch in Litauen, der Tschechischen Republik, Polen, Ungarn und der Ukraine wird 2017 die Erarbeitung länderbezogener Handlungsempfehlungen im Kampf gegen Antisemitismus und Antiziganismus unterstützt. Die Erarbeitung erfolgt in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in diesen Ländern. Die Ergebnisse sollen Anfang 2018 vorliegen.

In Deutschland fördert die EVZ seit sechs Jahren die Tagungsreihe »Blickwinkel. Antisemitismuskritisches Forum für Bildung und Wissenschaft«, in der zu unterschiedlichen Jahresthemen aktuelle Analysen und innovative Bildungsansätze diskutiert werden. Die Tagungsreihe wird 2017 und 2018 fortgesetzt und vom BMFSFJ mit gefördert. 2015 wurde die fünfte internationale *Muslim Jewish Conference,* die in Berlin stattfand, und eine bundesweite Fachtagung zum Thema »Politischer Antiziganismus« mit Mitteln des Programms unterstützt.

Das *Auswärtige Amt* und der bei ihm angesiedelte Sonderbeauftragte für die Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen fördert, den Aufgaben des Ressorts entsprechend, in erster Linie internationale Maßnahmen gegen Antisemitismus. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Erinnerungsprojekten und Projekten der historisch-politischen Bildungsarbeit in Mittel- und Osteuropa. Zur Auseinandersetzung mit aktuellem Antisemitismus fördert das *Auswärtige Amt* derzeit ein bei der OSZE (siehe

918 http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Engagement-und-Gesellschaft/Pdf-Anlagen/20160719-10-Punkte-Erkl_C3_A4rung-Demokratiest_C3_A4rkung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (eingesehen 7.8.2016).

919 Siehe z.B.: https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/ (eingesehen 23.11.2016).

unten) angesiedeltes Programm mit dem Titel »Turning Words Into Action to Address Anti-Semitism«.[920]

Auf EU-Ebene laufen verschiedene Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung seit Dezember 2015 bei der neu geschaffenen und in der *Europäischen Kommission* (DG Justiz) angesiedelten Stelle einer *Koordinatorin zur Bekämpfung des Antisemitismus* zusammen.[921] In engem Austausch mit dem *Europäischen Parlament,* den Mitgliedsstaaten und anderen internationalen Organisationen widmet sich die Koordinatorin beispielsweise den Themenschwerpunkten Bildung, *Hate Speech* in den Sozialen Medien, Hasskriminalität und dessen strafrechtliche Verfolgung, Holocaust-Leugnung, Monitoring, Opferschutz und Antidiskriminierung.[922]

Ein weiterer wichtiger Förderer von (hauptsächlich internationalen) Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung ist das OSZE *Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte* (ODIHR), das in Warschau angesiedelt ist und über einen eigenen Berater (Advisor) für den Bereich der Antisemitismusbekämpfung verfügt. Es fördert und initiiert verschiedene Maßnahmen des Austauschs und der Vernetzung zivilgesellschaftlicher Träger und der Weiterentwicklung von Angeboten der Antisemitismusprävention. Darüber hinaus gibt ODIHR mit verschiedenen Kooperationspartnern Materialien zur pädagogischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus heraus, wie z. B. die Handreichung »Adressing Antisemitsm: Why and how? A guide for Educators«, die in zehn Sprachen veröffentlicht wurde. Seit Anfang 2016 führt ODIHR ein internationales Projekt unter dem Titel »Turning Words into Action« durch, das sich mit Sicherheitsfragen jüdischer Gemeinden beschäftigt und die Vernetzung der Communities fördert. Dieses Projekt wird vom *Auswärtigen Amt* finanziert (siehe oben).

Im Rahmen des Förderprogramms der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) werden u. a. Projekte gefördert, die das Bewusstsein für den Holocaust schärfen und damit dazu beitragen, Antisemitismus und Xenophobie zu bekämpfen.[923]

11.6.4 Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis

Eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Präventionsarbeit ist nicht nur eine spezifische und umfassende Antisemitismusforschung, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Dazu gehört auch eine gute Ausbildung von Praktikerinnen und Praktikern und umgekehrt die Bereitschaft seitens der Wissenschaft, von der Praxis zu lernen.

Zu diesem Themenbereich gab es bereits im Bericht des ersten UEA zahlreiche Forderungen und Empfehlungen. Diese reichen von einer umfassenden gesamtdeutschen empirischen Untersuchung, Forschungen im Hinblick auf »migrantische Bevölkerungsgruppen«, Einzeluntersuchungen zu antisemitischen Inhalten in deutschen Medien bis hin zu den Forderungen eines Forschungsverbunds und didaktischer Forschungsvorhaben.[924]

Auch die Bundesregierung selbst verweist in ihrer Strategie zur Extremismusbekämpfung auf die wichtige Rolle der Forschung für die Prävention. Sie diene einerseits dazu, »zivilgesellschaftliche und institutionelle Angebote der Extremismusprävention und Demokratieförderung im Hinblick auf ihre Strukturen und Prozesse [...] zu untersuchen«. Außerdem helfe sie, die Angebote der Prävention und der Demokratieförderung zielgerichtet zu konzipieren.[925]

Die Bundesregierung listet diverse Forschungsvorhaben zu Radikalisierungsursachen und -verläufen auf. Für den Bereich Prävention interessant ist die beim *Deutschen Jugendinstitut* (DJI) angesiedelte »Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention«, die laut Selbstauskunft folgende Aufgaben hat: »fachliches Wissen zu diesen pädagogischen Handlungsfeldern für Wissenschaft, Fachpraxis und Politik zu generieren und aufzubereiten. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf praxisrelevantem Wissen zu jugend(-phasen) spezifischen Dimensionen der Phänomene sowie auf der Sicherung und Systematisierung von Praxiserfahrungen, die in der pädagogischen Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen gewonnen wurden.«[926] Außerdem führt die Forschungsstelle 2016 eine Erhebung zur Rolle neuer Medien für Radikalisierung und Radikalisierungsprävention phänomenübergreifend durch. Antisemitismus findet nur Erwähnung unter dem Stichwort »neue Varianten«. Ansonsten liegt ein besonderer Fokus auf »(gewaltorientiertem) Salafismus und Dschihadismus«.

920 http://www.osce.org/odihr/254901 (eingesehen 26.11.2016).

921 Die derzeitige Amtsinhaberin Katharina von Schnurbein berichtete im Expertenkreis über die Arbeit der EU-Kommission im Themenfeld Antisemitismus im Rahmen einer Sitzung am 28.9.2016.

922 http://ec.europa.eu/justice/events/colloquium-fundamental-rights-2015/files/fundamental_rights_colloquium_conclusions_en.pdf (eingesehen 23.11.2016).

923 https://www.holocaustremembrance.com/grant-programme.

924 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland, S. 186 f.

925 Die Bundesregierung (Hrsg.), Strategie der Bundesregierung, S. 26.

926 http://www.dji.de/?id=323 (eingesehen 14.8.2016)

Auf eine Anfrage aus dem Bundestag,[927] welche Maßnahmen der Antisemitismusforschung das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* (BMBF) durchführt, verweist dieses auf die Mitarbeit bei der Strategie der Bundesregierung zur Extremismus-Prävention und Demokratieförderung. Außerdem fördert das BMBF das *Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg* und verschiedene Maßnahmen im schulischen Bereich, wie den Wettbewerb *Demokratisch handeln* oder *Lernstatt Demokratie.* Zu Recht verweist das BMBF hier aber auf seine beschränkten Handlungsspielräume aufgrund der föderalen Strukturen im Bereich schulischer Bildung.

Als konkrete Forschungsprojekte unterstützt das BMBF die Arbeit der *Deutsch-Israelischen Schulbuchkommission* »Antisemitismus in Deutschland« durch die Förderung des beteiligten *Leibniz-Instituts für internationale Schulbuchforschung Georg Eckert.*[928]

Insgesamt fällt die Bilanz der konkret geförderten Forschung zum Antisemitismus eher ernüchternd aus. In der Strategie der Bundesregierung wird zwar auf die zukünftige Stärkung interdisziplinärer Forschungsansätze, die Verbesserung von Forschungsförderung, die Notwendigkeit internationaler Forschungskooperationen und verbesserte Ansätze der Wirkungsevaluation verwiesen, aber konkrete phänomen- und damit antisemitismusspezifische Forschungsvorhaben werden nicht erwähnt.[929] Ähnlich verhält es sich im 10-Punkte-Plan der Bund-Länder-Kommission. Auch dort bleiben die Forderungen sehr allgemein und empfehlen zwar eine »bedarfsorientierte Stärkung des Austauschs zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis«,[930] konkrete Angaben zu einer phänomen- und insbesondere antisemitismusspezifischen Forschung fehlen aber auch hier.

Auf Länderebene arbeitet etwa die am *Zentrum für Antisemitismusforschung* angesiedelte Arbeitsstelle »Rechtsextremismus und Jugendgewalt« im Auftrag des Berliner Senats sowohl zu Fragen der Gewaltprävention wie auch zu Phänomenen und Intervention im Bereich Antisemitismus.

Der Expertenkreis sieht auch weiterhin die Notwendigkeit der Förderung anwendungsbezogener Forschung jenseits der Evaluation von Projekten der Bundesprogramme. Dies wurde auch durch die im Auftrag des Expertenkreises durchgeführte Evaluation bestätigt. Die befragten Träger formulierten sehr konkrete Wünsche an die Forschung und bemängelten beispielsweise Defizite bei aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus, bei ost- und westdeutschen Spezifika des aktuellen Antisemitismus oder hinsichtlich einer Verzahnung von Forschungsvorhaben zur rassismus- und antisemitismuskritischen Bildungsarbeit. Außerdem fehlen Zentren, die bestehende Ansätze und Methoden sammeln, sie in Hinblick auf ihre Wirksamkeit bewerten, für andere Interessierte zugänglich machen und aktiv bewerben. Diese Zentren könnten auch eine Vermittlerfunktion zwischen Forschung und Praxis einnehmen.[931]

Im Wissenschaftssystem selbst könnte der Austausch mit der Praxis beliebter gemacht werden, indem die angewandte Forschung mit Credits gefördert würde. Fachhochschulen wären einerseits dafür die geeigneten Institutionen, andererseits liegen deren Schwerpunkte auf Lehre und weniger auf Forschung.

11.6.5 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Organen

Nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, Wissenschaft und Praxis, sondern auch die »Verbesserung der Kommunikation zwischen staatlichen Exekutivorganen und nichtstaatlichen Organisationen« war eine zentrale Empfehlung des Berichts des ersten UEA.[932] Auch hier kommt das *Deutsche Jugendinstitut* in seinem Abschlussbericht zum Bundesprogramm *»Toleranz fördern – Kompetenz stärken«* zu einem ähnlichen Schluss: Eine zentrale Bedingung für die nachhaltige Wirkung von Präventionskonzepten ist vernetztes Handeln, und zwar deshalb, weil die Vernetzung auf regionaler und fachlicher Ebene dafür sorgt, »dass bedarfsgerechte Angebote entstehen, die fachlich reflektiert und somit qualitativ hochwertig sind«. Hier zeigt sich laut DJI nicht nur das Potenzial »vernetzter Lernprozesse«, sondern Vernetzung ist auch eine Voraussetzung dafür, »dass die gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse verbreitet und über die Modellphase hinaus genutzt werden«.[933] Die im Auftrag des zweiten Expertenkreises durchgeführte Evaluation konnte hierfür konkrete Beispiele finden. Mehrere Träger gaben an, dass sie Methoden und Zugänge, die andere Projekte entworfen und publiziert hatten, aufgreifen konnten, um sie für ihren jeweiligen Kontext anzupassen. Dies spart aus Sicht der Träger Ressourcen und erweitert

927 Es handelt sich hier um eine Anfrage der CDU-Bundestagsabgeordneten Barbara Woltmann vom April 2016.

928 Antwort des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf eine informelle Anfrage der CDU-Abgeordneten Barbara Woltmann am 18.4.2016.

929 Die Bundesregierung (Hrsg.), Strategie der Bundesregierung, S. 28.

930 http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Engagement-und-Gesellschaft/Pdf-Anlagen/20160719-10-Punkte-Erkl_C3_A4rung-Demokratiest_C3_A4rkung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (eingesehen 7.8.2016).

931 Socius, Evaluation von Präventionsmaßnahmen, S. 83.

932 Bundesministerium des Innern, Antisemitismus in Deutschland, S. 185.

933 BMFSFJ, Abschlussbericht, S. 59.

die inhaltlichen und methodischen Optionen, aus denen Projekte schöpfen können.[934]

Die Forderung einer Verbesserung der Zusammenarbeit der Akteure auf verschiedenen Ebenen ist auch eines der wichtigsten Ziele der Strategie der Bundesregierung. Ganz allgemein heißt es dort, dass »im Sinne einer weiteren Effizienzsteigerung Ansätze und Programme der Bundesregierung noch sichtbarer gemacht und intensiver verzahnt werden müssen, um Synergien zu schaffen und Lücken zu schließen.« Ein wichtiges Ziel ist, das koordinierte Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure in Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft zu unterstützen. Dazu gehört auch, die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure aktiv zu fördern, wie es beispielsweise im Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des *Bundesministeriums des Innern* oder in den »Partnerschaften für Demokratie« in *»Demokratie leben!«* erfolgt.[935]

Konkrete Foren des Erfahrungsaustauschs, die von der Bundesregierung in den letzten Jahren initiiert wurden, sind etwa die Trägerkonferenzen und Arbeitsgruppen der Bundesprogramme, das *Forum gegen Rassismus (Bundesministerium des Innern),* die Vernetzung und der Austausch im Rahmen der Arbeit des *Bündnisses für Demokratie und Toleranz (Bundesministerium des Innern/ Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz)* und vergleichbare Netzwerke auf Landesebene. Trotzdem muss festgehalten werden, dass es auch weiterhin keine dem Vorbild der beim Berliner *American Jewish Committee* (AJC) angesiedelten *Taskforce Education on Antisemitism*[936] auf Bundesebene gibt, wie schon im Bericht des ersten Expertenkreises gefordert. Außerdem fehlt es an Strukturen, um die erprobten Ansätze von Modellprojekten in regelgeförderte Formen zu überführen oder die Wechselwirkung zwischen einzelnen Phänomenbereichen zu erörtern, um daraus Schlussfolgerungen für die Präventionsarbeit zu ziehen. Für Ersteres bildet der oben beschriebene vom BMFSFJ initiierte Bund-Länder-Dialog einen ersten wichtigen Impuls, der aus Sicht des UEA weiterverfolgt werden sollte.

11.6.6 Opferberatung in Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen

Durch die Förderung zahlreicher Bundes- und Landesprogramme sind in den vergangenen Jahren Netzwerke entstanden, die mittlerweile eine Vor-Ort-Beratung in beinahe allen Regionen der Bundesrepublik sicherstellen. Die Vernetzung findet in der Regel über die Landesdemokratiezentren statt. Individuell Betroffene rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und islamfeindlicher Vorfälle können sich für direkte Unterstützung an Opferberatungsstellen wenden. Diese unterstützen die Betroffenen bei der rechtlichen, medizinischen und psychologischen Be- und Verarbeitung der erlittenen Taten und versuchen so Prozesse sekundärer Viktimisierung zu verhindern. Zu den Aufgaben der Opferberatungsstellen gehören auch die Recherche, die Beobachtung und die Dokumentation der Vorfälle.[937]

Befragungen des *Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment* (ZWST) sowie die für diesen Bericht erstellte Studie zu → Jüdischen Perspektiven zeigen einen hohen Bedarf seitens der jüdischen Bevölkerung an verlässlichen Beratungs- und Unterstützungsangeboten dieser Art. Die bestehenden Beratungsangebote sind bei Jüdinnen und Juden sowie jüdischen Institutionen jedoch wenig bekannt oder werden aus anderen Gründen nur selten kontaktiert. Daraus resultiert auch das hohe Dunkelfeld im Bereich antisemitischer Gewalt- und → Straftaten. Gleichzeitig gibt es umgekehrt wenig Erfahrung seitens der Beratungsstellen im Umgang mit Antisemitismus. Tragfähige Kooperationen zwischen den Beratungsstellen und lokalen jüdischen Institutionen existieren kaum. Eine wichtige Erweiterung der Antisemitismusprävention stellt daher die Schaffung und Etablierung von spezifischen Beratungs- und Empowerment-Angeboten für von Antisemitismus Betroffene dar. Außerdem sollte eine engere Zusammenarbeit von jüdischen Organisationen mit bestehenden Beratungsstrukturen initiiert und gefördert werden.

Beispielhaft findet diese Zusammenarbeit ab 2017 zwischen dem *Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment* der *Zentralwohlfahrtsstelle der Juden e. V.* (ZWST) und der *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin* (RIAS) sowie dem *Verein für demokratische Kultur in Berlin e. V.* (VDK) statt. Ziel dieser Kooperation ist es nicht nur, das Monitoring zu verbessern, sondern auch Beratungs- und Unterstützungsstrukturen zu schaffen, die bei Jüdinnen und Juden in Berlin und perspektivisch bundesweit größeres Vertrauen und Akzeptanz genießen.[938]

934 Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen, S. 82.

935 Die Bundesregierung, Strategie der Bundesregierung, S. 9.

936 http://www.ajcgermany.org/site/c.fkLSJcMUKtH/b.1722115/k.AC56/Bildungsprogramme.htm (eingesehen 27.11.2016).

937 Die Bundesregierung, Strategie der Bundesregierung, S. 23.

938 Siehe gemeinsame Presseerklärung ZWST und RIAS (vdk) vom 29. 9. 2016, http://www.zwst.org/cms/documents/520/de_DE/16-09-27%20PM_ZWST_RIAS_aktuell.pdf (eingesehen 26.11.2016).

11.7 Qualitätsmerkmale pädagogischer Maßnahmen gegen Antisemitismus – Zentrale Befunde der Projektevaluation von Socius[939]

Der UEA hat die Socius Organisationsberatung damit beauftragt, eine Evaluation für sechs ausgewählte Bildungsprojekte im Feld der Antisemitismusprävention durchzuführen. Ziel der Evaluation war die »Identifizierung von konkreten ›best practice‹ Ansätzen und Methoden in der Präventionsarbeit gegen Antisemitismus im Rahmen historischer und politischer Bildungsarbeit«. Dieses Evaluationsziel basierte auf der Feststellung des UEA, dass zwar viele entsprechende Ansätze, Projekte und Programme in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit sowie der Erwachsenenbildung vorliegen, jedoch nur wenig über die Qualität der Projekte bekannt ist. Um dem Auftrag des *Deutschen Bundestag*es gerecht werden zu können und sinnvolle Forderungen für den Bereich der Antisemitismusprävention zu stellen, war es notwendig, bestehende Projekte und ihre Vorgehensweise zu evaluieren. Die Projekte sollten aus den Bereichen (1) Sport, (2) Kirche, (3) offene Jugendarbeit, (4) Schule, (5) Verwaltung und (6) Verbände stammen.[940] Zudem sollten die Projekte sich mit aktuellen Ausprägungen des Antisemitismus befassen und keine »Einmalaktionen« sein, sondern die durchführenden Einrichtungen und Trägerorganisationen sollten Erfahrung und Kompetenzen in der Beschäftigung mit Antisemitismus haben. Bei den auszuwählenden Projekten musste es sich nicht zwangsläufig um »best-practice-Beispiele« handeln.

In Abstimmung mit dem Auftraggeber wurden zwischen Frühjahr und Herbst 2016 sechs Projekte aus den Bereichen Schule, Sport, Träger mit religiösen Wurzeln, Jugend, Fachkräfte verschiedener Bereiche und »Sonstige« evaluiert, die in weiten Teilen über die Förderung durch spezifische Bundes- oder Landesprogramme initiiert bzw. gestützt wurden. Es handelte sich um Bildungsträger mit langjährigen Felderfahrungen und um laufende oder regelmäßig wiederholte Maßnahmen, die auf mindestens zwei Jahre angelegt sind. Die Maßnahmen wurden in sieben Bundesländern in Ost- und Westdeutschland umgesetzt. Das weitergehende Ziel der Evaluation war herauszufinden, ob sich bei Teilnehmenden von Projekten Veränderungen in ihrer Haltung gegenüber Jüdinnen und Juden sowie Antisemitismus erkennen lassen bzw. wie die Selbstwahrnehmungen von Teilnehmenden in dieser Frage sind. Dabei wurde auch die Bestärkung einer bereits bestehenden Haltung als »Veränderung« gewertet. Evaluationsinstrumente bildeten Dokumentenanalysen, Befragungen von Projektverantwortlichen, -durchführenden und -teilnehmenden sowie passive Beobachtungen bei vier Projekten und hier z. T. bei mehreren Maßnahmen pro Projekt.

Zwei relevante Befunde ergaben sich schon während der Projektrecherche:[941]

1) Außerhalb spezieller öffentlicher Förderprogramme konnten kaum Projekte recherchiert werden, die sich mit aktuellem Antisemitismus befassen und nicht schwerpunktmäßig historischen Antisemitismus bearbeiten. Das Thema, so erläuterten einige Befragte, werde nur wenig nachgefragt, v. a. dann nicht, wenn es nicht offensiv mit anderen Themen wie v. a. Rassismus verknüpft wird.[942]

2) Bei den Projektdurchführenden und -trägern (mit Ausnahme des Bereichs Sport) bestand eine Scheu, sich evaluieren zu lassen. Gründe hierfür waren laut Gesprächspartnerinnen und -partnern: (a) ein ungünstiger Zeitpunkt im jeweiligen Projektverlauf, (b) keine Kapazitäten für den zusätzlichen Aufwand durch eine externe Evaluation, (c) schlechte Erfahrungen mit Evaluationen, (d) Befürchtungen (trotz gegenteiliger Versicherungen und Zusicherung von Anonymisierung), dass sich kritische Ergebnisse auf weitere Projektbeantragungen negativ auswirken könnten und (e) Befürchtungen, etwas falsch zu machen und sich Ärger einzuhandeln. Insbesondere der letzte Punkt macht deutlich, dass die Bearbeitung des Themas aktueller Antisemitismus als besonders sensibel eingeschätzt wird.

Im Folgenden werden die zentralen Evaluationsergebnisse vorgestellt, um anschließend Qualitätsmerkmale für pädagogische Maßnahmen im Bereich der Antisemitismusprävention zu benennen, insbesondere im Kontext der Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte.

11.7.1 Erschließung/Gewinnung von Zielgruppen

Die von Socius befragten Projektbeteiligten waren sich darin einig, dass der aktuelle Antisemitismus von

939 Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen.

940 Die oben genannten Projekt-Auswahlkriterien ließen sich laut Abschlussbericht nicht in aller Konsequenz umsetzen: Kriterium Verbände: Hier konnte trotz intensiver Recherche kein entsprechendes Projekt/keine Maßnahme identifiziert werden. Auch das Kriterium »Kirche« (verstanden als Evangelische oder Katholische Kirche) konnte nicht wie geplant erfüllt werden. Stattdessen wurde ein anderer Träger mit religiösen Hintergründen für die Mitarbeit gewonnen. Das Kriterium »Verwaltung« konnte ebenfalls so nicht umgesetzt werden und wurde ersetzt durch das Kriterium »Fachkräfte verschiedener Bereiche«.

941 Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen, S. 11.

942 Die Projekt-Recherchephase erfolgte im Frühjahr 2016.

großer Relevanz ist: »latent dauerhaft vorhanden, sich in verschiedenen Facetten zeigend und weiterhin ein Aggressions-Potenzial aufweisend, das, ggf. ausgelöst durch gesellschaftliche Entwicklungen oder Ereignisse, bedrohlich anwachsen könne«. Das Thema spiele im gesellschaftlichen Raum jedoch kaum eine Rolle und werde entsprechend nur wenig nachgefragt. Im Moment befasse sich die Gesellschaft mehr mit anderen Fragen, z. B. Rechtspopulismus, der Situation der Geflüchteten und/oder Unterstützung für die Helferinnen und Helfer.[943]

Die von Socius evaluierten Bildungsprojekte erarbeiten verschiedene Strategien, um ihre Zielgruppen zu erreichen. Sie sprechen unterschiedliche Personengruppen persönlich an – Jugendliche bis hin zu berufstätigen Erwachsenen – oder bekommen diese über Schulen und andere Institutionen vermittelt. Genannt werden auch soziale Netzwerke wie *Facebook* und in Einzelfällen Entscheidungsträgerinnen und -träger in Institutionen. Schulen oder Institutionen als feste Kooperationspartner zu gewinnen, so berichteten mehrere Befragte, sei schwierig bzw. langwieriger als geplant.

11.7.2 Selbstreflexion als Ziel pädagogischer Maßnahmen

Die von Socius befragten Projekte messen der Selbstreflexionsfähigkeit als Voraussetzung für eine gelingende Bildungsarbeit eine hohe Bedeutung zu. Ihrer Meinung nach sei eine hohe Bereitschaft zu ständiger Selbstreflexion eine Grundvoraussetzung für die Arbeit auf mehreren Ebenen. Sie sei wichtig, um sich selbst zu hinterfragen und von anderen hinterfragen zu lassen, um das eigene Handeln in schwierigen Situationen analysieren zu können und, schließlich sei sie Grundlage für die Bereitschaft, sich ständig hierzu weiterzubilden. Die Befragten befürworteten die Selbstreflexion als Voraussetzung zur Auseinandersetzung mit den eigenen Vorurteilen (»wir reproduzieren doch auch!«).[944] Entsprechend soll den Teilnehmenden von Bildungsveranstaltungen im Rahmen der pädagogischen Maßnahmen die Selbstreflexion ermöglicht werden, um tradierte antisemitische Bilder und Positionen zu erkennen und ihr Weitergabe zu unterbrechen.

11.7.3 Theoretische Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Die evaluierten Projekte verfügen über weitgehend schlüssige theoretische Konzepte, einige mit mehr, andere mit weniger experimentellen Elementen. Alle Projekte führen eine intensive Theoriediskussion und leiten ihre Praxis aus theoretischen Einordnungen und Forschungen ab. »Diese Einordnungen reichen von der Kritischen Theorie bis zur Psychoanalyse, von individual-biografischen Ansätzen bis hin zur historisch-politischen Reflexion über gesellschaftliche Prozesse und Entwicklungen. Überwiegend alle Projekte beziehen die Betroffenen-Perspektive ein.«[945]

Die meisten der evaluierten Projekte bearbeiten den aktuellen Antisemitismus im Kontext anderer Phänomene der GMF, betonen aber zugleich die Spezifik des Antisemitismus als eigenständiges und besonderes Phänomen in der deutschen Geschichte. Auch die verschiedenen Erscheinungsformen, etwa sekundärer oder israelbezogener Antisemitismus, werden in die Überlegungen der Projekte einbezogen. Einige wenige Befragte formulierten ein Unbehagen: »Sie sehen darin die Gefahr einer Relativierung, wenn Antisemitismus auf eine Ebene gestellt wird mit anderen gruppenbezogenen Diskriminierungsformen wie beispielsweise Diskriminierung von übergewichtigen Menschen.«[946] Socius stellt fest, dass die von ihnen evaluierten Projekte an diesem Punkt noch im Stadium der Entwicklung und Erprobung sind. »Werden die Verbindungen mit GMF innerhalb einer Einzelveranstaltung bearbeitet, erhöht sich die Komplexität zusätzlich allein über die inhaltliche Stofffülle – auch wenn die Maßnahmen mehrtägig sind.« Hier sieht Socius das Problem einer möglichen Überforderung insbesondere von Jugendlichen.[947]

Eine »automatische« Übertragung der Erkenntnisse von einem Phänomen der GMF auf ein anderes funktioniert nicht, so die Erfahrung aus einzelnen Projekten, besonders nicht im Rahmen von Kurzzeitpädagogik.[948] Eine der im Rahmen der Evaluation befragte Person erklärte in diesem Zusammenhang, speziell der Transfer anderer Diskriminierungsmechanismen und -erfahrungen auf Antisemitismus funktioniere nicht. Andere Projekte verweisen auf gegenteilige Erfahrungen und unterstreichen die Bedeutung dieser Verknüpfung für ihre Praxis, machen jedoch darauf aufmerksam, dass diese einer durchdachten Kontextualisierung bedarf.

Eine weitere Herausforderung für Projektträger bei der Konzeption und Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist das unterschiedliche Verständnis von aktuellem Antisemitismus (→ Definition). Es existiert

943 Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen, S. 8.

944 Ebenda, S. 44.

945 Ebenda.

946 Ebenda.

947 Ebenda, S. 44 ff.

948 Eine vergleichbare Einschätzung formulierte Anne Goldenbogen auf Nachfrage im Rahmen der Tagung »Nicht jüdisch noch griechisch«. Rassismuskritische Perspektiven auf Selbstbilder und Abgrenzungsmuster. Evangelische Akademie zu Berlin, Schwanenwerder, 30. 9.–2. 10. 2016.

keine einheitliche Definition von Antisemitismus, die auf alle Situationen und Projekte übertragbar wäre. Manche Projekte setzen sich mit Theorien auseinander und bauen für sich ein Definitionskonstrukt, das ihren Bedürfnissen entspricht. Andere Projekte folgen der EUMC »Working Definition«. »Die meisten Projekte entwickeln ein Verständnis von Antisemitismus, das in den Teams ausgehandelt und z. T. aufs Neue ausgehandelt wird. In einem Fall wird eine Definition entwickelt, die speziell für ein konkretes Projekt gelte.«[949]

In der Bildungspraxis der Projekte werden zahlreiche antisemitische Stereotype und Konstruktionen theoretisch und praktisch diskutiert. Den Projekten ist dabei das Dilemma bewusst, einerseits antisemitische Stereotype dekonstruieren zu wollen und sie dafür benennen zu müssen, andererseits dabei v. a. Jugendlichen solche Stereotypen überhaupt erst zu vermitteln. In der Konsequenz benennen manche Projekte von sich aus Stereotype, die sie als relevant betrachten, während andere nur diejenigen aufgreifen, die aus den Zielgruppen heraus formuliert werden.

Eine weitere theoretische Diskussion, die für die Projekte wichtig ist, ist die Frage, wie Verbindungslinien zwischen dem historischen und dem aktuellen Antisemitismus sinnvoll hergestellt werden können. Angesichts der Fachdiskussion der letzten Jahre kann davon ausgegangen werden, dass eine sogenannte Holocaust Education[950] als alleiniges Mittel nicht hinreichend gegen den gegenwärtigen Antisemitismus immunisiert,[951] dass aber eine Sensibilisierung für den gegenwärtigen Antisemitismus unter Ausklammerung des historischen Lernens ebenfalls nicht ausreichend ist. In der Evaluation zeigt sich, dass ein historischer Rückbezug erforderlich ist, um die Tradierungen des Nationalsozialismus und die Nachwirkungen der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden verstehen zu können: »Ein eindeutiges Ergebnis der Evaluation lautet, dass der aktuelle Antisemitismus in unserer Gesellschaft nicht ohne Rückbezug auf die historischen Hintergründe sinnvoll bearbeitet werden kann. Die von uns untersuchten Projekte experimentieren hier und versuchen einen Weg zu finden, den historischen Part so zu gestalten, dass er für die Zielgruppen nachvollziehbar ist, der Schwerpunkt weiterhin auf der Bearbeitung des aktuellen Antisemitismus liegt und die Zielgruppen nicht angesichts der auch damit verbundenen Stofffülle überfordert werden.«[952]

949 Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen.

950 Da dieser Begriff inzwischen aus guten Gründen auch problematisiert wird, sprechen immer mehr Einrichtungen von »Teaching and Learning about the Holocaust«.

951 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bericht des ersten UEA, S. 156 und 178.

952 Socius, Zwischenbericht, 2016.

11.7.4 Vielfalt an pädagogischen Ansätzen/Methoden

Die pädagogischen Ansätze sind laut Evaluationsbericht ähnlich vielfältig wie die theoretischen Bezugnahmen. Sie entstammen der historisch-politischen Bildung, der Demokratieerziehung, der Antidiskriminierungspädagogik, der antirassistischen und interkulturellen Pädagogik sowie der Kreativpädagogik. Darüber hinaus integrieren sie auch Elemente klassischer Bildung, wie Konferenzen, Tagungen oder Museumsbesuche. Die Formate reichen von Fortbildungen bis hin zu kollegialen Beratungen und Supervision. »Damit praktizieren die Projekte gängige Vorgehensweisen der politischen Bildung, wonach der Sinn des Einsatzes von Übungen, Methoden und auch von Filmen […] vor allem darin liegt, Abstrakteres leichter zugänglich zu gestalten und die Möglichkeit zu bieten, es sinnlich zu erfahren.«[953]

Auf die Frage nach bevorzugt eingesetzten Methoden ergeben sich aus der Evaluation folgende Ergebnisse:

- **Kommunikatives und dialogisches Lernen**
  Selbstreflexion, Diskussionen und kollegialen Austausch; gelenkte oder offene Diskussionen; aktive Einbeziehung der Teilnehmenden; spielerische Formen, Erfahrungsaustausch; theoretischer Input.

- **Arbeit mit Beispielen, Medien, Zitaten und Bildmaterial**
  Kurze Inputs als Teaser oder am Ende zusammenfassend.

- **Lebensweltansatz**
  Workshops Schreiben; Fotografie; Referate; Museumsbesuch, die klassischen Bildungsansätze.

- **Lebensweltbezug**
  Kreativmethoden, Arbeit mit Eigen- und Fremdbiografien, Straßeninterviews und Spurensuchen, theater- und begegnungspädagogische Elemente; Zeitstrahl; Übung zu Verschwörungstheorien; Expertengespräche, Internet-Recherchen; Einbindung lokaler und regionaler Partner aus dem sozialen, kulturellen und religiösen Bereich.

- **Sozialübertragungsanalyse**
  Form von Aufstellung; Gespräch; innerer und äußerer Kreis; Zitate von Fachkräften (z. B. von Guides in jüdischen Museen über Aussagen von Besucherinnen und Besuchern); Simulationen; Arbeit mit dem Resonanzraum der Gruppe.

953 Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen, S. 48.

› **Perspektivwechsel**
Perspektive der Betroffenen einbeziehen; Interviews; Arbeit mit Bildern und Karikaturen.

Unterschiede in den Ansätzen zeigten sich in der Evaluation insbesondere auf der Ebene von Prozess- und Ergebnisorientierung. Hier legen die Projekte unterschiedliche Schwerpunkte, auch je nach Setting der Seminare und Zielgruppe. Bei den Zielgruppen junge Erwachsene und Erwachsene liegt ein stärkeres Gewicht auf der Prozessorientierung als bei der Zielgruppe Jugendliche.

Laut Socius versuchen alle Projekte, an der Lebenswelt der Zielgruppen anzuknüpfen, jedoch sei das »Thema Antisemitismus, so äußerten sich mehrere Befragte, [...] für viele Menschen, insbesondere Jugendliche, häufig abstrakt, da sie keine Jüdinnen oder Juden kennen und bis zum Seminar oft wenig bewusste Berührung mit dem Thema hatten. Auch deshalb sei ein Lebensweltbezug oftmals nicht so einfach herzustellen.«[954]

Konzeptionelle Unterschiede zeigten sich auch in der Gewichtung der Arbeit mit dem Themenbereich Emotionen. Antisemitismus wird emotional tradiert und »Menschen in der zweiten, dritten und sogar vierten Generation [können] über ihre Vorfahren in die Gefühle des Antisemitismus eingebunden sein«.[955] Danach ist Antisemitismus ein »emotionsgeschichtliches Problem« und sowohl in Familiengedächtnissen als auch im sozialen Gedächtnis einer Gesellschaft verankert. »Um diese ›Gefühlserbschaften‹ konstruktiv bearbeiten zu können, müsse die Bildungspraxis neben Aufklärung und Wissensvermittlung solche Gefühle und ihre Funktionen einbeziehen, individual-biografisch sowie als historisch-politische Reflexion über Gesellschaft.«[956]

11.7.5 Stellenwert von Austausch, Perspektivwechsel, Diskriminierungserfahrungen von Teilnehmenden und Umgang mit Emotionen

Der Austausch der Teilnehmenden mit den Teamerinnen und Teamern, aber v. a. untereinander, wurde von allen Projekten als wesentlich für das Gelingen der Vermittlungsziele eingeschätzt. Auch der Perspektivwechsel wird von allen Projekten als wichtiges zielführendes Element der pädagogischen Umsetzung betrachtet. Ziel dabei sei es, formulierte ein Interviewpartner, die Empathieentwicklung zu fördern, sodass sich die Teilnehmenden in die Perspektiven hineinversetzen können, die nicht ihre eigenen sind, um Erfahrungen nachzuvollziehen, die sie selbst nicht gemacht haben. Ein Projekt teilte diese Einschätzung zwar grundsätzlich, erläuterte aber, beim Thema Antisemitismus doch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Perspektivwechseln zu pflegen, mit der Begründung: »Ich weiß gar nicht, was Juden und Jüdinnen alles mit sich herumschleppen, weil ich da halt gewisse Erfahrungen nicht gemacht habe, auch familiengeschichtlich und ganz allgemein.«[957] Rollenspiele werden hingegen fast vollständig vermieden. Es gehe weniger darum, »aus Empathie zu Jüd*innen heraus zu agieren, sondern Antisemitismus als Phänomen z. B. der vermeintlichen Krisenbewältigung oder aufgrund von psychologischen Momenten, wie sie im sekundären Antisemitismus zu finden sind, zu verstehen. Und sich dagegen zu wenden. Wir wollen so verhindern, dass über Juden als die anderen gesprochen wird [...], im Zentrum sollen die antisemitischen Akteure von gestern und heute stehen.« Hier wird die oben formulierte Zielstellung Empathiegewinnung relativiert.

Die Ebene der Diskriminierungserfahrungen spielte hier auch eine wichtige Rolle. In einem Projekt, das vornehmlich mit freiwilligen Zielgruppen arbeitet, werden solche Erfahrungen als Querschnittsthema begriffen und explizit bearbeitet. Ein anderes Projekt hat eine zurückhaltende bis kritische Position dazu, insbesondere im Rahmen schulischer Settings. Ein geschützter Rahmen sei hier, v. a. bei Maßnahmen mit geschlossenen Klassenverbänden, oft nicht gegeben. Die Gefahr, dass solche öffentlich geäußerten Erfahrungen auch destruktive Reaktionen und damit womöglich weitere Verletzungen hervorrufen, sei zu groß. Bei (freiwilligen) Erwachsenenseminaren gebe es für solche Bearbeitungen andere Voraussetzungen, die ein solches Vorgehen ermöglichen, so der Befund.

Welches Gewicht Emotionen in der jeweiligen konkreten Bildungsmaßnahme einnehmen, hängt von mehreren Faktoren ab: (1) Inhaltsebene, geplant: bewusste Thematisierung von Emotionen als Teil des Bildungskonzepts und der Auseinandersetzung mit der Thematik. (2) Methodische Ebene, geplant: Einsatz von Methoden, die Emotionen ansprechen mit dem Ziel, Motivation und Lerneffekte zu befördern. (3) Reaktionen, ungeplant bzw. abhängig von Gruppenzusammensetzungen, -dynamiken und in der Gruppe vorhandenen Erfahrungen und Haltungen. Alle drei Ebenen kommen in der Bildungspraxis der Projekte vor, die Ebenen (1) und (2) in je unterschiedlichem Umfang bzw. unterschiedlicher Gewichtung, je nach Konzept.

Wie oft und intensiv diese Zugänge ausprobiert und implementiert werden, hängt von der Qualifizierung der Durchführungen sowie vom Setting und Kontext der Durchführung ab.

954 Ebenda, S. 48

955 Marina Chernivsky, Vortrag am 19. 11. 2015 beim Fachaustausch »Aktuelle Formen des Antisemitismus« des Bundesprogramms »Demokratie leben!« in Berlin. Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen, S. 50.

956 Ebenda.

957 Socius e. G., Evaluation von Präventionsmaßnahmen, S. 38.

11.7.6 Freiwilligkeit der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen zum Antisemitismus

Die Frage der Freiwilligkeit der Teilnahme bleibt eine Herausforderung für die Umsetzung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, sie stellt die außerschulische Bildungsarbeit vor Herausforderungen. Projekte, die sich im Bereich der Erwachsenenbildung verorten, setzen daher eher auf eine freiwillige Teilnahme. Auch wenn die Freiwilligkeit der Teilnahme ein wichtiges Qualitätskriterium darstellt, stellt sich die Frage, ob es gleichzeitig nicht sinnvoll wäre, durch eine vom Arbeitgeber – zum Beispiel Schule – verordnete Maßnahme auch diejenigen zu erreichen, die sich sonst für eine solche Veranstaltung nicht anmelden würden. Besonders beim Thema Antisemitismus kann die Motivation für die Teilnahme sehr unterschiedlich ausfallen und mehrdeutig sein. So kann das Interesse geweckt und die Motivation gesteigert werden, sich mit dem Thema nach der Maßnahme zu beschäftigen. Außerdem hängt es von Projektarten ab: ein Begegnungsprojekt sollte beispielsweise nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Allerdings bleibt anzumerken, dass beim Thema Antisemitismus auch eine freiwillige Teilnahme nicht davor schützt, dass unreflektierte Haltungen und gar Konfrontationen auftreten.

11.7.7 Zusammensetzung der durchführenden Teams

In allen Projekten sind die Teamzusammensetzungen vielfältig, aber in fast allen Fällen übernehmen nahezu ausschließlich freiberufliche Honorarkräfte die Seminarleitung. Die Teams selber sind mal mehr, mal weniger heterogen zusammengesetzt. Das hängt u. a. von dem vorhandenen Pool möglicher Teamerinnen und Teamer ab: In Großstädten, zumal wenn Hochschulen existieren, ist dieser Pool wesentlich größer als in mittelgroßen oder kleinen Städten. Und es ist nochmal schwieriger, qualifizierte Honorarkräfte zu finden, wenn weite ländliche Räume abgedeckt werden sollen.[958]

11.7.8 Berücksichtigung heterogener Lernräume

Die Berücksichtigung heterogener Lernräume, unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und Motivationen ist eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Bildungsprozesse. Die ganzheitliche Prävention – bezogen auf Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen – kann weitreichende Wirkungen entfalten und nicht nur nach innen, sondern auch nach außen Multiplikationseffekte erzielen. Aus dem Evaluationsbericht von Socius geht beispielsweise hervor, dass die Projekte auf ihre Umgebung geplant wie auch ungeplant stark einwirken (können): »Einige Projekte gehen mit ihren Produkten in Teilöffentlichkeiten (schulinterne Präsentationen). Andere laden allgemein alle Interessierten zu Veranstaltungen ein (Produktpräsentationen, Informationsveranstaltungen). Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Maßnahmen engagieren sich anschließend zivilgesellschaftlich in ihrem Wohnumfeld […] und wirken damit in die Stadt hinein. Andere treffen sich nach Ende der Maßnahme regelmäßig zur Reflexion. Ein Projekt entwirft ein Produkt, das dauerhaft im öffentlichen Raum installiert wird. Und viele Projekte planen methodische Handreichungen oder auswertende Broschüren, die der allgemeinen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen.«[959]

958 Ebenda, S. 50 f.

959 Ebenda, S. 34.

Handlungsempfehlungen – Prävention und Intervention

Empfehlungen zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Prävention

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt …

› **… die Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Schaffung einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie zur Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung über die Legislaturperiode hinaus weiter zu führen unter Einbezug aller für den gegenwärtigen Antisemitismus relevanten Ressorts, insbesondere auch dem BMJV, dem BMBF und dem *Auswärtigen Amt*.**
Der gegenwärtige Antisemitismus muss im Nationalen Aktionsplan eine eigenständige Erwähnung finden. Das Bundesprogramm *»Demokratie leben!«* allein reicht nicht aus, um Antisemitismus auf allen Ebenen zu begegnen.

› **… den Ausbau und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und nicht-staatlichen Organisationen, um das koordinierte Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure in Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft nachhaltig zu unterstützen.**
Die durch das Bundesprogramm *»Demokratie leben!«* initiierten Strukturen (Landes-Demokratiezentren, Partnerschaften für Demokratie u. a.) sollten Antisemitismus unter Berücksichtigung seiner unterschiedlichen Erscheinungsformen stärker in ihrer Arbeit berücksichtigen.

› **… die nachhaltige Förderung fester, langfristiger Kooperationen zwischen Regelinstitutionen – Schulen, Träger der Kinder- und Jugendhilfe, konfessionelle Träger, Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Jugend- und Sozialämter –, und spezialisierten Bildungsträgern.**
Die im Rahmen der Bundesprogramme entstandenen Strukturen können hier wichtige Bedingungen für das Gelingen der Präventionsarbeit schaffen. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist dabei unerlässlich.

› **… den vielfältigen Bestand an pädagogischen Handlungsmöglichkeiten inklusive praktisch-methodischer Vorschläge weiter auszubauen und kostenfrei zugänglich zu machen.**
Basis könnte die Vielfalt-Mediathek »Bildungsmedien gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt« des IDA e. V. und DGB Bildungswerkes bilden. Jedoch müsste hier der Themenbereich Antisemitismus deutlich erweitert werden.

› **… die institutionelle Förderung von Trägern/Zentren, die bestehende Ansätze evaluieren, im Hinblick auf ihre Wirksamkeit bewerten, zugänglich machen und aktiv (und immer wieder neu) bewerben.**
Als »Vernetzungsknoten« könnten diese Träger/Zentren aktuelle Forschungen und Evaluationen auswerten und die Ergebnisse in die Praxis einspeisen. Sie könnten ferner eigene Evaluationen über längere Zeiträume durchführen, eine Übersicht über Träger und Institutionen des Arbeitsfeldes aktuell halten und neue trägerübergreifende Fortbildungen initiieren. Das Bundesprogramm *»Demokratie leben!«* (BMFSFJ) könnte hierfür entsprechende Mittel zur Verfügung stellen.

Empfehlungen für die Bildungsarbeit

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt …

› **… den Bereich Prävention durch Bildung breiter zu verstehen und mit Intervention zusammen zu denken. Prävention sollte eine Kombination aus Bildung und Beratung sein. Dazu sind spezifische Kompetenzen, interdisziplinäre Bündnisse und Kooperationen (bspw. mit Opferberatungsstellen) sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendsozialarbeit, Jugendhilfe, Polizei und Justiz nötig.**
Hier sind qualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote für Erwachsene und Fachkräfte von besonderer Bedeutung. Der Bereich Intervention sollte zudem stärker in den Fokus gerückt werden. Zusätzlich zur Vorbeugung antisemitischer Einstellungen sollten Alltagserfahrungen mit Antisemitismus berücksichtigt, Opferschutz gewährleistet und antisemitische Vorfälle konsequent bearbeitet werden.

› **… die Antisemitismusprävention als ein eigenständiges (pädagogisches) Handlungsfeld auszubauen und stärker zu fördern.**
Dies betrifft sowohl die Forschung als auch die Praxis der schulischen wie auch außerschulischen Bildung und Sozialarbeit und gilt v. a. für die Weiterentwicklung theoretischer und methodischer Grundlagen.

› **… eine stärkere Verzahnung von post-kolonialen, rassismuskritischen und antisemitismuskritischen Ansätzen mit dem Ziel der Weiterentwicklung einer interdisziplinären und differenzsensiblen Bildungsarbeit, die über die konstruierten »Gruppen« der GMF hinaus geht (Intersektionalität).**
Das Zusammendenken von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus kann insbesondere in der Arbeit mit muslimisch sozialisierten Zielgruppen mögliche Stigmatisierungsängste und Abwehrreaktionen verringern und damit die Bereitschaft erzeugen, sich kritisch mit Antisemitismus auseinanderzusetzen. Die Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Phänomenbereichen darf dabei nicht zur Relativierung der spezifischen Beschaffenheit von Antisemitismus führen. Vielmehr sollte die Verzahnung das Handlungsfeld bereichern, neue Impulse für die fachliche und methodische Weiterentwicklung setzen sowie die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren der politischen Bildung – beispielsweise mit muslimischen Bildungsprojekten – ausbauen und verstärken.

› **… die Bearbeitung des gegenwärtigen Antisemitismus unter Berücksichtigung historischer Entwicklungslinien und Hintergründe zu verfolgen.**
Der Einbezug historischer Perspektiven sollte dabei über eine Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust hinausgehen und auch die Folgen mit einbeziehen. Der Expertenkreis empfiehlt daher, Projekte zu fördern, die sich speziell dieser Fragestellung widmen und darauf bezogene Ansätze erproben. Modellvorhaben dieser Art müssten nicht nur ein Förderschwerpunkt des Bundesprogramms *»Demokratie leben!«* sein, sondern auch im Rahmen anderer Programme – beispielsweise in der Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) – gefördert werden.

› **… Dialog- und Begegnungsarbeit im jüdisch-muslimischen Kontext auszubauen und generell Kooperationen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bildungsträgern zu fördern.**
Begegnungs- und Dialogprojekte zwischen jüdischen und muslimischen Partnern sollten nicht allein auf den palästinensisch-israelischen Konflikt reduziert werden. Stattdessen sollten sie um weitere Aspekte, wie z. B. Identitätsfragen oder Diskriminierungserfahrungen erweitert werden. Für die Bearbeitung des Themas braucht es gegenseitiges Vertrauen und professionelle pädagogische Begleitung (→ Handlungsempfehlungen Religion). Es ist wichtig, dass die Partner sich auf Augenhöhe begegnen, die Beteiligten die Geschichte, Kultur, Religion des Partners kennenlernen.

› **… insbesondere Fort-, Weiter- und Ausbildungsangebote auszubauen und zu fördern, die sich der Fähigkeit zur (Selbst-)Reflexion der pädagogischen Fachkräfte widmen.**
Diese hat eine hohe Bedeutung für das Gelingen von Antisemitismusprävention durch schulische und außerschulische Bildung. Organisierte Selbstreflexion und Reflexion pädagogisch schwieriger Situationen sollte Teil der Qualitätssicherung sein und stärker gefördert werden, etwa durch trägerinterne oder trägerübergreifende Coachings oder Supervisionsangebote für die pädagogisch Verantwortlichen.

Empfehlungen für pädagogische Angebote und Handlungsfelder

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt …

› **… die Kombination aus niedrigschwelligen Ansätzen und langfristigen pädagogischen Formaten.**
Um bei Lehrkräften, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ein Bewusstsein für verschiedene (insbesondere auch israelbezogene) Facetten von Antisemitismus zu stärken, Berührungsängste abzubauen und die Relevanz des Antisemitismus zu verdeutlichen, können kurzfristig einsetzbare Interventionen gefördert werden, die z. B. nur einen geringen Zeitbedarf umfassen. Damit verbunden können weiterführende langfristige pädagogische Angebote, die eine vertiefende Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus ermöglichen, beworben werden.

› **… übliche Fortbildungsformate um weitere Formate – Fachberatung, kollegiale Fallanalysen oder Coaching-Angebote – zu ergänzen, um möglichst breite Zielgruppen zu erreichen.**

› **… Angebote zur Fort- und Weiterbildung von Lehr- und Fachkräften – hier auch der Polizei, Jugend(sozial)Arbeit, Verwaltung, Wissenschaft, Medien – stärker auszubauen und zu fördern.**
Die themenbezogenen Schulungen dürfen nicht ausschließlich projektbezogen, sondern müssen als Teil der Ausbildung in den regelgeförderten Strukturen umgesetzt werden. Auch hier gilt es, die verschiedenen Facetten von Antisemitismus einzubeziehen.

› **... pädagogisch-präventive Ansätze mit Lebenswelt- und Sozialraumbezug als besonders wirksam zu fördern.**
Verbindende Elemente können zum Beispiel Sport (insbesondere Fußball), Musik oder andere Formen der Freizeitgestaltung sein. Bundesprogramme wie *»Zusammenhalt durch Teilhabe«* (BMI) gehen bereits in diese Lebensbereiche hinein, indem sie die Zusammenarbeit mit großen zivilgesellschaftlichen Trägern wie der Sportjugend, Feuerwehr oder Hilfsorganisationen wie dem DRK fördern. Inhaltlich sollten die Programme allerdings noch stärker um das Thema Antisemitismus erweitert werden.

› **... Moscheegemeinden und muslimische Träger für die Arbeit gegen Antisemitismus zu gewinnen und gezielt Projekte zu fördern, die konkrete Maßnahmen im Bereich der interkulturellen, interreligiösen Begegnung- und Dialogarbeit mit jüdischen Partnern sowie Trägern politischer Bildung gegen Antisemitismus durchführen.**
Dabei kann die Einbeziehung muslimisch-sozialisierter Bildungsreferentinnen und -referenten von Vorteil sein, da sie durch ihre Biografie gewisse Identifikationsmöglichkeiten mit den Adressaten bieten sowie durch ihre kulturelle Nähe Fachkompetenzen zu Fragen des Islam mitbringen können.

› **... Präventionsmaßnahmen gegen religiösen Extremismus, insbesondere gegen salafistische Radikalisierung in Schulen, Moscheegemeinden und Jugendhilfe, weiter zu entwickeln.**
Erfolg versprechende Konzepte sollten in der Breite implementiert werden. Dabei geht es v. a. darum, gefährdete Jugendliche in der Auseinandersetzung mit Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zu stärken und ihnen Wege der gesellschaftlichen Partizipation aufzuzeigen.

› **...Bildungsangebote für den schulischen und außerschulischen Bereich zu entwickeln, die eine kritische Auseinandersetzung mit nationalistischer und islamistischer Propaganda, insbesondere aus der Türkei, aber auch aus anderen Herkunftsländern, ermöglichen.**

› **... der Kultusministerkonferenz, eine dringend erforderliche, fächerübergreifende Überarbeitung der Schulbücher zu initiieren.**
Trotz wiederholter Empfehlungen, u. a. der deutsch-israelischen Schulbuchkommission, wird Antisemitismus nach wie vor mehrheitlich und v. a. beschreibend im Kontext des Mittelalters und des Nationalsozialismus behandelt. Damit ein verstärktes Bewusstsein für die Aktualität von antisemitischen Bildern und Haltungen geschaffen werden kann, sollten im Rahmen der Bund-Länder-Kommission Richtlinien erarbeitet werden, die auf Länderebene Verbindlichkeit bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus im schulischen Kontext schaffen.

› **... für den Bereich der Hochschulen und Universitäten die stärkere Einbeziehung des aktuellen Antisemitismus in die entsprechenden Rahmenpläne und Curricula.**
Die Angebote sollten sich insbesondere an angehende Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Erwachsenenbildnerinnen und -bildner richten. Beispielhaft hierfür sind Seminarreihen, die auch andere gesellschaftsrelevante Themen ansprechen und Antisemitismus explizit miteinbeziehen. Der Bezug zum jeweiligen Lern- und Berufsfeld kann durch Selbstreflexion und Praxisanalysen hergestellt werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sollte entsprechende Formate mit einem Förderprogramm initiieren.

12 Beispiele

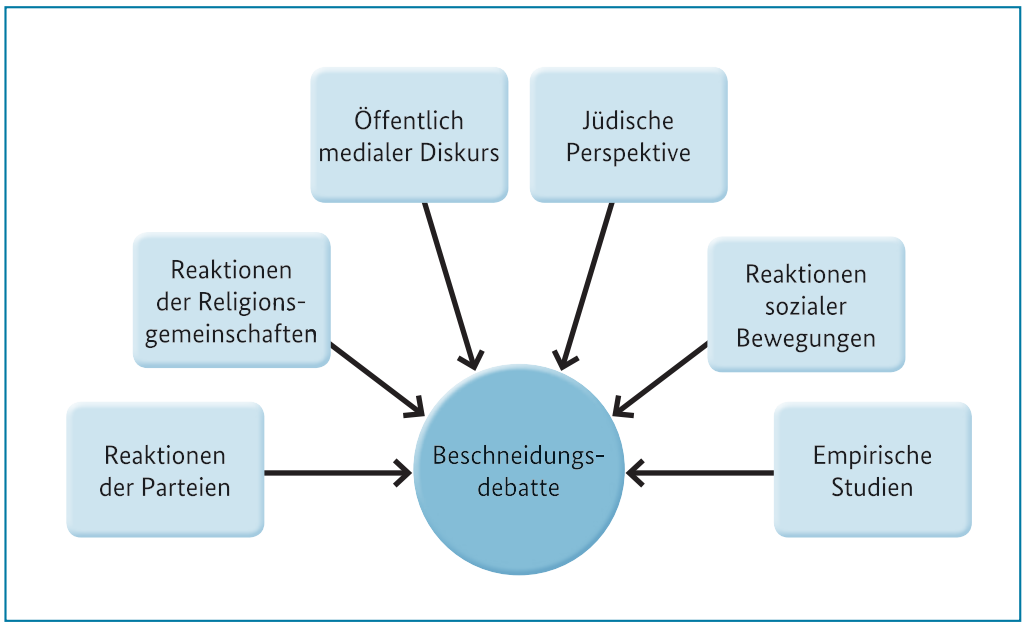
In dem Bericht des zweiten UEA wird deutlich, dass Antisemitismus ein in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen relevantes Problem ist, das sich nicht nur in Form eines klassischen rassistischen Antisemitismus (→ Definition) Bahn bricht, sondern sich auf vielfältige Weise artikuliert. Dabei stehen die Auseinandersetzungen mit Antisemitismus in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen meist nicht nebeneinander, sondern sind eng miteinander verknüpft. Dies zeigt sich nicht zuletzt immer wieder in öffentlichen Debatten, in denen sich die verschiedenen Diskurse etwa aus dem Bereich der Medien, der Religion, der Politik usw. verbinden und aus je unterschiedlichen Positionen heraus Bezug nehmen auf einzelne Themen, die auf verschiedene Weise Antisemitismus transportieren (Abb. 12.1). Um diese Verknüpfung der Perspektiven deutlich zu machen und zu zeigen, wie wichtig das Thema Antisemitismus auf vielen Ebenen des gesellschaftlichen Diskurses ist, werden hier exemplarisch drei Beispiele für öffentliche Auseinandersetzungen mit Antisemitismus vorgestellt: die Augstein-Debatte, die Beschneidungs-Debatte und die Debatten im Bereich »Fußball«.

Die drei Beispiele decken verschiedene Erscheinungsformen des aktuellen Antisemitismus ab: Ging es in der Augstein-Debatte um die Frage, ob es sich bei Publikationen Augsteins zur Politik Israels um einen israelbezogenen Antisemitismus von links handele, wurde in der Beschneidungsdebatte der Vorwurf erhoben, die religiöse Praxis der Beschneidung jüdischer und muslimischer Jungen stelle eine strafbare Körperverletzung dar, was eine Flut von Leserbriefen und Blogs auslöste, in denen sich alte religiöse, aber auch sekundär-antisemitische Vorurteile Bahn brachen. Im Fall des Antisemitismus im Fußball haben wir es hingegen mit einem rechtsmotivierten, sehr direkt und offen artikulierten Antisemitismus zu tun, der sich gleichermaßen gegen jüdische wie nichtjüdische Spieler, Fans und Vereine richtet.

12.1 Die Augstein-Debatte

Bis zur Jahrtausendwende entzündeten sich öffentliche Debatten über Antisemitismus zumeist an Aussagen über Juden im Kontext von Auseinandersetzungen mit der NS-Vergangenheit und deren Folgen (Wiedergutmachung, Umgang mit der Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung der Juden). Dabei war der antisemitische Gehalt der inkriminierten Aussagen zumeist weniger strittig als heute. Dies hat sich seitdem verändert, da nun zunehmend Stellungnahmen und Aktionen, die sich auf den Staat Israel und seine Politik beziehen, in den Vordergrund gerückt sind (Gaza-Flottille, Grass-Gedicht, antiisraelische Demonstrationen). Auch in der sogenannten Augstein-Debatte wurden zwei zentrale Fragen der gegenwärtigen Diskurse über Antisemitismus abgehandelt, nämlich (1) das Problem einer trennscharfen Abgrenzung

Abb. 12.1: Verknüpfung verschiedener gesellschaftlicher Diskurse am Besipiel der Beschneidungsdebatte



einer antisemitischen von einer nichtantisemitischen Kritik an der Politik des Staates Israel (→ Definition) sowie (2) die Frage, ob als antisemitisch bewertete Aussagen einer Person ausreichend sind, um diese als Antisemiten bezeichnen zu können. Im Kern geht es dabei also um ein Ringen darüber, welche Aussagen und Handlungen heute als antisemitisch gelten sollen, worüber offenbar und gerade in Bezug auf Kritik an Israel kein Konsens besteht. Aus diesem Grund gibt es Bemühungen auch auf internationaler Ebene, Übereinkunft über eine »Antisemitismus-Definition« zu erreichen (→ Definition). Die Klärung dieser Frage ist deshalb von so großer Bedeutung, weil Anti-Antisemitismus Teil der bundesdeutschen »Staatsdoktrin« ist und antisemitische Äußerungen einen Bruch der geltenden Sagbarkeitsregeln bedeuten. Die folgende Analyse der Augstein-Debatte zeichnet nach, welche der zahlreichen Akteure, Journalisten, Vertreter jüdischer Organisationen im In- und Ausland, Politiker, Verbände, Historiker und Sozialwissenschaftler, sich wie in dieser Frage positioniert haben. Einen Konsens hat die Debatte nicht stiften können.[960]

12.1.1 Der Konfliktanlass und erste journalistische Stellungnahmen

Die Augstein-Debatte wurde dadurch ausgelöst, dass das *Simon Wiesenthal Center*/Los Angeles (SWC) im November 2012 fünf aus seiner Sicht israelfeindliche Aussagen Jakob Augsteins auf seine jährliche Rangliste der »Top Ten Anti-Semitic/Anti-Israel Slurs« (TTAS) setzte. Unter der Überschrift »Influential German Media Personality´s Bigotry« wurde Augstein auf Platz neun dieser Liste platziert. Darunter folgte, neben fünf unkommentierten Zitaten Augsteins auf *Spiegel Online*, in denen er Vorwürfe gegen die israelische Politik und die Unterstützung durch die USA und Deutschland erhebt,[961] ein Textausschnitt von Henryk M. Broder, der als angesehener Kolumnist *Der Welt* und als Antisemitismusexperte eingeführt wird. Broder sollte hier offenbar als Kronzeuge dienen. In diesem Textabschnitt wird zunächst darauf hingewiesen, dass Broder Augstein als »kleinen Streicher« eingestuft habe, bevor ein direktes, (ins Englische übersetztes) Zitat Broders folgt: »Jakob Augstein ist kein Salon-Antisemit, er ist ein lupenreiner Antisemit [...] ein Überzeugungstäter, der nur Dank [sic!] der Gnade der späten Geburt um die Gelegenheit gekommen ist, im Reichssicherheitshauptamt Karriere zu machen. Das Zeug dazu hätte er.«[962] Broder hatte diese Zeilen in Reaktion auf einen Kommentar Augsteins zu dem Hetzvideo »Innocence of Muslims« geschrieben.[963] Er warf Augstein vor, er habe in seinem Kommentar nahegelegt, dass die israelische Regierung in Zusammenarbeit mit den US-Republikanern »die Sache

960 Aus Gründen der Lesbarkeit und Übersichtlichkeit wurde bei dieser Aufzählung auf die explizite Nennung der weiblichen Form verzichtet.

961 Zitate der TTAS-Liste aus Augsteins Kolumne auf Spiegel Online: (1) »Mit der ganzen Rückendeckung aus den USA, wo ein Präsident sich vor den Wahlen immer noch die Unterstützung der jüdischen Lobbygruppen sichern muss, und aus Deutschland, wo Geschichtsbewältigung inzwischen eine militärische Komponente hat, führt die Regierung Netanjahu die ganze Welt am Gängelband eines anschwellenden Kriegsgesangs.«; (2) »›Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden.‹ Dieser Satz hat einen Aufschrei ausgelöst. Weil er richtig ist. Und weil ein Deutscher ihn sagt, ein Schriftsteller, ein Nobelpreisträger, weil Günter Grass ihn sagt. Darin liegt ein Einschnitt. Dafür muss man Grass danken. Er hat es auf sich genommen, diesen Satz für uns alle auszusprechen«, (3) »Israel wird von den islamischen Fundamentalisten in seiner Nachbarschaft bedroht. Aber die Juden haben ihre eigenen Fundamentalisten. Sie heißen nur anders: Ultraorthodoxe oder Haredim. Das ist keine kleine, zu vernachlässigende Splittergruppe. Zehn Prozent der sieben Millionen Israelis zählen dazu. Benjamin Netanjahu hat in seinem Kabinett Mitglieder gleich dreier fundamentalistischer Parteien sitzen. Die gleichen Werte? Diese Leute sind aus dem gleichen Holz geschnitzt wie ihre islamistischen Gegner. Sie folgen dem Gesetz der Rache.«; (4) »Das Feuer brennt in Libyen, im Sudan, im Jemen, in Ländern, die zu den ärmsten der Welt gehören. Aber die Brandstifter sitzen anderswo. Die zornigen jungen Männer, die amerikanische – und neuerdings auch deutsche – Flaggen verbrennen, sind ebenso Opfer wie die Toten von Bengasi und Sanaa. Wem nützt solche Gewalt? Immer nur den Wahnsinnigen und den Skrupellosen. Und dieses Mal auch – wie nebenbei – den US-Republikanern und der israelischen Regierung.« (aus diesem deutschen Originaltext wurde hier eine sinnentstellend übersetzte Fassung: »Always the insane and unscrupulous. And this time it's the US-Republicans and the Israeli government.«); (5) »Gaza ist ein Ort aus der Endzeit des Menschlichen. 1,7 Millionen Menschen hausen da, zusammengepfercht auf 360 Quadratkilometern. Gaza ist ein Gefängnis. Ein Lager. Israel brütet sich dort seine eigenen Gegner aus.«

962 Dieses Zitat stammt aus Broders Blog »Achse des Guten«, einer von einigen Autoren als rechtspopulistisch eingeschätzten Plattform, die auch der offenen Hetze gegen Muslime und den Islam Raum gibt (vgl. Marin Majica/Ulrike Simon, Broder beleidigt Augstein, in: Frankfurter Rundschau, 18.9.2012). Broder hat sich am 12. Oktober für den Vergleich Augsteins mit Julius Streicher, dem Herausgeber des NS-Hetzblattes »Der Stürmer«, entschuldigt, sie aber inhaltlich letztlich nicht zurückgenommen; http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/antisemitismus-vorwurf-gegen-augstein-broder-entschuldigt-sich-12022867.html (eingesehen 12.10.2016). Diese Entschuldigung war dem SWC offenbar entgangen, als es das Broder-Zitat verwendete, oder aber der Inhalt wurde durchaus weiterhin geteilt. So äußerte Efraim Zuroff, der Direktor des SWC in Jerusalem, Verständnis für Broders Streicher-Vergleich und bezeichnete Augstein offen als Antisemiten (vgl. Philipp Peyman Engel, »›Empörend und ekelhaft‹ Efraim Zuroff über Günter Grass, Jakob Augstein und die Top Ten der schlimmsten Antisemiten«, in: Der Tagesspiegel, 3.1.2013, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/14867 (eingesehen 24.10.2016).

963 »Innocence of Muslims« ist der Titel eines im September 2012 veröffentlichten Films, der wegen seines von vielen Muslimen als beleidigend empfundenen Inhalts zum Auslöser von teilweise gewalttätigen Demonstrationen in einer Reihe arabischer Länder wurde.

auf den Weg gebracht habe«.[964] Broder hat im Laufe der Debatte Anfang Januar 2013 in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* seine Kritik noch einmal bekräftigt, indem er erklärte: Das »Lupenreine an Augsteins Antisemitismus ist die absolute Eins-zu-Eins-Übertragung von allem, was früher über Juden gesagt wurde, auf Israel«.[965] Er beschuldigte Augstein, der dem modernen Typus des Antisemiten entspreche, sogar der Wegbereitung eines neuen Holocaust. Daraufhin bezeichnete Augstein Broder als einen »Stalker«. Das Problem sei nur, dass »er spinnt. Und in diesem Fall hat das Spinnen einen Grad erreicht, wo der Spaß aufhört.«[966] In vielen der direkt auf die TTAS-Liste reagierenden Artikel wurde auch Henryk M. Broder wegen seines beleidigenden Angriffs auf Augstein mehr oder weniger scharf kritisiert und als Person abgewertet. Es dominiert in dieser frühen Phase eine starke Fokussierung der Debatte auf Augstein und Broder.

In ihrer Analyse des Mediendiskurses zur Augstein-Debatte haben der Philologe Lukas Betzler und der Politikwissenschaftler Manuel Glittenberg vier Phasen identifiziert.[967] Die frühen journalistischen Reaktionen bilden demnach eine erste Phase der Debatte, in der die Frage nach der Berechtigung der Platzierung Augsteins auf der TTAS-Liste und die Frage, ob dieser als Antisemit zu bezeichnen sei, das Kernthema bildeten. Nach der Publikation der Liste im November 2012 und der Antwort Augsteins »Überall Antisemiten«[968] am 26. November begann die publizistische Debatte Ende Dezember und hielt dann den Januar 2013 über an. Ohne mit einem Wort auf die Liste des *Simon Wiesenthal Center*s einzugehen, wehrte sich Augstein in dem genannten Artikel mit dem Argument, der Antisemitismusvorwurf werde inflationär verwendet und dazu missbraucht, »Israels Besatzungspolitik mit dem Antisemitismusvorwurf gegen jede Kritik in Schutz zu nehmen«. Seiner Ansicht nach muss »jeder Kritiker Israels damit rechnen, als Antisemit beschimpft zu werden«, was den »wirklichen Judenfeinden« nütze und Israel schade. In der Prestigepresse (*Die Zeit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Der Spiegel, taz)* erschienen Anfang Januar Artikel, in denen Augstein vom Vorwurf des Antisemitismus freigesprochen wird, da seine Feststellungen »trivial« seien und durchaus zuträfen,[969] er die Adressaten seiner Kritik genau benenne und im Unterschied zu den anderen auf der TTAS-Liste aufgeführten Personen niemals die Juden in ihrer Gesamtheit dämonisiere. »Augstein hat weder in seinen Artikeln im *Freitag* noch als Kolumnist von *Spiegel Online* Juden beleidigt oder den Staat Israel. Er hat für keine Vernichtung plädiert und für keine Vertreibung, aus seinen Texten spricht kein Hass und kein Ressentiment. Augstein nimmt sich lediglich die Freiheit, die Regierung Netanjahu dafür zu kritisieren, wofür sie alle Welt kritisiert«, wie Christian Bommarius meinte.[970] Während Augstein selbst das SWC als eine wichtige und international anerkannte Institution wertete, die ihren Zielen allerdings durch die Aufnahme seiner Texte schade, stellten andere das SWC als Teil der »Israel-Lobby« infrage, kritisierten die Methoden des Rankings und verwiesen »die Geschichte […] ins weite Reich des Absurden«.[971] Einige Journalisten sahen in der Aufnahme Augsteins in die Liste eine aggressive und absichtliche Diffamierung seitens des SWC, um damit einen Kritiker Israels mundtot zu machen, was etwa der Feuilletonchef der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung,* Niels Minkmar, als einen schweren strategischen Fehler ansah.[972] Einige Journalisten griffen den Vorwurf Augsteins auf, dass »jeder Kritiker Israels damit rechnen muss, als Antisemit beschimpft zu werden«, und kritisierten die inflationäre Verwendung des Antisemitismusvorwurfs, die dazu diene, jegliche Kritik an Israel zu diffamieren und den Sprechenden zu bedrohen.[973] Einige Autoren wählten sogar eine Selbstpositionierung als Antisemit, um sich mit Augstein zu solidarisieren. Wenn dessen Kritik an Israel antisemitisch sei, dann seien auch sie Antisemiten (Reinecke[974], Martenstein[975]).

964 Majica/Simon, Broder beleidigt Augstein, interpretieren den Text anders als Broder.

965 Zweite jüdische Organisation kritisiert Augstein, in: Welt am Sonntag, 5.1.2013, https://www.welt.de/politik/deutschland/article112421766/Zweite-juedische-Organisation-kritisiert-Augstein.html (eingesehen 12.10.2016).

966 Ebenda.

967 Lukas Betzler/Manuel Glittenberg, Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs. Eine Analyse des Falls Jakob Augstein, Baden-Baden 2015; die Autoren nehmen in ihrem Buch eine diskurs- und textanalytische Untersuchung zum Thema vor und stufen viele Aussagen Augsteins als antisemitisch ein.

968 Spiegel Online, 26.11.2012, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kritik-an-israel-inflationaerer-gebrauch-des-antisemitismus-vorwurfs-a-869280.html (eingesehen 25.11.2016)

969 Frank Drieschner, Israel: Wer hasst da wen? Das Simon-Wiesenthal-Zentrum diffamiert einen Israel-Kritiker, in: Die Zeit, 3.1.2013, http://www.zeit.de/2012/02/augstein-antisemitismus-vorwurf (eingesehen 25.10.2016).

970 Christian Bommarius, Antisemitismus. Broder diffamiert Augstein, in: Frankfurter Rundschau, 2.1.2013, http://www.fr-online.de/medien/antisemitismus-broder-diffamiert-augstein,1473342,21374630.html (eingesehen 25.10.2016); Niels Minkmar, Antisemitismus-Vorwurf. Eine offene Gesellschaft. Das Simon-Wiesenthal-Center hat Jakob Augstein als schlimmen Antisemiten deklariert: Das ist unsinnig und die Begründung lächerlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.1.2013, http:/www.faz.net/aktuell/feuilleton/antisemitismus-vorwurf-eine-offne-gesellschaft-12011369.html (eingesehen 25.11.2016).

971 Stefan Reinecke, Kommentar SWC-Preis für Augstein. Wir Antisemiten, in: taz, 3.1.2013, http://www.taz.de/!5076152 (eingesehen 25.10.2016); Jan Fleischhauer, Der Fall Augstein, in: Spiegel Online, 6.1.2013, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/antisemitismus-debatte-der-Fall-Augstein-a-875976.html (eingesehen 25.10.2010).

972 Minkmar, Antisemitismus-Vorwurf.

973 »Das SWC betitelt Jakob Augstein als Antisemiten. Das Problem ist nicht der neue unsichtbare Antisemitismus, sondern die Entgrenzung des Begriffes.« (Reineke, Wir Antisemiten, in: taz, 3.1.2013); Driescher, Israel.

974 Reinecke, Wir Antisemiten.

975 Harald Martenstein, Nach Vorwürfen gegen Jakob Augstein. Ich will auch auf die Antisemiten-Liste!, in: Der Tagesspiegel, 6.1.2013, http://www.tagesspiegel.de/meinung/nach-vorwuerfen-gegen-jakob-augstein-ich-will-auch-auf-die-antisemiten-liste/7592230.html (eingesehen 25.10.2016).

In dieser ersten Phase gab es kaum eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung über die Texte Augsteins, da diese in der öffentlichen Debatte vielfach als »Israelkritik« deutlich vom Antisemitismus abgegrenzt wurden. Für Betzler und Glittenberg zeigt die Argumentation vieler Journalisten, die sich in dieser Phase äußerten, ein bestimmtes, enges Verständnis von Antisemitismus, in dem die Verwendung antisemitischer Stereotype, Codes und Chiffren nicht als Antisemitismus begriffen werde.[976] Augsteins Texte werden als zwar sehr scharf, aber auf konkrete Ereignisse oder Aspekte der israelischen Politik bezogen wahrgenommen, nicht aber als antisemitisch. Die große Mehrheit der Journalisten sah den Antisemitismusvorwurf gegen Augstein als Person gerichtet und nicht gegen dessen Texte und nahm ihn in Schutz. Es gab aber einige wenige Ausnahmen: Clemens Vergin teilte die seiner Meinung nach unkritische Verteidigung Augsteins nicht, sondern wertete dessen Texte als antisemitisch, da auch linke »Israelkritik« antisemitisch sein könne. Er konstatierte bei Augstein einen »Juden- und Israelknacks« und warf seinen Journalistenkollegen vor, »blind gegenüber Antisemitismus« zu sein. Vergin hielt dennoch die Platzierung Augsteins auf der TTAS-Liste für nicht gerechtfertigt und die Heranziehung Broders als Kronzeugen seitens des SWC für »keine gute Idee«.[977] Auch Anetta Kahane vertrat etwas später die Position, »Israelkritik« könne sehr wohl antisemitisch sein und Augsteins Texte hätten die Schwelle zum Antisemitismus überschritten, da seine Darstellung israelischer Politik selten »giftfrei« ausfiele.[978]

12.1.2 Pro- und contra Stellungnahmen von Politikern, Wissenschaftlern und jüdischen sowie nichtjüdischen Organisationen

Auf die frühen journalistischen Reaktionen folgten in einer zweiten Phase Stellungnahmen von Politikern, Wissenschaftlern, vom *Zentralrat der Juden in Deutschland*, von der *Anti-Defamation League* (ADL), vom *Deutschen Journalistenverband* sowie vonseiten des SWC. Unterstützung für Augstein kam von Politikern aus den beiden politisch entgegengesetzten Lagern. Gregor Gysi (*Die Linke*) lobte Augstein als einen herausragenden und kritischen Journalisten, der teils berechtigte, teils unberechtigte Kritik an der Politik Israels übe. »Deshalb aus ihm einen Antisemiten schmieden zu wollen, geht völlig fehl und unterstützt den schleichenden Antisemitismus.«[979] Auch Julia Klöckner, die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, sah es als gutes Recht an, wenn »jemand in einer freien Gesellschaft Regierungen kritisiert«, und hielt es für sehr gewagt, »wenn jemand Antisemitismus daraus ableitet«.[980] Beide folgen hier der Argumentation der Journalisten, indem sie Augsteins Kritik an der Politik Israels als berechtigt ansehen und im Gegenzug den Kritikern Augsteins vorwerfen, mit ihren Angriffen Antisemitismus zu begünstigen. Auch vonseiten des *Deutschen Journalistenverbandes* wurde Augstein gegen die Kritik des SWC in Schutz genommen.

Vonseiten jüdischer Organisationen kamen in dieser Phase sehr unterschiedliche Stellungnahmen. Der ADL-Direktor Ken Jacobson urteilte in der *Jerusalem Post,* Augsteins Kommentar über die jüdische Kontrolle der US-Außenpolitik »überschreite die Grenze zu antisemitischen Verschwörungstheorien«. Er wisse aber über Augstein zu wenig, »um ihn als Antisemiten zu bezeichnen«.[981] Auch Shimon Samuels, der Direktor für Internationale Beziehungen am SWC in Paris, erklärte in einem Interview mit dem *Tagesspiegel* vom 11. Januar 2013, Augstein habe den Bereich der legitimen Kritik an Israel verlassen und argumentiere antisemitisch. Er bezog sich dabei auf den sogenannten 3D-Test des ehemaligen israelischen Diasporaministers Natan Sharansky (→ Definition) und die Definitionen der Berliner Erklärung zum Antisemitismus der OSZE von 2004, ohne allerdings den antisemitischen Gehalt von Zitaten Augsteins konkret deutlich zu machen.[982] Vom *Zentralrat der Juden* meldeten sich der Präsident und der Vizepräsident in der Debatte zu Wort, die beide in Augstein keinen Antisemiten sehen wollten. Salomon Korn, der damalige Vizepräsident, nahm Augstein in einem Interview am 4. Januar 2013 gegen die Vorwürfe des SWC in Schutz, dem er vorwarf, »die deutschen Verhältnisse nicht zu kennen« und sich zu einseitig auf das Urteil eines Publizisten wie Broder verlassen zu

976 Betzler/Glittenberg, Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs, S. 210 f.

977 Clemens Vergin, Augsteins Verteidiger sind auf dem linken Auge blind, in: Die Welt, 3.1.2013, https://www.google.de/search?q=Clemens+Vergin+Augstein-Debatte&ie=utf-8&oe=utf-8&aq=t&rls=org.mozilla:de:official&client=firefox-a&gfe_rd=cr&ei=YQT-V6zUOMnU8gfL4IH4Cg#q=Clemens+Wergin+Augstein-Debatte (eingesehen 12.10.2016).

978 Anetta Kahane, Erst einmal versuchen zu verstehen, in: Frankfurter Rundschau, 6.1.2013, http://www.fr-online.de/meinung/kolumne-broder-augstein-streit-erst-mal-versuchen-zu-verstehen,1472602,21398944.html (eingesehen 2.11.2016).

979 Zitirt nach: Gysi und Klöckner verteidigen Augstein gegen Antisemitismusvorwurf, in: Spiegel Online, 3.1.2013, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gysi-und-kloeckner-verteidigen-augstein-gegen-antisemitismus-vorwurf-a-875610.html (eingesehen 24.10.2016).

980 Ebenda.

981 Zweite jüdische Organisation kritisiert Augstein, in: Welt am Sonntag , 5.1.2013, https://www.welt.de/politik/deutschland/article112421766/Zweite-juedische-Organisation-kritisiert-Augstein.html (eingesehen 12.10.2016); Antisemitismus-Debatte um Augstein: »Auch Worte können töten«, in: Der Tagesspiegel, 11.1.2013, http://www.tagesspiegel.de/meinung/antisemitismus-debatte-um-augstein-auch-Worte-koennen-toeten/7617228.html (eingesehen 24.10.2016).

982 Antisemitismus-Debatte um Augstein: »Auch Worte können töten«, in: Der Tagesspiegel, 11.1.2013, http://www.tagesspiegel.de/meinung/antisemitismus-debatte-um-augstein-auch-Worte-koennen-toeten/7617228.html (eingesehen 24.10.2016).

haben.[983] Er schätzte zudem die Bedeutung des SWC eher gering ein, da das Zentrum recht klein, nicht besonders gut ausgestattet sei und nicht an das Renommee seines Namenspatrons heranreiche. Andererseits warf er Augstein vor, in seiner Kritik an Israels Besatzungspolitik zu überziehen und die Verhältnisse in Israel (hier bezogen auf den Vergleich der Ultraorthodoxen mit islamistischen Fundamentalisten) nicht zu kennen. Obwohl Korn in der »lustvollen« Kritik an Israel in Deutschland die Tendenz zur Schuldentlastung und Täter-Opfer-Umkehr erkannte, wertete er dies nicht als antisemitisch.[984]

Der damalige Präsident des *Zentralrats der Juden,* Dieter Graumann, beantwortete in einem *Spiegel*-Gespräch mit Jakob Augstein am 14. Januar 2013 die Frage, ob er letzteren für einen Antisemiten halte, mit nein und sah ihn zu Unrecht auf der SWC-Liste platziert.[985] Dennoch urteilte er deutlich schärfer als Korn, indem er Augsteins Kolumnen »abscheulich und abstoßend« nannte und ihm vorwarf, »fahrlässig antijüdische Ressentiments zu schüren«, durch seine Konzentration allein auf Israel »eine moralische Asymmetrie zu erzeugen« und über Israel mit dem »Fingerspitzengefühl eines Bulldozers« zu schreiben. Graumann gab auf Nachfrage eine Definition von Antisemitismus,[986] der Augstein sofort beipflichtete und sich selbst auf dieser Grundlage aber nicht als Antisemiten, sondern als jemanden betrachtete, der Israel wie jeden anderen Staat behandelt und kritisiert und eben keine Doppelstandards anlegt.[987] Er wies auch den Vorwurf Graumanns, er würde sich in seinen außenpolitischen Kolumnen ganz auf Israel konzentrieren, als unzutreffend zurück.[988] Graumann warf Augstein zwar vor, in Sachen Israel Stimmung zu machen und auf der »Welle von Populismus« zu reiten, einen »camouflierten Antisemitismus, der sich der Israel-Hetze bedient« ,wollte er ihm aber nicht unterstellen.[989]

Unter den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich in dieser Debatte zu Wort meldeten, lassen sich verschiedene Positionen ausmachen. Eine ganze Reihe von ihnen (der israelische Historiker Tom Segev, der Erziehungswissenschaftler und langjährige Leiter des *Fritz Bauer Instituts zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust* Micha Brumlik, der Historiker Michael Wolffsohn) nahm kaum zu den Aussagen Augsteins Stellung, sondern kritisierte v. a. die Aufnahme Augsteins in das Ranking des SWC. Diese wird teils als politisch motiviert beurteilt, soll sie doch Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch diskreditieren,[990] teils werden dem SWC ökonomische Motive unterstellt, da es sich mit der Veröffentlichung der Liste von Antisemiten selbst im Gespräch halten wolle.[991] Die Historikerin Juliane Wetzel konzedierte in einem Interview mit dem Magazin *Cicero* zwar, dass Kritik an Israel im Sinne einer »Umwegkommunikation« genutzt werden könne, um antisemitische Äußerungen zu tätigen, doch sah sie dies im Fall Augstein als nicht gegeben an. Sie beurteilte die Vorwürfe des SWC als »maßlos überzogen« und warnte vor einem inflationären Gebrauch des Antisemitismus-Begriffs, der

983 Das Wiesenthal-Zentrum kennt die deutschen Verhältnisse nicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.1.2013, http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/salomon-korn-zum-fall-augstein-das-wiesenthal-zentrum-kennt-die-deutschen-verhaeltnisse-nicht-12014865.html (eingesehen 12.10.2016). Das Interview wurde am 4.1.2016 im Deutschlandradio geführt und erfuhr ein großes Medienecho.

984 Ebenda.

985 Spiegel-Streitgespräch: »Was ist Antisemitismus?«, in: Der Spiegel, 14.1.2013. Für sein Urteil, dass Augstein nicht auf das Ranking gehöre, gab Graumann im Magazin Focus folgende Begründung: »Diese Meinung vertrete er aber nicht ›aus Fürsorge für Herrn Augstein, sondern weil die anderen auf der Liste, auch die widerlichen Naziparteien in unseren europäischen Partnerländern Ungarn und Griechenland, damit unzulässig verharmlost werden‹«, http://www.focus.de/kultur/medien/kultur-und-leben-medien-schauderhaft-und-schrecklich_aid_892242.html?drucken=1 (eingesehen 2.11.2016).

986 In seiner Definition hielt sich Graumann an die üblichen Kriterien: »wer überall eine jüdische Weltverschwörung wittert oder ›die Juden‹ für alle Übel im Zusammenleben der Völker verantwortlich macht. Wer Israel das Existenzrecht abspricht, es verteufelt oder seine Vernichtung in Kauf nimmt. Wer grobschlächtige Nazi-Vergleiche anbringt, um Israels Politik zu verdammen«, in: Spiegel-Streitgespräch – Was ist Antisemitismus?

987 Auf die Vorhaltungen Graumanns hin bedauerte Augstein seinen Ausdruck »Lager« für den Gazastreifen, verteidigte aber Wendungen wie »jüdische Lobby« in Bezug auf die USA und die Gleichsetzung jüdischer und islamistischer »Fundamentalisten« gegen die Kritik Graumanns (vgl. ebenda).

988 Der Spiegel druckte direkt hinter die Graumann-Augstein-Debatte einen Beitrag des israelischen Journalisten und Experten für Sicherheitspolitik, Ronen Bergman, mit dem Titel »Für immer David. Warum manche Juden überall Antisemitismus sehen« ab. Nachdem Antisemitismus in Israel lange nicht als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen worden sei, habe sich dies in den letzten zehn Jahren geändert. »Viele Israelis und Juden verwechseln seither Antisemitismus und antiisraelische Politik« (S. 129). Als Ursache dafür sieht er die Angst vor einer Delegitimierung Israels. Dies treibe etwa das SWC und andere an, Israel zu verteidigen, was dazu führe, »dass sie Kritik, wie heftig sie auch sein mag, fälschlicherweise mit Antisemitismus gleichsetzen«. (Ebenda).

989 Die Volksstimme, 8.1.2013, http://www.volksstimme.de/nachrichten/deutschland_und_welt/meinung_und_debatte/998936_augstein-debatte-zieht-kreise-broder-nimmt-seinen-hut-beim-rbb.html (eingesehen 12.10.2016).

990 Tom Segev fragte in der taz, ob er nicht auch auf der Liste stehe (vgl. Daniel Bax, Antisemitismusdebatte um Augstein. Wie eine Berliner ›Szene-Fehde‹. Ist Freitag-Herausgeber Jakob Augstein ein Antisemit? Der Vorwurf des Simon-Wiesenthal-Zentrums löst bei Experten viel Kopfschütteln aus, in: taz, 3.1.2013, www.taz.de/!5076135/ (eingesehen 2.11.2013). Für Micha Brumlik stand hinter der Platzierung die Absicht, »auch linksliberale Kritiker der israelischen Regierungs- und Siedlungspolitik als Antisemiten zu bezeichnen. […] Augstein manövriert zwar gelegentlich an der Grenze zum Ressentiment, aber er argumentiert differenziert.« (Ebenda).

991 Michael Wolffsohn, warnte im Gespräch mit Christoph Heinemann davor, den Antisemitismus-Vorwurf inflationär zu verwenden. Das SWC würde mit der Liste nicht den Antisemitismus bekämpfen, sondern ökonomischen Nutzen daraus ziehen wollen: »Historiker: ›In einer Demokratie muss auch Unsinn erlaubt sein‹. Michael Wolffsohn hält Debatte um Augstein-Äußerungen für überzogen«, http://www.deutschlandfunk.de/historiker-in-einer-demokratie-muss-auch-unsinn-erlaubt-sein.694.de.html?dram:article_id=233050 (eingesehen 2.11.2016). Ähnlich hatte auch Jan Fleischhauer auf Spiegel Online argumentiert: »Schon die Erfindung einer Top-Ten-Liste weist auf die Nähe zum Unterhaltungsgewerbe hin, wo man weiß, wie man die Leute bei der Stange hält.« Jan Fleischauer, Der Fall Augstein, in: Spiegel Online, 6.1.2013; http://www.spiegel.de/politik/deutschland/antisemitismus-debatte-der-fall-augstein-a-875976.html (eingesehen 1.11.2016)

ausgehöhlt würde, wenn jede scharfe Kritik als antisemitisch gelte.[992] Sie räumte allerdings einschränkend ein, dass »Grauzonen« (→ Definition) existierten, in denen sich Augsteins Aussagen bewegten. Der Sozialwissenschaftler Peter Ullrich hielt die Wortwahl »Lager« und »Gesetz der Rache« ebenfalls für »problematisch« und »mindestens mehrdeutig«.[993]

12.1.3 Kritik an Augstein und seinen Unterstützern

Im weiteren Verlauf der Debatte zeichnete sich allerdings eine Veränderung ab. Es gab nun zunehmend Kritik an den Aussagen Augsteins, aber auch an denen seiner Verteidiger. Ihnen wurde vorgeworfen, ihre Parteinahme für Augstein sei nicht in dessen Aussagen begründet, sondern in der Einschätzung seiner Person und gesellschaftlichen Stellung.[994] Diese kritischen Stimmen hatten allerdings eine wesentlich »geringere diskursive Präsenz als die Verteidigungen Augsteins zuvor«, da sie eher in den Meinungs-und Kommentarspalten der Zeitungen zu Wort kamen.

Ebenfalls in einem Interview mit der *Welt* kritisierte der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn, Augstein hinge der antisemitischen Machtfantasie an, »Juden beziehungsweise Israel würden die Welt lenken und kontrollieren, sie würden von Kriegen profitieren und sie gar selbst zum eignen Nutzen inszenieren«.[995] Augstein nutze eine Täter-Opfer-Umkehr, indem NS-Verbrechen auf Israel projiziert würden, so Salzborn und warf Augstein vor, die israelische Politik mit einem doppelten Standard zu messen und Israel zu dämonisieren, um die israelische Politik zu delegitimieren.[996] Salzborn rechtfertigte Augsteins Platzierung auf der SWC-Liste, da dieser eine Haltung des linksintellektuellen Spektrums repräsentiere, das sich den Versäumnissen und Fehlern seiner eigenen Vergangenheit nicht stellen wolle, sondern diese auf Israel projiziere.[997] Trotz dieser Argumentation möchte auch Salzborn Augstein offenbar nicht als Antisemiten bezeichnen. So hielt er es für sekundär, ob Augstein sich im Klaren darüber sei, dass er antisemitisch argumentiert. Zusammenfassend kann man sagen, dass diejenigen Kritiker, die den antisemitischen Gehalt von Augsteins Artikeln hervorhoben, dies mit der Verwendung von Verschwörungstheorien (angebliche Macht einer jüdischen Lobby), Gleichsetzungen israelischer Politik mit der des Nationalsozialismus (Gaza als Lager, Anti-Terror-Kampf als Vernichtungskrieg u.a.) sowie Merkmalen des sekundären Antisemitismus (Täter-Opfer-Umkehr) begründeten.

Gegen Ende der Debatte im Januar 2013 verschärfte das SWC die Angriffe auf Augstein noch einmal. Auf einer Pressekonferenz vertrat der Vizepräsident des SWC, Rabbi Abraham Cooper, nachdem Augstein sich nicht für seine Äußerungen entschuldigt hatte, die Ansicht: »Er ist ein Antisemit.«[998] Cooper bezog sich auf den Namensgeber des SWC, Simon Wiesenthal, der »Angst vor ›neuen Nazis‹ und ›gegenwärtigen Gefahren‹ gehabt habe, um damit zu rechtfertigen, warum das Zentrum den deutschen Publizisten Jakob Augstein auf einer Liste führe«,[999] mit der das SWC dort auf den Antisemitismus aufmerksam machen wolle, wo ihm nach Meinung des SWC nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werde. »Die Listung von Jakob Augstein ist nicht nur ein Vorwurf an ihn, sondern auch ein Vorwurf an eine Gesellschaft, die nach der Lektüre seiner Kolumnen diesen Vorwurf nicht selbst erhob.«[1000] Niels Kruse zog im Stern vom 31. Januar 2013 aus dem Vorwurf Coopers, der *Zentralrat der Juden,* die Regierungsparteien und die Journalisten hätten alle Augstein geschützt, den Schluss, dieser habe damit andeuten wollen, »dass die Solidarität mit Augstein ein Hinweis auf einen weit verbreiteten Antisemitismus in Deutschland sein könnte«. Kruse hielt aber auch eine andere Lesart für denkbar, derzufolge diese Solidarität ein Hinweis sei, dass sich das SWC mit seiner erneuerten Einschätzung vielleicht vergaloppiert haben könnte.[1001] Der angegriffene

992 Cicero, 4.1.2013. Wetzel zieht in dem Artikel die Grenze von Kritik an israelischer Politik und Antisemitismus wie folgt: »Erstens, wenn das Existenzrecht Israel infrage gestellt wird oder bestritten wird. Zweitens, wenn Zionismus und Rassismus gleichgestellt werden. Drittens, wenn das Vorgehen des israelischen Militärs mit dem nationalsozialistischen Völkermord gleichgesetzt wird«. http://www.cicero.de/weltbuehne/grenzwertig-aber-nicht-antisemitisch/53060 (eingesehen 25.11.2016).

993 Peter Ullrich, Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs, Göttingen 2013, S. 79 f.

994 Malte Lehming, Debatte um Jakob Augstein. Was im 21. Jahrhundert antisemitisch ist, in: Der Tagesspiegel, 9.1.2013, http://www.tagesspiegel.de/meinung/debatte-um-jakob-augstein-was-im-21-jahrhundert-antisemitisch-ist/7602976.html (eingesehen 25.11.2016); Deniz Yücel, Mit fettarschiger Selbstzufriedenheit. Die Sache mit dem ›kriddischen Dschornalismus‹ oder warum fast alle deutschen Journalisten Jakob Augstein so inbrünstig verteidigen, in: taz, 15.1.2013, http://www.taz.de/!5075375/ (eingesehen 2.11.2016).

995 Interview mit Philip Kuhn, Dämonisierung mit dem Ziel der Delegitimierung, in: Die Welt, 16.1.2013, https://www.welt.de/ politik/deutschland/article112787522/Daemonisierung-mit-dem-Ziel-der-Delegitimierung.html (eingesehen 24.10.2016).

996 Ebenda.

997 Ebenda.

998 Leander Steinkopf, ›Fall Augstein‹. Wie wird man einer der schlimmsten Antisemiten?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.1.2013, http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/fall-augstein-wie-wird-man-einer-der-schlimmsten-antisemiten-12046164.html (eingesehen 24.10.2016); Daniel Bax, Augstein und der Antisemitismus. Rabbiner Cooper legt nach, in: taz, 31.1.2013.

999 Bax, Augstein und der Antisemitismus. Cooper nennt als Motiv für diese Liste die Verteidigung Israels gegen jeden, der »die Legitimität Israels als jüdischen Staat« infrage stelle.

1000 Steinkopf, Fall Augstein.

1001 Niels Kruse, Besuch beim Wiesenthal-Zentrum. Wie Jakob Augstein zum Antisemiten wurde. Erst war Jakob Augstein jemand, der antisemitische Texte schreibt, nun ist er ein Antisemit. Zumindest aus Sicht des Simon-Wiesenthal-Zentrums – Ortstermin einer Anklageverlesung, in: Stern, 31.1.2013, http://stern.de/politik/deutschland/besuch-beim-wiesenthal-zentrum-wie-jakob-augstein-zum-antisemiten-wurde-1964230.html (eingesehen 24.10.2013).

Augstein nahm nicht an der Pressekonferenz teil, wurde aber danach von der Nachrichtenagentur dpa dazu befragt. »Mit Antisemitismus-Vorwürfen, wie sie gegen mich erhoben werden, wird Politik gemacht und versucht, die Öffentlichkeit zu kontrollieren«, sagte Augstein in diesem Zusammenhang. Er fände es unseriös, wenn gleichzeitig noch sein Diskussionsangebot an das SWC verweigert wird, da seiner Meinung nach zwei Themen zur Debatte stünden: Israels Sicherheitspolitik und der Antisemitismus in Deutschland. »Über beides muss man reden. Man sollte es aber nicht ungebührlich vermengen.«[1002] Augstein nahm zu den Äußerungen Coopers auf der Pressekonferenz auch auf *Facebook* Stellung, worüber aber in den Zeitungen nicht berichtet wurde. Er unterstellte, Cooper und er hätten offenbar sehr unterschiedliche Auffassungen von Pressefreiheit. Was er derzeit für Erfahrungen mache, könne man nur mit fundamentalistischen oder totalitären Institutionen machen. Damit warf Augstein dem SWC letztlich vor, eine fundamentalistische und totalitäre Einrichtung zu sein.[1003]

12.1.4 Die Mediendebatte aus wissenschaftlicher Sicht

Mit der Pressekonferenz Coopers und der Presseberichterstattung dazu kam die Augstein-Debatte in der Medienöffentlichkeit zu einem Ende. Nach einer ersten noch sehr zeitnahen Analyse der Mediendebatte durch das *Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus* vom 4. Februar 2013[1004] erschien 2015 die diskursanalytische Studie zur Augstein-Debatte von Lukas Betzler und Manuel Glittenberg.[1005] Das Buch enthält neben der detaillierten Nachzeichnung des Verlaufs der Debatte eine kritische Textanalyse von neun Kolumnen Augsteins zwischen 2011 und 2014. Sie kommen in dieser Analyse zu dem Schluss, Augsteins Texte wiesen zentrale antisemitische Stereotype, Symbole und Bilder, wie der Konspirationsmythos vom »jüdischen Einfluss«, vom »jüdischen Meinungsdiktat« in Deutschland, vom »Juden« als Geldmenschen und Wucherer sowie der jüdischen Rachsucht auf. Sie sehen zudem Manifestationen des israelbezogenen Antisemitismus in der Dämonisierung und Delegitimierung Israels und in der Verwendung doppelter Standards in der Beurteilung der israelischen Politik.

Die Herangehensweise der Autoren des Buches ist in Rezensionen aus methodologischen Gründen kritisiert worden. Dem Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber zufolge birgt die Herangehensweise der Autoren ein analytisches Problem: die Methodik der Studie identifiziere in den »Einseitigkeiten und Pauschalisierungen, Stereotypen und Vereinfachungen« Augsteins nur »Antisemitismus-Potentiale«, doch fehle ein »trennscharfer Gesichtspunkt zur Erkennung von nichtantisemitischer Kritik an der israelischen Politik«. Die identifizierten formalen Gemeinsamkeiten »müssen nicht für inhaltliche Übereinstimmungen stehen«.[1006] Auch für Wilhelm Kempf, Prof. em. für Psychologische Methodenlehre, scheitert das Anliegen des Buches »an einer Reihe von methodologischen Fehlern«.[1007] So würden die vom SWC angeführten Zitate Augsteins, die den Diskursanlass boten, in dem entsprechenden Unterkapitel gar nicht analysiert. Tatsächlich würden sie auch nicht die neun ausgewählten Kolumnen, sondern »lediglich eine Reihe von aus dem Zusammenhang gerissenen Textstellen« analysieren und zudem die Grundregel der interpretativen Sozialforschung missachten, indem sie »andere Lesarten der inkriminierten Textstellen von vornherein« ausschließen und es damit den Lesern unmöglich machen, »die Richtigkeit ihrer Interpretationen nachzuprüfen«.[1008] Für Kempf ergibt sich aus der Dynamik von Konfliktkommunikation, dass es auf beiden Seiten zu »kompetitiven Fehlwahrnehmungen« kommt und, wenn Augstein in Bezug auf Israel ein geschlossenes antisemitisches Weltbild habe, dies umgekehrt auch für die Autoren gelte, die die »Komplexität der Konflikte im Nahen Osten und die Frage, wie Menschen sich in Deutschland dazu verhielten, auf die eine Dimension des Antisemitismus reduzierten«.[1009]

12.1.5 Fazit

Im Kapitel zur → Definition von Antisemitismus wurde, v. a. in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der Politik

1002 Zitiert nach Kruse, Besuch beim Wiesenthal-Zentrum.

1003 Zitiert bei Betzler/Glittenberg, Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs, S. 266.

1004 Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus, Analyse der Mediendebatte zur Platzierung Jakob Augsteins auf der Rankingliste »Top Ten Antisemitic/Anti-Israel Slurs 2012« des Simon Wiesenthal Centers, jfda.de/wp-content/uploads/2013/08/JFDA-Analyse-der-Augstein-Debatte.pdf (eingesehen 25.11.2016). Das seit 2012 bestehende Jüdische Forum beschreibt sich auf seiner Website selbst als »ein gemeinnütziger Verein, der sich v. a. durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit der Stärkung des demokratischen Staatswesens als auch dem Kampf gegen Antisemitismus widmet«. In der Auseinandersetzung hat das JFDA drei Positionen in den deutschen Medien identifiziert: Die erste Position wurde von Journalisten eingenommen, die Jakob Augsteins Aussagen nicht als antisemitisch wahrnahmen und ihn vom Vorwurf des Antisemitismus freisprechen wollten: Augstein würde eine legitime Kritik an israelischer Politik betreiben, Antisemitismus sei in keiner Form zu finden. Vertreter der zweiten Position wandten ein, dass Augstein zwar Ressentiments bediene, seine Aussagen jedoch in einer »Grauzone« zu verorten seien, die die rote Linie zum Antisemitismus nicht überschreite. Die dritte Gruppe stimmte dem SWC zu und bescheinigte Augstein die Überschreitung der Grenze zum Antisemitismus.

1005 Betzler/Glittenberg, Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs.

1006 Armin Pfahl-Traughber, Rezension. Der Fall Jakob Augstein, Humanistischer Pressedienst, 5. Mai 2015, http://hpd.de/artikel/11665 (eingesehen 25.10.2016).

1007 Wilhelm Kempf, Rezension in: conflict & communication online, 15 (2016) 2, www.cco.regener-online.de (eingesehen 25.11.2016).

1008 Ebenda.

1009 Ebenda.

Israels, herausgestellt, dass hier oft nur schwer zwischen kritischen und antisemitischen Äußerungen unterschieden werden kann. Im Expertenkreis wurde versucht diese Schwierigkeiten der eindeutigen Zuordnung mit dem Rückgriff auf das Konstrukt der »Grauzonen« zu erfassen. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass sich zwar die Übergänge zwischen einer, wenn auch harten oder gar ungerechten Kritik an der israelischen Politik auf der einen und Antisemitismus auf der anderen Seite theoretisch durchaus definieren lassen, im Einzelfall aber eine Entscheidung darüber, ob bestimmte Äußerungen zu Israel als kritisch oder als antisemitisch zu verstehen sind, deutlich schwerer fällt. Es kommt in diesen Fällen immer auf den Kontext der Aussagen an, etwa wer, was, wann sagt und ob die Kritik ohne Zuschreibungen an ein unterstelltes jüdisches Kollektiv erfolgt, mit stereotypen Merkmalen belegt wird, oder im Sinn einer »Umwegkommunikation« Israel nur an die Stelle »der Juden«, quasi als Legitimierung antisemitischer Einstellungen und Positionen, tritt. Ferner ist zu bedenken, dass unabhängig davon, ob eine Aussage antisemitisch »motiviert« ist, der Inhalt einer Aussage dennoch als antisemitisch bewertet werden kann.

Im Fall der Augstein-Debatte blieb die Einschätzung der Kritik Jakob Augsteins an der Politik Israels in der Öffentlichkeit umstritten und zwar sowohl unter Journalisten der Prestigepresse als auch unter Vertreterinnen und Vertretern jüdischer Organisationen sowie den sich zu Wort meldenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Dies zeigt wiederum, dass – wie schon die Probleme bei der Festlegung einer allgemein akzeptierten und umfassenden Antisemitismusdefinition zeigen – die Auffassungen, wann Kritik an Israels Politik im Nahostkonflikt die Grenze zum Antisemitismus überschreitet, auch bei Akteuren weit auseinandergehen, die sich in der Bewertung des antisemitischen Charakters von Äußerungen in den nachfolgend dargestellten Debatten zur Beschneidung und zu Antisemitismus im Bereich des Fußballs, weitgehend einig sein dürften. Diese Bewertungsdifferenzen zeigen sich in diesem Fall auch unter den Mitgliedern des UEA. Der Begriff der »Grauzonen« soll diese Deutungsambivalenzen transparent machen und eine Debatte darüber ermöglichen, was in Einzelfällen als Antisemitismus gelten kann.

12.2 Die Beschneidungsdebatte

Die emotional stark aufgeladene Debatte um die Beschneidung jüdischer und muslimischer Jungen begann im Frühsommer 2012 nach einem Urteil des Kölner Landgerichts, das im Fall eines Arztes, der von den Eltern eines muslimischen Kindes wegen eines Behandlungsfehlers angezeigt worden war, die Beschneidung aus nichtmedizinischen Gründen als Körperverletzung verurteilte. Beschnitten werden nach religiösen Vorschriften Juden und Muslime. Schnell wurden aber auch die jüdischen Bräuche Teil der z. T. heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern. Zu Wort meldeten sich Vertreterinnen und Vertreter jüdischer und muslimischer Organisationen. Sie versuchten, den Gegnern ihren Standpunkt deutlich zu machen und verwiesen auf die Gefahr, die ein Verbot der Beschneidung für die Existenz jüdischen und muslimischen Lebens in Deutschland bedeuten würde. In letzter Konsequenz würde eine solche einschneidende Entscheidung dazu führen, dass religiöse Menschen aus beiden Konfessionen das Land verlassen müssten.

Waren es in den letzten Jahren überwiegend Debatten zum Nahostkonflikt und zu Israel, die als Plattform genutzt wurden, das anti-antisemitische Tabu im öffentlichen Diskurs zu durchbrechen, so ist mit der Beschneidungsdebatte ein weiteres Feld hinzugekommen, das – diesmal im Namen der Menschenrechte und des Kindeswohls – Stereotype aus dem breiten Kanon antisemitischer Vorurteile bedient.[1010] In der Debatte zeigen sich verschiedene Erscheinungsformen des Antisemitismus. Sekundär antisemitische Haltungen sind ebenso zu finden wie religiös bedingte antisemitische Argumentationen (→ Definition). Sicherlich ist dabei nicht zu unterstellen, dass jene 45 Prozent der deutschen Bevölkerung, die laut Umfrage die Beschneidung als rechtswidrige Körperverletzung sehen,[1011] dies aufgrund verfestigter antisemitischer Einstellungen tun, sondern auch andere Faktoren bei der Ablehnung der Beschneidung eine Rolle spielen. So muss z. B. in Betracht gezogen werden, dass das Kölner Urteil sich im konkreten Fall mit der Beschneidung eines muslimischen Jungen befasst hatte und Islam- bzw. Muslimenfeindlichkeit in der darauffolgenden Debatte eine mindestens ebenso große Rolle spielte wie

1010 Dieser Beitrag basiert weitgehend auf dem Artikel von Juliane Wetzel, Judenfeindliche Stereotypisierungen: Das Beschneidungsurteil im öffentlichen Diskurs, in: Johannes Heil/Stephan J. Kramer (Hrsg.), Beschneidung: Das Zeichen des Bundes in der Kritik. Zur Debatte um das Kölner Urteil, Berlin 2012, S. 264–275. Eingeflossen sind auch Teile der Expertise zur Beschneidungsdebatte für den Unabhängigen Expertenkreis von Elke Wittich.

1011 Umfrage – Viele Deutsche gegen Beschneidung, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 19. 7. 2012,

http://www.ksta.de/politik/umfrage-viele-deutsche-gegen-beschneidung-4782490 (eingesehen 31. 10. 2016).

Antisemitismus.[1012] Dennoch zeigt sich auf unterschiedliche Weise, wie schnell antisemitische Stereotype und Vorurteilsstrukturen, je nach Tagesgeschehen, abrufbar bleiben und genutzt werden.

Darüber hinaus wurden individualrechtliche Argumente gegen eine Beschneidung vorgebracht, die nicht zwingend antisemitische oder muslimfeindlich motiviert sein müssen. Allerdings ignorieren sie, dass ein Verbot der Beschneidung die Ausübung der Religionspraxis für Juden und Muslimen mindestens sehr erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen würde.

Im Rahmen der Beschneidungsdebatte erreichte ein Brief das *Zentrum für Antisemitismusforschung*, in dem der Autor glaubt, im Zusammenhang mit dem Beschneidungsurteil kundtun zu müssen: »Daher gibt es auch keinen einzigen Unterschied zwischen einem ›Juden‹ und einem ›Nationalsozialisten‹: denn beide glauben an ein ›auserwähltes Volk‹ (›Nation‹) und eine ›selektierte Rasse‹.«[1013] Hier spiegelt sich bereits eine Tendenz wider, die im »geschützten« Raum des Internets noch einmal potenziert wird und sich nicht auf die Beschneidungsdebatte beschränkt (→ Medien). Exemplarisch hierfür lässt sich z. B. die Online-Reaktion auf ein Interview der *Rheinischen Post* (RP) vom 17. September 2012 mit Michel Friedman, ehemaliges Mitglied des *Zentralrats der Juden in Deutschland,* der lange Zeit als Projektionsfläche für die Artikulation antisemitischer Haltungen diente, anführen. Friedman erklärt in diesem Interview: »Die Anzahl der Gewaltakte gegen Juden und Ausländer ist besorgniserregend.«[1014] Ein Kommentator, der sich »franz jaffa« nennt, fragte hierzu: »Sind bei der Anzahl Beschneidungen inbegriffen?«[1015] Zahlreiche weitere Kommentare zu diesem Interview wurden mit dem Verweis »Dieser Kommentar entsprach nicht den AGB« gelöscht.

12.2.1 Medialer Diskurs

Folgt man dem Münchner Professor für jüdische Geschichte und Kultur, Michael Brenner, so ist der durch die Beschneidungsdebatte »angerichtete Schaden […] kaum wieder gutzumachen«.[1016] Brenner konstatiert in seinem Beitrag für die *Süddeutsche Zeitung* am 30. August 2012: »In dieser Debatte setzte sich ein Bild der Juden und Muslime als die anderen durch, die barbarischen Bräuchen anhängen und es in Kauf nehmen, das Kindeswohl zu verletzen.«[1017] Dass Brenners Urteil nicht aus der Luft gegriffen ist, bestätigt ein Kommentar zum Artikel »Im Hintergrund schwelen Kastrationsängste« von Doron Rabinovici in der *Süddeutschen Zeitung* vom 11. Juli 2012. Hier schrieb ein Leser namens »bosaudf«: »Wenn das Judentum nur in der Beschneidung besteht und die Beschneidung das zentrale Merkmal des Judentums ist, und mit der Beschneidung die jüdische Religion ausstirbt, dann ist es um diese Steinzeitreligion nicht schade, dann ist sie einer von ungezählten barbarischen Steinzeitkulten, die sich überlebt haben und die zurecht von der Erde verschwinden. […] Kompromissbereitschaft meinerseits: Keine. Der Penis eines Jungen gehört dem Jungen, nicht irgendwelchen kranken Spinnern.«[1018]

Die Debatte in Deutschland 2012 war, so die Journalistin Elke Wittich, »in den ersten Wochen von einer gewissen Asymmetrie geprägt. Während die meisten Journalisten ebenso wie die breite Öffentlichkeit kaum faktenbasiertes

1012 Als die Beschneidungsdebatte im öffentlichen Diskurs abzuebben schien, ereignete sich Ende August in Berlin-Schöneberg der tätliche Angriff auf Rabbiner Daniel Alter und dessen Tochter. Wenngleich Alter selbst von »Schlägern« sprach, stand in der medialen Öffentlichkeit v. a. das »arabische Aussehen« der jugendlichen Täter im Mittelpunkt, und Muslime gerieten unter den Generalverdacht des Antisemitismus. Zu beobachten war, wie – trotz der kurz zuvor noch relativ einmütig im Rahmen der Beschneidungsdebatte geäußerten Meinung, sowohl Islam als auch Judentum befolgten archaische Rituale – nun in erster Linie »die Muslime« an den Pranger gestellt wurden. Dass der öffentliche Diskurs um die Beschneidung erst kurz zuvor unübersehbar zur Plattform für antisemitische Ressentiments, Vorurteile und Klischees geworden war, schien vergessen. Auf der islamfeindlichen Internetplattform »Politically Incorrect« (Pi) verstieg sich ein Kommentator gar zu der Aussage, »dass die Juden jetzt vorgeschickt werden, um für die Moslems das Beschneidungsrecht zu erstreiten. […] Es geht um ein Zusammengehörigkeitsgefühl des jüdischen Volkes. Dass das wichtig ist, kann ich anhand der Geschichte und der Gegenwart des Volkes Israel natürlich gut nachvollziehen. Das ist aus meiner Sicht auch der einzige akzeptable [sic!] Grund für eine Ausnahmegenehmigung. Dann fände ich es allerdings grundverkehrt, wenn andere Religionsgemeinschaften als ›Trittbrettfahrer‹ davon profitieren. Die islamische Ummah definiert sich nämlich nicht über die Beschneidung.« (»Ein Gespräch über die Beschneidung im Judentum«, in: Pi, http://www.pi-news.net/2012/08/ein-gesprach-uber-die-beschneidung-im-judentum/ (eingesehen 31. 10. 2016). Hier liegt der Kommentator falsch und lässt tief in die Abgründe islamfeindlicher Haltungen blicken, gleichzeitig offenbart er aber eine philosemitische Tendenz.

1013 E-Mail im Besitz des Zentrums für Antisemitismusforschung.

1014 Interview mit Michel Friedman, Ämter haben Nazi-Pannen vertuscht, in: RP-Online, 17. 9. 2012, http://www.rp-online.de/politik/deutschland/aemter-haben-nazi-pannen-vertuscht-1.2996463 (eingesehen 31. 10. 2016).

1015 Franz jaffa, in: RP-Online, 17. 9. 2012, Lesermeinungen, http://www.rp-online.de/politik/deutschland/aemter-haben-nazi-pannen-vertuscht-1.2996463?commentview=true#commentsField-2101938 (eingesehen 31. 10. 2016).

1016 Michael Brenner, Streit um die religiöse Beschneidung. Vermeintliche Barbaren, in: Süddeutsche Zeitung, 30. 8. 2012, http://www.sueddeutsche.de/wissen/streit-um-die-religioese-beschneidung-vermeintliche-barbaren-1.1454038, (eingesehen 31. 10. 2016).

1017 Ebenda.

1018 Doron Rabinovici, Kritik an ritueller Beschneidung. Im Hintergrund schwelen Kastrationsängste, in: Süddeutsche Zeitung-Online, 11. 7. 2012, http://www.sueddeutsche.de/kultur/kritik-an-ritueller-beschneidung-im-hintergrund-schwelen-kastrationsaengste-1.1408075 (eingesehen 31. 10. 2016). Leserkommentar von »bosaudf«, Angst kann Leben retten, in: Süddeutsche Zeitung, 12. 7. 2012, http://www.sueddeutsche.de/kultur/kritik-an-ritueller-beschneidung-imhintergrund-schwelen-kastrationsaengste-1.1408075?commentCount=55&commentspage=4#kommentare (eingesehen 19. 9. 2012 – die Kommentare sind nur kurze Zeit online verfügbar. Orthografie und Zeichensetzung im Original). Ähnliche Kommentare verursachte etwa auch die seit Frühjahr 2016 in Dänemark erneut aufkommende Debatte zum Thema Beschneidung. Im Sommer wurde die folgende Hassbotschaft von einem Dänen auf Facebook eingestellt: »In meinen Augen ist die Beschneidung etwas Ähnliches wie Pädophilie. Wenn das Argument dafür die Religion ist, dann ist es wohl erlaubt zu sagen, wie schade es ist, dass Hitler nicht alle Juden vergast hat.« Elke Wittich, Die Beschneidungsdebatte, Externe Expertise für den Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus, S. 1.

Wissen über das Thema Beschneidung hatten, hatten sich die Gegner der Zirkumzision [...] auf den Tag X, also den Beginn der öffentlichen Diskussion, vorbereitet. In einschlägigen Internetforen und *Facebook*-Gruppen hatten verschiedene Gruppen schon seit Jahren Argumente gegen die ›Knabenbeschneidung‹ gesammelt und sich dabei auch mit ähnlichen Gruppen in den USA vernetzt. Diese gehören in aller Regel zur Verschwörungstheoretiker-Szene, die meist antisemitisch ausgerichtet ist und sehr lange von der Öffentlichkeit unbeobachtet vor sich hin werkeln konnte. Gearbeitet wurde und wird in diesen Kreisen mit allem, was man heute zum Beispiel von Rassisten-Gruppen kennt: Halbwahrheiten, gefälschten Bildern, aus dem Zusammenhang gerissenen oder bewusst falsch übersetzten Zeitungsartikeln, anonymen Aussagen angeblich Betroffener. Das Ziel: Ängste, Zweifel und Hass schüren. Und genau das wurde im Rahmen der Beschneidungsdebatte auch erreicht. Allerdings besteht die Beschneidungsgegner-Szene nicht nur aus wirren Verschwörungstheoretikern, die heute im Internet eher Gefahr laufen, ausgelacht zu werden. Weit gefährlicher, und das nicht nur aufgrund ihrer ideologischen Entschlossenheit, waren und sind die sogenannten Maskulisten, zu Deutsch: Männerrechtler, die Männer und Jungen als Opfer des modernen Zeitgeists sehen, der ihrer Meinung nach von Feminismus, Gleichstellung, politischer Korrektheit und Quotenregelung geprägt ist und die Unterdrückung beziehungsweise Abschaffung der Männlichkeit zum Ziel hat.«[1019]

Ein gewisser »lorenz« kommentierte in der Hochphase der Beschneidungsdebatte 2012 auf *FR-Online:* »Es ist sagenhaft, was sich da gerade abspielt. Das Kölner Landgericht entscheidet sich, eine religiös motivierte Körperverletzung an Kindern als strafbare Handlung zu bewerten und binnen Stunden formiert sich – ungeachtet der breiten Unterstützung der Entscheidung in der Bevölkerung – eine merkwürdige Einheitsfront aus Politik, Religionsvertretern und Medien gegen dieses Urteil. Mit von der Partie auch die Frankfurter Rundschau, bei der sich mittlerweile offensichtlich religiöse Fundamentalisten aller Glaubensrichtungen die Klinke in die Hand drücken.«[1020]

Die meisten Artikel, die zur Beschneidungsdebatte erschienen sind, enthielten vordergründig keine antisemitischen Konnotationen, auch wenn manche juristischen oder medizinischen Experten sich mit dem Impetus des sachlichen Urteilsvermögens über religiöse Begründungen stellen und meinten, die Beschneidung aus rein wissenschaftlicher Perspektive klären zu können. Die Überheblichkeit, die solchen Urteilen über andere Menschen und deren Religion häufig immanent ist, lässt sich zwar bisweilen schwer ertragen, doch sie fällt in die Rubrik Meinungsvielfalt. Vorurteilsbeladene Inhalte allerdings werden in der Presse häufig – wie viele Beispiele zeigen – über die Bildsprache transportiert. Besonders häufig sind es Karikaturen, die antisemitische bzw. rassistische Inhalte zeigen. So veröffentlichte etwa der *Berliner Kurier* im Juli 2012 einen Cartoon des slowakischen Karikaturisten Marian Kamensky, der antimuslimische und antisemitische Konnotationen gleichermaßen bedient. Zu sehen ist ein Beschneider mit muslimischer Kopfbedeckung, der in der einen Hand ein Messer hält, von dem Blut tropft, und in der anderen den abgeschnittenen Penis eines ihm gegenüberstehenden Jungen, der eine Kippa trägt. Der als muslimisch markierte Beschneider sagt: »Oh, oh, heute ist nicht mein Tag«, woraufhin der als Jude zu erkennende Junge erwidert: »Kopf hoch, es wird bald nicht mehr strafbar!«[1021]

Zu einem Artikel von Jörg Lau zum Beschneidungsverbot, der am 5. September 2012 in der *Zeit* publiziert wurde, sind innerhalb von acht Tagen 1064 Kommentare gepostet worden.[1022] Lau geht explizit auf antisemitische Konnotationen in der Beschneidungsdebatte ein: »Die Entwertung der jüdischen Religion, diesmal nicht im Zeichen des rassistischen Antisemitismus, sondern im Zeichen der Aufklärung und der Menschenwürde. Endlich kann man den Juden am Zeug flicken, ohne sich dem Verdacht des Antisemitismus auszusetzen, denn es geht ja um den Kinderschutz, hier verstanden als Schutz jüdischer Kinder vor den Juden.«[1023] Ein gewisser »F. Klein« kommentierte dies und nutzte dabei die üblichen, aus der Geschichte antisemitischer Haltungen bekannten argumentativen Verfahren, um den Juden selbst die Schuld zuzuschieben: »Nachdem ich ihren Artikel zu ende gelesen habe kommt mir irgendwie der Eindruck hoch, den Juden ginge es nicht darum ihren Kindern einen Teil ihres Penis abzuschneiden um so den Jungen Teil einer religiösen Gemeinschaft werden zu lassen. Es geht nur noch darum den Krieg, gegen diese verdammte deutsche Gesellschaft und deren Gerichte zu gewinnen. Egal mit welchen Mitteln und egal mit welcher Rhetorik. [...] Die wahre Größe eines ›Volks‹ liegt darin einem anderen Volk für dessen Fehler verzeihen zu können. Wer das nicht fertig bringt,

1019 Wittich, Die Beschneidungsdebatte..

1020 Navid Kermani, Aufs Diesseits fixierte Weltsicht, in: FR-Online, 4.7.2012, und Leserkommentar von »lorenz«, 4.7.2012, http://www.fr-online.de/politik/navid-kermani--aufsdiesseits-fixierte-weltsicht-,1472596,16542516.html (eingesehen 19.9.2012; steht online nicht mehr zur Verfügung).

1021 Auf den Punkt gebracht – Die besten KURIER-Cartoons, Nr. 40, http://www.berlinerkurier.de/politik---wirtschaft/auf-den-punkt-gebracht-die-besten-kuriercartoons, 7169228,11950508.html (eingesehen 24.9.2012; nicht mehr auf der Seite verfügbar). Siehe auch: http://blog.zeit.de/joerglau/2012/07/17/islamophobie-und-antisemitismus-vereint-gegen-beschneidungen_5642 (eingesehen 31.10.2016).

1022 Insgesamt ist die Zahl auf 2059 angestiegen.

1023 Jörg Lau, Beschneidungsverbot und die Zukunft des Judentums in Deutschland, in: Zeit Online, 5.9.2012, http://blog.zeit.de/joerglau/2012/09/05/beschneidungsverbot-und-die-zukunft-des-judentums-indeutschland_5696 (eingesehen 31.10.2016).

wird auch nie mit diesem Volk befreundet sein können oder wollen. So oft wie Menschen jüdischen Glaubens die Holocaust-Karte zücken darf man sich am Ende nicht wundern, wenn die Menschen in Deutschland die Juden nicht mehr für Voll nehmen.«[1024]

Solche Formen des sekundären Antisemitismus bedient auch der Kommentator des Artikels »Umfrage – Viele Deutsche gegen Beschneidung« im *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 19. Juli 2012. »Friedrich T.« meint: »Das Beschneidungsurteil wird schnell revidiert! Das entsprechende Gestz schnel durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht! Und als Buße wird noch ein Uboot nach Israel geliefert! Die Kölner Richter werden mit der Nazikeule aud dem Amt gejagt! Schöne Demokratische WelT!!«[1025]

Artikulieren sich Kommentarschreiberinnen und Kommentarschreiber in den Online-Foren der Zeitungen gewissermaßen im geschützten Raum, weil sie ihre Texte unter einem Pseudonym posten, so scheuen sie sich in E-Mails an jüdische Institutionen nicht, Namen und Adresse anzugeben. In Phasen öffentlicher Debatten erhalten der *Zentralrat der Juden in Deutschland* wie auch die Botschaft Israels eine Flut von E-Mails. Im Zusammenhang mit dem Beschneidungsurteil gingen solche Elaborate in Kopie auch an den *Zentralrat der Muslime.* Ein Verfasser aus Düsseldorf etwa schrieb am 23. Juli 2012 an den Präsidenten des *Zentralrats der Juden in Deutschland* mit Kopie an die israelische Botschaft und den *Zentralrat der Muslime:* »Nicht wenige Anhänger Ihrer Religion inner- und außerhalb Ihres ›jüdischen Gottesstaates Israel‹ wehren und verweigern sich gegen das archaische Brauchtum der Beschneidung, […] ein offenbar abstruses Relikt aus der Zeit des heidnischen Götzendienstes und des Menschenopfers. Was ist das für ein blutrünstiger Gott, der sich an Kinder- und Tierschändung (Beschneidung und Schächtung) labt und gar die Beschneidung als Siegel des Bundes mit ihm, diesem diffusen Gott, fordert? Dass in dieser verwerflichen Sache die Moslems auf ihrer Seite sind, ist ebenso zu verurteilen, dass die Sache jedoch auch Unterstützung durch die christlichen Glaubensgemeinschaften findet, ist ungeheuerlich.«[1026]

Dass die Debatte um Beschneidung nicht zwangsläufig antisemitisch konnotiert sein muss, zeigt ein Streitgespräch zwischen dem Rechtswissenschaftler und Publizisten Sergey Lagodinsky und dem Rechtsanwalt und religionspolitischen Sprecher der Linkspartei Raju Sharma in der *taz* vom 9. September 2012 sowie die dazugehörige Kommentierung durch Leserinnen und Leser: Obwohl die Diskutanten sich z. T. gegenseitig heftig angreifen, sich die Beschneidungsgegner als Verfechter des Grundgesetzes und des Kindeswohls verstehen und den Befürwortern Kindesmisshandlung oder gar Amputation vorwerfen, finden sich in den hier vorgebrachten Argumentationen keine Verweise auf antisemitische Stereotype.[1027]

12.2.2 Die Politik am Pranger

Auch auf Versuche der Politik Rechtssicherheit für Beschneidungen von Jungen über eine entsprechende Gesetzesvorlage herzustellen, die »unter Berücksichtigung der grundgesetzlich geschützten Rechtsgüter des Kindeswohls, der körperlichen Unversehrtheit, der Religionsfreiheit und des Rechts der Eltern auf Erziehung […] eine medizinisch fachgerechte Beschneidung von Jungen ohne unnötige Schmerzen« zulässt, wurde vor allem in den Kommentarspalten der Online-Presse antisemitisch und islamfeindlich reagiert.[1028] So erboste sich »Frank Schulze« über einen Artikel zum Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP zur »Rechtlichen Regelung der Beschneidung minderjähriger Jungen« in der Online-Ausgabe von *Bild* vom 19. Juli 2012: »Die deutschen Politiker knicken vor allem und jedem ein! Es ist nur zu hoffe, dass die diversen Beschneidungen nicht bzw. nicht mehr von den Kassen bezahlt werden! Leider werden vorgeschobene Vorhautverängungen von der Allgemeinheit bis jetzt bezahlt! Dies sollte unter harte Strafe gestellt werden denn der Dumme ist der Versicherte!«[1029] Und »Prof Harry Ball«[1030] ereiferte sich: »Das ist ein parteiübergreifender Skandal. Nicht nur, dass sich die Herren und Damen Abgeordneten in der kurzen Zeit garantiert keine objektive Meinung gebildet haben … nein, der eigentliche Skandal ist das Einknicken vor religiösen Gruppierungen aus Angst

1024 F. Klein, in: Zeit Online, 5. 9. 2012 (Kommentar Nr. 11), http://blog.zeit.de/joerglau/2012/09/05/beschneidungsverbot-und-die-zukunft-des-judentums-indeutschland_5696/comment-page-2#comments (eingesehen 24. 9. 2012; Orthographie und Interpunktion im Original).

1025 Umfrage – Viele Deutsche gegen Beschneidung, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 19. 7. 2012, und Leser-Kommentar von »Friedrich T.«, in Kölner Stadt-Anzeiger, 21. 7. 2012, http://www.ksta.de/politik/umfrage-viele-deutschegegen-beschneidung,15187246,16656034 (eingesehen 19. 9. 2012; nicht mehr online verfügbar; Orthographie und Interpunktion im Original).

1026 Kopie im Archiv des Zentrums für Antisemitismusforschung.

1027 Streitgespräch zur Beschneidung: Trauma oder Recht auf Identität, in: taz-Online, 9. 9. 2012, http://www.taz.de/!101193/ (eingesehen 31. 10. 2016) sowie die Leserkommentare dazu, taz, 9. 9. 2012, http://www.taz.de/Streitgespraech-zur-Beschneidung/Kommentare/!c101193/ (eingesehen 24. 9. 2012; steht online nicht mehr zur Verfügung).

1028 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP, Rechtliche Regelung der Beschneidung minderjähriger Jungen, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/10331, 19. 7. 2012, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/103/1710331.pdf, (eingesehen 31. 10. 2016).

1029 Kommentar von »Frank Schulze«, in: Bild Online, 19. 7. 2012,

http://www.bild.de/politik/inland/beschneidung/resolution-bundestag-will-beschneidungen-erlauben-25240968.bild.html# (eingesehen 31. 10. 2016; Orthographie und Interpunktion im Original!).

1030 Inzwischen wurde der Username gelöscht, der Kommentar ist nicht mehr einsehbar.

vor Unverständnis. Nun ist es endgültig klar, dass unsere Politik manipulierbar ist und keinen Mumm hat.«[1031]

Am 21. Juli 2012 meldeten sich mehr als 700 Mediziner und Juristen, aber auch weniger berufene Experten in einem »offenen Brief« zu Wort und erklärten: »Kernpunkt ist die Abwägung der Grundrechte auf Religionsfreiheit von Erwachsenen mit dem Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung sowie die Achtung seiner Würde. In diesem Zusammenhang kann die Religionsfreiheit kein Freibrief zur Anwendung von (sexueller) Gewalt gegenüber nicht einwilligungsfähigen Jungen sein. [...] Der schwerwiegende Vorwurf jedoch – unter assoziativem Verweis auf den Holocaust – durch ein Verbot der rituellen Jungenbeschneidung würde ›jüdisches Leben in Deutschland‹ unmöglich werden, ist für Vertreter des Kinderschutzgedankens nicht hinnehmbar.«[1032]

12.2.3 Die Debatte und ihre Folgen

Solche Einträge geben Anlass zu der Frage, ob die Beschneidungsdebatte, die schnell zu einer medialen Auseinandersetzung wurde und sich im Wesentlichen um Beschneidungen jüdischer Jungen drehte, einen Boden für antisemitische Übergriffe bereitet hat. In der bundesrepublikanischen Geschichte lässt sich beobachten, dass öffentliche Debatten und, seit Beginn der Zweiten Intifada im Jahr 2000, medial begleitete Ereignisse im Nahostkonflikt antisemitische Reaktionen auslösen. Häufig handelt es sich um verbale Angriffe, die in Briefen von Leserinnen und Lesern sowie in Kommentarleisten von Online-Zeitungen oder in E-Mails an jüdische Institutionen geäußert werden. Aber auch antisemitische Straftaten häufen sich in solchen Phasen. Dies scheint auch zu gelten, wenn eine Debatte, wie wir sie seit dem Kölner Urteil erleben, breite mediale Aufmerksamkeit findet. So ist die Schändung des jüdischen Friedhofs in Kröpelin bei Rostock am 4. September 2012 mit großer Wahrscheinlichkeit ein Resultat der medialen Präsenz. Die dort angebrachten Hakenkreuzschmierereien und antisemitischen Parolen – »Scheiß Juden« und »Sieg Heil« – gehen vermutlich auf das Konto rechtsextremer Fußballfans von Hansa-Rostock. Auf einem der Grabsteine hinterließen die Täter das Graffito »Zone F.C.H.« – das Kürzel F.C.H. steht für den Fußballverein *F.C. Hansa Rostock*.[1033] Nur fünf Tage später, am 9. September 2012, kam es zu einer antisemitischen FarbAttacke auf die evangelische Kirche von Atterwasch bei Guben. In großen Lettern waren judenfeindliche Parolen und ein NS-Symbol an die Kirche gesprüht worden.[1034]

Im Einzelnen kann der Zusammenhang zwischen antisemitischen Debatten in der Öffentlichkeit und Gewalthandlungen nicht belegt werden. Dass Einstellungen mit größerer Wahrscheinlichkeit in Handlungen übersetzt werden, wenn die wahrbenommen sozialen Normen und die vermuteten Einstellungen im sozialen Umfeld – hier übesetzbar mit Debatten in der Öffentlichkeit – diese stützen, ist allerdings vielfach empirisch belegt.[1035] Konkret verweisen verurteilte rechtsextreme Täter auf die Mehrheitsmeinung, die ihre Taten stützt.[1036] Die auffällige Häufung antisemitischer Übergriffe und Straftaten im Zuge öffentlicher antisemitisch konnotierter Debatten bzw. Demonstrationen dürfte daher mit einiger Sicherheit nicht nur korrelativ, sondern auch kausal miteinander in Verbindung stehen.

12.2.4 Reaktionen der Politik

Es hat zunächst lange gedauert, bis die Politik auf das Kölner Urteil reagierte. Erst sechs Wochen nach dem Richterspruch am 7. Mai 2012 begann die Debatte als Reaktion auf einen Artikel in der *Financial Times Deutschland*. Die Zeitung war von dem Passauer Professor für Rechtswissenschaft, Holm Putzke, informiert worden. Putzke hatte bereits 2008 in wissenschaftlichen Artikeln auf das Recht auf körperliche Unversehrtheit verwiesen und vehement gegen das Ritual der Beschneidung gekämpft.[1037] Das Kölner Gericht hat Putzkers Sicht auf die Beschneidung in

1031 Kommentar von »Prof Harry Ball«, »vor 2 Monaten«, in: Bild Online, 19.7.2012,

http://www.bild.de/politik/inland/beschneidung/resolution-bundestag-will-beschneidungen-erlauben-25240968.bild.html# (eingesehen 31.10.2016).

1032 Veröffentlicht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 21.7.2012, http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/offener-brief-zur-beschneidung-religionsfreiheit-kann-kein-freibrief-fuer-gewalt-sein-11827590.html (eingesehen 3.11.2016).

1033 Jüdischer Friedhof in Kröpelin geschändet, in: NDR, 4.9.2012,

http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/friedhof195.html (19.9.2012) und Jüdischer Friedhof von Hansa-Fans geschändet?, in: NDR, 4.9.2012, http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/kroepelin101.html (eingesehen 24.9.2012). Der Friedhof wurde erneut im Januar 2016 – vermutlich am Abend des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus – geschändet, in: Die Welt, 28.1.2016, https://www.welt.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/article151563382/Erneut-juedischer-Friedhof-in-Kleinstadt-Kroepelin-geschaendet.html (eingesehen 31.10.2016).

1034 Bischof Dröge ruft zu Bekämpfung von Antisemitismus auf, in: Evangelischer Pressedienst – Landesdienst Ost, http://www.epd.de/landesdienst/landesdienst-ost/schwerpunktartikel/bischofdr ProzentC3 ProzentB6ge-ruft-zu-bek ProzentC3 ProzentA4mpfung-von-antisemitismus (eingesehen 19.9.2012; online nicht mehr verfügbar).

1035 Zum Einfluss von Massenmedien auf Gesellschaft sowie individuelles Verhalten u.a. Elisabeth Perse, Mass Media and Society, Mahwah 2001; Studien basierend auf dem klassischen Einstellungs-Verhaltens-Modell von Martin Fishbein/Icek Ajzen, Belief, Attitude, Intention, and Behavior: An Introduction to Theory and Research, Reading 1975.

1036 Klaus Wahl (Hrsg.), Skinheads, Neonazis, Mitläufer: Täterstudien und Prävention, Opladen 2003.

1037 Peter Widmann, Ein Gerichtsurteil und seine mediale Inszenierung, in: Heil/ Kramer (Hrsg.), Beschneidung, S. 219–227, hier S. 220f.

sein Urteil einfließen lassen und für strafrechtlich relevant erklärt. Putzker begrüßte die »Rechtssicherheit« und legte das Urteil so aus, dass die Beschneidung nun in Deutschland illegal sei.[1038]

Bundeskanzlerin Angela Merkel sah das anders. Zeitungsberichten von Mitte Juli 2012 zufolge hat sie vor einem Beschneidungsverbot gewarnt und erklärt, Deutschland würde sich zur »Komiker-Nation« machen, wenn es Juden nicht zugestehe, ihre Riten auszuüben.[1039] Kerstin Griese, Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD-Bundestagsfraktion, äußerte ihr Unverständnis über den »nahezu missionarischen Eifer gegen Religion« im Allgemeinen und die Beschneidung im Besonderen durch atheistische Organisationen. Dies mache ihr Angst, sagte sie, v. a. auch, weil die emotionale Debatte 2012 in »richtigen Hass gegen Juden und Muslime und auch Verachtung von religiöser Tradition« umschlug.[1040]

Im Dezember 2012 hat der *Deutsche Bundestag* mit deutlicher fraktionsübergreifender Mehrheit das neue Gesetz zur Beschneidung verabschiedet, das am 28. Dezember in Kraft trat (BGB, § 1631d: Beschneidung des männlichen Kindes). Den Antrag hatte die damalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) gestellt. Sie betonte, dass das neue Gesetz Rechtssicherheit schaffe und eine »Rückkehr zur Normalität« bedeute.[1041] Bereits im Juli hatte sich der Bundestag dafür ausgesprochen, »dass eine medizinisch fachgerechte Beschneidung von Jungen ohne unnötige Schmerzen grundsätzlich zulässig ist«.[1042]

Das Thema Beschneidung wurde im April 2016 von der AfD wieder auf die politische Agenda gesetzt. Im Entwurf des Parteiprogramms fand sich die Bemerkung, die Beschneidung des männlichen Kindes »ohne medizinische Indikation wegen gravierender Grundrechtsverletzungen« sei abzulehnen, weil sie gegen die Menschenwürde verstoße.[1043] Das geplante Beschneidungsverbot wurde jedoch letztlich nicht in das Parteiprogramm aufgenommen.[1044]

12.2.5 Reaktionen des Zentralrats der Juden in Deutschland

Der damalige Präsident des *Zentralrats der Juden in Deutschland,* Dieter Graumann, äußerte sich im August 2012 in einem Interview, das auf der Webseite des Zentralrats eingestellt wurde: »Es ist kein bloßes Sommertheater, auch ein Sommermärchen fühlt sich definitiv anders an. […] Ich habe festgestellt, dass die meisten Menschen in Deutschland in Bezug auf die Beschneidung auch gar nicht Bescheid wissen. […] Wenn die Debatte sachlich und vernünftig geführt wird, auch von kontroversen Stimmen begleitet, ist das absolut legitim. Das hat mit Antisemitismus und Rassismus zunächst einmal gar nichts zu tun. Gleichwohl gibt es aber diejenigen, die sozusagen auf den Zug aufspringen und ihre antijüdischen und antimuslimischen Ressentiments im Rahmen dieser Debatte ausleben wollen. Das finden wir gerade sehr häufig im Internet. Wenn man bestimmte Blogs liest, kann einem wirklich schlecht werden. Dort tummeln sich die, die Beschneidung sagen und Antisemitismus und Muslimfeindschaft meinen. Das gibt es häufiger und schriller, als viele denken. […] Wenn ich den Offenen Brief der 700 Wissenschaftler an Bundesregierung und Bundestag lese, dann ist das eine einzige Anklageschrift. Eine Schmähschrift, welche die jüdische Gemeinschaft heute und alle Juden seit Jahrtausenden vor uns als notorische Kinderquäler diffamiert. Da wird von namhaften Medizinern und Juristen behauptet, wir übten ›sexuelle Gewalt‹ gegen unsere Kinder aus. Man tue Kindern nicht weh, heißt es dort, und dieser Satz wird auch noch marktschreierisch mit einem groben Ausrufezeichen versehen. Das ist eine Form von Anklage und Belehrungsdenken, die man nirgendwo auf der Welt sonst noch findet. […] Es gibt eine große überregionale Tageszeitung, die ich selbst seit Jahrzehnten lese, die seit Wochen einen regelrechten journalistischen Kreuzzug gegen die Beschneidung führt. Immer wieder wird die Brit Mila dort gleichgesetzt mit Kindesmisshandlung und -missbrauch, mit Genitalverstümmelung von Mädchen, mit der Prügelstrafe und sogar Menschenopfer. Und das mit einem

1038 Ebenda, S. 221.

1039 Siehe u. a. Spiegel Online, 16. 7. 2012, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeskanzlerin-merkel-warnt-vor-beschneidungsverbot-a-844671.html (eingesehen 3. 11. 2016); Merkel – »Wir machen uns zur Komikernation«, in: Die Welt Online, 16. 7. 2016, https://www.welt.de/politik/deutschland/article108304605/Merkel-Wir-machen-uns-zur-Komikernation.html (eingesehen 3. 11. 2016); Focus Online, 16. 7. 2012, http://www.focus.de/politik/deutschland/wir-machen-uns-zur-komikernation-merkel-will-beschneidungen-billigen_aid_782613.html (eingesehen 3. 11. 2016).

1040 pro. Christliches Medienmagazin, 11. 12. 2016, http://www.pro-medienmagazin.de/politik/detailansicht/aktuell/das-ist-richtiger-hass-80652/ (eingesehen 1. 11. 2016).

1041 Mehrheit im Bundestag für Beschneidungsgesetz, in: pro. Christliches Medienmagazin, 12. 12. 2012, http://www.pro-medienmagazin.de/politik/detailansicht/aktuell/mehrheit-im-bundestag-fuer-beschneidungsgesetz-80647/ (eingesehen 1. 11. 2016).

1042 pro. Christliches Medienmagazin, 20. 7. 2012, http://www.pro-medienmagazin.de/politik/detailansicht/aktuell/bundestag-moechte-beschneidungen-erlauben-81115/ (eingesehen 1. 11. 2016).

1043 Entwurf des Grundsatzprogrammes, https://correctiv.org/media/public/a6/8e/a68ed5e4-32a8-4184-8ade-5c19c37ff524/2016_02_23-grundsatzprogrammentwurf.pdf (eingesehen 1. 11. 2016); Bild, 11. 3. 2016, http://www.bild.de/politik/inland/umfrage/afd-will-minarette-und-muezin-rufe-verbieten-44894024.bild.html (eingesehen 1. 11. 2016).

1044 Deutschlandradio, 15. 7. 2016, http://www.deutschlandradiokultur.de/afd-front-national-und-co-rechtspopulisten-buhlen-um-juden.1079.de.html?dram:article_id=360241 (eingesehen 1. 11. 2016).

Eifer, der mir von dieser Zeitung in keinem anderen Fall bekannt ist.«[1045]

Charlotte Knobloch, die Präsidentin der *Israelitischen Kultusgemeinde München,* schrieb in einem Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung*: »Seit Jahrzehnten erklären wir, warum es trotzdem nicht nur richtig, sondern auch gut ist, in diesem Land zu leben, wir tun das selbst dann noch, wenn in Deutschland Rabbiner oder als Juden erkennbare Juden angepöbelt und krankenhausreif geschlagen werden. Beinahe mein ganzes Leben lang war und bin ich der Kritik der restlichen jüdischen Welt ausgesetzt. Seit sechs Jahrzehnten muss ich mich rechtfertigen, weil ich in Deutschland geblieben bin – als Überbleibsel einer zerstörten Welt, als Schaf unter Wölfen. [...] Ich frage mich, ob die unzähligen Besserwisser aus Medizin, Rechtswissenschaft, Psychologie oder Politik, die ungehemmt über ›Kinderquälerei‹ und ›Traumata‹ schwadronieren, sich überhaupt darüber im Klaren sind, dass sie damit nebenbei die ohnedies verschwindend kleine jüdische Existenz in Deutschland infrage stellen. [...] Menschen, die offenbar keine Ahnung von der religiösen Bedeutung der Brit Mila, der Beschneidung, haben, die vermutlich niemals mit einem Juden gesprochen haben, wollen uns nun vorschreiben, ob und wie wir unsere Religion ausüben dürfen.«[1046] Sie musste nun zurecht daran zweifeln, dass ihre bei der Grundsteinlegung zur neuen Hauptsynagoge mit dazugehörigem jüdischen Gemeindezentrum am Jakobsplatz in München gefällte Entscheidung, die »gepackten Koffer« auszupacken, weil sie sich hier in Deutschland wieder heimisch fühlte, vor dem Hintergrund des Hasses, der ihr und anderen in Deutschland lebenden Juden im Zusammenhang mit der Beschneidung entgegenschlug, die falsche war. »Das erste Mal«, so Knobloch, »spürten wir bei der Beschneidungs-Debatte, wie groß die Freude ist, Juden zu kritisieren. [...] Der einzige Lichtblick war der Zuspruch der Politik, allen voran der Bundeskanzlerin. Die Juden müssen offenbar unter dem Schutz der Politik und der Sicherheitskräfte stehen. Das macht mich sehr nachdenklich. Es klafft eine Lücke zwischen der politischen Räson und der gesellschaftlichen Stimmung.«[1047] (→ Prävention; → Jüdische Perspektiven)

12.2.6 Empirische Studien

Nach einer Umfrage der *Bertelsmann Stiftung* (durchgeführt von Emnid) im Jahr 2013 ist die Akzeptanz für die rituelle Beschneidung im Judentum eher gering. Lediglich 14 Prozent der deutschen Befragten sind der Meinung, die deutsche Regierung solle »unter allen Umständen« die Beschneidung aus religiösen Gründen erlauben; insgesamt liegt die Zustimmungsrate für das Item »Beschneidung aus religiösen Gründen erlauben« bei 49 Prozent.[1048]

Im Jahr 2014 führte das *Moses Mendelssohn Zentrum* eine Online-Umfrage zu »Religion, Zuwanderung und interkulturelle Wahrnehmungen« unter Studierenden der *Universität Potsdam* durch. Einem Verbot der rituellen Beschneidung von jüdischen Jungen würden 38,3 Prozent der Befragten uneingeschränkt oder teilweise zustimmen; einen solchen rituellen Akt untersagen würden bei Muslimen nur unwesentlich mehr Personen, und zwar 39,5 Prozent.[1049] In der Studie der *Fundamental-Rights-Agency* sagten 71 Prozent der befragten Jüdinnen und Juden, ein Verbot der Beschneidung würde ein Problem für sie darstellen. In der für den vorliegenen Bericht in Auftrag gegebenen qualitativen Befragung äußerten sich die Befragten kritisch, sie sähen sich aufgrund der Beschneidung unter Rechtsfertigungsdruck gesetzt (→ Jüdische Perspektiven).

12.2.7 Fazit

Die hasserfüllten Auswüchse der Beschneidungsdebatte, die v. a. im Internet virulent waren, haben einmal mehr gezeigt, dass es nur eines Trigger-Ereignisses bedarf, um latent vorhandene antisemitische Stimmungen emotional aufzuladen und in den sozialen Netzwerken ungefiltert an die Oberfläche zu spülen. Kommentare in den Online-Versionen seriöser Tageszeitungen wurden ebenso genutzt, um die Beschneidung als archaisches Ritual überkommener religiöser Vorstellungen abzuqualifizieren und diskriminierende antijüdische Parolen zu äußern. Auch wenn es sich ursprünglich um den Fall eines muslimischen Jungen handelte, standen die jüdischen Riten bald wesentlich stärker im Fokus der Debatte. Es verfestigte sich zunehmend der Eindruck, dass die Beschneidung und die Verschiebung der Argumentationslinien von religiösen Gebräuchen hin zu Fragen von Kinder- und Menschenrechten eine willkommene Abwechslung boten

1045 http://www.zentralratdjuden.de/de/article/3770.geradezu-besessen-dieter-graumann-ProzentC3 ProzentBCber-gef ProzentC3 ProzentA4hrliche-t ProzentC3 ProzentB6ne-im-beschneidungsstreit.html (eingesehen 3.11.2016).

1046 Süddeutsche Zeitung, 29.9.2012, http://www.sueddeutsche.de/politik/beschneidungen-in-deutschland-wollt-ihr-uns-juden-noch-1.1459038-2 (eingesehen 3.11.2016).

1047 Der Tagesspiegel, 13.9.2014, http://www.tagesspiegel.de/politik/demonstration-gegen-antisemitismus-charlotte-knobloch-zum-judenhass-die-anstaendigen-scheinen-zu-schlafen/10697002.html (eingesehen 3.11.2016).

1048 Deutschland und Israel heute. Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?, Gütersloh 2015, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_LW_Deutschland_und_Israel_heute_2015.pdf, S. 44 (eingesehen 1.11.2016).

1049 Religion, Zuwanderung und interkulturelle Wahrnehmungen, Potsdam 2015, http://www.mmz-potsdam.de/meldung-lesen/items/erfreuliche-ergebnisse-einer-mmz-online-umfrage.html(eingesehen1.11.2016);sieheauch: http://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/NL_Dialog_PDFs/Dialog Prozent2066.pdf (eingesehen 1.11.2016).

gegenüber den inzwischen schon klassisch gewordenen Zuschreibungen im Nahostkonflikt, die vermeintlich keine antisemitischen Konnotationen transportieren würden. Der Verlauf der Debatte hat deutlich gemacht, dass in der Mehrheitsgesellschaft ein Mangel an Sensibilität hinsichtlich der Frage herrscht, welche Wirkung solche öffentlichen, hasserfüllten Zuschreibungen bei den Betroffenen auslösen. Demgegenüber gilt es allerdings festzuhalten, dass mit einer Auseinandersetzung etwa über die Ausführung des Rituals keineswegs immer antisemitische Haltungen einhergehen müssen, sondern durchaus auch frei von solchen Einstellungen argumentiert werden kann.

12.3 Antisemitismus im Fußball

In Deutschland, wie auch in einer ganzen Reihe anderer europäischer Länder, gehört zur Kultur der Rivalität zwischen Fußballvereinen, dass sich Zuschauer und insbesondere Fangruppen von den Spielern und Anhängern der gegnerischen Mannschaft durch derbe Herabsetzungen und Beschimpfungen abgrenzen, um so ihr Zusammengehörigkeits- und Überlegenheitsgefühl zu demonstrieren. Neben dieser Funktion einer Vergemeinschaftung spielen auch die Demonstration von Männlichkeit und damit auch Fragen von Macht, Ehre und Gewalt in diesen Konflikten eine zentrale Rolle, wobei gerade in Jugendkulturen dazu typischerweise auch abweichendes Verhalten gehört. So dienen antisemitische und rassistische Beschimpfungen, mit denen bewusst gegen gesellschaftliche Normen verstoßen wird, als ein probates Mittel der Provokation, wobei sich diese in vielen Fällen nicht direkt gegen Juden oder Angehörige der angesprochenen ethnischen Gruppen richten. Vielmehr dienen antisemitische Schmähungen zumeist der Beschimpfung des Schiedsrichters und der Spieler oder Anhänger der gegnerischen Mannschaft, transportieren aber gleichzeitig antisemitische Vorstellungen. Im Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Milieus, in denen sich antisemitische Ressentiments eher verdeckt äußern, herrschen in der Öffentlichkeit des Fußballs zumeist sehr direkte und brutale Ausdrucksformen vor, so etwa wenn offen und affirmativ auf die Ermordung der Juden Bezug genommen wird (U-Bahn-Bau nach Auschwitz, Zyklon B usw.) oder wenn Beleidigungen wie »Drecksjude« benutzt werden. Neben diesen Formen des rassistischen Antisemitismus spielt v. a. das Stereotyp des jüdischen Reichtums eine zentrale Rolle, wenn bestimmte, zumeist finanzkräftige Vereine als »jüdisch« geschmäht werden, wie es z. B. bei *Ajax Amsterdam, Tottenham Hotspur* oder *Bayern München* der Fall ist. Wir finden aber auch Formen des sekundären Antisemitismus, z. B. wenn die von Antisemitismus betroffenen jüdischen Vereine auf die Schmähungen mit Beschwerden reagieren und deshalb als überempfindlich gelten und ihnen unterstellt wird, sie wollten eine Sonderrolle einnehmen und das schlechte Gewissen der Deutschen zu ihrem Vorteil nutzen.

12.3.1 Zur Situation in Deutschland

Mitte der 1980er- bis in die 1990er-Jahre hinein prägten in der alten Bundesrepublik und der DDR v. a. rechte und neonazistische Gruppen die Fankultur. Seitdem gehören auch antisemitische Schmähungen zum Repertoire der Fußballfans. Dabei waren angesichts der verschwindend kleinen Zahl jüdischer Fußballer zunächst fast ausschließlich nichtjüdische Personen oder Gruppen betroffen. Häufig wurden Schiedsrichter zum Ziel von als Beleidigung gemeinten, aber hinsichtlich ihres antisemitischen Gehalts oft kaum reflektierten »Jude«-Rufen.[1050] Derartige Vorkommnisse treten seit den späten 1990er-Jahren seltener auf, doch gibt es sowohl unter Wissenschaftlern wie Szenekennern keinen Konsens darüber, wie die heutige Situation einzuschätzen ist. Man nimmt an, dass auch durch die Bildung antirassistischer Fangruppen (Ultrakultur) neonazistische und antisemitische Vorkommnisse v. a. im Bundesligafußball seltener geworden sind.[1051] Es gibt aber auch die These, dass sich die Vorfälle nur aus dem Stadion auf die An- und Abfahrtswege sowie von der Bundesliga in die unteren Ligen verlagert haben könnten.[1052] So besteht das Problem von zumeist offen geäußertem, in manchen Fällen auch gewalttätigem Antisemitismus auf allen Ebenen des deutschen Fußballs – bis hin zu Auftritten der Nationalmannschaft im Ausland – fort. Die wissenschaftliche Forschung hat Diskriminierungen im Fußballstadion bisher zumeist nur im Hinblick auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit untersucht, Antisemitismus spielte dabei nur eine Nebenrolle. Entsprechend liegen nur wenig spezifische Studien zum Antisemitismus im Fußball und der Fankultur vor.[1053]

Hinzugetreten ist ein neues Phänomen, von dem v. a. die in mehreren Städten aktiven Fußballvereine des jüdischen

1050 Es wird in der Forschung darüber diskutiert, welche Funktion die antisemitischen Stereotype in der aktuellen Sprachverwendung haben, ob etwa die Verwendung des Begriffs »Jude« als eine synonyme Verwendung für abwertende Bezeichnungen eine Bedeutungsveränderung erfährt oder als Ausdruck eines antisemitischen Weltbilds begriffen werden muss. Vgl. Michael Reichelt, Das Lexem ›Jude‹ im jugendlichen Sprachgebrauch. Eine Untersuchung am Beispiel sächsischer Fußballplätze, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 18 (2009), S. 17 f.; Monika Schwarz-Friesel, Sprache und Emotion, Tübingen/Basel 2007, S. 338.

1051 Laut Jahresbericht der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) wurden für die Saison 2012/13 für die drei Bundesligen 16 Standorte rechts offener oder neonazistischer Fangruppen ermittelt. http://www.polizei-nrw.de/media/Dokumente/12-13_Jahresbericht_ZIS.pdf (eingesehen 25. 11. 2016).

1052 Gunter A. Pilz, Fangewalt, Rechtsextremismus und Diskriminierungen im Fußballsport, in: Günther Degener/Wilhelm Körner (Hrsg.), Gewalt und Aggression im Kindes- und Jugendalter: Ursachen, Formen, Intervention, Weinheim 2011, S. 243.

1053 Vgl. Florian Schubert, Fußball und Antisemitismus. Gutachten für den Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus, 2016, S. 4.

Turn- und Sportverbands in Deutschland *Makkabi e.V.* betroffen sind, die sich nach Auskunft des Vereinsvorsitzenden Alon Meyer seit sechs, sieben Jahren seltener Angriffen von Rechtsextremen oder antisemitischen Personen aus den gegnerischen Mannschaften ausgesetzt sehen, dafür aber zunehmend zum Ziel von »Verbalattacken [...] von einer muslimisch geprägten Minderheit« werden.[1054]

12.3.2 Ausdrucksformen des Antisemitismus

Antisemitismus drückt sich in den Fußballstadien, auf den An- und Abfahrtswegen sowie in den Fanforen im Internet in unterschiedlichen Formen aus. Verbal werden antisemitische Beschimpfungen oder Anspielungen teils von Einzelpersonen vorgebracht, zumeist aber mit größerer Öffentlichkeitswirksamkeit in Form gemeinschaftlicher Fangesänge oder antisemitische Transparente und Banner.[1055] Häufig wird das Wort »Jude« zur Diffamierung des gegnerischen Vereins (wie »Juden Hannover« oder »Juden Aue«) sowie seiner Fans benutzt, v. a. wenn er aus einer Stadt mit einer jüdischen Vereinstradition kommt, wie etwa im Falle *Bayern Münchens.* Ein weiteres Motiv, das sich aus der antisemitischen Vorstellung von jüdischem Reichtum und jüdischer Macht speist, ist der Neid auf finanziell besser ausgestattete Vereine, v. a. wenn ein reicher Sponsor den Verein fördert. Solche Vereine werden häufig mit antisemitischen Schmähungen bedacht.[1056] Die verwendeten antijüdischen Bilder können dabei auch sehr subtil auftreten. Der Fußballjournalist Ronny Blaschke vermutet etwa, dass die Proteste von tausenden Fans gegen den aufstrebenden damaligen Zweit- und heutigen Erstligisten *Rasenballsport Leipzig,* der von einem österreichischen Milliardenunternehmen, der Firma Red Bull, getragen wird, mit der Verballhornung des Vereinsnamens in »Rattenball« eine von Neonazis aus Sachsen verwendete Anspielung auf die im NS-Film »Der ewige Jude« verwendete Gleichsetzung von Juden und Ratten benutzt hätten, ohne möglicherweise diesen Hintergrund zu kennen. Die meisten Fans, denen »Rattenball« über die Lippen kommt, würden den Verdacht des Antisemitismus wohl zurückweisen. Für eine antisemitische Lesart von »Rattenball« spricht, dass der Verein seit seiner Gründung vonseiten der Neonazis mit antisemitischen Unterstellungen bedacht wurde, die auf seine Finanzkraft anspielen.

»Während eines Pokalspiels schmetterten hunderte Fans des Zweitliga-Klubs Dynamo Dresden ihrem favorisierten Gegner entgegen: ›Jude, Jude, Jude – Eintracht Frankfurt‹«, während sich zwei Jahre später die zweite Mannschaft des Vereins (*Sportgemeinschaft Eintracht)* von Anhängern des finanziell weniger gut ausgestatteten Rivalen *Kickers Offenbach* »Zyklon B für die SGE-« und »Judenschweine«-Rufe anhören musste. Der Verein distanziere sich »ausdrücklich von Gewalt sowie antisemitischen und rassistischen Parolen«, sagte Geschäftsführer David Fischer *Spiegel Online*. »Wir haben bereits in Zusammenarbeit mit der Polizei einen Teil der Störer ermittelt und Stadionverbot gegen die entsprechenden Personen verhängt.«[1057] Im Fall der Makkabi-Vereine stammen die Beschimpfungen aber häufig nicht nur von den Fans der gegnerischen Mannschaft, sondern sogar von deren Spielern und Betreuern. Neu ist das Phänomen, dass Spieler von Fans des eigenen Vereins antisemitisch beleidigt werden. Dies erlebte der israelische Profi Itay Schechter im Februar 2012 durch rechtsgerichtete Fans von *FC Kaiserslautern.*[1058]

Antisemitismus findet sich zudem häufig im Kontext von Anspielungen auf den Nationalsozialismus und die Verfolgung und Ermordung der Juden. Die krassesten Beispiele dafür sind das sogenannte *U-Bahn nach Auschwitz*-Lied, in dem der Bau einer U-Bahn zum Ort der Judenvernichtung vorgeschlagen wird, und »Zyklon B«-Rufe für gegnerische Mannschaften. So sangen Fans von *Borussia Neunkirchen* am 25. August 2015 beim Spiel gegen *TuS Koblenz* dieses Lied und riefen »SS, SA, Borussia«.[1059] Es finden sich neuerdings aber auch Beispiele, insbesondere in der Zeit von Eskalationen im Nahostkonflikt wie im Sommer 2014, bei denen rechtsextreme Fangruppen israelfeindliche Slogans verbreiteten und ihre Solidarität mit den Palästinensern verkündeten. So skandierten bei einem Testspiel zwischen *Hannover 96* und *Lazio Rom* dreißig Anhänger des Fan-Freundeskreises »Legion Germania«: »Scheiß Israel«,

1054 Ronny Blaschke, Judenhass im Fußball. Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/202637/judenhass-im-fussball (eingesehen 15.9.2016); Philipp Peymann Engel, ›Wir werden oft bedroht und beschimpft‹. Claudio Offenberg über Judenhass im Fußball, Ewiggestrige und der Wunsch nach Solidarität, in: Jüdische Allgemeine, 24.9.2012.

1055 Z. B. Banner, das von Dynamo Dresden Fans zur Schmähung des Gegners an die Absperrung am Spielfeldrand gehängt wurde, auf dem eine Comic-Figur zu sehen ist, die einen chassidischen Juden im Ghostbusters-Stil zeigt, der durchgestrichen ist, http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/04/14/antisemitische-hetze-unter-dynamo-dresden-fans_6079 (eingesehen 12.12.2016).

1056 Ronny Blaschke, Judenhass im Fußball.

1057 Diese Rufe sind auf einem YouTube-Video festgehalten. Siehe: http://www.spiegel.de/sport/fussball/kickers-offenbach-geht-gegen-antisemitische-anhaenger-vor-a-922763.html (eingesehen 9.10.2016). Vgl. zu diesem Vorfall auch: Florian Schubert, Antisemitismus in Fußball-Fankulturen, in: Gerd Dembowski/Martin Endemann/Jonas Gabler (Hrsg.), Zurück am Tatort Stadion. Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußball-Fankulturen, Göttingen 2015, S. 94.

1058 Zu den Vorgängen in Kaiserslautern im Februar 2012: Aufregung in Kaiserslautern. Der FCK-Profi Shechter wurde von eigenen Fans antisemitisch beleidigt, in: Spiegel Online, 27.2.2012, http://www.spiegel.de/sport/fussball/aufregung-in-kaiserslautern-fck-profi-shechter-von-fans-antisemitisch-beleidigt-a-817771.html (eingesehen 25.11.2016); »Drecksjude« auf dem Trainingsplatz.Der israelische Fußballer Itay Shechter ist beim FC Kaiserslautern beleidigt worden, in: Jüdische Allgemeine, 28.2.2012, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/12409 (eingesehen 9.10.2016).

1059 Zitiert nach Schubert, Expertise Fußball und Antisemitismus, S. 26.

»Eine Bombe auf Israel« und »Duce«.[1060] Der Sozialwissenschaftler Gerd Dembowski sieht darin Beispiele für eine neue Variante der Judenfeindschaft im Fußball, die als brachiale Kritik an Israel getarnt sei.[1061]

Eine noch wirksamere, weil über Internetforen auch weiter zu verbreitende Form antisemitischer Hetze bedient sich visueller Präsentationsformen wie Transparenten, Wandmalereien oder Graffitis. Die im Stadion gezeigten Transparente enthalten teils offen brutale antisemitische Schmähungen, benutzen teils aber auch raffiniertere Anspielungen.[1062] Ein bekanntes Beispiel für den offenen Antisemitismus, der zumeist auf die Ermordung der Juden rekurriert, ereignete sich bei einem Spiel der deutschen Nationalmannschaft am 4. September 1996 in Zabrze, das ca. 50 Kilometer von Auschwitz entfernt liegt. Dort entrollten mitgereiste Neonazis ein Transparent: »Schindler-Juden – wir grüßen euch!« und riefen: »Wir sind in Polen, um die Juden zu versohlen.«[1063] Ein ähnliches Vorgehen fand sich auch im Spiel des *TuS Sachsenhausen* gegen *Babelsberg 03* am 8. Mai 2013: Es wurde ein Transparent mit dem Schriftzug »Gas geben Sachsenhausen« gezeigt und damit eine Verknüpfung zum ehemaligen KZ Sachsenhausen und der Erstickung von Juden mit Gas hergestellt. Bei den visuellen Präsentationsformen finden sich aber auch Schmähungen Israels, v. a. von rechts, verbunden mit rechter Symbolik, der Fahne des Deutschen Kaiserreichs etc. So zeigten im Juli 2014 vierzehn Neonazis aus dem Umfeld der Partei »Die Rechte« bei einem Freundschaftsspiel zwischen *Maccabi Netanya* und einem Nachwuchsteam in Dortmund zwei Palästinenserflaggen und eine Fahne des Deutschen Kaiserreichs. Ihre Parolen waren: »Nie wieder Israel« und »Juden raus aus Palästina«. Die Partei »Die Rechte« dokumentierte den Auftritt in einem Video auf *YouTube*.[1064] Das Internet und hier besonders die Fanforen bieten Fußballfans die Möglichkeit, antisemitische Kommentare zu verbreiten, umgekehrt aber auch zur Gegenwehr (s. u.).

Die Äußerungsformen antisemitischer Einstellungen beschränken sich aber nicht auf verbale Angriffe, sondern es kommt auch zu Gewalttätigkeiten, wobei die Tätergruppen meist rechte und neonazistische Fangruppen sind, die sich bei ihren Angriffen auf antirassistische Fangruppen oder solche, die einen Ruf als Linke haben, mitunter antisemitischer Rufe oder Posen bedienen. Das Besondere ist dabei, dass sich diese Angriffe nicht mehr nur gegen fremde Fangruppen, sondern auch gegen die des eigenen Vereins richten können.[1065]

12.3.3 Die jüdischen Makkabi-Vereine als Zielscheibe von Antisemitismus

Zielt die Gewalt unter Verwendung antisemitischer Schmähungen oft auf nichtjüdische, antirassistische Fangruppen, so werden bei Spielen von Makkabi-Vereinen, in denen Juden gemeinsam mit Christen und Muslimen spielen, Spieler und Fans gleichermaßen bedroht und angegriffen. Nach Aussagen des sportlichen Leiters von *Makkabi Berlin,* Claudio Offenberg, waren türkische Spieler, die meist muslimischen Glaubens sind, von türkischen Spielern der gegnerischen Mannschaft angefeindet und mit Ausdrücken wie: »Ihr solltet euch ja schämen, bei den Saujuden zu spielen. Und du bist selber ein Saujude« usw. bedacht worden.[1066] Insgesamt finden Bedrohungen und Angriffe v. a. bei Spielen gegen muslimisch-migrantische Vereine statt und gehen von deren Spielern, Fans und (Vereins-)Angehörigen aus.[1067] »Du stinkst schon wie ein Jude« – mit solchen Beleidigungen sollen Spieler, Verantwortliche und Fans des *BSV Hürtürkel* die Gegner vom *TuS Makkabi* in einem Spiel am 25. März 2012 beleidigt haben. Das Sportgericht des *Berliner Fußball-Verbands* (BFV) belegte den *BSV Hürtürkel* daraufhin mit einer Aufsehen erregenden Strafe. »Es war das erste Mal, dass der Paragraph 46, ›Diskriminierung und ähnliche Tatbestände‹ in Berlin im Männerbereich in einer vergleichsweise hohen Spielklasse (siebte Liga) zur Anwendung kam. […] Das

1060 Schubert, Antisemitismus in Fußball-Fankulturen, S. 95; auch: Blaschke, Judenhass im Fußball; http://fanzeit.de/antisemitische-parolen-bei-hannovers-testspiel-gegen-lazio/8909 (eingesehen 9.10.2016).

1061 Vgl. hierzu auch die Aussage Gerd Dembowskis in: Schubert, Antisemitismus in Fußball-Fankulturen.

1062 Fans von Energie Cottbus zeigten am 15. Mai 2015 im Spiel gegen Babelsberg 03 eine Fahne mit der Aufschrift »ZCKN, ZGNR & JDN«, bei der man als Zuschauer nur die Vokale ergänzen musste (»Zecken, Zigeuner & Juden«). Zit. nach Schubert, Expertise Fußball und Antisemitismus, S. 25.

1063 Zum Vorfall in Zabrze: Gerd Dembowski/Jürgen Scheidle (Hrsg.), Tatort Stadion. Rassismus, Antisemitismus und Sexismus im Fußball, Köln 2002, S. 196 f.

1064 https://www.youtube.com/watch?v=xDE_ui2gUTo (eingesehen 25.11.2016), http://www.derwesten.de/staedte/dortmund/nord-west/neonazis-stoeren-fussball-spiel-gegen-israelische-mannschaft-id9626318.html (eingesehen 25.11.2016). Vgl. auch Blaschke, Judenhass im Fußball.

1065 Bei einem Auswärtsspiel von Eintracht Braunschweig gegen Borussia Mönchengladbach in der 2. Bundesliga wurden antirassistische Braunschweiger Ultras am 20.9.2013 unter Beschimpfungen wie »du/ihr Jude(n)«, »Verpißt euch, ihr Antifafotzen!« gewalttätig angegriffen. Ultras Braunschweig (22.9.2013): Massive Übergriffe auf die Gruppe Braunschweiger Ultras beim Auswärtsspiel in Mönchengladbach, Braunschweig. Zitiert nach Schubert, Expertise Antisemitismus im Fußball, S. 8.

1066 Zitiert nach Blaschke, Judenhass im Fußball; Alon Meyer berichtet von einem Jugendspiel, das Makkabi kurz vor Schluss für sich entschieden hatte. Die Gegner fühlten sich provoziert: »Auf dem Weg zur Kabine ist es dann sehr, sehr heiß gelaufen. Ich habe zum Glück mein Handy mit Videokamera schon gehabt. Ich habe das Ding auch aufgenommen und gefilmt. Die ganzen Vorkommnisse, die ganze Schlägerei, wie die da drauf gekommen sind. Ich habe es dann geschafft, die Leute noch in die Kabine zu bringen, ich war selber dabei. Und dann wurde draußen skandiert. Soweit skandiert, dass ich gesagt habe: Ich kann die Sicherheit meiner Sportler auf dem Weg jetzt nach Hause nicht mehr garantieren und werde jetzt die Polizei rufen. Und wir warten, bis die Polizei kommt und erst dann werden wir hier rausgehen, aus der Kabine. Und werden nach Hause dann, entweder begleitet oder fahren unter Polizeischutz nach Hause«. Blaschke, Judenhass im Fußball; siehe auch Deutschlandradio, 18.1.2015, http://www.deutschlandradiokultur.de/antisemitismus-im-fussball-klischees-in-der-kurve.966.de.html?dram:article_id=308164 (eingesehen 11.1.2017).

1067 Schubert, Expertise Fußball und Antisemitismus, S. 9.

Sportgericht sah es als erwiesen an, dass es in der Landesliga zwischen *Hürtürkel* und *TuS Makkabi* am 25. März zu rassistischen und antisemitischen Beleidigungen gegen Spieler von *Makkabi* gekommen war. Auf Makkabis Homepage wird die Situation auf dem Sportplatz am Columbiadamm als eine durch ›blanken Hass geprägte Atmosphäre der Beleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen‹ beschrieben.«[1068] Im Amateurfußball sind die Spieler von *Makkabi* regelmäßig solchen antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt, dies gilt bis hinab zu den Jugendmannschaften. Der Präsident des jüdischen Sportvereins *TuS Makkabi,* Alon Meyer, berichtete 2012 von regelmäßigen, fast wöchentlichen antisemitischen Vorfällen. Polizeischutz bei Spielen sei inzwischen keine Seltenheit mehr.[1069] So wurde in der laufenden Saison 2015/16 die dritte Herrenmannschaft des *TuS Makkabi* Berlin schon zweimal Opfer antisemitischer Übergriffe. »Ende August letzten Jahres wurde das Team von aggressiven Spielern des BFC Meteor 06 während eines Matches körperlich angegriffen und antisemitisch beleidigt, im Oktober war es massiven Bedrohungen durch die Spieler des 1. FC Neukölln ausgesetzt.«[1070] Anders als im Stadion, wo antisemitische Anfeindungen in erster Linie von rechten Fangruppen ausgehen, ist der Täterkreis bei Spielen muslimisch-migrantischer Mannschaften häufig breiter, da neben den Fans auch Spieler, Betreuer und Vereinsangehörige antisemitisch agieren. Die Anfeindungen verstärken sich bei Eskalationen des Nahostkonflikts, was zu einer Art Stellvertreterkrieg auf dem Spielfeld führt. Der sportliche Leiter von *Makkabi Frankfurt,* Roman Zurek, sagte angesichts von aufgeheizten Situationen im Nahen Osten: »Wir werden als israelische Mannschaft gesehen. Es gibt Gegner, die sehen den Davidstern auf unserem Trikot und meinen, sie spielen gegen Israel. Ich muss aber auch sagen: Sprüche aus der rechten Szene habe ich persönlich erst ein Mal mitbekommen.«[1071] So vermischen sich die herkömmlichen antisemitischen Beleidigungen mit antiisraelischen, wenn etwa Spieler von *TUS Makkabi Köln* am 6. September 2015 von ihren Gegenspielern unter »Scheiß Juden«- und »Free Palästine-Rufen« [sic!] Attackiert wurden.[1072] Zu solchen Vorkommnissen kommt es aber keineswegs bei allen arabisch-muslimischen Fußballvereinen. Es finden sich auch dezidierte Gegenreaktionen, etwa als das Freizeitteam des Vereins *Türkiyeempor Berlin* im Februar 2015 mit einem Spiel gegen *TuS Makkabi Berlin* ein Zeichen der Solidarität und gegen Antisemitismus setzte. Von den Beteiligten wurde gefordert, das Problem des Antisemitismus, das auf dem Fußballplatz oft bagatellisiert werde, klar zu benennen. Auch der Bundesligist *Hertha BSC* veröffentlichte im Herbst 2014 zusammen mit *Makkabi* auf *YouTube* einen Videoclip gegen Judenhass.[1073]

Nach den Erfahrungen des sportlichen Leiters von *TuS Makkabi Berlin,* Claudio Offenberg, erhielten die Makkabi-Vereine nach antisemitischen Vorfällen meist keine Entschuldigungen vonseiten der gegnerischen Mannschaften, und auch Solidaritätsbekundungen von anderen Vereinen gibt es sehr selten. Vielmehr stünden die anderen Vereine dem Problem gleichgültig bis ignorant gegenüber. Hinzu kämen teilweise herabsetzende Sprüche oder Vorwürfe einer Mitschuld an diskriminierenden Ereignissen.[1074] Dies verweist auf ein weiteres Problem: Von Vereins- und Verbandsseite sind die jüdischen Vereine Unterstellungen und Vorwürfen ausgesetzt, sie instrumentalisierten ihren Opferstatus aus der Zeit des Nationalsozialismus, um sich Vorteile oder eine besondere Aufmerksamkeit für ihre Probleme zu verschaffen (→ Definition).[1075] Die Referatsleiterin im Referat Sport und Politik der *Sportjugend Hessen,* Angelika Ribler, bestätigt, dass man Makkabi mit der Haltung begegnet, »es müsse doch mal Schluss sein mit dem Thema Holocaust-Vorwurf«.[1076] Auch traditionelle Stereotype von »den reichen

1068 Sebastian Stier, »Kein Aufstieg für Antisemitismus«, in: Der Tagesspiegel, 6.6.2012, http://www.tagesspiegel.de/sport/berlinsport/punktabzug-fuer-huertuerkel-kein-aufstieg-fuer-antisemitismus/6715082.html (eingesehen 22.9.2016).

1069 »Antisemitische Pöbeleien gehören zum Fußball dazu«, sagt ein 19-jähriger Student aus Frankfurt a.M., der seit Jahren bei Makkabi Fußball spielt. »Die gegnerische Mannschaft tritt häufig mit freudiger Aggressivität und Gewaltbereitschaft gegen uns an.« Jungspielern werde auf dem Weg zum Auto oder Bus aufgelauert, manche würden verprügelt, einem Freund von ihm sei einmal die Nase gebrochen worden. Zitiert nach: Freia Peters, Das schwierige Leben der Juden in Deutschland, in: Welt Online, 9.9.2012, http://boerneplatz.blogspot.de/2012/09/juden-in-deutschland-i-welt.html (eingesehen 16.9.2016).

1070 Frederik Schindler, Kicken gegen den Antisemitismus, in: Jüdische Allgemeine, 8.2.2016, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/24621 (eingesehen 16.9.2016). Beim Heimspiel gegen die »zweite Mannschaft des 1. FC Neukölln waren die Spieler des jüdischen Vereins massiven Bedrohungen ausgesetzt, sodass das Spiel in der Verlängerung abgebrochen werden musste.« »Ich stech dich ab«, »Wir kommen gleich mit unseren Messern«, »Nach dem Spiel seid ihr tot« oder »Du hast dir gerade dein eigenes Grab geschaufelt«, lauteten einige der Drohungen von Spielern mit vermutlich arabischen Wurzeln, wie Makkabi-Teamkoordinator Leonard Kaminski im Gespräch mit der Jüdischen Allgemeinen berichtet. Er vermutet einen Bezug auf die derzeitigen Messerattacken in Israel. Der Schiedsrichter Werner Maass bestätigte dieser Zeitung, dass er am Ende des Spiels diese Äußerungen selbst gehört und sich auch selbst bedroht gefühlt habe. Frederik Schindler, Spieler schützen, in: Jüdische Allgemeine, 22.10.2015, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/23630 (eingesehen 16.9.2016); Katharina Schmidt-Hirschfelder, Fußball: ›Nicht mehr sportlich‹, in: Jüdische Allgemeine, 1.9.2015. Beim Kreisligaspiel zwischen BFC Meteor und Makkabi Berlin kam es zu antisemitischen Beleidigungen und Handgreiflichkeiten. Der Meteor-Spieler, der laut inzwischen vorliegendem Schiedsrichterbericht die Gewalt ausgelöst hatte, sowie die gesamte Mannschaft wurden bis zur Verhandlung des Berliner Sportgerichts Ende September gesperrt. Der betreffende Spieler wurde , Verein ausgeschlossen.

1071 Frankfurter Presse, 12.3.2012: »Einzelne Gegner sind unbelehrbar«. Zitiert nach Schubert, Expertise Fußball und Antisemitismus, S. 12.

1072 Ayala Goldmann, Fußball-Kreisliga: Beschimpfungen nach dem Abpfiff. Antisemitische Beleidigungen beim Spiel von TuS Makkabi Köln gegen ESV Olympia, in: Jüdische Allgemeine, 9.9.2015, http://www.-juedische-allgemeine.de/article/view/id/23257 (eingesehen 16.9.2016).

1073 https://www.youtube.com/watch?v=F55ljD3smy (eingesehen 16.9.2016).

1074 Schindler, Kicken gegen Antisemitismus.

1075 Schubert, Expertise Fußball und Antisemitismus, S. 12.

1076 Angelika Ribler, Präventionsmaßnahmen auf Verbandsebene, in. Angelika Ribler/Astrid Pulter (Hrsg.), Konfliktmanagement im Fußball, Frankfurt a.M. 2010, S. 140.

Juden« finden sich in den offiziellen Stellungnahmen gegenüber Makkabi.[1077] Auch wenn die Makkabi-Vereine als ganz normale Vereine wahrgenommen werden wollen, werden sie nach ihrer eigenen Einschätzung in eine Sonderrolle gedrängt und zunächst als Juden begriffen. »Wenn andere Vereine, Mannschaften, Umfeld lautstark sind, für ihre Rechte eintreten, sich beklagen oder den Schiedsrichter noch einmal verbal Attackieren, dann ist das alles legitim. […] Wenn Makkabi das macht, dann hat das alles eine ganz andere Wertigkeit. Dann sind die ja schon wieder am Heulen und hört mal auf zu meckern. Und ihr habt doch immer was. Und immer die gleichen stereotypen Vorwürfe.«[1078] Florian Schubert macht deutlich, dass allein schon die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen, wenn etwa manche Vereinsaktivitäten nicht angekündigt werden, dazu führten, Makkabi nicht als ganz normalen Verein zu betrachten. Auch die Reaktionen auf antisemitische Übergriffe vonseiten Makkabis drängten diesen in eine Sonderrolle.[1079]

12.3.4 Die Reaktionen auf antisemitische Vorfälle im Fußball

Die Makkabi-Vereine und die Verbände gehen unterschiedlich mit antisemitischen Vorfällen um. Die Makkabi-Vereine selbst überlegen es sich gut, welche Fälle sie überhaupt melden, um dem Vorwurf, sie würden eine Sonderrolle spielen und jeden Vorfall gleich der Presse melden, zu entgehen. Einige Makkabi-Vereine, wie *TuS Makkabi Frankfurt,* haben die lange übliche Praxis, hauptsächlich indirekt mit Beschwerden zu reagieren, zugunsten einer eher offensiven Strategie aufgegeben, indem sie vor anstehenden Spielen das Gespräch mit den gegnerischen Mannschaften suchen, um so angespannte Situationen von vornherein zu deeskalieren.

Der DFB hat es lange vermieden, das Thema Antisemitismus offen anzugehen, obwohl Dieter Graumann, der *Makkabi Frankfurt* zwölf Jahre leitete und vier Jahre lang Präsident des *Zentralrats der Juden* war, diesbezügliche Briefe an Verbände und Vereine geschrieben hatte. Dies änderte sich unter dem DFB-Präsidenten Theo Zwanziger, der die Landesverbände entsprechend in die Pflicht nahm.[1080] Die Verbandsstatuten wurden mittlerweile nun so angepasst, »dass antisemitisches Verhalten ohne Probleme bestraft werden kann«.[1081] Die Strafen können unterschiedlich ausfallen, vom Punkteabzug für die pöbelnde Mannschaft bis hin zum Ausschluss vom Spielbetrieb. Nach Florian Schubert sind durch das verstärkte Durchgreifen der Verbände, wie etwa in Frankfurt, antisemitische Angriffe zurückgegangen.[1082] Dennoch werden weiterhin manche der gemeldeten Vorfälle von den Verbänden dilatorisch behandelt, v. a. wenn die beklagten Vereine die Vorfälle ihrerseits abstreiten, sodass Makkabi die weitere Behandlung immer wieder anmahnen muss. Dies gilt v. a. auf regionaler Ebene, wo einige Verbände für ihre zu zögerliche Praxis im Umgang mit antisemitischen Vorfällen und wegen einer mangelnden Solidarität mit angegriffenen Spielern von Makkabi kritisiert werden. Ein Verantwortlicher von *Makkabi Berlin,* Claudio Offenberg, antwortete 2012 in einem Zeitungsinterview auf die Frage, ob der Verband genug täte: »Nur teilweise. Es gibt im BFV [Berliner Fußball Verband, *Anm. d. Verf.*] viele engagierte Mitarbeiter, die in dieser Frage guten Willens sind. Leider werden diese jedoch oft ausgebremst durch solche, die meinen, Ruhe und Zurückhaltung sei das Allerwichtigste, um antisemitische Konflikte zu lösen.«[1083] Auch einfach zu ergreifende Maßnahmen, wie das Entsenden von Beobachtern und erfahrenen Schiedsrichtern zu Spielpaarungen, bei denen Vorfälle zu erwarten sind, werden nur selten umgesetzt. Nach Meinung des Vizepräsidenten des *Berliner Fußball-Verbandes* (BFV), Gerd Liesegang, würden jedoch heute immer mehr ehrenamtliche Funktionäre darauf achten, dass Antisemitismus gar nicht erst entstehen kann: »Wir sind vorbereitet, wir haben den Spielplan durchgeschaut. Wir gucken auch auf Freundschaftsspiele, die im Netz sind, wo Paarungen sind, wo wir sagen müssen, da müssen wir aufpassen: Welche Vereine spielen gegeneinander? Wir versuchen es auch mit gestandenen Schiedsrichtern dann zu steuern.«[1084] Der BFV hebt die von ihm getroffenen Verbesserungen hervor, nämlich dass Schiedsrichter Schulungen besuchten und Konfliktmanager Risikospiele beobachteten. Der BFV hat ein Postfach für anonyme Hilferufe eingerichtet, druckt Broschüren, verteilt Plakate, produziert Ratgeber-DVDs. »Er veranstaltet Integrationsfeste, organisiert Deeskalationstraining.

1077 Der Präsident von Makkabi, Alon Meyer, schildert einen solchen typischen Fall: »Das passiert auch bei Funktionären, und v. a. Beamten, bei Gesprächen mit der Stadt, mit der Bank. Wenn wir dann im Prinzip jetzt sprechen über einen neuen Sportplatz, den wir vielleicht irgendwie kriegen, wo ein ganz kleines Licht sich im Dunkeln geöffnet hat. Wenn Sie dann mit den Stadtverantwortlichen reden, dann werden Ihnen Plätze angeboten, die unbebaut sind, wo ein Acker drauf ist. Wo man dann sagt: Hört mal zu, Ihr habt doch das Geld, Ihr habt doch die entsprechenden Möglichkeiten. Für euch wäre es doch ein Leichtes, wenn wir euch die Fläche geben, da was hinzubauen. Und da merkt man dieses Unterschwellige: die Juden haben doch Geld, für euch ist es doch einfacher als für andere Vereine. Das kriegen wir immer wieder mit. Aber auch Spieler, wenn Sie zu uns kommen: Wenn sie über Wechselprämien, über eine Ausstattung reden, dann erwarten die einfach sehr oft mehr als, glaube ich, als sie bei anderen Vereinen erwarten.« Zitiert nach Blaschke, Judenhass im Fußball.

1078 So wird der sportliche Leiter von TuS Makkabi Berlin Claudio Offenberg zitiert bei: Thorsten Poppe, Rechtsaußen ins Abseits, in: Deutschlandradio Kultur, 21. 5. 2009, http://www.deutschlandradiokultur.de/rechtsaussen-ins-abseits.966.de.html?dram:article_id=149538 (eingesehen 22. 9. 2016).

1079 Schubert, Expertise Fußball und Antisemitismus, S. 13.

1080 Zitiert nach Blaschke, Judenhass im Fußball.

1081 Schubert, Expertise Fußball und Antisemitismus, S. 14.

1082 Ebenda.

1083 Philipp Peyman Engel, Wir werden oft bedroht und beschimpft. Claudio Offenberg über Judenhass im Fußball, Ewiggestrige und den Wunsch nach mehr Solidarität, in: Jüdische Allgemeine, 24. 9. 2012, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/14037 (eingesehen 22. 12. 2016).

1084 Zitiert nach Blaschke, Judenhass im Fußball.

Der Verband pflegt Partnerschaften: mit der Jüdischen Gemeinde, der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, dem Verein Gegen Vergessen oder dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.«[1085] Es scheint, dass es in den Verbänden immer noch zu sehr von einzelnen Personen abhängt, inwieweit das Thema wichtig genommen wird.

Neben den direkten Maßnahmen gegen antisemitische Vorfälle in den Stadien oder auf den Zufahrtswegen, wobei Letztere eher nicht sanktioniert werden, hat der DFB eine Reihe von Entwicklungen und Maßnahmen auf der symbolischen und erinnerungspolitischen Ebene auf den Weg gebracht. Dies gilt v. a. für die Auseinandersetzung mit den Folgen der NS-Vergangenheit für jüdische Sportler und Vereine. So hat die historische Erforschung der NS-Vergangenheit einiger Traditionsklubs begonnen und der DFB vergibt seit zehn Jahren den Julius-Hirsch-Preis gegen Diskriminierung und erinnert damit an den jüdischen Nationalspieler Julius Hirsch, der 1943 in Auschwitz ermordet wurde. Ebenfalls auf dem Programm des DFB steht eine Reise der Nachwuchsteams nach Israel, wo sie auch die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem besuchen.

Neben der Bewegung von oben gibt es auch einige entsprechende Aktivitäten von unten. So besuchen Fangruppen Gedenkstätten, organisieren Vorträge, verlegen Stolpersteine, setzen sich mit der Geschichte ihres Verein in der NS-Zeit auseinander und entdecken dabei Vorbilder, wie den jüdischen Vereinspräsidenten des *FC Bayern München,* Kurt Landauer.[1086] Antirassistische Fangruppen, die sich zunehmend der Gewalt aus den rechten und neonazistischen Fangruppen ausgesetzt sehen, versuchen ihrerseits, den aktuellen Antisemitismus im Fußball zu bekämpfen. Mitglieder der Bremer Ultra-Gruppe *Caillera* haben 2013 das Forum »Fußballfans gegen Antisemitismus« gegründet, auf dem sie im Internet antisemitische Vorfälle dokumentieren und auf Info-Veranstaltungen hinweisen.[1087]

12.3.5 Fazit

Offene Formen von Antisemitismus kommen in den Bundesligen in den letzten Jahren seltener vor, doch scheinen v. a. die unteren Ligen hier größere Probleme zu haben. Ob es insgesamt eine Veränderung in der Anzahl und Heftigkeit antisemitischer Vorfälle gibt, ist bisher nicht erforscht, zumal auch hier die Dunkelziffer nicht gemeldeter Vorfälle nicht unerheblich sein dürfte. Antisemitismus bleibt weiterhin, häufiger nun auch mit israelfeindlichen Anteilen verbunden, Teil der v. a. von den rechten Fangruppen und Hooligans ausgehenden Diskriminierungen im Fußball. Der Fußball wird zudem strategisch als Plattform genutzt – z. B. auch über Internetforen – um hierüber andere Fußballfans zu erreichen. Damit gewinnt der Antisemitismus im Kontext des Fußballs eine ganz erhebliche gesellschaftliche Breitenwirkung. Ganz direkt und besonders stark davon betroffen sind die jüdischen Makkabi-Vereine und israelische Mannschaften,[1088] die in jüngster Zeit zum Ziel antisemitischer Anfeindungen insbesondere auch von türkisch-muslimischen Vereinen und deren Spielern werden, sowie antirassistische Fangruppen. Auf der Verbandsebene fehlt eine gemeinsame übergreifende Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus in den Stadien, sodass auf solche Vorfälle uneinheitlich reagiert wird und die Sportgerichte zu milde Urteile fällen.[1089] Dass die Verbände antisemitische Vorfälle nicht immer genügend ahnden, liegt nach Meinung Schuberts auch daran, dass die »Sensibilisierung gegenüber Antisemitismus [...] nicht immer sehr ausgeprägt ist. Der Fokus der Verbände und der Vereine ist sehr stark auf physische Gewalt gerichtet, nicht so sehr auf verbale Gewalt.«[1090] In Fällen antisemitischer Beleidigungen oder Gesänge werden diese in den Verbänden als »weniger schlimm« angesehen und auch weniger konsequent geahndet. Dies spiegelt sich auch in einigen der Fanprojekte, die sich oft nur sehr allgemein gegen rassistische und physische Gewalt richten, das Klima der Bedrohung, das von verbalen Attacken ausgeht, aber nicht ausreichend zur Kenntnis nehmen.

1085 Ebenda.

1086 Kurt Landauer: Der vergessene Erfinder des FC Bayern, in: Zeit Online, 14.10.2014, http://www.zeit.de/sport/2014-10/kurt-landauer-fc-bayern-film/komplettansicht (eingesehen 9.10.2016).

1087 Fussballfans gegen Antisemitismus, in: Caillera, 17.10.2013, http://caillera.net/fussballfans-gegen-antisemitismus (eingesehen 9.10.2016).

1088 In Dortmund bestritt eine U19-Stadtteilauswahl ein Freundschaftsspiel gegen Maccabi Netanya. Dazu: Elmar Vieregge, Dortmunder Neonazis stören Fußballspiel mit antisemitischer Provokation, in: Endstation rechts, 30. Juli 2014, http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/fussball/artikel/dortmunder-neonazis-stoeren-fussballspiel-mit-antisemitischer-provokation.html (eingesehen 22.9.2016).

1089 Schubert, Expertise Fußball und Antisemitismus, S. 18.

1090 Ebenda, S. 15.

13 Fazit

Neben der Aktualisierung der Ergebnisse, die der erste *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* im November 2011 als erste Bestandsaufnahme zum Antisemitismus in Deutschland vorgelegt hat, hat sich der zweite *Unabhängige Expertenkreis* mit einer Reihe von Themen beschäftigt, die im ersten Berichtszeitraum noch keine oder nur wenig Relevanz hatten bzw. solchen, die der *Deutsche Bundestag* als Auftraggeber besonders in den Vordergrund gestellt sehen wollte. Neu sind in diesem Bericht die Perspektive der Betroffenen sowie erste Erkenntnisse zu einem möglichen Antisemitismus bei Geflüchteten. Eingehend betrachtet werden auch die Entwicklungen im Internet und in den Sozialen Medien, die zum zentralen Verbreitungsinstrument von Hassbotschaften und antisemitischer Hetze geworden sind. Besonders in den Blick genommen hat der zweite Expertenkreis das Thema Prävention, wobei neben Projekten, die sich an Jugendliche richten vor allem das bisher weitgehend vernachlässigte Thema Erwachsenenbildung stärker im Fokus steht. Anders als im ersten Bericht wird hier ein verstärktes Augenmerk auf die theoretische Auseinandersetzung mit nachhaltigen pädagogischen Ansätzen einer Präventionspädagogik gelegt. Ein wichtiges Feld, das der erste Expertenkreis bereits thematisierte, wurde im vorliegenden Bericht erneut aufgegriffen. Eine in Auftrag gegebene Studie sollte mithilfe von qualitativen Interviews mit Imamen zum Thema Antisemitismus in muslimischen Gemeinden Einblick geben in einen Bereich, der seit Jahren im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit steht. Nicht selten wird der Anschein erweckt, als seien »die Muslime« die Hauptträger des Amtisemitismus in diesem Land. Seit der Zuwanderung von Flüchtlingen sind solche Zuschreibungen noch einmal verstärkt wahrzunehmen. Das hat dazu geführt, dass der Rechtsextremismus als zentrales Milieu antisemitischer Haltungen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Antisemitismus in Deutschland in den Hintergrund getreten ist. Insbesondere muslimische Verbände und Moscheegemeinden werden undifferenziert als Hort antisemitischer Agitation gesehen und Imame als »Hassprediger« charakterisiert. Untersuchungen zu antisemitischen Einstellungen in muslimisch geprägten religiösen Milieus, die diese Vermutungen untermauern könnten, gibt es bisher jedoch kaum, deshalb bedeutet die Studie zu Imamen eine erste Annäherung an das Thema.

Nach Einschätzung des *Unabhängigen Expertenkeises* gilt es, den Antisemitismus unter Muslimen zu beobachten und hier auch verstärkte Präventionsanstrengungen zu unternehmen, allerdings gleichzeitig Diskrimierungserfahrungen durch antimuslimischen Rassismus in den Blick zu nehmen. Zugleich warnt der UEA ausdrücklich davor, mit dem Verweis auf Antisemitismus unter Muslimen, explizit jenen im Rechtsextremismus, aber auch in der gesellschaftlichen und politischen Mitte zu vernachlässigen oder gar implizit zu verharmlosen.

Definition

Der Expertenkreis hat sich eingehend mit der Frage einer geeigneten Definition für das Phänomen Antisemitismus beschäftigt und eine wissenschaftliche Begriffsbestimmung erarbeitet, die versucht, die verschiedenen Facetten der Judenfeindschaft, wie sie im politischen und gesellschaftlichen Umfeld in Erscheinung treten sowie im aktuellen Diskurs virulent sind, zu erfassen. Für die praktische Arbeit etwa der Polizei oder der Justiz erscheint uns die Definition, die 2005 von verschiedenen NGOs und dem ehemaligen *European Monitoring Center on Racism and Xenophobia* (EUMC), der heutigen *Fundamental Rights Agency* (FRA), erarbeitet wurde, als geeignet, die vielschichtigen Formen antisemitischer Erscheinungsformen – zumindest für eine erste Wertung – einordnen zu können. Die Bedeutung, die diese Definition – trotz kritischer Stimmen aus der Wissenschaft – inzwischen im internationalen Rahmen erlangt hat, zeigt sich daran, dass sie 2016 von der 31 Mitgliedsstaaten umfassenden *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) angenommen wurde und das Britische Parlament sie als Arbeitsgrundlage eingeführt hat. Eine allgemein gültige Definition von Antisemitismus existiert nicht, es kann sich immer nur um eine Annäherung an ein Phänomen handeln, das extrem flexibel und anpassungsfähig an Zeitläufte ist. Für die subtileren Formen, die nicht unter die Kategorie möglicher strafbarer Inhalte fallen, ist der jeweilige Kontext, und was wer zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Absicht sagt, entscheidend.

Antisemitismus kann sich unterschiedlich artikulieren, in latenten Einstellungen, in verbalisierten Diffamierungen, in politischen Forderungen, in diskriminierenden Praktiken bis hin zu persönlichen Angriffen. Eine genauere Analyse der Straf- und Gewalttaten sowie der erhobenen Umfragedaten zu antisemitischen Einstellungen ist für die Einschätzung des Grades und der Verbreitung von Antisemitismus unerlässlich. Subtilere Formen, unterschwellige Diffamierungen, die keinen Straftatbestand erfüllen, fallen freilich nicht darunter und können nur durch die Befragung der Betroffenen bzw. ihrer Bereitschaft, solche Übergriffe zu melden, genauer betrachtet werden.

Straftaten

Antisemitische Straftaten zählen in Deutschland zur politisch motivierten Kriminalität (PMK). Fremdenfeindliche Straftaten werden heute ganz überwiegend als extremistisch eingestuft, und antisemitische Straftaten gelten generell als extremistisch. Beides wird unter dem Begriff der »Hasskriminalität« zusammengefasst. Eine Besonderheit der Hasskriminalität, die auch als vorurteilsmotivierte Kriminalität bezeichnet wird, besteht in der zufälligen Auswahl der Opfer, die durch verbale und körperliche Gewalt eingeschüchtert und verunsichert werden sollen. Kriterien der Erfassungspraxis politisch motivierter Straftaten und damit auch der Teilmenge antisemitisch motivierter Fälle sind seit Längerem Gegenstand der Kritik und haben bei den Polizeibehörden und im *Bundesministerium des Innern* (BMI) Anlass zur Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten gegeben. Die Einführung des neuen Definitionssystems »Politisch motivierte Kriminalität« (PMK) ab 2001 stellt bereits eine Weiterentwicklung der vorherigen Praxis dar. Das zentrale Erfassungskriterium ist nun die »politisch motivierte Tat«, d. h. die Erfassung orientiert sich nicht am Extremismus-Begriff, sondern an der tatauslösenden Motivation. Das neue System der »Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität« (KPMD-PMK) erfasst nun neben den klassischen Staatsschutzdelikten und extremistischen Straftaten auch Hass- oder Vorurteilskriminalität. Die Polizei kann jedoch nur solche Straftaten erfassen, die sie entweder selbst ermittelt hat oder die ihr von dritter Seite bekannt gemacht werden. D. h., wir haben es auch hier, wie bei allen Formen von Kriminalität, mit einem Hellfeld-Dunkelfeld-Problem zu tun. Eine Ursache dafür ist das sogenannte Underreporting, d. h., viele antisemitische Straftaten werden von den Betroffenen oder Zeugen nicht angezeigt. Die Zahl (laut BKA Straftaten 2014: 1596 und 2015: 1366; Gewalttaten 2014: 45 und 2015: 36) der tatsächlichen antisemitischen Vorfälle wird auch dadurch systematisch unterschätzt, dass bei jedem Vorfall, bei dem es zu mehreren Delikten gekommen ist (z. B. Beleidigung, Raub, Körperverletzung), nur das Delikt mit der höchsten Strafandrohung gezählt wird. Die Einordnung einer Straftat als antisemitisch hängt von der Wahrnehmung und von den Kriterien ab, nach denen eine Tat eingestuft wird. Die Polizei scheint doch immer wieder zu Vermeidungsstrategien zu neigen. Selbst bei der Offensichtlichkeit des Tatmotivs verweist sie häufig auf alternative, nicht politische Tathintergründe. Als Beispiel wird hier auf die große Diskrepanz zwischen der von den Behörden genannten Zahl von Todesopfern rechter Gewalt und den von Journalisten und NGOs gezählten Fällen hingewiesen. Trotz gegenteiliger Vorgaben wird Hasskriminalität von Gerichten nur selten als erschwerender Umstand beurteilt, und bei als rechtsmotiviert beurteilten Gewalttaten kommt es im Verlauf des Strafverfolgungsprozesses zu einer sukzessiven Abnahme der Bewertung als »vorurteilsmotiviert«.

Die BKA-Statistik ist eine Eingangsstatistik, d. h., es werden alle angezeigten Fälle mit entsprechend ermittelter oder unterstellter Tatmotivation gezählt. Es fehlte jedoch bis vor Kurzem eine Übersicht über die Zahlen der Ermittlungsverfahren und der erfolgten Verurteilungen. Diese Lücke wurde erst 2016 durch die Veröffentlichung einer seit Langem vom *Bundesamt für Justiz* (BfJ) geführten Statistik über Verfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten (darunter fallen auch antisemitische) geschlossen, in denen auch Zahl und Alter der Beschuldigten, die ergangenen Haftbefehle, Verurteilungen oder andere Entscheidungen zur Beendigung des Verfahrens aufgelistet werden. Für antisemitische Straftaten liegt allerdings nur eine Auflistung der eingeleiteten Ermittlungsverfahren nach Bundesländern geordnet vor, die weiteren Spezifizierungen lassen sich für diese Straftaten somit nicht nachvollziehen.

Einstellungen

Im historischen Vergleich mit der Zeit vor 1945, aber auch mit den letzten 60 Jahren in Deutschland oder den meisten anderen europäischen Ländern war der offene Antisemitismus gesamtgesellschaftlich selten so sehr an den Rand gedrängt wie heute. Gleichzeitig sind modernere Facetten des Antisemitismus auch in der breiten Bevölkerung nach wie vor weit verbreitet; dazu gehört zum einen die Forderung nach einem »Schlussstrich«, in dem auch immer eine gewisse, für den Antisemitismus typische Täter-Opfer-Umkehr mitschwingt, zum anderen aber auch der israelbezogene Antisemitismus. Darüber hinaus erleben wir derzeit in gewissen altbekannten Spektren, nämlich im Bereich des Rechts- und Linksextremismus, aber auch im islamistischen Fundamentalismus eine antisemitische Mobilisierung, die durch mehrere parallele Entwicklungen der politischen Weltlage seit 1989 begünstigt wird. Eine weitgehend stabile Situation, was die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung betrifft, geht einher mit einer erhöhten Aktivität auf der Ebene von Meinungsäußerungen, Propaganda und Übergriffen auf der Handlungsebene.

Alle Aussagen, die zur Erfassung von Antisemitismus in derzeit vorliegenden repräsentativen Studien verwendet werden, hängen so eng zusammen, dass sie eine einzige Dimension bilden, die eindeutig als Antisemitismus interpretiert werden kann – das gilt für Aussagen zum klassischen wie für sekundären und israelbezogenen Antisemitismus. In Einzelfällen kann die Zustimmung auch als harsche Kritik an Israel verstanden werden, ohne eine zwingend antisemitische Konnotation. Die empirischen

Befunde bestätigen allerdings einen engen Bezug gerade des NS-Vergleichs der Politik Israels zu Antisemitismus. Das Phänomen der sozialen Erwünschtheit führt in der Regel zu einer geringeren Zustimmung zu klassischem Antisemitismus und einer höheren Zustimmung zu subtileren Formen, was sich auch als Kommunikationslatenz beschreiben lässt. Modernere Facetten, wie der sekundäre Antisemitismus, der über den Holocaust kommuniziert wird, und der israelbezogene Antisemitismus, der im Gewand einer Kritik an Israel, die jedoch antisemitisch aufgeladen ist, daherkommt, unterliegen weniger der sozialen Ächtung und werden daher offener kommuniziert.

Das Ausmaß der Zustimmung aus verschiedenen Studien ist aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden (u. a. einer unterschiedlichen Skalierung der Antwortkategorien) nur begrenzt vergleichbar. Auch das Ausmaß der Zustimmung zu verschiedenen Facetten von Antisemitismus ist nur mit Vorsicht zu vergleichen, weil die verwendeten Aussagen unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind, sodass eine Zustimmung zu einzelnen Aussagen schwerer oder leichter fällt. Es lassen sich aber Hinweise auf die Verbreitung und die Ausdrucksformen von Antisemitismus ableiten. Die repräsentativen Umfragen zeigen für die deutsche Gesamtbevölkerung einen kontinuierlichen Rückgang bei den offen klassisch-antisemitischen Einstellungen in den vergangenen rund 15 Jahren, der sich auch im Jahr 2016 fortsetzt. So liegt die Zustimmungsrate zu klassischem Antisemitismus, der in verschwörungstheoretischer Manier Juden »zu viel Einfluss« unterstellt und mit klassischen antisemitischen Stereotypen arbeitet, nur noch bei rund fünf Prozent im Jahr 2016, 2002 lag diese noch bei rund neun Prozent. Auch die Zustimmung zu sekundärem Antisemitismus ist deutlich rückläufig. Hier stimmen noch 26 Prozent eindeutig zu. Formen eines israelbezogenen Antisemitismus hingegen stoßen 2016 bei 40 Prozent der Bevölkerung auf Zustimmung. Eine harsche Kritik an Israel muss nicht immer mit Antisemitismus einhergehen, tut dies aber doch häufig. 80 bis 90 Prozent der Befragten von 2004, die einer zunächst nicht antisemitisch konnotierten Kritik an Israel zustimmten, äußerten damals zugleich auch ihre Zustimmung zu mindestens einer Facette von Antisemitismus. In der Nacherhebung zur sogenannten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2014 votierten noch 55 Prozent der Befragten, die Kritik an Israel zustimmen, für mindestens eine weitere Facette der Judenfeindschaft einschließlich des israelbezogenen Antisemitismus. 53 Prozent dieser Befragten pflichteten auch mindestens einer weiteren Dimension von Antisemitismus ohne direkten Bezug zu Israel bei.

Antisemitismus im Sinne eines Vorurteils gegenüber Juden korreliert mit der Abwertung anderer sozialer Gruppen: Wer z. B. fremdenfeindliche Einstellungen vertritt, teilt mit höherer Wahrscheinlichkeit auch antisemitische Einstellungen. Antisemitismus ist deutlich mit Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und neurechten Positionen verknüpft.

Unter den Älteren ist die Verbreitung antisemitischer Einstellungen zurückgegangen, bei den Jüngeren stagniert sie hingegen. Hier zeigt sich ein positiver Generationeneffekt, der sich aber nicht einfach fortzusetzen scheint. Demografische Faktoren spielen für die Erklärung von Antisemitismus insgesamt nur eine geringe Rolle. Wenn, dann trägt vor allem eine bessere Schulbildung zu einem geringeren Ausmaß an traditionellem und sekundärem Antisemitismus bei, während sie israelbezogenen Antisemitismus kaum positiv beeinflusst.

Heutzutage ist Antisemitismus vor allem in sozial schwachen Schichten verbreitet, während die Zustimmung in der Mittelschicht, definiert über Einkommen, Bildung und Beruf, im Mittelfeld liegt. Ein Anstieg ist hier nicht zu konstatieren. Antisemitismus findet sich hingegen auch bei Befragten, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen bzw. Parteien der politischen Mitte präferieren. Personen, die sich selbst „ganz links“ einordnen oder die Linkspartei präferieren, neigen nicht stärker zu Antisemitismus als Wähler und Wählerinnen der anderen demokratischen Parteien. Dies gilt auch für israelbezogenen Antisemitismus. Personen, die die AfD präferieren, hingegen zeigen eine auffällig hohe Zustimmung zu allen Facetten von Antisemitismus.

Die Zugehörigkeit zu einer der beiden großen christlichen Kirchen und das Ausmaß selbsteingeschätzter Religiosität spielt für die Zustimmung zu antisemitischen Einstellungen so gut wie keine Rolle. Christen sind also nicht per se antisemitischer, aber eben auch nicht weniger antisemitisch als Konfessionslose. Hingegen steigt der Antisemitismus mit zunehmend christlich-fundamentalistischer Überzeugung an. Das Ausmaß antisemitischer Einstellungen unter muslimisch sozialisierten Jugendlichen und Erwachsenen mit Einwanderungshintergrund ist höher als unter nichtmuslimischen. Zugleich zeichnen sich deutliche Unterschiede zwischen Muslimen aus unterschiedlichen Herkunftskulturen bzw. -regionen ab. Insbesondere Migranten aus arabischen bzw. nordafrikanischen Ländern neigen zum Antisemitismus. Neben der Religion scheint also offenbar vor allem die Herkunftsregion von Bedeutung zu sein. Hier gilt es zu differenzieren. Während junge Muslime deutlich antisemitischer sind als gleichaltrige Nichtmuslime, unterscheiden sich ältere Muslime und Nichtmuslime über 60 Jahre kaum voneinander; junge Muslime sind ähnlich antisemitisch wie ältere Nichtmuslime. Schulbildung trägt auch bei jungen Muslimen zu einer Reduktion von Antisemitismus bei. Eigene Ausgrenzungserfahrungen können eine Motivation und Legitimation für die Abwertung anderer bieten, so auch für Antisemitismus, sind aber keine Entschuldigung.

Die Perspektive der Betroffenen

Eine in Auftrag gegebene Studie zum Antisemitismus aus der Sicht der Betroffenen ergab, dass die große Mehrheit der Befragten Antisemitismus als großes Problem sieht, darunter fällt u. a. die verzerrte Darstellung Israels. Antisemitismus schlägt ihnen insbesondere im Internet und anderen Medien entgegen, aber auch auf Demonstrationen und durch verbale und alltägliche Beleidigungen. Viele Befragte haben den Eindruck, Antisemitismus hätte in den vergangenen Jahren zugenommen, und befürchten einen weiteren Anstieg in der Zukunft. Insbesondere in den Sozialen Medien wie *Facebook* finden sich entsprechend der Beobachtung der Befragten zunehmend auch ganz offen antisemitisch agierende Gruppen. Zudem ist mit Blick auf die Geflüchteten aus Ländern des Nahen Ostens die Sorge groß, sie könnten den in ihren Ländern verbreiteten Antisemitismus mitbringen. Antisemitismus begegnet den Befragten in vielfältigen Ausdrucksformen: Die Spannbreite reicht von subtilen Formen bis hin zu offen geäußerten antisemitischen Stereotypen. Als besonders gravierend empfinden sie es, Antisemitismus in machtvollen Abhängigkeitsverhältnissen ausgesetzt zu sein. Antisemitismus ist für viele Befragte eine allgegenwärtige und häufige Erfahrung. Als Täter wurden von den Betroffenen überproportional häufig muslimische Personen genannt, daneben aber auch links und rechts Orientierte und gerade bei den versteckten Andeutungen auch Personen aus der »Durchschnittsbevölkerung«. Fast alle Befragten empfinden den Antisemitismus, der sie umgibt, als belastend. Zugleich wählen nur recht wenige Befragte den Weg, konkrete Vorfälle zu melden, noch weniger lassen sich beraten. Das Dunkelfeld der nichtangezeigten auch gravierenden Vorfälle dürfte daher hoch sein.

Medialer Diskurs

Die im Internet verbreiteten antisemitischen Inhalte spiegeln die in der Gesellschaft vorhandenen Einstellungen wider. Das Netz ist nur ein Medium. Wohl aber potenzieren sich antisemitische Meinungen im Netz durch die Möglichkeit der schnellen Verbreitung und der großen Reichweite. Zudem bietet das Netz Möglichkeiten, sich Gruppen von Gleichgesinnten anzuschließen, was dazu führt, dass die Postings sich immer stärker radikalisieren. Wer sich über die Sozialen Medien beispielsweise zum Nahostkonflikt informieren möchte, gerät schnell in die Propagandamühlen, die von Israel als einem »Terrorstaat«, einem »Apartheid-Regime« oder einem Staat sprechen, dessen Einwohner »Kindermörder« seien. Dies vermischt sich nicht selten mit Holocaust bezogenem bzw. sekundärem Antisemitismus und einer Täter-Opfer-Umkehr. Gleiches gilt für Verschwörungstheorien, deren antisemitischer Gehalt, wenn auch manchmal nur auf den zweiten Blick, erkennbar ist. So wie der Antisemitismus noch immer weltweit verbreitet ist, findet er sich auch in den Sozialen Medien. Wer Antisemitismus ausleben möchte, kann dies in sozialen Netzwerken hemmungslos und überdies weitgehend unreguliert tun. Das Netz kennt keine Staatsgrenzen, und die Möglichkeiten gesellschaftlicher Sanktionierung sind beschränkt. In den letzten zwei Jahren hat sich die Debatte verschärft. Die Verbreitung antisemitischer Stereotype und Vorurteile scheint – zumindest in den sozialen Netzwerken – kein Tabubruch mehr zu sein. Inhalte, die noch vor ein paar Jahren in Briefen an den *Zentralrat der Juden in Deutschland* oder an die Israelische Botschaft in Berlin formuliert wurden, und damit nur einem kleinen Leserkreis zugänglich waren, werden heute im Internet unverblümt gepostet und verbreitet.

Als eines der digitalen Themen sozialer Interaktion stehen antisemitische Inhalte in sozialen Netzwerken stärker im Fokus der Aufmerksamkeit. Doch jedes Netzwerk geht mit antisemitischen Inhalten auf der eigenen Plattform anders um. Dies liegt zum einen am herkunftsbedingten Verständnis von Meinungsfreiheit, zum anderen obliegt die Beurteilung von kritischen Inhalten immer speziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jeweiligen Plattform. Diese entscheiden darüber, ob Inhalte entfernt werden müssen oder nicht. Die Betreiber der sozialen Netzwerke tun sich zum Beispiel bei der Löschung von Inhalten schwer, die das Existenzrecht Israels bestreiten. Tatsächlich ist die Ablehnung des Existenzrechts des Staates nicht strafrelevant.

Auch Holocaust leugnende Inhalte wurden und werden unterschiedlich behandelt. Auf Plattformen aus Deutschland mussten entsprechende Inhalte aus rechtlichen Gründen gelöscht werden. Insgesamt hält sich die Zahl der tatsächlich nicht mehr zugänglichen Mitteilungen aber in Grenzen. Auf *Facebook* werden diese Inhalte meist nur für Deutschland geblockt und nicht gelöscht. Den Nutzerinnen und Nutzern fehlt selbst oft das entsprechende Hintergrundwissen, um z. B. israelbezogenen Antisemitismus erkennen und ihm entgegentreten zu können. Gleiches gilt für Verschwörungstheorien. Soziale Medien begünstigen emotionale Kommunikation, beschleunigen sie geradezu, sodass viele Debatten gerade bei einem so sensiblen Thema wie dem Antisemitismus nur emotional ausgetragen werden. Dies stellt jene, die sich gegen Antisemitismus engagieren, vor große Probleme, da kritische Debatten vor diesem Hintergrund nahezu unmöglich werden.

Bei den Betreibern von *Facebook* oder *YouTube*, aber auch in den Online-Redaktionen von Zeitungen ist eine gewisse Sensibilisierung zu erkennen. Inzwischen beginnen diese Medien, verantwortlicher zu handeln. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass sie immer wieder die Möglichkeit verwehren, Kommentare zu eingestellten Filmen oder

Beiträgen abzugeben. Entweder standen bereits volksverhetzende Inhalte kurzfristig im Netz, bis die Kommentarleiste deaktiviert wurde, oder kommentierende Einträge werden von vorneherein unterbunden, weil die Betreiber der Seiten strafbare Inhalte befürchten.

Parteien

Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben gegenüber den 1990er- und den beginnenden 2000er-Jahren eine deutlich höhere Sensibilität für das Thema Antisemitismus entwickelt, wenngleich sie teilweise doch immer wieder in die alten Vorstellungen verfallen, Antisemitismus sei nur als solcher zu werten, wenn ihm rassistische Vorstellungen zugrunde liegen. Dies zeigt sich insbesondere auch im Bereich der Bildungsprogramme, die nach wie vor stark auf die Thematisierung von Nationalsozialismus und Holocaust setzen, in der Meinung, dies würde aktuellen Antisemitismus bekämpfen können.

Inwieweit eine gewisse Sensibilisierung für das Thema einer inneren Einsicht oder einer Rücksichtnahme auf öffentliche Stimmungen geschuldet ist, lässt sich nicht erkennen. Allerdings gab es aber auch keine Ereignisse mehr wie die »Hohmann«- oder »Möllemann«-Affäre. Im erstgenannten Fall hatte die CDU zwar zunächst noch zurückhaltend, dann aber doch konsequent reagiert und den 2016 der AfD beigetretenen Hohmann aus der Partei ausgeschlossen. Dies geschah gegen innerparteilichen Widerstand; dieser Flügel hat in den letzten Jahren immer mehr an Relevanz eingebüßt. Die FDP hatte seinerzeit nicht so eindeutig und schnell auf das Phänomen »Möllemann« reagiert. Dennoch stand das Ende der Affäre für eine Lehre, die schon aus rein strategischen Gründen die Sensibilität für das Thema verstärken dürfte.

Die SPD sieht sich in einer langen Tradition des Anti-Antisemitismus. Dies entspricht auch den historischen Gegebenheiten bis in die Gegenwart hinein, allerdings heißt dies nicht, dass es nicht auch antisemitische Einstellungen bei Parteimitgliedern gibt, wie das ebenso bei CDU/CSU oder der FDP der Fall ist. Bei den *Grünen* haben die israelfeindlichen Strömungen im Laufe ihrer Entwicklung an Relevanz verloren. Kommentare zum Nahostkonflikt mit antisemitischer Konnotation werden in der Öffentlichkeit nicht geäußert, und die Partei setzt sich kritisch mit israelbezogenem Antisemitismus linker Strömungen auseinander. Diesbezüglich verhält es sich bei der Partei *Die Linke* anders: Einerseits sind einzelne Abgeordnete wie Petra Pau äußerst engagiert in der Bekämpfung sämtlicher Formen des Antisemitismus sowohl auf Parlamentsebene wie auch im öffentlichen Diskurs, andererseits sind in einem Flügel der Partei immer noch Mitglieder mit ausgeprägt israelfeindlichen Grundpositionen zu finden. Auch wenn die Führung eine distanzierende Haltung einnimmt, fehlt es an eindeutigen Konsequenzen für solche Parteiangehörige.

Insgesamt lässt sich bei den Parteien eine sehr zurückhaltende Reaktion auf Skandale konstatieren: Antisemitische Ereignisse in den eigenen Reihen wurden meist von den Medien, nicht aber von Parteimitgliedern thematisiert. Demnach bestehen durchaus Optimierungspotenziale für interne Sensibilisierungen, wozu z. B. Fortbildungsmaßnahmen dienen könnten. Bezüglich der Maßnahmen gegen Antisemitismus sprechen sich alle Parteien für mehr Engagement aus. Dabei konzentriert sich deren Aufmerksamkeit auf politische Bildung, wobei die Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung der Juden im Zweiten Weltkrieg im Zentrum steht.

Eine klare Vorstellung darüber, wie dem gegenwärtigen Antisemitismus am besten entgegenzutreten sei, ist bei keiner der Parteien zu erkennen. Die Antworten auf die Fragen, die der UEA allen im Bundestag und in mindestens zwei Landtagen vertretenen Parteien gestellt hat, enthalten zwar eine Auflistung von allgemeinen Bekundungen, die aber nicht mit konkreten Modellen verbunden sind. Dies gilt auch für die Frage nach der Grenzziehung bei der Kritik an Israel, die sich zwischen menschenrechtlichen Einwänden und judenfeindlichen Ressentiments bewegen kann. Die FDP, die *Grünen* und *Die Linke* sprechen das Thema an. Allerdings gibt es dazu keine näheren Ausführungen, ist doch nur vom kontinuierlichen Diskussionsprozess die Rede.

Bei allen kritischen Anmerkungen zu den Parteien kann deren grundsätzliche Ablehnung des Antisemitismus konstatiert werden. Bezüglich der AfD lässt sich eine solche eindeutige Bewertung nicht vornehmen, wenngleich sich deren Führung auf Nachfrage von der Judenfeindschaft distanziert. Die AfD war die einzige Partei, die auf den Fragenkatalog des UEA nicht reagiert hat. Da es aber gerade dort mit einer gewissen Regelmäßigkeit zu einschlägigen Skandalen kam und kommt, hätte sich die Führung angesichts der vielen Fälle im Laufe ihrer erst kurzen Existenz positionieren können.

Bewegungen

Im Bericht des ersten UEA wurde als einzige politische bzw. soziale Bewegung das globalisierungskritische Netzwerk *Attac* und die Frage nach dessen Nähe zu antisemitischen Einstellungen thematisiert. *Attac* hat im öffentlichen Diskurs mittlerweile erheblich an Bedeutung verloren, aber andere Gruppierungen, die unter dem Begriff der sozialen Bewegungen gefasst werden können, vornehmlich mit rechtspopulistischen Ausrichtungen,

haben sich entwickelt. Beispielhaft wurden für den Bericht die »Montagsmahnwachen«, *Pegida* sowie das Phänomen der »Reichsbürger« hinsichtlich ihrer möglichen antisemitischen Konnotationen untersucht. Aber auch der Antisemitismus in rechtsextremistischen Bewegungen wie in salafistischen Gruppen, die in Deutschland agieren, war ein Thema.

Insgesamt spielt offener Antisemitismus keine dominante Rolle bei *Pegida*, doch bildet Antisemitismus den Begleittext in einer Reihe von Statements oder schwingt als Subtext vielfach mit. Insbesondere die Verbreitung von Verschwörungstheorien und die aggressive Stimmung gegenüber Flüchtlingen, Einwanderern und Muslimen, aber auch gegenüber Anstrengungen zur Gleichstellung von nicht-heterosexuellen Menschen und Frauen, die unter Rednern und Demonstranten deutlich wurden, sind ein ernstzunehmendes Einfallstor für Antisemitismus. In etlichen Reden, die im Rahmen der *Pegida*-Demonstrationen gehalten wurden, fanden sich antisemitische Chiffren. Darüber hinaus ließ sich auch offener Antisemitismus regional und lokal unterschiedlich, vereinzelt oder gehäuft bei den »-*gida*«-Demonstrationen beobachten, insbesondere bei kleineren, die üblicherweise einen höheren Anteil auch organisierter Rechtsextremer aufweisen. Es gibt innerhalb der Bewegung Entwicklungen in Ausrichtung und Zusammensetzung der Teilnehmenden, die auf eine zunehmende Radikalisierung schließen lassen. Ressentiments wurden im Laufe der Zeit vonseiten der eingeladenen Redner sowie der Demonstrationsteilnehmenden immer offener und aggressiver vertreten. Welchen Einfluss *Pegida* und seine Ableger auf die politische Kultur und Stimmungen in der Bundesrepublik haben, lässt sich noch nicht abschließend abschätzen und ist konkret auch schwer nachweisbar. Für eine Verhärtung der bei *Pegida* vertretenen Positionen spielt auch die z. T. enge bzw. personenidentische Vernetzung der Akteure mit anderen rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen eine wichtige Rolle. Dazu gehört vor allem die Vernetzung bzw. Vermischung mit der sogenannten Querfront, den Akteuren der sogenannten Montagsdemonstrationen und einschlägigen Medien wie *Compact* und der Internetplattform *PI-news,* zu denen sich auch Verbindungen mit neurechten Strömungen wie der *Identitären Bewegung,* Parteien wie der NPD sowie der AfD nachweisen lassen. Auch unter die Teilnehmer haben sich zunehmend Mitglieder der verschiedenen rechten Szenen – Hooligans, den *Identitären,* Ablegern der AfD – gemischt, sodass diese mit Blick auf den Antisemitismus einer besonderen Beobachtung bedürfen.

Die Montagsmahnwachen stellen eine politisch heterogene Protestbewegung dar, deren Teilnehmer sich in ihrer großen Mehrheit eher als politisch links verstehen, aber die aufgrund ihrer Offenheit und fehlenden politisch-inhaltlichen Festlegung Raum für Themen bietet, die mit der personifizierenden Kritik am Finanzkapitalismus, mit der Behauptung, die Bundesrepublik sei kein souveräner Staat, manipulierte Massenmedien (»Lügenpresse«), Weltverschwörungstheorien usw. eine gefährliche Nähe zu zentralen Topoi des Antisemitismus und zu rechtsextremen Deutungen aufweisen.

Als dritte Form sozialer Bewegungen hat der UEA die salafistische Szene genauer in den Blick genommen. Trotz der antisemitischen Vorstellungen, die Bestandteil der Ideologie des Salafismus sind, und den häufig gegen Juden und jüdische Einrichtungen gerichteten Anschlägen von Salafisten in Europa, gehen die Islamismus-Experten Olaf Farschid und Rudolph Ekkehard davon aus, dass es im »Mainstream-Salafismus« keinen Unterschied im Verhältnis zum Judentum und zum Christentum gibt und damit auch keine »spezifische antijüdische und in der politischen Konsequenz antizionistische Wahrnehmungen jüdischer Religion«. Beide Religionen, das Judentum und das Christentum, werden als Verfälschungen von der einen göttlichen Wahrheit betrachtet. Judenfeindliche Haltungen seien eher untergeordnet. Farschid und Ekkehard betonen jedoch die Verwendung antisemitischer Stereotype bei salafistischen Bewegungen im Nahen Osten, die eine Traditionslinie einer historischen Feindschaft zwischen Juden und Muslimen zeichnen, die sich vom Frühislam bis zum israelisch-palästinensischen Konflikt hinziehe.

Religion

Obgleich es ein zentrales Anliegen des zweiten *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* war, den Empfehlungen des ersten Expertenkreises zu folgen und eine Analyse über mögliche antisemitische Haltungen oder Vorkommnisse auf Gemeindeebene in der evangelischen und katholischen Kirche zu präsentieren, ist es nicht gelungen, entsprechende Ergebnisse vorzulegen. Um das Thema zumindest ansatzweise zu beleuchten, wurden Expertisen zum Kirchentag, zur Karfreitagsliturgie und zur »Slenczka-Debatte« eingeholt und ausgewertet. Eine von der Synode der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD) 2014 bei ProVal (*Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse – Beratung – Evaluation)* in Auftrag gegebene qualitative Studie zu den Fragen, in welcher Weise unterschiedliche Gemeindekontexte und die Ausprägungen von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie zusammenhängen und welche Beziehungen es zwischen individuellen Glaubensüberzeugungen sowie Glaubenspraktiken und den Ausprägungen von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie gibt, ist leider erst nach Redaktionsschluss des vorliegenden Berichts öffentlich geworden. So muss eine Untersuchung der Diskurse auf Gemeindeebene, der Inhalte von Konfirmanden- und

Firmunterricht bzw. anderer Bildungsprogramme im kirchlichen Rahmen auch weiterhin ein Desiderat bleiben. Die Amtskirchen distanzieren sich von Antisemitismus in jeglicher Form, d. h. allerdings nicht, dass auf Gemeindeebene oder in der Vorbereitung von kirchlichen Israelfahrten antisemitische Konnotationen ausgeschlossen wären.

Die vom UEA in Auftrag gegebene Studie zu »Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen zu Jüdinnen und Juden« kann als eine erste explorative Untersuchung in einem Themenfeld gesehen werden, zu dem es bisher so gut wie keine empirischen Daten gibt. In den mit Imamen geführten Interviews haben sich keine radikalen antisemitischen Stereotype gezeigt, wohl aber Gleichsetzungen der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der deutschen und europäischen Juden mit der Situation der Palästinenser heute. Die meisten Befragten zeigten durchaus reflektierte Haltungen gegenüber Jüdinnen und Juden sowie dem Judentum und verwiesen auf ihre alltägliche Arbeit, in deren Rahmen sie bemüht seien, vorhandene Ressentiments in ihren Gemeinden abzubauen. Deutlich wurde aber auch das Spannungsfeld, bestehend aus Erwartungen der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft und Vorstellungen der muslimischen Gemeindemitglieder, in dem sich die Imame bewegen. Hier ließ sich eine weitgehend reflektierte Haltung der Imame feststellen, die sich auch in anderen Themenfeldern wie etwa der Auslegung des Korans, dem Umgang mit dem Nahostkonflikt und der Auseinandersetzung mit dem Holocaust zeigte.

Besonders wichtig für die befragten Imame war die Wahrnehmung einer geringeren gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für antimuslimischen Rassismus, die auch die Auffassung vieler muslimischer Gemeindemitglieder widerspiegelt. Für die Bekämpfung sowohl von Antisemitismus als auch von antimuslimischem Rassismus scheint es daher notwendig, dass sich muslimische und jüdische Gemeinden als Partner begreifen und gemeinsame Strategien entwickeln und keine Opferkonkurrenzen aufbauen. Weitere Studien zu diesem Themenfeld müssen zeigen, inwieweit sich diese Untersuchungsergebnisse bestätigen.

Flucht

Die Befunde einer im Auftrag des UEA erarbeiteten ersten Studie, die eine Annäherung an das Thema Antisemitismus im Zusammenhang mit Flucht und Geflüchteten bietet, legen ein vergleichsweise hohes Maß an antisemitischen Einstellungen und große Wissenslücken unter Geflüchteten aus arabischen und nordafrikanischen Ländern bzw. Ländern des Nahen und Mittleren Ostens nahe. Zugleich besteht ein großes Interesse an Information über den Holocaust. Insbesondere spielen hier der Nahostkonflikt und seine durchaus auch antisemitische Rezeption eine große Rolle, aber auch klassisch antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien sind anzutreffen. Das Wissen über Israel mit einer klaren Täter-Opfer Zuweisung ist in vielen Heimatländern omnipräsent. Der Nahostkonflikt wird dabei aber nicht religiös erklärt, sondern primär über eine ungleiche Ressourcenverteilung. Weil im Syrienkrieg benennbare und andere Feinde erkennbar wurden, tritt der Nahostkonflikt jedoch in den Hintergrund. Auch durch den Arabischen Frühling scheint sich das Israelbild bei einigen der Befragten gewandelt zu haben.

Die Befunde verweisen auf große Unterschiede zwischen Geflüchteten aus unterschiedlichen Ländern mit jeweils unterschiedlicher antisemitischer Prägung und Sozialisation. Sie unterstreichen zudem die Rolle von kollektiven religiösen, nationalen und ethnischen Identitäten. Für geflüchtete Personen lässt sich eine gespaltene Bindung an die Herkunftsländer vermuten, in denen sie auf der einen Seite sozialisiert wurden, aus denen sie aber auf der anderen Seite geflohen sind. Die hohe Befürwortung von Grundwerten der Menschenrechte, der Demokratie, der Freiheit der Religionsausübung und des wertschätzenden Umgangs miteinander fällt auf und wird in Opposition zu den Verhältnissen im Herkunftsland positiv hervorgehoben.

Problematisch auch mit Blick auf die Entwicklung von Antisemitismus erscheint die Lebenssituation, in der viele Geflüchtete verharren müssen. Während sie derzeit noch vor allem mit den Alltagsproblemen des Aufbaus eines neuen Lebens beschäftigt sind und Antisemitismus als Thema für sie nachrangig ist, steht zu befürchten, dass Enttäuschungen sowie eigene Diskriminierungs- und Marginalisierungserfahrungen in Deutschland ein Einfallstor für Radikalisierungen sein könnten. Dies könnte vor allem dann passieren, wenn die Geflüchteten Anschluss an radikalisierte migrantische Milieus finden oder von diesen gezielt angesprochen werden. Der bei vielen Geflüchteten mindestens latent vorhandene Antisemitismus könnte sich dann in antisemitischen Handlungen niederschlagen.

Es gibt insgesamt viele Hinweise sowohl für die Annahme einer großen Verbreitung von Antisemitismus bei Geflüchteten aus arabisch-muslimisch geprägten Ländern. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass die Lage komplex ist. Die Gefahr besteht, den Blick zu einseitig nur auf die muslimische Bevölkerung bzw. aktuell auf Geflüchtete als Träger antisemitischer Einstellungen zu richten.

Prävention

Der UEA hat die *Socius Organisationsberatung* damit beauftragt, eine Evaluation für sechs ausgewählte Bildungsprojekte im Feld der Antisemitismusprävention durchzuführen. Ziel der Evaluation war die »Identifizierung von konkreten ›best practice‹ Ansätzen und Methoden in der Präventionsarbeit gegen Antisemitismus im Rahmen historischer und politischer Bildungsarbeit«. Zwischen Frühjahr und Herbst 2016 wurden sechs Projekte aus den Bereichen Schule, Sport, Träger mit religiösen Wurzeln, Jugend, Fachkräfte verschiedener Bereiche und »Sonstige« evaluiert, die in weiten Teilen über die Förderung durch spezifische Bundes- oder Landesprogramme initiiert bzw. gestützt wurden.

Zwei relevante Befunde ergaben sich schon während der Projektrecherche: Außerhalb spezieller öffentlicher Förderprogramme konnten kaum Projekte recherchiert werden, die sich mit aktuellem Antisemitismus befassen und nicht schwerpunktmäßig historischen Antisemitismus bearbeiten. Bei den Projektdurchführenden und -trägern (mit Ausnahme des Bereichs Sport) bestand eine Scheu, sich evaluieren zu lassen.

Die von *Socius* befragten Projektbeteiligten waren sich darin einig, dass der aktuelle Antisemitismus von großer Relevanz ist, im gesellschaftlichen Raum der Zielgruppen jedoch kaum eine Rolle spiele und entsprechend nur wenig nachgefragt werde. Die von *Socius* evaluierten Bildungsprojekte erarbeiten verschiedene Strategien, um ihre Zielgruppen zu erreichen. Sie sprechen unterschiedliche Personengruppen persönlich an – Jugendliche bis hin zu berufstätigen Erwachsenen – oder bekommen diese über Schulen und andere Institutionen vermittelt. Genannt werden auch soziale Netzwerke wie *Facebook* und in Einzelfällen Entscheidungsträgerinnen und -träger in Institutionen. Schulen oder Institutionen als feste Kooperationspartner zu gewinnen, so berichteten mehrere Befragte, sei schwierig bzw. langwieriger als geplant.

Die Projekte messen der Fähigkeit einer Selbstreflexion als Voraussetzung für das Gelingen von Bildungsarbeit eine hohe Bedeutung zu. Die evaluierten Projekte verfügen über weitgehend schlüssige theoretische Konzepte, einige mit mehr, andere mit weniger experimentellen Elementen. Die meisten Projekte bearbeiten den aktuellen Antisemitismus im Kontext anderer Phänomene der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), betonen aber zugleich die Spezifik des Antisemitismus als eigenständiges und besonderes Phänomen. Auch die verschiedenen Erscheinungsformen, etwa sekundärer oder israelbezogener Antisemitismus, werden in die Überlegungen der Projekte einbezogen.

Eine weitere Herausforderung für Projektträger bei der Konzeption und Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist das unterschiedliche Verständnis von aktuellem Antisemitismus. Es existiert keine einheitliche Definition von Antisemitismus, die auf alle Situationen und Projekte übertragbar wäre.

Die pädagogischen Ansätze sind laut Evaluationsbericht ähnlich vielfältig wie die theoretischen Bezugnahmen. Sie entstammen der historisch-politischen Bildung, der Demokratieerziehung, der Antidiskriminierungspädagogik, der antirassistischen und interkulturellen Pädagogik sowie der Kreativpädagogik. Die Formate reichen von Fortbildungen bis hin zu kollegialen Beratungen und Supervision. Die Berücksichtigung von Emotionen – hier auch Bedürfnisse, Widerstandsstrategien und Abwehrhaltungen – ist wichtig. Zentral ist die nachhaltige Förderung fester, langfristiger Kooperationen zwischen Regelinstitutionen, wie z. B. Schulen oder Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und spezialisierten Bildungsträgern sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei einer gesamtheitlich verstandenen Prävention und Intervention. Zudem gilt es eine stärkere Verzahnung von post-kolonialen, rassismuskritischen und antisemitismuskritischen Ansätzen zu schaffen, mit dem Ziel der Weiterentwicklung einer interdisziplinären und differenzsensiblen Bildungsarbeit, die über die konstruierten »Gruppen« der GMF hinausgeht (Stichwort Intersektionalität).

Beispiele

Im Kapitel zur Definition von Antisemitismus wurde, insbesondere in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der Politik Israels, herausgestellt, dass oft nur schwer zwischen kritischen und antisemitischen Äußerungen unterschieden werden kann. Der Expertenkreis hat versucht, diese Schwierigkeiten der eindeutigen Zuordnung mit dem Rückgriff auf das Konstrukt der »Grauzonen« zu erfassen. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass sich zwar die Übergänge zwischen einer, wenn auch harten oder gar ungerechten Kritik an der israelischen Politik auf der einen und Antisemitismus auf der anderen Seite theoretisch durchaus definieren lassen, im Einzelfall aber eine Entscheidung darüber, ob bestimmte Äußerungen zu Israel als kritisch oder als antisemitisch zu verstehen sind, deutlich schwerer fällt. Es kommt in diesen Fällen immer auf den Kontext der Aussagen an, etwa wer, was, wann sagt und ob die Kritik ohne Zuschreibungen an ein unterstelltes jüdisches Kollektiv erfolgt, mit stereotypen Merkmalen belegt wird oder im Sinn einer »Umwegkommunikation« Israel nur an die Stelle »der Juden«, quasi als Legitimierung antisemitischer Einstellungen und Positionen, tritt. Ferner ist zu bedenken, dass unabhängig davon, ob eine

Aussage antisemitisch »motiviert« ist, der Inhalt einer Aussage dennoch als antisemitisch bewertet werden kann.

Die Debatte um die Äußerungen des Journalisten und Verlegers Jakob Augstein Ende 2012 hat deutlich gemacht, wie umstritten die Einschätzung seiner Kritik an der Politik Israels in der Öffentlichkeit war und zwar sowohl unter Journalisten der Prestigepresse als auch unter Vertreterinnen und Vertretern jüdischer Organisationen sowie den sich zu Wort meldenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Dies macht wiederum deutlich, dass – wie schon die Probleme bei der Festlegung einer allgemein akzeptierten und umfassenden Antisemitismusdefinition zeigen – die Auffassungen, wann Kritik an Israels Politik im Nahostkonflikt die Grenze zum Antisemitismus überschreitet, auch bei Akteuren weit auseinandergehen, die sich in der Bewertung des antisemitischen Charakters von Äußerungen in den nachfolgend dargestellten Debatten zur Beschneidung und zu Antisemitismus im Bereich des Fußballs, weitgehend einig sein dürften. Der Begriff der »Grauzonen« soll diese Deutungsambivalenzen transparent machen und eine Debatte darüber ermöglichen, was in Einzelfällen als Antisemitismus gelten kann.

Die hasserfüllten Auswüchse der Beschneidungsdebatte, die vor allem im Internet virulent waren, haben einmal mehr gezeigt, dass es nur eines Trigger-Ereignisses bedarf, um latent vorhandene antisemitische Stimmungen emotional aufzuladen und in den sozialen Netzwerken ungefiltert an die Oberfläche zu spülen. Es verfestigte sich zunehmend der Eindruck, dass die Beschneidung und die Verschiebung der Argumentationslinien von religiösen Gebräuchen hin zu Fragen von Kinder- und Menschenrechten eine willkommene Abwechslung boten gegenüber den inzwischen schon klassisch gewordenen Zuschreibungen im Nahostkonflikt, die vermeintlich keine antisemitischen Konnotationen transportieren würden. Der Verlauf der Debatte hat deutlich gemacht, dass in der Mehrheitsgesellschaft ein Mangel an Sensibilität hinsichtlich der Frage herrscht, welche Wirkung solche öffentlichen, hetzerischen Zuschreibungen bei den Betroffenen auslösen.

Offene Formen von Antisemitismus kommen in den Bundesligen in den letzten Jahren seltener vor, doch scheinen vor allem die unteren Ligen hier größere Probleme zu haben. Ob es insgesamt eine Veränderung in der Anzahl und Heftigkeit antisemitischer Vorfälle gibt, ist bisher nicht erforscht, zumal auch hier die Dunkelziffer nicht gemeldeter Vorfälle nicht unerheblich sein dürfte. Antisemitismus bleibt weiterhin, häufiger nun auch mit israelfeindlichen Anteilen verbunden, Teil der vor allem von den rechten Fangruppen und Hooligans ausgehenden Diskriminierungen im Fußball. Damit gewinnt der Antisemitismus eine ganz erhebliche gesellschaftliche Breitenwirkung. Direkt und besonders stark davon betroffen sind die jüdischen Makkabi-Vereine und israelische Mannschaften, die in jüngster Zeit zum Ziel antisemitischer Anfeindungen insbesondere auch von türkisch-muslimischen Vereinen und deren Spielern werden, sowie antirassistische Fangruppen, die von rechten Fangruppen des eigenen Vereins angefeindet werden. Auf der Verbandsebene fehlt eine gemeinsame übergreifende Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus in den Stadien, sodass auf solche Vorfälle uneinheitlich reagiert wird und die Sportgerichte zu milde Urteile fällen. Auch Fanprojekte richten sich oft nur sehr allgemein gegen rassistische und physische Gewalt und nehmen das Klima der Bedrohung, das von verbalen Attacken ausgeht, nicht ausreichend zur Kenntnis.

Handlungsempfehlungen

Straftaten

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… in dem vom *Bundesministerium des Innern* herausgegebenen Verfassungsschutzbericht regelmäßig ein gesondertes Kapitel über Antisemitismus in die Berichtsteile zu allen Extremismus-Bereichen aufzunehmen und dort zudem die statistischen Angaben zu antisemitischen Straftaten wieder gesondert auszuweisen.**
Hierfür ist auch eine Trennung der Konzepte Vorurteilskriminalität und (Rechts-)Extremismus nötig, da die gemeinsame Kategorisierung zu stark auf das herkömmliche Bild des Rechtsextremismus fixiert bleibt, was zu Lasten der Erfassung von Vorurteilskriminalität führt.

› **… die Erfassung des gesamten Verfahrensablaufs von vorurteilsbasierten Delikten im Prozess der Strafverfolgung in einer Datenbank.**
Neben der Item-bezogenen Aufschlüsselung der Taten sollen hier auch Daten zu den Opfern und Täterinnen und Tätern solcher Straftaten und zum Ausgang von Strafverfahren (Einstellungen, Anklage- und Verurteilungsquoten, Verfahrensdauer, Strafmaß usw.) erfasst werden.

› **… Fortbildungen für Polizeibeamte und Verfassungsschutzmitarbeiterinnen und -mitarbeiter speziell zur Erfassung des antisemitischen Gehalts von Aussagen bzw. Aktionen zum Israel-Palästinenser-Konflikt im Themenfeld Bürgerkriege/Krisenherde anzubieten.**

› **… die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Exekutivorganen (Polizeibehörden, Justiz) und NGOs sowie anderen Initiativen bei der Erfassung antisemitischer Straftaten.**
In diesem Rahmen soll auch geprüft werden, ob das in Großbritannien praktizierte Modell des »third party reporting« in Deutschland übernommen werden kann.

› **… die Durchführung einer Fallstudie zum Dunkelfeld antisemitisch motivierter Kriminalität.**

› **… die unabhängige Evaluierung des PMK-Erfassungssystems mit einer Überprüfung der theoretischen Grundlagen.**
Vor allem die verwendeten Definitionen und die vier Dimensionen (1) Deliktqualität, (2) Phänomenbereiche, (3) Themenfelder und (4) extremistischen Qualität sollen überprüft werden ebenso wie deren Anwendung in der Ermittlungspraxis.

Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… ein regelmäßiges, vom Bund finanziertes Monitoring antisemitischer Einstellungen in Form einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung sowie qualitativer Studien unter Berücksichtigung besonderer Bevölkerungsgruppen.**
Bislang gibt es kein regelmäßiges Monitoring. Durch private Stiftungen in Auftrag gegebene Studien fokussieren momentan nicht spezifisch auf das Thema Antisemitismus. Reine repräsentative Bevölkerungsumfragen ermöglichen zudem keine Auskunft über Antisemitismus bei einzelnen Bevölkerungsgruppen (z. B. eingewanderte oder junge Personen). Diese Bevölkerungsgruppen könnten z. B. durch ein gezieltes »Oversampling« bzw. durch ergänzende Studien auch in etwas größeren, aber regelmäßigen Abständen erreicht werden.
Ziel ist es auch, mittels qualitativer Untersuchungen, mehr über das sich wandelnde Verständnis von antisemitischen Facetten und Zugängen zum Thema sowie die sich ändernden individuellen Wissensbeständen und (auch generativ unterschiedlichen) Verarbeitungen zu erfahren. Von besonderem Interesse sind hier einerseits Studien zu den sich ändernden Sichtweisen junger Personen und andererseits zu den Sichtweisen von Personen mit »Migrationshintergrund«. Insbesondere ist hier auch die Frage zu stellen, inwieweit politische Prozesse in den Herkunftsländern Einfluss auf die hier lebende migrantische Bevölkerung haben und wie sich dies auf ihre Einstellungen auswirkt (z. B. Russland oder Türkei).

Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus

Auf- bzw. Ausbau von Melde- und Beratungsstrukturen

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… der einzurichtenden Bund-Länder-Kommission zum Themenbereich Antisemitismus (→ zentrale Forderungen) sich für den Ausbau und die Förderung von Melde- und Informationsstellen zur Erfassung von antisemitischen Übergriffen, Vorfällen oder Straftaten einzusetzen.**
Hier kann und sollte an die Erfahrungen bestehender Informationsstellen angeknüpft bzw. ihre Expertise eingeholt werden. Namentlich ist hier RIAS in Berlin zu nennen. Wünschenswert ist die Ausweitung bestehender Meldestrukturen auf weitere Bundesländer bzw. Regionen, die für Betroffene zugänglich und möglichst leicht zu erreichen sind. Die erarbeiteten Qualitätskriterien, wie auch allgemeinverbindliche Vorgehensweisen bei der Erfassung und Falldokumentation, sind dabei zu beachten. Die Dokumentation sollte im besten Fall in einer gemeinsamen Plattform bzw. bei einer Sammelstelle zusammengeführt werden.

› **… der einzurichtenden Bund-Länder-Kommission zum Themenbereich Antisemitismus sich für den Aufbau von spezialisierten Beratungsstrukturen bzw. den Ausbau der Zusammenarbeit mit bestehenden Beratungsstrukturen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie Antidiskriminierungsberatungsstellen einzusetzen.**
Hier ist auch die Schulung von Mitarbeitenden in anderen allgemeinen Beratungs- und Antidiskriminierungsstellen wichtig, um die Inanspruchnahme der Erst- und Verweisberatung sicherzustellen. Hier gilt es, das Bewusstsein der Beraterinnen und Berater für den Alltagsantisemitismus zu schärfen und das Verständnis von Antisemitismus als Diskriminierung zu befördern. Bei der Opferberatung geht es sowohl um die Unterstützung von Betroffenen beim Erleben von Alltagsantisemitismus unterhalb einer strafrechtlichen Schwelle als auch um spezialisierte Beratung nach gewalttätigen Übergriffen.

› **… die Förderung und Ausweitung von Empowerment-Maßnahmen mindestens durch das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) und die Landesprogramme zur Extremismusprävention.**
Hier sollten jüdische Träger, Institutionen oder Projekte gezielt gefördert werden, um stärkende Dialog- und Erfahrungsräume für Betroffene zu etablieren, die im Alltag auf unterschiedliche Art und Weise mit Antisemitismus konfrontiert sind.

Einbeziehung der jüdischen Perspektive in Gremien und bei der Präventionsarbeit

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… die stärkere Einbindung von jüdischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Fachkräften und Institutionen in staatliche/zivilgesellschaftliche Gremien, die sich für Demokratieförderung einsetzen, Antisemitismus und Rassismus bekämpfen.**

› **… die stärkere Einbeziehung jüdischer Perspektiven und Expertisen in die verschiedenen Förderprogramme historisch-politischer Bildung, Antisemitismusprävention und Intervention.**
Für beide Empfehlungen gilt, das Recht von Jüdinnen und Juden auf Mitbestimmung bei der Definition und Erfassung von Antisemitismus anzuerkennen und in die politischen Verhandlungen einzubeziehen.
Diskrepanzen bei der Definition von Antisemitismus werden bisher zumeist – wie auch bei anderen Abwertungs- und Ausgrenzungsphänomenen – viel eher als »abweichende Ansicht« der betroffenen Minderheit betrachtet und viel zu selten als ein relevanter Wahrnehmungs- und Erfahrungsraum, der bei der Begriffsbestimmung mitberücksichtigt sein muss.

Forschung

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› **… die Initiierung und Förderung von interdisziplinären Studien mit qualitativer und quantitativer Ausrichtung zu den Perspektiven, Erfahrungen, Wahrnehmungen und Expertisen von Jüdinnen und Juden im Hinblick auf Antisemitismus.**
Die Erfassung jüdischer Perspektiven auf Antisemitismus soll in regelmäßigen Abständen gewährleistet werden, um die Daten aus den Befragungen der nicht-jüdischen Mehrheitsbevölkerung um diese Dimension zu erweitern und Hinweise auf Entwicklungen oder neue Phänomene entdecken und empirisch absichern zu können. Empirisch gesehen gibt es hier ein vergleichsweise großes Forschungsdesiderat, das zu beheben gilt.

› **… die Initiierung und Förderung anwendungsorientierter Grundlagenforschung und praxisbegleitender Forschung zu Präventionsmaßnahmen, die nicht nur als gering finanzierte Begleitforschung oder nachträgliche Evaluation erfolgt, sondern als ein eigenständiges**

Feld gewertet und finanziell gesichert wird. Gezielte Ausschreibungen im Rahmen des Bundesprogramms *»Demokratie leben!«* und/oder des *Bundesministeriums für Forschung und Wissenschaft* wären erforderlich.

Medialer Diskurs

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› … ein Monitoring der sozialen Netzwerke durch staatliche Stellen und NGOs, deren Ergebnisse von den Landeskriminalämtern und dem BKA genutzt werden. Ein systematisches Monitoring inklusive einer entsprechenden Analyse der Sozialen Medien ist technisch möglich, bedarf aber finanzieller Unterstützung, um das entsprechende Personal zur Verfügung stellen zu können.

› … die Erhöhung des Drucks auf die Plattformbetreiber durch das *Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz* sowie die Durchsetzung des Maßnahmenkatalogs, der im Dezember 2015 zusammengestellt wurde. Dies sollte durch eine interministerielle Initiative gestützt werden, die Mechanismen schafft, um antisemitische und diskriminierende Inhalte besser melden und anschließend löschen zu können.

› … die Nutzung bereits vorhandener und neuer Instrumente, um Social Bots und Fake Accounts, die zur Verbreitung von antisemitischer »Hate Speech« genutzt werden, löschen zu können.

› … die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der großen Kommunikations-Plattformen, um auch neuere Formen des Antisemitismus sowie antisemitische Chiffren erkennen und löschen zu können.

› … die Stärkung von Akteuren der Zivilgesellschaft, um »Hate Speech« im Internet entgegentreten zu können, z. B. durch entsprechende Förderprogramme des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.*

› … die gezielte Förderung von Counter Speech z. B. in Form von Journalisten als »Faktencheckern«, um Lügen direkt entlarven zu können und eine weitere Verbreitung zu verhindern.

› … die Unterstützung und Aufrechterhaltung einer kritischen fremdsprachlichen Medienberichterstattung durch den *Rundfunk- und Fernsehrat,* um den verschiedenen migrantischen Communities in Deutschland ein kritisches Gegengewicht zu einer propagandistischen Medienberichterstattung der Herkunftsländer anbieten zu können.

Antisemitismus und Parteien

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› … allen Parteien regelmäßige Selbst- und Fremdevaluationen zu Aktivitäten der Parteien gegen Antisemitismus sowie zu Antisemitismus in den eigenen Reihen Die demokratischen Parteien sollten sich (1) regelmäßig mit der Frage beschäftigen, welche Aktivitäten sie gegen aktuellen Antisemitismus unternehmen und inwieweit hier u. a. die Empfehlungen des *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* Berücksichtigung finden und (2) von sich aus und selbstkritisch mit möglichen antisemitischen Tendenzen in den eigenen Reihen beschäftigen und derartige Vorkommnisse nicht nur offensiv bei anderen konkurrierenden Parteien strategisch instrumentalisieren.

› … die Gründung einer fraktionsübergreifenden Parlamentariergruppe im Bundestag und den Landtagen, die sich mit Fragen zum Antisemitismus beschäftigt und dazu in regelmäßigen Abständen einen Bericht veröffentlicht.

› … der Partei *Die Linke,* die bei einigen Mitgliedern bestehenden israelfeindlichen Tendenzen parteiintern kritisch zu beobachten und auf antisemitischen Tendenzen hin zu überprüfen.

› … der Partei *Alternative für Deutschland* einen klaren Trennungsstrich zu sich antisemitisch äußernden Abgeordneten und Tendenzen in der Partei zu ziehen, sofern sie sich als anti-antisemitisch und demokratisch verstehen will.

Antisemitismus in politischen Bewegungen und Organisationen

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt…

› … in dem vom *Bundesministerium des Inneren* herausgegebenen Verfassungsschutzjahresbericht wieder ein gesondertes Kapitel »Antisemitismus im Rechtsextremismus« aufzunehmen (→ Handlungsempfehlungen Straftaten).

› … in die von den Landesinnenministerien bzw. -senaten herausgegebenen Verfassungsschutzjahresberichte im Bereich Extremismus ein Kapitel zum Antisemitismus in den jeweiligen Phänomenbereichen aufzunehmen.

› … der *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien* darauf zu achten, dass antisemitische Aussagen nicht nur in der bekannten »Rechts-Rock«-Musik, sondern

auch in rechtsextremistischer Rap-Musik und anderen Stilrichtungen der Musik vorkommen.
Hier sind auch Medienanstalten aufgefordert kritisch zu überprüfen, welche Interpreten sie spielen und bei sich auftreten lassen.

› … den politischen Stiftungen bei ihren Bildungsangeboten nicht nur Antisemitismus im Kontext des Holocaust oder des Rechtsextremismus, sondern auch bezogen auf seine aktuellen Erscheinungsformen (z. B. Israelfeindlichkeit) zu behandeln.
Hier gilt es auch Erscheinungsformen im Blick zu haben, die rechtsextreme Inhalte über modernisierte Begrifflichkeiten vermitteln.

› … die finanzielle Unterstützung einer Bewegungsforschung, die sich auch mit antisemitischen Strömungen innerhalb alter und neuer politischer Bewegungen auseinandersetzt.

Antisemitismus und Religion

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt …

› … zum Ende des 2017 anstehenden »Lutherjahres« retrospektiv die zu erwartenden Diskussionen über das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu Juden und Judentum zu analysieren und in einem gesonderten Bericht zu evaluieren.

› … die Durchführung von qualitativen und quantitativen Studien zu fördern, um bislang fehlende empirisch gestützte Erkenntnisse über die Verbreitung und Ausformung von Antisemitismus auf Gemeindeebene der evangelischen und katholischen Kirche sowie den Freikirchen zu erlangen.

› … der einzurichtenden Bund-Länder-Kommission staatsvertragliche Regelungen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Bereich Religion (unter Berücksichtigung der hier vertretenen großen Religionsgemeinschaften) zu schaffen.

› … die Erkenntnisse der deutsch-israelischen Schulbuchkommission ernst zu nehmen.

› … eine gezielte Förderung von Moscheegemeinden, muslimischen Trägern, Institutionen und Projekten, die konkrete Maßnahmen im Bereich der interkulturellen und interreligiösen Begegnungs- und Dialogarbeit mit jüdischen Partnern sowie Trägern der politischen Bildung gegen Antisemitismus durchführen.
Das Zusammendenken von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus schafft neue Möglichkeiten für die Bekämpfung des Antisemitismus.

› … die Würdigung der Dialogarbeit vieler Imame im Kampf gegen Antisemitismus und die Einbeziehung ihrer Erfahrungen für die weitere antisemitismuskritische Arbeit auch in anderen muslimischen Gemeinden.

› … die Fokussierung auf Themen zur Sensibilisierung gegen Antisemitismus in muslimischen Gemeinden, die Gemeinsamkeiten von Islam und Judentum hervorheben.

Antisemitismus bei Geflüchteten

Forschung

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt …

› … die Initiierung, Durchführung und Förderung von Forschung zu Antisemitismus unter Geflüchteten, die mindestens durch das *Bundesamt für Migration und Geflüchtete* geleistet werden sollte.
Bislang fehlt es an empirisch gestützten Erkenntnissen über die Verbreitung und Ausformung von Antisemitismus bei Geflüchteten. Gefragt sind sowohl qualitative als auch quantitative Studien, im besten Fall eine Verbindung aus beiden, ggf. kann Fragestellung zunächst auch in eine bereits angelaufene Langzeitstudie integriert werden. Im Forschungsdesign sowie der Auswertung ist es erforderlich, die sehr große Heterogenität dieser Zielgruppe zu berücksichtigen. Ferner sollten dabei Einflussfaktoren auf antisemitische Einstellungen systematisch untersucht werden. Dazu gehören u. a. religiöse, nationale und ethnische Identitäten und Sozialisationserfahrungen, aber insbesondere auch Besonderheiten der Erfahrungen und Lebenssituation als Geflüchtete, ebenso zu berücksichtigen sind Marginalisierungs- und Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Außerdem sollten hier auch die vermittelten Wissensbestände und Informationen mit antisemitischen Inhalten, die Geflüchtete aus ihren Herkunftsländern mitbringen bzw. durch Medien, die sie hier nutzen, erreichen, analysiert werden.

› … die Untersuchung des Wissens und der Einstellung unter Ehrenamtlichen und Unterstützerinnen von Geflüchteten im Rahmen der Forschung zum Ehrenamt.
Ehrenamtlichen und Unterstützerinnen sind häufig die wichtigsten Kontaktpersonen für Geflüchtete, daher ist es von zentralem Interesse mehr darüber zu erfahren, was sie in Zusammenhang mit dem Thema Antisemitismus weitergeben. Die Erkenntnisse sollten auch bei der Schulung von Ehrenamtlichen Verwendung finden.

Politische Bildung

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt …

› **… die Vernetzung und den professionellen Erfahrungsaustausch von Wissenschaft, Praxis und insbesondere Trägern der historisch-politischen Bildung zum Thema Flucht und Antisemitismus; gefragt sind hier insbesondere die Förder- und Bildungsprogramme von Bund und Ländern.**
Hier gilt es, in neu entwickelte oder bestehende Vernetzungen Erkenntnisse zu Antisemitismus bei Geflüchteten und ggf. auch unter Ehrenamtlichen einzubringen und einen interdisziplinären Fachaustausch über den Zuschnitt von Bildungsangeboten zu initiieren.

› **… die Anerkennung von Geflüchtete als politisch Denkende und Handelnde mindestens in den Bildungsprogrammen von Bund und Ländern.**
Hier gilt es, Geflüchtete als politisch Denkende und Handelnde mit ihren eigenen Erfahrungen und Perspektiven ernst zu nehmen, ihre Bildungsinteressen zu berücksichtigen, an herkunftsspezifisches Wissen und antisemitische Narrative anzuknüpfen und die politischen Diskussionen zu befördern. Dies sollte stets unter Einbeziehung ihrer Lebenssituation (unsicherer Aufenthaltsstatus, traumatische Fluchterfahrungen, Herkunftskontexte und Motivationslagen) geschehen. Mögliche Ansatzpunkte sind die Befürwortung demokratischer und menschenrechtlicher Werte, die Stärkung der sich aus den Biografien ergebenden Empathie und bei Jugendlichen das große Interessen an der eigenen Identität und die hohe Motivation, Neues zu lernen, das Land zu verstehen und sich zu integrieren.

Medien

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt …

› **… eine noch größere Bereitstellung, Verbreitung und Zugänglichkeit von Information und Angeboten für Geflüchtete auch in den jeweiligen Landessprachen; gefragt sind hier mindestens die öffentlich-rechtlichen Medien und die *Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung*.**
Ziel sollte es sein, möglichst viele Menschen mit Fluchterfahrungen zu erreichen. Das gilt ebenso für Information und Angebote der politischen Bildung im Zusammenhang mit Antisemitismus. V. a. das Fernsehen, das viele Geflüchtete erreicht, sollte muttersprachliche Artikel und Sendungen anbieten – das gilt v. a. für politische Formate. Geflüchtete sollten dabei auch aktiv in die Medienproduktion einbezogen werden. Viele von ihnen bringen Medienkompetenzen mit, die für den Aufbau neuer Formate und Plattformen genutzt werden könnten.

Prävention und Intervention

Empfehlungen zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Prävention

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt …

› **… die Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Schaffung einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie zur Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung über die Legislaturperiode hinaus weiter zu führen unter Einbezug aller für den gegenwärtigen Antisemitismus relevanten Ressorts, insbesondere auch dem BMJV, dem BMBF und dem *Auswärtigen Amt*.**
Der gegenwärtige Antisemitismus muss im Nationalen Aktionsplan eine eigenständige Erwähnung finden. Das Bundesprogramm *»Demokratie leben!«* allein reicht nicht aus, um Antisemitismus auf allen Ebenen zu begegnen.

› **… den Ausbau und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und nicht-staatlichen Organisationen, um das koordinierte Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure in Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft nachhaltig zu unterstützen.**
Die durch das Bundesprogramm *»Demokratie leben!«* initiierten Strukturen (Landes-Demokratiezentren, Partnerschaften für Demokratie u. a.) sollten Antisemitismus unter Berücksichtigung seiner unterschiedlichen Erscheinungsformen stärker in ihrer Arbeit berücksichtigen.

› **… die nachhaltige Förderung fester, langfristiger Kooperationen zwischen Regelinstitutionen – Schulen, Träger der Kinder- und Jugendhilfe, konfessionelle Träger, Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Jugend- und Sozialämter –, und spezialisierten Bildungsträgern.**
Die im Rahmen der Bundesprogramme entstandenen Strukturen können hier wichtige Bedingungen für das Gelingen der Präventionsarbeit schaffen. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist dabei unerlässlich.

› **… den vielfältigen Bestand an pädagogischen Handlungsmöglichkeiten inklusive praktisch-methodischer Vorschläge weiter auszubauen und kostenfrei zugänglich zu machen.**
Basis könnte die Vielfalt-Mediathek »Bildungsmedien gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt« des IDA e. V. und DGB Bildungswerkes bilden.

Jedoch müsste hier der Themenbereich Antisemitismus deutlich erweitert werden.

› **... die institutionelle Förderung von Trägern/Zentren, die bestehende Ansätze evaluieren, im Hinblick auf ihre Wirksamkeit bewerten, zugänglich machen und aktiv (und immer wieder neu) bewerben.**
Als »Vernetzungsknoten« könnten diese Träger/Zentren aktuelle Forschungen und Evaluationen auswerten und die Ergebnisse in die Praxis einspeisen. Sie könnten ferner eigene Evaluationen über längere Zeiträume, durchführen, eine Übersicht über Träger und Institutionen des Arbeitsfeldes aktuell halten und neue trägerübergreifende Fortbildungen initiieren. Das Bundesprogramm *»Demokratie leben!«* (BMFSFJ) könnte hierfür entsprechende Mittel zur Verfügung stellen.

Empfehlungen für die Bildungsarbeit

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt...

› **... den Bereich Prävention durch Bildung breiter zu verstehen und mit Intervention zusammen zu denken. Prävention sollte eine Kombination aus Bildung und Beratung sein. Dazu sind spezifische Kompetenzen, interdisziplinäre Bündnisse und Kooperationen (bspw. mit Opferberatungsstellen) sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendsozialarbeit, Jugendhilfe, Polizei und Justiz nötig.**
Hier sind qualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote für Erwachsene und Fachkräfte von besonderer Bedeutung. Der Bereich Intervention sollte zudem stärker in den Fokus gerückt werden. Zusätzlich zur Vorbeugung antisemitischer Einstellungen sollten Alltagserfahrungen mit Antisemitismus berücksichtigt, Opferschutz gewährleistet und antisemitische Vorfälle konsequent bearbeitet werden.

› **... die Antisemitismusprävention als ein eigenständiges (pädagogisches) Handlungsfeld aus zu bauen und stärker zu fördern.**
Dies betrifft sowohl die Forschung als auch die Praxis der schulischen wie auch außerschulischen Bildung und Sozialarbeit und gilt v. a. für die Weiterentwicklung theoretischer und methodischer Grundlagen.

› **... eine stärkere Verzahnung von post-kolonialen, rassismuskritischen und antisemitismuskritischen Ansätzen mit dem Ziel der Weiterentwicklung einer interdisziplinären und differenzsensiblen Bildungsarbeit, die über die konstruierten »Gruppen« der GMF hinaus geht (Intersektionalität).**
Das Zusammendenken von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus kann insbesondere in der Arbeit mit muslimische sozialisierten Zielgruppen mögliche Stigmatisierungsängste und Abwehrreaktionen verringern und damit die Bereitschaft erzeugen, sich kritisch mit Antisemitismus auseinanderzusetzen. Die Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Phänomenbereichen darf dabei nicht zur Relativierung der spezifischen Beschaffenheit von Antisemitismus führen. Vielmehr sollte die Verzahnung das Handlungsfeld bereichern, neue Impulse für die fachliche und methodische Weiterentwicklung setzen sowie die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren der politischen Bildung – beispielsweise mit muslimischen Bildungsprojekten ausbauen und verstärken.

› **... die Bearbeitung des gegenwärtigen Antisemitismus unter Berücksichtigung historischer Entwicklungslinien und Hintergründe zu verfolgen.**
Der Einbezug historischer Perspektiven sollte dabei über eine Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust hinausgehen und auch die Folgen mit einbeziehen. Der Expertenkreis empfiehlt daher Projekte zu fördern, die sich speziell dieser Fragestellung widmen und darauf bezogene Ansätze erproben. Modellvorhaben dieser Art müssten nicht nur ein Förderschwerpunkt des Bundesprogramms *»Demokratie leben!«* sein, sondern auch im Rahmen anderer Programme – beispielsweise in der Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) – gefördert werden.

› **... Dialog- und Begegnungsarbeit im jüdisch-muslimischen Kontext auszubauen und generell Kooperationen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bildungsträgern zu fördern.**
Begegnungs- und Dialogprojekte zwischen jüdischen und muslimischen Partnern sollten nicht allein auf den palästinensisch-israelischen Konflikt reduziert werden. Stattdessen sollten sie um weitere Aspekte, wie z. B. Identitätsfragen oder Diskriminierungserfahrungen erweitert werden. Für die Bearbeitung des Themas braucht es gegenseitiges Vertrauen und professionelle pädagogische Begleitung (→ Handlungsempfehlungen Religion). Es ist wichtig, dass sich die Partner sich auf Augenhöhe begegnen, die Beteiligten die Geschichte, Kultur, Religion des Partners kennenlernen.

› **... insbesondere Fort-, Weiter- und Ausbildungsangebote auszubauen und zu fördern, die sich der Fähigkeit zur (Selbst-)Reflexion der pädagogischen Fachkräfte widmen.**
Diese hat eine hohe Bedeutung für das Gelingen von Antisemitismusprävention durch schulische und außerschulische Bildung. Organisierte Selbstreflexion und Reflexion pädagogisch schwieriger Situationen sollte Teil der Qualitätssicherung sein und stärker gefördert werden, etwa durch trägerinterne oder

trägerübergreifende Coachings oder Supervisionsangebote für die pädagogisch Verantwortlichen.

Empfehlungen für pädagogische Angebote und Handlungsfelder

Der *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* empfiehlt:

› **... die Kombination aus niedrigschwelligen Ansätzen und langfristigen pädagogischen Formaten.**
Um bei Lehrkräften, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ein Bewusstsein für verschiedene (insbesondere auch israelbezogene) Facetten von Antisemitismus zu stärken, Berührungsängste abzubauen und die Relevanz des Antisemitismus zu verdeutlichen, können kurzfristig einsetzbare Interventionen gefördert werden, die z. B. nur einen geringen Zeitbedarf umfassen. Damit verbunden können weiterführende langfristige pädagogische Angebote, die eine vertiefende Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus ermöglichen, beworben werden.

› **... übliche Fortbildungsformate um weitere Formate – Fachberatung, kollegiale Fallanalysen oder Coaching-Angebote – zu ergänzen, um möglichst breite Zielgruppen zu erreichen.**

› **... Angebote zur Fort- und Weiterbildung von Lehr- und Fachkräften – hier auch der Polizei, Jugend(sozial) Arbeit, Verwaltung, Wissenschaft, Medien – stärker auszubauen und zu fördern.**
Die themenbezogenen Schulungen dürfen nicht ausschließlich projektbezogen, sondern als Teil der Ausbildung in den regelgeförderten Strukturen umgesetzt werden. Auch hier gilt es die verschiedenen Facetten von Antisemitismus einzubeziehen.

› **... pädagogisch-präventive Ansätze mit Lebenswelt- und Sozialraumbezug als besonders wirksam zu fördern.**
Verbindende Elemente können zum Beispiel Sport (insbesondere Fußball), Musik oder andere Formen der Freizeitgestaltung sein. Bundesprogramme wie *»Zusammenhalt durch Teilhabe«* (BMI) gehen bereits in diese Lebensbereiche hinein, indem sie die Zusammenarbeit mit großen zivilgesellschaftlichen Trägern wie der Sportjugend, Feuerwehr oder Hilfsorganisationen wie dem DRK fördern. Inhaltlich sollten die Programme allerdings noch stärker um das Thema Antisemitismus erweitert werden.

› **... Moscheegemeinden und muslimische Träger für die Arbeit gegen Antisemitismus zu gewinnen und gezielt Projekte zu fördern, die konkrete Maßnahmen im Bereich der interkulturellen, interreligiösen Begegnung- und Dialogarbeit mit jüdischen Partnern sowie Trägern politischer Bildung gegen Antisemitismus durchführen.**
Dabei kann die Einbeziehung muslimisch-sozialisierter Bildungsreferentinnen und -referenten von Vorteil sein, da sie durch ihre Biographie gewisse Identifikationsmöglichkeiten mit den Adressaten bieten sowie durch ihre kulturelle Nähe Fachkompetenzen zu Fragen des Islam mitbringen können.

› **... Präventionsmaßnahmen gegen religiösen Extremismus, insbesondere gegen salafistische Radikalisierung in Schulen, Moscheegemeinden und Jugendhilfe, weiter zu entwickeln.**
Erfolgsversprechende Konzepte sollten in der Breite implementiert werden. Dabei geht es v. a. darum, gefährdete Jugendliche in der Auseinandersetzung mit Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zu stärken und Ihnen Wege der gesellschaftlichen Partizipation aufzuzeigen.

› **...Bildungsangebote für den schulischen und außerschulischen Bereich zu entwickeln, die eine kritische Auseinandersetzung mit nationalistischer und islamistischer Propaganda, insbesondere aus der Türkei, aber auch aus anderen Herkunftsländern, ermöglichen.**

› **... der *Kultusministerkonferenz* eine dringend erforderliche, fachübergreifende Überarbeitung der Schulbücher zu initiieren.**
Trotz wiederholter Empfehlungen u. a. der deutsch-israelischen Schulbuchkommission, wird Antisemitismus nach wie vor mehrheitlich und v. a. beschreibend im Kontext des Mittelalters und des Nationalsozialismus behandelt. Damit ein verstärktes Bewusstsein für die Aktualität von antisemitischen Bildern und Haltungen geschaffen werden kann, sollten im Rahmen der Bund-Länder-Kommission Richtlinien erarbeitet werden, die auf Länderebene Verbindlichkeit bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus im schulischen Kontext schaffen.

› **... für den Bereich der Hochschulen und Universitäten die stärkere Einbeziehung des aktuellen Antisemitismus in die entsprechenden Rahmenpläne und Curricula.**
Die Angebote sollten sich insbesondere an angehende Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Erwachsenenbildnerinnen und -bildner richten. Beispielhaft hierfür sind Seminarreihen, die auch andere gesellschaftsrelevante Themen ansprechen und Antisemitismus explizit miteinbeziehen. Der Bezug zum jeweiligen Lern- und Berufsfeld kann durch Selbstreflexion und Praxisanalysen hergestellt werden. Das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* sollte entsprechende Formate mit einem Förderprogramm initiieren.

Conclusion, Key Demands and Recommendations

Key demands of the Independent Expert Group on Antisemitism

Appoint an ombudsperson for antisemitism and make an independent expert group permanent

The present report by the second *Independent Expert Group on Antisemitism* shows that fighting antisemitism is and will remain an ongoing task for the political community and society. That is why the Expert Group calls for the appointment of an ombudsperson for antisemitism. The position should be established in the Federal Chancellery and, as part of the executive branch, coordinate the measures for fighting and preventing antisemitism across agencies. The Expert Group recommends four-year appointments from alternating ministries that overlap legislative periods.

The ombudsperson for antisemitism is to be advised by an independent group appointed by the federal government in consultation with the ombudsperson and including Jewish and non-Jewish experts from the scientific community, educational practitioners and civil society. The ombudsperson shall present (progress) reports at regular intervals that encompass a description of the situation as well as the state of implementation of the Expert Group's demands and recommendations. Parliamentary hearings on the reports shall take place regularly.

Record, publish and punish antisemitic crimes systematically

The Expert Group calls for improvement of the collaboration between civil society, Jewish organizations and security authorities in recording antisemitic crimes. Creation of the relevant structures is intended to make it easier for those affected to report antisemitic crimes to the police and thus to reduce the numbers of crimes that go unreported. The basis for assessing antisemitic acts is to be a uniform set of criteria that follows the working definition of antisemitism and critically develops it further. Antisemitic crimes should again be explicitly reported as such in the Report on the Protection of the Constitution. The data gathered are to be published at regular intervals in a uniform nationwide database. The expert group calls for the judicial authorities to take statutory offenses motivated by antisemitism into account more forcefully when prosecuting crimes. In addition, the Expert Group calls for the creation of permanent counseling and empowerment structures for people affected by antisemitism.

Provide permanent financial support for bodies working to prevent antisemitism

The second *Independent Expert Group on Antisemitism* repeats the demand from the first report for provision of a long-term basis for the work of civil-society bodies toward preventing antisemitism. In so doing, the Expert Group takes up a demand from the German Bundestag Committee of Inquiry on the NSU (National Socialist Underground) of August 2013, which »emphatically« spoke out in favor of a »reorganization of the support for civil-society work against racism, antisemitism and right-wing extremism.« The Expert Group calls on the political community to guarantee reliability and predictability for civil-society actors. This involves creating mechanisms in order to transfer knowledge and experiences gathered in model projects into the regular structures (esp. schools).

Establish a standing Federal-Länder Commission

Many of the measures for preventing and fighting antisemitism described in this report lie within the responsibility of the German states, or Länder. The function of the federal government is usually limited to »making suggestions« in this context (see Child and Youth Welfare Act SGB VIII). The Expert Group calls for the establishment of a standing Federal-Länder Commission to improve coordination of measures specific to the Länder – esp. in the areas of schools, youth welfare services, the judiciary and the police – with representatives of the agencies responsible for these areas. In addition, the Expert Group calls on the Länder to enshrine their own measures for fighting antisemitism in their programs for preventing extremism and to enter into exchange about them.

Provide long-term funding for research on antisemitism

The Expert Group calls for more research projects that examine both the historical developments and the current-day forms of antisemitism in a targeted fashion

and that take the perspectives of both the non-Jewish and Jewish populations into account. The research projects are to be interdisciplinary, and both quantitative and qualitative. In addition, resources are to be provided for research on antisemitism with a more practical focus, beyond the evaluation of federal programs. This goes hand in hand with the demand for the establishment of an institutionalized dialogue between the scientific community and practitioners.

The *Independent Expert Group on Antisemitism* also recommends having further expert groups prepare reports that describe and analyze anti-Muslim and other forms of prejudice and marginalization, not only because they are similar phenomena but also because overlaps with antisemitic attitudes become visible and are of fundamental importance for the preventive strategies proposed in the report.

Recommendations for action

Crimes

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

- **... in the constitutional protection report published by the *Federal Ministry of the Interior*, a separate chapter on antisemitism should be included regularly in the section on all areas of extremism and, in addition, the statistical data on antisemitic offenses should be shown separately.**
  To this end, the concept of hate crime must be separated from (right-wing) extremism; otherwise the categorization is too strongly fixed on the conventional image of right-wing extremism, which hinders the recognition of hate crime.

- **... the entire trial proceedings for hate-based crimes should be recorded in a database.**
  In addition to including a breakdown of crimes by type, the database should record statistics on the victims and perpetrators of such offenses as well as on the outcome of criminal proceedings (attitudes, quota of indictments and of prosecution, duration of proceedings, punishment, etc.).

- **... training for police officers and constitutional protection workers specifically for the purpose of recognizing the antisemitic content of statements or actions related to the Israel-Palestinian conflict in the topic area civil wars / crisis zones.**

- **... the institutionalization of cooperation between governmental executive bodies (police, judiciary) and NGOs, as well as other initiatives in the recording of antisemitic offenses.**
  Within this framework, the »third party reporting« model practiced in Great Britain should be evaluated to see if it could be adopted in Germany.

- **... a case study on the darkfield of crime motivated by antisemitism.**

- **... an independent evaluation of the PMK (politically motivated crime) assessment system with a review of its theoretical foundations.**
  Especially the definitions used and the four dimensions – (1) grade of crime, (2) phenomenal domain, (3) thematic areas and (4) extremist quality – are to be examined along with their use in the investigation practice.

Antisemitic attitudes in the general population

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

- **... regular, federally funded monitoring of antisemitic attitudes in the form of a representative population survey as well as qualitative studies taking into account particular population groups.**
  As yet there has been no regular monitoring. Studies commissioned by private foundations do not currently focus specifically on antisemitism. Moreover, purely representative population surveys do not provide information on antisemitism within specific population groups (for example, immigrants or young persons). These population groups could be reached at regular (if somewhat longer) intervals, for example through targeted »oversampling« or supplementary studies.

  Another goal is to use qualitative investigations to learn more about the changing understanding of antisemitic manifestations and approaches to the topic, as well as the changing individual knowledge bases and (also generatively different) ways of dealing with it..

  Of particular interest here are, on one hand, studies on the changing viewpoints of younger people and, on the other hand, on the views of persons with a »migration background.« This includes the question about the degree to which political processes in their countries of origin (such as Russia or Turkey) influence populations with immigrant background living here, and how this affects their attitudes.

Experiences and perspectives of the Jewish population in dealing with antisemitism

Establishment and expansion of reporting and advisory structures

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› **... the establishment of a federal-state commission on antisemitism (→ Central demands) for the creation and promotion of reporting and information centers that record antisemitic assaults, incidents or criminal offenses.**
Here, connections should be made with existing information centers for the purpose of sharing experiences and expertise. Specifically in Berlin, this includes RIAS. It is desirable to extend existing reporting structures to more Länder and/or regions, to make them more accessible to those affected and as easy as possible to reach. Established quality criterion, as well as general obligatory procedures for recording and case documentation, must be observed. In the best case, all documentation should be merged into a shared platform or collection point.

› **... that the aforementioned federal-state commission on antisemitism ensure the establishment of specialized advisory structures and/or cooperation with existing advisory structures for victims of right-wing, racist and antisemitic violence, as well as anti-discrimination information centers.**
Also important here is the training of staff in other general counseling and anti-discrimination centers in order to ensure utilization of initial and referral counseling. It is necessary to raise counselors' awareness of everyday antisemitism and promote the understanding of antisemitism as discrimination. Counseling must be supportive of victims of everyday antisemitism that is below a criminal threshold as well as specialized to address the needs of victims of violent attacks.

› **... that empowerment measures be promoted and expanded by – at the very least – the Federal Ministry for Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth (BMFSFJ) and state programs on the prevention of extremism.**
Jewish organizations, institutions or projects should be specifically promoted in order to establish /increase the effectiveness of spaces for dialogue and shared experience to empower those confronted by various manifestations of everyday antisemitism.

Inclusion of Jewish perspectives in committees and preventative work

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› **... an increased inclusion of Jewish scholars, experts and institutions in state / civil society committees that are dedicated to promoting democracy, combating antisemitism and racism**

› **...an increased inclusion of Jewish perspectives and expertise in various funding programs for historical and political education, antisemitism prevention and intervention.**
Both these recommendations emphasize the recognition of the right of Jews to participate in defining and recording antisemitism as well as to be included in related political negotiations. Discrepancies in the definition of antisemitism – as with definitions of other forms of degradation and exclusion – have up to now mostly been ascribed to a »divergent view« on the part of the affected minority and far too seldom seen as a relevant space of perception and experience that must be taken into account in the definition.

Research

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› **... the initiation and promotion of interdisciplinary studies with a qualitative and quantitative orientation on the perspectives, experiences, perceptions and expertise of Jews regarding antisemitism.**
Jewish perspectives on antisemitism must be recorded at regular intervals in order to broaden data from surveys of the non-Jewish majority population and to discover and empirically secure indications of developments or new phenomena. Seen empirically, there is a comparatively large research field that remains to be addressed.

› **... the initiation and promotion of application-oriented basic research and practice-oriented research on preventive measures, not only as low-financed follow-up research or retrospective evaluation but rather evaluated as an independent field and with financial security. Targeted calls for proposals within the framework of the federal program »Demokratie leben!« (Live Democracy!) and / or the Federal Ministry for Research and Science would be necessary.**

Media discourse

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› ... monitoring of social networks by both federal agencies and NGOs, with the results provided to the state and federal Offices of Criminal Investigation.
A systematic monitoring, including a corresponding analysis of social media, is technically possible but requires financial support for the necessary personnel.

› ... increasing the pressure on platform operators by the *Federal Ministry of Justice and Consumer Protection*, and enforcement of the list of measures compiled in December 2015.
This should be supported by an inter-ministerial initiative that creates mechanisms for better reporting and subsequent removal of antisemitic and discriminatory content from the Internet.

› ... using existing and new instruments to delete the social bots and fake accounts through which antisemitic hate speech is spread.

› ... training employees of major communication platforms to recognize and eradicate the newer forms of antisemitism as well as antisemitic code words.

› ... strengthening civil society players to help them counter hate speech on the Internet, for example through relevant funding programs of the *Federal Ministry for Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth*.

› ... the targeted promotion of counter speech, for example with the help of journalists as »fact-checkers,« in order to expose lies quickly and block their further dissemination.

› ... support and maintenance of critical foreign-language reportage by Germany's *Radio and Television Council*, aimed at providing the various migrant communities in Germany with a critical counterbalance to the propagandistic media coverage in their countries of origin.

Antisemitism and political parties

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› ... that all parties regularly evaluate their own programs against antisemitism as well as questions about antisemitism in their own ranks, and have outside evaluations as well.
The democratic parties should (1) regularly deal with the question of which activities they are undertaking against current antisemitism and to what extent, for example, the recommendations of the *Independent Expert Group on Antisemitism* are taken into account and (2) deal self-critically and voluntarily with possible antisemitic tendencies in their own ranks, not merely exploit such cases offensively when they occur in other, competing political parties.

› ... founding a cross-party parliamentary group in the *Bundestag* and state parliaments that deals with the issue of antisemitism and publishes a related report at regular intervals.

› ... that the *Left Party* critically observe the anti-Israel tendencies among some of its members and check for antisemitic tendencies.

› ... that the *Alternative for Germany* party clearly distance itself from those of its legislators who express antisemitic views, and that the party eschew antisemitic tendencies within its ranks, if it considers itself a democratic party that is opposed to antisemitism.

Antisemitism in political movements and organizations

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› ... that the *Federal Ministry of the Interior* again include a separate chapter on »Antisemitism in Right-Wing Extremism« in its annual constitutional protection report (→ Recommendations on crime).

› ... that a chapter on antisemitism in its various manifestations be included under the theme of extremism in the annual constitutional protection report published by the state ministries of the interior or state legislatures.

› ... that the *Federal Department for Media Harmful to Young Persons* be aware that the well-known »right-rock« music genre is not the only one in which antisemitic texts are found; they also appear in right-wing extremist rap music and other genres.
Here, media organizations are also asked to carefully check the work of artists whose music they are playing and hosting.

› ... that the educational offerings of political foundations deal not only with antisemitism in the context of the Holocaust or right-wing extremism but also

with regard to its current manifestations (for example, hostility towards Israel).
Here it is important to keep an eye on manifestations that transmit right-wing extremist content using modernized concepts.

› ... financial support be provided for research that also confronts antisemitic tendencies within old and new political movements.

Recommendations for action – antisemitism and religion

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› ... a retrospective analysis at the end of 2017 – the conclusion of the »Year of Luther« – of the expected discussions on the relationship between the Protestant Church and Jews and Judaism, and an evaluation of these discussions in a separate report.

› ... promoting the completion of qualitative and quantitative studies, to fill a gap in empirical evidence about the dissemination and formation of antisemitism on the communal level of the Protestant and Catholic churches as well as the independent churches.

› ... establishing the regulations on confronting antisemitism in the sphere of religion that are to be laid down by the Federal-State Commission (taking into account the major denominations represented here).

› ... taking the findings of the German-Israeli schoolbook commission seriously.

› ... a targeted promotion of mosque communities, Muslim organizations, institutions and projects that carry out concrete measures in the area of intercultural and interreligious encounters and dialogues with Jewish partners as well as those that support political education against antisemitism.
The integrated consideration of antisemitism and anti-Muslim racism creates new opportunities for combating antisemitism.

› ... appreciating the dialogue work of many imams in the fight against antisemitism and including their experiences in ongoing work against antisemitism in other Muslim communities.

› ... emphasizing commonalities between Islam and Judaism when focusing on themes related to sensitization towards antisemitism in Muslim communities.

Antisemitism among refugees

Research

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› ... the initiation, implementation and promotion of research on antisemitism among refugees, which should be carried out first and foremost by the *Federal Office for Migration and Refugees*.
As yet there is no empirical evidence on the distribution and formation of antisemitism among refugees. Both qualitative and quantitative studies are needed; ideally, elements of both should be incorporated. If necessary a questionnaire can be integrated into a long-term study already under way. In both research design and evaluation it is necessary to consider the great heterogeneity of this target group. Furthermore, a systematic investigation is needed of factors that influence antisemitic attitudes. This includes religious, national and ethnic identities as well as socialization experience and especially the unique experiences and circumstances of refugees, not to mention the marginalization and discrimination they endure in Germany. In addition, there should be an analysis of the antisemitically loaded knowledge and information that refugees bring with them from their countries of origin, and/or through the media they use here.

› ... examining the knowledge and attitudes among volunteers and supporters of refugees in the context of research on volunteerism.
Volunteers and supporters are often the most important contacts for refugees, thus it is of central interest to learn more about what they transmit regarding antisemitism. The findings should also be used in the training of volunteers.

Political education

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› ... the networking and exchange of professional experience between academia, practice and above all providers of historical and political education on the subject of refugees and antisemitism; this requires the involvement particularly of federal and state funding and education programs.
It is necessary to introduce information about antisemitism to refugees and – if necessary – to volunteers working within new or existing networks and to initiate

an interdisciplinary exchange of experts on the design of educational programs.

› **... the recognition of refugees as thinking and acting politically, at least in the educational programs of the Federal Government and the Länder.**
Refugees should be taken seriously as political thinkers and agents with their own experiences and perspectives; their educational interests should be considered and linked to knowledge and antisemitic narratives specific to their country of origin and political discussions should be promoted. This should always take into account their life situation (insecure residency status, traumatic experiences of flight, the contexts of their country of origin and their various motivations). Possible starting points include advocacy of democratic and human values; increased empathy resulting from their own experiences; and among youth, a great interest in personal identity and the high motivation to learn, to understand and to integrate into the country of refuge.

Media

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› **... an even greater provision, dissemination and accessibility of information and offers for refugees, including material in their own native language; this requires the involvement at the very least of public service media and the federal and state centers for political education.**
The goal should be to reach the largest possible number of people with refugee background. That also applies to information and political education programs connected with antisemitism. In particular television, which reaches many refugees, should offer programs in the native languages of refugees – that applies above all to political formats. Refugees should be actively involved in the media production. Many of them possess media skills that could be applied to building new formats and platforms.

Recommendations for action – Prevention and intervention

Recommendations for the creation of a better framework for prevention

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› **... continuing the work of the inter-ministerial working group aimed at creating an overall, inter-departmental strategy that goes beyond the legislative period, for the fight against extremism and the promotion of democracy. It should include all ministries for which the topic of current antisemitism is relevant, in particular the BMJV, the BMBF and the *Foreign Office***
Current antisemitism must be mentioned specifically in the National Action Plan. The federal program »Live Democracy!« in and of itself does not suffice to counter antisemitism at all levels.

› **... the expansion and promotion of cooperation between government agencies and non-governmental organizations to sustainably support the coordinated cooperation of various actors at the federal, state and municipal levels and in civil society.**
The structures initiated by the federal program »Live Democracy!« (State Democracy Centers, Partnerships for Democracy, etc.) should pay greater attention to antisemitism, taking into account its varied manifestations.

› **... the sustained promotion of long-term cooperations between statutory institutions – schools, child and youth welfare organizations, religious institutions, umbrella associations for the voluntary welfare service, youth and social offices – and specialized educational institutions.**
The structures developed within the framework of the federal programs can create conditions important to the success of prevention work. Cooperation between the federal government and the Länder is essential here.

› **... expanding the diverse range of pedagogical options, including practical and methodological proposals and making them available free of charge.**
This could be based on the diversity media library »Bildungsmedien gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt« (educational media against right-wing extremism, inhumanity and violence) of the IDA e.V. and DGB Bildungswerk. However, the issue of antisemitism would have to be expanded considerably.

› **... actively (and repeatedly) promoting the institutional support of organizations / centers that evaluate existing approaches; assessing their effectiveness; and making them accessible.**
As »networking nodes« these organizations / centers could appraise current research and evaluations and feed the results into practice. They could also carry out their own evaluations over longer periods, keep an up-to-date overview of sponsors and institutions working in this area and initiate new cross-institutional trainings. The federal program »Live Democracy!« (BMFSFJ) could provide appropriate resources for this.

Recommendations for education

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› **... broadening the area of prevention through education, including intervention in that understanding. Prevention should involve a combination of education and counseling. To that end, specific skills, interdisciplinary alliances and cooperations (for example with counseling centers) are necessary, as are closer cooperations between school, youth social work, youth welfare, police and justice.**
There should be a stronger focus on intervention. In addition to the prevention of antisemitic attitudes, everyday experiences with antisemitism should be taken into account, protection of victims ensured and antisemitic incidents dealt with rigorously.

› **... developing and better promoting the prevention of antisemitism as an independent (educational) area of action.**
This applies both to research and the practice of in-school as well extra-curricular education and social work and applies first and foremost to the further development of theoretical and methodological foundations.

› **... a stronger interlinking of post-colonial, racism-critical and antisemitism-critical approaches with the aim of developing interdisciplinary education that is sensitive to differences, going beyond the constructed »groups« of the GMF (intersectionality).**
A combined approach to antisemitism and anti-Muslim racism can reduce the potential for stigmatization and defensive reactions and therefore increase the readiness of Muslim-socialized target groups to deal critically with antisemitism. The consideration of interactions between the different phenomena must not lead to the relativization of the specific character of antisemitism. Rather, the interlinking should enrich the field of action, provide fresh momentum for further professional and methodological development and strengthen and intensify cooperation with other actors in political education, including with Muslim-run educational projects.

› **... taking historical developments and backgrounds into account when grappling with current antisemitism**
The inclusion of historical perspectives should go beyond a discussion of National Socialism and the Holocaust and should also include the consequences. Thus the Expert Group recommends supporting projects that are specifically dedicated to this issue and that try out approaches to this topic. Model projects of this kind should not only be a focal point of the federal program »Live Democracy!“; they also should be promoted in the context of other programs, such as the federal government's memorial sites concept (Federal Commissioner for Culture and Media).

› **... developing dialogue and encounters in a Jewish-Muslim context and promoting cooperation between Jewish and non-Jewish educational institutions in general.**
Encounters and dialog projects between Jewish and Muslim partners should not be reduced to the Palestinian-Israeli conflict. Instead, they should be broadened to address other topics, including identity issues or discrimination experiences. Mutual trust and professional pedagogical guidance are needed in the treatment of this topic (→ Recommendations for religion). It is important that the partners in dialog meet at eye level, and each become acquainted with the history, culture and religion of the other.

› **... developing continuing education and training programs and supporting those that are dedicated to the development of (self) reflection in pedagogical professionals.**
This is of great importance for the success of antisemitism prevention work through school-based and extra-curricular education. Organized self-reflection, and reflection on difficult pedagogical situations, should be part of quality assurance and be promoted more strongly, for example through inner-organizational or intercultural coachings or supervision offerings for educators.

Recommendations for pedagogical offerings and areas of activity

The *Independent Expert Group on Antisemitism* recommends...

› **... combining low-threshold approaches and long-term educational formats.**
Short-term, limited interventions can be promoted in order to raise awareness among educators and influential individuals about various facets of antisemitism (especially Israel-related); to reduce the fear of contact with others; and to illustrate the relevance of antisemitism. Such interventions can be combined with longer-term pedagogical offerings that promote a deepener involvement with the topic of antisemitism.

› **... adding supplementary formats to the usual continuing education opportunities – expert advice, cooperative case analyses or coaching – so as to reach the widest possible target group.**

› **... expanding and promoting programs in continuing education and training for teachers and specialists,**

including police, youth (social) work, administration, academia and the media.
Thematic training must not be exclusively project-related but rather implemented as part of the training in regulatory structures. Here, too, the various manifestations of antisemitism must be considered.

› **... promoting educational-preventive approaches with a special focus on home environment and social spheres, as particularly effective.**
Unifying factors can include sports (especially soccer), music or other forms of entertainment. Federal programs such as the BMI's »*Zusammenhalt durch Teilhabe*« (cohesion through participation) already are entering these spheres by promoting cooperation with major civil society organizations such as Sportjugend (sporting youth), fire departments or aid organizations such as the German Red Cross. In terms of content, however, the programs should be broadened even further when it comes to the topic of antisemitism.

› **... encouraging mosque communities and Muslim institutions to join in the fight against antisemitism and specifically promote projects that carry out concrete measures in the areas of intercultural, interreligious encounters and dialogue with Jewish partners and with political education organizations.**
The involvement of Muslim-socialized educational experts can be an advantage here, as their personal background enables them to identify with the target group and their cultural proximity enables them to bring special skills to questions about Islam.

› **... further developing preventive measures against religious extremism, particularly against Salafist radicalization in schools, mosque communities and youth welfare programs.**
Promising concepts should be implemented broadly. The main goal is to support vulnerable youth in the fight against discrimination, racism and antisemitism and to help them become active participants in society.

› **... developing in-school and external educational opportunities that enable a critical examination of nationalist and Islamist propaganda, especially coming from Turkey but also from other countries of origin.**

› **... that the Conference of Ministers of Education and Cultural Affairs initiate an urgently needed, multi-disciplinary textbook revision.**
Despite repeated recommendations from the German-Israeli Schoolbook Commission among others, antisemitism continues to be first and foremost approached in the context of the Middle Ages and of National Socialism. In order to raise awareness about current antisemitic images and attitudes, guidelines should be drawn up within the framework of the federal-state commission that will create binding responses to antisemitism in the school context.

› **... the increased inclusion of current manifestations of antisemitism in relevant outline plans and curricula in institutes of higher education and universities.**
Proposals should address, in particular, teachers, educators, social workers and adult educators. Positive examples include seminar series that also address other topics relevant to society and explicitly include antisemitism. The reference to a respective profession or field of study can be established through self-reflection and practice analysis. The *Federal Ministry of Education and Research* should initiate appropriate formats with a funding program.

Conclusion

In addition to updating the report of the first *Independent Expert Group on Antisemitism* from November 2011 as the initial survey on antisemitism in Germany, the second *Independent Expert Group* dealt with a variety of themes that had little or no relevance in the time frame of the first report, or themes that the Bundestag as the commissioning body wished to place in the foreground. New in this report are the perspectives of those affected by antisemitism as well as the initial findings on possible antisemitism among refugees. Also considered in detail are developments in the Internet and in social media, which have become central instruments for the spread of hate and antisemitic agitation. The second expert group gave special attention to the theme of prevention; in addition to projects oriented towards youth, they focused on the long-neglected topic of adult education. In contrast to the first report, the focus here is more on the theoretical discussion about sustainable pedagogical approaches of education for prevention. An important field that the first Expert Group touched on was once again dealt with in the new report. A study was commissioned to provide insights into an area that has been at the center of media attention for years, through qualitative interviews with imams on antisemitism among Muslim congregants. Rather often the impression is given that »the Muslims« are the main bearers of antisemitism in this country. With the arrival of refugees, these ascriptions have become more acute. One result is that right-wing extremism as the central milieu of antisemitic content in the societal confrontation with antisemitism in Germany has slipped into the background. In particular, Muslim associations and mosque congregations are looked at unreflectively as breeding grounds for antisemitic agitation and imams characterized as »preachers of hate.« As of yet there have been very few investigations into antisemitic attitudes in Muslim religious milieus that could support such assumptions; the study on imams is a first approach to the topic.

According to the *Independent Expert Group* it is important to study antisemitism among Muslims and undertake to strengthen prevention efforts, but also to keep an eye on anti-Muslim discrimination. At the same time, the UEA warns explicitly against neglecting or even implicitly trivializing antisemitism among right-wing extremists and in the societal and political mainstream, while focusing on antisemitism among Muslims.

Definition

The Expert Group has dealt extensively with the question of how to appropriately define the phenomenon of antisemitism and has developed a scientific definition that attempts to grasp the various facets of anti-Jewish sentiment as it appears in political and societal settings as well as in current virulent discourse. For the practical work of the police or judiciary, we find the definition that was developed in 2005 by various NGOs and the former *European Monitoring Center on Racism and Xenophobia* (EUMC) – today called the *Fundamental Rights Agency* (FRA) – to be appropriate in categorizing the complex forms of antisemitic expression. The importance that this definition has now gained in the international context – despite some critical voices in academia – can be seen in the fact that it was adopted in 2016 by the 31 member states in the *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) and introduced by the British parliament as a working definition. There is no generally accepted, valid definition of antisemitism; one can only approach the phenomenon, which is extremely flexible and adaptable over time. For its more subtle expressions that don't fall into the category of possible criminal content, the decisive aspect is the context – and what was said to whom at which time and with which intention.

Antisemitism is articulated in many different forms, from latent attitudes and verbalized defamation, to political demands and discriminatory practices, to personal attacks. A more exact analysis of criminal incidents and violent attacks as well as survey data on antisemitic attitudes are indispensable for the evaluation of the degree and spread of antisemitism. This does not include more subtle forms, such as subliminal defamations that do not constitute a criminal offense; these can only be evaluated through interviews with those affected, or through their readiness to report such incidents.

Crimes

In Germany, antisemitic crimes fall under the category of politically motivated crimes (PMK). Today, the overwhelming majority of xenophobic crimes are classified as extremist, and antisemitic crimes are generally regarded as such. Both are summarized under the term »hate crimes.« A singular feature of hate crime, which is also referred to as prejudice-motivated crime, is the random selection of victims to be intimidated and frightened through verbal and physical violence.

Criteria for the recording of politically motivated crimes and thus also for the subset of cases with antisemitic motivation have long been subject to criticism and have prompted police authorities and the Federal Ministry of the Interior (BMI) to discuss possibilities for improvement. The introduction in 2001 of a new definition system – »Politisch motivierte Kriminalität« (PMK, or politically motivated crimes) – already represents an improvement over the previous practice. The central criteria for recording incidents is now the »politically motivated act«; that is,

the recording of incidents is not based on the concept of extremism, but on the motivation behind the act. The new system of »Guidelines for the Criminal Police Alert Service in Cases of Politically Motivated Crime« (KPMD-PMK) now also covers crimes motivated by hate or prejudice in addition to the classic crimes against the state and extremist offenses. The police can, however, only record those offenses that they have identified themselves or about which they have been informed by a third party. In other words, as with all forms of criminality, we are dealing here with a brightfield darkfield problem – officially recorded crimes versus those that are not registered. This can be attributed in part to so-called underreporting: Many victims or witnesses of antisemitic crimes do not report the incidents. The actual number of antisemitic incidents (from BKA, crimes registered in 2014: 1,596 and in 2015: 1,366; violent crimes in 2014: 45 and in 2015: 36) is also systematically underestimated since only the offense with the highest penalty is counted in every incident involving several offenses (for example libel, robbery, bodily injury). The classification of a crime as antisemitic depends on the perception and the criteria by which an act is categorized. The police still apparently tend to use avoidance strategies. Even when the motivation for a crime seems obvious, they frequently point to alternative, non-political explanations. For example, there is a wide discrepancy between the number of right-wing extremist motivated murders reported by the authorities and those reported by journalists and NGOs. Despite standards stating the contrary, courts seldom consider hate crimes to be an aggravating circumstance and in the course of criminal prosecutions of acts of violence judged to be motivated by right-wing extremism, there is a gradual decrease in the determination of »prejudice« as a motivation. The BKA statistic is an input statistic; in other words, all reported cases are counted, along with their determined or assumed motivations. Until recently, however, there was no overview regarding the numbers of investigations and convictions. This gap was finally closed in 2016 with the publication of long-kept statistics from the BFJ, Federal Office of Justice, about proceedings in cases of right-wing extremist / xenophobic crimes (including antisemitic crimes), which listed the number and ages of suspects, arrest warrants, convictions or other decisions bringing the cases to a close. But with antisemitic crimes there is only a list of the preliminary investigations by state, which makes it impossible to draw conclusions about further specifications for these crimes.

Approaches

In historical comparison with the period before 1945, as well as with the last 60 years in Germany or with most other European countries, open antisemitism has rarely been as marginalized as it is today. At the same time, modern facets of antisemitism remain as widespread as ever in the general population. This includes the demand for a »Schlussstrich« – an end to discussions about the Holocaust – in which a certain typical antisemitic victim-perpetrator reversal resonates. And on the other hand it includes Israel-related antisemitism. In addition, we are currently experiencing a mobilization of antisemitism in certain well-known spectra – namely in the arenas of right-wing and left-wing extremism, but also in Islamistic fundamentalism – that has been fueled by several parallel developments in the political world situation since 1989. A relatively stable situation concerning the spread of antisemitic attitudes in the population is accompanied by increased activity on the level of expression and propaganda, as well as violent attacks.

All statements used for the documentation of antisemitism in current representative studies are so closely linked that they form a single dimension that clearly can be interpreted as antisemitism – and this applies to classical antisemitism as well as secondary and Israel-related antisemitism. In some cases, this public approval can be seen in a harsh criticism of Israel without necessarily having any antisemitic connotation. However, empirical evidence confirms a close link to antisemitism when it comes to comparisons of Israeli policies to Nazi policies. The phenomenon of social desirability generally leads to a lower degree of acceptance of classical antisemitism and a greater acceptance of the more subtle forms, which can also be described as communication latencies. Modern manifestations of antisemitism, such as secondary antisemitism communicated via Holocaust references and the Israel-related antisemitism that comes in the guise of antisemitically loaded criticism of Israel, are less likely to threaten social standing and are thus communicated more openly.

The degree of public approval measured in various studies is comparable only to a limited extent due to varying survey methods (including a different scaling of answer categories). In addition, any comparison of the extent of approval of different facets of antisemitism must be carried out with caution, since the statements in studies are formulated in different ways – sometimes harsh, sometimes soft – making it too hard or too easy to determine approval of individual statements. But studies do reveal hints about antisemitism's prevalence and ways in which it is expressed. Representative surveys of the German population indicate an ongoing decline in open, classic antisemitic attitudes over the past 15 years, a trend that continued in 2016. Thus the rate of approval of classical antisemitic views, which (in keeping with conspiracy theory patterns) assumes Jews have »too much influence« and accepts classic antisemitic stereotypes, was only about five percent in 2016, while in 2002 it was still around nine percent. Approval of secondary antisemitism also has

dropped significantly, though 26 percent of the population still approves. But forms of Israel-based antisemitism were found in 40 percent of the population in 2016. Harsh criticism of Israel is not necessarily associated with antisemitism, but often is. In 2004, 80 to 90 percent of the population that agreed with non-antisemitic criticism of Israel also expressed approval of at least one aspect of antisemitism. In the follow-up to the so-called »Mitte-Studie« of the Friedrich Ebert Foundation in 2014, 55 percent of those who were critical of Israel also approved of at least one additional aspect of anti-Jewish hostility that included Israel-related antisemitism. Of those surveyed, 53 percent approved of at least one further dimension of antisemitism without any direct relation to Israel.

Antisemitism in the sense of prejudice against Jews correlates with disregard for other social groups: For example, one who holds xenophobic attitudes is highly likely to also hold antisemitic attitudes. Antisemitism is clearly linked to right-wing populism, right-wing extremism and new-right positions.

While the degree of antisemitic attitudes among the older generations has declined, among younger generations there has been no change. One can see a positive generational effect here that does not seem easy to continue. Generally, demographic factors play a minor role in the explanation of antisemitism. If anything, better education does correlate with a lower degree of traditional and secondary antisemitism, but has little effect on Israel-related antisemitism.

Nowadays, antisemitism is most prevalent in the lower social strata, while approval for antisemitism in the middle classes – defined by income, education and profession – is in the middle range. No increase has been found here. But antisemitism is also found among those respondents who consider themselves to be in the political center or who prefer center political parties. Those who consider themselves to be »far left« or prefer left parties do not show any greater tendencies toward antisemitism than do voters for other democratic parties. This applies to Israel-related antisemitism as well. But respondents who prefer the AfD party also exhibit a remarkably high approval rate for all facets of antisemitism.

Membership in one of the major Christian denominations and the degree of identification with religiosity plays practically no role at all regarding approval of antisemitic views. Christians thus are not antisemitic per se, but they are also no less antisemitic than atheists. On the other hand, antisemitism is increasingly taking hold among Christian fundamentalists. The extent of antisemitic attitudes among youths and adults from a Muslim social milieu including those with immigrant background is higher than among non-Muslims. At the same time there are clear differences between Muslims from different cultures or regions. In particular, migrants from Arabic or North African countries tend to be antisemitic. Thus, aside from religion, it appears that the region of origin is key. It is necessary to differentiate. While young Muslims are much more likely to be antisemitic than their non-Muslim peers, there is hardly any difference between Muslims and non-Muslims over the age of 60; and younger Muslims are antisemitic to a similar degree as older non-Muslims. Education also contributes to the reduction of antisemitism among young Muslims. While their own experience of exclusion can become a motivation and legitimization for the devaluation of others, as well as for antisemitism, it is not an excuse.

The perspectives of those affected by antisemitism

A commissioned study on those affected by antisemitism revealed that the great majority of respondents see antisemitism, including the distorted representation of Israel, as a serious problem. They encounter antisemitism particularly in the Internet and other media, but also at demonstrations and through verbal and everyday insults. Many have the impression that antisemitism has increased in recent years and they fear that the future could hold further escalations. According to the observations of respondents, openly antisemitic groups are increasingly encountered on social media platforms like *Facebook*. In addition, given the refugees from countries from the Middle East, there is a major fear that they could be bringing with them the antisemitism that is widespread in their home countries. The respondents are confronted with many forms of antisemitism, ranging from subtle forms to openly expressed antisemitic stereotypes. They are particularly concerned about being confronted with antisemitism in situations of power dependency. For many respondents, antisemitism is an everyday and frequent experience. Most frequently, they identify Muslims as perpetrators, followed by left and right-wing oriented people and – particularly when it comes to antisemitic innuendos – also people from the »general population«. Almost all respondents find the antisemitism with which they are confronted to be stressful. At the same time, very few decide to report concrete incidents and even fewer seek counseling. Thus the darkfield of non-reported incidents, including serious ones, is most likely high.

Media discourse

Antisemitic content disseminated via the Internet reflects existing attitudes in society. The Internet is merely a medium for transmission. Antisemitic views are, however, amplified in the Net through the possibility of rapid spread and wide coverage. In addition, the Net makes

it easier for likeminded groups to connect, which then results in increasingly radicalized postings. Anyone who tries to learn about the Middle East conflict, for example, via social media slips quickly into the propaganda mills that refer to Israel as a »terror state,« an »apartheid regime« or a state whose citizens are »child killers.« This often combines with Holocaust-related or secondary antisemitism and a reversal of the perpetrator-victim role. The same applies to conspiracy theories whose antisemitic content is recognizable, if sometimes only at second glance. Just as antisemitism remains widespread worldwide, it is also found in the social media. Anyone who wants to act out their antisemitism can do so in social networks without hesitation and to a great extent also unregulated. The Net knows no national boundaries and the possibilities for societal sanctions are limited. In the last two years, the debate has intensified. It appears there is no longer a taboo against spreading antisemitic stereotypes and prejudices – at least when it comes to the social networks. Content that only a few years ago would be expressed in letters to the *Central Council of Jews in Germany* or to the Israeli Embassy in Berlin – and thus read by only a few – is now posted and shared outright on the Internet.

As a digital theme of social interaction, antisemitic content in social networks gets a lot of attention. But every network deals differently with antisemitic content on their platforms. This is due in part to each given society's understanding of freedom of expression; but on the other hand, the assessment of critical content is always the responsibility of employees of a given platform. They decide whether content should be removed. Operators of social networks, for example, are reluctant to erase content that denies Israel's right to exist. In fact, the denial of the state's right to exist is not a punishable offense.

Holocaust-denying content also has been treated in different ways. On platforms originating in Germany, such content would have to be deleted for legal reasons. On the whole, however, the amount of content that has been rendered inaccessible is limited. On *Facebook* such content is usually blocked for Germany and not removed. Users themselves often lack the relevant background knowledge in order to, for example, recognize and oppose Israel-related antisemitism. The same applies to conspiracy theories. Social media favors emotional communication and speeds it up so that many debates on such sensitive topics as antisemitism are carried out on a purely emotional level. This poses major problems for those engaged in fighting antisemitism, since critical debates are almost impossible against this background.

A certain sensitization can be recognized among the operators of *Facebook* or *YouTube*, as well as among the online editorial departments of newspapers. These media have begun to act more responsibly. This is apparent not least because they repeatedly turn down the opportunity to comment on films or other contributions that have been removed. Either content that incites hate was briefly on the Internet until the comments list was deactivated, or entries with comments were blocked from the outset because the operators were concerned about possibly illegal content.

Parties

All political parties represented in the Bundestag have developed a much higher sensitivity toward the theme of antisemitism than they had in the 1990s and early 2000s, although to some extent they still fall into the old notions that antisemitism by definition is based on racist ideas. This can be seen particularly within the realm of educational programming, which still focuses on National Socialism and the Holocaust in the belief that this is relevant for the fight against antisemitism.

The extent to which a certain sensitization toward the subject is due to deeper insight or to a consideration for popular sentiments cannot be determined. But there also were no further events such as the »Hohmann affair« or »Möllemann affaire«. In the former case, the CDU reacted at first with hesitation but then firmly, expelling Hohmann from the party (in 2016 he joined the AfD). This was carried out against internal resistance within the party; this wing has in recent years increasingly lost influence. For its part, the FDP at the time did not react so clearly and quickly to the »Möllemann« phenomenon. Nevertheless, the end of the affair was a lesson that for purely strategic reasons would strengthen sensitivity toward the issue.

The SPD sees itself as representing a long tradition of fighting antisemitism. This also corresponds to the historical situation up to the present, but this does not mean there are no antisemitic attitudes among party members, as is also the case with the CDU / CSU or the FDP. With the *Greens*, their anti-Israel faction has lost relevance in the course of the party's development. Views on the Middle East conflict with antisemitic connotations are not expressed publicly and the party confronts Israel-related antisemitism in left-wing circles. The Left Party takes a different approach: On one hand, individual legislators such as Petra Pau are extremely engaged in fighting all forms of antisemitism both on a parliamentary level and in public discourse; on the other hand, there are still members in one wing of the party who hold pronounced anti-Israel positions. Even though the party leadership distances itself from such views, there are no clear consequences for such stands among party members.

In all, the parties have a very cautious approach to scandals: Antisemitic events within their own ranks have mostly been discussed in media but not by party members. Accordingly, there are optimization potentials for enhancing internal sensitization; training activities could serve this purpose, for example. With regard to measures aimed at combating antisemitism, all parties argue for greater commitment. Their focus concentrates on political education in which remembrance of the persecution and murder of the Jews in the Second World War takes center stage.

None of the parties has a clearly defined approach regarding how best to counter current antisemitism. The answers to the questions that the UEA posed to all political parties represented in the Bundestag and at least two state legislatures contain a list of general statements that, however, are not linked to specific models. This also applies to the question about the where to draw the line under criticism of Israel, beyond which human rights concerns swing towards anti-Jewish resentment. The theme is on the table with the FDP, the *Greens* and *The Left Party*. However, beyond the ongoing discussion process, there are no further explanations.

Justified criticism notwithstanding, the basic rejection of antisemitism among all these parties is established. When it comes to the AfD, an unambiguous assessment cannot be carried out even if the party leadership distances itself from questions about anti-Jewish sentiment. The AfD was the only party that did not respond to the catalog of questions submitted by the UEA. But since there has been a rather regular procession of related scandals, the AfD leadership could have taken a position in the face of so many cases arising since its relatively recent founding.

Movements

In the first UEA report the only political/social movement that came under scrutiny was the globalization network *Attac* and its proximity to antisemitic attitudes. *Attac* has since lost much of its importance in public discourse, but other groups that fall under the category of social movements have developed, primarily with right-wing populist orientations. As an example, the »Montagsmahnwachen« report examined both Pegida and the phenomenon of »Reichsbürger« (imperial citizens) with regard to their possible antisemitic connotations. But antisemitism in right-wing extremist movements as well as in Salafist groups that operate in Germany was also an issue.

Overall, open antisemitism does not play a dominant role in *Pegida*, but antisemitism forms the accompanying text in a series of statements, or resonates as a subtext in many cases. In particular the spread of conspiracy theories and the aggressive attitude towards refugees, immigrants and Muslims as well as toward efforts to recognize the equal rights of non-heterosexuals and women, which became clear among speakers and demonstrators, are a serious gateway for antisemitism. In quite a few speeches held during Pegida demonstrations, antisemitic code words have been detected. In addition, different expressions of open antisemitism could be observed either as single events or cumulatively, at »-*gida*« demonstrations, regionally and locally, especially at smaller events, which usually have a higher proportion of right-wing extremists, including organized ones. There are developments in the movement in the orientation and composition of participants, which indicate increasing radicalization. Over the course of time, the resentments expressed by invited speakers as well as by demonstration participants have become more open and aggressive. The influence of *Pegida* and its offshoots on the political culture and mood in the Federal Republic cannot yet be conclusively assessed and is also difficult to prove. The relatively close connections or even shared actors with other right-populist and right-extremist movements play an important role in the hardening of positions represented by *Pegida*. This includes primarily the networking and/or mixing with the so-called *Querfront*, with leaders in the so-called Monday demonstrations and relevant media such as *Compact* and the internet platform *PI-news*, which also reveal connections with neo-right movements like the *Identitären Bewegung* and political parties like the NPD and AfD. Among the participants one increasingly finds members of different right-wing scenes – hooligans, the *Identitären*, offshoots of the AfD – which points to a need for special attention with regard to antisemitism in their ranks.

The Monday demonstrations represent a politically heterogeneous protest movement. Most participants understand themselves as rather left-wing politically. But because of their openness and lack of a political and substantive definition, they offer a scope for topics – with personifying criticism of finance capitalism; with the claim that the Federal Republic is not a sovereign state; with criticism of supposedly manipulated media (»Lügenpresse,« or lying media); world conspiracy theories, etc. – that exhibit a dangerous proximity to the central topoi of antisemitism and to right-wing constructions.

The third form of social movement that the UEA has examined closely is the Salafist scene. Despite the antisemitic notions that are part of Salafist ideology and the attacks by Salafists in Europe, which are often directed against Jews and Jewish institutions, the Islamism experts Olaf Farschid and Rudolph Ekkehard assume that in »mainstream Salafism« there is no difference in the attitude towards Judaism and Christianity and that therefore there is no »specific anti-Jewish and politically anti-Zionist perception of the Jewish faith.« Both Judaism

and Christianity are regarded as adulterations of the one divine truth. Anti-Jewish attitudes tend to be subordinate. However, Farschid and Ekkehard emphasize the use of antisemitic stereotypes in Salafist movements in the Middle East, which follow a traditional line of historical enmity between Jews and Muslims, ranging from early Islam to the Israeli-Palestinian conflict.

Religion

Although it was a central concern of the second *Independent Expert Group on Antisemitism* to follow the recommendations of the first group of experts and to present an analysis of possible antisemitic attitudes or incidents on the communal level in the Protestant and Catholic churches, it was not possible to provide the necessary results. In order to illuminate the theme at least to some extent, experts on the church congresses, on Good Friday liturgy and on the »Slenczka debate« were collected and evaluated. A qualitative study commissioned in 2014 by the Synod of the Protestant Church in Germany (EKD) and carried out by ProVal (Society for Sociological Analysis - Consultancy - Evaluation) on the question of how different communal contexts and the manifestations of antisemitism, fear of Islam and homophobia are related and what relationships there may be between individual beliefs, religious practices and the manifestations of antisemitism, anti-Islam and homophobia was unfortunately published only after the editorial deadline of this report.

Therefore an investigation of the discourse on the communal level, of the content of confirmation classes and other educational programs within the church setting must remain a goal. Mainstream churches distance themselves from all manifestations of antisemitism but that does not mean that all antisemitic connotations are excluded on the communal level or in the preparation of church-based trips to Israel.

The study commissioned by the UEA on »Attitudes of Muslims and Muslim Organizations to Jews« can be seen as a first exploratory study in a field for which there is as yet virtually no empirical data. In interviews with imams, there were no radical antisemitic stereotypes shown, but comparisons were drawn between the National Socialist persecution and murder of German and European Jews and the situation for Palestinians today. Most of those asked showed thoroughly reflective attitudes towards Jews as well as to Judaism and referred to their daily endeavors to reduce prejudice in their congregations. However, the tension created by conflicting expectations of the non-Muslim majority society versus the notions of the Muslim communities in which these imams move also became clear. Here, a largely reflected attitude could be found among the imams. This attitude was also evident in other areas such as the interpretation of the Koran, dealing with the Middle East conflict and the confrontation with the Holocaust.

Particularly important to the imams who were interviewed was their perception of a lesser social attention for anti-Muslim racism, which also reflects the opinion of many Muslim community members. For the fight against both antisemitism and anti-Muslim hate, it thus seems necessary for Muslim and Jewish communities to see themselves as partners and to develop joint strategies rather than build up a competition over victimhood. Additional studies on this topic will be needed in order to confirm the investigation results.

Escape

The findings of an initial study, commissioned by the UEA, that approached the subject of antisemitism in connection with escape and refugees suggest a comparatively high degree of antisemitic attitudes and major gaps in knowledge among refugees from Arabic and North African countries or countries of the Middle East. At the same time there is a great interest in learning about the Holocaust. In particular, the Middle East conflict and the thoroughly antisemitic interpretation of it plays a major role, but classic antisemitic stereotypes and conspiracy theories are also encountered. In many countries of origin, knowledge about Israel, with a clear assignation of perpetrator-victim roles, is ubiquitous. The Middle East conflict is not explained in religious terms but rather in terms of unequal distribution of resources. But since the Syrian war involves identifiable and other enemies, the Middle East conflict has shifted to the background. Also thanks to the Arab Spring, the image of Israel appears to have changed in the eyes of some interviewees.

The findings suggest major differences between refugees from different countries, each with different antisemitic characteristics and socialization. They also underscore the role of collective religious, national and ethnic identities. It is likely that refugees have a conflicted connection to their country of origin, where (on one hand) they were socialized and from which (on the other hand) they have fled. Their strong support for the basic values of human rights, democracy, freedom of religious practice and care and respect when dealing with others is striking and is positively emphasized in contrast to the conditions in their country of origin.

The conditions that many refugees are forced to endure may also have a negative influence regarding the development of antisemitism. While the refugees still are primarily concerned with the everyday problems of building a new life and antisemitism is not a major topic, there is

concern that disappointments and personal experiences of discrimination and marginalization in Germany could trigger radicalization.

This could happen in particular if refugees make connections with or are targeted by radicalized migrant milieus. The antisemitism that in many refugees is latent could then translate into antisemitic actions.

There are overall many indications of widespread antisemitism among refugees from Arab and Muslim countries. At the same time, the situation is also complex. There is a danger of focusing narrowly on only the Muslim populations or, currently, on refugees as bearers of antisemitic attitudes.

Prevention

The UEA commissioned *Socius Organisationsberatung* with evaluating six selected educational projects in the field of antisemitism prevention. The goal of the evaluation was to »Identify concrete ›best practice‹ approaches and methods in the prevention of antisemitism in the framework of historical and political education work«. Between spring and fall of 2016, six projects were evaluated in the fields of school, sport, religious-based institutions, youth, specialists in various fields and »other,« all of which were initiated or supported in large part through grants from specific federal or state programs.

Two relevant findings emerged already during the project research stage: Outside of special public funding programs, hardly any projects could be researched that were dealing with current antisemitism and not concentrating on historical antisemitism. Those running the programs and those supporting them were reluctant to allow an evaluation (with the exception of sport).

The project participants that *Socius* interviewed agreed that current antisemitism is of greater relevance, but plays hardly any role in the social space of the target groups and thus is very rarely asked about. The educational projects that *Socius* evaluated develop various strategies to reach their target groups. They reach out personally to various target groups – from teens to working adults – or they are introduced to these groups via schools and other institutions. They also mention social networks like Facebook and – in individual cases – decision-makers in institutions. Many of those interviewed report that it is difficult or took longer than expected to win schools or institutions as reliable cooperation partners.

The projects attach great importance to the capacity for self-reflection as a prerequisite for the success of educational work. The evaluated projects have access to largely conclusive theoretical concepts, some with more, others with fewer experimental elements. Most of the projects deal with current antisemitism in the context of other phenomena of group-focused enmity (GFE), but also emphasize the specificity of antisemitism as an independent and special phenomenon. They also deal with its various manifestations, such as secondary or Israel-related antisemitism.

Another challenge faced by project sponsors in designing and implementing basic and advanced training measures is the differing concepts of current-day antisemitism. There is no uniform definition of antisemitism that is relevant to all situations and projects.

According to the evaluation report, the educational approaches are just as diverse as the theoretical references. They originate from historical-political education, democracy education, anti-discrimination education, antiracist and intercultural pedagogy and creative pedagogy. The formats include training programs, collegial advice and supervision. The consideration of emotions – including desires, resistance strategies and defensive reactions – is important. Of central significance is the sustained promotion of solid, long-term cooperation between regulatory bodies, such as between schools or providers of child and youth welfare assistance and specialized educational institutions; and the improvement of cooperation between the federal government and Länder in the context of holistic prevention and intervention. In addition, there must be a stronger interlinking of post-colonial, anti-racist and anti-antisemitism approaches with the aim of developing an educational approach that is interdisciplinary, sensitive towards differences and goes beyond the constructed »groups« of the GFE (keyword intersectionality).

Examples

In the chapter on the definition of antisemitism, especially when it comes to the discussion about Israel‘s policies, it was pointed out that it is often difficult to distinguish between critical and antisemitic statements. The Expert Group tried to grasp this difficulty through the use of the construct »grey zone.«

This is intended to take account of the fact that, while that the boundaries between criticism of Israeli politics on the one hand – even tough or unjustified criticism – and antisemitism on the other are theoretically definable, when it comes to actual cases it can be much more difficult to decide whether a certain statement about Israel is to be understood as critical or antisemitic. In such cases, it comes down to the context of a statement, such as who said what, when it was said and whether the criticism was accompanied by assumptions about a Jewish collective,

loaded with stereotypical features or used Israel in place of »the Jews« in the sense of a »detour communication,« almost as a legitimation of antisemitic attitudes and positions. It should also be borne in mind that regardless of whether a statement is »motivated« by antisemitism, its content can be assessed as antisemitic.

The debate about the statements of journalist and publisher Jakob Augstein in late 2012 showed how controversial the assessment of his criticism of Israel's policy was among the public, and this is also true of journalists from respected media, representatives of Jewish organizations and academics who took a stand. This in turn makes it clear that – as evidenced by the challenge of finding a generally accepted and comprehensive definition of antisemitism – ideas about when criticism of Israel can be defined as antisemitism can differ widely even among those who might well agree in their evaluation of the antisemitic character of statements in the debates on circumcision and on antisemitism in soccer (see below). The term »grey zones« is intended to make these interpretative ambiguities transparent and to allow a debate about what can be regarded as antisemitism in individual cases.

The hate-filled excesses of the circumcision debate, which were particularly virulent in the Internet, have shown once again that a single trigger event can incite latent antisemitic feelings and bring them unfiltered to the surface via social networks. The impression became increasingly clear that circumcision and the shifting of lines of argument from religious customs to questions of children's rights and human rights offered a welcome change from the by now classical accusations in the Middle East conflict, which presumably would not carry antisemitic connotations. The course of the debate made it abundantly clear that the dominant society lacks sensitivity regarding the impact that such public, inflammatory accusations would have on those affected.

Open expressions of antisemitism have been rare in the Bundesliga in recent years, but the lower leagues seem to have more problems. There has not yet been any research on any overall change in the number and severity of antisemitic incidents, especially since here, too, the darkfield of unreported incidents could be substantial. Antisemitism remains part of the discrimination picture in soccer, primarily coming from right-wing fan groups and hooligans and more often than not linked with anti-Israel aspects.

Using the vehicle of sport, antisemitism gains a considerable social impact. Those most directly and severely affected are the Jewish Maccabi clubs and Israeli sports teams – which recently have become the target of antisemitic hostility, especially from Turkish-Muslim clubs and their players – and anti-racism fan groups that have been attacked by right-wing factions from within their own clubs. There is no common overarching strategy on the association level to combat antisemitism in stadia; reactions to such incidents are inconsistent and sports courts hand down overly mild judgments. Fan projects, too, often address racist and physical violence only generally and fail to take the threatening climate of verbal attacks seriously enough.

Literatur

Adelkhah, Fariba/Zuzanna Olszewska, *The Iranian Afghans,* in: Iranian Studies, 40 (2007) 2, S. 137–165.

Adorno, Theodor W./Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sanford, *The Authoritarian Personality,* New York 1950.

Ajzen, Icek/Martin Fishbein, *The Influence of Attitudes on Behavior,* in: Dolores Albarracins/Blair T. Johnson/Mark P. Zanna (Hrsg.), The Handbook of Attitudes, Mahwah 2005, S. 173–221.

Allport, Gordon W., *The Nature of Prejudice,* Cambridge 2005.

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), *»Wir sind wieder da«. Die »Reichsbürger«: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien,* Berlin 2014.

Amadeu Antonio Stiftung, *Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus,* Berlin 2014.

American Joint Distribution Committee, *Third Survey of European Jewish Leaders and Opinion Formers,* 2015, March 2016.

Anton, Andreas, *Unwirkliche Wirklichkeiten. Zur Wissenssoziologie von Verschwörungstheorien,* Berlin 2011, S. 17–31.

Backes, Uwe, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach,* Erlangen 1991, S. 106–111.

Baier, Dirk/Christian Pfeiffer/Julia Simonson/Susann Rabold, *Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt: Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen,* Hannover 2009.

Bailer-Galanda, Brigitte/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *Die Auschwitzleugner. »Revisionistische« Geschichtslüge und historische Wahrheit,* Berlin 1996; Deborah E. Lipstadt, Betrifft: Leugnen des Holocaust, Zürich 1994.

Bali, Rifat N., *Komplo Teorileri ve Teorisyenleri,* in: Toplu Makaleler-II. Türkiye`de Antisemitizm ve Komplo Kültürü, in: Sayı 177 (2004).

Bannenberg, Britta/Dieter Rössner/Marc Coester, *Hasskriminalität, extremistische Kriminalität, politisch motivierte Kriminalität und ihre Prävention,* in: Rudolf Egg (Hrsg.), Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention, Wiesbaden 2006, S. 17–59.

Banse, Rainer/Bertram Gawronski, *Die Skala Motivation zu vorurteilsfreiem Verhalten: Skaleneigenschaften und Validierung,* in: Diagnostica, 49 (2003), S. 7–13.

Baram, Amatzia, *Irak,* in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Länder und Regionen, München 2008, S. 150–154.

Baumgärtner, Maik/Marcus Böttcher, *Das Zwickauer Terror Trio. Ereignisse, Szene, Hintergründe,* Berlin 2012.

Beinart, Peter, *Die amerikanischen Juden und Israel. Was falsch läuft,* München 2013.

Ben-Rafael, Eliezer/Yitzhak Sternberg/Olaf Glöckner, *Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland. Eine empirische Studie im Auftrag des L.A. Pincus Fund for Jewish Education in the Diaspora,* o. O. 2010.

Benz, Wolfgang, *Antisemitismus ohne Antisemiten. Die Affäre Möllemann,* in: Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus?, S. 146–154.

Benz, Wolfgang, *Das Bild vom mächtigen und reichen Juden,* in: Wolfgang Benz, Bilder von Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus, München 2001, S. 13–26.

Benz, Wolfgang, *Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung,* München 2007.

Berger, Roger/Stephan Poppe/Mathias Schuh, *Everything Counts in Large Amounts. Zur Problematik der Zählung von Demonstrationsteilnehmern,* in: Rehberg/Kunz/Schlinzig, *Pegida*, S. 113–132.

Bergmann, Werner/Rainer Erb, *»Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm«. Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus,* in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43 (1991) 3, S. 502–519.

Bergmann, Werner/Rainer Erb, *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996,* in: Richard Alba/Peter Schmidt/Martina Wasmer (Hrsg.), Deutsche und Ausländer – Freunde, Fremde oder Feinde?, Opladen 2000, S. 402–437.

Bergmann, Werner/Rainer Erb, *Der Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1945–1989. Ergebnisse der empirischen Forschung,* Opladen 1991.

Bergmann, Werner/Rainer Erb, *Eine soziale Bewegung von rechts? Entwicklung und Vernetzung einer rechten Szene in den neuen Bundesländern,* in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 7 (1994) 2, S. 80–98.

Bergmann, Werner/Rainer Erb, *Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland,* in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38 (1986) 2, S. 223–246.

Bergmann, Werner/Verena Münch, *Antisemitismus im Vergleich 1996–2006,* in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 21 (2012), S. 325–369.

Bergmann, Werner, *»Nicht immer als Tätervolk dastehen«. Zum Phänomen des Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland,* in: Dirk Ansorge (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Paderborn/Frankfurt a. M. 2006, S. 81–106.

Bernstein, Julia, *»Ab und zu Kosher, ab und zu Shabbat«. Identitäten, Selbstwahrnehmungen und Alltagspraktiken von Kindern aus »mixed families« in Deutschland,* hrsg. v. JDC International Centre for Community Development, Oxford 2014.

Bernstein, Julia, *Wollen Sie uns etwa über Holocaust erzählen?,* in: Trauma und Intervention. Zum professionellen Umgang mit Überlebenden der Shoah und ihren Familienangehörigen, Frankfurt a. M. 2010.

Bertaux, Daniel (Hrsg.), *Biography and Society: The Life History Approach in the Social Sciences,* London 1981.

Betzler, Lukas/Manuel Glittenberg, *Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs. Eine Analyse des Falls Jakob Augstein,* Baden-Baden 2015.

Beyer, Robert, *»Die Israelis können tun, was sie wollen und haben dafür immer Rückendeckung« – Einseitig kritische Nahostberichterstattung in der deutschen Qualitätspresse,* in: Schwarz-Friesel (Hrsg.), Gebildeter Antisemitismus, S. 217–239.

Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.), *Für eine differenzierte Wahrnehmung des Lernraumes und unterschiedlicher Motivationen hinter Antisemitismus,* in: Weltbild Antisemitismus. Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt a. M. 2013.

Bogardus, Emory S., *Measuring Social Distances,* in: Journal of Applied Sociology, 9 (1925), S. 299–308.

Botsch, Gideon u. a. (Hrsg.), *Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich,* Berlin 2012.

Boyd, Jonathan/L. Daniel Staetsky, *Could it happen here? What existing data tell us about contemporary antisemitism in the UK,* in: jpr Policy Debate, 5 (2015), S. 8–11.

Brandstetter, Marc, *Die NPD unter Udo Voigt. Organisation, Ideologie, Strategie,* Baden-Baden 2013.

Brückner, Herbert/Tanja Fendel/Astrid Kunert/Ulrike Mangold/Manuel Siegert/Jürgen Schupp, *Geflüchtete Menschen in Deutschland. Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen,* IAB Kurzbericht 15 (2016).

Bruns, Julian/Natascha Strobl, *(Anti-)Emanzipatorische Antworten von Rechts,* in: Momentum Quarterly. Zeitschrift für Sozialen Fortschritt, 4 (2015) 4.

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Antisemitismus im politischen Extremismus. Ideologische Grundlagen und Argumentationsformen,* Berlin 2016.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze,* Berlin 2011.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), *Abschlussbericht des Bundesprogramms »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«,* Berlin 2014.

Butterwegge, Christoph, *Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung?,* in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 6 (1993) 2, S. 17–24.

Ceylan, Rauf, *Die Prediger des Islams. Imame – wer sie sind und was sie wirklich wollen,* Freiburg 2010, S. 69–72.

Chernivsky, Marina/Christiane Friedrich, *»Wege aus der Distanzierung – Beobachtungen im Seminarraum«,* in: Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung. Neue Wege zur Kompetenzerweiterung, Berlin 2014, S. 74–83.

Cohn, Normen, *»Die Protokolle der Weisen von Zion«. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung,* Köln/Berlin 1969.

Crenshaw, Kimberlé, *Demarginilizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics,* in: University of Chicago Legal Forum, 1 (1989), S. 139–167.

Czermak, Gerhard, *Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung. Von der Antike bis zum Holocaust, von 1945 bis heute,* Frankfurt a. M. 1991.

Dantschke, Claudia, *Feindbild Juden – zur Funktionalität der antisemitischen Gemeinschaftsideologie in muslimisch geprägten Milieus,* in: Stender/Follert/Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus, S. 129–146.

Daphi, Priska/Dieter Rucht/Wolfgang Stuppert/Simon Teune/Peter Ullrich, *Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der »Montagsmahnwachen für den Frieden«.* Forschungsbericht, 16.7.2014.

Daphi, Priska/Piotr Kocyba/Michael Neuber/Jochen Roose/Dieter Rucht/Franziska Scholl/Moritz Sommer/Wolfgang Stuppert/Sabrina Zajak, *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida,* Berlin 2015.

Decker, Frank/Viola Neu (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien,* Wiesbaden 2013.

Decker, Oliver/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland,* Gießen 2016.

Decker, Oliver/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014,* Leipzig 2014.

Demirel, Aycan/Mirko Niehoff (Hrsg.), *ZusammenDenken. Reflexionen, Thesen und Konzepte zu politischer Bildung im Kontext von Demokratie, Islam, Rassismus und Islamismus – ein Projekthandbuch,* Berlin 2013.

Demirel, Aycan/Yasmin Kassar/Malte Holler, *Israel, Palästina und der Nahostkonflikt. Ein Bildungs- und Begegnungsprojekt mit muslimischen Jugendlichen im Spannungsfeld von Anerkennung und Konfrontation,* KIgA e. V., Berlin 2010

Demirel, Aycan, *Prävention in Berliner Schulen. Konzepte gegen Radikalisierung junger Muslime,* in: Apabiz/MBR (Hrsg.), Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Jahr 2014, Berlin 2015.

Deutsch-israelische Schulbuchempfehlungen. *Zur Darstellung der deutschen Geschichte und der Geographie der Bundesrepublik Deutschland in israelischen Schulbüchern,* Frankfurt a. M. 1992.

Deutz-Schroeder, Monika/Klaus Schroeder, *Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen,* Frankfurt a. M. 2016.

Dewey, John, *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik,* Weinheim 2000 (1930).

Dion, Kenneth, *The Social Psychology of Perceived Prejudice and Discrimination,* in: Canadian Psychology, 43 (2001) 1, S. 2–10.

Dörmann, Uwe, *Zahlen sprechen nicht für sich. Aufsätze zu Kriminalstatistik, Dunkelfeld und Sicherheitsgefühl aus drei Jahrzehnten,* München 2004.

Dornbuch, Christian/Jan Raabe (Hrsg.), *RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien,* Münster 2006.

Durkheim, Émile, *Le suicide. Etude de sociologie,* Paris 1897

Eckmann, Monique/Maryam Eser Davolio, *Rassismus angehen statt übergehen. Theorie und Praxisanleitung für Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung,* Luzern 2003.

Eckmann, Monique, *Bildungsstrategien gegen Antisemitismen,* in: Einsicht, 8 (2012).

Ekkehard, Rudolph, *Von »Schriftbesitzern« zu »Ungläubigen«. Christen in der salafistischen Da'wa,* in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 291–300.

Emmer, Martin/Carola Richter/Marlene Kunst, *Flucht 2.0. Mediennutzung durch Flüchtlinge vor, während und nach der Flucht,* Berlin 2016.

Erb, Rainer/Michael Kohlstruck, *Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung,* in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2. Auflage, Wiesbaden 2016, S. 229–256.

Erb, Rainer/Werner Bergmann, *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860,* Berlin 1989.

Erb, Rainer, *»Er ist kein Mensch, er ist ein Jud«. Antisemitismus im Rechtsrock,* in: Dieter Baacke/Klaus Farin/Jürgen Lauffer (Hrsg.), Rock von Rechts II. Milieus. Hintergründe und Materialien, Bielefeld 1999, S. 141–159.

Erb, Rainer, *Antisemitische Straftäter der Jahre 1993–1995,* in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 6 (1997), S. 160–180.

Ersanilli, Evelyn/Ruud Koopmans, *The Six Country Immigrant Integration Comparative Survey (SCIICS) – Technical report,* Berlin 2013.

European Union Agency for Fundamental Rights (FRA), *Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedsstaaten: Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus,* 2013.

Farschid, Olaf, *Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen,* in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 435–485.

Farschid, Olaf, *Von der Salafiyya zum Salafismus. Extremistische Positionen im politischen und jihadistischen Salafismus,* in: Floris Biskamp/Stefan E. Hößl (Hrsg.), Islam und Islamismus – Perspektiven für die politische Bildung, Gießen 2013.

Fava, Rosa, *Schwierigkeiten, Bedürfnisse und Vorschläge für Fortbildungen zu Antisemitismus. Befragung von Multiplikator*innen,* durchgeführt im Auftrag der KIgA e.V., Berlin 2016.

Fein, Helen (Hrsg.), *Anti-Jewish and Anti-Minority Discrimination, Ideology and Violence in Comparative Contexts,* in: Dies. (Hrsg.), The Persisting Question, S. 211–223.

Fein, Helen, *Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations, and Actions,* in: Dies. (Hrsg.), The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism, Berlin/New York 1987, S. 67–85.

Finifter, Ada W., *Dimensions of Political Alienation,* in: American Political Science Review, 64 (1970) 2.

Fischer, Lars, *The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany,* Cambridge 2007.

Fouad, Hazim/Behnam T. Said (Hrsg.), *Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam,* Bonn 2014.

Freddy, Raphael, *Sechstes Bild: »Der Wucherer«,* in: Julius H. Schoeps/Joachim Schlör (Hrsg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, München 1999, S. 103–118.

Fréville, Gabriel/Susanna Harms/Serhat Karakayali, *Antisemitismus – ein Problem unter vielen,* in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus, Wiesbaden 2010.

Freytag, Ronald, *Flüchtlinge 2016. Studie zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft unter Flüchtlingen der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW),* Berlin 2016.

Frindte, Wolfgang/Klaus Boehnke/Henry Kreikenbom/Wolfgang Wagner (Hrsg.), *Abschlussbericht »Lebenswelten junger Muslime in Deutschland«: Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland,* Berlin 2011.

Fuchs, Christian/John Goetz, *Die Zelle. Rechter Terror in Deutschland,* Reinbek 2012.

Gedeon, Wolfgang, *Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten. Eine Kritik des westlichen Zeitgeistes,* Frankfurt a.M. 2012.

Geertz, Clifford, *Dichte Beschreibung: Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme,* Frankfurt a.M. 2002.

Gehrcke, Wolfgang, *Rufmord. Die Antisemitismus-Kampagne gegen links,* Köln 2015.

Geiger, Lars/Stine Margs/Franz Walter, *Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?,* Bielefeld 2015.

Geiger, Wolfgang, *Zwischen Urteil und Vorurteil. Jüdische und deutsche Geschichte in der kollektiven Erinnerung,* Frankfurt a.M. 2012.

Geulen, Christian, *Wahlverwandte. Rassendiskurs und Nationalismus im späten 19. Jahrhundert,* Hamburg 2004.

Glet, Alke, *Sozialkonstruktion und strafrechtliche Verfolgung von Hasskriminalität in Deutschland. Eine empirische Untersuchung polizeilicher und justizieller Definitions- und Selektionsprozesse bei der Bearbeitung vorurteilsmotivierter Straftaten,* Berlin 2001.

Götz, Norbert, *Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin,* in: Zeitschrift für Soziologie, 26 (1997).

Graus, František, *Pest – Geißler – Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit,* Göttingen 1987.

Groß, Anna, *»Ich bin ein Rassist, und das Tag für Tag«. NS-Rap am Beispiel von MaKss Damage,* in: Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein (Hrsg.), Von Frei.Wild bis Rechtsrock. »Heimatliebe«, Nationalismus, Rassismus. (Jugend-)Musikszenen in Schleswig-Holstein. Propagandamittel, Szenekitt, Lebensgefühl, Kiel 2015.

Gryglewski, Elke, *Anerkennung und Erinnerung. Zugänge arabisch-palästinensischer und türkischer Berliner Jugendlicher zum Holocaust,* Berlin 2013.

Hagedorn, Steffen/Roby Natanson, *Deutsche und Israelis heute. Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart,* Gütersloh 2015.

Hagendoorn, Louk/Jose Pepels, *Why the Dutch Maintain More Social Distance from Some Ethnic Minorities than Others: A Model Explaining the Ethnic Hierarchy,* in: Louk Hagendoorn/Justus Veenemann/Wilma Vollebergh (Hrsg.), Integrating Immigrants in the Netherlands. Cultural versus Socio-Economic Integration, Ashgate 2003, S. 41–61.

Hagendoorn, Louk, *Intergroup Biases in Multiple Group Systems: The Perception of Ethnic Hierarchies,* in: Wolfgang Stroebe/Miles Hewstone (Hrsg.), European Review of Social Psychology, 6 (1995), S. 199–228.

Hall, Stuart, *The Spectacle of the »Other«,* in: Stuart Hall (Hrsg.), Representation. Cultural Representations and Signifying Practices, London 1997, S. 223–290.

Hansen, Nicole, *Die Verarbeitung von Diskriminierung* in: Andreas Beelmann/Kai Jonas (Hrsg.), Diskriminierung und Toleranz. Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven, Wiesbaden 2009, S. 155–170.

Harms, Susanna, *Antisemitismus – ein Problem unter vielen. Eine Befragung in Jugendclubs und Migranten- und Migrantinnen-Organisationen,* Berlin 2009.

Heil, Johannes, *»Gottesfeind« – »Menschenfeinde«. Die Vorstellung von der jüdischen Weltverschwörung (13. bis 16. Jahrhundert),* Essen 2006.

Heim, Tino, *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche,* Wiesbaden 2016.

Hello, Evelyn/Peer Scheepers/Peter Sleegers, *Why the More Educated are Less Inclined to Keep Ethnic Distance: An Empirical Test of Four Explanations,* in: Ethnic and Racial Studies, 29 (2002), S. 959–985.

Holz, Klaus, *Die antisemitische Konstruktion des »Dritten« und die nationale Ordnung der Welt,* in: von Braun/Ziege (Hrsg.), Das »Bewegliche Vorurteil«, S. 43–62.

Holz, Klaus, *Die Figur des Dritten in der nationalen Ordnung der Welt,* in: Soziale Systeme, (2000) 2, S. 270.

Holz, Klaus, *Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft,* Hamburg 2005, S. 30–37.

Holz, Klaus, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung,* Hamburg 2001.

Holzer, Boris, *Politische Soziologie,* Baden-Baden 2015, S. 115–131.

Horn, Eva/Michael Hagemeister, *Die Fiktion der jüdischen Weltverschwörung. Zu Text und Kontext der »Protokolle der Weisen von Zion«,* Göttingen 2012.

Hövermann, Andreas/Eva Groß, *Menschenfeindlicher und rechtsextremer – Die Veränderungen der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016,* in: Zick/Küpper/Krause (Hrsg.), Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Bonn 2016, S. 174.

Huber, Stefan/Constantin Klein (Hrsg.), *Kurzbericht zu einzelnen Ergebnissen der internationalen Durchführung des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung,* Gütersloh 2007.

Human Rights First, *Breaking the Cycle of Violence. Countering Antisemitism and Extremism in France,* January 2016.

Hüpping, Sandra, *Anomia. Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung,* in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände – Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, S. 86–100.

Imhoff, Maximilian Elias, *Antisemitismus in der Linken. Ergebnisse einer quantitativen Befragung,* Frankfurt a. M. 2011, S. 139.

Ionescu, Dana/Samuel Salzborn (Hrsg.), *Antisemitismus in deutschen Parteien,* Baden-Baden 2014.

Iser, Julia, *Vorurteile. Zur Rolle von Persönlichkeit, Werten, generellen Einstellungen und Bedrohung. Die Theorie grundlegender menschlicher Werte, Autoritarismus und die Theorie der Sozialen Dominanzorientierung als Erklärungsansätze für Vorurteile: Ein integrativer Theorienvergleich.* Dissertation, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Gießen 2006.

Jäckle, Nicole, *Die ethnische Hierarchie in Deutschland und die Legitimierung der Ablehnung und Diskriminierung ethnischer Minoritäten. Über den Konsens in den individuellen Vorurteilen von Mitgliedern einer Gesellschaft,* Diss. Universität Marburg 2008.

Jaschke, Hans Gerd/Birgit Rätsch/Yury Winterberg, *Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf,* München 2001, S. 36–42.

Jaschke, Hans-Gerd, *Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer Konflikte,* in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12 (1992), S. 1437–1447.

Jaschke, Hans-Gerd, *Rechtsradikalismus als soziale Bewegung. Was heißt das?,* in: Vorgänge, (1993) 122, S. 105–116.

JDC International Center for Community Development. *Third Survey of European Jewish Leaders and Opinion Formers, 2015,* March 2016, o. O.

Jenke, Manfred, *Verschwörung von Rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945,* Berlin 1961, S. 155–199.

Jensen, Uffa/Stefanie Schüler-Springorum, *Antisemitismus und Emotionen,* in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28–30 (2014), S. 17–24.

Jikeli, Günther, *Antisemitic Attitudes among Muslims in Europe: A Survey Review,* in: ISGAP Occasional Paper Series 1 (2015).

Jikeli, Günther, *Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Ergebnisse einer Studie unter jungen muslimischen Männern,* Essen 2012.

Kahlmann, Bodo, *CSU und Antisemitismus. Eine konservative Partei zwischen Problemwahrnehmung und Ressentiments,* in: Ionscu/Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 53–78

Kaiser, Wolf/Kuno Rinke, *Zum Verhältnis von historischer und politischer Bildung in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus,* in: Elke Gryglewski u. a. (Hrsg.), Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015, S. 147–165.

Kiopp, Julia/Tobias Neef, *Ausprägungen des Antisemitismus in der CDU,* in:, S. 11–52.

Klein, Anna/Michael Müller, *Demokratische Mitte oder Bad Civil Society?,* in: Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, hrsg. von Ralf Melzer für die *Friedrich Ebert Stiftung*, Bonn 2016, S. 185–201.

Klein, Anna/Sandra Hüpping, *Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten,* in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände – Folge 6, Frankfurt a. M. 2008, S. 73–94.

Klein, Anne, *»Jude sein ist keine einfache Sache«. Identität, Sozialität und Ethik in der Migrationsgesellschaft,* in: Richard Gebhardt/Anne Klein/Marcus Meier (Hrsg.), Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit, Weinheim 2012, S. 209–229.

Klöckner, Marcus, *Die diskrete Macht der Bilderberger,* in: Andreas Anton/Michael Schetsche/Michael K. Walter (Hrsg.), Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens, Wiesbaden 2014, S. 91–112.

Kloke, Martin, *Antisemitismus in der Linkspartei. »Die Linke hat ein Problem mit Antisemitinnen und Antisemiten.«,* in: Ionesu/Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 153–193.

Klug, Brian, *The Collective Jew: Israel and the new Antisemitism,* in: Christina von Braun/Eva Maria Ziege (Hrsg.), Das »Bewegliche Vorurteil«. Aspekte des internationalen Antisemitismus, Würzburg 2004, S. 221–239.

Kohlstruck, Michael/Peter Ullrich, *Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin,* Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 52, Berlin 2014.

Kohlstruck, Michael, *»Hate Crimes« – Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion,* in: Berliner Forum Gewaltprävention, 5 (2004) 16, S. 67–73.

Kohlstruck, Michael, *Der Rechtsextremismus und die Mitte,* in: Henrique Richardo Otten/Manfred Sicking (Hrsg.), Kritik und Leidenschaft. Vom Umgang mit politischen Ideen, Bielefeld 2011, S. 85–93.

Kohlstruck, Michael, *Zur aktuellen Debatte um politische Gewalt in der Metropole Berlin,* in: *Friedrich Ebert Stiftung*, Expertisen für Demokratie, 2 (2010).

Kopke, Christoph/Gebhard Schulz, *Überprüfung umstrittener Altfälle rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990,* Abschlussbericht, Potsdam 2015.

Kranz, Dani, *Israelis in Berlin. Wie viele sind es und was zieht sie nach Berlin? Kooperationsprojekt mit dem Deutschlandradio »Faszination und Befremden – 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen«,* Gütersloh 2015.

Kühnel, Stefan/Peter Schmidt, *Orientierungslosigkeit. Ungünstige Effekte für Schwache Gruppen,* in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände – Folge 1, Frankfurt a. M. 2002, S. 83–94.

Küpper, Beate/Andreas Zick, *Religion and Prejudice in Europe. New Empirical Findings.* Dossier for the Network of European Foundations – Initiative for Religion and Democracy in Europe, London 2010.

Küpper, Beate/Andreas Zick, *Schützt Religiosität vor Menschenfeindlichkeit oder befördert sie sie?,* in: Andrea Bieler/Henning Wrogemann (Hrsg.), Was heißt hier Toleranz?, Neukirchen-Vluyn 2014, S. 146–163.

Küpper, Beate/Andreas Zick/Daniela Krause, *Pegida in den Köpfen – wie rechtspopulistisch ist Deutschland?,* in: Andreas Zick/Beate Küpper, Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Hrsg. von Ralf Melzer/Dietmar Molthagen für die Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2015.

Lang, Kati, *Vorurteilskriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte,* Baden-Baden 2014.

Lauer, Stefan, *Verschwörungsideologien, Mahnwachen für den Frieden und Männerrechtler. Über den journalistischen Umgang mit Absurdität,* in: »No world order«. Wie antisemitische Verschwörungsideologien die Welt erklären, hrsg. von der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2015

Leo-Baeck-Institut (Hrsg.), *Deutsch-Jüdische Geschichte im Unterricht. Orientierungshilfe für Lehrplan und Schulbucharbeit,* Frankfurt a. M. 2011.

Leuschen-Seppel, Rosemarie, *Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914,* Bonn 1978.

Lewis, Bernhard, *Semites and Anti-Semites: An Inquiry into Conflict and Prejudice, New York 1986; Michael Curtis, Jews, Antisemitism, and the Middle East,* New Brunswick 2013.

Mansel, Jürgen/Viktoria Spaiser, *Abschlussbericht Forschungsprojekt: Soziale Beziehungen, Konfliktpotentiale und Vorurteile im Kontext von Erfahrungen verweigerter Teilhabe und Anerkennung bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund,* Universität Bielefeld 2010.

McGarty, Craig/Vincent Y. Yzerbyt/Russell Spears, *Stereotypes as Explanations: The Formation of Meaningful Beliefs about Social Groups,* Cambridge 2002.

Mecheril, Paul, *Einführung in die Migrationspädagogik,* Weinheim 2004.

Meibauer, Jörg, *Hassrede – von der Sprache zur Politik,* in: Jörg Meibauer (Hrsg.), Hassrede/Hate Speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion, Gießen 2013, S. 1–16.

Meister, W. G. (= Wolfgang Gedeon), *Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam, Bd. II: Über Geschichte, Zionismus und Verschwörungspolitik,* Frankfurt a. M. 2009.

Mendel, Meron, *Jüdische Jugendliche in Deutschland. Eine biographisch-narrative Analyse zur Identitätsfindung,* Frankfurt a. M. 2010.

Mertens, Lothar, *Antizionismus. Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus,* in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1997, S. 89–100.

Merton, Robert. K., *Sozialstruktur und Anomie,* in: Fritz Sack/René König (Hrsg.), Kriminalsoziologie, Frankfurt a. M. 1968, S. 283–313.

Messerschmidt, Astrid, *(Un)Sagbares – Über die Thematisierbarkeit von Rassismus und Antisemitismus im Kotext postkolonialer und postnationalsozialistischer Verhältnisse,* in: Marina Chernivsky/Christiane Friedrich/Jana Scheuring. Praxiswelten – Zwischenräume der Veränderung. Neue Wege zur Kompetenzerweiterung, Berlin 2014, S. 55–74.

Messerschmidt, Astrid, *Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit gegenwärtigem Antisemitismus,* in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28–30 (2014).

Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg/Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (Hrsg.), *Expertenhearing »Hasskriminalität«. Kurzdokumentation der Fachtagung am 19.2.2007,* Potsdam 2007.

Müller, Jochen, *Ventil und Kitt – Die Funktion von Israel und »den Juden« in der Ideologie des arabischen Nationalismus,* in: Israel in deutschen Wohnzimmern. Realität und antisemitische Wahrnehmungsmuster des Nahostkonflikts, hrsg. v. Initiative Antisemitismuskritik Hannover, Hannover 2003, S. 44–69.

Munnes, Stefan/Nora Lege/Corinna Harsch, *Zum Antisemitismus in der Friedensbewegung. Eine Weltanschauungsanalyse der ersten bundesweiten »Mahnwache für den Frieden«,* in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 25 (2016), S. 217–240.

Nentwig, Teresa/Franz Walter, *Die FDP und der latente Antisemitismus der Mitte,* in: Ionescu/Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 195–243.

Neuberger, Christoph/Hanna Jo vom Hofe/Christian Nuernbergk, *Twitter und Journalismus. Der Einfluss des »Social Web« auf die Nachrichten,* Düsseldorf 2011.

Neumann, Peter, *Die neuen Dschihadisten. IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus,* Bonn 2016.

Ngyuen, Toan Quoc, *»Offensichtlich und zugedeckt« – Alltagsrassismus in Deutschland,* in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 16 (2012).

Niedermayer, Oskar (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung,* Wiesbaden 2013.

Nipperdey, Thomas/Reinhard Rürup, *Antisemitismus – Entstehung, Funktion und Geschichte eines Begriffs,* in: Reinhard Rürup, Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975, S. 95–114.

Nordbruch, Götz, *Antisemitismus als Gegenstand islamwissenschaftlicher und Nahost-bezogener Sozialforschung,* in: Werner Bergmann/Mona Körte (Hrsg.), Antisemitismusforschung in den Wissenschaften, Berlin 2004, S. 241–269.

Ohlemacher, Thomas, *Schmerzhafte Episoden: Wider die Rede von einer rechten Bewegung im wiedervereinigten Deutschland,* in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 7 (1994) 4, S. 16–25.

Patzelt, Werner /Joachim Klose, *Pegida. Warnsignale aus Dresden,* Dresden 2016.

Pettigrew, Thomas F./Oliver Christ/Ulrich Wagner/Roel W. Meertens/Rolf van Dick/Andreas Zick, *Relative Deprivation and Intergroup Prejudice,* in: Journal of Social Issues, 64 (2008) 2, S. 385–401.

Pew Research Center, *Pew Global Attitudes Project: Spring 2006 Survey 15 Nation Survey.*

Pfahl-Traughber, Armin, *Antisemitische und nichtantisemitische Israel-Kritik. Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung,* in: Aufklärung und Kritik, 14 (2007) 1, S. 49–58.

Pfahl-Traughber, Armin, *Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden. Ideologieformen, Definitionen und Fallbeispiele,* in: Der Bürger im Staat, 63 (2013) 4, S. 252–261.

Pfahl-Traughber, Armin, *Antisemitismus in der deutschen Geschichte,* Opladen 2002, S. 155–159.

Pfahl-Traughber, Armin, *Antizionistischer Antisemitismus, antiimperialistische Israelfeindlichkeit und menschenrechtliche Israelkritik,* in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 24 (2015), S. 293–318.

Pfahl-Traughber, Armin, *Der »zweite Frühling« der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei,* Sankt Augustin 2008.

Pfahl-Traughber, Armin, *Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat,* Wien 1993.

Pfahl-Traughber, Armin, *Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Antisemitismus und »Islamophobie«. Eine Erörterung zum Vergleich und ein Plädoyer für das »Antimuslimismus«-Konzept,* in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 604–628.

Pfahl-Traughber, Armin, *Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse zu Entwicklung, Gruppen und Vergleich,* in: Einsichten und Perspektiven, 1 (2012), S. 56–71.

Pfahl-Traughber, Armin, *Gibt es eine »Braune Armee Fraktion«? Entwicklung und Gefahrenpotential des Rechtsterrorismus in Deutschland,* in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt a. M. 2007, S. 147–162.

Pfahl-Traughber, Armin, *Israelfeindlichkeit zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus – eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus,* in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 143–161.

Pfahl-Traughber, Armin, *Jamal Karsli und die »Junge Freiheit«: eine »antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörung«,* in: Tribüne, 41 (2002) 163.

Pfahl-Traughber, Armin, *Noch einmal: Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung?,* in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 16 (2003) 4, S. 43–54.

Pfahl-Traughber, Armin, *Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments II,* Dossier Rechtsextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung vom 17.2.2016.

Pfau, Markus, *Staatsschutzkriminalität,* in: Kriminologie-Lexikon Online.

Pilz, Gunter A., *Fangewalt, Rechtsextremismus und Diskriminierungen im Fußballsport,* in: Günther Degener/Wilhelm Körner (Hrsg.), Gewalt und Aggression im Kindes- und Jugendalter: Ursachen, Formen, Intervention, Weinheim 2011.

Pollack, Detlef/Olaf Müller/Gergeley Rosta/Anna Dieler, *Integration und Religion aus der Sicht von Türkischstämmigen in Deutschland.* Repräsentative Erhebung von TNS-Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters Religion und Politik an der Universität von Münster, Münster 2016.

Potthoff, Heinrich, *Die Auseinandersetzung der SPD und der Gewerkschaften mit dem NS-System und dem Holocaust,* in: Bergmann/Erb/Lichtblau (Hrsg.), Schwieriges Erbe, S. 120–137.

Pratto, Felicia/Jim Sidanius/Lisa M. Stallworth/Bertram F. Malle, *Social dominance orientation: A personality variable predicting social and political attitudes,* in: Journal of Personality and Social Psychology, 67 (1994), S. 741–763.

Quindeau, Ilka, *Das Unbehagen an der Geschichte,* in: Marina Chernivsky (Hrsg.), Die Abwertung der Anderen, 2. Auflage, Berlin 2014, S. 20–25.

Rabert, Bernhardt, *Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute,* Bonn 1995, S. 288–304.

Radvan, Heike, *Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit,* Bad Heilbrunn 2010.

Rappoport, Tamar/Edna Lomsky-Feder/Angelika Heider, *Recollection and Relocation in Immigration: Russian-Jewish Immigrants »Normalize« Their Anti-Semitic Experiences,* in: Symbolic Interaction, 25 (2002) 2, S. 175–198.

Regiestelle Vielfalt (Hrsg.), *Abschlussbericht der Bundesprogramme »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« und »kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus« Förderphase 2007–2010,* Berlin 2011.

Rehberg, Karl-Siegbert, *Dresden-Szenen. Eine einleitende Situationsbeschreibung,* in: Karl-Siegbert Rehberg/Franziska Kunz/Tino Schlinzig, Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wendeenttäuschung«?, Bielefeld 2016.

Reichelt, Michael, *Das Lexem ›Jude‹ im jugendlichen Sprachgebrauch. Eine Untersuchung am Beispiel sächsischer Fußballplätze,* in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 18 (2009).

Rensmann, Lars/Julius H. Schoeps, *Politics and Resentment: Examining Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond,* in: dies. (Hrsg.), Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond, Leiden/Boston 2010, S. 3–79.

Rensmann, Lars, *Die Ausgrenzung des Eigenen und die Exklusion der ›Anderen‹. Zur politischen Psychologie des Antisemitismus heute,* in: Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung, 17 (2013) 2.

Rensmann, Lars, *Die Ausgrenzung des Eigenen und die Exklusion des »Anderen«,* in: Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung, 17 (2013) 2, S. 157–191.

Reuband, Karl-Heinz, *Wer demonstriert in Dresden für Pegida?,* in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (MIP), 21 (2015), S. 133–143.

RIAS, *Antisemitische Vorfälle in Berlin.* Bericht 2015.

Ribler, Angelika, *Präventionsmaßnahmen auf Verbandsebene,* in: Angelika Ribler/Astrid Pulter (Hrsg.), Konfliktmanagement im Fußball, Frankfurt a. M. 2010.

Richter, Saskia, *Antisemitismus und Bündnis 90/Die Grünen. Der Umgang mit Antisemitismus und Antizionismus in Parteigeschichte und Gegenwart,* in: Ionescu/Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 123–151.

Röpke, Andrea/Andreas Speit (Hrsg.), *Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis,* Berlin 2004.

Röpke, Andrea, *Der Terror von rechts. 1996 bis 2011,* in: Andrea Röpke/Andres Speit (Hrsg.), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin 2013, S. 149–180.

Rosenthal, Gabriele (Hrsg.), *Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern,* Gießen 1997.

Rucht, Dieter, *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss,* Frankfurt a. M. 1985.

Salzborn, Samuel/Sebastian Voigt, *Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit,* in: Zeitschrift für Politik, 58 (2011) 3, S. 290–309.

Salzborn, Samuel/Sebastian Voigt, *Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit,* in: Zeitschrift für Politik, 59 (2013) 1, S. 103–111.

Salzborn, Samuel, *Unter falscher Flagge. Politische Ablehnung oder wissenschaftliche Kritik? Drei Klarstellungen zu den Einwänden von Peter Ullrich und Alban Werner,* in: Zeitschrift für Politik, 59 (2012) 1, S. 103–111.

Sammons, Jeffrey L. (Hrsg.), *Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar,* Göttingen 1998.

Schäuble, Barbara, *Was haben wir damit zu tun. Zum pädagogischen Umgang mit Antisemitismus,* in: KIgA e. V. (Hrsg.), Widerspruchstoleranz. Ein Theorie-Praxis-Handbuch zu Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit, Berlin 2013.

Schäuble, Barbara, *»Anders als wir«. Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen,* Berlin 2012.

Scherr, Albert/Barbara Schäuble, *»Ich habe nichts gegen Juden, aber …«. Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus,* Berlin 2007.

Schmidt, Ute, *Hitler ist tot und Ulbricht lebt. Die CDU, der Nationalsozialismus und der Holocaust,* in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hrsg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1995, S. 65–101.

Schneider, Hans-Joachim, *Haß auf Fremde. Haßverbrechen – eine neue kriminologische Deliktkategorie,* in: Universitas, 12 (1995), S. 1167–1181.

Schneider, Hans-Joachim, *Kriminologie der Hassdelikte – Konzeptionen, Ursachen, Vorbeugungen und Kontrolle,* in: Bewährungshilfe, 50 (2003) 2, S. 115–133.

Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.), *Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft,* Baden-Baden 2015.

Schwarz-Friesel, Monika/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz, *Aktueller Antisemitismus als ein Phänomen der Mitte – Zur Brisanz des Themas und der Marginalisierung des Problems,* in: Monika Schwarz-Friesel/Evyatar Friesel/Jehuda Reinharz (Hrsg.), Aktueller Antisemitismus. Ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010, S. 1–14.

Schwarz-Friesel, Monika, *Sprache und Emotion,* Tübingen/Basel 2007.

Sennett, Richard, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus,* Berlin 1998.

Sharansky, Natan, *3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. Foreword of JPSR Issue,* in: Jewish Political Studies Review, 16 (2004) 3–4.

Silbermann, Alphons/F.Hüsers, *Der »normale« Hass auf die Fremden: Eine sozialwissenschaftliche Studie zu Ausmaß und Hintergründen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland,* München 1995.

Singer, Jens Peter, *Erfassung der politisch motivierten Kriminalität in einem neuen Definitionssystem mit mehrdimensionalen Analysemöglichkeiten,* in: Kriminalistik, 1 (2004), S. 35.

Sonne, Werner, *Staatsräson? Wie Deutschland für Israels Sicherheit haftet,* Berlin 2013.

Stegemann, Ekkehard, *Der Holocaust als Krise der christlichen Theologie.* Juden und Christen II, Tagung der Evangelischen Akademie Bad Herrenalb, November 1979.

Steinitz, Benjamin, *Sachbericht für das Kooperationsprojekt »Wahrnehmungen und Erfahrungen von Antisemitismus jüdischer Menschen in Berlin«,* hrsg. v. RIAS Berlin 2015.

Stender, Wolfram/Guido Follert/Mihri Özdogan (Hrsg.), *Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis,* Wiesbaden 2010, S. 7–40.

Stender, Wolfram, Konstellationen des Antisemitismus, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdogan, *Konstellationen des Antisemitismus – Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis,* Wiesbaden 2010.

Stern, Frank, *Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg,* Gerlingen 1991.

Tauchert, Stephanie, *Jüdische Identitäten in Deutschland. Das Selbstverständnis von Juden in der Bundesrepublik und der DDR 1950 bis 2000,* Berlin 2007.

Thein, Martin, *Wettlauf mit dem Zeitgeist. Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie,* Göttingen 2009.

Tobin, Gary A./Sharon L. Sassler, *Jewish Perception of Antisemitism, New York 1988,* Studie der Fundamental Rights Agency (FRA) 2012.

Trittel, Günter, *»Man kann ein Ideal nicht verraten...« Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik,* Göttingen 2013.

Troschke, Hagen, *Kritik, Kritik und De-Realisierung, Antisemitismus. Israel in der Nahost-Berichterstattung deutscher Printmedien zum Gaza-Konflikt 2012,* in: Schwarz-Friesel (Hrsg.), Gebildeter Antisemitismus, S. 253–274.

Ullrich, Peter/Alban Werner, *Ist »Die Linke« antisemitisch? Über Grauzonen der »Israelkritk« und ihre Kritiker,* in: Zeitschrift für Politik, 58 (2011) 4, S. 424–441.

Ullrich, Peter, *Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs,* Göttingen 2013.

Virchow, Fabian, *Nicht nur der NSU. Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland,* Erfurt 2016.

Viren, Swami/Rebecca Coles, *The Truth is out There,* in: The Psychologist, 23 (2010) 7.

Voigt, Sebastian, *SPD und Antisemitismus. Annäherungen an eine 150-jährige Auseinandersetzung,* in: Ionesu/Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, S. 79–122.

Vorländer, Hans/Maik Herold/Steven Schäller, *Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung,* Wiesbaden 2016.

Wagner, Ulrich/Andreas Zick, *The Relation of Formal Education to Ethnic Prejudice: Its Reliability, Validity, and Explanation,* in: European Journal of Social Psychology, 25 (1995), S. 41–56.

Wahl, Klaus (Hrsg.), *Skinheads, Neonazis, Mitläufer: Täterstudien und Prävention,* Opladen 2003.

Wasmer, Martina/Michael Blohm/Jessica Walte/Evi Scholz/Regina Jutz, *Konzeption und Durchführung der »Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften«* (ALLBUS) 2012.

Webman, Esther, *Discourses in Antisemitism and Islamophobia in Arab Media,* in: European Societies, 14 (2012) 2, S. 222–239.

Weil, Frederick, *The Variable Effect of Education on Liberal Attitudes: A Comparative-Historical Analysis of Antisemitism Using Public Opion Data,* in: American Sociological Review, 50 (1985).

Wetzel, Juliane, *Moderner Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland,* Wiesbaden 2014.

Widmann, Peter, *Ein Gerichtsurteil und seine mediale Inszenierung,* in: Heil/Kramer (Hrsg.), Beschneidung, S. 219–227.

Wilking, Dirk (Hrsg.), *»Reichsbürger«. Ein Handbuch,* Potsdam 2015.

Wirsching, Andreas, *Geschichte des Nationalsozialismus oder des Holocaust? Schwerpunktsetzungen in der Akademischen Lehre,* in: Michael Brenner/Maximilian Strnad (Hrsg.), Der Holocaust in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft. Bilanz und Perspektiven, Göttingen 2012, S. 71–82.

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (Hrsg.), *Juden in Deutschland – Selbst- und Fremdbilder. Pädagogisches Begleitmaterial zur Schülerausstellung,* Frankfurt a. M. 2009.

Zick, Andreas/Andreas Hövermann/Daniela Krause, *Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit,* in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände – Folge 10, Berlin 2012.

Zick, Andreas/Anna Klein, *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland,* hrsg. von Ralf Melzer für die Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2014.

Zick, Andreas/Beate Küpper, *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung,* hrsg. von Nora Langenbacher für die Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2001.

Zick, Andreas/Beate Küpper/Daniela Krause, *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland,* hrsg. von Ralf Melzer für die Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2016.

Zick, Andreas/Madlen Preuß unter Mitarbeit von Wilhelm Berghan/Niklaas Bause, *Zugehörigkeit und (Un)Gleichwertigkeit. Ein Zwischenbericht. Studie im Auftrag der Mercator Stiftung,* IKG, Bielefeld 2014.

Abkürzungen

AAS: Amadeu Antonio Stiftung

ADL: Anti-Defamation League

AfD: Alternative für Deutschland

AFZ: Anne Frank Zentrum

AJC: American Jewish Committee

APPGAA: All-Party Parliamentary Group Against Antisemitism

BfJ: Bundesamt für Justiz

BfV: Bundesamt für Verfassungsschutz

BIM: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung

BKA: Bundeskriminalamt

BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

BMI: Bundesministerium des Innern

BMJV: Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz

CIDI: Centrum Informatie en Documentatie Israel

CRIF: Conseil Représentatif des Institutions Juives de France

CST: Community Security Trust

DFG: Deutsche Forschungsgemeinschaft

EAD: Evangelische Akademien Deutschland e.V.

EKD: Evangelische Kirche in Deutschland

EUMC: European Monitoring Center for Racism and Xenophobia

FES: Friedrich Ebert Stiftung

FRA: Federal Agency for the Protection of Human Rights

GFE: Group-Focused Enmity in Europe

GHWK: Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz

GMF: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

IALANA: International Association of Lawyers against Nuclear Arms

ICCA: Inter-parliamentary Coalition for Combating Antisemitism

IHRA: International Holocaust Remembrance Alliance

IKG: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

ISSP: International Social Survey Programme

IVKF: Institut für Vorurteils- und Konfliktforschung e.V.

JDC: American Jewish Joint Distribution Committee

JFDA: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus

JPR: Institute for Jewish Policy Research

KIgA: Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus

KPMD: Kriminalpolizeilicher Meldedienst

KTA: Kriminaltechnische Anfrage

LKA: Landeskriminalamt

NGO: Nichtregierungsorganisation

NSU: Nationalsozialistischer Untergrund

ODIHR: Office for Democratic Institutions and Human Rights

OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Pegida: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands

PMAK: Politisch motivierte Ausländerkriminalität

PMK: Politisch motivierte Kriminalität

ProVal: Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse – Beratung – Evaluation

RAXEN: Europäisches Informationsnetz über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

RIAS: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

UEA: Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus

VBRG: Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

VDK: Verein für Demokratische Kultur e.V.

ZfA: Zentrum für Antisemitismusforschung

ZJD: Zentralrat der Juden in Deutschland

ZWST: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

Impressum

Herausgeber:
Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Redaktion:
Anne Frank Zentrum e.V.
Rosenthaler Straße 39
10178 Berlin

Bildnachweis:
Titelseite: Thinkstock/liuzishan

Layout und Druck:
Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG
Frankfurt am Main

Stand:
April 2017

Die Broschüre ist kostenlos. Sie kann bestellt werden unter:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Telefon: 0 30/18 272 272-1
Telefax: 0 30/18 10 272 272-1
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Artikelnummer: BMI17005

Nach Lieferung der gewünschten Publikation werden die von Ihnen angegebenen Daten gelöscht.

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.

www.bmi.bund.de